

Jürgen Peter

*Der Historikerstreit und die Suche nach einer nationalen  
Identität der achtziger Jahre Frankfurt am Main 1995*  
**Verlag Peter Lang** (= Europäische Hochschulschriften, Reihe 31:  
Politikwissenschaft, Band 288).

Thema dieser geistesgeschichtlichen Arbeit ist der knapp zehn Jahre alte, die wissenschaftlichen Fachgrenzen weit überschreitende und bis in die Tagespolitik hineinreichende *Historikerstreit*. Der Autor stellt diese Kontroverse in ein weites Bezugsfeld von früheren, ähnlichen Kontroversen und geschichtswissenschaftlichen Fallstudien der frühen Bundesrepublik. Eine leitende These lautet: Im *Historikerstreit* Mitte der achtziger Jahre sei es nicht nur um die Fragen der Einordnung des Nationalsozialismus gegangen, sondern im Kern um ein kollektives politisches Bewusstsein, um die Inhalte und Notwendigkeit einer nationalen Identität der Deutschen wurde die eigentliche Kontroverse in Westdeutschland geführt.

*Gerd R. Ueberschär: Hitlers Überfall auf die Sowjetunion 1941 und Stalins Absichten. Die Bewertung in der deutschen Geschichtsschreibung und die neuere „Präventivkriegsthese“. In: Gerd R. Ueberschär und Lew Bezymenskij (Hg): Der Deutsche Angriff auf die Sowjetunion 1941. Darmstadt 1998, S.55:*

„Jürgen Peter hat in seiner Untersuchung über den Historikerstreit der achtziger Jahre deutlich gemacht, daß die wieder aufgewärmte Präventivkriegsthese vielmehr als Teil der umfänglichen ‘Suche nach einer nationalen Identität’ auf konservativer Seite einzuordnen ist.“

*Wolfgang Wippermann: Wessen Schuld? Vom Historikerstreit zur Goldhagen-Kontroverse Berlin 1997, S.134:*

„Peter beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit der Präventivkriegsthese, die etwas im ‘Windschatten des Historikerstreits’ stand, seitdem aber an Bedeutung gewonnen hat, weil sie unmittelbar der Stärkung der ‘nationalen Identität’ dient, die von den revisionistischen Historikern angestrebt wird.“

Der Autor promovierte 1994/1995 mit der vorliegenden, 1995 erstmals veröffentlichten, Arbeit zum Dr. phil. Weitere Buchveröffentlichungen: *Der Nürnberger Ärzteprozeß im Spiegel seiner Aufarbeitung anhand der drei Dokumentensammlungen von Alexander Mitscherlich und Fred Mielke* Münster 1994, <sup>2</sup>1998. *Der Einbruch der Rassenhygiene in die Medizin. Auswirkungen rassenhygienischen Denkens auf Denkkollektive und medizinische Fachgebiete 1918 bis 1934.* Druck in Vorbereitung.

Meiner Mutter gewidmet

# Inhaltsverzeichnis

<b>1. Einleitung .....</b>	<b>7</b>
<b>2. Der Historikerstreit .....</b>	<b>13</b>
<b>3. Der Historikerstreit - eine Suche nach nationaler Identität?.....</b>	<b>29</b>
3.1 Die Suche nach einer nationalen Identitätsfindung der achtziger Jahre in der Bundesrepublik Deutschland .....	29
3.2 Nationale Identität und Perspektivenwahl .....	53
<b>4. Das Geschichtsbild von den Ursachen der Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den ehemaligen Ostgebieten im Spiegel bundesdeutscher Geschichtsbücher .....</b>	<b>61</b>
4.1 Die Beschlüsse der Kultusministerkonferenz zur Ostkunde und zur Problematik des Totalitarismus.....	61
4.2 Überlegungen in der Nachkriegszeit der Bundesrepublik zur Methodik des Geschichtsunterrichts und der Darstellung der „Vertreibung“ der deut- schen Ostbevölkerung.....	65
4.3 Das „Unternehmen Barbarossa“ und die 1945 erfolgte Vertreibung der deutschen Ostbevölkerung in der Rezeption bundesdeutscher Geschichts- und Sozialkundebücher.....	69
<b>5. Die Historisierung des Nationalsozialismus und der Begriff der „Schuld“ in der nationalen Geschichtsschreibung.....</b>	<b>75</b>
5.1 Das Für und Wider einer Historisierung des Nationalsozialismus.....	75
5.2 Was einer Historisierung des Nationalsozialismus im Wege steht. Das Bekenntnis zur historischen Schuld .....	87
<b>6. Die Wortmeldungen im so genannten „Historikerstreit“ zur Singulari- tät des Genozids, zur Historisierung und zum Stellenwert des Nationalso- zialismus in der deutschen Geschichte .....</b>	<b>98</b>
6.1 Ernst Nolte.....	98
6.2 Andreas Hillgruber .....	102
6.3 Jürgen Habermas .....	105
6.4 Die Reaktionen auf die Kontroverse zwischen Jürgen Habermas, Ernst Nolte und Andreas Hillgruber.....	109
6.4.1 Die Äußerungen von Joachim Fest, Klaus Hildebrand und Michael Stürmer zum Historikerstreit.....	110
6.4.2 Die Äußerungen von Eberhard Jäckel, Heinrich August Winkler, Hans und Wolfgang J. Mommsen und Rudolf Augstein zum Historiker-	

streit.....	113
6.4.3 Weitere Beiträge zum Historikerstreit.....	117
6.5 Die provokativen Äußerungen von Ernst Nolte (1980/86).....	123
6.5.1 Die „Kriegserklärung“ der <i>Jewish Agency for Palestine</i> an Nazi- deutschland.....	123
6.5.2 Der GULag als ein „ <i>Handlungsimpuls</i> “ für die nationalsozialisti- schen Massenvernichtungen und der bolschewistische „ <i>Rattenkäfig</i> “.....	127
6.5.3 Ernst Noltens Interpretation von Kurt Tucholskys Glosse „ <i>Dänische Felder</i> “.....	130
<b>7. Aspekte eines deutschen „Sonderwegs“ .....</b>	<b>134</b>
7.1 Der deutsche Weg zu einem „ <i>Sonderbewusstsein</i> “ .....	134
7.2 Entwicklungslinien zu einem Verfassungsstaat in Deutschland. Natio- nalstaat versus Wirtschafts- und Verfassungsstaat .....	138
7.3 Die deutsche „ <i>Sonderweg</i> “ - <i>Debatte</i> , ein Vorläufer des Historiker- streits .....	142
<b>8. Prämissen und Entwicklung von Hitlers „Programm“ und die von deutschen Historikern geforderte Revision des Geschichtsbildes .....</b>	<b>152</b>
8.1 Die deutsche Entscheidung für den Angriff auf die Sowjetunion.....	162
8.1.1 Hitlers geopolitische Vorstellungen und seine Entscheidung am 31.7.1940 für den Angriff auf die Sowjetunion. Die endgültige Entschei- dung Hitlers für den Ostkrieg am 18.12. 1940, Weisung ‘Nr. 21’.....	162
8.1.2 Molotows Visite in Berlin im November 1940 .....	167
8.1. Die deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen. Auslösendes Mo- ment für den deutschen Angriff auf die Sowjetunion? .....	173
8.2 Die geforderte Revision des Geschichtsbildes und die Rückkehr zu ei- ner „positiven“ historischen Normalität .....	177
8.2.1 Die Kontroverse in den fünfziger Jahren um die deutsche Entschei- dung für den Angriff auf die Sowjetunion und Philipp Fabrys Thesen von 1962.....	181
8.2.1.1 Der wissenschaftliche Streit Gerhard L. Weinbergs versus Hans- Günther Seraphim und Andreas Hillgruber (1953/1954) .....	181
8.2.1.2 Die Thesen von Philipp W. Fabry zum Angriff auf die Sowjetunion (1962).....	185
8.2.2 Die Thesen von Joachim Hoffmann, Viktor Suworow und Günther Gillissen zur deutschen Entscheidung für den Krieg gegen die Sowjetunion (1983/88).....	190
8.3 Die Thesen von Schustereit 1988 und Topitsch 1986/90 .....	199
8.3.1 Die Thesen von Hartmut Schustereit zur Entscheidungsfindung für den Angriff auf die Sowjetunion .....	199
8.3.2 Die Thesen von Ernst Topitsch zum deutsch-sowjetischen Krieg ...	206

8.4 Die von Erich Helmdach, Max Klüver und Adolf von Thadden vertretene Ansicht eines nationalsozialistischen Präventivkrieges gegen die Sowjetunion 1941 .....	212
<b>9. Schlussbemerkung .....</b>	<b>217</b>
<b>10. Quellen- und Literaturverzeichnis .....</b>	<b>220</b>

# 1. Einleitung

Was verbindet die Historikerkontroverse mit dem Begriff der nationalen Identität? Bei dem 1986 von Ernst Nolte ausgelösten *Historikerstreit* ging es nicht nur um die Vergleichbarkeit des NS-Völkermordes, die Nolte in seinen umstrittenen Beiträgen angesprochen und auf die Jürgen Habermas reagiert hatte. Nicht um die Methodik der Textinterpretation von neuen historischen Erkenntnissen und um den Stellenwert von Quellen wurde gestritten, sondern um ein kollektives politisches Bewusstsein, um die Inhalte und Notwendigkeit einer *nationalen Identität* der Deutschen wurde die eigentliche Kontroverse in Westdeutschland geführt. Was ist unter nationaler Identität in Deutschland zu verstehen und wer hat sie geprägt? Im Kapitel 3 sollen die Konturen einer nationalen Identität nachgezeichnet und der Bezug zum *Historikerstreit* aufgezeigt werden. Es wird der Frage nachgegangen, ob die nationale Identität in Deutschland vor allem von Intellektuellen konstruiert wurde und warum sie hier seit dem 19. Jahrhundert keine institutionellen Wurzeln aufweisen konnte.

Nach dem einleitenden Kapitel zum so genannten *Historikerstreit*, den Kapiteln zur nationalen Identität, zum Geschichtsbild in den bundesdeutschen Schulbüchern und zur Historisierung des Nationalsozialismus, werden im Kapitel 6 die wichtigsten Artikel zu dieser Kontroverse und die darin enthaltenen Deutungsmuster dargestellt. Im Kapitel 5 bespreche ich die Historisierung des Nationalsozialismus. Die in den achtziger Jahren geführte Diskussion um dieses Thema wird mit einbezogen. Eine Historisierung des NS-Systems, im Sinne „einer wissenschaftlich distanzier-te[n] Erfassung der NS-Zeit“, wird auch von Jürgen Habermas nicht in Frage gestellt.<sup>1</sup>

Im Windschatten des *Historikerstreits* wurde die Präventivkriegsthese präsentiert. Eine Historikerkontroverse ist in den achtziger Jahren auch um die These eines deutschen Präventivkrieges gegen die Sowjetunion ausgetragen worden, die eine Fortsetzung und Wiederaufnahme der Diskussion der fünfziger und frühen sechziger Jahre ist. Der Frage nach den Prämissen und der Entwicklung von Hitlers „Programm“ wird im Kapitel 8 nachgegangen.

Mit dem Streit um die These vom deutschen Sonderweg, der Präventivkriegsthese, der Diskussion um die Notwendigkeit der nationalen Identität und den nationalistischen Forderungen von Bernard Willms, Hellmut Diwald, Hans-Joachim Arndt und anderen, werden Inhalte der Historikerdebatte zu Beginn der achtziger Jahre bereits antizipiert, der *Historikerstreit* wurde nicht von ungefähr in dieser Zeit geführt. Kon-

<sup>1</sup> Habermas (1989), S.149.

rovers wurde Anfang der achtziger Jahre in Westdeutschland um die These des deutschen Sonderwegs diskutiert, die ich im Kapitel 7 vorstelle.

Weiter ist es für das Thema von Interesse, die Meta-Ebene des *Historikerstreits* herauszuarbeiten. Wenn auch nationalpädagogische Intentionen bei einem Teil der deutschen Historikerschaft bestehen, so existiert keine Konspiration einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppe die Geschichte dienstbar machen und ein nationales Geschichtsbild inszenieren will. Es ist nicht davon auszugehen, dass die deutschen Historiker den Streit führten, - bei einer Anzahl von ca. 650 Professoren für Geschichte und einer Berufshistorikerzahl von etwa 5000 in Westdeutschland - sondern nur ein kleiner Teil in die Kontroverse mit einbezogen war, obwohl es sich hierbei zweifelsohne um prominente Repräsentanten ihres Faches handelt.<sup>2</sup> Neben dem Motiv Einfluss auf politische Entscheidungen, fern von der Tagespolitik, zu nehmen, den ein Teil der Historikerkunft für sich reklamiert, sollte wohl auch das schwindende Sozialprestige des deutschen Universitätsprofessors der ehemaligen Philosophischen Fakultät in der Gesellschaft aufgewertet werden. Das soziale Gefüge ist heute in Deutschland ein anderes als um die Jahrhundertwende und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Die Forderung nach „Ganzheit“, die der Universität die „Suche nach einer ‚totalen‘, philosophischen Wahrheit“ zuwies, war, nach Ringer, „ein Axiom in der Doktrin des Mandarinentums“.<sup>3</sup> Die Universitäten hatten zu Beginn des 19. Jahrhunderts in Deutschland „das Ansehen nationaler Heiligtümer“. Sie galten als „Gralsburgen“ der Wissenschaften, die keine utilitaristischen, sondern idealistische Ansprüche, fern einer beruflichen Spezialisierung, erfüllen sollten.<sup>4</sup> Die „Vermassung“ der Bildungseinrichtungen führte zu einem vehementen sozialen Wandel im deutschen Kaiserreich.<sup>5</sup> Die soziale Herkunft der Studenten, die in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts bei 50% des Bildungsbürgertums, dem traditionellen Kulturträger, lag, veränderte sich im Kaiserreich der Hohenzollern nur langsam zugunsten des neuen unternehmerischen Bürgertums<sup>6</sup> und trug vor allem an den Realschulen (Realgymnasien und Oberrealschulen) und an den Technischen

---

2 Vgl. Rolf-Dieter Müller (1987), S.137; vgl. Repgen (1987), S.17-18; vgl. Statistisches Jahrbuch (1992), 431.

3 Ringer (1969), S.100.

4 Ebd., S.98 f.

5 Ebd., S.46 f.. So waren die Studentenzahlen von 27.000 im Jahre 1885 auf fast 56.000 im Jahre 1911 gestiegen und mit der wachsenden Industrialisierung bekamen die aus den Polytechniken hervorgegangenen Technischen Hochschulen zunehmend Bedeutung. Das traditionelle Gymnasium büßte im gleichen Zeitraum an Attraktivität ein.

6 Vgl. Giesen (1993), S.234; vgl. Ringer (1969), S.61: „Die zunehmende Einschreibung von Studenten aus dem kommerziellen und industriellen Sektor war vermutlich eher eine leichte ‚Plutokratisierung‘ als eine wirkliche ‚Demokratisierung‘.“ Vgl. von Ferber (1956), S.326 f. vgl. Ringer (1980), S.5-35.



Hochschulen der Entwicklung zur Modernität Rechnung. Die Universitätsprofessoren und höheren Staatsbeamte machten sich bis weit in das 20. Jahrhundert hinein eine „idealistische“ Auffassung der Probleme der Moderne zu eigen, in der Alltagsfragen keinen Platz hatten<sup>7</sup> und die Universitäten keine Berufsfachschulen sein sollten.<sup>8</sup>

Der „Alptraum“ der Philosophischen Fakultäten sei, so Habermas, wahr geworden, mit der in den 70er Jahren durch neue Hochschulgesetze erfolgten Umwandlung der Fakultäten in Fachbereiche, der Einbeziehung der Lehrerausbildung und den Veränderungen hin zu einer universitären Massenausbildung.<sup>9</sup> Jürgen Habermas war 1971 der Meinung, dass das „akademische“ Selbstverständnis“ des deutschen Bildungsbürgertums ein soziales Prestige begründe, „das übrigens bis heute den Universitätsprofessoren vor Ärzten, Ministern und Unternehmern die Spitze der Statuspyramide“ sichere.<sup>10</sup> Im September 1993 erklärten 81% der vom Institut für Demoskopie Allensbach Befragten, dass sie unter den 18 angegebenen Berufsgruppen vor dem Arztberuf „am meisten Achtung“ haben, während - deutlich weniger - 33% den Universitätsprofessor, nach dem Arzt, Pfarrer und Rechtsanwalt, zu den angesehensten Berufen zählten.<sup>11</sup> Mit der 1990 erfolgten Vereinigung der beiden deutschen Staaten wurden die Werte der alten Bundesrepublik nicht hinfällig, wenn auch, so von Peter Glotz, eine neue „Identitätsphilosophie einer nach der Vereinigung wieder erstarkenden deutschen Bildungsbourgeoisie“ ausgemacht worden ist.<sup>12</sup> Die Rolle der Redaktion der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* in der eigentlichen Historikerkontroverse ist im Kontext mit einer Identitätsstiftung auffällig. Doch nicht nur der *Historikerstreit* wurde von FAZ-Artikeln ausgelöst. In den Medien, der „seriösen“ Presse in der Bundesrepublik, ist die Präventivkriegsthese unbeachtet geblieben.<sup>13</sup> Die These vom Präventivkrieg NS-Deutschlands gegenüber der Sowjetunion fand in den achtziger Jahren in der renommierten konservativen Tageszeitung *Frankfurter Allgemeine Zeitung* wieder ein Forum, jenseits der rechtsextremen Publikationen und Außenseiterliteratur.

Nach den Forderungen von deutschnationalen und rechtskonservativen Historikern und Politikern soll der Geschichtsunterricht ein „Selbstwertgefühl“ (Diwald) festigen. Es besteht die Gefahr, dass in den Schulbüchern die umstrittenen Deutungen Noltes rezipiert werden und eine Indienstnahme der Historie für eine sinn stiftende

7 Vgl. Ringer (1969), S.242.

8 Ebd., S.232.

9 Vgl. Habermas (1971), S.459.

10 Habermas (1971), S.461: „Natürlich ist die akademische Elite niemals eine herrschende Klasse gewesen.“

11 Vgl. Berufsprestige (1993), S.50; vgl. Ueberschär (1987b), S.62-85.

12 Glotz (1994), S. ZB 2.

13 Vgl. Schreiber (1984), S.27-42.

Identität vorgenommen wird, die schließlich als offizielles Geschichtsbild in die Lehrbücher eingehen können. Im Kapitel 4 untersuche ich das Geschichtsbild bundesdeutscher Geschichtsbücher bezüglich der Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den ehemaligen Ostgebieten.

Der parlamentarische Regierungswechsel von 1982 bedeutete keine eigentliche, von der Regierungskoalition zu Anfang als Parole ausgegebene, *geistig-konservative Wende*. Der Regierungswechsel stellte sich als ein Stück Normalität einer parlamentarischen Demokratie dar, eine seit 13 Jahren in der Opposition befindliche Volkspartei, die zuvor im Bundesrat bereits eine Mehrheit erreicht hatte, löste eine andere ab. Eine gewissermaßen *geistig-moralische Wende* war bereits in den 60er Jahren gescheitert. Damals folgte die Regierungspartei CDU Ludwig Erhard nicht in die von ihm propagierte „formierte Gesellschaft“. Die Auswirkungen der sozialliberalen Ostpolitik, Kontinuität in der Außenpolitik und der Blick auf eine gewisse Sozialverträglichkeit von wirtschaftspolitischen Entscheidungen bestimmten die Politik zu Beginn der 80er Jahre auch nach dem Ende der sozialliberalen Koalition. Gleichwohl löste die von den politischen Parteispitzen von CDU/CSU verkündete politische „Erneuerung“ einer geistig-moralischen Wende auch ein Misstrauen aus. Mit Bitburg und dem *Historikerstreit*, der vor allem in Tages- und Wochenzeitungen und weniger in Fachzeitschriften geführt worden ist, sind solche Erwartungen bestätigt worden. Somit ist es nicht entscheidend, ob die den *Historikerstreit* auslösenden Veröffentlichungen von Ernst Nolte und Andreas Hillgruber originell und innovativ waren oder nicht. Beide Autoren hatten in den Jahren zuvor zahlreiche Beiträge zum Thema Nationalsozialismus publiziert, in den umstrittenen Veröffentlichungen von 1986 leisteten sie einen Beitrag zur Geschichtspolitik und nicht zur geschichtswissenschaftlichen Forschung. Die Reaktionen und breite Resonanz die darauf folgten, und die die wissenschaftlichen Fachgrenzen weit überschreiten sollte, orientierten sich auch an der beim Regierungswechsel angekündigten *geistig-moralischen Wende*.

Die deutsche Entscheidung für den Krieg gegen die Sowjetunion, führte zu einer folgenreichen Besatzungs- und Expansionspolitik. Die Voraussetzungen für diesen Überfall waren ideologische Sachzwänge. Kontrovers werden die Ursachen für den Angriff auf die Sowjetunion, zwischen den so genannten *Programmatikern und Pragmatikern* unter den Historikern diskutiert. Von den so genannten *Pragmatikern* wird erwogen, ob nicht auch ökonomische und militärische Pressionen Sowjetrusslands, das „Reich“ zu diesem Überfall zwangen. Da der Angriff auf die Sowjetunion nur unter dem Aspekt der ökonomischen Entscheidung Hitlers, von manchen Historikern als pragmatische Entscheidung Hitlers dargestellt wird, degeneriert diese Geschichtsinterpretation leicht zu einer apologetischen Rechtfertigungstheorie, für den *sine ira et studio* „ungeheuerlichsten Eroberungs-, Versklavungs- und Vernichtungskrieg“; wie ihn Ernst Nolte nannte, ohne hierbei den historischen Kontext für das Ostraumkonzept und die Entstehungsbedingungen mit einzubeziehen.<sup>14</sup>

In der vorliegenden Arbeit, werden die Entscheidungen, für den Krieg gegen die Sowjetunion, auch personalisierend dargestellt. In einem Führerstaat, der von dem Führerprinzip geleitet wird, bestimmt der „Führer“ die Richtlinien der Politik. Die Außenpolitik des „Dritten Reiches“ war hierbei eine „Domäne“ Hitlers. Die so

genannte Monokratie- und Polykriatiethorie wird anhand innenpolitischer Herrschaftstechniken des nationalsozialistischen Regimes dargestellt. Hitlers Person war austauschbar, die außenpolitischen Entscheidungen hätten jedoch, was Zeitpunkt und Angriffsrichtung angeht, anders getroffen werden können. Der Ostkrieg wurde auch benutzt, um mit dem großen Sündenbock des Nazisystems, dem Judentum, „abzurechnen“. Die Transporte in die Vernichtungslager des Ostens hatten, selbst während einer am Rande des Zusammenbruchs stehenden Kriegswirtschaft, absolute Präferenz.<sup>15</sup> Nutzte Hitler und das NS-Regime den Sieg über Frankreich, um den Lebensraum im Osten zu gewinnen, oder glaubte sich Hitler im Zugzwang gegenüber den Alliierten, die Stalins Sowjetrußland für den kontinental-europäischen Krieg umwarben? Die wirtschaftlichen Beziehungen, die zwischen dem Deutschen Reich und den Sowjetrepubliken bestanden, waren, nach meiner Ansicht, kein Auslöser für den Angriff auf die Sowjetunion.

Dass die Geschichte für diesen Zeitraum nicht „neu geschrieben werden“ muss, belegen Quellen, Hitlers frühere Schriften und Aussagen gegenüber dem Hochkommissar von Danzig Carl Jakob Burckhardt. Die Entscheidung, Sowjetrußland anzugreifen, fiel wohl im Sommer 1940. Das Konzept hierfür ist jedoch weit vor dieser Zeitangabe „erdacht“ worden.

Die *Akten zur deutschen auswärtigen Politik*, wurden von mir, in den Fällen, wo sie identisch waren mit anderen Quellenwerken - etwa Dokumente wie das *Holbach Protokoll* und die von Walter Hubatsch herausgegebenen *Hitlers Weisungen für die Kriegführung 1939-1945*, Dokumente des Oberkommandos der Wehrmacht, Frankfurt am Main 1962, sowie das *Kriegstagebuch* des Generaloberst Halder (Stuttgart 1963 ff.) - als alleinige Quellen genannt und in den Anmerkungsapparat aufgenommen.

Die bisher umfangreichste Bibliographie zum *Historikerstreit*, die den Zeitraum von Januar 1986 bis Dezember 1988 berücksichtigt, wurde von Helmut Donat, Diether Koch und Martin Rohkrämer vorgelegt.<sup>16</sup>

<sup>14</sup> Vgl. Hillgruber (1965), S.516: „Hitlers Ostkrieg ist mit Recht 'der ungeheuerlichste Eroberungs- und Versklavungskrieg' der Neuzeit genannt worden ...“

<sup>15</sup> Vgl. Rückerl (1977), S.113 ff.; vgl. Hilberg (1987).

<sup>16</sup> Vgl. Donat et al. (1991), S.150-214.

Die vorliegende Studie wurde im Sommersemester 1994 am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main als Dissertation angenommen.

Für Anregungen, Hinweise, kritische Diskussion und Einwände danke ich Hans-Wolfgang Krautz und Hans-Ulrich Stenger.

## 2. Der Historikerstreit

Wohl geht es bei dem neuerlichen *Historikerstreit* der achtziger Jahre nicht um eine neue „Auschwitzlüge“. <sup>1</sup> Die Verbrechen der Nazis werden nicht geleugnet, die Zahl der Opfer des Holocaust wird nicht in Frage gestellt. Entgegen früheren Diskussionen, wie z.B. der so genannten *Fischerkontroverse* Anfang der sechziger Jahre - die von Fritz Fischers Veröffentlichung *Der Griff nach der Weltmacht* ausging und Forschungen zur Kriegsursache des Ersten Weltkrieges im Wilhelminischen Kaiserreich auswertete - geht es bei dem *Historikerstreit* nicht um die Vorstellung neuer Erkenntnisse bisher nicht berücksichtigter Quellen oder gar heuristischer geschichtswissenschaftlicher Prinzipien und Evaluierung. <sup>2</sup> Die nationalsozialistische Gewaltherrschaft soll als nicht singulär angesehen werden und es werden Kausalzusammenhänge für ihre Entstehung außerhalb Deutschlands konstruiert. Hitler wird auf einen „Anti-Lenin“ reduziert und die NS-Diktatur und ihre Verbrechen werden von Ernst Nolte als eine Reaktion auf die bolschewistische Herrschaft interpretiert. Der Genozid wird von Nolte keineswegs geleugnet, nur soll er partiell als nicht einzigartig gewertet werden. Die Singularität der nationalsozialistischen Massenvernichtung wird vielmehr auf andere Völker projiziert, die analog-vergleichbare Taten begangen haben sollen. <sup>3</sup>

Wenn es auch unstrittig ist, dass jedes historische Ereignis, jeder Mensch und jeder Massenmord singulär ist, <sup>4</sup> so rief die Zurückführung der Ursachen für die nationalsozialistischen Massenverbrechen auf die bolschewistische Revolution Empörung hervor.

1 Vgl. *Historikerstreit* (1987); vgl. Nolte (1986a), S.25. Vgl. Donat et al. (1991), S.150-214. Die Literatur zum *Historikerstreit* umfaßt bei Donat et al. den Zeitraum von Januar 1986 bis Dezember 1988.

2 Vgl. Fritz Fischer (1983), S.6-8, S.45-47, S.70-74; vgl. Fritz Fischer (1979); vgl. Berghahn (1980), S.403-419; vgl. Schreiber (1984a), S.238-242; vgl. Geiss (1972), S.108; vgl. Geiss (1988), S.14-18; vgl. Sywottek (1973), S.19-49.

3 Vgl. Nolte (1986a), S.25; vgl. Hennig (1988), S.50: „Während Hillgruber die Leistung des Ostheeres gegenüber der ‚Orgie der Rache‘ durch die Rote Armee beschwört und die aus dem faschistischen Kontinuum herausgetrennten Verteidigungsjahre 1944/45 mit dem Niedergang der Reichsidee betrachtet, wendet sich Ernst Nolte dem Tabu des Antisemitismus und folglich der Binnenstruktur des NS-Bildes zu.“ S.51 f.: „Während Hillgruber vor einem sachlichen Hintergrund ungesicherte Interpretationen und Ausblicke präsentiert, vermengt Nolte durch und durch unklare geschichtspolitische Zielsetzungen mit quellenkritisch ungeklärten und vagen analytischen Ansätzen.“

4 Vgl. Lübke (1990), S.495; vgl. Hillgruber (1986c), S.347: „Singulär‘ ist im Grunde jegliches Geschehen, so wie in jeglichem Geschehen auch Vergleichbares mit anderem Geschehen enthalten ist.“

Ernst Nolte darf kein Frageverbot auferlegt werden, wenn er einen Kausalnexus für den Genozid des nationalsozialistischen Deutschland aufzeigt. Allerdings sind etliche Aussagen, die Nolte getroffen hat, unbegründet. Nolte stellte es 1986 so dar, als ob die „der ‚Endlösung‘ gewidmete Aufmerksamkeit ... von wichtigen Tatbeständen der nationalsozialistischen Zeit“, „wie etwa der Tötung ‚lebensunwerten Lebens‘ und der Behandlung der russischen Kriegsgefangenen, vor allem aber von entscheidenden Fragen der Gegenwart“ ablenke.<sup>5</sup>

In der Kontroverse um die Thesen von Nolte wurde der Behauptung, dass Genozid und „Euthanasieaktion“ (womit die Tötung von Behinderten und Kranken im nationalsozialistischen Deutschland gemeint ist) keinen Zusammenhang aufweisen und die Beschäftigung mit dem Völkermord nur von der nationalsozialistischen Euthanasie ablenke, nicht weiter nachgegangen. Sie soll deshalb hier untersucht werden.

Die NS-Verbrechen - Euthanasieaktion, die Massensterilisationen mit dem Ziel der *negativen Demographie*, die Humanexperimente und die Massenmorde in Polen - waren ein Teil der allgemeinen Politik NS-Deutschlands,<sup>6</sup> das ist wohl das symptomatische an diesen technisierten Massenverbrechen, die nicht nur in der deutschen Geschichte singular sind.<sup>7</sup> Die Entwicklung zum nationalsozialistischen Völkermord am europäischen Judentum (Lifton nennt es einen „fünf Schritte umfassenden Prozess“<sup>8</sup>) begann bereits mit dem *Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses erb-*

<sup>5</sup> Nolte (1986a), S.41. Inzwischen ist Ernst Nolte Jahre später in seiner Publikation *Streitpunkte Heutige und künftige Kontroversen um den Nationalsozialismus (1993). 2. Aufl., Berlin, Frankfurt am Main 1993* der Meinung, dass „kein Zweifel“ daran sein kann, „daß die Vergasungen von Kranken in Anstalten wie Grafeneck, Hadamar und Bernburg durch das sogenannte ‘T 4’-Personal des Leiters der Kanzlei des Führers der NSDAP Philipp Bouhler und seines Mitarbeiters Viktor Brack ganz unmittelbar einen Übergang zu dem bekanntesten Teilbereich der Vernichtungspolitik darstellt, der ‘Endlösung der Judenfrage’, die sich aus dieser Perspektive tatsächlich wie ein untergeordnetes Teilglied in dem Gesamtkomplex der negativen und der positiven, der inländischen und der ausländischen Bevölkerungspolitik des Nationalsozialismus ausnehmen könnte. Dieser Eindruck ist jedoch oberflächlich und insofern irreführend ...“ (ebd., S.285 f.). Für die Juden seien nämlich „andere Metaphern“ der kategorialen Minderwertigkeit angewendet worden als bei „Erbkranken, Slawen und Zigeunern“. Nolte weist deshalb der „Endlösung der Judenfrage“ auch einen „ganz spezifischen Platz“ innerhalb der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik zu (ebd., S.286 f.). Nolte schreibt 1993 auf der Seite 290: „Es gibt gute Gründe, die nationalsozialistische ‘Judenvernichtung’ als den größten und schrecklichsten Massenmord der Weltgeschichte zu beurteilen.“ Er „relationiert“ diesen Genozid und sieht in der „schmerzfreien Operation“ der „Judenvernichtung“ das „Unverwechselbare“ (S.400).

<sup>6</sup> Vgl. Mellanby (1947), S.149.

<sup>7</sup> Vgl. Arendt (1964), S.91: „Die moralische Dimension dieser Angelegenheit wird indessen niemals dadurch erfaßt, daß man sie mit der Bezeichnung ‘Völkermord’ belegt oder die Millionen Opfer zählt - die Ausrottung ganzer Völker hat es schon im Altertum und auch im modernen Kolonialismus gegeben -, sondern erst dann begreift man den Kern der Sache, wenn man erkennt, daß all dies im Rahmen einer gesetzmäßigen Ordnung geschah ...“

<sup>8</sup> Lifton (1989), S.20.

*kranken Nachwuchs* (GzVeN) vom 14. Juli 1933, das am 1. Januar 1934 in Kraft trat.<sup>9</sup> Auch die Massensterilisation im Nationalsozialismus hat ihre Vorgeschichte. Bereits in der Präsidentschaftszeit von Papen und Schleicher, der letzten Jahre der Weimarer Republik, wurde vom Preußischen Landesgesundheitsrat im Juli 1932 ein Entwurf eines Sterilisationsgesetzes, bei eugenischer Indikation mit Einwilligung und ohne Zwang des Betroffenen, vorbereitet.<sup>10</sup> Im November des gleichen Jahres forderten ärztliche Standesvertreter und Rassenhygieniker, die im Auftrag des Deutschen Ärztevereinsbundes und des Hartmannbundes handelten, die Reichsregierung auf, den Entwurf als Notverordnungsgesetz anzuwenden.<sup>11</sup> Nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten entwarf der Medizinalreferent im Reichsinnenministerium Arthur Gütt den Gesetzestext, der das Gesetzesvorhaben des Landesgesundheitsrats berücksichtigte, und zusammen mit dem Psychiater und Rassenhygieniker Ernst Rüdin und dem Juristen Falk Ruttke den Kommentar zu einem Zwangssterilisationsgesetz,<sup>12</sup> das rassenhygienische und eugenische Forderungen der 20er Jahre zum großen Teil erfüllte.<sup>13</sup> In der Dokumentation von Alexander Mitscherlich und Fred Mielke wird darauf hingewiesen, dass sich „die Auswirkungen der Schrift von Binding und Hoche ... unter einer Ideologie, die sie systematisch zur Anwendung zu bringen trachtete, verhängnisvoll bemerkbar“ machten.<sup>14</sup> Der Strafrechtler Karl Binding hat 1913<sup>15</sup> eine Schrift zur Euthanasie verfaßt, die dann 1920 zusammen mit den im gleichen Jahr gemachten Ausführungen des Psychiaters Alfred Erich Hoche, der unter dem Eindruck des Kriegserlebnisses und des Verlustes seines Sohnes<sup>16</sup> stand, mit dem Titel *Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens. Ihr Maß und ihre Form* neu veröffentlicht und 1922 bereits in einer zweiten Auflage publiziert worden ist.<sup>17</sup> Hoche forderte darin, „Ballastexistenzen“ und „leere

9 Vgl. Reichsgesetzblatt Teil 1, Jg. 1933, S.529; vgl. Bock (1986), S.87; vgl. Weingart et al. (1988), S.465.

10 Vgl. Bock (1986), S.50-52; vgl. Weingart et al. (1988), S.296-298; vgl. Ganssmüller (1987), S.41.

11 Vgl. Bock (1986), S.84.

12 Vgl. Matthias M. Weber (1993), S.181-184; vgl. Gütt et al. (1936).

13 Bock (1986), S.49 u. S.89; vgl. Gütt et al. (1936), S.83 ff.; vgl. Broszat (1981), S.356-359; vgl. Baader (1980), S.96; vgl. Müller-Hill (1991), S.142; vgl. Hitler (1944), S.279.

14 Vgl. Mitscherlich/Mielke (1978), S.229 f.; vgl. Haffner/Winau (1974); vgl. Jaspers (1986), S.99; vgl. Peter (1994).

15 Vgl. Leibbrand (1946c), S.11.

16 Vgl. Seidler (1986), S.68; vgl. Kirchner (1986), S.13. Bei Langemarck fiel Hoche Sohn Ernst. Vgl. Hoche Kriegsvortrag an der Universität Freiburg am 6.11.1918. In: ders. (1935), S.232; vgl. Sontheimer (1962), S.117.

17 Vgl. Binding/Hoche (1920), S.59: „Mitleid‘ ist den geistig Toten gegenüber im Leben und im Sterbensfall die an letzter Stelle angebrachte Gefühlsregung; wo kein Leben ist, ist auch kein mit-Leiden.“ Vgl. Bock (1986), S.132 f.; vgl. Schultz (1980), S.191 f.; vgl. Alexander u. Margarete Mitscherlich (1967), S.206.

Menschenhülsen“ zu beseitigen,<sup>18</sup> da die „geistig Toten“ keinen subjektiven Anspruch hätten, ein Recht auf Leben zu erheben.<sup>19</sup> Hoche hatte einige Klassifikationen für die Tötung „geistig völlig Tote[r]“, das er auch „unlebenswertes Leben“ nannte, aufgestellt.<sup>20</sup> Konträre Positionen ergeben sich für Hoche zwischen „christlicher Vorstellungsreihe“ und einer „höheren staatlichen Sittlichkeit“,<sup>21</sup> die keine „unbedingte Erhaltung lebensunwerten Lebens“ in Form von „Übertreibungen“ eines christlich-ethischen Regulativs einer *conditio humana* aufweisen solle. Statt dessen fordert er frühe Kosten-Nutzen-Kalkulationen, Kosten-Nutzen-Rechnungen, wie sie später im nationalsozialistischen Regime aufgestellt wurden, um die Sinnlosigkeit und Schädlichkeit des, laut NS-Terminologie, „lebensunwerten Lebens“ darzulegen.<sup>22</sup> Binding und Hoche bündelten nach dem Ersten Weltkrieg die im 19. Jahrhundert existierenden sozialdarwinistischen und rassenhygienischen Ideen.<sup>23</sup>

Hitler äußerte bereits 1935 gegenüber dem damaligen Reichsärztführer Gerhard Wagner, dass die „Euthanasiefrage“, wenn ein Krieg sein sollte, gelöst werden würde.<sup>24</sup> Die Direktive zur Durchführung der Euthanasie bei Erwachsenen gab Hitler nach der Niederwerfung Polens in einem rückdatierten, auf privatem Briefpapier verfaßten „Führer-Erlass“ vom 1. September 1939, dem Tag des Kriegsausbruchs.<sup>25</sup> Außer bei der „Kindereuthanasie“, die bereits vor dem Kriegsausbruch in eigens geschaffenen „Kinderfachabteilungen“ für körperlich und geistig abnorme Kinder mit Überdosierungen von Barbituraten durchgeführt wurde,<sup>26</sup> wurden die Massentötungen bei der *Euthanasieaktion* der Erwachsenen der *ersten Phase* zu Beginn an polnischen psychisch Kranken, mittels Kohlenmonoxidgas vorgenommen.<sup>26</sup> Eine

18 Binding/Hoche (1920), S.49 f.

19 Binding/Hoche (1920), S.49 f.; vgl. Dörner (1986c), S.2587-2590; vgl. Ehrhardt (1965), S.2.

20 Vgl. Binding/Hoche (1920), S.49; vgl. Hoche (1935), S.230.

21 Binding/Hoche (1920), S.56.

22 Ebd. S.54; vgl. Alexander (1948a), S.173; vgl. ders. (1949), S.39 f.; 275000 Menschen seien, so Alexander (1949), in den Tötungsanstalten im Dritten Reich im Rahmen der Euthanasie ermordet worden. Alexander (1949) S.40: „According to the records, 275,000 people were put to death in these killing centers.“ Diese Zahl der Ermordeten im Zusammenhang mit der „Euthanasieaktion“ ist durchaus nicht unrealistisch. Vgl. Lifton (1988), S.168 f. Ebd., S.169: „Die Elemente der Täuschung, das verordnete Chaos und die Vernichtung vieler Aufzeichnungen machen eine genaue Schätzung völlig unmöglich.“ Vgl. Aly (1989a), S.11. Nach Aly wurden im Rahmen der „Aktion T4“ mehr als 200.000 Menschen ermordet. Nach Arndt/Boberach ist die Gesamtzahl der Opfer nur zu schätzen (vgl. Arndt/Boberach 1991, S.38).

23 Dörner (1987), S.2021.

24 Vgl. Baader (1980), S.39 ff.; vgl. Arendt (1978), S.1421 f.; vgl. Dörner (1967), S.139.

25 Vgl. Nuremberg Medical Case Bd. I, S.893.

26 Vgl. Graf (1991), S.86-109. Ebd., S.104 f.; vgl. Klee (1985), S.76-81 u. S.294-307; Aly (1984), S.147-155, vgl. Jaroszewski (1994); vgl. Rieß (1995).



Abstellung des Personals der *Aktion T4* erfolgte nach dem vorläufigen Euthanasie-stopp der *ersten Phase* im Reichsgebiet zu der nach Reinhard Heydrich benannten Aktion Reinhard, der planmäßigen industriellen Massenermordung des europäischen Judentums in Belzec, Sobibor und Treblinka mit Kohlenmonoxidgas, in der als rationellste Methode der Tötungen die Gaskammer auch für die „Endlösung der Judenfrage“ verwendet werden konnte.<sup>27</sup> Nach dem vorläufigem „Euthanasie“-Stopp, auch aufgrund der öffentlichen Proteste, vor allem von Geistlichen beider Konfessionen im August 1941, begann in Deutschland die *zweite Phase* der *Aktion T4*, in der die psychisch Kranken mit Barbituraten, durch Einspritzung von Morphin-Skopolamin sowie einer fettlosen Hungerkost und Massenerschießungen getötet wurden. Die Zahl der Ermordeten von 70.237 der *ersten Phase* der Aktion T4 entsprach dem 1934 anvisierten Ziel Viktor Bracks (dem Stellvertreter der *Kanzlei des Führers*), und es ist in etwa die gleiche Zahl von psychisch Kranken, die in den vier Jahren des Ersten Weltkrieges in Deutschland durch Mangelernährung starben.<sup>28</sup> Neben den Massentötungen, die in den Ostgebieten stattfanden und bei denen keine unmittelbaren ärztlichen Vorwände dienten, wurden die KZ ab Sommer 1941 nach „schwachsinnigen“ Häftlingen und von der NS-Terminologie so bezeichneten „asozialen Elementen“ durchsucht. Dies war die so genannte Sonderaktion „14f13“, benannt nach einem Aktenzeichen des Inspektors der KZ beim *Reichsführer SS*. Die Kontinuität der Aktionen T4 und 14f13, an deren Durchführung z.B. auch der SS-Obersturmführer und Direktor der Heil- und Pflegeanstalt Eichberg, Friedrich Mennecke, teilnahm, wurde erst am 27. April 1943 durch eine Mitteilung des SS-Wirtschafts- und Verwaltungshauptamtes an die Konzentrationslager unter dem Aspekt des Arbeitskräftepotentials auf „nur noch geisteskranke Häftlinge“ beschränkt.<sup>29</sup> Die *Sonderaktion 14f13* war nur „Anschauung und Vorübung“ für eine industrielle Tötung, die von den KZ-Ärzten, die die Selektionen vornahmen, als eine „direkte Umkehrung von Heilen und Töten“ verstanden wurde.<sup>30</sup> In einer Denkschrift an Himmler empfiehlt der Facharzt für Haut- und Geschlechtskrankheiten,

27 Vgl. Rückerl (1977), S.37-42 u. S.47; vgl. Kogon et al. (1983), S.149; vgl. Hilberg (1982), S.585; vgl. Arendt (1978), S.143; vgl. Klee (1985), S.374; vgl. Klee (1989), S.147: „Der angebliche Euthanasiestopp und die Endlösung der Judenfrage fallen zeitlich fast zusammen.“ Vgl. dazu auch Klodzinski (1989), S.136; vgl. Lifton (1988), S.89 f.

28 Vgl. Dörner (1989), S.479.

29 Vgl. Platen-Hallermund (1993), S.74-80, S.94; vgl. Klee (1983), S.348 f.; vgl. Kaupen-Haas/Roth (1984), S.130-134; vgl. Kogon (1974), S.254 ff.; vgl. Lifton (1988), S.163 f.; vgl. Ferencz (1981), S.43-56; vgl. Kogon et al. (1981), S.78-80.

30 Grode (1987), S.214 f.; Vgl. Klodzinski (1989), S.136; vgl. Schmuhl (1987), S.217-219.

Adolf Pokorny, medikamentöse Sterilisationsversuche vorzunehmen, um die drei Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen zu sterilisieren und danach weiter als Zwangsarbeiter einzusetzen.<sup>31</sup> In den Konzentrationslagern Auschwitz und Ravensbrück entwickelte Prof. Carl Clauberg ein Verfahren für die Massensterilisation, die „Sterilisation durch intrauterine Reizwirkung“, und Horst Schumann experimentierte am Menschen über die Untersuchungen zur Kastration durch Röntgenbestrahlung.<sup>32</sup> Die Massensterilisationen folgten den Visionen der Rassenhygiene und der nationalsozialistischen Ideologie, deren Lebenskampf- und Rassendoktrin ätiologisch im Sozialdarwinismus verwurzelt waren. „Fortpflanzungsunwürdige“<sup>33</sup> wie Juden, Zigeuner, slawische Völker und sowjetische Kriegsgefangene sollten dem Fernziel des Generalplan Ost entsprechend sterilisiert werden.<sup>34</sup>

Die *Endlösung* ist somit nur eine Fortführung nationalsozialistischer Vernichtungspolitik, deren unmittelbaren Wurzeln schon mit der Machtübernahme der Nazis sichtbar werden.<sup>35</sup>

Das GzVeN galt nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland nicht als nationalsozialistisches Gesetz.<sup>36</sup> Erst im Jahre 1988 beschloß der Bundestag das GzVeN als nationalsozialistisches Unrecht zu ächten.<sup>37</sup> Eine Nichtigkeitserklärung des Erbgesundheitsgesetzes wurde von den Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP im Deutschen Bundestag erst 1998 ausgesprochen.<sup>38</sup>

Das eigentliche basale Motiv, der Hintergrund für die Historikerkontroverse, auf das ich noch eingehe, ist zweifelsohne die „Frage nach der nationalen Identität“ der Deutschen.<sup>39</sup> Deshalb geht es nicht um die Verifizierung von wissenschaftlichen Erkenntnissen und historischen Wahrheiten, sondern es sollen sinnstiftende Veränderungen im politischen Bewusstsein erreicht werden.<sup>40</sup> Diese Bestrebungen um ein zukunftsfähiges Deutschland galten den kritischen Beobachtern und Mitwirkenden

31 Vgl. Mitscherlich/Mielke (1978), S.240-246; vgl. Baader (1986), S.70 f.; vgl. Lifton (1988), S.315.

32 Mitscherlich/Mielke (1978), S.246 ff.; vgl. Dörner (1967), S.141-152; vgl. Klee (1985), S.340 ff.

33 Lifton (1988), S.316; vgl. Bock (1986), S.440 f.

34 Vgl. Sehn (1959), S.11; vgl. Mitscherlich/Mielke (1978), S.237; vgl. Kaul (1968), S.272 ff.; vgl. Heiber (1958), S.281 ff.; vgl. Aly/Heim (1991), S.365-421.

35 Vgl. Blasius (1988), S.4: „Die Ursachenkomplexe nationalsozialistischer und bolschewistischer Lebensvernichtung sind ebenso verschieden wie die Ideologien, die als Legitimation hinter der Tötung von Menschen standen. Die Fragen Ernst Noltes entbehren der historischen Korrektheit ...“

36 Vgl. Bock (1986), S.116; vgl. Weingart et al. (1988), S.464 u. S.468; vgl. Weidner (1949), S.36; vgl. Jochheim (1948), S.125.

37 Vgl. Saathoff (1991), S.43-45.

38 Vgl. Saathoff (1991), S.43.

39 Münkler (1992a), S.8 f.; vgl. Habermas (1990a).

40 Vgl. Lenk (1991), S.61-63, S.63: „Der Preis für die nationale Identität heißt aber abermals Verleugnung ...“ Vgl. Bohrer (1990), S.492.

des „Historikerstreits“ dann auch als eine von deutschen Historikern gezogene Verbindungslinie zwischen der Frage nach der deutschen Identität und dem Verleugnen der deutschen Verantwortung für die nationalsozialistischen Massenverbrechen.<sup>41</sup> So lässt sich schon wenige Jahre vor der Vereinigung der beiden deutschen Staaten eine Debatte um die Deutsche Nation und nationale Identität auf den unterschiedlichsten politischen Spektren, der so genannten „rechten“ wie „linken“ Seite, aufzeigen.<sup>42</sup> Die 12 Jahre des Dritten Reiches waren nach Meinung einiger Historiker nur ein *Betriebsunfall* gewesen.<sup>43</sup> Nicht mehrere Millionen Tote in der Sowjetunion, die die verbrannte Erde der Nationalsozialisten zurückließ, werden als Folge der Hitlerschen Expansionspolitik primär als deutsche Tat analysiert, sondern die Kausalkette, die zu den Massenmorden an den sowjetischen „Untermenschen“ und dem europäischen Judentum führte, wird vor allem, mit den Massenvernichtungen von Gegnern des bolschewistisch-stalinistischen Regimes in den stalinistischen Gulag, auswärtig gesehen. „War nicht der ‘Archipel GULag’ ursprünglicher als Auschwitz?“, fragt Ernst Nolte.<sup>44</sup> Der Archipel Gulag nach der Oktoberrevolution und die seit dem 19. Jahrhundert bestehende Furcht vor den asiatischen Steppenvölkern und dem russischen Joch eines transformierten zaristischen Feudalismus, der im 18. und 19. Jahrhundert seine politischen Ziele mit Brachialgewalt in den besetzten Gebieten durchsetzte, wird von Ernst Nolte für die Massentötungen des nationalsozialistischen Reiches mitverantwortlich gemacht und führte demnach zu einem unter Bruch der Haager Landkriegsordnung geführten Ostkrieg. Dabei hielten sich, vor allem zu Beginn des Unternehmens Barbarossa, die Wehrmacht und die Waffen-SS Verbände mit dem Kommissarbefehl und dem Kommandobefehl, wie Andreas Hillgruber in seinen früheren Werken eindringlich darlegte, nicht an die Gesetze eines herkömmlichen Krieges.<sup>45</sup> Für die NS-Ideologie waren die Eroberung der Sowjetunion und die gleichzeitig einsetzende Vernichtung des europäischen Judentums vorrangige Ziele, die den „europäischen Normalkrieg“<sup>46</sup> gegen die westlichen

41 Vgl. Diner (1987a), S.47-50.

42 Vgl. Klönne (1984); vgl. Diner (1987a), S.47; vgl. Hillgruber (1986a); vgl. Reese (1984), S.13: Entscheidend ist für Reese nicht, dass es eine Diskussion von Linken und Rechten um das Thema „nationale Identität“ gibt, sondern dass ein gemeinsames Interesse bestehen würde politische Probleme damit erklären zu wollen.

43 Vgl. Alexander u. Margarete Mitscherlich (1967), S.28 f. Hätte sich Hitler und mit ihm Nazi-deutschland weniger kriegerisch-exaltiert dargestellt und in der Rassenpolitik nach italienischem Vorbild „gemäßigt“, wäre „das Ende des Tausendjährigen Reiches“ „wohl noch heute (1967, J.P.) nicht abzusehen“.

44 Vgl. Nolte (1986a), S.25.

45 Vgl. Hillgruber (1976), S.94-114.

46 Nolte (1963), S.436; vgl. den modifizierten Text der Habilitationsschrift Noltens in der Taschenbuchausgabe von 1966: ders. Die faschistischen Bewegungen. Die Krise des liberalen Systems und die Entwicklung der Faschismen. 4. Aufl., München 1973 (= dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts).

demokratischen Staaten durch einen in Polen und der Sowjetunion geführten Rassen- und Weltanschauungskrieg ersetzt.<sup>47</sup>

Nolte benutzte in seiner Habilitationsschrift den Begriff *Faschismus*, ebenso wie er in der Sprachregelung der sowjetkommunistischen Staaten verwendet wurde, durchgängig für das nationalsozialistische Deutschland und den italienischen, französischen und spanischen Faschismus. Er subsumierte unter den Begriff Faschismus sechs Charakteristika, und bestimmte als Bindeglied aller Faschismen vor allem den *Antimarxismus*.<sup>48</sup> Die Begriffe *Faschismus* und *Nationalsozialismus* wurden von Nolte, marxistischen Historikern, Theoretikern und Ende der 60er Jahre von der Neuen Linken als ein Synonym verwendet. Die inflationistische Verwendung des Begriffes Faschismus führte, worauf Karl Dietrich Bracher 1986 schon hinwies,<sup>49</sup> zur Verwischung der rassenideologischen Unterschiede des nationalsozialistischen Dritten Reiches zu den faschistischen Staaten und zur Unterbewertung des Totalitarismusbegriffes; insofern ist von Nolte in den 60er Jahren hier eine falsche Fährte mit gelegt worden.

In der Totalitarismustheorie war dieser Antimarxismus der faschistischen Systeme von geringer Bedeutung für die Typologisierung totalitärer Systeme. Die Kommunisten seien, so nach der reduzierenden Interpretation von marxistisch-leninistischen Historikern und Noltes These, die Gegner des Faschismus schlechthin. Nach dieser Deutung ist der Faschismus als eine Reaktion, als eine „Gegenoffensive“ (Kühnl) des bürgerlichen Systems auf die bolschewistische Revolution anzusehen. Nolte gesteht der Gegnerschaft des Faschismus gegenüber dem kom-

---

47 Vgl. Hillgruber (1965), S.519; vgl. Jäckel (1982), S.56; vgl. Hitler (1944), S.751; vgl. Heiber (1958), S.281-314.

48 Vgl. Nolte (1968), S.11: „Es gibt keinen Faschismus ohne die Herausforderung des Bolschewismus. Aber der Faschismus ist deshalb nicht ein bloßer Antibolschewismus. Es ist vielmehr für jeden Faschismus kennzeichnend, daß er die unzweifelhaft vorhandene, aber in ihrem Ausmaß sehr strittige Herleitung des Bolschewismus aus dem Marxismus ohne alle Abstriche für zwingend hält und daher stets allem anderen zuvor ein Antimarxismus sein will.“ Vgl. Nolte (1963), S.127: „Faschismus ist Antimarxismus ...“; vgl. ders. (1987); vgl. Zitelmann (1990), S.218 f.; ebd., S.223: „Ernst Nolte war der nichtmarxistische Historiker, der maßgeblich zur Renaissance des 'Faschismus'-Begriffs beitrug ...“; vgl. Kühnl (1979), S.141; vgl. Wolfgang J. Mommsen (1986), S.310; vgl. Möller (1993), S.68 u. S.71.

49 Vgl. Bracher (1986), S.113: An der „Inflationierung der Faschismusformel“ und der „Tabuisierung des Totalitarismusbegriffs“ seien „sowohl Ernst Nolte wie Jürgen Habermas seinerzeit nicht ganz unschuldig“ gewesen. Vgl. Bracher (1992), S.567-570, S.583 f.; vgl. Bracher/Valiani (1991); vgl. Arendt (1962), S.217: „... die tiefen entscheidenden Unterschiede zwischen totalitärer und faschistischer Herrschaftsform sind von der Außenwelt bis auf den heutigen Tag nicht völlig begriffen worden. Nirgends traten sie so deutlich zutage wie in der Behandlung der Judenfrage.“

unistischen System - eine gewisse Rechtfertigung zu und erkennt den Widerstand der Demokratien des Westens gegen den sowjetischen Kommunismus als legitim an - diametral entgegengesetzt zu den marxistisch-leninistischen Theoretikern.

Nolte unterscheidet sich jedoch hier von den marxistischen Geschichtswissenschaftlern durch die Hervorhebung des antidemokratischen Wesenszuges der marxistisch-leninistischen Machtausübung und weiter mit seiner These von der bloßen Bedrohung und Provokation des bürgerlichen liberalen Systems durch den Bolschewismus, der schlussendlich den Aufstieg des Faschismus bewirkt habe. Diese, nach dem Urteil von Nolte von 1990, „nationalsozialistische Gegen-Revolution“ sei ein historisches Unrecht, sie habe den „Feind“ radikal physisch vernichten wollen, und sie sei nicht notwendig zwingend gewesen, da das „liberale System“ 1933 noch fähig gewesen sei, Widerstand gegen die bolschewistische Weltanschauung zu leisten.<sup>50</sup> Die marxistischen Historiker attestieren ihm, so beispielsweise Reinhard Kühnl,<sup>51</sup> Widersprüche. In Noltes Theoriegebäude fungiere der Sowjetkommunismus lediglich als „Störfaktor und Bedrohung des ‚liberalen Systems‘“ und die „Reaktion des Bürgertums“ erscheine als „verständlich“ oder „gar als unausweichlich“.<sup>52</sup> Der Nationalsozialismus hatte mit dem Bolschewismus, neben der in der Totalitarismustheorie erörterten Herrschaftstechnik und dem Führerprinzip der Faschisten, die Gegnerschaft zum demokratisch-parlamentarischen, „bürgerlichen“ System gemein. Berührungspunkte ergaben sich in den gemeinsamen Streiks in den Berliner Verkehrsbetrieben 1932 und dem Berliner Metallarbeiterstreik von 1930, dem in der Weimarer Republik vorkommenden Nationalbolschewismus (dem so genannten *Scheringer-Kurs*) und der Fluktuation an den Rändern der beiden politischen Bewegungen und außenpolitisch im Hitler-Stalin-Pakt - Nolte nennt 1963 diese Zusammenarbeit der politischen Extreme „eine eigentümliche Nähe zum Gegner“.<sup>53</sup> Die Methode der politischen Agitation in den Massenveranstaltungen von Kommunisten und Sozialdemokraten fand Hitlers Bewunderung und diente ihm als Lehre.<sup>54</sup> Die nationalsozialistische Herrschaft geht jedoch in der ideologischen pragmatischen Umsetzung weit über das NSDAP-Parteiprogramm hinaus, dieses Programm unterscheidet sich deutlich schon 1920 in den antisemitischen Zielen vom italienischen Faschismus.

<sup>50</sup> Nolte (1990), S.104 f.

<sup>51</sup> Kühnl (1979), S.139.

<sup>52</sup> Ebd.

<sup>53</sup> Vgl. Nolte (1963); vgl. Schüddekopf (1972), S.391 f.; vgl. Sontheimer (1962), S.161-164; vgl. Ottwalt (1932).

<sup>54</sup> Vgl. Zitelmann (1987), S.462-466.

Bei aller Berechtigung einer Typologie des Faschismus - als ein Paradigma ist die Gemeinsamkeit des Kriegserlebnisses und der antidemokratischen Ausrichtung als eine von mehreren Ursachen für das Aufkommen dieser Bewegungen zu nennen - ist doch der Nationalsozialismus als eine Steigerung in seiner „totalitären“ Machtausübung und rassenideologischen Ausrichtung zu bewerten.<sup>55</sup> Das Fehlen des Biologismus bei den europäischen Faschismen und die Umsetzung der nationalsozialistischen Rassenhygiene, die utilitaristische Ausrichtung einer medizinisch-wirtschaftlichen Zweckwissenschaft, die Ausmerzungen der psychisch und physisch Kranken im Dritten Reich, unterscheiden sich grundlegend von den Methoden der Machtausübung des Faschismus in Europa.

Das Außerachtlassen der gesellschaftlichen ätiologischen Momente und des Ursachenexus im eigenen Land, schwächt zwangsläufig die Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschland ab und lässt die Anerkennung einer nationalen „Schuld“ für diese Zeitphase vergessen. „Schuld“ bedeutet für die westdeutsche Geschichtsschreibung in dieser Dimension ein Trauma, das die politische Handlungsfähigkeit der Gegenwart und Zukunft Deutschlands einschränkt. Giordano bezeichnet 1987 die Verdrängungsphase der deutschen Nachkriegsgeschichte als die eigentliche *Zweite Schuld* nach der *Ersten Schuld*, der Billigung und indifferenten Haltung in Deutschland gegenüber den ungeheuerlichen Verbrechen der Nazis. Als eine *Dritte Schuld* erweist sich, nach Meinung von Eike Hennig, der Historikerstreit und seine Vorläufer.<sup>56</sup> Hierbei ist die neuerliche historische Sichtweise der Historiker Nolte

---

55 Vgl. Steinberg (1992), S.74-179. Die italienischen Streitkräfte, die im Spätsommer 1942 Gewissheit über den Genozid der Deutschen an den Juden erhielten (vgl., S.112, S.117 u. S.219: „Der November war auch der Monat, in dem die italienischen Behörden unwiderlegbare Beweise für den ‚Holocaust‘ bekamen“), waren in den von ihnen besetzten Zonen, gegenüber Kroaten und Deutschen, zur „Schutzmacht“ der Juden - trotz einer seit 1938 formal praktizierten Rassengesetzgebung - geworden und sie behinderten die „Endlösung“. Mussolinis anfangs erteiltes „nulla osta“ vom 21.8.1942 für die von Deutschland geforderte Deportation der Juden aus der italienischen Besatzungszone, wurde durch die obstruktive Haltung der italienischen Behörden (S.207) bewusst unterlaufen. S.,127 f.: „Ansehen, Menschlichkeit und Eigeninteresse verschmolzen in der italienischen Entschlossenheit, sich nicht am Massenmord an den Juden zu beteiligen.“ Vgl. dagegen den Beitrag von Wippermann (1992), der die Einwände, so von Gisela Bock, von fehlenden „antinatalistischen“ Maßnahmen und der nicht betriebenen sozialassistiven Politik im italienischen Faschismus nicht gelten lässt.

56 Vgl. Giordano (1987); vgl. Hennig (1988), S.26: „Der ‚Historikerstreit‘ wird als Zeichen einer ‚dritten Schuld‘ aufgefaßt. Es handelt sich um die öffentliche und seriöse Verdrängung und Uminterpretation bisheriger wissenschaftlicher Befunde - ein Prozeß, der retrospektiv bei einigen Beteiligten schon Mitte der 60er Jahre beginnt ... Der ‚Historikerstreit‘ ist Zeichen dafür, daß sich ‚neue‘ Generationen und ‚neue‘ politische Verhältnisse ‚den‘ Nationalsozialismus und ‚die‘ Weimarer Republik ‚neu‘, gemäß ihren eigenen Interessen, aneignen.“

und, weniger radikal als Noltes die Hillgrubers, teilweise als Verwerfung ihrer eigenen Interpretationen zu begreifen. Der von Ernst Nolte 1963 so genannte „ungeheuerlichste Eroberungs-, Versklavungs- und Vernichtungskrieg“, dieser „ungeheuerlichste Raubkrieg“ als Folge des Ostfeldzuges, in dem bewusst die Haager Landkriegsordnung durch die NS-Kriegführung außerkraft gesetzt wurde und ebenso die Behandlung der polnischen und russischen Kriegsgefangenen, wurden in den vorangegangenen Schriften Noltes in den 60er und 70er Jahren verurteilt, sie werden aber im Hinblick auf die geforderte politische Souveränität der Bundesrepublik und Beurteilung der Studentenrevolte in den sechziger Jahren regressiv und in einer distanzierenden Weise neu beurteilt.<sup>57</sup> Eine Ablehnung der totalitären Herrschaft kann jedoch nicht mit inadäquaten Analogien, wie der Gleichsetzung von NS-Bewegung mit der 68er Studentenbewegung erfolgen. Die von dem renommierten Historiker Andreas Hillgruber in seiner Schrift *Zweierlei Untergang* sachlich dargestellten Thesen können nicht mit den Äußerungen eines Ernst Nolte verglichen werden. Doch auch bei Hillgruber gilt: Die Erfahrungen, die diejenigen, die den Historikerstreit auslösten, mit der *Studentenrevolte* Ende der sechziger Jahre in Deutschland und in den Siebzigern mit den politischen Ablegern der K-Gruppen und politischen Gruppierungen wie dem Marxistischen Studentenbund (MSB) machten, wirken nachhaltig und partiell geradezu traumatisch auf die Bewertung des NS-Regimes. Sie bewirken aufgearbeitet eine Umkehr, Überprüfung und zum Teil eine Revision der historischen Interpretationen, die seit den fünfziger Jahren und den Studentenunruhen der sechziger Jahre in jenem historischen Kontext entstanden.

Die Widersprüche Noltes und teilweise auch Hillgrubers zu ihren eigenen früheren Aussagen, werden evident in der Kehrtwende, mit der die Historiker einen Kotau vor der Tagespolitik vornehmen, in der ein Erstarren, ein Wiederaufleben und eine Erneuerung des deutschen Nationalbewusstseins von führenden demokratischen Volksvertretern angesagt ist.

Hillgruber, der 1983 noch die Authentizität der Hitler-Tagebücher der *Stem*-Veröffentlichung anzweifelte und vor allem vor dem sozusagen euphorisch-mannischen Verhalten bei der Kommentierung dieser Tagebücher, bezüglich des Geschichtsbildes des Dritten Reiches durch die *Stem*-Redaktion, mit ihrem Urteil „die Geschichte muss neu geschrieben werden“, warnte, belobigt in seiner Schrift *Zweierlei Untergang Die Zerschlagung des Deutschen Reiches und das Ende des europäischen Judentums* den „Opfermut einzelner“, nationalsozialistischer Funktionäre, und das deut-

<sup>57</sup> Vgl. Nolte (1986a), S.118: „Menschen wie Jürgen Habermas und seine Anhänger, Menschen, die sich gegen ihre Eltern wenden, obwohl sie nie im Leben in derselben Prüfungssituation gestanden haben, benutzen ihre Kritik an der Vergangenheit für ihre Ziele in der Gegenwart. Sie wollen Machtpositionen erreichen.“

sche „Ostheer“, die einen Verteidigungsdamm vor der anstürmenden Roten Armee, von der die deutsche Ostbevölkerung tyrannisiert worden sei, errichteten.<sup>58</sup>

„Von den Hoheitsträgern der NSDAP bewährten sich manche in der Not von letzter, verzweifelter Verteidigung, von Zusammenbruch und Flucht, andere versagten, zum Teil in erbärmlicher Weise.“<sup>59</sup> „Das deutsche Ostheer bot einen Schutzschirm vor einem jahrhundertalten deutschen Siedlungsraum, vor der Heimat von Millionen der Ostdeutschen, die in einem Kernland des Deutschen Reiches ... wohnten. Und das deutsche Ostheer schützte in einem ganz elementaren Sinne die Menschen in eben diesen preußisch-deutschen Ostprovinzen, denen im Falle einer Überflutung ihrer Heimat durch die Rote Armee, wie die habergefüllte Propagandakampagne in der Sowjetunion zeigte und 'Nemmersdorf' im Oktober 1944 und 'Metgethen' im Februar 1945 ... schon vor Augen geführt hatte, ein grauenvolles Schicksal drohte.“<sup>60</sup>

Die Verbrechen, die mit der Vertreibung an der deutschen Bevölkerung aus den Ostgebieten begangen wurden, sollen hier keineswegs verschwiegen werden. Nur kann eine einseitige Identifizierung mit dem nationalen Deutschtum und dem Schicksal von Ostdeutschen unter emotioneller Ausklammerung des Schicksals der Deutschen israelitischen Glaubens - oder der Separierung des europäischen Judentums - eine parteinehmende Perspektive für die Darstellung von Geschichte zur Folge haben, die den Opfern des Rassenwahns nicht im selben Maß konzidiert wird.<sup>61</sup> Statt Ausgrenzung und Absonderung wünscht man sich in der Geschichtsschreibung nicht nur das Prinzip *audiatur et altera pars*, sondern mehr noch ein *includatur et altera pars* als Methodenwahl für den von einer jeweiligen Perspektive aus darstellenden und urteilenden Historiker, die den Eindruck des Nichtdazugehörens von ethnischen Minderheiten und Gruppen erst gar nicht aufkommen lässt. Zudem kann noch, worauf Reinhart Kosselleck aufmerksam macht, differenziert werden zwischen metahistorischen Prämissen, in Anlehnung an eine kantianische Perspektive, die die Erkenntnismöglichkeiten determinieren. Es sind Vorgaben wie die Trias früher/später, innen/außen und oben/unten.<sup>62</sup> „Nemmersdorf“ führte, so Hillgruber, zum verantwortungsethischen Handeln vieler NSDAP-Funktionsträger, die aus der Stunde der Not, die eine Folge der nationalsozialistischen Politik war, die deutsche Ostbevölkerung vor den „Racheorgien“, den Ausschreitungen (die auch in anderen von der Sowjetarmee okkupierten Ländern vorkamen) der Roten Armee

58 Vgl. Hillgruber (1986), S.36.

59 Ebd., S.37.

60 Ebd., S.64 f.

61 Vgl. Rosen (1987), S.77: „Hillgruber, der ... dem heutigen Historiker zur Aufgabe macht, sich mit den Einzelschicksalen in der 'Winterkatastrophe 1944/45' zu 'identifizieren', findet keine vergleichbare Stellungnahme zu den Opfern der Vernichtungslager ...“

62 Vgl. Kosselleck (1989), S.669.



bewahren wollten. Hillgruber räumt selbst ein, indem er einen Beitrag Norbert Blüms diskutiert, dass solange die Front hielt, die Massentötungen durchgeführt werden konnten. Der Siedler-Verlag und der Autor handelten mit ihrer Verlagsausgabe der beiden Hillgruber Aufsätze aus den Jahren 1984 und 1985, die unter diesem verhänglichen, mehrdeutigen Doppeltitel 1986 veröffentlicht wurden, denn auch ausgesprochen unglücklich. In seiner Replik an Jürgen Habermas vermerkt Andreas Hillgruber im Dezember 1986, dass er sich bei seiner Identifizierung mit dem deutschen Ostheer auf den Historiker für Alte Geschichte, Alfred Heuß, beruft, der konstatiert: Die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten sei „die wohl gravierendste Kriegsfolge“;<sup>63</sup> die Deutschen jüdischen Glaubens bleiben bei dieser Betrachtung mit ihrem Schicksal außen vor, werden segregiert. Dan Diner sprach denn auch, in Anlehnung an den Titel des 1986 veröffentlichten Buches Hillgrubers, von „Zweierlei Perspektive“.<sup>64</sup>

Die NS-Propaganda blendete die Kriegsfolgen für die eigene, und teilweise für die unter der Besatzung der Deutschen Wehrmacht lebende Bevölkerung, sofern es um rassistisch motivierte Verfolgungen ging, völlig aus und sie stellte die Massentötungen an Juden, Sinti und Roma, polnischen und russischen Kriegsgefangenen öffentlich nicht dar. Dem großen Teil der deutschen Bevölkerung drangen diese Verbrechen und Untaten des nationalsozialistischen Staates an Behinderten, Juden, Sinti und Roma, sowjetischen Kriegsgefangenen und an der Zivilbevölkerung in den okkupierten Gebieten nicht ins Bewusstsein und sie waren ihnen während des Krieges schlichtweg gleichgültig. Luftangriffe der Alliierten, „ungenügende und unregelmäßige Ernährung“ seit 1943,<sup>65</sup> ökonomische Veränderungen bedingt durch die Kriegswirtschaft, die gefallenen deutschen Soldaten und in Ostdeutschland die Massenvergewaltigungen der Roten Armee, bestimmten das Alltagsgeschehen.<sup>66</sup>

Der Genozid wurde dabei nach dem Zusammenbruch als Fremdgeschehen empfunden. Eine Identifikation mit diesen planmäßigen ermordeten Menschen - den so genannten Aktionen T4, 14f13, „Kindereuthanasie“ und der „Endlösung der Judenfrage“ - blieb auch Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in den beiden deutschen Staaten fast völlig aus. Der Titel von Hillgrubers Band lässt das damalige Zeitempfinden, den Alltag in NS-Deutschland und die populistische Methode der

<sup>63</sup> Hillgruber (1986b), S.296 u. S.339; vgl. Wehler (1988), S.164-166.

<sup>64</sup> Vgl. Diner (1987a), S.70 .

<sup>65</sup> Zutt (1946), S.248-250.

<sup>66</sup> Vgl. Habermas (1989), S.150: „Das Ungeheuerliche ist geschehen, ohne den ruhigen Atemzug des Alltags zu unterbrechen.“ Vgl. Schwarz (1981). Laut Meinungsumfragen in der Bundesrepublik antworteten noch im Jahre 1951 auf die Frage in welcher Zeit es Deutschland am besten gegangen sei, 42 Prozent der Befragten, dass sei zwischen „1933 und 1939“ gewesen.

unpolitischen Unterhaltung in Film, Theater, Rundfunksendungen und Presse - er lässt diese Normalität - wiedererstehen.

Die Neuinterpretation der deutschen Geschichte wird für Hillgruber zwingend, da er die Prophezeiung Bismarcks, dass mit dem Untergang von „Preußens Macht“ Deutschland das Schicksal Polens teilen und es zum Vorfeld und Spielball der Großmächte werden würde, nach 1945 sich erfüllen sieht.<sup>67</sup> Ob die durch die Teilung Deutschlands nach 1945 „zerstörte europäische Mitte“, die nach dem „Willen der Alliierten“ habe „zertrümmert“ werden sollen,<sup>68</sup> jemals rekonstruiert und rekonvalesziert werden kann, ist für Hillgruber im Jahre 1986 fraglich, da er ein strategisch starkes mitteleuropäisches Deutschland als Prämisse für ein „ganzes Europa“ wünscht.<sup>69</sup>

Die These von der *Mittellage* Deutschlands, dem Land in Europas Mitte, dass von anderen Mächten bedroht erschien und ihnen bedrohlich erscheinen musste, geht von einer durch die geopolitischen Voraussetzungen begründeten deterministischen Auffassung von historischen Entwicklungen aus, die als eine Variante der nationalen Geschichtsschreibung im Zweiten Deutschen Reich - des *Primats der Außenpolitik* - anzusehen ist und mit ihr Ähnlichkeiten hat. Der *Historikerstreit* ist mit der Mitteleuropadiskussion eng verknüpft, die auch hier letztlich Debatten um die deutsche Identität und die konzeptionellen Überlegungen zur Lösung der deutschen Frage in den 80er Jahren sind.<sup>70</sup> Doch sind keineswegs nur Hillgruber und Stürmer die Wortführer um die europäische Mitte, die auch auf dem so genannten „linksalternativen“ Spektrum seit Ende der 70er Jahre propagiert worden war.<sup>71</sup>

Hillgruber lehnt einen *Primat der Außenpolitik* ebenso ab, wie die entsprechende Antithese vom *Primat der Innenpolitik*. Statt dessen bietet er eine Trilogie des methodischen Vorgehens, neben den Erfordernissen einer interdisziplinären Kooperation, für die politische Geschichte an, die von der Berücksichtigung der Außenpolitik mit den „machtpolitischen Kalkulationen“, von gegensätzlichen wirtschaftlichen Interessen bis zur Beachtung von widerstreitenden Ideologien, von politischen Doktrinen reichen.<sup>72</sup> Als mit dem Ausgang des Zweiten Weltkriegs „historisch erledigt“

67 Vgl. Hillgruber (1986a), S.64 u. S.73 f.

68 Ebd., S.74.

69 Ebd.

70 Vgl. Despoix/Hahn (1989), S.5-8. Ebd., S.3 f.

71 Vgl. Diner (1987), S.49: „Mitteleuropa-Gedanken, die für 'Osteuropa' berechnete politische Perspektiven erschließen mögen, fallen von Deutschland ausgehend, auf den falschen Resonanzboden.“

72 Vgl. Hillgruber (1988), S.14-31; ebd., S.16 f. Ebd., S.30: Hillgruber plädiert für eine „nüchtern-vorurteilslose Einschätzung von Mächten und Machtkonstellationen, unabhängig von Sympathien und Antipathien“.

beurteilt Hillgruber den „Mitteleuropa“-Gedanken. Stürmer sieht die *Mittellage* als ein Fatum Deutschlands,<sup>73</sup> die aber bei kritischer Betrachtung, laut Hans-Jürgen Puhle, doch nur eine „Allerweltsformel“<sup>74</sup> ist. Es geht Stürmer nicht um die Wiederherstellung der geopolitischen Mittellage Deutschlands, im Gegensatz zu einem Teil der Anhänger und Parteimitglieder der Grünen Anfang der 80er Jahre, sondern um die Einbeziehung dieses politischen Faktors in die historische Analyse.<sup>75</sup> Aus einem speziellen historischen Kontext propagierte Friedrich Naumann in seiner utopisch-visionären Schrift *Mitteleuropa* (Berlin 1915), einen Staatssozialismus korporativer Prägung in einem geeinten Mitteleuropa, das mit Deutschland als Mentor verbunden sein sollte. Vom ausgehenden Mittelalter, dem Fehlen eines deutschen Nationalstaats auf dem Boden des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation, dem europäischen Schlachtfeld des Dreißigjährigen Krieges über den Siebenjährigen Krieg bis zur Restauration von 1815 in Deutschland, sei Deutschland vor allem „Drehscheibe der europäischen Mächteinteressen“<sup>76</sup> gewesen, in deren Verlauf die liberaldemokratische Revolution von 1848 neben anderen Faktoren auch aufgrund der Mächtekonstellation habe scheitern müssen, worauf Stürmer hinweist. Gleichsam habe Preußen die Stornierung der Wiener Ordnung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, als England, Russland und Italien in ihren Auseinandersetzungen und Einigungskrieg Luft holten, auszunutzen gewusst. Die deutsche wilhelminische Kriegszielpolitik war demnach von dem Motiv bestimmt, die Mittellage durch Hegemonie im Zentrum Europas zu beseitigen und die Weimarer Republik wählte, neben der Notwendigkeit der ökonomischen Beziehungen zum Westen, einen Zustand des Nicht-Festlegen Wollens. Der Einwand, der auf geopolitische Prämissen hinweist und die Insellage Englands anführt, die zu anderen geopolitischen Prioritäten führte, kann sich nicht, wie das Beispiel Japan lehrt, auf Gesetzmäßigkeiten berufen.<sup>77</sup>

Der Aufstieg Preußens im 18. Jahrhundert war gewissermaßen eine deutsche Revolution gewesen, der Dualismus Preußen-Österreich führte im 19. Jahrhundert zur

73 Vgl. Stürmer (1982a), S.40 f.: „Es ist die Perspektive der Machtgeographie, des im Übergang zur Neuzeit ausgebildeten europäischen Mächtesystems, dessen Gefüge bis in die Zeit der Weltkriege überdauerte.“ S.43: „Die Mittellage hatte unübersehbare Folgen für Denken und Politik der Deutschen.“ Vgl. Stürmer (1983), S.83-101.

74 Puhle (1987), S.398; vgl. Diner (1987), S.49.

75 Vgl. Stürmer (1988), S.8. Ebd.: „Der Westen verband die Eindämmung der Sowjetunion mit der Eindämmung der deutschen Frage. (...) Zugleich blieb beiden Seiten (der USA und der Sowjetunion, J.P.) die Versuchung, im weltpolitischen Schach den eigenen deutschen Bauern in eine Dame zu verwandeln ...“ Ebd.: „Alliierte Verantwortung für Deutschland wird es geben, solange Europas Mitte umstritten bleibt und der Ost-West-Konflikt dauert.“

76 Vgl. Stürmer (1982a), S.43.

77 Vgl. Maier (1992), S.150: „Allgemein bleibt festzuhalten, daß es kein einzelnes historisches Paradigma gibt, das zu einem Dogma erhoben werden könnte.“

Ablösung der Hegemonialmacht Österreich. Mit der von „oben“ erfolgten Reichsgründung von 1870/71 bestimmten fortan die Mittellage neben einer deutschen Sonderentwicklung den *Primat der Außenpolitik*.<sup>78</sup> Die „alliierte Verantwortung für Deutschland“ nach dem Zweiten Weltkrieg enthalte auch das „Kondominium“ über die Mitte Europas, erläutert Stürmer.<sup>79</sup> Nach Michael Stürmers eineinhalb Jahre vor dem Zusammenbruch des Ostblocks gemachten Ausführungen verfügt die Bundesrepublik faktisch nicht über die volle politische Souveränität, wenn Stürmer auch dabei selbst den Einwand geltend macht, dass die Präsenz der USA in Mitteleuropa als ein Gegenpol zu dem sowjetisierten Osten und als ein Garant der deutschen Nation zu verstehen seien und NATO und westliche Integration mit den Interessen der Bundesrepublik konkordant einhergehen.<sup>80</sup>

Mit dem Fortfall des Ost-West Konfliktes, der Beseitigung der Vormachtstellung Sowjetrusslands über Osteuropa, erhält die Mitte Europas wieder mehr politisches Gewicht und sie wird nicht mehr von den beiden ehemaligen Supermächten dominiert. Mit dem Wegfall des Status quo der Nachkriegszeit ist jedoch die Akzeptanz der Staaten zu einer mitteleuropäischen Politik gefordert.

---

78 Stürmer (1988), S.8, vgl. ders. (1983).

79 Stürmer (1988), S.8.

80 Vgl. Stürmer (1984); vgl. Stürmer (1988), S.8.

### 3. Der Historikerstreit - eine Suche nach nationaler Identität?

#### 3.1 Die Suche nach einer nationalen Identitätsfindung der achtziger Jahre in der Bundesrepublik Deutschland

Auf den ersten Blick haben Themen wie *nationale Identität*, die Vermittlung eines wandelnden *Geschichtsbildes* in den Schulen innerhalb von vier Jahrzehnten in der Bundesrepublik und die *Präventivkriegsthese* mit dem *Historikerstreit* nichts zu tun. Dieses Kapitel beschäftigt sich mit der nationalen Identität und dem Geschichtsbild. Bedeutet Identität die „vollkommene Übereinstimmung zweier Dinge oder Personen“, so ist es der Mechanismus des Reifungsvorganges, der das Identitätsgefühl des einzelnen Menschen stärker ausprägt und es ermöglicht, dass Affektbildungen weniger am „Ich vorbeilaufen“. Zur Identität gehören somit die Integrationsfähigkeit des Ichs, und das Verfügen über ein Wertesystem. Gleichwohl ist *Identität* ein „schwer zu definierender seelischer Komplex“. Zur Identität gehören zweifelsohne Identifikationen, Wertvorstellungen, regionale kulturelle Äquivalente und Ideale, die zuerst in der Familie vermittelt werden und als erste Erfahrungen koinzident mit gesellschaftlichen Werten gegenübergestellt werden.<sup>1</sup> In der Pubertät wird die Identifikation mit den Eltern angezweifelt und das Ideal des Vaters in Frage gestellt.<sup>2</sup> Die Loslösung von der Identifikation mit dem Über-Ich und die gleichzeitige Lösung von den Eltern kann auch eine Maximierung an aggressiven Impulsen freisetzen.<sup>3</sup> Ein Phänomen, das während des *Dritten Reiches* zu beobachten war, wo einerseits unter dem Einfluss der staatlichen Sozialisationsinstanzen, wie Schule, Jungschar, BDM und HJ, das Wertesystem mit dem Elternhaus divergieren konnte und ideologisch-staatlich sanktionierte Glaubensdogmen benutzt wurden um sich vom Elternhaus und seinen Autoritäten herauszulösen.<sup>4</sup> Identität bedeutet auch eine Wandlungsfähigkeit durch das Aufnehmen neuer Erfahrungen. Zu den Prämissen für die Identitätsfindung des Adoleszenten gehört,

1 Vgl. Alexander u. Margarete Mitscherlich (1967), S.241 u. S.251.

2 Vgl. Mitscherlich (1984), S.93: „Identität ist also Stabilität sowohl des sozialen Verhaltens als auch der Selbsteinsicht.“

3 Vgl. A. Mitscherlich u. M. Mitscherlich (1967), S.232.

4 Vgl. Krüger (1987), S.9-22. Ebd., S.18 f.

dass ihm die Gesellschaft eine Rolle und Funktion in der Gemeinschaft zuerkennt.<sup>5</sup> In der „Rollendiffusion“ (Erikson) erlernt der Heranwachsende seine eigene Identität erkennen, die von anderen verschieden sein kann aber in toto akzeptiert werden muss. Wird dies nicht geleistet, sind Integritätsstörungen und die von der Gesellschaft nicht anerkannte *negative Identität* die Folgen.<sup>6</sup>

Von dieser psychosozialen Verwendung des Begriffs *Identität* war es nicht weit zur Übernahme und semantischen Ableitung des Wortbegriffes in andere Fachgebiete und Zusammenhänge. Der Begriff „nationale Identität“ wurde hiervon abgeleitet und fand Mitte der 70er Jahre in der Bundesrepublik Bedeutung.<sup>7</sup>

Analog zur Lösung der Austragung von Identitätskrisen des Adoleszenten, des einzelnen Individuums, liegt es im Interesse von Nationen Identitäten auszubilden, die Stabilität und kulturelle Anpassung garantieren.<sup>8</sup> Der personalen Identität wird somit eine überindividuelle hinzugefügt - „die politische Kultur ist Bedingung und Resultat dieser nationalen Identität“.<sup>9</sup> Nationale Identität heißt kollektive Identität.

Sprache, Religion, Tradition, geographisch bestimmter Raum und die historische Entwicklung von politischem Bewusstsein, Geburts- und Herkunftsland und kulturelles Dasein und teilweise Isolate, zumal im nichtstädtischen agrarisch geprägten Raum, umgrenzen den Begriff „nationale Identität“. Friedrich Meinecke unterscheidet zwischen „Kulturnation“ und „Staatsnation“ und Bernhard Giesen fügte jüngst noch den Begriff „Territorialnation“, der sich auf die nachkolonialen Staaten Afrikas bezieht, hinzu.<sup>10</sup> Der idealisierte Staat wurde in Deutschland im 19. Jahrhundert gleichzeitig zu einer moralischen Instanz und „pädagogischen Institution“.<sup>11</sup> Die Idee und das „Ideal des Rechtsstaats“<sup>12</sup> bestimmten seit dem Allgemeinen Land-

<sup>5</sup> Vgl. Erikson (1956), S.125 ff. ; vgl. ders. (1966a), S.123-212, vgl. ders. (1966), S.55-122.

<sup>6</sup> Vgl. Freud (1912/13); vgl. Erikson (1956); vgl. Kernberg (1975), S.44-46 u. S.61; vgl. A. Mitscherlich u. M. Mitscherlich (1967), S.40: Der „... schlagartig einsetzende Mechanismus der De-realisation des soeben noch wirklich gewesenen Dritten Reiches, ermöglicht es denn auch im zweiten Schritt, sich ohne Anzeichen gekränkter Stolz leicht mit den Siegern zu identifizieren.“ Vgl. Thomae (1981); vgl. Zimbardo/Ruch (1978), S.120 u. S.122; vgl. Rohde-Dachser (1977), S.129 f.

<sup>7</sup> Vgl. Wehler (1988), S.138 f. Ebd., S.138: „Der Begriff hat sich anfänglich in der Jugendpsychologie herausgebildet und durchgesetzt.“

<sup>8</sup> Vgl. Pye/Vrba (1965), S.528 ff., S.530; vgl. Rolf Fetscher (1983), S.408: „Stets sind aber die individuelle und der gesellschaftliche Faktor dialektisch aufeinander bezogen. Identität gründet im Subjekt und dessen Gesellschaft, deren eigene ‚Identität‘ wiederum begründet ist in der Identität ihrer Glieder.“ Vgl. Plänklers (1993b), S.103-108.

<sup>9</sup> Görnitz (1972), S.208.

<sup>10</sup> Vgl. Meinecke (1908); vgl. Giesen (1993), S.17-19.

<sup>11</sup> Ringer (1969), S.108.

<sup>12</sup> Ebd.

recht von 1794 und dem frühen 19. Jahrhundert, neben dem Vorbild des Kulturstaates, die deutsche politische Theorie des Naturrechts.<sup>13</sup>

Sprache, Bildung, kulturell bedingte und religiöse Moral schaffen ein Identitätsbewusstsein das, laut Hermann Lübke, zur „Herkunftswelt“ zu zählen ist.<sup>14</sup> Als weitere Charakteristika lassen sich eine Vielzahl von Faktoren nennen die den Begriff Identität assoziativ beschreiben, die eine kollektive Identität mitbestimmen; Kriterien zu denen auch eine gemeinsame kollektive Geschichte gehören und um hier einige aufzuzählen: regionale kulturelle Lebensgewohnheiten, Mentalität, ein Wertesystem, regional und religiös bedingte Traditionen, der Stellenwert des Familienverbandes, Urbanität, ländlicher Raum und Gemeinde, Landschaft und Natur, Vereinsverband und soziale Gemeinschaft und Identifikation mit Sportlern, die die eigene Nation „repräsentieren“.

Nationale Minderheiten und Bürger anderer Nationen prägen den Phänotypus des modernen *Nationalstaats* und verpflichten den auf integrierende Funktionen intendierten Nationalstaat, nach neuzeitlichen Verständnis zu einer Akzeptanz und rechtlichen Gleichstellung von Minoritäten. Eine kollektive Identität bindet sich auch an die Staatsform, sei sie nun demokratisch, diktatorisch oder totalitär ausgerichtet. Der aggressive exaltierte Nationalismus oder die Identifizierung mit einer gesellschaftlichen Gruppe erleichtert es dem Staatssystem, das mit der Staatsnation identisch sein kann, eine Stabilität auszubilden. Kollektive Identität kann sich leicht zu einem *Gruppenarzismus* entwickeln, mit der die Mitglieder mangels kultureller und materialistischer Defizite mit der bloßen Zugehörigkeit entschädigt werden.<sup>15</sup>

Sind es vor allem staatliche Symbole, die im Mittelalter eine staatliche Einheit darstellen, umfaßt der Begriff Nation im *Heiligen Römischen Reich deutscher Nation*, das vor allem eine Ordnungsmacht aber kein Nationalstaat war, im späten Mittelalter nicht die gesamten Einwohner, sondern er bleibt begrenzt auf den Herrscher und seine Dynastie, was schon in der *Elongata* mittelalterlicher Urkunden augenscheinlich vermerkt ist. Als Teil des nationalen Verbandes, der *societas civilis* der mittelalterlichen Stände, gelten vor allem Adel und Klerus und die Bürger der freien Reichs-

---

13 Mit dieser Garantie der Legalität und einer gewissen Rechtssicherheit der Untertanen, die der Rechtsstaat beinhaltete, wurde der Machtanspruch des monarchischen Legitimitätsprinzips und eines bürokratischen Absolutismus, der die demokratische Partizipation des Volkes verneinte, nicht begrenzt. Das Naturrecht war dabei nicht mehr die unabhängige Quelle gesellschaftlicher Normen. Der Rechtsstaat sollte zwar die Fürstenwillkür beschränken, blieb aber eine für die Untertanen der Legalität verpflichtende Einrichtung, die dem Staat moralische Zwecke zubilligte.

14 Vgl. Kluxen-Pyta (1990), S.127.

15 Vgl. Fromm (1974), S.228 f. u. S.244; vgl. A. u. M. Mitscherlich (1967), S.18 f. u. S.257.

städte, denen politische Partizipation zugestanden werden.<sup>16</sup> Dabei wird von kleinen Zirkeln der universitären Intelligenz, von *Intellektuellen*, seit dem 16. Jahrhundert wohl ein Nationalbewusstsein ausgebildet, es bleibt aber für die Bevölkerung die Maxime des an den monarchischen Herrscher gebundenen Nationenbegriffes eines mit dem Augsburger Religionsfriedens, und mit zeitlichen Dissonanzen in Europa, ubiquitär geltenden Grundsatzes eines *cuius regio - eius religio*.

In der frühen Neuzeit wird der Dualismus Staat und Kirche zurückgedrängt, werden moralische und theologisch begründete Staatsinteressen zugunsten eines autonomen Gesetzes der souveränen Staaten abgelöst, die das Staatsinteresse zur obersten Priorität werden lassen.<sup>17</sup> In Deutschland verhinderten nicht zuletzt die dynastischen Interessen der Habsburgermonarchie und die konfessionelle Glaubensspaltung die Entwicklung zum Nationalstaat und sie begünstigten den Partikularismus der deutschen Fürsten. Nach dem *Westfälischen Frieden* hielt Samuel Pufendorf die Zerrissenheit und Mannigfaltigkeit der Herrschafts- und Rechtsverhältnisse für „irregulär“. Der Westfälische Frieden besiegelt die Zersplitterung des Reiches, im Gegensatz zu Frankreich und England, in souveräne Staaten - es entsteht Ende des 18., Anfang des 19. Jahrhunderts als Reaktion auf die Besetzung durch französische Revolutionstruppen und napoleonische Heere des seit dem ausgehenden Mittelalter geeinten Frankreichs ein deutsches Nationalgefühl, das sich auf Sprache, Kultur und Geschichte und ein oppositionelles Anderssein stützt.

Wenn auch der Begriff der Nation in der Romantik Fremde und Außenstehende, aufgrund des Mangels an empirischer Erfahrbarkeit und der Inklusion des Naturbegriffes, ausgrenzt, umfaßt er nicht den völkischen von Blut und Rasse, sondern es besteht die Vorstellung von der Kulturnation, die nicht an territoriale Grenzen gebunden ist.<sup>18</sup> Die in der Romantik konstruierte Identität der Nation eines „älteren, sagenhaften Deutschlands“<sup>19</sup> ist die jenseitige, „deren Ursprung im Dunklen liegt“<sup>20</sup> und die letzten Endes unbegreifbar und unverständlich bleibt. Abgelöst davon suchten die Vormärzintellektuellen eine nationalstaatliche Identität herzustellen, die Realität wahrzunehmen und exakt zu beobachten; in dieser Zeit lösen sich auch nicht zufällig die Naturwissenschaften allmählich von der Naturphilosophie. Die politische Bewegung *Jungs Deutschland*, die *Junghegelianer*; die *Reformer*; „*Wartburgautonomen*“ und das in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts liberal gesinnte *Bildungsbürgertum* - das nicht als homogen bezeichnet werden kann und sich aus Romantikern,

16 Vgl. Dann (1991), S.56-73. Ebd., S.58 f.

17 Vgl. Schilling (1991), S.192-252, S.200 f.

18 Vgl. Giesen (1993), S.154 f.

19 James (1991), S.68.

20 Giesen (1993), S.150.



idealistisch-staatstreuen, mit der Obrigkeit arrangierenden Bildungseliten, Vormärz-intellektuellen und Sozialreformern zusammensetzte - verbündeten sich im *Vormärz* mit Handwerksgelesen, Volksschullehrern, mit den Mittel- und Unterschichten.<sup>21</sup> Als die seit dem Frühjahr 1832 bestehenden, Volksversammlungen in Süddeutschland als Ersatz für die nicht gewährte Pressefreiheit verboten und beschränkt wurden, veranstalteten die Liberalen statt dessen *Volksfeste*<sup>22</sup> Die Volksfeste in Hambach und Wilhelmsbad bei Hanau,<sup>23</sup> um hier nur die größten zu nennen die 1832 in Süd- und Südwestdeutschland stattfanden, vermittelten im Vormärz eine kollektive Identität, die sich in gemeinsamen Ritualen ausdrückte und die durch den organisatorischen Ablauf gekennzeichnet waren. Nach dem 1832/33 erfolgten Verbot der *Volksfeste* und der *Burschenschaften* fanden die *Turnvereine* (die einen planvollen Patriotismus als Antwort auf die napoleonische Besetzung Anfang des 19. Jahrhunderts beinhalteten), als weit verbreitete nationalistische Organisationsform, eine breite soziale Basis und sie setzten die gesellige und bildungsbewusste Ausrichtung der deutschen *Vereine* des 18. Jahrhunderts fort.<sup>24</sup>

Die Intellektuellen des Vormärz waren dabei noch keineswegs die moralischen Autoritäten für das Bürgertum, wie es die Universitätsprofessoren für das Bildungsbürgertum zweifellos in ihrer Kontinuität im 19. Jahrhundert gewesen sind.<sup>25</sup>

Die soziale Komponente wurde von den Bildungseliten in der Revolution von 1848 gering geschätzt und nicht hoch bewertet. Die Lösung sozialer Probleme und des ländlichen und städtischen Pauperismus wurde schon im Vormärz nur von einer Minderheit des deutschen Bildungsbürgertums (und ebenso seit 1832 von einigen der deutschen Réfugiés) erwogen. Radikaldemokratische Geheimbünde, wie die *Gesellschaft der Menschenrechte* mit ihren Sektionen Gießen und Darmstadt und der vom *Bund der Geächteten* sich Ende der dreißiger Jahre des 19. Jahrhunderts abgespaltene und die Gütergemeinschaft ablehnende *Bund der Gerechten*,<sup>26</sup> erkannten ihre grundlegenden, unterschiedlichen Ziele zu den Reformern des *Jungen Deutschland* und zu den literarischen Richtungen von Karl Gutzkow, Heinrich Heine und Ludwig Börne oder gar zu den deutschtümelnden Wartburgteutonen und dem national gesinnten Kleinbürgertum. Die Sozialrevolutionäre der internationalen Geheimbünde, die sich nach französischem Vorbild und der italienischen *Carbonaria*

21 Vgl. Ringer (1969), S.119; vgl. Giesen (1993), S.170.

22 Vgl. Tapp (1976), S.153; vgl. Giesen (1993), S.164 f.

23 Vgl. Tapp (1976), S.170.

24 Vgl. James (1991), S.68 f.; vgl. Giesen (1993), S.115; vgl. Tapp (1976), S.230 ff.

25 Vgl. Ringer (1969), S.78; vgl. Giesen (1993), S.190.

26 Vgl. Kowalsky (1962), S.145 ff.

in Deutschland in den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts mit wenigen hundert Mitgliedern gründeten und deren Ziele vom Umsturz bis zu angestrebten Reformen reichten, setzten sich in Deutschland überwiegend aus Handwerkern und daneben aus Emigranten des akademischen Bildungsbürgertums zusammen. Georg Büchners kosmopolitische-sozialrevolutionäre Ziele, die er in der *Gesellschaft der Menschenrechte* vertrat, unterschieden sich von dem Mitte der dreißiger Jahre sich nationalistisch gebenden *Jungen Deutschland*.<sup>27</sup> Beiden ging es um die Aufklärung der Massen, des Landvolkes und der Kleinbürger, an die mit Manifesten und propagandistischen Schriften, wie das von Wilhelm Sauerwein verfaßte *ABC-Buch der Freiheit für Landeskinder* von 1832<sup>28</sup> oder des *Hessischen Landboten*, appelliert wurden. Georg Büchner setzte nicht auf reformerische Lösungen und er fühlte sich „der literarischen Partei Gutzkows und Heines“ keineswegs zugehörig und urteilte, dass „durch die Tagesliteratur eine völlige Umgestaltung“ der gesellschaftlichen Verhältnisse nicht zu erreichen sei.<sup>29</sup> Die Gesellschaft „von der gebildeten Klasse aus [zu] reformieren“, galt Büchner als undurchführbar.<sup>30</sup> Büchners Konzeption des *Massenaufstandes* zur Beseitigung der Verelendung der Landbevölkerung wurde nur von einer Minderheit der deutschen Demokraten erwogen.<sup>31</sup>

Mit der Einführung des Staatsexamens ersetzt die Bildung Herkunft und ständische Zugehörigkeit und gewinnt im 19. Jahrhundert in Deutschland für den Staatsdienst an zunehmender Bedeutung;<sup>32</sup> 1834 wurde die Zugangsberechtigung für die deutschen Universitäten, mit Einführung des Abiturs, verbindlich geregelt.<sup>33</sup> Das Bildungsbürgertum und insbesondere die Ordinarien empfanden sich als eine Bildungsaristokratie, eine „Aristokratie des ‘Geistes’“,<sup>34</sup> die nicht aufgrund der Herkunft, sondern von Bildung und Bildungsqualifikationen privilegierte Stellungen vorzugsweise im Staatsdienst einnahm.<sup>35</sup> Bis zur klein deutschen staatlichen Ein-

27 Vgl. Mayer (1993), S.53.

28 Vgl. Tapp (1976), S.140; vgl. Mayer (1993), S.71; vgl. Haasis (1984), S.739.

29 Vgl. Brief Georg Büchners an die Familie vom 1. Januar 1836. In: Büchner, S.442; vgl. Mayer (1993), S.66 f.; vgl. Giesen (1993), S.194.

30 Vgl. Brief Georg Büchners an Karl Gutzkow von 1836 (von Thomas Michael Mayer auf den 31. Mai oder 1. Juni datiert. Vgl. Mayer 1993, S.67 u. S.92). In: Büchner, S.450.

31 Vgl. Mayer (1993), S.69 f.

32 Vgl. Giesen (1993), S.109-114; vgl. Ringer (1969), S.40-43. So wurde das Medizinstudium im 18. Jahrhundert in Deutschland noch vom Adel bevorzugt, der einen erheblichen Teil der Studenten auch an der juristischen Fakultät stellte. Vgl. Habrich (1992); vgl. Giesen (1993), S.114.

33 Vgl. Ringer (1969), S.39; vgl. Protokolle der Deutschen Bundesversammlung vom Jahre 1834. Sitzung 1 bis 44. Frankfurt am Main 1834, §546: „Gemeinsame Maaßregeln in Betreff der Universitäten und anderer Lehr- und Erziehungsanstalten Deutschlands“. 39. Sitzung in Frankfurt am Main am 13.11.1834. Ebd., §546, Art.II, Abs.1.

34 James (1991), S.58.

35 Vgl. Conze/Kocka (1983); vgl. Ringer (1969), S.41 u. S.18.

igung wurde die Nation, angesichts des Mangels einer institutionellen und konstitutionellen Basis, vor allem kulturell von dem Bildungsbürgertum, als „Träger der kulturellen Identität“, definiert und konstruiert.<sup>36</sup> Die deutsche Bildungselite, der es auch 1848 kaum um die Lösung der sozialen Frage ging, kehrte sich nach 1848 und zwischen 1850 und nach 1871 von der demokratischen Staatsform ab.<sup>37</sup> Im kleindeutschen Reich bekam die Geschichtswissenschaft eine nationalpädagogische Funktion und die Historiker stellten sich in enger Verbindung zur Staatsmacht die Aufgabe nationales Selbstbewusstsein zu vermitteln.<sup>38</sup> Mit der Nationenbildung übernahmen die Geschichtswissenschaftler in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, besonders in Deutschland und Italien, eine Funktion, die den politischen *status quo* in Frage stellte und ihn verändern sollte. Staatstreue und die Herausbildung eines Nationalbewusstseins, der nationalen Idee und Glorifizierung der Nation, rückten nach der Reichsgründung in das Zentrum der Aufgabe für die Historiker, die die Geschichte als eine Geschichte der Nationen, die besondere Charaktereigenschaften zugewiesen bekamen, deuteten und zur Stabilität der kleindeutschen Lösung unter Zurückstellung der demokratischen Willensbildung beitrugen. Die Nation ist keineswegs die originäre Gesellschaftsform, der Stammesverband und die Stadtstaaten weisen eine längere historische Tradition auf. Nationale Mythen bedienen sich dieser älteren Formen und leiten daraus einen Gründungsmythos ab. Diese Ursprungsmythen zeichnen sich durch fehlende geschichtliche Authentizität aus - so ist Hermann der Cherusker mit dem von Tacitus in der *Germania* geschilderten Arminus nicht identisch - deren Funktion im 19. Jahrhundert darin besteht die nationale Geschichte zu idealisieren und nationale Mythen (so das Nibelungenlied) mittels Literatur und Geschichtsschreibung zu vereinnahmen.<sup>39</sup> Leopold von Ranke's „wie es eigentlich gewesen“ sei zielte auf einfühlsames Verstehen von historischen Ereignissen und schließt die Maxime ein, dass *Große Männer*

36 Giesen (1993), S.234; vgl. Ringer (1969), S.110: „Die Nation mußte in rein kulturellen Begriffen definiert werden, weil sich keine Gelegenheit bot, einen institutionellen oder konstitutionellen Staatsbegriff zu entwickeln. Der neue Nationalismus war zugleich beinahe ausschließlich eine Schöpfung der gebildeten Klassen, und dies erklärt zum Teil die Form, die er annahm.“ Vgl. James (1991), S.266 u. S.15 f.

37 Vgl. James (1993), S.46 f. Harold James weist auf die zeitgenössischen Historiker der neuen „kritischen“ Schule hin, die ein „teleologisches Ziel der Geschichte“ und den Primat der Sozialpolitik vertreten würden, deren Wortführer Hans Ulrich Wehler sei, und nach deren Deutungen und Geschichtsversion mit der missglückten Revolution von 1848, nach den militärischen Erfolgen Preußens in den sechziger Jahren oder gar erst Ende der siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts mit dem politischen Kurswechsel Bismarcks der Liberalismus in Deutschland zusammengebrochen sei.

38 Vgl. Ringer (1969), S.110; vgl. Giesen (1993), S.203 u. S.221.

39 Vgl. Münkler/Storch (1988).

Geschichte machen. Der Methodenstreit in der Lamprecht-Kontroverse bezog sich auf die individualistische und kollektivistische Fokussierung und Darstellung der Geschichtsschreibung.<sup>40</sup> In der „zentrale[n] Frage nach dem Verhältnis von Individuellem und Allgemeinen“ erkennt Winfried Schulze die entscheidende Symptomatologie einer Diskontinuität in der deutschen Geschichtswissenschaft nach 1945.<sup>41</sup> Die „Sozialgeschichte“ war, so Fritz Ringer 1969, mit dem Bild des Mandarinentums, da das nationale Ganze von Staaten und ihrer Eliten in Frage gestellt wurde, unvereinbar.<sup>42</sup> Die deutschen Universitätsprofessoren, die Ringer in Anlehnung an Max Weber das „Mandarinentum“ nennt, waren apolitisch und insbesondere in den Denkstrukturen „idealistisch“ und antimodernistisch ausgerichtet.<sup>43</sup> Die Einstellung gegen den westlichen Positivismus, gegen den Utilitarismus, gegen die Spezialisierung und der Antimodernismus beinhalten, nach Fritz Ringer, die „Ideologie des Mandarinentums“. Die Historiker empfanden sich zweifellos als Elite.<sup>44</sup> Geschichte erhielt im kleindeutschen Reich eine *nationalpädagogische* Funktion.<sup>45</sup> In der Weimarer Republik bewahrten die deutschen Historiker dieses Sonderbewusstsein und sie versuchten teleologisch in der Diskussion der Kriegsschuldfrage eine deutsche Verantwortung zu leugnen.<sup>46</sup>

Der nationale Staat begründet sich aber nach Max Weber keineswegs nur auf dem Überbau der herrschenden Klasse, der nach der Doktrin des *historischen Materialismus* von den Produktionsverhältnissen bestimmt wird, sondern ist urwüchsig, psychologisch genuin mit zu begründen. Ein Phänomen das in Krisen und Kriegszeiten hervortreten kann und als Stabilitätsfaktor für den nationalen Staat fungiert.

„Eine Gunst des Schicksals für die Nation ist es, wenn die naive Identifikation der Interessen der eigenen Klasse mit denen der Allgemeinheit den dauernden Machtinteressen auch der letzteren entspricht. Und es ist andererseits auch eine der Täuschungen, welche auf der modernen Überschätzung des 'Ökonomischen' im gewöhnlichen Sinne des Wortes beruhen,

40 Vgl. Winfried Schulze (1974), S.24 u. S.22-36; vgl. ders. (1989), S.23; vgl. Ringer (1969), S.101.

41 Winfried Schulze (1989), S.23.

42 Vgl. Ringer (1969), S.111.

43 Vgl. Ringer (1969), S.113; vgl. Habermas (1971), S.465; vgl. Schmid (1958), S.95-98.

44 Vgl. Winkler (1981), S.799.

45 Vgl. Giesen (1993), S.213 ff; vgl. Ringer (1969), S.307.

46 Vgl. Winfried Schulze (1989), S.80; vgl. Geiss (1967), S.7-9. S.7: „Zu den demokratischen Opfern der Weimarer Republik gehört auch das Gutachten, das Hermann Kantorowicz, der bedeutende Rechtslehrer in Freiburg ... für den 1. Unterausschuß des Untersuchungsausschusses des Deutschen Reichstags über die sog. Kriegsschuldfrage angefertigt hatte.“ „Invictis victi victuri“ („Den Unbesiegten die Besiegten, die siegen werden“) - vgl. hierzu Frank (1926), S.244 - galt nicht nur an den Universitäten die Parole. Als ein Ziel galt es die Revision des „Versailler Diktates“ zu erwirken, und die antidemokratische Gesinnung der deutschen Mittel- und Oberschichten und des großen Teils des deutschen Lehrkörpers führt in der Folge zur Verdrängung des Gutachtens. Vgl. auch Sontheimer (1962), S.29-40.

wenn man meint, dass die politischen Gemeingefühle eine Belastungsprobe durch abweichende ökonomische Tagesinteressen nicht vertragen, womöglich selbst nur eine Widerspiegelung des ökonomischen Unterbaues jener wandelbaren Interessenlage seien.“<sup>47</sup>

Seit Mitte der 70er Jahre gewann der Begriff der Identität sukzessive im philosophisch-politischen Bereich der Bundesrepublik Geltung. Die politische Identität wurde damals ohne einen nationalistischen Hintergrund diskutiert. Die Debatte um die Identität der Deutschen setzte Anfang der 80er Jahre, zuerst in dem linksalternativen und konservativen politischen Spektrum in Westdeutschland ein und wurde 1982 nach dem Regierungswechsel fortgeführt.<sup>48</sup>

In seiner Stuttgarter Rede im Jahre 1974 anlässlich der Verleihung des Hegel-Preises erörtert Habermas zuerst die individuellen Bedingungen der Identität. Nach der Darstellung der Bedeutung der Rollenidentität, wo er sich auf psychologische Erklärungsmuster bezieht, legt er die Bedingungen kollektiver Identität dar.<sup>49</sup> Habermas stellt 1974 in Frage, dass moderne Gesellschaften auf dem Wege einer pseudoreligiösen Lehre das normative Bewusstsein einer ganzen Bevölkerung integrieren sollen, um eine gemeinsame Identität „inhaltlich festzuschreiben“, da dies obsolet sei.<sup>50</sup> Die Bewohner eines Staates, einer Nation würden sich nun als Individuen selbst an dem Willens- und Bildungsprozess einer erst noch gemeinsam zu entwerfenden Identität beteiligen. An der kollektiven Identität mit ihrem Traditions- und Normeninhalte könne sich die eigene individuelle Identität, ehemals wie an einem tradierten feststehenden Objektiven, nicht mehr konstituieren.<sup>51</sup> Die staatsbürgerliche oder nationale Identität müsste nach dem Verständnis von Habermas in seiner Rede von 1974 zu einer universalen oder weltbürgerlichen erweitert werden.<sup>52</sup> In seinen Artikeln und Aufsätzen zur Historikerkontroverse und seiner Replik an Nolte wird ein Widerspruch zu diesen Thesen sichtbar, der kantische Universalismus und die bestehende Gefahr, dass die Realität von *Auschwitz* relativiert wird scheinen dies zu fordern. Der Bezug zur Aufklärung, Kritik und Emanzipation sind für Habermas herausragende Gründe für eine nationale Identität, zumal der deutschen mit den zwölf Herrschaftsjahren des Nationalsozialismus.

47 Max Weber (1895), S.18.

48 Vgl. Gerold Schmidt (1976), S.333-354; vgl. Korte (1987), S.74 f., vgl. James (1991), S.13.

49 Vgl. Habermas (1974).

50 Ebd., S.51.

51 Ebd.

52 Ebd., S.32: „Denn eine Identität des Ich, so haben wir gesehen, kann sich nur an der Übergreifenden Identität einer Gruppe ausbilden. Außerdem stellt sich die analytische Frage, ob denn einer postkonventionellen Ich-Identität eine Gruppenidentität, also der Geist einer konkreten Gesellschaft überhaupt zugeordnet werden kann.“

Eine oft zitierte Textstelle zu *Geschichtsbewußtsein und posttraditioneller Identität* aus dem Jahre 1987, die diese Wendung deutlich macht, lautet: „Um eine kollektive Identität formen und tragen zu können, muß der sprachlich-kulturelle Lebenszusammenhang auf eine sinnstiftende Weise vergegenwärtigt werden. Nur die narrative Konstruktion eines auf das eigene Kollektiv zugeschnittenen sinnhaften Geschehens bietet handlungsorientierte Zukunftsperspektiven und deckt den Bedarf an Affirmation und Selbstbestätigung. Dem widerstreitet aber das geisteswissenschaftliche Medium der Vergegenwärtigung affirmativer Vergangenheiten. Der Wahrheitsbezug verpflichtet die Geisteswissenschaften auf Kritik ...“<sup>53</sup> Schon vor seinen Ausführungen zur posttraditionellen Identität war Jürgen Habermas der Meinung, dass die Historikerdebatte in Wahrheit eine „Debatte über das Selbstverständnis der Bundesrepublik“ sei. Ein „erneuertes nationales Selbstbewusstsein“, solle die „Zugehörigkeit der Bundesrepublik zu Westeuropa“ nicht in Frage stellen und die „angeblich gefährdete Identität der Deutschen“ festigen.<sup>54</sup> Als Reaktion auf die von konservativen Historikern eingeforderte deutsche Identität kommt Habermas zu dem Schluss: „Der einzige Patriotismus, der uns dem Westen nicht entfremdet, ist ein Verfassungspatriotismus.“ Habermas instrumentalisiert unmittelbar als Antwort auf eine von konservativen Historikern und Politikern geforderte selbstbewusste deutsche Identität seinen Verfassungspatriotismus, der, mit den im *Grundgesetz* vorgesehenen Verfassungsänderungen, zunehmend an „normativer Substanz“<sup>55</sup> verliert, und er erhebt die postnationale Identität zu einer Verpflichtung, um eine westlich integrative Funktion sicherzustellen. Sein Postulat gerät selbst, wie das der von ihm attackierten „konservativen Historiker“, „sinnstiftend“, es macht die Vergegenwärtigung der Vergangenheit dienstbar. Dabei entspricht ein geforderter Verfassungspatriotismus freilich auch einem Rückgriff auf ein universalistisches Ideal und bei der posttraditionellen Identität geht es schließlich auch um eine gewisse Haftung der Deutschen für die NS-Verbrechen.<sup>56</sup> Heimat und Verfassungspatriotismus sollen in einer posttraditionellen Identität einerseits eine emotionale und andererseits eine rationale Bindung herstellen.

Der Gründungskonsens in der Nachkriegsgesellschaft der Westzonen und der späteren Bundesrepublik schuf eine neue kollektive Identität. Es war vor allem der Wille zur Westbindung, parlamentarischen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Ge-

<sup>53</sup> Vgl. Habermas (1987b), S.166.

<sup>54</sup> Vgl. Habermas (1986a).

<sup>55</sup> Vgl. Habermas (1993), S. ZB 3. Habermas griff 1985 den zuvor 1982 von Dolf Sternberger verwendeten Begriff „Verfassungspatriotismus“ auf. Vgl. Sternberger (1982); vgl. Hennig (1988), S.109-111.

<sup>56</sup> Vgl. Maier (1992), S.186 u. S.66.

waltenteilung und sozial gefestigter Marktwirtschaft, die zu einem neuen Selbstverständnis in dem westlichen Teilstaat Deutschlands führten. Nationalstaatlich reichten die Kontinuitäten in die Zeit vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten und sie waren unübersehbar als Idee in fast allen Parteien, außer der *Deutschen Reichspartei*, der ersten Legislaturperiode des Deutschen Bundestages vorhanden.<sup>57</sup> Diese Kontinuitäten fehlten im parlamentarisch-demokratischen System - die Demokratie übernahm man von den Besatzungsmächten. Dabei wird rückblickend sozialpsychologisch kritisch eingewendet, dass die Deutschen nach 1945 „von heute auf morgen die Identität gewechselt“ und sich in den kommenden Jahren in eine Derealisation geflüchtet hätten.<sup>58</sup>

Sozialpsychologische Analysen über diese deutsche Nachkriegsidentität, die auch auf der Verleugnung der deutschen Geschichte beruhte, lassen großenteils außer acht, dass die Westdeutschen in den ersten beiden Jahrzehnten nach 1945 mit Hilfe der Alliierten der drei Westzonen, ein stabiles demokratisches Gemeinwesen aufbauten, trotz der „Normalität der Derealisierung“.<sup>59</sup>

Die ethnische Identität hat sich - ebenso wie ein exaltierter Nationalismus - in der Bundesrepublik überlebt. Der hybride deutsche Nationalismus war nach dem Zusammenbruch des *Dritten Reiches* in Verruf gekommen. Das in der Jaltadeklaration vom Februar 1945 anvisierte Ziel der Alliierten „Nazismus und Militarismus“ zu beseitigen und „nicht das deutsche Volk zu vernichten“<sup>60</sup> stieß, bei der Vollständigkeit der Niederlage NS-Deutschlands,<sup>61</sup> nicht auf den Widerstand der Mehrheit der deutschen Bevölkerung. Das Nachkriegsdeutschland wollte, wie Friedrich Minssen

57 Vgl. Wolfgang J. Mommsen (1983), S.171: „Hinsichtlich der Bejahung der nationalstaatlichen Tradition gab es unter der ersten Generation der Politiker der Bundesrepublik nur graduelle Unterschiede.“

58 Vgl. Dahmer (1990), S.136.

59 Ebd., S.134.

60 Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR . Bd. 2 (1986), S.222: „Nr. 25. Die Konferenz der höchsten Repräsentanten der drei alliierten Mächte - Sowjetunion, Vereinigte Staaten von Amerika und Großbritannien auf der Krim“. Vgl. Fürstenau (1969), S.21.

61 Im Gegensatz zum Ersten Weltkrieg, bei dem die US-Amerikaner den Ausschlag für die Niederlage der Mittelmächte gegeben haben und die im Frühjahr, „nur zwei Fingerbreit vom Sieg“ entfernt gewesen seien, so Ferro. Vgl. Ferro (1969), S.198. Wären die Amerikaner nicht 1917 in den Krieg eingetreten, hätten die Alliierten, so Marc Ferros These, einen Kompromissfrieden schließen müssen (ebd., S.198, S.205-207 u. S.410 f.) Ferro ist der Meinung, dass die Friedensbedingungen der Alliierten am 11.11.1918 gegenüber Deutschland nicht ausgereicht hätten. Es sei „vorteilhafter“ gewesen, „den Krieg in das Gebiet des Feindes hineinzutragen, um ihm das ganze Ausmaß seiner Niederlage deutlich vor Augen zu führen“. Statt dessen hätten die Alliierten es 1918 versäumt „das ganze Industriepotential Deutschlands zu zerstören oder seine Wirtschaft zu kontrollieren“ (Ferro 1969, S.382 f.). Die Annexionen von Elsass-Lothringen, Posen, Eupen und Malmedy bewertet Ferro als Auslöser für deutsche Revanchegelüste, dagegen sieht er die Reparationen die Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg auferlegt wurden als nicht ausreichend an, da Frankreich und England durch die Kriegsanstrengungen von 1914-

1947 im *Ruf* erklärte, „endlich seinen Nationalismus“ abtun.<sup>62</sup> Ein betonter Nationalismus galt in den ersten beiden Jahrzehnten des ungebrochenen Wirtschaftswachstums nicht nur als atavistisch, sondern auch als störend und schädlich für die ökonomischen Beziehungen mit den westlichen Handelspartnern. Der Europa-Nationalismus in den 50er Jahren in der Bundesrepublik, diese Vision erwies sich in seiner geforderten Radikalität als Utopie.<sup>63</sup> Die Bindung an den Westen, die ein Bekenntnis zur Demokratie und rechtsstaatlichen Praxis zusammen mit der Mitgliedschaft in der EG und der NATO implizieren, kennzeichnete neben der Gemeinschaft mit den Deutschen in der DDR, so Richard von Weizsäcker, die deutsche Identität.

Die Frage nach dem Nationalcharakter, was eigentlich deutsch ist, muss in toto unbeantwortet bleiben. Die Zuweisungen von Stereotypen für einen nationalen Charakter der Deutschen sind unbefriedigend. Plessners These von der „verspäteten Nation“, die Formel vom „schwierigen Vaterland“ und die Aussage von dem unpolitischen „Volkscharakter“ der Deutschen sind Momentaufnahmen für die Charakterisierung und Zustandsbeschreibungen, die unvollständig bleiben.<sup>64</sup> Die „Doppelung“ in der psychologischen und kulturellen Tradition der Deutschen, die Robert Jay Lifton zu erkennen glaubt, die als ein universales Phänomen besonders in der deutschen Geschichte und Kultur verwurzelt sei und seit den kulturellen, kulturhistorischen Eruptionen im Gefolge des Ersten Weltkrieges noch ausgeprägter gewesen sei,<sup>65</sup> befriedigt als Erklärungsschema für nationales Verhalten ebenso wenig, auch wenn sie noch so sehr Erkenntnisse einschließt und Facetten eines „Nationalcharakters“ offenlegt. In die gleiche Richtung gehen Hinweise nach einem,

---

1918 ruiniert worden seien, während Deutschland „keinerlei materiellen Schaden während des Krieges erlitten hatte und sein wirtschaftliches Potential nach wie vor außerordentlich groß war“ (Ferro 1969, S.406).

62 Minssen (1947), S.6: „Nach den nationalistischen Fieberräuschen der Vergangenheit hat Deutschland in seiner jungen Generation den festen Willen, zu seinem echten, starken und stillen Selbst zu finden. Deutschland möchte endlich seinen Nationalismus abtun können, um seine Nationalität zu gewinnen.“ Vgl. Grundlagen einer deutschen Opposition. In: *Der Ruf* 1, H.8 (1946) 1-2. Ebd., S.1: „Denn worauf beruht jeglicher Nationalismus? Auf der Fiktion geschlossener Begriffe, auf der Annahme runder unverletzlicher Universen ...“. Vgl. Die deutsche Krankheit. In: *Der Ruf* 2, H.16 (1947) 1-2.

63 Vgl. A. u. M. Mitscherlich (1967), S.257 f.

64 Vgl. Plessner (1959); vgl. Ender (1984), S.185-192; vgl. Heinemann (1977); vgl. Martin u. Sylvia Greiffenhagen (1979); vgl. Honolka (1987); vgl. Adorno (1977d). Eine Definition des „spezifisch Deutschen“ (S.691) vermag Adorno nicht zu geben, aber ohne den „deutsche[n] Ernst, der vom Pathos des Absoluten herrührt und ohne den das Beste nicht wäre, hätte Hitler nicht gedeihen können“ (S.695). Vgl. Jaspers (1964), S.185. Ebd., S.186: „Auf die Frage, welchen Charakter wir haben ..., ist die Antwort nicht durch historisches und psychologisches Wissen zu geben.“

65 Vgl. Lifton (1988), S.506-508.



so von Charles Maier bezeichneten, „strukturierten Dezisionismus“, womit eine Ambivalenz zwischen rationalem und institutionellen vorgegebenen Handeln gemeint ist, einem Wechselspiel zwischen „Wahlen und Willkür“.<sup>66</sup> Diese normative Strukturierung kennzeichnet deutsche Politik, humanwissenschaftliche Diskurse und gesellschaftspolitische Prozesse wie z.B. den Tarifstreit. Auch Kindheit und Erwachsenenalter bleiben in Deutschland weitgehend strukturierte und reglementierte Lebensphasen, während der Adolzens auch heute noch, nach der inzwischen erfolgten Übernahme von amerikanischen Lebensweisen, entweder eine romantische Introvertiertheit oder ein tiefer Interaktionsprozess mit anderen Sozialisationspartnern zugestanden wird.<sup>67</sup> Treffend erklärt Harold James, indem er methodologisch-historisch ableitend vorgeht, den eklektischen Gehalt der deutschen Kultur und des politischen Bewusstseins der letzten zweihundert Jahre.<sup>68</sup> Nationale Identität werde in Deutschland vornehmlich von „intellektuellen Betrachtungen“ erzeugt anstatt von institutionellen Realitäten, die schon seit dem Aufkommen des neuzeitlichen Nationalbewusstseins Anfang des 19. Jahrhunderts als institutionelle Basis fehlen würden.<sup>69</sup>

Der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker, der in der Bundesrepublik wohl als eine Art politisch-moralische Instanz galt und der ohne Gegenkandidaten das Vertrauen der Bundesversammlung bei seiner Wiederwahl erhielt - und von Deutschnationalen als „schuldbesessen“ bezeichnet worden ist, da er als Sohn eines NS-Kriegsverbrechers eine Projektion auf eine „angebliche Kollektivschuld“ der Deutschen vorgenommen habe - hat in seiner sensitiven, sensiblen Gedenkrede am 8. Mai 1985 anlässlich des 40. Jahrestages der Beendigung des Zweiten Weltkriegs in Europa,<sup>70</sup> zu bedenken gegeben, dass Identität auch eine Compliance und die Fähigkeit mit anderen Völkern zusammenzuarbeiten sein kann. Gehören zur Identität der Geburtsort, die Heimatverbundenheit, die Überlieferung der Kultur, die politische Vergangenheit des Landes,<sup>71</sup> so sind die Westbindung und das Ende des Deut-

<sup>66</sup> Vgl. Maier (1992), S.189-193.

<sup>67</sup> Ebd.

<sup>68</sup> Vgl. James (1991), S.44: „Die zweifache Unbestimmtheit, nämlich wo die Deutschen lebten und was sie außer einer fiktiven sprachlichen Gruppe noch ausmachte, führte zu dem Gefühl einer ungefestigten nationalen Identität. Die Deutschen lernten bourgeois Benehmen von den Franzosen, Politik von den Griechen, Volkswirtschaft von den Briten und Konsumdenken von den Amerikanern. Da überrascht es nicht, daß die vielfältigen deutschen Anleihen manche sehr verworrenen Reaktionen hervorbrachten.“

<sup>69</sup> Vgl. James (1991), S.15 f. u. S.266.

<sup>70</sup> Vgl. von Weizsäcker (1985a); vgl. von Weizsäcker (1985b), S.13 f.

<sup>71</sup> Vgl. Vortrag auf dem 21. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Düsseldorf am 8. Juni 1985. In: von Weizsäcker (1985d), S.70. Ebd., S.75: „Hinter uns lag ein Abgrund an Gewalt und Schuld.“

schen Sonderwegs ein Charakteristikum bundesdeutscher Identität.<sup>72</sup> Auf kulturellem, sprachlichem, politischem und geographischem Sektor habe, so Weizsäcker, niemand so viele Nachbarn wie die Bundesrepublik Deutschland.<sup>73</sup>

Nur ist die geographische *Mittellage* Deutschlands keineswegs mehr eine politische. Die Zugehörigkeit zum westlichen Verteidigungsbündnis und zur Europäischen Gemeinschaft lassen nüchterner die Mittellage Deutschlands erscheinen und sie sind gewissermaßen ein Garant vor nationaler Selbstüberschätzung. Deutsche Identität kann nicht ausschließlich im historischen Rückblick bestimmt werden sondern schließt das Verständnis für die Gegenwart, für Probleme und deren Aufgaben mit ein.

Zu diesen Identitätsmerkmalen gehören soziale Probleme, Sicherheitsprobleme in der Zeit des Ost-West-Konfliktes, das Nord-Süd-Gefälle, Umweltprobleme, ethische und gentechnologische Aufgaben, Rechte und Pflichten für den Bürger in der parlamentarischen Demokratie.<sup>74</sup>

In Verbindung mit Sprache und Kultur, einer religiös bedingten Moral und ferner von Bildung und Erziehung lässt sich noch keine nationale Identität herstellen. Die Verbundenheit mit der *Heimat* muss nicht erst vorgedacht werden, sie erwächst natürlich. Regionale Identitäten, die als Heimat verstanden werden und in denen auf der Mikroebene, im privaten Bereich, Anleihen an ein außerhalb von modernen Staaten vorgenommen werden, stellen sich auf der Makroebene als illusionär heraus.<sup>75</sup>

Identität stellt Stabilität her und nationale Identität vermittelt Selbstbewusstsein. Mit einem „geschärften“ Geschichtsbewusstsein das für die Deutschen eine „identitätssichernde und identitätsstiftende Wirkung“ besitzen würde, wären die Deutschen „damit aufgefordert, sich selber eindeutig zu identifizieren. Selbstbewusstsein ist ohne Herkunftsbewusstsein nicht möglich“.<sup>76</sup> Nach dem Ergebnis demoskopischer Umfragen von Elisabeth Noelle-Neumann, ist der *Nationalstolz* der Deutschen gegenüber anderen westlichen Ländern vergleichsweise gering ausgeprägt - er wird hier nur noch von dem der niederländischen Bevölkerung „unterboten“. Diese Feststellung muss keine Indikation für eine Pathologie der bundesdeutschen Gesellschaft sein, denn je nach Auslegung und politischem Standort der Interpreten wird diese Umfrageerhebung als „Normalität“ oder als ein Spezifikum für einen „Orientierungsverlust“ und ein mangelndes Selbstbewusstsein der Deutschen angesehen.

<sup>72</sup> Ebd., S.77.

<sup>73</sup> Vgl. von Weizsäcker (1985c), S.83-87.

<sup>74</sup> Vgl. von Weizsäcker (1985d), S.69-82; vgl. ders. (1985b), S.13 f.; vgl. ders. (1978), S.3-11.

<sup>75</sup> Vgl. Weyand (1984), S.ZB 3.

<sup>76</sup> Weidenfeld (1983), S.28.

Zum „Orientierungsverlust und Identitätssuche“ vermerkt Stürmer:

„Wer aber meint, daß alles dies auf Politik und Zukunft keine Wirkung habe, der ignoriert, daß in geschichtslosem Land die Zukunft gewinnt, wer die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet.“<sup>77</sup>

Historiker und Politikwissenschaftler wie Michael Stürmer, Hagen Schulze und Werner Weidenfeld und Politiker verschiedener Couleur setzen ein Maß an nationaler Übereinstimmung mit der nationalen Geschichte voraus, eine Homogenität die in westlichen Ländern faktisch nicht vorhanden ist. Diese idealisierenden Darstellungen von unproblematischer nationaler Identität anderer Völker, Wilfried von Bredow bezeichnet es als „Homogenitäts-Ideologie“, wirkt geradezu „neurotisierend“ im Hinblick auf ein Harmoniegebot für die Geschichtsschreibung.<sup>78</sup>

Ob Auswirkungen der Französischen Revolution, wie jakobinischer Terror und Massenmorde in der Vendée oder im 20. Jahrhundert das Regime von Vichy - es besteht in Frankreich kein „blau-weiß-roter Konsens über Vergangenheit und Zukunft“ und ebenso ist in den USA kein nationaler Konsens einer „revisionistischen“ und „liberalen“ Interpretation amerikanischer Geschichte anzutreffen.<sup>79</sup>

Aus Gründen der Kontinuität der Anbindung an den Westen plädiert Stürmer für ein stabiles historisches Bewusstsein. Michael Stürmer und Hagen Schulze fordern ein einheitliches Geschichtsbild. Hier ist allerdings einzuwenden, dass es doch der Vorteil der demokratischen Situation in der Bundesrepublik ist, dass es eines aufoktroierten Geschichtsbildes nicht bedarf, sondern die Diskussion um die Vergangenheit pluralistisch geführt und überwiegend die westlich-demokratische Basis eines Wertesystems anerkannt wird.

Bei der Neugründung von Nationalstaaten die nicht allmählich herangewachsen sind und bei denen, neben bestehenden sprachlichen und kulturellen Übereinstimmungen, eine Einheit hergestellt wird, kann eine nationale Identität und Identifikation, die als ein Experiment gelten kann,<sup>80</sup> als notwendig erscheinen und sie können in Form eines Gründungsmythos und einer historischen Legitimation erfolgen.

<sup>77</sup> Stürmer (1986a), S.36-38.

<sup>78</sup> von Bredow (1983), S.102.

<sup>79</sup> Vgl. Stürmer,(1986b), S.294: „Hinter solcher Sorge verbergen sich kulturelle Dissonanzen: auf deutscher Seite viel jüngste Geschichte und wenig aufrechter Gang, auf französischer der blau-weiß-rote Konsens über Vergangenheit und Zukunft, selbstbewußter Patriotismus und Gelassenheit der Latinität.“ Vgl. Schulze (1986),S.143-149.

<sup>80</sup> Vgl. Deutsch (1986), S.285 f.

Aus Legitimationsgründen und um soziale Krisen überwinden zu helfen, wird eine „künstliche“ nationale Identität konstruiert und ein Geschichtsbewusstsein vermittelt. Das Fehlen einer demokratischen und nationalen Legitimation eines Staates und der Mangel eines Ordnungssystems führen zur Instrumentalisierung von Geschichte, zu einer Inanspruchnahme eines doktrinär verordneten, verbindlichen Geschichtsbildes für politische Zwecke, das außerdem zur Schaffung einer „nationalen Identität“ benutzt wird.<sup>81</sup> Die Konstruktion einer nationalen Identität ist auch in einem demokratischen Staat ohne weitreichende demokratische Traditionen und institutionelle Bindungen allzu verlockend um soziale Probleme, die Krise des Sozialstaats und das Sinken des realen Bruttosozialprodukts zu kompensieren. Nach dem Ende des *Wirtschaftswunders* in Westdeutschland ist, so nach der Meinung von deutschen Politikern und Humanwissenschaftlern, eine neue nationale Legitimität und ein neues Selbstbewusstsein hilfreich, um Stabilität herzustellen.<sup>82</sup> Der Historikerstreit und die Suche nach einer „nationalen Identität“ ist vor allem eine politische Auseinandersetzung, um im Sinne von Antonio Gramsci eine kulturelle Hegemonie zu erringen, es wird zweifellos zwischen links und rechts um die „bewusstseinsmäßige Hegemonie in dieser Republik gestritten“.<sup>83</sup> Dies wird mit den Mitteln einer Ästhetisierung ausgetragen, es sollte aber der praktischen Politik die Prägung der nationalen „Identität“ und dem Einzelnen überlassen bleiben, welches Geschichtsbild er wählt.

Zudem ist der Einwand zulässig, dass die Besinnung auf die sozialen Komponenten der Marktwirtschaft, auf das Erbe Ludwig Erhards und auf den modernen Sozialstaat erfolgen sollten, anstatt, was von einer Anzahl von Intellektuellen gemeinsam mit politischen Eliten vorgenommen wird, vom Katheder eine nationale Identität zu verkünden. Staatsverdrossenheit und immer wiederkehrende Sinnkrisen bei den nachwachsenden Generationen in der modernen Industriegesellschaft, lassen sich mit einem derart simplen Sinnvermittlungsangebot nicht lösen. Die Stellung der in der Bundesrepublik lebenden Bürger mit einer anderen oder ohne Staatsbürgerschaft, ihr Verhältnis zu einer nationalen Identität, wird bei der auf der vornehmlich ästhetischen Ebene geführten Diskussion um den Begriff nicht oder ungenügend berücksichtigt. Völlige Assimilation oder Ausgrenzung, Gettoisierung, würden den Standort dieser Bevölkerungsgruppe gegenüber einer sich betont selbstbewusst

81 Vgl. Bülow (1983), S.108-115; vgl. Jäckel (1987), S.83.

82 Vgl. Klönne (1984), S.12; vgl. James (1991), S.244 f.; vgl. Maier (1992), S.210; vgl. Habermas (1990b), S.208: Habermas nennt es „neokonservative Bemühungen um eine kompensatorische Sinnstiftung“.

83 Diner (1987e) 47-50. Ebd., S.49.

gebenden nationalen Gemeinschaft bestimmen.<sup>84</sup> Die Betonung eines ethnischen, völkischen Nationalismus ist nach den historischen Erfahrungen des Faschismus und des NS-Systems in Europa in Verruf geraten. Die Protagonisten einer *nationalen Identität* können mit dem von Helmut Schelsky in seiner polemischen Schrift verwendeten Begriff der „Sinnvermittler“ bezeichnet werden, die vor allem über Print- und visuelle Medien und „Erziehungs- und Ausbildungsvorgänge“ die „Volksmeinung“ beherrschen wollen.<sup>85</sup>

Statt von „nationaler Identität“ - die vor allem Sprache, Kultur und institutionelle Bindungen umfaßt - zu sprechen, ist es sinnvoller, den Begriff kollektive Akzeptanz zu verwenden, denn ein Kollektiv, eine Nation, bedarf der Akzeptanz derer, die es bilden. Diese kollektive Akzeptanz ist wiederum auf die Akzeptanz der anderen Kollektive, der anderen Staaten angewiesen. Mit der Auflösung der Bipolarität, dem Wegfall der Dichotomie der Blöcke und der Zunahme von wirtschaftlicher Integration, offenen Grenzen und einer Interdependenz, ist die Bedeutung dieser Wechselbedingung von Akzeptanz nach innen und außen größer denn je.

Der Einfluss auf eine „Identitätsstiftung“ ist von deutschen Historikern in den letzten beiden Jahrzehnten überschätzt worden.<sup>86</sup> Identität ist eben nicht synonym mit Geschichte, bedeutet keineswegs nur historische Tradition. Das Geschichtsbewusstsein zur Zeit Treitschkes im Wilhelminismus ist im historischen Kontext ein anderes und hat einen anderen Stellenwert, als jenes in der Bundesrepublik Deutschland. Für Wehler ist der Begriff „nationale Identität“ gänzlich unklar definiert.<sup>87</sup> Das Gros der Bevölkerung benötigt seiner Meinung nach auch keineswegs eine sinnstiftende nationale Identität.<sup>88</sup> „Konsens über den Dissens“ ist für den Historiker Eberhard Jäckel ein Merkmal der modernen pluralistisch-demokratischen Gesellschaft, die keine aufgezwungene oder aufgeredete Übereinstimmungen beanspruchen sollte.<sup>89</sup> Der Paderborner Politologe Arno Klönne, der sich früh mit der Renaissance des Nationenbegriffs der Rechts- wie Linksnationalen, der Friedensbewegung und innerhalb des Spektrums der Grünen Anfang der 80er Jahre auseinandersetzte, macht den Hinweis, dass rechte wie linke Protagonisten

84 Vgl. Klönne (1984), S.75; vgl. Seidler/Rett (1982), S.20-22: „Heidelberger Manifest vom 17. Juni 1981“.

85 Vgl. Schelsky (1975), S.178-181. Ebd., S.179: „Wenn es heute noch so etwas gibt wie einen ‚Volkswillen‘, eine ‚volonté générale‘, dann wird sie von den ‚Informatoren‘ und ‚Sozialisatoren‘ der Gesellschaft erzeugt und beherrscht.“

86 Vgl. Maier (1992), S.182-184. Ebd., S.178: „Die Gemeinschaft der konservativen Historiker hatte wohl gehofft, diese vage westdeutsche Identität zu einer stärker geschichtsgesättigten Identität ummünzen zu können.“ Vgl. Wehler (1988).

87 Wehler (1988), S.172.

88 Ebd., S.171.

89 Vgl. Jäckel (1989), S.82 f.

und ihre Mitstreiter die Erklärung des Begriffs „nationale Identität“ und seine Bedeutung für die Menschen in Deutschland schuldig bleiben.<sup>90</sup>

Die Besinnung auf die *Nation*, auf bestimmte nationale Eigenarten, sind seit Ende der 70er Jahre in der Bundesrepublik von neuen „Nationalrevolutionären“ der linken und der rechten politischen Herkunft, die, so Hartmut Reese, den Weimarer nationalrevolutionären Gruppierungen sehr ähnlich seien, eingefordert worden.<sup>91</sup> Sie forderten eine neutrale Stellung für ein vereinigtes Deutschland in Mitteleuropa, politisch losgelöst von den Supermächten.

In den Volksparteien gibt es zwar keine Visionen eines Neutralismus, von einigen wenigen Strömungen abgesehen, doch artikulieren in den 80er Jahren Teile der politischen Eliten der Bundesrepublik, z.B. Alfred Dregger, Helmut Schmidt und Franz Josef Strauß, Ermahnungen für ein „zukunftsfähiges“ Deutschland (Dregger) und sie wünschen sich, dass die jüngste deutsche Vergangenheit des NS-Systems zugunsten eines größeren politischen Handlungsspielraums aus dem Bewusstsein zurückgedrängt wird. Es waren beispielsweise Äußerungen von Franz Josef Strauß die Aufsehen erregten und die nicht unumstritten aufgenommen wurden, wie jene, dass die Deutschen nicht länger „Dauersteher an der Klagemauer“<sup>92</sup> sein dürften und die in einem Interview mit der Tageszeitung *Die Welt* und seinen Memoiren getroffene Aussage: „Die Deutschen müssten nun endlich aus dem alles erdrückenden Schatten Hitlers heraustreten und sich zu einem aufrechten Gang durchringen“.<sup>93</sup> Schon vier Jahre zuvor forderte der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, - dessen Bewertung, dass der Vorgang von 14 Millionen vertriebenen Menschen in Ostdeutschland, von denen zwei Millionen umgekommen sind, „nicht allein durch den Hinweis auf Hitler erklärt und gerechtfertigt werden“ könne, nicht völlig unbegründet ist<sup>94</sup> - 1982 öffentlich: „Ich rufe alle Deutschen auf, aus dem Schatten Hitlers herauszutreten.“<sup>95</sup>

---

90 Vgl. Klönne (1984), S.91 f., ebd., S.100: „Identität, so meinen die national Engagierten rechts wie links, sei nur in der Nation zu finden. (...) 'Sinnkrise' der nachwachsenden Generation sei nur über die Wiedergewinnung nationaler Identität zu bewältigen. Was aber nationale Identität denn nun für die Menschen in Deutschland genauerhin bedeuten könnte, worin sie lebenspraktisch bestehen könnte, wird weder bei den Rechtsnationalen noch bei den Linksnationalen gesagt.“ Vgl. James (1991), S.248 f.: „Für einen Teil der Linken bot eine neue Sicht von Deutschland einen Weg aus dem außenpolitischen Dilemma ...“

91 Vgl. Reese (1984), S.14 f.; vgl. Klönne (1984).

92 Vgl. „Mir werde ja net wirklich rechts“ (1986), S.17-24.

93 Strauß (1989), S.240 f.

94 Vgl. „Die Polen sind Teil des Abendlandes“ (1985), S.95.

95 Vgl. Zitate (1982), S.17; vgl. Schultz-Gerstein (1982), S.71.

1985 fand die Sehnsucht nach „Normalität“ in Deutschland mit der Inszenierung in Bitburg (die ebenso symbolträchtig wie der „Tag von Potsdam“ ist) ihren exemplarischen Ausdruck. Neben Franz Josef Strauß plädierten Politiker verschiedener Richtungen und Historiker wie Michael Stürmer, Ernst Nolte und Hellmut Diwald für einen „aufrechten Gang“ der Deutschen angesichts der NS-Geschichte.

Zu den Lerninhalten im Unterricht könnten als Ergebnis in den folgenden Jahrzehnten die Darstellung einer deutschen nationalen Identität, oder auch ein geforderter Verfassungspatriotismus, als offizielles Geschichtsbild in die Schulbücher eingehen. Postulieren doch Deutschnationale, wie Helmut Diwald, Bernhard Willms, Hans-Joachim Arndt und andere, eine Ausrichtung und Konditionierung der Schüler und Studenten in der Bundesrepublik hin zu einer nationalen Identität.<sup>96</sup> Nach deren Vorstellungen soll die Geschichte des NS-Staates drei, vier Jahrzehnte nach der „Niederlage“, der deutschen „Katastrophe“, keine besondere Bedeutung mehr für die Deutschen der Bundesrepublik haben.

Alain De Benoist, ein Wortführer der *Neuen Rechten* in Frankreich und Leiter der Zeitschrift *Nouvelle École* für den der „Hauptfeind“ der bürgerliche Liberalismus und das atlantische Bündnis ist,<sup>97</sup> fügt der deutschen Identität eine neue Aufgabe hinzu, nämlich die, dass die Deutschen sich ihrer Identität vergewissern und mit ihrer Geschichte „im Einklang“ sein sollten.<sup>98</sup>

Diwald und Willms leugnen nicht die Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschlands. Die Folgen, die sich aus dem Zusammenbruch des *Dritten Reiches* ergeben sind für Diwald verheerend. Auch 45 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg seien die Deutschen faktisch ein „geistig-mental 'besetztes Land'“.<sup>99</sup> Es sei an der Zeit, dass die Deutschen ihre Geschichte „selbst in die Hand nehmen“ sollten.<sup>100</sup> Das westliche Deutschland schiele sehnsüchtig „auf die Zensuren, die uns das Ausland“ erteile.<sup>101</sup> In einer verkürzten historischen Sichtweise wird dabei von einer „verewigten Vergangenheitsbewältigung“ ausgegangen.<sup>102</sup>

96 Vgl. Diwald (1989), S.182: „Sobald der Schüler das Reifezeugnis erhält, muß er begriffen haben, daß er durch den Besitz seines Grundwissens von der deutschen Geschichte auch sein Selbstwertgefühl gefestigt und dem Zuschnitt seines Charakters Profil gegeben hat.“

97 Vgl. Jaschke (1990), S.63 f.

98 De Benoist (1980), S.201 f.; vgl. Hans-Joachim Arndt (1980).

99 Diwald (1989), S.308.

100 Ebd.: „Nicht erst 1945, sondern schon seit 1918 und Versailles, wenn nicht gar seit 1914 haben wir uns den Komplex aufhalsenlassen, 'die Hunnen' zu sein. Wer uns so sieht, weil er uns so sehen will, der wird auch unsere Geschichte so frisieren.“

101 Ebd.

102 So Rumpf (1986), S.17-22.

Der Bochumer Politikwissenschaftler Bernard Willms war mit seinen leidenschaftlich prononciert vorgetragenen Thesen über den erheblichen Mangel an politischem Staats- und Nationalbewusstsein in Westdeutschland einer jener neuen Avantgardisten, die eine Restauration des Nationalismus in Deutschland fordern. Ob an dem Seminar an der *evangelischen Akademie Hofgismar*, über das Thema „Die Westdeutschen und ihre Symbole“ im Jahre 1987, oder 1983 im *Studienzentrum Weikersheim e V.*, unter weitgehend Gleichgesinnten, wo er seine so genannten sieben Imperative vorstellte, nahm Willms an kontroversen Debatten etablierter Humanwissenschaftler unterschiedlicher politischer Richtungen teil.<sup>103</sup>

Der Neo-Nationalismus von Willms, Diwald, Arndt u.a. orientiert sich nicht an einer christlichen, sozialistischen oder liberaldemokratischen „Solidargemeinschaft“,<sup>104</sup> sondern ausschließlich an der Gemeinschaft der Nation, in der Sprache der Existenzphilosophie. Von dem Kanzler der CDU/CSU und FDP Koalitionsregierung und gelehrten Historiker wurden Mitte der achtziger Jahre ehrgeizige Museumsprojekte für ein deutsches Nationalmuseum in der damaligen Bundeshauptstadt Bonn und der alten Reichshauptstadt Berlin, die ein Symbol der deutschen Teilung war, angeregt. Das *Haus der Geschichte* in Bonn mit dem Schwerpunkt der Präsentation der Geschichte der Bundesrepublik und ein *Deutsches Historisches Museum* in Berlin, wo vor allem die Nationalgeschichte und Entwicklung der Bundesstaaten erläutert werden sollte und das auf eine Initiative des Verlegers Wolf Jobst Siedler zurückging,<sup>105</sup> bildeten den Mittelpunkt für einen Streit um Konzeption und Identitätsvermittlung der geplanten Museen.<sup>106</sup> Die Ausstellungshäuser der deutschen Geschichte haben, so Helmut Kohl, eine „nationale Aufgabe von europäischem Rang“ zu erfüllen.<sup>107</sup> Kontrovers wurde das Berliner Museumskonzept im Reichstag gegen Ende des Jahres 1986 einerseits in einer Tagung der *Hanns-Martin-Schleyer-Stiftung* und andererseits auf dem Forum der *Friedrich-Ebert-Stiftung* diskutiert. Auf der zuerst genannten Veranstaltung stellte Stürmer anlässlich des Themas „Wem gehört die Geschichte?“ der Tagung seine Überlegungen vor, dass dem die Geschichte gehört der sich ihr stellt. Hans Posers Einwand der Sophistik der Fragestellung, die a priori von einem „Eigentümer“ der Geschichte ausgeht, war nicht von der Hand zu weisen. Freimut Duve sprach sich in scharf pointierter Weise auf

103 Vgl. Lauer mann (1991), S.71-72; vgl. Struck (1987), S.22-24; vgl. Rumpf (1986), S.22; vgl. Homann (1987), S.103-124.

104 Rumpf (1986), S.22; vgl. Rohrmoser (1984).

105 Vgl. Hans Mommsen (1986c), S.310-328.

106 Vgl. den ausführlichen Beitrag von Charles Maier über die Museumsdebatte, der auch einen chronologischen Ablauf des Streites enthält, Maier (1992), S.152-171.

107 FAZ v. 9.10.1986, S.23.



der anderen Tagung der *Friedrich-Ebert-Stiftung* gegen die Intentionen von „Regierungshistorikern“ aus, die Geschichte indienst nehmen wollten und Jürgen Habermas vermutete hier Revisionismusbemühungen der Neokonservativen.<sup>108</sup> Die Kontroverse um die Notwendigkeit der Museen und den Stellenwert der sozialhistorischen Konzeption blieb in der polarisierenden Form unergiebig, sie wurde in der Intensität bis heute nicht fortgeführt. Fest bezichtigte Habermas, Jäckel und Hans Mommsen noch 1987, sie hätten eine Phalanx gegen das Museumsprojekt gebildet, indem sie von einer Verschwörungstheorie von rechts sprechen würden. Fest sah darin wohl auch eine Unterstellung gerade jener Historiker, die politisch-links orientiert sind, die die Geschichte des Nationalsozialismus dienstbar machen wollten und die den Befürwortern der Museumspläne eine Instrumentalisierung von Geschichte zugunsten einer positiven Identität zur Last legen würden.<sup>109</sup> Das Interesse an Geschichte und Museen beschränkt sich nicht nur auf die heimatliche und nationale Vergangenheit, ob „Goldschätze der Thraker“, Tutanch-amun Ausstellung Anfang der achtziger Jahre in Westdeutschland, der Boom an der Geschichte und Alltagskultur ist nicht auf die deutsche Vergangenheit begrenzt und das Publikumsinteresse für diese Exponate standen der Staufeu- und der Preußenausstellung an Besucherzahlen nicht nach. Das Interessiertsein an historischen Themen in der bundesdeutschen Bevölkerung, an den „Massenattraktionen“ (Lübbe) in den Museen, erhielt seit den 70er Jahren aufgrund eines höheren Lebensstandards, mehr Freizeit und infolgedessen einem Anstieg des Massentourismus, eine verstärkte Resonanz. Museumsneugründungen sind in ganz Europa und in den Industrieländern von Asien bis Amerika zu verzeichnen.<sup>110</sup>

---

108 Vgl. Wirsing (1986), S.27.

109 Vgl. Fest (1986), S.389.

110 Vgl. Lübbe (1987), S.139. Ebd., S.145: „Noch nie war eine kulturelle Gegenwart vergangenheitsbezogener als unsere eigene.“ Das Beispiel der Renaissance belehrt allerdings eines anderen. Vgl. Kleßmann (1987), S.111-135.

## Überlegungen von Bernard Willms zur nationalen Identität der Deutschen

In den vergangenen zweitausend Jahren, von Tacitus, Walther von der Vogelweide bis Machiavelli und Arnold Gehlen, sei „manches über das deutsche Wesen zusammengetragen“ worden, schreibt Bernard Willms.<sup>1</sup>

Die ehemaligen „Gegner“ seien sich über ihre Intentionen genau im klaren gewesen als sie im Zweiten Weltkrieg „gegen Deutschland Krieg führten“, um es zu besiegen, „wenn möglich für immer“.<sup>2</sup> Willms urteilt über die Nachkriegssituation im geteilten Deutschland: „... die Deutschen für alle Zeiten demütig und schwach zu machen, war das erklärte Ziel der Sieger von 1945“.<sup>3</sup> Die Deutschen sind, laut Willms, durch ihre Geschichte „objektiv-identifiziert“.<sup>4</sup> Kausal sei die Niederlage im Zweiten Weltkrieg für die heutigen Schwierigkeiten mit der Identität verantwortlich, zudem seien „Defätismen der Identität“ auf dieses Debakel zurückzuführen.

Trotz Wirtschaftswunder und Errungenschaften wie: Rechts- und Sozialstaat, sei die Nachkriegszeit von dem verlorenen Krieg determiniert - der Teilstaat BRD sei ein „Not- und Verstandesstaat“<sup>5</sup> geblieben, die Westdeutschen sind, so Willms, „primär-politisch“ die „Besiegten von 1945“.

Die Niederlage von 1945 sei eine totale, da sie eine politische und moralische und nicht nur eine physische und militärische war. Die totale Niederlage sei keine Vernichtung, da die Besiegten nach einem „solchen über sie errungenen Sieg“ („Niederlage“) weiterexistieren mussten.<sup>6</sup> Willms hebt hervor, dass die Sieger gemäß ihren schon genannten Zielen, nach einer Domestizierung Deutschlands strebten. Deutschland sollte in der Zukunft ein Mittel, ein Instrument, in der „Hand der Sieger“, die sich als das „steuernde Subjekt“ verstanden hätten, werden - ohne seine eigenen Interessen durchsetzen zu können, notiert Willms. Die Besiegten könnten dies letztendlich nur konterkarieren durch eine „gründliche Rekonstruktion des Selbstbewusstseins“ oder auch mittels einer eigenen politisch-deutschen Identität.<sup>7</sup> Die Identität könne aber nicht nur auf einer kulturellen oder geistigen Ebene beruhen, ohne die Unabhängigkeit und nationale Freiheit zur Basis zu haben.<sup>8</sup>

1 Willms (1986), S.89-107: „Die sieben Todsünden gegen die deutsche Identität.“ Ebd., S.93.

2 Ebd., S.93.

3 Ebd., S.96.

4 Ebd., S.93.

5 Ebd., S.94.

6 Ebd., S.94.

7 Ebd., S.95.

8 Ebd., S.95 f.

Willms stellt sieben Imperative, als Antwort für die seiner Meinung nach „sieben Todsünden“ gegen die deutsche Identität, auf.

Die erste „Todsünde“ beziehe sich auf die „freiwillige Schuldhaft oder den politischen Selbsthass“. Willms wiederholt in dieser Schrift seine früheren Bekenntnisse für ein deutsches nationales Selbstbewusstsein. Abweichend von seinen früheren Äußerungen schreibt er, dass der „sogenannte Antifaschismus als kollektiver Selbsthass identitätsstörend“ wirken könne, wenn kritiklos die Litanei und die Sprachrituale der „eigenen (kollektiven, J.P.) Schuld“ vorgetragen werden würden und dies zur Folge haben könne, dass, bedingt durch die Schuldbelastung, ein Volk „nachhaltig geschwächt“ werden würde.<sup>9</sup> Solch eine Nation sei erpreßbar, da man sie „permanent mit ihrer Vergangenheit“ konfrontieren könne.<sup>10</sup> In seinem ersten „Imperativ“ fordert er, dass die Deutschen ihre „Vergangenheitsbewältigung“ zu einer Sache der Wissenschaft neutralisieren sollten. Denn: „Wer Schuld predigt oder die Wunde Hitler offenhält, kämpft nicht um, sondern gegen die Identität.“<sup>11</sup> Die generelle Vermoralisierung der Politik sei vor allem auf die Faktoren eines:

a) „konservativen Schuldbewusstseins“, b) der Präferenz der demokratischen Werte vor dem Stellenwert der Nation und c) auf die Rezeption von amerikanischen Deutungsmustern für Moral und Politik, die gegenwärtig in den 80er Jahren in Westdeutschland herrschend sei, und mit der Rezeption von amerikanischen Lebensweisen „zum Zuge“ gekommen sei, zurückzuführen.

Doch für Willms eröffnet sich hier ein entscheidender Unterschied; während bei den US-Amerikanern Moral mit Amerikanertum identifiziert werden würde, sei sie in Deutschland zu einer „höheren Instanz gegenüber jeder Art von Politik“ geworden, die sich zudem quasi verselbstständigt habe.<sup>12</sup> Sein zweiter „Imperativ“ lautet deshalb: die Deutschen müssten erkennen, „dass die Trennung von Politik und Moral auch eine Errungenschaft“<sup>13</sup> gewesen sei. Der Gedanke der Wiedervereinigung dürfe nicht a priori durch die Inschutznahme von liebgewordenen oder „erhabene[n] Teilbestände[n]“ relativiert werden, fordert Willms in dem dritten „Imperativ“. Dies solle für die Deutschen in beiden Teilen Deutschlands gelten.<sup>14</sup>

Es war für Willms 1983/86 eine der „größten (nationalen, J.P.) Demütigungen“, dass im Ostteil Deutschlands die Besatzungsherrschaft als „Souveränität“ ausgegeben und als „historische Errungenschaft“ die Waffenbrüderschaft mit der UdSSR

9 Ebd., S.97.

10 Ebd., S.98.

11 Ebd., S.98.

12 Ebd., S.99.

13 Ebd.

14 Ebd., S.100.

dargestellt worden war. Aber auch Westdeutschland sei ein Land ohne Souveränität“.<sup>15</sup> Ein neuer, der vierte Imperativ der Identität müsse deshalb lauten: „Und es soll am eigenen Wesen wieder die Nation genesen.“<sup>16</sup> Wenn die Teilung Deutschlands anerkannt werden würde, so Willms, würden die Deutschen damit den „Kampf um Identität“, und damit die Identität selbst, aufgeben. Mit „Geduld und Augenmaß“ müsse die „Anerkennung der Teilung“ durch die Wiederherstellung Deutschlands ersetzt werden, schreibt Willms in seinem fünften Imperativ.<sup>17</sup> Die Selbstbehauptung solle sich zwar nicht „kriegerisch“, militant zeigen, aber doch im „gesellschaftlichen Ganzen als allgemeine Tugenden“ - worunter Willms Opferbereitschaft, Disziplin und andere Sekundärtugenden versteht - ausbilden.<sup>18</sup> In seinem sechsten Imperativ betont Willms expressis verbis, dass auch in der „Friedenssehnsucht“ die politische Selbstbehauptung als ein „Kampf um Identität“ eine Prämisse bleiben solle. Die Deutsche Friedensbewegung müsse ihre Ziele zu einer „Bewegung für einen Friedensvertrag“<sup>19</sup> gestalten.

Der Weltuntergangs-Mythos, der „Weltbrand“, sei 1986 real möglich und nicht schon deshalb ad absurdum zu führen, nur weil er mythisch und eine alte Vorstellung sei. Jedoch seien mit der „Einsicht in das Schicksalhafte des Todes“ nicht notwendigerweise Fortschritte verhindert werden.<sup>20</sup> Willms siebter Imperativ fordert, dass das Denken und die politischen Entscheidungen nicht von Angst bestimmt sein dürften. Seine Erkenntnis, die sich sprachlich analog an einen erfolgreichen, sensiblen, antirassistischen Spielfilm von Fassbinder anlehnt, lautet: „Angst frisst die Identität auf“.<sup>21</sup>

Das Bemühen um Identität bedeutet für Willms die „Wiederherstellung der Nation“. Nationale Identität setzt Willms gleich mit einer „minimale[n] Voraussetzung für jeden erfahrbaren Sinn“. Das Recht auf Identität ist für Willms identisch mit dem Recht auf eine Nation, die gleichzeitig „Grundlage allen Menschenrechts“ sei und als Bürgerpflicht erkannt werden müsse.<sup>22</sup>

---

15 Ebd., S.101.

16 Ebd.

17 Ebd., S.102.

18 Ebd., S.104.

19 Ebd.

20 Ebd., S.106.

21 Ebd., S.107.

22 Ebd.

### 3.2 Nationale Identität und Perspektivenwahl

Nach Auschwitz konnte keine ungebrochene Darstellung deutscher Geschichte erfolgen. Eine gemeinsame nationale Identität in Form eines gemeinsamen Geschichtsbildes scheint in einer pluralistischen, supranational-orientierten Gesellschaft obsolet, in der historische Interpretationen kontrovers diskutiert werden. Monokausale, monistische Geschichtsbilder erweitern keinen politischen Handlungsspielraum und ersetzen nicht ethische Maximen. Die Traditionen des preußischen Militarismus, der von oben sanktionierten Reichsgründung 1870/71 und die wilhelminische Ära, bleiben als Etappen und Epochen deutscher Geschichte für ein demokratisches Staatswesen umstritten. Die nationale Identität der Deutschen wurde durch das Fehlen demokratischer und institutioneller Kontinuitäten gekennzeichnet. Ebenso fehlte den deutschen Eliten das Bewusstsein der Modernität. Die strukturellen Bedingungen belegen die Konservierung der feudalen Gesellschaftsverhältnisse und zeigen die Schere der ungleichen Entwicklung von Gesellschaft und industrialisiertem Staat. Schon die Studie von Thorstein Veblen im Jahre 1915 weist auf die fehlende gesellschaftlich-demokratische Modernisierung gegenüber der einsetzenden Industrialisierung in Bismarcks Deutschland hin, die Fritz K. Ringer auch als Kennzeichen des Denkens der deutschen Universitätsprofessoren des ausgehenden 19. Jahrhunderts ausmacht.<sup>1</sup>

Die unterschiedlichen Geschichtserfahrungen von Tätern, Mitläufern und Opfern fanden in der narrativen Geschichtsschreibung erst eine späte Darstellung. So war die Arbeitsteilung des Massenmordes und waren die Täter im Dritten Reich banal - für die Opfer waren diese Erfahrungen schlichtweg monströs. Die Mikroebene einer quasi histologischen Sichtweise der Geschichte des Nationalsozialismus, die oral history, ermöglichte, laut Dan Diner, Elemente von Kontinuitäten deutscher Geschichte in den Vordergrund zu rücken - fern von einer offiziellen Geschichtsschreibung, die vor allem markante staatspolitische Daten festhielt.<sup>2</sup>

Das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vom 14. Juli 1933, das eine Genese hin zum Holocaust einleitete, Daten wie Reichstagsbrand, Rheinlandbesetzung, Nürnberger Rassengesetze, „Mefo-Wechsel“, Reichspogromnacht („Reichskristallnacht“) und deutsch-englisches Flottenabkommen, sind mehrheitlich für die lebensgeschichtlich in diese Zeit eingebundenen Deutschen keine Marksteine. Martin Broszat konnte konstatieren, dass die Zäsur im Bewusstsein mit der Niederlage in

<sup>1</sup> Vgl. Veblen (1915); vgl. Ringer (1969).

<sup>2</sup> Vgl. Diner (1990), S.103 f.; vgl. ders. (1987b), S.67.

Stalingrad ab 1943 und der Währungsreform 1948 erfolgte.<sup>3</sup>

Abgesehen von dieser Perspektivenverschränkung können sozialpsychologische Deutungsmuster für die „Zweite“ (Giordano) und die „Dritte“ Schuld (Hennig) der Nachkriegsgeschichte bemüht und ausgeführt werden. Die Intentionen dieser Geschichtsinterpretationen werden dabei unweigerlich in den kommenden Jahrzehnten in einer komparativen Analyse nicht von dem Anfügen moralischer Glossen, sondern von dem Prinzip *sine ira et studio* geleitet werden. Die singulären Handlungen des NS-Systems führen fünf Jahrzehnte nach dem Ende des nationalsozialistischen Regime bei den Generationen der Betroffenen und der Opfer und ihrer Nachkommen auch zu einem emotionalen Engagement. Der Psychiater Gerhard Schmidt gibt 1983 zu bedenken, dass „wer sine ira et studio“ schreibt, „eine noch schmerzliche Vergangenheit“ neutralisiert und „zum Verdrängen gerade solcher Tatbestände“ beiträgt, die „den Ungeist sichtbar machen sollten“.<sup>4</sup> Wehlers gefordertes „cum ira et studio“<sup>5</sup> ist, zwei Generationen nach dem Ende des NS-Staates, nicht als unwissenschaftlich in Verruf zu bringen und zu kennzeichnen, kommt die Geschichtsschreibung doch ohne „die Unterscheidung des Guten und Bösen nicht aus“.<sup>6</sup> Der Bezugspunkt des Standortes des Historikers bleibt die *conditio humana*. Versuche einer geopolitischen, biologistisch-rassenanthropologisch orientierten, nationalistischen oder unmittelbar in unserer Zeit einer sowjetkommunistischen deterministischen Geschichtsschreibung, die sich als Bestandteil eines revolutionären Prozesses sieht, diese Maxime nicht anzuerkennen und statt dessen eindeutig für eine Gesellschafts-„Klasse“ Partei zu ergreifen sind erst kürzlich gescheitert. Mit der Reaktion der Derealisation, die das real Vergangene zum Phantasma erhob und eine Umkehrung der Halluzination bedeutet, wurde die traumatische Vergangenheit in der Nachkriegszeit bewusst nicht aufgearbeitet. Vergleichbar dem *Überlebenden-Syndrom*, dem so genannten *Survivor-Syndrom* der KZ-Opfer des NS-Regimes, gab es *kein Täter- oder Verfolger-Syndrom*. Der von Niederland 1980 geprägte Terminus technicus *Survivor-Syndrom* setzte sich neben dem von Matussek eingeführten Begriff *KZ-Neurose* durch. Die Bezeichnung *KZ-Neurose* lehnte sich an die von van den Berg, vor allem für die Kinder der KZ-Überlebenden der „zweiten Generation“, im Jahre 1960 geschaffene Klassifikation *Soziose* oder auch *Sozioneurose* an.<sup>7</sup>

3 Vgl. Broszat/Fröhlich (1987).

4 Gerhard Schmidt (1965), S.166.

5 Vgl. Wehler (1988), S.9.

6 Sternberger (1987), S.748.

7 Vgl. zu „Survivor-Syndrom“: Niederland (1980/81); vgl. Schumacher (1989), S.13; Eckstaedt (1989), S.27 f.; zur Soziose: vgl. Herzka (1989), S.138; Tyrangiel (1989), S.72-79; vgl. Rosenkötter (1979), S.247.

Symptomatologisch ist bei dem *Survivor-Syndrom* der psychische Zustand des „Überlebenden“ mit dem eines Paranoiden oder manisch Depressiven vergleichbar - mit dem basalen Unterschied, dass der KZ-Häftling seine „Wahnhalte“ tatsächlich erlebt hat. Die Umgebung wird hier realistisch eingeschätzt, während hingegen sie der Psychotiker phantasiert.<sup>8</sup> In der „zweiten Generation“ der Verfolgten wird das Kind als Familienmitglied in das Syndrom der Eltern miteinbezogen. Man spricht bei einer von seelischen Störungen ausgehenden Erkrankung der Kinder der Überlebenden von einer *Soziose*<sup>9</sup> Bei den Kindern der Verfolger und Täter konnte der „pathogene Einfluss“<sup>10</sup> der nationalsozialistischen Ideologie bei der autoritären Erziehung nachfolgend psychologische Konflikte auslösen und eine autoritäre politische Orientierung zur Folge haben.<sup>11</sup>

Die Mechanismen der *Dealisierung* die vor allem bei den alten Kadern des NS-Regimes, die eine gewisse gesellschaftliche Kontinuität garantierten, einsetzten, verhinderten in der Wiederaufbauphase eine Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit. Diejenigen, die den Frieden der „insgeheim fortbestehenden ‘Volksgemeinschaft’“ störten, wurden als Nestbeschmutzer angesehen.<sup>12</sup>

Mitscherlich forderte 1945 eine psychoanalytische Exploration der Angeklagten des Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozesses und Adorno machte 1967 den Vorschlag, die Schuldigen von Auschwitz insbesondere mit psychoanalytischen Methoden „zu studieren, um möglicherweise herauszubringen, wie ein Mensch so wird“.<sup>13</sup> Die nationalsozialistischen Täter und Funktionäre sahen allerdings in ihrer „Selbstüberzeugung“ überhaupt keine Veranlassung, sich in eine Analyse zu begeben.<sup>14</sup> Die Zunft der bundesdeutschen Historiker blieb von dem Phänomen der Verdrängung im Bereich der fehlenden Aufarbeitung nach 1945 nicht ausgeschlossen und zwar bezüglich der Kontinuität ihrer antimodernistischen Homogenität als auch der antidemokratischen Ausrichtung von Forschung und Lehre. In den fünfziger Jahren fand in der Bundesrepublik Deutschland eine rege geschichtswissenschaftliche und politikwissenschaftliche Forschung und Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und seiner zwölf Herrschaftsjahre statt, die sich in toto mit dem Phänomen

8 Schumacher (1989), S.13.

9 Vgl. Eckstaedt (1989); vgl. Herzka (1989), S.138-141.

10 Rosenkötter (1979), S.247; vgl. Rosenkötter (1995), S.209-216.

11 Vgl. Rosenkötter (1979), S.238-249: „Fallskizzen“.

12 Dahmer (1990), S.134; vgl. Fetscher (1983), S.301 u. S.306 f.; vgl. Mitscherlich (1980), S.146 f.; vgl. Tölle (1985), S.82.

13 Adorno (1977c), S.684; vgl. Mitscherlich (1945); vgl. auch Eckstaedt (1989), S.138; vgl. Eisler.

14 Vgl. Eckstaedt (1989), S.138.

Faschismus und Nationalsozialismus befaßten und rasch „Standard-Charakter“ (Lübbe) gewannen.<sup>15</sup> Der Historiker Winfried Schulze erkennt in diesen Nachkriegsjahren eine „exkulpatorische Neigung der Deutschen“, Kriegsverbrechen mit Untaten von anderen Nationen im Zweiten Weltkrieg aufrechnen zu wollen und eigene politische kollektive Schuld mit diesem Kontokorrent zu neutralisieren.<sup>16</sup> Die *Sozialgeschichte* war im Kaiserreich mit dem Bild des „Mandarinentums“ (Ringer), da hier das nationale Ganze von Staaten und ihrer Eliten in Frage gestellt wurde, nicht vereinbar.<sup>17</sup> Die deutschen Universitätsprofessoren waren in dieser Zeit nicht nur idealistisch eingestellt, gegen einen Wissenschaftspositivismus und antimodernistisch, die Geschichtswissenschaft blieb auch noch nach 1945 diesen Denkstrukturen verhaftet und stand der modernen industriellen und demokratischen Gesellschaftsordnung „hilflos, wenn nicht gar mit Ablehnung“ gegenüber.<sup>18</sup> Die Hinwendung zu einer kritischen Geschichtswissenschaft, die wirtschaftliche und gesellschaftliche Probleme sowie soziologische Methoden mit einbeziehen muss - fern eines an bestimmte Interessen gebunden Historismus und einer komparativ-nationalpolitisch-borussischen Schule - fand in den sechziger Jahren in der Bundesrepublik Beachtung. Arbeiten von Michail I. Rostovtzeff über soziale und wirtschaftliche Gegebenheiten der griechischen Antike und des römischen Prinzipats, von Braudels über das 16. Jahrhundert und Rezeptionen von Otto Hintze und Max Weber, die eine individualisierende und eine strukturierende historische Wissenschaft mit einer sozialgeschichtlichen Methodik miteinander verbanden, rückten das Gesellschaftliche von der Peripherie weg zu einer sozialgeschichtlichen Betrachtungsweise.<sup>19</sup>

Sicherlich verbündeten sich „antagonistische Mächte“ gegen Hitlerdeutschland, nicht nur unter altruistischen Intentionen und Motiven, sondern auch, wie z.B. die USA, um „Auslandsmärkte zurückzukämpfen“.<sup>20</sup> Das nationalsozialistische Terror-systems abzuwehren, war mehr als nur ein moralisches Postulat. Die Gegensätze zwischen den zwei Weltmächten, die gestärkt aus dem Weltkrieg hervorgingen, den USA und der UdSSR, brachen, aufgrund der dichotom-antagonistischen, ideologischen Gegensätze, nach dem Sieg über die Antikomintern-Staaten auf. Geopolitisch

15 Lübbe (1983), S.336, vgl. S.329-349; vgl. Bracher (1976), S.121 ff.

16 Vgl. Schulze (1989), S.75: „Er (der Historiker Peter Rassow in einem Brief an seinen Kollegen Siegfried A. Kaehler v. 31.5.1945, J.P.) sah die exkulpatorische Neigung der Deutschen voraus, ihre Kriegsverbrechen gegen die unbestreitbaren Verbrechen anderer Nationen aufzurechnen und auf diese Weise zu einem Ausgleich der Schuldkonten zu kommen.“

17 Vgl. Ringer (1969), S.111.

18 Schulze (1989), S.80.

19 Vgl. Hans Mommsen (1961), S.27-34; vgl. Helmuth Schneider (1974).

20 Vgl. die etwas tendenziöse Schrift: Huster et al. (1972), S.9.



waren nun die *Vereinigten Staaten* darauf bedacht, nach einer erfolgten Demokratisierung Restdeutschlands dieses Teilgebiet in einen militärischen supranationalen Block, unter ihrer äußerst potenten wirtschaftlichen Führung einzugliedern. Neben dem Motiv der Moral das die *Vereinigten Staaten* in Europa intervenieren ließ, schien der Absatzmarkt des zerstörten Kontinents auch für eine Ausweitung der industriellen Kapazitäten in Frage zu kommen und er versprach eine Produktionserweiterung gegenüber der Vorkriegswirtschaft oder zumindest eine Fortsetzung des rüstungsindustriellen Warenbooms. Der Wirtschaftsboom, den die USA durch die Kriegsproduktion erfahren durfte, wurde mit dem Instrumentarium des so genannten Marshall-Plans, der die Wiederherstellung der Produktionsmittel in den europäischen Staaten mit größtenteils unversehrter Infrastruktur vorsah, auch verwirklicht. Die neuen Verbündeten der USA profitierten dann ja auch sehr bald von den Produktionsaufträgen im Koreakrieg, wodurch eine Phase der Prosperität approximativ eingeleitet wurde. Eine Rückkehr zu einem *Status quo ante* war mit der Auflösung Preußens und der weitgehenden „Überwindung des politischen Konfessionalismus“ und sozialen Veränderungen, worunter vor allem die Enteignung der vormals einflussreichen ostelbischen Großagrarien fällt, praktisch unmöglich geworden.<sup>21</sup> Der Dualismus der beiden Gesellschaftssysteme, der westlichen und östlichen Hemisphäre, begründete gewissermaßen einen wirtschaftlichen Aufschwung der Grenzstaaten BRD und DDR. Die Bundesrepublik wurde, vergleichbar mit den Friedensschlüssen der Kabinettskriege der Pentarchiestaaten des 18. Jahrhunderts, wiedereingegliedert und nicht wirtschaftlich als Satrapie im Sinne einer deutschen Besatzungspolitik des 20. Jahrhunderts genutzt, sondern resozialisiert, um als Bündnispartner zu taugen.

Die wirtschaftliche Entwicklung Nachkriegsdeutschland, das *Wirtschaftswunder*, und die Bereitschaft der „Sieger“, Deutschland in die Völkergemeinschaft wieder aufzunehmen und zu demokratisieren, führte nach und nach in Westdeutschland zu der Überzeugung des „Wir sind wieder wer!“. Es wird dabei nicht bestritten, dass die große wirtschaftliche Not und die verheerenden Kriegsschäden die ausreichende materielle Versorgung der Bevölkerung primär erscheinen ließen und die Identifikation mit den USA - was als ein erstrebenswertes Ideal erschien - den eigenen nationalen Gruppenarzissmus vergangener Jahre ersetzen.<sup>22</sup>

<sup>21</sup> Gall (1984), S.608 f.

<sup>22</sup> Alexander u. Margarete Mitscherlich (1967), S.21: „In der Bundesrepublik waren es nach der Niederlage Hitlers vor allem die USA, die als Vorbild galten. Die Überangepasstheit und scheinbare politische Apathie der Jugendlichen in den fünfziger Jahren läßt sich wohl nicht nur als Folge des überwältigenden Verlusts ideeller Werte und der gleichzeitigen Verleugnungsarbeit diesem Verlust gegenüber verstehen ...“ Vgl. Richter (1992), S.48: „Wäre ihre (die

Die bundesrepublikanische Identität gründet sich aber auch auf die Negation der Nazidiktatur. Verfassung und politische Konzeption der Parteien sind an den Fehlern der Vergangenheit orientiert, an den Prämissen die die nationalsozialistische Herrschaft ermöglichten. Habermas fragt 1990 wie sich die deutsche Identität entwickeln wird, ob eine wirtschaftsnationale Gesinnung die Währung „libidinös besetzt“ und zu einem „DM-Nationalismus“ führt.<sup>23</sup> Der Stolz auf die wirtschaftliche Leistung war in den sechziger und siebziger Jahren in dem erfolgreichen westdeutschen Industriestaat „ein Substitut für den weithin fehlenden Nationalstolz“.<sup>24</sup> Habermas macht im Jahr der Währungsunion der beiden deutschen Staaten die Möglichkeit eines Wirtschaftsnationalismus aus, der sich eigendynamisch entfalte und den Wirtschaftsstolz des Wirtschaftswunderlandes der alten Bundesrepublik in eine nationale Identität integriere und mit einer wirtschaftlichen Vormachstellung in Europa dem klassischen Imperialismus, wenn auch auf eine andere Weise und Methode, im nationalen Bewusstsein nicht unähnlich sei.<sup>25</sup> Die wirtschaftliche Prosperität war ein Faktor der Stabilität in Westdeutschland, nach den zwei in Deutschland erfolgten Währungsreformen von 1923 und 1948. Neben der Westbindung und der wirtschaftlichen Koexistenz mit dem Ostblock, einer Ostpolitik unter dem Ziel der Durchsetzung von mehr Menschenrechten und dem Abbau von militärisch-politischen Spannungen, war sie die wichtigste Stütze einer neuen Identität der Westdeutschen. Die Errichtung der Demokratie im Westen Deutschlands in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg, in Verbindung mit den ökonomischen Erfolgen, verhalf den Deutschen zu einer neuen Identität. Die Mauer erinnerte sie an diese Identität. Auch nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten besteht der Wille die Westbindung nicht zu annullieren.

Die Studentenbewegung erwies sich vor allem auch als eine Revolte gegen ein Identitätskontinuum, gegen autoritäre Erziehung der Sozialisationsinstanzen der Adenauer-Zeit, deren Wurzeln bis in die wilhelminische Ära zurückreichten und sie richtete sich ferner gegen Verhaltensnormen, Rituale und Sprachliturgien von kulturellen Traditionen des Alltags. Die Wendung gegen ein Wertesystem und gesellschaftliche Normen, riss „alle wesentlichen, fast existentiellen Fragen von Familie,

---

große Zahl der Deutschen, J.P) innere Hitlerbindung von der Stärke gewesen, wie sie die Mitscherlich's annahmen, hätten sie kaum in Windeseile die Umstellung fertiggebracht ...“ Vgl. Habermas (1990b), S.216: „Die Bürger der Bundesrepublik hatten (in vier Jahrzehnten) ein nicht-nationalistisches Selbstverständnis entwickelt und einen nüchternen Blick für das, was für jeden einzelnen an cash, an Gebrauchswerten aus dem politischen Prozeß herauspringt.“

23 Habermas (1990b), S.205.

24 Ebd., S.207.

25 Ebd., S.210 f.

Erziehung, Sexualität, Kultur und Wissenschaft, Bewusstsein, sinnloser Arbeit, langweiliger Freizeit (und) Herrschaft auf“,<sup>26</sup> die sich mit Protest und vehementer Kritik an den inneren politischen Widersprüchen der jungen westdeutschen Demokratie und ihrer streng antikommunistischen Ausrichtung zu einem Amalgam verbanden. Dabei wurde eine eurokonzentrierte Sichtweise von der Studentenbewegung abgelehnt, deren Mitglieder ihre neuen politischen Identitäten in der Vermittlung zwischen *Dritter* und *Erster Welt* und der Bekämpfung des, von ihnen oft diffus verwendeten, Begriffs „Kapitalismus“ als makrosozialer Struktur sahen. Die Ostermarsch Bewegung und ihre Antiatomwaffen-Ausrichtung war eine weitere Wurzel der *Außerparlamentarischen Opposition* (APO). Die Interpretation des historischen Materialismus, der marxistischen Lehre, gebündelt mit Existentialismus und der Rezeption von psychoanalytischen, psychologischen und soziologischen Ansätzen Freuds und der Frankfurter Schule bildeten mithin die theoretische Propädeutik für eine Gesellschaftskritik des SDS als Kern der APO. Obrigkeitsstaatliche Strukturen sollten demokratischen Formen weichen, sie wurden aber oft in einer „pubertären“ Auseinandersetzung mit der Elterngeneration, - einem „moralischen Rigorismus“,<sup>27</sup> der zu einem politischen Tribunal geriet -, in einem „Autoritarismus reproduziert“.<sup>28</sup>

Diese vor allem kulturelle Identitätsrevolte verhalf Teilen der bundesdeutschen Gesellschaft zu einer neuen Identität in Form einer Gegenkultur und zu einem Modernisierungs- und Demokratisierungsschub.<sup>29</sup> So hat die Studentenrevolte zusammen mit Teilen der bundesdeutschen Bevölkerung mit dazu beigetragen, dass die pluralistisch-demokratische Ausrichtung der deutschen Gesellschaft gefestigt wurde und von der Mehrheit abweichende Willens- und Meinungsäußerungen akzeptiert wurden. Das wurde auch in der Methode einer demokratischen Auseinandersetzung mit den Forderungen von Studentengruppen deutlich, die sich, nach anfangs polarisierten Darstellungen in den siebziger Jahren, in den achtziger Jahren sachlich vollzog.<sup>30</sup>

<sup>26</sup> Görlitz (1972), S.212.

<sup>27</sup> Widmann (1994), S.120.

<sup>28</sup> Richter (1992), S.49.

<sup>29</sup> Vgl. Wolffsohn (1987), S.26: „Anders als in der Weimarer Republik haben die einstigen Untertanen die Rolle des Bürgers angenommen: immer mehr angenommen ... seit der eigentlichen 'Wende' in der bundesdeutschen Geschichte, das heißt seit der Revolte der 1968er.“ Vgl. Habermas (1990c), S.208: „Die 'nationale Identität' ist seitdem (den Studentenprotesten, Ostverträgen, dem Vietnamkrieg und der wachsenden Bedeutung der EG, J.P.) zu einem Thema öffentlicher Diskussionen geworden.“

<sup>30</sup> Vgl. Otto (1980); vgl. Bergmann et al. (1968); vgl. Wolff/Windaus (1977), S.12 f.; vgl. Borowsky (1983), S.84-91: „Studentenbewegung und Außerparlamentarische Opposition (APO)“; vgl. Dutschke (1980), S.13 u. S.18 f., ebd., S.21: „Wir in einer autoritären Gesellschaft aufgewachsenen Menschen haben nur eine Chance, unsere autoritäre Charakterstruktur aufzubrechen,

Die teilweise *Identifikation* und die *Empathie* mit den Opfern des Rassenwahns führte in den 60er Jahren zum Bruch mit der Elterngeneration. Das blieb jedoch ein Dilemma der jüngeren Deutschen. Einerseits versperrte die Empathie mit den NS-Opfern die Versöhnung mit der älteren Generation und andererseits ist zu konstatieren, dass das Verständnis für die Elterngeneration, und die Aussöhnung mit ihr, den Eindruck des Abrückens von den NS-Opfern zugunsten einer positiven nationalen Identität der Deutschen hinterlässt.<sup>31</sup>

---

wenn wir es lernen, uns in dieser Gesellschaft zu bewegen als Menschen, denen diese Gesellschaft gehört ...“ S.20: „Wir haben schon begriffen, daß wir heute eine Position jenseits der falschen Ost-West-Alternative entwickeln müssen, und unsere Identifikation ist allein der Kampf um die Herstellung menschenwürdiger Zustände in der ganzen Welt.“

31 Vgl. Diner (1987), S.195.

## 4. Das Geschichtsbild von den Ursachen der Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den ehemaligen Ostgebieten im Spiegel bundesdeutscher Geschichtsbücher

### 4.1 Die Beschlüsse der Kultusministerkonferenz zur Ostkunde und zur Problematik des Totalitarismus

In ihrer Stellungnahme zur *Ostkunde an Schulen und Hochschulen. Empfehlungen der Konferenz der Kultusminister (vom) 13. Dezember 1956* äußerten sich die Kultusminister zur Ostforschung an den Hochschulen und im Schulwesen in Bezug auf den politischen und historischen Unterricht.<sup>1</sup>

Die Vertreibung aus den Ostgebieten, das Vordringen (der „Einbruch“) des sowjetkommunistischen Systems in Mitteleuropa und die Teilung Deutschlands sollte demnach, nach diesen „Empfehlungen“, intentional in die Studien- und Unterrichtspläne des Bildungs- und Erziehungswesens einfließen und im Unterricht narrativ dargestellt werden.<sup>2</sup>

Die *Kultusminister Konferenz* (KMK) konstatierte 1956, dass die unter damaliger polnischer und sowjetischer Verwaltung stehenden Ostgebiete („der eigene Osten und Südosten“),<sup>3</sup> in der Bundesrepublik bereits aus dem Blickfeld verloren gegangen seien. Ein Bewusstsein zur deutschen Einheit, „der Wille zur Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit“, den es wachzuhalten und zu entwickeln gelte, wurde postuliert. Geographische und soziale Kenntnisse über die DDR, die in Anlehnung an die Hallstein-Doktrin von der KMK stringent als SBZ oder Mitteldeutschland bezeichnet wurde, seien deshalb eine unerlässliche Prämisse. Dem Wiedervereinigungsgebot der Präambel des Grundgesetzes gemäß, sollte im Unterricht die Nation und der Staat Deutschland als Einheit bezeichnet werden.<sup>4</sup> Darunter subsumierte die KMK nicht nur die unter „fremder Verwaltung“ stehenden Ostgebiete und „Mittel-

1 Vgl. Borchering (1965), S.90 ff.: „Ostkunde an Schulen und Hochschulen. Empfehlungen der Konferenz der Kultusminister 13. Dezember 1956.“ Vgl. auch Laufende Mitteilungen zum Stand der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland H.1 1965. Hrsg. v. Friedrich Minssen im Auftrag des Instituts für Sozialforschung an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main.

2 Borchering (1965), S.90.

3 Ebd.

4 Ebd.

deutschland“, sondern auch „früher von Deutschen besiedelte Gebiete“.<sup>5</sup> Die Einführung des gesonderten Faches „Ostkunde“ wurde allerdings abgelehnt. Die Darstellung und Behandlung des deutschen und europäischen Ostens sollte den Lernstoff nicht ausweiten. Statt dessen wurde eine Intensivierung und schwerpunktmäßige Verteilung dieses Stoffpensums angestrebt.<sup>6</sup> Die von der KMK beschlossenen *Richtlinien für die Behandlung des Totalitarismus im Unterricht von 1962*<sup>7</sup> gelten, so etwa bei Moldenhauer, als Kulmination eines dogmatischen Antikommunismus, während sich in den *KMK-Empfehlungen zur Ostkunde* ein Antikommunismus in verschleierter Form niedergeschlagen habe.<sup>8</sup>

Der Begriff des *Totalitarismus* wurde dabei kritisch, von Politologen und Pädagogen in den 70er Jahren, als ein „politischer Kampfbegriff“<sup>9</sup> klassifiziert und gewertet, als eine Kampfparole die von US-amerikanischen Politikwissenschaftlern und Historikern in einer Zeit der bipolaren Auseinandersetzung zwischen den Gesellschaftssystemen des Westens und Ostens erdacht und geprägt worden sei.<sup>10</sup> Der Einwand, dass es keine in sich geschlossene Theorie des Totalitarismus gibt, kann, so meine ich, nicht falsifiziert werden. Auch die Frage nach einer historisch durchgängigen Form totalitärer Herrschaftssysteme, die nicht nur ein Phänomen des 20. Jahrhunderts sein könnten, sondern seit der jakobinischen Herrschaft oder historisch noch weiter zurückgreifend, im römischen Prinzipat bereits existierten, bleibt ebenso ungelöst.<sup>11</sup>

In den *Richtlinien für die Behandlung des Totalitarismus im Unterricht. Beschluß der Konferenz der Kultusminister: 5. Juli 1962*, stellte die KMK Kriterien für den Begriff Totalitarismus auf.<sup>12</sup> Nach diesen Richtlinien sind für totalitäre Systeme kennzeichnend, dass sie: a) über eine Ideologie verfügen, die den Charakter einer Ersatzreligion und einer Heilslehre haben, b) die Uniformierung des öffentlichen und privaten Lebens beinhalten, c) die Alleinherrschaft einer Partei aufweisen, d) die pseudodemokratische

5 Ebd., S.91.

6 Ebd., S.92.

7 Vgl. Borchering (1965), S.99-101: „Richtlinien für die Behandlung des Totalitarismus im Unterricht. Beschluß der Konferenz der Kultusminister 5. Juli 1962.“ Vgl. Richtlinien für die Behandlung des Totalitarismus im Unterricht. Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 5.7.1962. Nr. II 552, S.1-4.

8 Vgl. Moldenhauer (1973), S.32.

9 Greiffenhagen (1972), S.24.

10 Vgl. Kühnl (1972), S.11; vgl. ders. (1979), S.122 f.

11 Vgl. Adam (1978); vgl. Bracher (1976); vgl. Arendt (1951b); vgl. Friedrich (1975), S.135 ff.; vgl. Iring Fetscher (1962), S.34-67.

12 Vgl. Empfehlungen zur Gestaltung der Lehrbücher für den Unterricht in neuester Geschichte und Zeitgeschichte. Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 5.7.1962. Nr. IV 490/490 Abs.5, S.1-2: „Die Lehrbücher sollen alle totalitären Erscheinungen und Tendenzen als die entscheidende Bedrohung unserer Welt kennzeichnen. Sie sollen die Auseinandersetzung der Demokratie mit dem Totalitarismus (besonders Nationalsozialismus und Kommunismus) und den Widerstandskampf freiheitlicher Kräfte darstellen.“

Legitimierung der Herrschaft einer Minorität zum Inhalt haben, e) mit systematischem Terror die Herrschaft ausüben, f) „werthaltige Begriffe“ (wie Demokratie, Vaterland) missbrauchen und verfälschen und ihre Verwendung in den Dienst der Partei stellen und g) die Weltherrschaft erstreben.<sup>13</sup>

Diese aufgelisteten Kriterien für den Begriff des *Totalitarismus*, in Form einer komparativen Gegenüberstellung von *Nationalsozialismus* und *Bolschewismus*, beziehen sich als Gegensatz auf das Muster der parlamentarischen Demokratie.<sup>14</sup> Neben der Auflistung der Merkmale des Totalitarismus, die sich an den von Carl Joachim Friedrich Mitte der 50er Jahre aufgestellten sechs Spezifika totalitärer Systeme orientieren,<sup>15</sup> wurden in den Richtlinien zwei historische Formen des Totalitarismus, nämlich Nationalsozialismus und Bolschewismus, genannt und interpretierend vorgestellt. Die Gemeinsamkeiten der methodischen Herrschafts- und Machtausübung verbinden die von ihren ideologischen Inhalten diametral entgegengesetzten Weltanschauungen, die in dieser Hinsicht konvergieren. Die Feindschaft beider Ideologien dürfe nicht über die Gemeinsamkeiten bei der Ausübung ihrer verbrecherischen Methoden und ihrer „verwerflichen Zielsetzung“ hinwegtäuschen, heißt es in den *Richtlinien* von 1962.<sup>16</sup>

Menschliche Schicksale in totalitären Staatssystemen seien als Fallbeispiele anzuführen. Die Ausrichtung des Unterrichts sollte zu einer „Abwehr des Herrschaftsanspruchs des Totalitarismus“ beitragen.<sup>17</sup> Der Beschluss der KMK von 1962 lässt allerdings außer acht, dass sich in den 60er und 70er Jahren die real existierenden „sozialistischen Staaten“ vom *Totalitarismus* zu einem autoritären Regime mit diktatorischen Muster, einem *Autoritarismus* der Nach-Stalin-Ära entwickelten.<sup>18</sup>

Der Konfrontationskurs des KMK-Beschlusses von 1962 gegenüber dem System des Sowjetkommunismus stößt in dieser Form auf Ablehnung, zumal in den 70er Jahren, in einer Zeit der Entspannung und der in der Sprachregelung des Ostblocks so genannten *friedlichen Koexistenz*. Die Beschlüsse wurden wie *ex cathedra* verkündet und anstelle einer Auseinandersetzung mit dem Sowjetkommunismus wurden apodiktische und knappe Anweisungen erlassen.<sup>19</sup>

13 Vgl. Borcharding (1965), S.99.

14 Vgl. Moldenhauer (1973), S.33; vgl. Kühnl (1972).

15 Vgl. Friedrich (1957), S.19; Greiffenhagen (1972), S.37; Adam (1978), S.21 u. S.29; vgl. Kühnl (1979), S.123; vgl. Bracher (1976), S.332 f.; vgl. Arendt (1975), S.16.

16 Vgl. Borcharding (1965), S.101.

17 Ebd.

18 Vgl. Moldenhauer (1973), S.34.

19 Vgl. Rohlfes (1979), S.357; vgl. Bodensieck (1980), S.205-231.

Die Beschlüsse der Kultusministerkonferenz von 1956 und 1962 sind denn auch kritisch entweder als „dogmatischer Antikommunismus“<sup>20</sup> oder „platte Formel einer für alle Weisungsgebundenen gültigen Lehrmeinung“<sup>21</sup> bezeichnet worden. Auch im KMK-Beschluss vom 23. November 1978 über *Die Deutsche Frage im Unterricht* findet die 1945 erfolgte Vertreibung der Bevölkerung aus den Ostgebieten Erwähnung.<sup>22</sup> Nach den Ostverträgen werden die Grenzen Deutschlands von 1937, laut dem Beschluss der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder vom November 1978, auch offiziell im Unterricht nicht mehr als Staatsgrenzen dargestellt. Dieser Beschluss der KMK von 1978 wurde im übrigen heftig kontrovers diskutiert, er bezog sich aber in seiner Konsequenz auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1973 und das darin ausgesprochene Wiedervereinigungsgebot, das für alle Länderbehörden gelten müsse.<sup>23</sup>

---

20 Vgl. Moldenhauer (1973), S.32.

21 Rohlfes (1979), S.357.

22 Vgl. Bodensieck (1980), S.211.

23 Ebd., S.205 ff.; vgl. Ehmke (1979), S.51-76.



## Überlegungen in der Nachkriegszeit der Bundesrepublik zur Methodik des Geschichtsunterrichts und der Darstellung der „Vertreibung“ der deutschen Ostbevölkerung

In den Jahren nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches wurde in den westlichen Besatzungszonen der Geschichtsunterricht unter der Präponderanz der Kulturgeschichte verstanden und anfangs von den Alliierten ein Verbot für das Fach Geschichte an Schulen verfügt. Die Gefahr, dass der Unterricht im Fach Geschichte ideologisiert und für politische Ziele und die Indoktrination der Schüler missbraucht werden kann, führte auch in der neugegründeten föderativen Bundesrepublik, in den zuständigen Länderministerien und an den Schulen zu einer „Angst vor der politischen Geschichte“ im Schulunterricht.<sup>1</sup>

In der Fachzeitschrift *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* nennt Erich Weniger 1950 drei Gründe für die „Angst vor der politischen Geschichte“.<sup>2</sup> Die politische Geschichte sei in der Vergangenheit vielfach missbraucht worden, da man sich falsche Vorstellungen über die Funktionen der Kulturgeschichte gemacht habe und von Seiten der Pädagogen die Meinung vertreten werden würde, dass es aus methodischen Gründen leichter sei der Jugend Kulturgeschichte verständlich zu machen. Man kann nun den Einwand machen, dass der Geschichtsunterricht immer mit Tatsachenzusammenhängen, Entwicklungslinien und „Kausalreihen“<sup>3</sup> zu tun hat. Das Einzelfaktum kann aus diesen Zusammenhängen nicht gelöst werden. Diese Momente des Geschichtsunterrichts lassen bei einer thematischen Behandlung der Geschichte Bedenken aufkommen, zumal in einer Zeit, in der die Jahre der nationalsozialistischen Diktatur erst wenige Jahre zurücklagen. Dazu kamen noch die Einwände, die auf die personellen Kontinuitäten des Lehrkörpers im Fach Geschichte an den deutschen Schulen hinwiesen.<sup>4</sup> Neben der antidemokratischen Gesinnung in der Weimarer Republik und im Dritten Reich und einer in den Sozialisationsinstanzen vermittelten biologistisch-sozialdarwinistischen Konditionierung waren im NS-System eine nicht unerhebliche Zahl von Lehrern Mitglieder der NSDAP - wenn es auch Berufsgruppen, wie z.B. Ärzte, gab, deren Anteil bei den\_\_

1 Weniger (1950), S.169-173.

2 Ebd., S.169. Vgl. auch Feidel-Mertz (1991).

3 So Körner (1952), S.165.

4 Vgl. Klausmeier (1952), S.550: „Demgegenüber ist festzustellen, daß während der Hitlerzeit der Geschichtsunterricht, wenn auch mit tendenziöser Absicht, besonders gefördert wurde und gelehrt, mit wenigen Ausnahmen, von den gleichen Kräften wie heute.“

Mitgliedern von Partei und anderen NS-Organisationen doppelt so hoch lag.<sup>5</sup> Die tendenziöse Ausrichtung und Methodik des Geschichtsunterrichts während der NS-Herrschaft sollte nun von einem Lehrkörper grundlegend verändert werden, der größtenteils selbst diese Unterrichtsinhalte Schülern vermittelt hatte.

Die Identifikation mit dem Schicksal der Zwangsumsiedlung der deutschen Ostbevölkerung, jenseits der Oder-Neiße-Linie, bestand eher als die mit den rassistisch und politisch Verfolgten und Ermordeten der NS-Zeit. Bei einigen Autoren, die in der Fachzeitschrift *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* Vertreibung und Zwangsumsiedlung der Bevölkerung aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten und die Bedeutung für den Unterricht an den westdeutschen Schulen besprechen, so bei Fritz Gause, wird aber auch ein Rückgriff auf eine biologistische Denkweise vorgenommen. Ähnlich der Rassenanthropologie und der anthropologisch orientierten Rassenhygiene werden den Völkern Osteuropas zumindest bestimmte Stereotype zugeordnet. Sie sind demgemäß weniger fleißig, zuweilen untüchtig und unfähig den deutschen Siedlungsraum zu bewirtschaften. Die angesiedelten Polen in Ostdeutschland und die Tschechen in Deutschböhmen würden weder ihrer Zahl noch ihren Fähigkeiten nach nicht das leisten, was die Deutschen erreicht hätten, notiert Gause in seinem Aufsatz.<sup>6</sup>

Die Vertreibung wird bei diesen Autoren - bei Gause, Aubin und anderen - zwar als eine Konsequenz der nationalsozialistischen Idee und des Angriffskrieges gesehen, doch bestimmen antikommunistische Kausalgründe nicht unwesentlich die Erklärung für die Vertreibung der Ostdeutschen und deren Verlust der Heimat.

Das Konzept der Bolschewisierung zielt im übrigen auf die Beseitigung des Deutschtums im Osten, da dieses die Klammer gewesen sei, die den Osten mit dem Abendland verbunden habe.<sup>7</sup> Die Beseitigung dieser Klammer würde die Verbindung der Westslawen mit dem Abendland lockern und sie zur Bolschewisierung

5 Vgl. Kater (1979), S.609; vgl. Kater (1989), S.58: „By 1945, almost 80 percent of the self-employed doctors in Thuringia were in the party (NSDAP, J.P.). Half of the thirty-two physicians in the Bavarian county of Laufing-Berchtesgaden in February 1935 were registered party members. In all of Bavaria, for your key year of 1937, a majority of doctors (51 percent) was in the NSDAP, of whom 80 percent were between thirty and sixty-one years old. But the established benchmark of approximately 45 percent for Nazi doctors was much lower in other Reich locales.“ Vgl. Sontheimer (1962).

6 Vgl. Gause (1953a), S.65-78 u. ders. (1953b), S.137 f.

7 Vgl. Aubin (1956), S.544: „Es gibt kaum mehr Deutsche im Osten. Unter der Losung 'Heim ins Reich' für das Streudeutschtum daselbst, hatte Hitler eine Entmischung der Volkstümer - nicht ohne Gewalttätigkeit gegen Undeutsche - eingeleitet, welche eigentümliche Züge im Charakter des Nahen Ostens abschwächte. Mit deutschen Inseln verschwanden auch verbindende Ausleger und Spitzen des Deutschtums als Vermittler zur Art der anderen.“

reif machen. Westdeutschland, das „Herz Europas“,<sup>8</sup> wie es Gause bezeichnet, habe durch die Aufnahme von 15 Millionen Ostvertriebenen so belastet werden sollen, „dass es dem Bolschewismus verfallen musste“.<sup>9</sup> Gause skizziert das Problem der Vertreibungen und die Zwangsumsiedlungen in seinen historischen Wandlungen und Bedingtheiten und konstatiert, dass „im Bereich abendländischer Gesittung“ jede „Vertreibung unsittlich“ war. „Im örtlichen Bereich tatarisch-moskowitzscher Gesittung gab es solche Entscheidungsfreiheit nie, weil dort ganz andere Vorstellungen vom Wesen des Menschen gültig waren als im Abendland.“<sup>10</sup>

Die Deutschen waren östlich der Oder-Neiße-Linie auf eine Art und Weise zwangsumgesiedelt worden, und hier ist Gause recht zu geben, die mit der im Potsdamer Protokoll (Berliner Konferenz) nach der Kapitulation im August 1945 vorgeschriebenen „humanen Weise“ nicht in Einklang zu bringen war.<sup>11</sup> Gause fragt suggestiv danach, wie es überhaupt zu einem solchen Vertrag kommen konnte und beantwortet es anschließend damit, dass diese Vereinbarung „aus dem Geist des Bolschewismus“ stamme. Die Westmächte seien von falschen Vorstellungen ausgegangen, weil sie geglaubt hätten, dass die Ostdeutschen als Immigranten in ein „slawisches Land“ gekommen seien.<sup>12</sup> Gause gibt einen geschichtlichen Überblick, die mit der Deportation der Juden nach Babylon beginnt, und historisiert das Thema Vertreibung. Er trifft dabei eine einseitige Sichtung der historischen Überlieferungen und macht nicht unstrittige Aussagen, wenn er beispielsweise schreibt:

„Niemand haben Christen ganze Völker in die Sklaverei verschleppt, wie es außerhalb des Christentums Brauch und Recht des Siegers war.“

„Es sind während des ganzen Mittelalters niemals Christen von Christen aus ihrer Heimat vertrieben worden.“<sup>13</sup>

Ein Beitrag von Ludwig Petry in dem Fachblatt für Geschichtslehrer *GWU* verweist auf das Ostdeutschtum, das sich als ein „organisch Gewachsenes“ historisch entwickelt habe. In einem tausendjährigen Prozess sei es aus Altdeutschen erwachsen.<sup>14</sup> Um das geschichtliche Bild des deutschen Ostens „festzuhalten, zu vertiefen“ und

<sup>8</sup> Gause (1953b), S.138.

<sup>9</sup> Ebd., S.139: „Vielleicht ist das tatsächlich der letzte Grund für die Austreibung von mehr als 15 Millionen Menschen gewesen, Deutschland, das Herz Europas, so zu belasten, daß es dem Bolschewismus verfallen mußte.“

<sup>10</sup> Ebd.

<sup>11</sup> Vgl. Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR (1986b), S.413: Nr.159 Mitteilung über die Berliner Konferenz der drei Mächte. 2. August 1945. XIII Geregelte Überführung der Deutschen Bevölkerung. Vg. Gause (1953b), S.137.

<sup>12</sup> Gause (1953b), S.137.

<sup>13</sup> Ebd., S.66 f.

<sup>14</sup> Vgl. Petry (1953), S.713 f.

zu einem Kontinuum aller Deutschen werden zu lassen, stellt Petry fünf Thesen auf, die methodisch im Unterricht und der Forschung richtungweisend sein und „Mut“ machen sollen.<sup>15</sup> Für die Integration der Flüchtlinge aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten sei es eine „unabdingbare Folge aus dem Eingliederungsvorgang der Heimatvertriebenen“ die ostdeutsche Geschichte in Lehre und Forschung zu pflegen, heißt es in der ersten These. In den weiteren Thesen werden die Forderungen aufgestellt, die Betrachtung und Präsentation Ostdeutschlands als ein Ganzes zu sehen, da die Diaspora, die Streuung der ostdeutschen Landsmannschaften über die Bundesrepublik Deutschland, dies nötig mache. Die über ein Jahrtausend bedingten Verflechtungen von der „binnen- und ostdeutschen Geschichte“ gebe die Möglichkeit, von westdeutschen Quellen immer wieder Anknüpfungspunkte für die west- und ostdeutsche Heimatgeschichte im Unterricht herzustellen. Die Behandlung Ostdeutschlands dürfe sich im Unterricht nicht auf ein Fach beschränken. Petry fordert, dass ostdeutsche Themen nicht nur im Fach Geschichte zu behandeln seien, sie müssten möglichst viele Unterrichtsfächer mit einbeziehen - so den Geographie-, den Deutsch-, Religions-, den Musikunterricht und andere Fächer. Das Ostdeutschtum sei in seiner Zukunft schicksalhaft mit anderen Völkern verbunden. Die Eigenart und Leistung dieser Völker schließe eine „kritisch-gewissenhafte Bewertung der geschichtlichen Rolle des Ostdeutschtums“ ein.

---

<sup>15</sup> Ebd., S.722 f.

### 4.3 Das „Unternehmen Barbarossa“ und die 1945 erfolgte Vertreibung der deutschen Ostbevölkerung in der Rezeption bundesdeutscher Geschichts- und Sozialkundebücher

Die Ursachen und die Einordnung der Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den ehemaligen Ostgebieten und des Sudetenlandes stelle ich im Spiegel bundesdeutscher Lehrbücher für das Fach Geschichte, in dem dreigliedrigen Schulwesen von Haupt-, Realschule und Gymnasium, und in den 70er Jahren, als seit dem Regierungswechsel von 1969 ein Wandel in der Ostpolitik zu verzeichnen ist, für die Gesamtschule vor.

Zu diesem Zweck untersuche ich zwanzig Schulbücher aus vier Jahrzehnten für das Fach Geschichte und Sozialkunde an Haupt- und Realschulen und an Gymnasien. Dieses Spektrum von Schulbüchern, die in den fünfziger bis in die achtziger Jahre publiziert worden waren, sind von den zuständigen Kultusministerien als Unterrichtsmaterial zugelassen oder empfohlen worden. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den ehemaligen Ostgebieten im heutigen Polen, Russland, der Tschechei und Ungarn wird in den dargestellten Kausalzusammenhängen und im Verhältnis zu dem geschilderten Völkermord des nationalsozialistischen Deutschlands in den Schulbüchern verglichen. Das Geschichtsbild der Ursachen und der Einordnung der *Vertreibung* der deutschen Ostbevölkerung wird anhand dieser ausgewählten Lehrbücher exemplarisch vorgestellt.

Claus Füllberg-Stolberg kommt in seiner Untersuchung im Jahre 1981, zur Darstellung der UdSSR nach 1945 in Schulgeschichtsbüchern der Bundesrepublik der 60er und frühen 70er Jahre, zu dem Ergebnis, dass zum Thema des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion nicht die „ungeheureren Menschenverluste und die weitgehende Zerstörung von Produktionsmitteln“ in den Lehrbüchern aufgezeigt werden.<sup>1</sup> Diese Bewertung wird von Wigbert Benz, der Lehrbücher für das Fach Geschichte der Sekundarstufe I auswertete, bestätigt, „bis Ende der 70er Jahre“ müsse von „einer weitgehenden Tabuisierung konkreter deutscher Schuld gegenüber den Völkern der Sowjetunion in bundesdeutschen Schulgeschichtsbüchern“ ausgegangen werden.<sup>2</sup> Die Publikationen und aktualisierten Ausgaben der Schulbücher der 80er Jahre seien hingegen von einer „neuen Qualität der Rezeption fachwissenschaftlicher Erkenntnisse zum Vernichtungscharakter des 'Unternehmens Barbarossa'“ gekennzeichnet, befindet Wigbert Benz 1988.<sup>3</sup> Eine Forschungsgruppe, deren Er-

1 Vgl. Füllberg-Stolberg (1981), S.84 f.

2 Vgl. Wigbert Benz (1988), S.384; vgl. ders. (1986), S.150 ff.; vgl. Uhe (1972), S.168 ff.

3 Wigbert Benz (1988), S.385.

gebnisse von Gebhard Moldenhauer veröffentlicht worden sind, bearbeitete Anfang der 70er Jahre 93 Sozialkundebücher, die unter dem Aspekt des Deutschlandproblems ausgewählt wurden.<sup>4</sup> Ein Drittel der analysierten Schulbücher führten aus, dass der Zweite Weltkrieg von Hitler verursacht worden sei und betonen überwiegend den „dämonischen Charakter“ Hitlers.<sup>5</sup> Helmut Freiwald konnte bei der Darstellung des Deutschlandproblems in Geschichtsbüchern die Erörterung der Kriegsschuldproblematik in diesen Schulbüchern für den gleichen Zeitraum, der fünfziger, sechziger und beginnenden siebziger Jahre, die „Betonung der Schuld des deutschen Diktators“ bestätigen.<sup>6</sup> Auch hinsichtlich der Erwähnung der alliierten Kriegsverluste an Menschen bekräftigt diese Untersuchung die späteren von Claus Füllberg-Stolberg und Wigbert Benz. Die Zahl der Kriegstoten in der UdSSR wird demnach gegenüber den deutschen Verlusten in den Lehrbüchern, die in den fünfziger bis in die siebziger Jahre erschienen, nur teilweise aufgeführt.<sup>7</sup>

Die wissenschaftliche Unabhängigkeit und pluralistische Vielfalt von historischen Analysen sehen Rolf-Dieter Müller, Gerd Ueberschär, Hans Mommsen und Heinrich August Winkler, als eine Reaktion auf die Historikerdebatte, gefährdet.<sup>8</sup> Insbesondere die Kultusbürokratie sei für diese Gefahren anfällig.<sup>9</sup> Während „früher oft viele Jahre“ vergangen seien, „bis neue Forschungsergebnisse Einzug in die Schulbücher gehalten haben, muss es erstaunen, dass heute bereits Schulbuchautoren aufgefordert werden, ihre Darstellungen zur Geschichte des Dritten Reiches und des Zweiten Weltkrieges im Lichte des Historikerstreits zu überprüfen und erneut zu legitimieren“.<sup>10</sup>

Von folgenden Fragestellungen gehe ich bei der Sichtung von zwanzig Schulgeschichtsbüchern aus:

- 1) Wird eine kollektive Zuweisung der Verantwortung für die Vertreibung der deutschen Ostbevölkerung vorgenommen, während eine deutsche Kollektivschuld und Verantwortlichkeit für die NS-Verbrechen verneint wird?
- 2) Findet bei der Darstellung der Ursachen des Kriegsbeginnes und der deutschen Niederlage eine personalisierende Interpretation statt? Die Tendenz zur Personalisierung lässt sich in Schulbüchern zum Thema „Französische Revolution“ nachweisen.<sup>11</sup>

<sup>4</sup> Vgl. Moldenhauer (1973), S.27-116.

<sup>5</sup> Ebd., S.37.

<sup>6</sup> Freiwald (1973a), S.118.

<sup>7</sup> Vgl. Moldenhauer (1973), S.39.

<sup>8</sup> Vgl. Rolf-Dieter Müller (1987), S.145 f.; vgl. Ueberschär (1987b), S.82.

<sup>9</sup> Rolf Dieter Müller (1987), S.146.

<sup>10</sup> Ebd.

<sup>11</sup> Vgl. Moldenhauer (1973), S.38.

3) Als Konsequenz des nationalsozialistischen Terrorregimes und der Vernichtungspolitik des NS-Staates ist die Vertreibung der deutschen Ostbevölkerung zu sehen. Hier wird nun die Frage gestellt, ob ein Zusammenhang zwischen den NS-Massenmorden an Behinderten, Juden, Sinti und Roma, sowjetischen Kriegsgefangenen und der polnischen Zivilbevölkerung sowie der Tod von zwei Millionen unschuldiger Ostdeutscher, als Folge der NS-Politik, in den Schulbüchern hergestellt wird.

Zu 1) Von den vierzehn Schulbüchern im Fach Geschichte, die in den Jahren 1949 bis 1970 publiziert wurden, weisen zehn eine kollektive Verantwortung für die Austreibung der Ostdeutschen den Russen, Polen und Tschechen zu, während in den sechs Lehrbüchern, die zwischen 1977 und 1989 erschienen sind, diese in toto fehlt. In der ersten Gruppe von Schulbüchern kann auch eine Verharmlosung und Ausblendung der Vernichtungspolitik des NS-Systems festgestellt werden. Von den Nazis seien zwar „Menschen verschleppt“ worden, sie erreichten aber angeblich wieder ihre „Heimat“. Aus den Gebieten östlich der Oder- und Neiße-Linie, aus West- und Ostpreußen, Schlesien und Pommern seien die Deutschen „von den Russen und Polen“ „von Haus und Hof“ vertrieben worden.<sup>12</sup> Die Deutschen die im heutigen Polen, Ungarn und Russland zurückblieben, heißt es, haben „Unbeschreibliches erdulden“ müssen. „Wer den Einmarsch der Roten Armee überstand, wurde gewaltsam aus seiner Heimat vertrieben; denn die Russen, Polen und Tschechen ergriffen Besitz von dem deutschen Land“.<sup>13</sup>

Die Problematik der Curzon-Linie wird verkürzt aufgezeigt. Die Polen hätten die deutschen Ostgebiete schlicht als „endgültigen Besitz“ betrachtet und ihre „von den Russen vertriebenen Landsleute in die neuerworbenen Gebiete“ gelenkt.<sup>14</sup> Als eine Todesart gilt das in die „Hände der Russen“ geraten.<sup>15</sup> Doch nicht nur die Polen „polonisierten“ in „übersteigertem Tempo“,<sup>16</sup> sondern auch „die Tschechen trieben seit Mai 1945 die deutsche Bevölkerung aus“.<sup>17</sup> Zuweilen wird in den Schulgeschichtsbüchern zwar differenziert, zwischen dem Befehl Stalins an die Rote Armee

<sup>12</sup> Blumenthal (1951), S.151.

<sup>13</sup> Hoffmann/Brückner (1956), S.267. Ebd.: „Aus Ostpreußen, Pommern, Schlesien und dem Sudetenland, aus Böhmen und Mähren zogen die Deutschen in langen Trecks, nur mit dem Notwendigsten versehen, westwärts. Von einem Dorf zum andern abgeschoben, irrten sie verzweifelt auf den Landstraßen Westdeutschlands umher, von Hunger und Krankheit geplagt.“

<sup>12</sup> Millionen hätten dieses Schicksal geteilt von insgesamt 23 Millionen, darunter auch diejenigen Sklaven- und Zwangsarbeiter „die Hitler aus allen eroberten Ländern als Zwangsarbeiter nach Deutschland geholt hatte“.

<sup>14</sup> H. M. Becker et al. (1963), S.76.

<sup>15</sup> So in dem Buch: Deißler/Großarth (1964), S.250: „Flucht aus dem Osten.“

<sup>16</sup> Ebeling (1952), S.152.

<sup>17</sup> Kaiser (1968), S.252.

sich an den „Nazi-Deutschen“ zu rächen, letztendlich seien es jedoch „die Russen“ gewesen, die diesem Befehl gefolgt seien.<sup>18</sup>

Zu 2) Personalisierend wird das Dritte Reich in mehr als der Hälfte der betreffenden Lehrbücher, die zwischen 1949 und 1970 erschienen sind, vor allem mit der Person Hitler verknüpft:

„Hitler erklärte aber die Kommunisten für die Brandstifter (...) Kommunisten, Sozialdemokraten, widerspenstige bürgerliche Politiker sperrte Hitler mit Hilfe seiner Gestapo in so genannte Konzentrationslager. Dort mußten sie hinter Stacheldraht schwer arbeiten, wurden verhört, gepeinigt, geschlagen. Viele starben. Grenzenlos war Hitlers Haß gegen die Juden. Im Lauf der Jahre nahm er ihnen den Besitz, ihre Arbeit, riß die Familien auseinander und ließ schließlich unzählige töten.“<sup>19</sup>

„Im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit hatte Hitler Glück.“<sup>20</sup> „Hitler und seine Mitarbeiter“<sup>21</sup> hinterließen die bedingungslose Kapitulation, „Hitlers Gefolgsleute“ brachten „all das Leid ... in Osteuropa über Unschuldige“;<sup>22</sup> der Massenmord an den europäischen Juden wird als ein singuläres „Vernichtungsunternehmen Heydrichs“ bezeichnet.<sup>23</sup>

Einerseits werden die Nürnberger Rassengesetze erwähnt und auch der *Generalplan Ost* findet Beachtung, doch sei es Hitler gewesen, der „sämtliche Ostvölker als geborene Sklaven“ betrachtet habe, und er habe „befohlen, sie dementsprechend zu behandeln“.<sup>24</sup>

Als Ursachen werden die Nürnberger Rassengesetze, die Beseitigung der Rechtsstaatlichkeit und der parlamentarischen Demokratie für die deutsche „Katastrophe“ gegenüber der personalistischen Interpretation vernachlässigt. In zwei Schulbüchern wird von einem „Präventivangriff“ der nationalsozialistischen Heere gegenüber der UdSSR ausgegangen.<sup>25</sup> Neben der „Lebensraumkonzeption“ Hitlers wird auch die

18 Hagener (1963), S.161.

19 Hoffmann/Brückner (1956), S.247 f.

20 Ebd., S.249. S.267: „Das deutsche Volk muß büßen“. In der personalisierenden Schuldzuweisung heißt es, S.246: „Adolf Hitler (geb. 1889) stammte aus Braunau am Inn in Österreich. Er erlernte keinen Beruf; denn er war arbeitsscheu. In Wien war er zunächst als Gelegenheitsarbeiter tätig und wohnte im Obdachlosenasyll.“ (Aus dem Kapitel: „Wer war Hitler“)

21 Schmidt/Schmelzer (1949), S.420; vgl. Tenbrock et al. (1966), S.191.

22 Pelzer (1970), S.89.

23 Hagener (1963), S.159.

24 Buchheim (1953), S.87 u. S.99.

25 Vgl. Bonwetsch et al. (1965), S.134: „Auf jeden Fall entfesselt Hitler durch den Präventivkrieg endgültig den Mehrfrontenkrieg und stellt damit das Reich vor eine Aufgabe, die nur in einer Katastrophe enden kann.“ Hitlers „Maßlosigkeit“ sei für den „unerbittlichen Vernichtungskrieg“ verantwortlich. Vgl. Hoffmann/Brückner (1956), S.258.



„Furcht“ vor einem russischen Angriff als ausschlaggebend für den Krieg gegen die Sowjetunion dargestellt.<sup>26</sup>

Zu 3) Die NS-Verbrechen werden als kausaler Nexus für die Vertreibung der Ostdeutschen bewertet. In zwei Lehrbüchern aus den Jahren 1959 und 1963 wird der Holocaust auch anhand des Tagebuchs von Anne Frank besprochen.<sup>27</sup>

„Das Elend der Millionen Flüchtlinge war unbeschreiblich. Viele starben unterwegs an Hunger und Erfrierungen. Andere gerieten doch noch in die Hände der Russen. Wieder andere, welche auf Schiffen der Kriegsmarine nach Westen flüchteten, wurden Opfer von Angriffen.“<sup>28</sup>

Mit weniger eindringlicher Empathie aber ausführlich wird die „Endlösung der Judenfrage“ geschildert und auch das „Euthanasieprogramm“ erwähnt.<sup>29</sup> Truppenführer hätten Einspruch gegen den „Kommissarbefehl“ und die Morde der „Einsatzgruppen“ der SS erhoben. „Hitler und seine Helfer“, vor allem Himmler und Heydrich, habe dies nicht „dazu bringen (können) die Vernichtungspläne aufzugeben“. Die Geschichtswissenschaft habe inzwischen festgestellt, „dass mindestens vier Millionen Juden dem Rassenwahn zum Opfer gefallen“ seien.<sup>30</sup> Das ungleiche Verhältnis der Schilderung der Leiden der deutschen Ostvertriebenen, die emotional vorgenommen wird, und der „Verfolgung der Juden“, ist evident. Der Genozid wird als singuläres, „aus eiskalter Berechnung aufgebaute Vernichtungsunternehmen Heydrichs“ bezeichnet, „das Elend der Millionen Flüchtlinge“ beschreiben die Mehrzahl der betreffenden Schulbücher aus den 50er und 70er Jahren ausführlich und plastisch - im Unterschied zur rein sachlichen Darstellung des Völkermords an den europäischen Juden. Vier von vierzehn Schulbüchern stellen den NS-Völkermord ebenso eindringlich dar, wie die Austreibung der deutschen Ostbevölkerung,<sup>31</sup> während von den sechs neueren Publikationen fünf die Geschichte der

<sup>26</sup> Arbeitsgemeinschaft (1964), S.242.

<sup>27</sup> Ida Maria Bauer, Otto Heinrich Müller, Der Mensch im Wandel der Zeiten. Geschichtsbuch für die deutsche Schule. Ausgabe A für Hessen. 5. und 6. Schuljahr. Braunschweig 1959, S.229-232: „Anne Frank - Leiden und Sterben eines Kindes“, S.221-225: „Flucht und Vertreibung“. S.225-226: „In einer Stunde mit Gepäck“, S.226 f., vgl. H. M. Becker et al. (1963). Auf die rasenhygienischen bzw. eugenischen Ursachen des Rassenantisemitismus wird erklärend eingegangen. Die rassische Diffamierung wird vom vulgär rassistischem Denken im NS-Staat über Wirtschaftsboykott, Rassentrennung, „Reichskristallnacht“ bis zur „physischen Vernichtung der Juden“ und Auszügen aus dem Tagebuch von Anne Frank geschildert (S.42-44).

<sup>28</sup> Vgl. Arbeitsgemeinschaft (1964), S.244-246.

<sup>29</sup> Ebd.

<sup>30</sup> Ebd.

<sup>31</sup> Vgl. Ida Bauer et al. (1959); vgl. H. M. Becker et al. (1963); vgl. Kaiser (1968); vgl. Pelzer (1970). Ein Schulbuch behandelt nur kurz die „Unterdrückung und Verfolgung der Juden“. Vgl. Heinrich/Schantz (1968), S.264.

Verfolgten des Nationalsozialismus und der Opfer der Folgen der nationalsozialistischen Politik, die Ostvertriebenen, ausführlich narrativ beschreiben und nach den Ursachen fragen.<sup>32</sup> In einer Schulbuchveröffentlichung von 1988 bleibt die Vertreibung der Ostdeutschen gänzlich ausgespart.<sup>33</sup>

---

<sup>32</sup> So Brack/Grünke (1984) (C.C. Buchners Verlag; zum lernmittelfreien Gebrauch an Gymnasien in Bayern zugelassen), S.171-172; vgl. Bahr et al. (1989), S.134 u. S.140-141; vgl. Alter et al. (1989), S.323-324; vgl. Mickel (1988), S.384. Eine Ausnahme ist hier das Schulbuch von Deißler/Krieger (1971/77), S.253, das in den Passagen *Die Vertreibung der Deutschen aus Osteuropa* textgleich ist mit dem Lehrbuch Kaiser (1968). Der Textabschnitt trägt bei Kaiser die Überschrift *Die Vertreibung der Deutschen aus Mitteleuropa*.

<sup>33</sup> Vgl. Schrade/Stark (1988).

## 5. Die Historisierung des Nationalsozialismus und der Begriff der „Schuld“ in der nationalen Geschichtsschreibung

### 5.1 Das Für und Wider einer Historisierung des Nationalsozialismus

Das Postulat der Historisierung des Nationalsozialismus richtet sich bei Martin Broszat in seinem 1985 erschienen beachtenswerten Plädoyer für eine Historisierung des Nationalsozialismus, neben der „Abnutzung und Verflachung der Moralisierung der NS-Erfahrung, gegen ihre Verkümmern zu einem routinemäßigen Gesinnungsbekennnis“, einer „Moralisierung“ die „häufig Zuflucht nehme“ zu „einer Pauschalierung und Vergrößerung der historischen Vorgänge der NS-Zeit, die reale Geschichte dieser Zeit streckenweise in Fiktivität verwandelt und Gefahr läuft, ihr ein wesentliches Stück ihres Authentizitäts- und Wahrheitsgehaltes zu entziehen“.<sup>1</sup> Broszat hat 1988 einige seiner Thesen abgeschwächt, klargerückt oder ganz zurückgenommen, das Postulat und den Begriff der Historisierung des Nationalsozialismus mehr als im antithetischen Zusammenhang zu sehen bedeutet es natürlich nicht und es geht ihm auch nicht um einen bloßen „Rückgriff auf einen einfältigen Verstehensbegriff“.<sup>2</sup> Das Postulat der Historisierung des Nationalsozialismus von Broszat meint wohl keine oberflächliche historistische Aufarbeitung der nationalsozialistischen Geschichte, kann aber missverständlich hermeneutisch ausgelegt und verfremdet interpretiert werden. Der *Historisierungsbegriff* basiert aber auch, laut Martin Broszat, auf der Akzeptanz der Notwendigkeit, dass die NS-Zeit nicht vor dem „geschichtlichen Verstehen“ isoliert werden könne, so sehr auch die „Massenverbrechen und Katastrophen“, die das Naziregime verursachte, eine entschiedene politisch-moralische Verurteilung herausfordere.<sup>3</sup> Der Historisierungsbegriff gründet ferner auf einem Prinzip kritischen, aufklärerischen historischen Verstehens, welches gerade durch die nationalsozialistischen Untaten und seinem „darin entstandenen Menschenbild“, sich vom Verstehensbegriff des deutschen Historismus im 19. Jahrhundert unterscheidet. Das starre naturrechtliche Denken mit dem Glauben an die Unveränderlichkeit der menschlichen Ideale und ewige Gültigkeit und Homogenität der menschlichen Natur war, so Friedrich Meinecke, „in Fluss zu bringen“ und als abstrakt-naturrechtliches Gebilde eines allgemeinen Subjekts zu

<sup>1</sup> Broszat (1985), S.373-385; vgl. Broszat (1988), S.1 f.

<sup>2</sup> Vgl. Broszat (1985), S.373-385.

kennzeichnen. Das erkennende Subjekt der Aufklärung war noch nicht das individuelle Subjekt des Historismus in der Mannigfaltigkeit seiner historischen Formen. Die Infragestellung der *conditio humana* der Aufklärung und der Prinzipien der Französischen Revolution und des kantischen kategorischen Imperativs, seit der Deszendenztheorie Charles Darwins und der Fortentwicklung durch Francis Galton und Ernst Haeckel, führte zur szientistischen Ausrichtung, einer „Verwissenschaftlichung“ des Denkens in den Traditionen der Aufklärung. Der quasi religiöse Glaube an die Wissenschaft eines liberalen Fortschrittoptimismus, der seit Eugen Fischers Rehobother Bastardstudien an die wissenschaftlich erwiesene Wertigkeit der menschlichen Rassen glaubte, und spätestens seit Adolf Josts Schrift *Das Recht auf den Tod* (1895) die Forderung nach der Euthanasie erhob, sind die Folgen eben jenes wissenschaftlichen Fortschrittoptimismus der Aufklärung, der, wie Adorno und Horkheimer in der „Dialektik der Aufklärung“ vermuten, den Nationalsozialismus erst möglich werden ließ.<sup>4</sup>

Der Widerspruch, den die Bundesrepublik Deutschland seit ihrer Gründung mit der Inanspruchnahme der „alten Funktionseliten“ des NS-Regimes beim Wiederaufbau und dem Regulativ, dem Grundsatz der „grundsätzlichen Ablehnung“ des Nationalsozialismus als einer Voraussetzung für die Darstellung und Repräsentation des neuen Staates und seiner Wiederaufnahme in die Völkergemeinschaft, aufzeigte, führte zu „besonderen Rahmenbedingungen“ der historisch-wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der NS-Zeit.<sup>5</sup>

Eben, weil der Nationalsozialismus in der Sozialpolitik während des Zweiten Weltkrieges, z.B. den Plan einer allgemeinen Volksversicherung, im Auftrag der DAF erarbeitet und initiiert hatte, könne man keine „Pauschaldistanzierung“ der nationalsozialistischen Politik mehr vornehmen, postuliert Martin Broszat. Man müsse statt dessen, aufgrund der oftmals in der wissenschaftlichen Darstellung geübten „Pauschaldistanzierung“ des Nationalsozialismus, die eine Form der Verdrängung und Tabuisierung sei, die „Historie“ moralisch sensibilisieren. Die geforderte moralische Sensibilisierung ist nicht abwegig und als ein unwissenschaftliches Absurdum und eine Aberration zu charakterisieren, sie kann allgemein als kategorischer Imperativ mit zur historischen Beurteilung beitragen. Nur verwendet Martin Broszat hierfür ein ungeeignetes Beispiel. Eine neuerliche historisierende Einordnung und Überprüfung von historischen Urteilen über die 12 Jahre dauernde nationalsozialistische Herrschaft führt noch nicht, trotz kontroverser Einordnungen, zur Revidierung

<sup>3</sup> Ebd., S.374 u. S.379 f.

<sup>4</sup> Vgl. Darwin (1859); vgl. Eugen Fischer (1913); vgl. Jost (1895).

<sup>5</sup> Vgl. Broszat (1985), S.376.

dieser Zeit, wenn auch hierbei ausdrücklich nicht der Anspruch der moralischen Akzeptanz für die nationalsozialistische Dynamik erhoben wird. Broszat verweist detailliert auf die Habilitationsschrift von Marie-Luise Recker und die, von der *Deutschen Arbeitsfront* (DAF), geplante „Volksversicherung“ in den Jahren 1941/42. Die Gesamteinordnung des DAF-Plans in den medizinisch-ideologischen Kontext lassen jedoch auch für andere Urteile Raum.<sup>6</sup> Ein Roter Faden lässt sich bei der Verwendung der neueren und neuesten Forschungen zu diesem Komplex schon erkennen. Die These, die besagt, dass im NS-Staat eine „medizinisch-wirtschaftliche Zweckwissenschaft“ vorgeherrscht habe, wurde schon 1947 von Friedrich Koch vorgetragen.<sup>7</sup>

Exemplarisch gehe ich im folgenden kurz auf das unterschiedlicher Auswertung und Interpretation unterliegende Phänomen des von Broszat angeführten Beispiels der DAF-Sozialversicherung ein. Die DAF, die mit der geplanten „Volksversicherung“ 1941/42 sicher auch in der Intention systemerhaltend und unter den im Ersten Weltkrieg „bekannten sozialpolitischen Geburtshilfe-Zwängen des Krieges“ gehandelt habe, sei, so Broszat, bemerkenswerterweise fast zur selben Zeit wie der britische *Beveridge-Plan* entstanden. Dass die DAF trotz der, wie Broszat betont, „manipulativen und repressiven Funktionen der DAF“ einen Schub von „progressiven sozialpolitischen Neuerungen“ in Deutschland erbracht habe, ist angesichts der arbeits- und leistungsmedizinischen NS-ideologischen, eugenisch-rassenhygienischen Ausrichtung der geplanten „Volksversicherung“, mehr von sekundärer Bedeutung. Der vom nationalsozialistischen Regime geforderte fanatische Leistungswille, die Gesundheitspflicht, die drastische Reduzierung der Arbeitsunfähigkeitsdauer durch oftmals rigoroses Gesundheitschreiben, die biologische Gesundheitsführung und Behandlungstechnik und der arbeitsproduktive Einsatz von Rentnern, Kranken und Invaliden bis zum „physiologischen Tod“ entsprach einer Lebensvernichtung durch Arbeit, wenn der „Zeitpunkt des allmählichen Kräfteschwundes kurz vor dem Eintritt des physiologischen Todes liegt und der endgültige Kräfteverfall mit ihm zusammenfällt“.<sup>8</sup> Die Erstellung einer Leistungsbilanz zum

6 Broszat (1985), S.383 ff.; vgl. Nolte (1987g), S.167: „Erst in jüngster Zeit ist eine ‘Historisierung des Nationalsozialismus’ mit dem Argument gefordert worden, das Dritte Reich dürfe nicht ausschließlich von seinem Ende und von den Massenverbrechen her gesehen werden; vielmehr seien Differenzierungen erforderlich. Man solle nicht länger übersehen, daß der Nationalsozialismus auch progressive Züge gehabt habe und eine wichtige Etappe auf dem Wege zur Ausbildung des Sozialstaats gewesen sei.“ Vgl. Recker (1985), S.121-128. Ebd., S.125; vgl. Tilla Siegel (1989), S.90; vgl. Roth (1986), S.79; vgl. Backes/Jesse/Zitelmann (1990), S.41 f.

7 Vgl. Friedrich Koch (1947), S.10-11.

8 Vgl. Bockhacker (1941), S.9; vgl. Graessner (1982), S.192 ff.; vgl. Reeg (1988), S.3653; vgl. Stähle (1934), S.4-6; vgl. E.Hachez-Ulma (1934), S.4-6; vgl. Wuttke-Gronenberg (1980), S.43; vgl. Franke (1942), S.27-29; vgl. Recker (1985), S.125; vgl. Tilla Siegel (1989), S.90: „In Ideologie und Praxis der DAF hatte die ‘neue Gesellschaftsordnung’ sehr wenig mit ‘archaischer’ Blut- und

Zwecke der Leistungssteigerung, bei der mehrere Millionen „Volksgenossen“ anonymistisch erfaßt wurden, wurde vom Hauptamt für Volksgesundheit und dem DAF-Amt für Volksgesundheit, die bis zum Tode des Reichsärztesführers Dr. Gerhard Wagner in Personalunion geleitet wurden, verantwortet und organisiert. Die Bewusstmachung für die Verantwortung sei einerseits gefordert und andererseits bestimme die Reduzierung des Nationalsozialismus auf den Völkermord die Geschichtsschreibung jener Jahre, betont Martin Broszat.<sup>9</sup> Die modernistisch-dynamische NS-Politik vieler Bereiche, so in der Sozialpolitik, würde mehr oder weniger verkannt. Nur bedeutet der Begriff, die Etikette „Volkversicherung“ noch keine Teilrehabilitation, da man um so mehr die Intentionen und die Richtlinien der Sozial- und Gesundheitspolitik der NS-Organisationen beachten und mit einbeziehen muss. Eine Historisierung des Nationalsozialismus würde in diesen „Sozialbereichen“ missglücken. Der antiaufklärerischen Komponente des Nationalsozialismus, auf die Eike Hennig hinweist, entsprechen jene durch die NS-Ideologie negierten „ökonomischen Visionen“ der Aufklärung, wie die Ideen zur Beseitigung „schwerer menschenunwürdiger Arbeit“ durch technische Mittel.<sup>10</sup> Somit kann man ansatzweise Hennigs These stützen, dass diese Ebene des gegenaufklärerischen Charakters des Nationalsozialismus im so genannten Historikerstreit bewusst nicht näher seziert wird. Die „zweite“ Ebene des Historikerstreits, die Hennig zu erkennen glaubt, bestehe in der von Nolte geschaffenen metadisziplinären-geschichtsphilosophischen politischen Bedeutung des Themas als Deutungsmuster.<sup>11</sup> Im Bereich der Historisierung muss diese Modernisierungsthese noch nicht notwendigerweise zu einer Revision von Forschungsergebnissen der letzten Jahrzehnte über das NS-System führen, und sie kann ebenso zu einer detaillierten Überprüfung des Geschichtsbildes beitragen. So gab es eine Dynamik bei der Entwicklung der Emanzipation der Frau im NS-System, worauf David Schoenbaum hinwies, obwohl die Mittelstandsideologie die Frau mit dem Beginn des 19. Jahrhunderts auf

---

Bodenromantik und sehr viel mit einer sozialtechnischen Rationalisierung der Gesellschaft zu tun.“ Vgl. Roth (1986), S.79; vgl. Roth (1993).

9 Broszat (1987), S.13: „Er kann als Historiker aber nicht so ohne weiteres akzeptieren, daß es nachträglich auch zum Angelpunkt des gesamten faktischen historischen Geschehens der NS-Zeit gemacht, daß diese ganze Geschichte in den Schatten von Auschwitz gestellt, ja Auschwitz sogar zu dem entscheidenden Maßstab der geschichtlichen Perception dieser Zeit gemacht wird. Das würde nicht nur diejenigen nicht-nationalsozialistischen deutschen Traditionsbestände ...“ Ebd.: Die gar „zu paradigmatische Betrachtung“, die „jüdische Geschichtserinnerung der NS-Zeit und die Vermittlung dieser authentischen Erinnerung“ stelle an die „nachfolgende Generation ein schwieriges Problem“ dar.

10 Vgl. Hennig (1988), S.147; vgl. Freeden (1987), S.124; vgl. Ferencz (1981), S.43-58.

11 Vgl. Hennig (1988), S.147 f.

„Kirche-Küche-Kinder“<sup>12</sup> zurückgedrängt und die nationalsozialistische Ideologie den Rückgriff auf die Familie verkündet hatte (so wurde beispielsweise nach der Machtergreifung ein Numerus clausus für Studentinnen eingeführt). Entsprechend den Erfordernissen der Industrie wurden Frauen im Dritten Reich gegen die „theoretische Norm“<sup>13</sup> im zunehmendem Maße beschäftigt. Aber wie Gisela Bock in ihrer Studie beweist, bestimmten antinatalistische und antifeminine Faktoren die nationalsozialistische Praxis und den Alltag.<sup>14</sup> Mit der Institutionalisierung und Etablierung von Rassenhygiene und Eugenik wurde der seit 1923 öffentlich geforderte Sterilisationszwang und wurden rassenhygienische und eugenische Forderungen im Juli 1933 mit dem „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ (GzVeN) großenteils erfüllt<sup>15</sup> und der während der Präsidentschaftskabinette 1932 vom Preußischen Landesgesundheitsrat vorgelegte Gesetzesentwurf eines Sterilisationsgesetzes für eine eugenische Indikation, bei freiwilliger Einwilligung der Sterilisanden, weit übertroffen.<sup>16</sup> Die rassenhygienische Sterilisationspolitik konnte aufgrund der Ausschaltung der oppositionellen Parteien und der Gleichschaltung der Justiz nur die NS-Diktatur durchsetzen und verwirklichen.<sup>17</sup>

„Zwar traf die Sterilisationspolitik nur eine Minderheit von 1 % der gebärfähigen Frauen, aber 10 %-30 % waren als Gebärende gleichwohl unerwünscht; ihnen stand nicht etwa eine Mehrheit, sondern ebenfalls eine Minderheit von 10 %-30 % wirklich erwünschter Gebärender gegenüber.“<sup>18</sup>

Der Zugriff des Mannes auf die Frau wurde im Dritten Reich ausgedehnt,<sup>19</sup> er bedeutete jetzt auch, dass das Privatleben von Frauen und die von ihnen verrichtete häusliche Arbeit von Erbgesundheits- und Erbobergesundheitsgerichten beurteilt und geprüft wurden. Die Studie von Gisela Bock macht Diskontinuitäten und Einschnitte deutlich, die nur das NS-System in Gang setzen konnte. Es stellt sich hierbei die Frage, was eine Historisierung des Nationalsozialismus so grundsätzlich an anderen und neuen Forschungsergebnissen hervorbringen

12 Vgl. Weber-Kellermann (1974), S.102 f.

13 Schoenbaum (1980), S.240.

14 Vgl. Bock (1986), S.89.

15 Vgl. Bock (1986), S.49; vgl. Gütt/ Rüdin/ Ruttke (1936), S.83 ff.; vgl. Müller-Hill (1991), S.142; vgl. Broszat (1981), S.356-359; vgl. Baader (1980), S.96. Nach dem GzVeN wurden etwa 400000 Menschen aus rassischen und eugenischen Gründen im Dritten Reich zwangsweise sterilisiert. Vgl. dazu Dörner (1986), S.2587; vgl. Bock (1986), S.232-234; vgl. Matthias W. Weber (1993), S.186-192; vgl. Weingart et al. (1988), S.470.

16 Vgl. Bock (1986), S.50-52; vgl. Ganssmüller (1987), S.41; vgl. Weingart et al. (1988), S.296-298.

17 Vgl. Bock (1986), S.89.

18 Ebd., S.461.

19 Ebd., S.411.

soll, ist doch die Feststellung, dass es auch in der NS-Zeit eine gewisse Kontinuität einer sozialen Modernisierung gegeben hat, nicht ungewöhnlich und ziemlich abgedroschen. Nach Meinung von Detlev Peukert kann eine „kritische Historisierung“<sup>20</sup> - bei der es nicht um eine Revidierung von bisherigen Interpretationen über das NS-System gehen kann - nicht zum Ziel haben, Verantwortung für das Dritte Reich zu personalisieren, sondern sie soll Jugendlichen, die nicht mehr persönlich betroffen sein können, die Möglichkeit geben Betroffenheit durch Geschichtswissen, „Vergleichen und Verallgemeinern“ herzustellen.

Mit „kritischer Historisierung“ des Nationalsozialismus ist auch gemeint, dass die Entwicklungen der Modernisierung sichtbar werden. Die Komponenten der Kriminalität des nationalsozialistischen Systems, was das Beispiel der *Euthanasie* kenntlich macht, werden bei der Darstellung der Modernisierung, der Erforschung der Alltagsgeschichte, der Psychiatriegeschichte und anderer „normaler“ Lebensbereiche aber vernachlässigt.<sup>21</sup>

Broszat selbst gab in dem mit Saul Friedländer in den *Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte* geführten Dialog an, sein Historisierungs-Begriff gründe sich „auf einem Prinzip kritischen, aufklärerischen historischen Verstehens“. Dieses geschichtliche Verstehen könne auch vor der NS-Zeit mit ihren Massenverbrechen und Katastrophen, nicht haltmachen.<sup>22</sup> Auf diesem schmalen Grat, der *Empathie* für die Verfolgten des NS-Systems einerseits und der eingeforderten Beseitigung der Distanz des Historikers zu eben diesem System andererseits, bewegt sich der Historisierungs-Begriff von Broszat. In den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg habe es eine „deklamatorische Pauschaldistanzierung“ gegeben, deren Motive durchaus verständlich seien, in den fünfziger und sechziger Jahren hat, so Broszat in einem Brief an Friedländer, die dämonologische Interpretation des Nationalsozialismus überwogen.<sup>23</sup> Es bleibt aber strittig, ob es nicht doch, wie auch Friedländer einwendet, eine Geschichtsschreibung seit Mitte der fünfziger Jahre war, die nüchtern distanziert vorging und eine „nicht-moralisierende Haltung“ aufzeigte - die ebenso wissenschaftlich gewesen war, wie die spätere deutsche zeitgeschichtliche Forschung. Dabei lässt sich die These aufstellen, dass es vor allem die Geschichtswissenschaftler, die aus rassistischen und politischen Gründen emigriert waren, gewesen sind, die eine Auseinandersetzung mit der NS-Zeit in den 40er und 50er Jahren in Westdeutschland in

<sup>20</sup> Vgl. Peukert (1987), S.51-61.

<sup>21</sup> Vgl. Blasius (1988), S.5.

<sup>22</sup> Vgl. den Brief von Broszat an Friedländer v. 28.9.1987: Broszat/Friedländer (1988), S.340.

<sup>23</sup> Vgl. Brief von Martin Broszat an Saul Friedländer vom 28.9.1987. In: Friedländer/Broszat (1988), S.342.



Gang brachten. Das Aufdecken der Vergangenheit, des Genozids, war in den ersten Nachkriegsjahren für die deutsche Gesellschaft kaum verkraftbar. Der historische Kontext der Nachkriegszeit mit der Konzentrierung auf den Wiederaufbau, zum Teil die „tiefe Betroffenheit und Scham“<sup>24</sup> gegenüber den Verbrechen, der Wille kollektiv zu vergessen und nicht zuletzt die Zeitnähe führten dazu, dass Darstellungen über die NS-Zeit in der Öffentlichkeit eine verhältnismäßig geringe Beachtung fanden. Eine, wenn auch pauschal vorgenommene, Wertung die besagt, dass die deutsche Geschichtsschreibung der ersten Jahrzehnte der Nachkriegszeit eine Distanz zu der eigenen Geschichte narrativ wie analytisch vorgenommen habe, und die Geschichte des Nationalsozialismus so dargestellt worden sei, als ob sie die eines fremden und nicht die des eigenen Volkes gewesen war, ist nicht von der Hand zu weisen. Diese Distanz war auch eine Form der Tabuisierung und Verdrängung, so Broszat (was hier schon erwähnt wurde), in der deutschen Geschichtsschreibung der Adenauer-Zeit.

Auch für manche deutsche Historiker der HJ-Generation, oder solche die Familien angehören die in der NS-Zeit belastet waren, ergeben sich hier spezifische Perspektiven von Hintergründen der Erinnerung, die auch auf eine andere Art bei den jüdischen Opfern und ihren Nachkommen, den Zwangssterilisierten, den Angehörigen der NS-Euthanasie und den anderen Opfern der rassistischen und politischen Verfolgung der NS-Herrschaft bestehen - wenn auch eingeständenermaßen eine reflektorische Betrachtung des nationalsozialistischen Systems gerade von der um ihre Jugend betrogene HJ-Generation in der bundesdeutschen Historiographie geleistet worden ist.<sup>25</sup> Einen weniger distanzierenden Umgang mit Geschichte ist aber doch keineswegs in Deutschland nur der ersten Gruppe zuzugestehen, und man kann der Gruppe der jüdischen Opfer nicht einen „mythischen“ einseitigen Zugang zur Vergangenheit vorwerfen, die zudem daraus, so Ernst Nolte, noch einen persönlichen oder ethnischen Vorteil ziehen würden.

Broszat wendet sich seinerseits gegen eine „deutsch-zentrische Sicht“ der Geschichtsdeutung der nationalsozialistischen Zeit, die keineswegs schon tote Vergangenheit sei und besonders bei den nichtdeutschen Verfolgten des nationalsozialistischen Systems bis in die Gegenwart nachwirke. Sie „war nie nur eine deutsche Sache, und sie lässt sich auch nicht allein von deutscher Seite und auf deutsche Weise bestimmen“, schreibt Broszat<sup>26</sup> Es ist für ihn „ebenso absurd wie anmaßend“ von deutscher Seite das Ende dieser Vergangenheit verkünden zu wollen. Deutsche Historiker und Geschichtsstudenten sollten eine sensible Haltung gegenüber den

24 Mann (1988), S.113; vgl. Dörner (1991), S.287.

25 Vgl. Broszat (1988).

26 Broszat (1985), S.375.

Opfern der NS-Verfolgung einnehmen. Broszat bezeichnet die Form der historischen Forschung in Deutschland, die darauf keine Rücksicht nimmt und ein Monopol der Deutungen des Nationalsozialismus beansprucht, gar als eine Wissenschaft der „akademischen Arroganz“.<sup>27</sup>

Der Essayist und Herausgeber der Buchreihe „Initiative“, Gerd-Klaus Kaltenbrunner, den ich hier exemplarisch für eine Anzahl von deutschen Publizisten und Wissenschaftler nenne, und der die Theorie eines „Präventivschlages“ Hitler-Deutschlands im Jahre 1941 gegen die Sowjetunion nicht für abwegig hält, erkennt einen für die Geschichtswissenschaft geltenden „revisionistischen Imperativ“ - sein Topos lautet, dass es in der Wissenschaft alles in allem einen Revisionismus gibt - und er verkündet forsch: „Was für Alexander den Großen und die Französische Revolution gilt, gilt mutatis mutandis auch für Adolf Hitler.“<sup>28</sup> Die neonationalsozialistische Weltanschauung ignorierend kommt Kaltenbrunner zu dem Schluss, dass niemand mehr auf der Welt sich auf Hitler berufe und er somit „absolut tot“ sei.<sup>29</sup> Ist nach Aussagen von Friedländer und Broszat die nationalsozialistische Vergangenheit für den Historiker der ersten und zweiten Generation nach Hitler noch „viel zu gegenwärtig“, erklärt Kaltenbrunner schon „einfach durch den zeitlichen Abstand“ sei Hitler auf dem Weg zu einer historischen Figur wie Nebukadnezar, Nero, Dschingiskhan und Napoleon zu werden.<sup>30</sup>

Das zur Stereotypie ausgeartete Diktum über den Nationalsozialismus, die altersschwach gewordenen Deutungsmuster mit ihren ideologisch-politischen Voraussetzungen, können, laut Martin Broszat, nur durch eine „historische Einsicht“ überwunden werden, die differenziert vorgenommen werden müsse. Eine Folge sei, dass die Pflichtlektion der NS-Zeit auch „moralisch neu erschlossen“ werden würde.<sup>31</sup> Das alltagsgeschichtliche NS-Projekt in Bayern verhalf nach Broszats Meinung zu einer neuen Erkenntnis, der der Resistenz im NS-System, die einerseits keinen direkten Widerstand aber auch keine konformistische Haltung gegenüber dem Regime bedeutet.<sup>32</sup>

<sup>27</sup> Brief von Broszat an Friedländer vom 28.9.1987. In: Broszat/Friedländer (1988), S.343. Ebd., S.342: „Das bedeutet, ich wiederhole es nochmals, keineswegs, daß die moralische Bewertung und Verurteilung der Verbrechen und Versäumnisse der NS-Zeit vergeht ...“

<sup>28</sup> Vgl. Kaltenbrunner (1986), S.19.

<sup>29</sup> Ebd.

<sup>30</sup> Ebd.

<sup>31</sup> Broszat (1985), S.374.

<sup>32</sup> Broszat in einem Brief vom 26.10.1987 an Friedländer. In: Broszat/Friedländer (1988), S.351.

Die NS-Zeit wurde zudem mit den Mitteln der *Volkspädagogik* untersucht, was Nolte, Broszat, Backes, Zitelmann und Jesse nicht zu Unrecht einwenden.<sup>33</sup> Die methodologisch-volkspädagogisch vorgenommene Berichterstattung über den Nationalsozialismus, die vornehmlich im pathetischen Stil und in „dozierenden Worten von Historikern“ deklamatorisch verkündet wurde, soll einer direkten Auseinandersetzung, die historische Kontinuitäten aufspürt, weichen.<sup>34</sup> Der „selbstkritische Umgang“ der Westdeutschen mit ihrer Geschichte ist, so Broszat in seinem Aufsatz in der *Zeit* von 1986, seit den späten 50er Jahren eines „der besten Elemente politischer Gesinnung“. Broszat wendet sich gegen ein aus nationalpädagogischen Gründen heraus gefordertes *positives Geschichtsbild*. Die in den ersten Jahrzehnten in der Bundesrepublik Deutschland aus der Not geborene „moralische Sensibilität“ stellt keinen politischen und keinen kulturellen Nachteil gegenüber anderen Nationen dar.<sup>35</sup> Broszats Plädoyer zielt auf eine „sinnvolle Weiterführung“, als einer neuen Stufe der Aufarbeitung des Nationalsozialismus, ab.<sup>36</sup> Die vorwiegend auf die ideologisch-politischen Grundmerkmale ausgerichtete, „pflichtgemäße“ Analyse der vergangenen Jahrzehnte sei von den Geschichtswissenschaftlern mit der Methode des moralisch-didaktischen Kommentars und in einer deklamatorisch pathetischen Rede formuliert worden. Die Ritualisierung und Sterotypisierung sollten aufgelöst werden zugunsten eines auch mit den Mitteln der politisch-moralischen Beurteilung erfolgenden historischen Berichts, der die pluralen Handlungslinien, die sozialen Entwicklungen, historischen Subjekte und einen Modernisierungsschub implizieren und eine Entdämonisierung von Lebensgebieten des NS-Alltags exemplifizieren sollen.<sup>37</sup>

Die „Normalisierung“ kann auch den Jahren der NS-Herrschaft nicht erspart werden.<sup>38</sup> Die „Zentralität von Auschwitz“, so Broszat,<sup>39</sup> ist für die braune Diktatur ein Faktum. Sie ist aber im bundesrepublikanischen Totalitarismusverständnis und dem

---

33 Vgl. Nolte (1990), S.105: Die Geschichtsschreibung des 20. Jahrhunderts müsse „distanziert, europäisch sowie weiterhin global ausgerichtet und schließlich tragisch sein. Mit anderen Worten heißt das: Sie darf sich nicht den Vorschriften der 'Volkspädagogik' unterwerfen, sie muß über die Grenzen hinaussehen, und sie darf die geschichtlichen Vorgänge nicht primär vom Richterstuhl der Moral aus beurteilen.“ Noltens Meinung nach werden die moralischen Prinzipien nicht verkannt, wenn der Historiker der Überzeugung ist, „daß es immer und unter allen Umständen ein moralisches Unrecht ist, unschuldigen und wehrlosen“, geborenen und ungeborenen Menschen das Leben zu nehmen (ebd., S.105 f.). Vgl. Backes/Jesse/Zitelmann (1990), S.45.

34 Vgl. Broszat in einem Brief an Friedländer v. 28.9.1987. In: Broszat/Friedländer (1988), S.339-343. Ebd., S. 342.

35 Vgl. Broszat (1986), S.194 f.

36 Broszat in einem Brief an Friedländer v. 26.10.1987. In: Broszat/Friedländer (1988), S.349.

37 Ebd.

38 Vgl., Broszat (1988), S.350.

39 Ebd.

Antifaschismus-Mythos und der propagandistisch monokausalen Hervorhebung und Beschwörung des kommunistischen Widerstandes in der DDR, als Zentralereignis ignoriert worden.<sup>40</sup>

Die Aussage, dass der Genozid der deutschen Bevölkerung im Alltag im NS-System nicht bewusst war, wie Broszat schreibt, ist überlegenswert, es ist jedoch nicht seinem Argument zuzustimmen, dass der Massenmord verborgen geblieben wäre. Die von Diner charakterisierte „negative Symbiose“, in der jüdische und deutsche Erinnerungen an die Shoah verbunden sind, macht auf die Problematik einer in der Geschichtsschreibung einseitigen Perspektive, oder vielmehr auf eine drohende Segregation der NS-Opfer als Folge der Historisierung aufmerksam.

„Eine solche (nationale, J.P.) Perspektivenwahl enthält - eingestandenermaßen oder nicht - eine eindeutige historiographische Wertung: der Historiker nimmt - um der Nation willen - im historiographischen 'Dilemma' Partei - gegen die Opfer des Nationalsozialismus.“<sup>41</sup>

Während Geschichtswissenschaftler wie Dan Diner und Otto Dov Kulka dem Versuch eine Historisierung der nationalsozialistischen Vergangenheit im 20. Jahrhundert vorzunehmen skeptisch gegenüberstehen, wird von anderen Historikern, so von Martin Broszat und Detlev Peukert, eine „kritische Historisierung“ als unumgänglich angesehen.<sup>42</sup>

Noltes Argumente sind nach Friedländers Meinung für eine wissenschaftliche Auseinandersetzung unbrauchbar, und sein Historisierungsbegriff sei mehr oder weniger instrumentalisiert - und intentional relativierend ausgelegt.<sup>43</sup> Friedländer macht drei Dilemmata einer Historisierung aus, die zu den entsprechenden Problematiken führen würden:

1. Von „links orientierten Historikern“ sei seit den sechziger Jahren die Kontinuität von gesellschaftlichen Strukturen und Institutionen in Deutschland, beginnend mit dem 19.Jahrhundert, betont worden. Diese Kontinuitäten hätten den Aufstieg des Nationalsozialismus mit ermöglicht und sie seien nach 1945 nicht untergegangen.

<sup>40</sup> Vgl. Diner (1987b), S.62-64.

<sup>41</sup> Ebd., S.66; vgl. ders. (1990), S.94-113; vgl. ders. (1987b), S.7-16; vgl. ders. (1987d), S.185-197.

<sup>42</sup> Vgl. Freedon (1987), S.122-124.

<sup>43</sup> Vgl. Friedländer (1987), S.34-50; vgl. Backes/Jesse/Zitelmann (1990), S.45: „Allerdings beginnt man in den letzten Jahren, sich von dem primär volkspädagogisch motivierten Begriff der 'Entfesselung' des Zweiten Weltkriegs zu lösen. Erst wenn diese Thematik frei von der Furcht vor einer Relativierung der deutschen Kriegsschuld erörtert werden kann, läßt sich von einer überzeugenden 'Historisierung des Nationalsozialismus' sprechen.“ Was an dem Relativierungsvorwurf gegen die in den letzten Jahren geforderte Historisierung der NS-Zeit nicht „wissenschaftlich“ ist, was Backes et al. vermerken, erschließt sich wohl nur diesen Autoren. Vgl. Wieland (1991), S.47.

Für Friedländer stellt das Jahr 1933 einen entscheidenden Einschnitt in der deutschen Geschichte dar. Die Periodisierung der Jahre 1933 bis 1945 wird unterbrochen durch langfristige Entwicklungen, durch Kontinuitäten auf der gesellschaftlichen Ebene und von Institutionen die bis in das 19. Jahrhundert reichen und den Aufstieg der Nazis bis zur Machtergreifung direkt beeinflussten. Das gilt vor allem, wie ich meine, für die weltanschaulichen Ideen des Nationalsozialismus, wie zum Beispiel das sozialdarwinistische, biologistische Denken des Kaiserreichs und der Weimarer Republik. Die von Broszat geforderte Historisierung, so Friedländer, gebe vor den Modernisierungsschub im NS-System zu erforschen.<sup>44</sup>

2. Ein weiteres Dilemma ist nach Friedländer das der „Distanz“ und der Preisgabe einer moralischen Verurteilung, die sich aus dieser distanzierenden Haltung ergibt. Die Aufhebung von Distanz zum Nationalsozialismus beinhaltet auch die Aufgabe von moralischen Positionen. Geschichte lasse sich aber nicht so ohne weiteres von einem „neutralen“, ‚objektiven‘ Standort“ aus schreiben. Zu viele Bereiche waren im NS-System in die Kriminalität involviert.<sup>45</sup>

3. Das dritte Dilemma schließlich ergibt sich laut Friedländer nicht aus der Wiederaufnahme von Kontroversen über die Interpretationen des Nationalsozialismus, sondern es besteht mehr in der Relativierung, die in der Verwerfung der Periodisierung von 1933-1945 zugunsten einer weiten historischen Zeitspanne vorgegeben ist. Dann wären Tür und Tor geöffnet für vielschichtige neue Deutungen in Bezug auf eine Historisierung, die den Anspruch habe, diese „Epoche“ wie jede andere zu behandeln.<sup>46</sup> Die „Historisierung“ kann sich, mangels einer methodischen Fragestellung, zu einem „Historismus“ entwickeln.

Die Geschichte des nationalsozialistischen Deutschland wird sich auch fünf Jahrzehnte nach dem Zusammenbruch nicht wie die Geschichte Frankreichs in der frühen Neuzeit<sup>47</sup> behandeln lassen, da der Nationalsozialismus zur Identität der bundesdeutschen Demokratie gehört. Interpretationen, die den Weg von der Weimarer Republik zur NS-Diktatur als ein reagieren auf das Dritte Reich auffassen, bestehen auf der im Grundgesetz kodifizierten Diskontinuität zur Weimarer Verfassung und verweisen auf die Praxis der Rechtsbeugung in der NS-Zeit. Ob *Fünf Prozent Klausel*, Zurückdrängen des plebiszitären Elementes in der Verfassung, das Verständnis von der Abkehr der Rechtspraktiken in der Weimarer Republik und

44 Friedländer (1987), S.40.

45 Friedländer (1987), S.41 f.

46 Ebd., S.42 f.

47 Ebd., S.47.

die Betonung des liberalen Rechtsstaates, um nur einige Beispiele zu nennen, - die Gegnerschaft zur nationalsozialistischen Ideologie bestimmte 1949 und bestimmt bis heute die herrschende politische Kultur in der Bundesrepublik.

Die Methodologie des Begriffes *Historisierung* bleibt unklar, es stellt sich die Frage, warum der Begriff in seiner Mehrdeutigkeit gewählt wurde, da seine Aussagekraft gering ist und er inhaltlich unpräzise bleibt.<sup>48</sup>

Habermas wendet sich expressis verbis, ebenso wie Saul Friedländer, grundsätzlich nicht gegen eine „wissenschaftlich distanzierte Erfassung der NS-Zeit“,<sup>49</sup> gegen eine Historisierung. Bedenklich sei nur „ein hermeneutisch unreflektiertes Vorgehen“. Auch eine partikuläre Sichtweise und spezielle Berücksichtigung der Banalität des Bösen, eines Verständnisses der Täter „aus deren eigenen Kontext“, lässt die Zeitepoche und Antizipationen verwischen und enthebt Makrostrukturen aus dem kohärenten Blickfeld.<sup>50</sup> Die hohe Arbeitsteiligkeit des Massenmordes - die die Normalität des Alltags nicht störte, ja die der *Normalität* eines funktionierenden Verkehrs wesens bedurfte - wurde monozerebral organisiert und war infrastrukturell und logistisch auf eine Normalität eines hochzivilisierten gesellschaftlichen Komplexes angewiesen - sie hat, so Habermas, ein konsequentes Hinterfragen von Kontinuitäten zur Folge.<sup>51</sup> Auschwitz, der Genozid am europäischen Judentum, ist nicht bloß eine „metaphysische Schuld“,<sup>52</sup> die durch den Verlust der deutschen Ostgebiete kompensiert werden kann. Auschwitz weist die Deutschen auf etwas anderes hin, dass sie sich auf die „Kontinuitäten ihrer Geschichte nicht verlassen können.“<sup>53</sup>

---

48 Kershaw (1988), S.311: „Es fällt nicht schwer einzugestehen, daß 'Historisierung' wirklich ein ungenauer und unklarer Begriff ist. (...) Als ordnender und analytischer Begriff besitzt die 'Historisierung' keinen klar erkennbaren Wert und deutet nur vage auf eine entsprechende Forschungsmethode hin.“ Vgl. Maier (1992), S.111 u. S.211.

49 Habermas (1989), S.149.

50 Ebd.

51 Ebd., S.150.

52 Ebd., S.219.

53 Ebd.; vgl. Habermas (1987b), S.163: „Auf einer anderen Ebene ist jedoch Auschwitz zur Signatur eines ganzen Zeitalters geworden - und es geht uns alle an. (...) Auschwitz hat die Bedingungen für die Kontinuierung geschichtlicher Lebenszusammenhänge verändert - und dies nicht nur in Deutschland.“

## 5.2 Was einer Historisierung des Nationalsozialismus im Wege steht. Das Bekenntnis zur historischen Schuld

Karl Jaspers räumte 1946 eine politische Schuld im Sinne der Mithaftung jedes Staatsangehörigen für die Verbrechen im Dritten Reich ein.<sup>1</sup>

Eine moralische, metaphysische und kriminelle Schuld der Staatsbürger für die inkriminierten Verbrechen im nationalsozialistischen Deutschland wurde von ihm verworfen.

Doch auch Jaspers Handlungen nach dem Krieg finden Kritiker. Bei ihm treffe man, etwa im Fall Gerhard Schmidt, so gibt Dirk Blasius zu bedenken, „auf ein gespaltenes ‚Nachkriegsbewusstsein‘“. <sup>2</sup> Da war zum einen der Wunsch zum Neuanfang im Sinne einer *conditio humana* und zum anderen hatte die Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen zur Folge „kaum verkraftbare“ Vergangenheiten offenlegen zu müssen.

In seiner Tübinger Universitätsrede von 1952 brachte Romano Guardini den Begriff „Aufarbeitung“ für die nationalsozialistische Vergangenheit ein.<sup>3</sup> Für den katholischen Religionsphilosophen Guardini bedeutet die „bolschewistische Revolution“ einen Einschnitt gegenüber dem geschichtlichen Handeln vor 1917. Seit 1917 gehe es „nicht mehr um Kampf, sondern um Ausrottung“. Der „Autonomismus des neuzeitlichen Staates“ stelle die Existenzberechtigung des einzelnen Individuums in Frage, gründe sich auf „politisch-soziale Programme“ und vernichte in der kon-

1 Jaspers (1946), S.40. Ebd., S.41: „Man könnte denken: Es dürfe doch Menschen geben, die völlig apolitisch seien, ein Dasein außerhalb führten, wie Mönche, Einsiedler, Gelehrte und Forscher, Künstler. Wenn sie wirklich apolitisch seien, so trügen sie auch nicht mit an der Schuld. Aber die politische Haftung trifft sie mit, weil auch sie ihr Leben durch die Ordnung des Staates haben. Es gibt kein Außerhalb in modernen Staaten.“ Der Psychiater Gerhard Schmidt wandte sich 1947 an den Heidelberger Ordinarius für Psychiatrie Kurt Schneider, an dessen Münchener Institut er während der Kriegsjahre beschäftigt war, mit der Bitte, eine Veröffentlichung des Buches *Selektion in der Heilanstalt 1939-1945* zu befürworten. Falls sich Schneider zu keiner eindeutigen Zustimmung entschließen könne, bat ihn Schmidt bei dem Philosophen und Psychiater Karl Jaspers - der schon während der NS-Diktatur mit Kurt Schneider korrespondiert hatte - eine Stellungnahme einzuholen. - Vgl. dazu Blasius (1990), S.49 f.; vgl. ders. (1991), S.130. - Jaspers erklärte in einem Brief an Schneider: „In mir ist etwas von der fast infernalischen Gesinnung, daß ich wünsche, solche Dinge müssen bis ins Detail restlos bekannt werden, und daß ich selber nicht derjenige sein möchte, der sie mitteilt. So darf ich eigentlich nicht zureden.“ - Brief vom 19.3.1947, in: Blasius (1990), S.50; auch ders. (1991), S.130 f. - Karl Jaspers schrieb 1965 das Vorwort zu dem Buch Schmidts, das somit erst nach fast zwei Jahrzehnten publiziert worden ist. Vgl. dazu Schmidt (1965), S.9-12. Jaspers vermerkte in seinem *Vorwort*, dass die verfaßten Berichte Schmidts „in der Übergangszeit von 1945“ für den Autor „in dieser Situation ... eine Überforderung“ enthielten. Schmidt (1965), S.9.

2 Blasius (1990), S.47 f.; ders. (1991), S.128.

3 Vgl. Guardini (1952), S.449-462.

sequenten Umsetzung der hieraus abgeleiteten Maßnahmen ganze Volksteile und ganze soziale Schichten.<sup>4</sup> Die Ausrottung der jüdischen Bevölkerung sei seit dem Ende des Krieges aus dem „Bewusstsein verdrängt“ worden. Dabei unterstellt Guardini nicht, dass das deutsche Volk gewissensmäßig weniger begabt sei oder die ethischen Normen weniger ausgeprägt seien als bei anderen Völkern.<sup>5</sup> Ebenso wie Jaspers 1945/46 lehnt Guardini 1952 eine Kollektivschuldthese ab. Das entlaste den Einzelnen aber nicht von der Solidarität zu seinem Volk und von einer Beteiligung aller Einzelnen an den von den Nationalsozialisten begangenen Verbrechen, so Guardini. Die Schuld und das Unrecht müssten aufgearbeitet werden.<sup>6</sup>

Gänzlich irrational und unangebracht ist das Aufrechnen von Schuld, das komparative Gegenüberstellen von Untaten des nationalsozialistischen Deutschlands und von zu Tode gekommenen deutschen Zivilisten, den Opfern des modernen Krieges der Alliierten.<sup>7</sup> Ein derartiges „nationales Kontokorrent“ von im NS-System Ermordeten mit Unschuldigen Toten, kann eine wie immer begriffene Schuld nicht aufheben.

Die Historisierung der Verbrechen im Nationalsozialismus galt nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes und nach 1968, als eine intensive Auseinandersetzung mit der NS-Herrschaft und ihren Voraussetzungen stattfand und wissenschaftliche Ergebnisse der 50er Jahre populärisiert wurden, als unpassend, nicht statthaft und als Form einer neuen Methode der Verdrängung deutscher Geschichte. Broszat kritisiert in seinem *Merkur*-Aufsatz von 1985, seinem Beitrag zur Historisierung des Dritten Reiches, dass einerseits „wo das Dritte Reich beginnt“ der Autor einer historisch-wissenschaftlichen Abhandlung immer auf Distanz geht. Das „Einfühlen in historische Zusammenhänge“ breche dabei ab, wenn auch die nationalsozialistische Vergangenheit nicht mehr verdrängt werde, verkümmere ihre Darstellung zur „Pflichtübung“.<sup>8</sup> Hierin unterscheidet sich Broszat in seiner Historisierungs-Rede, unter Berücksichtigung eines sensiblen Umgangs mit den Folgen der NS-Verbrechen, nicht von dem sozialpsychologischen Ansatz der Aufarbeitung der NS-Zeit.

4 Ebd., S.452 f.

5 Ebd., S.457 f.

6 Ebd., S.458-461, vgl. S.460: „Wenn eine Schuld der ‘res publica’ nicht erkannt, verurteilt und in irgendeiner Weise gesühnt wird, dann wird sie zur wiederkehrenden Form des Verhaltens und zerstört die politische Existenz. Das ist kein Moralgerede, sondern einfache Wahrheit.“

7 Vgl. Adorno (1977b), S.556: „Irrational ist weiter die verbreitete Aufrechnung der Schuld, als ob Dresden Auschwitz abgegolten hätte.“ Vgl. Böll (1962), S.349: „Das pommersche Kind, das auf der Landstraße erfror - es steht uns nicht an, seinen Tod als Ausgleich anzubieten für den Tod des jüdischen Jungen, der in Birkenau ins Krematorium gezerrt wurde.“

8 Vgl. Broszat (1985), S.375; ders. (1987), S.4 f.



Margarete Mitscherlich plädiert in ihrem Aufsatz in der Psyche *Die Notwendigkeit zu trauern* von 1979 und in ihrem Buch *Erinnerungsarbeit. Zur Psychoanalyse der Unfähigkeit zu trauern* für eine „gefühlsmäßige“ Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit, nicht zuletzt um „die alltägliche Realität“<sup>9</sup> des Nationalsozialismus zu erforschen und „durch Erinnerungsarbeit Wiederholungen verhindern (zu) können“.<sup>10</sup> Die Methode des *Erinnern und Durcharbeitens* wäre zweifelsohne eine viel effektivere Form der Bewältigung der jüngsten deutschen Geschichte gewesen. Alexander und Margarete Mitscherlich erkannten, angesichts der öffentlichen Sprachlosigkeit, der fehlenden Trauer für die Ermordeten und den verdrängten Inhalten gegenüber den NS-Verbrechen in den ersten beiden Jahrzehnten nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches, 1967 eine „Unfähigkeit zu trauern“.

Das oft geäußerte Credo von großen Teilen der Bevölkerung, der Massenmedien und Politiker dieses Landes: „Es muss endlich Schluss sein“ mit der Vergangenheit, dass den Bürgern das Ende des Nachdenkens über unliebsame Zeitabläufe signalisiert, nähert sich in seiner Form der Abwehr dem Zustand einer neurotischen Verdrängung. Gelingt auch im politischen Bereich die Verdrängung nicht, werden Elemente eben jener verleugneten Ideologie allzu leicht modifizierend übernommen, verharmlost und unreflektiert akzeptiert. Die gefühlsmäßig distanzierte Analyse der Zeit des Dritten Reiches ist für die Nachgeborenen kognitiv schwer zu rezipieren. Erst die US-amerikanische Serie *Holocaust* machte 1979 den Deutschen zum großen Teil, und auch jenen Deutschen denen die „Gnade der späten Geburt“ gewährt wurde, die Verbrechen des NS-Staates bewusst und eine Identifikation mit den Opfern möglich. Die Reaktionen auf diese an sich trivial-undokumentarische Fernsehspielserie im Stil der amerikanischen B-Picture zeigten eine persönliche Betroffenheit über das Schicksal von Verfolgten des NS-Regimes, wie sie durch keine kühl-distanzierte monozebrale Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland je erreicht wurde.<sup>11</sup> Nachdenklich macht es aber, dass diese Fernsehserie in der

9 Margarete Mitscherlich (1993a), S.26.

10 Ebd., S.31.

11 Vgl. Mitscherlich (1963); vgl. Ernst (1979), S.64-81; vgl. Glaser (1979), S.52: „Wenn es ‘emotional’ ist, in geschichtlichen Fragen einen moralischen Standpunkt zu beziehen, so sollte es sich bei zeitgeschichtlicher Aufklärungsarbeit um ‘emotionale Rationalität’ handeln.“ Vgl. Sochatzky (1979), S.133-134; vgl. *Der Spiegel* 33, H.5 (1979), S.17-28: „Holocaust“, so wird berichtet, die „amerikanische Fernsehserie von trivialer Machart“, wurde zum Thema der Nation. Vgl. „Fernsehen: Nachwirkungen von ‘Holocaust’...“ In: *Der Spiegel* 33, H.19 (1979), S.202-205; vgl. Lübke (1983a), S.342, (auch abgedruckt unter dem Titel: Der Nationalsozialismus im Deutschen Nachkriegsbewußtsein. In: *Historische Zeitschrift* 236 (1983) 579-599). Ebd.: „Durch diese Serie (*Holocaust*, J.P.) wurde zum Nationalsozialismus in seinen furchtbarsten Folgen ein pseudotheoriefreies Verhältnis des moralischen und politischen Gemeinsinns wiederhergestellt. Man konnte trauern, ohne sich darin als ein dieser Trauer angeblich bislang unfähiges

deutschen Bevölkerung fast drei Jahrzehnte nach dem Genozid die von den Zuschauerzahlen wohl zahlenmäßig weitaus größte Beachtung zu diesem Thema fand und in der anschließenden öffentlichen Diskussion in den Medien erhebliche Resonanz erhielt; der bis dahin in der Bundesrepublik ungebräuchliche englische Begriff „Holocaust“ war seitdem in aller Munde. Dies zeigt auch die Dimension der fehlenden Kenntnisaufnahme der NS-Verbrechen in der Öffentlichkeit in Deutschland;<sup>12</sup> den Film nannten einige denn auch „die amerikanische Bewältigung der deutschen Vergangenheit“.<sup>13</sup> Margarete Mitscherlich notierte 1979 in ihrem Artikel in der „Psyche“:

„In Tat und Wahrheit stand man aber hier den meisten dieser Filme und Bücher recht hilflos gegenüber, denn die nationalsozialistische Vergangenheit liegt nach wie vor wie Mehltau auf diesem Lande. (...) Man sollte auch nicht für Sachlichkeit - im Sinne der Gefühlsdistanzierung - plädieren, sondern dafür, daß die innere und äußere Auseinandersetzung mit dem, was unter Hitler geschah, weitergeht oder erst wirklich beginnt. Eine scheinbare Versachlichung der Vergangenheit kann nur zu einer erneuten Verdrängung unserer gefühlmäßigen Beteiligung an ihr führen.“<sup>14</sup>

Hermann Lübke, der zuweilen in einem pejorativen Sinne als „neokonservativer Denker“ etikettiert wird,<sup>15</sup> und seit seinem Abschlussvortrag 1983 im Berliner Reichstagsgebäude zum 50. Jahrestag der nationalsozialistischen Machtergreifung von einigen Kritikern auch als „Weißwäscher“ beurteilt wurde,<sup>16</sup> ist ein Gegner der kollektiven „Verdrängungsthese“<sup>17</sup> für die NS-Verbrechen (sie sei eine „Pseudotheorie“ von „Verdrängungsanalytikern“),<sup>18</sup> da die „vergangene Realität“ des NS-Regimes in zahlreichen Publikationen gegenwärtig geblieben sei und noch weiter

---

gewesenes Subjekt entlarven zu müssen.“ Vgl. Dahmer (1979), S.26: „Und auf die Filmstunden (von *Holocaust*, J.P.) folgen Diskussionen, Tausende rufen beim Sender an, Stellen Fragen über Fragen. Es ist, als hätten die meisten Diskutanten und Frager dreißig Jahre lang einen Dornröschenschlaf geschlafen, aus dem erst 'Holocaust' sie erweckte.“

12 Vgl. Margarete Mitscherlich (1993a), S.27: „Sie (die Mehrheit der Deutschen, die der klein- bis mittelbürgerlichen Schicht angehören, J.P.) trauerten vor allem um die eigenen leidvollen Erlebnisse und um den Verlust ihres narzißtischen Selbstwertes als Deutsche.“

13 Vgl. Messerschmid (1979), S.175-178.

14 Margarete Mitscherlich (1979), S.15; auch in: dies., (1987), S.113 f.

15 Vgl. Dubiel (1987), S.475: „Der Begriff 'Neokonservatismus' ... ist ein kritischer Begriff ... nur sehr vereinzelt haben manche der 'neokonservativ' genannten Intellektuellen - Irving Kristol in den USA oder Hermann Lübke hierzulande etwa - diese Fremdbezeichnung für sich akzeptiert.“ Vgl. Fetscher (1983).

16 Vgl. Dahmer/Rosenkötter (1983), S.31: „In diesem Vortrag, dessen Autor sich gegen 'die bekannte Verdrängungsthese' wendet, indem er sie zu einer (überflüssigen) 'Pseudotheorie' stempelt, bestimmt Verdrängung die Diktion.“ Vgl. Margarete Mitscherlich, Nachwort zur Taschenbuchausgabe In: dies. (1993), S.172 und dies. (1993a), S.16-18.

17 Vgl. Lübke (1983), S.335 f. Gegen die Verdrängungsthese spreche schon der „common sense“ der in der Nachkriegszeit millionenfach mit den NS-Greuel konfrontiert worden sei.

18 Lübke (1983), S.343.

an geschichtswissenschaftlicher Präsenz hinzugewinne. Da es im Zwanzigsten Jahrhundert mehrere politisch motivierte singuläre Massentötungen gegeben habe, spricht der Philosoph Lübke von einer noch im nächsten Jahrtausend präsenten „Kultur historischer Vergangenheitsvergegenwärtigung“.<sup>19</sup> Die Aufarbeitung der Massenmorde bleibt somit, nach dieser Sichtweise, nicht Sache eines einzigen Volkes. Das Argument, dass es seit Jahrtausenden mehrere Völkermorde gab ist nicht ganz abwegig und die jüngere Generation die nicht mit den Verbrechen des Dritten Reich inkriminiert wurde ist nicht für die Taten der Nazis verantwortlich zu machen, andererseits kann diese Generation aber auch nicht die Geschichte der Nation ignorieren und sich der Verantwortung dafür verweigern.

Ernst Nolte unterstellt, dass es den Interessen der Verfolgten und ihrer Nachkommen entspreche, einen „permanenten Status des Herausgehoben- und Privilegiertseins“<sup>20</sup> zu beanspruchen. Eine Mahnung mit einer derart pauschalen Wertung ist für einen Dialog zwischen dem Rechtsnachfolger des Dritten Reiches und dem existenten Staat der Opfer und deren Nachgeborenen wenig hilfreich, kann man doch den Angehörigen der Ermordeten nicht auch noch die persönliche und öffentliche Trauer verwehren und die Shoah - die ein Teil der israelischen und der jüdischen Identität, mehr noch als der Mythos Masada, ist<sup>21</sup> - nicht ignorieren. Charles Maier warnt aber auch vor einer Ritualisierung der Erinnerung der Shoah, fern von einer Inanspruchnahme zur Verhinderung eines Völkermords, zugunsten einer Indienstnahme für politische Ziele und Zwecke.<sup>22</sup> Die Gefahr der Instrumentalisierung des Genozids besteht und ebenso ist eine deutsche *Verantwortung* für die Existenz des Staates der Nachkommen der Ermordeten zu konstatieren. Für Ernst Nolte ist solch ein gefühlsmäßiges Sich-Einfühlen und eine Beurteilung aus der Sicht der Opfer nicht akzeptabel, er weigert sich „in jenes intellektuelle Jammern oder Toben einzustimmen, das einen großen Teil der deutschen ‘Auseinandersetzung’ mit dem Nationalsozialismus ausmacht“.<sup>23</sup>

Ein Mangel an Empathie bestand nicht in der narzisstischen Projektion und Introjektion der absoluten Anerkennung des „Führers“, sondern in der mangelnden Identifizierung mit den Opfern des NS-Regimes.<sup>24</sup>

19 Lübke (1990), S.492.

20 Nolte (1986a), S.41.

21 Vgl. Josephus, Buch 7, Kap. 9.

22 Vgl. Maier (1992).

23 Vgl. Nolte, Beitrag in der Zeitschrift „Nuovi Argomenti“ H.21 v. Januar-März 1987, S.128-129. In: Nolte (1987a), S.78-81, S.80.

24 Vgl. Alexander u. Margarete Mitscherlich (1967), S.83: „Unser Ich war in dieser Vergangenheit unserem Narzißmus zu Diensten. Das narzißtische Objekt, das wir verloren haben, war in der Vorstellung von uns selbst als Herrenmenschen zentriert.“

Westdeutsche Politiker, Historiker und Politikwissenschaftler wie Bernard Willms, sehen zunehmend diese Argumentation und diesen Beweggrund, für den Umgang mit der deutschen Vergangenheit, als ein Trojanisches Pferd - in Form einer bewussten Vermoralisierung jeder deutschen Politik - der Sieger von 1945 an. Willms griff in den eigentlichen *Historikerstreit* nicht ein, zu dem sich, wie Konrad Repgen erwähnte, bis zum Ende des Jahres 1987 nur knapp 20 als „Historiker zu bezeichnende Personen“ in der Fach-, Tages- und Wochenpresse zu Wort meldeten. 20 von etwa 3000 Zeithistorikern in der Bundesrepublik Deutschland wie Repgen schätzt.<sup>25</sup> Zu den anerkannten Historikern der Zunft gehören gewiss nicht der Zeithistoriker und Politologe Bernard Willms, aber auch nicht der, zum Unterschied zum ersteren in den Streit eingreifende, ja, ihn mitauslösende Nicht-Historiker und international geschätzte Geschichtsphilosoph Jürgen Habermas. Richard von Weizsäcker mahnt, dass die Geschichte, „unsere Geschichte“, nicht nur den Historikern gehören könne und dass es notwendig war, dass der so genannte Historikerstreit über die „Insider-Konfrontation“ hinausgewachsen ist.<sup>26</sup> Dass „als bedenkenswerte, gewissermaßen seriöse Überlegungen zum Thema 'Nation'“, „derzeit die Ideen“ des inzwischen verstorbenen Politologie-Professors Bernard Willms gelten,<sup>27</sup> daran erinnert Arno Klönne. Willms hat in Redebeiträgen in den letzten zwei Jahrzehnten, neben Artikeln in der Zeitschrift *MUT* und Vorträgen im Studienzentrum Weikersheim, seine nationalistischen Thesen vorgetragen und publiziert. Willms gehörte im Dezember 1983 in Bad Homburg zu den Gründungsmitgliedern (neben Wolfgang Seiffert, Armin Mohler, Hans-Joachim Arndt, Hellmut Diwald, Robert Hepp und Franz Schönhuber) der „konservativen Sammlungsbewegung“ *Deutschlandrat*.<sup>28</sup> Der „politische Philosoph“ Bernard Willms und der Historiker Hellmut Diwald, die ihre Ideen in den gleichen Zeitschriften vorgetragen haben, markieren, so vertritt Eike Hennig die Auffassung, die Partizipation „von Teilen der wert- und etatisch-konservativen Intelligenz an diesem rechten Diskussions- und Organisationszusammenhang“.<sup>29</sup> Diese beiden Autoren bildeten Anfang der 80er Jahre in der Bun-

25 Vgl. Repgen (1987), S.17: „Aus diesen anderthalb Dutzend Namen läßt sich gewiß ein imposanter Strauß zusammenbinden. Aber - bei allem Respekt: Die deutsche Geschichtswissenschaft insgesamt ist etwas anderes.“

26 Vgl. von Weizsäcker (1988), S.1188.

27 Vgl. den Nekrolog: Lauermaun (1991), S. 71 f.: Bernard Willms (7.7.1931-27.2.1991).

28 Hirsch (1989), S.291 f.; vgl. Schönhuber (1989), S.255-257.

29 Vgl. Willms (1982), S.208, S.206: „Die Nürnberger Prozesse waren Kriegshandlungen von Siegern über Besiegte, sie kommen weder unter dem Gesichtspunkt von 'Schuld' noch unter dem von 'Recht' in Betracht.“ Vgl. Klönne (1984), S.145: „Als bedenkenswerte, gewissermaßen seriöse Überlegungen zum Thema 'Nation' gelten derzeit die Ideen, die dazu der Bochumer Politikwissenschaftler und politische Philosoph Bernard Willms veröffentlicht und vorgetragen hat. S.146: „Für den 'nationalen Imperativ', den Willms aufstellt, sind politische Werte wie

desrepublik Deutschland die Speerspitze der rechts-konservativen, nicht-neonationalsozialistischen politischen Denker und Schriftsteller zum Thema *Deutsche Nation*. Während die Hauptankläger und Richter des Nürnberger Kriegsverbrecherprozesses von einer „moralischen Schuld“ der Nationalsozialisten ausgingen und der Anklagevertreter Robert H. Jackson von den Angeklagten als den moralisch Schuldigen, die ihre Verbrechen verantwortlich geplant hatten und sich ihrer Handlungen „klar bewusst“ waren, sprach,<sup>30</sup> propagierte Bernard Willms, dass die „ehemaligen und neue[n] Gegner“ ein „Schuldbewusstsein oder Schuldgefühle im Sinne einer nachhaltigen Schwächung des nationalen Bewusstseins“ aufrechtzuerhalten trachteten.<sup>31</sup> Dabei hinterließen die Taten der Nationalsozialisten, und derer die sie billigend in Kauf nahmen, eine „überwältigende Schuldlast“, wie Alexander und Margarete Mitscherlich treffend bemerken, eine historische Schuld, die sich nicht einfach durch verleugnen oder historisieren beseitigen lässt.<sup>32</sup>

Es ist unerlässlich, nicht nur die Taten, sondern die Psychogenese der nationalsozialistischen Funktionäre und Hauptangeklagten beim Nürnberger Prozess zu berücksichtigen, um Ursache und Wirkung von Entscheidungsprozessen verstehen zu lernen. Alexander Mitscherlich weist in seinem 1945 publizierten Aufsatz *Geschichtsschreibung und Psychoanalyse* auf die Möglichkeit der psychoanalytischen Exploration der Täter hin und stellt die Frage, warum die „analytische Erkenntnismethode“ bei

---

Frieden, Menschenrechte, Freiheitlichkeit, Demokratie ganz und gar nebensächlich.“ Vgl. Hennig (1988), S.77: „Diwald und Willms markieren die Teilhabe von Teilen der wert- und etatisch-konservativen Intelligenz an diesem rechten Diskussions- und Organisationszusammenhang, beide publizieren in entsprechen dem Verlag, im Zeitschriftenspektrum, treten als Redner auf. Betrachtet man die publizistische Entwicklung ab Anfang der 80er Jahre, so stehen sie am Anfang einer immer breiteren Teilhabe konservativer Autoren (z.B. Hornung, Maier, Ortlieb) an diesen literarischen Aktivitäten.“

30 Vgl. die drei Anklagereden des Hauptanklagevertreters der Vereinigten Staaten von Amerika Robert H. Jackson in: Ingo Müller (Hg.), *Der Nürnberger Prozeß*. Weinheim 1995. Vgl. die „1. Anklagerede“ vom 21. November 1945, S.4 u. S.24, S.58; die „2. Anklagerede“ vom 28. Februar 1946, S.82 f. und die „3. Anklagerede“ vom 26.Juli 1946, S.103 f. u. S.121, S.133, S.138. In der ersten Anklagerede betont Jackson, S.63: „Die Zuflucht der Angeklagten kann nur die Hoffnung sein, das Völkerrecht werde so weit hinter dem moralischen Bewußtsein der Menschen zurückbleiben, daß, was vor dem sittlichen Empfinden als Verbrechen gilt, vor dem Gesetz nicht als Schuld betrachtet werde.“ Vgl. Taylor (1992), S.569-572; vgl. Krause-Ablaß (1970), S.58 f.; vgl. Jaspers (1946), S.42-48, S.42: „Hitler und seine Komplizen, diese kleine Minorität von Zehntausenden, stehen außerhalb der moralischen Schuld, solange sie sie überhaupt nicht spüren. (...) Die moralische Schuld aber besteht bei allen, die dem Gewissen und der Reue Raum geben. Moralisch schuldig sind die Sühnefähigen ...“

31 Willms (1982), S.134 ff.

32 Vgl. Alexander und Margarete Mitscherlich (1967), S.40, S.58 f.

den Kriegsverbrechern nicht angewandt wurde.<sup>33</sup> Adorno machte 1967, zwei Jahre nach Verkündung der Urteile im Frankfurter Auschwitzprozess, den Vorschlag, die Schuldigen von Auschwitz, insbesondere mit psychoanalytischen Methoden, „zu studieren, um möglicherweise herauszubringen, wie ein Mensch so wird“.<sup>34</sup> Für Alexander und Margarete Mitscherlich ist es die „kollektive Verleugnung“ der jüngsten Vergangenheit, die dazu beitrug, dass wenig Anzeichen von Trauer im größten Teil der deutschen Bevölkerung zu beobachten waren.<sup>35</sup>

Der US-Amerikaner jüdischen Glaubens, Charles Maier, nimmt aus der Perspektive der Opfer der NS-Massenmorde wahr, dass „sensible Deutsche“ den Genozid als einen „unauslöschlichen Bestandteil“ der deutschen Geschichte betrachten und sein Plädoyer ist, das „Auschwitz für die Deutschen eine Schuld“<sup>36</sup> bleiben muss. Da eine Identität nicht einfach ausgewechselt werden kann, muss ein Gemeinwesen auch die Verantwortung, so argumentiert Maier, für die gemeinsame Vergangenheit akzeptieren und die Schuld gegenüber den Überlebenden wiedergutmachen.<sup>37</sup> Ebenso wie Karl Jaspers fordert Charles Maier eine Mithaftung der Deutschen Nation für die politische Schuld der NS-Vergangenheit. Keine *Schuldbessenheit* ist hierbei gefordert. Wenn von „Schuld“ die Rede ist, sollte man eine „politische Schuld“ im Sinne Jaspers einräumen. Sie zieht *Verantwortung* nach sich. Verantwortung gegenüber den Überlebenden und dem Staat der Nachgeborenen der Ermordeten und sie impliziert durchaus keine „schuldbessenen“ Ritualisierungen.

Ebenso wie Willms macht Nolte 1986 in seinem provokativen Aufsatz, *Vergangenheit, die nicht vergehen will*, relationierend eine, so seine Meinung, von der Linken und den Opfern geforderte „Schuld der Deutschen“ aus, die der von den Nazis propagierten „Schuld der Juden“ nicht unähnlich sei.<sup>38</sup> Diese Aussage wird von Nolte im Jahre 1990 differenziert und er erkennt, im Unterschied zu Bernard Willms, eine „moralistische“ Geschichtsschreibung in den Jahren nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Staates als legitim an, sie sei „ein notwendiges Produkt der deutschen Niederlage“,<sup>39</sup> die jedoch mit ihrer zunehmenden Etablierung, so sein

33 Vgl. Mitscherlich (1945), S.1089: „Heilung heißt in der Psychoanalyse Erkenntnis - oder, noch genauer, erschütternde Einsicht. (...) Es ist nicht einzusehen, warum nicht ein oder mehrere erfahrene Analytiker diese Leistung auch im Falle der Nürnberger Angeklagten vollbringen könnten.“ S.1086: „Die Psychoanalyse ist kein Werkzeug in der Sphäre der Moral, sondern eine Erkenntnismethode, deren Ergebnisse freilich auch moralisch verwertet werden können.“ Vgl. Peter (1994); vgl. Fetscher (1983), S.306-308; vgl. Langbein (1965); vgl. Borowsky (1983), S.46.

34 Adorno (1977c), S.684; vgl. ders. (1977b), S.555-572; vgl. auch Eckstaedt (1989), S.138.

35 Vgl. A. und M. Mitscherlich (1967), S.40.

36 Vgl. Maier (1992), S.201.

37 Ebd., S.22 f.

38 Vgl. Willms (1982); vgl. Nolte (1986a), S.41.

39 Nolte (1990), S.106.

Urteil, in eine Eigenbezogenheit übergegangen und zu einer bloßen „nationalen Reuebekundung“ stilisiert worden sei. Eine Nation könne aber nicht im moralischen Sinne schuldig sein, da es „keine Denkmöglichkeit gibt, irgendeiner Nation ihr Dasein zu bestreiten“, urteilt Bernard Willms.<sup>40</sup> Eine moralische Selbstverurteilung bedeutet für Willms die Unterwerfung unter andere Nationen, weil es, so sein monistischer Denkansatz, auf der Erde nur Nationen gibt.<sup>41</sup> Willms bezieht sich ausdrücklich auf Hellmut Diwald, wenn er dessen Forderung nach einer unbelasteten patriotischen Geschichtsschreibung zitiert, für die eine „moralische Entrüstung“ keine Grundlage sein könne.<sup>42</sup> Willms insistiert darauf, dass der Vorwurf der kollektiven Schuld die Deutschen zu den „neuen Juden“ mache. Mit dieser „Erbsünde“ der Deutschen belasteten die Sieger von 1945 auch die Nachgeborenen des NS-Reiches, so Willms. Die „Kollektivschuldthese“ setzt Willms analog zum nationalsozialistischen Antisemitismus, der in beiden Fällen die betroffenen „negativ privilegierten“ (Max Weber) Völker auf absehbare Zeit ideologisch „verfluche“.<sup>43</sup> Diese Kollektivschuldthese liege aber im Interesse der „ehemaligen und neuen Gegner der Deutschen“, um mittels des Schuldbewusstseins oder der Schuldgefühle eine „nachhaltige Schwächung des nationalen Bewusstseins“ aufrechtzuerhalten und zu konditionieren.<sup>44</sup> Dieses Interesse ist für Willms geradezu konspirativ im Hinblick auf eine „Totalisierung der deutschen Niederlage durch Destruktion der historischen Identität der Deutschen“, um eine nationale Schwächung der Deutschen zu erreichen.<sup>45</sup> Eine Interessenkonstellation bedeutet für ihn auch eine, angeblich von den „Siegern“, geforderte Liturgie des Bekenntnisses einer nationalen Schuld für die Massenverbrechen. Die „Vermoralisierung“ der Aufarbeitung der deutschen Geschichte des Nationalsozialismus setzt Willms jedoch gleich mit der „Fortsetzung des Krieges“ mit anderen Mitteln, denen der psychologischen Kriegführung.<sup>46</sup> „Bei uns gilt es als verwerflich, angesichts von NS-Verbrechen auf die Verbrechen der ‘Sieger von 1945’ im Osten etwa oder gar im Westen hinzuweisen, aber Calleo zeigt, wie wesentlich

40 Willms(1982), S.130.

41 Vgl. Willms (1982), S.131.

42 Willms (1982), S.134. Ebd., S.133: „Deutsche, vor allem aber auch ausländische Historiker, beginnen einzusehen, daß es in der Geschichtsschreibung nicht um Entschuldigung oder Beschuldigung geht, sondern um Rekonstruktion und Erklärung.“ Vgl. Diwald (1978). Geschichtsklitterung und eine zugunsten des Dritten Reiches apologetische Geschichtsschreibung kennzeichnen dieses Werk.

43 Willms (1982), S.205.

44 Ebd., S.208.

45 Ebd., S.138.

46 Ebd., S.131; vgl. Willms (1984), S.4: „Diese These entsprach politischen Interessenkonstellationen, jenen eben, die aus der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg die Lehre gezogen hatten, daß die Identität eines Volkes, d.h. sein Geist besiegt und zerstört werden mußte, wenn der Sieg endgültig gemacht werden sollte.“

es ist, sich einmal klar zu machen, daß in bezug auf Nationalismus, Aggressivität, imperialistische Gedankengänge und imperiale Herrschaftsauswirkung die Deutschen des Zweiten Reiches jedenfalls noch keineswegs schlimmer waren als die anderen Nationen: All dies war europäisches Gemeineigentum.“<sup>47</sup>

„Selbstbewußtsein setzt Identität voraus, und Identität ist nicht und nie und nirgendwo durch die bloße Betonung von Übereinstimmung mit noch so erhabenen Prinzipien zu erhalten. Identität ist Übereinstimmung mit sich selbst in Erkenntnis und Willen.“<sup>48</sup>

„Schwerwiegend ist es aber, daß mit der Distanzierung vom Zweiten Reich auch die Idee der Nation aufgegeben wird, was natürlich wiederum in den Interessen der Sieger von 1945 und im Interesse der Aufrechterhaltung der Teilung Deutschlands und Europas liegt.“<sup>49</sup>

Hermann Lübke erklärte in einem Gespräch vom August 1988, dass seit der Studentenrevolte von 1968 die „moralische Argumentation ständig an Gewicht gewinnt“.<sup>50</sup> Damit prangert er wohl die politische Stigmatisierung des politischen Gegners im Meinungskampf an, doch sind die Zeichen der Forderung nach einer nicht vornehmlich „moralischen“ Verurteilung des Nationalsozialismus, die auch Lübke gegenüber dem Nationalsozialismus als eine „unangemessene Beschreibung“ charakterisiert und symptomatologisch zu erkennen glaubt, evident. In seinem 1983 gehaltenem Referat *Nationalsozialismus und Gegenwart* gestand Hermann Lübke der Bundesrepublik Deutschland die notwendige Aufgabe zu, nämlich zu der nationalsozialistischen Vergangenheit ein „moralisch und politisch zukunftfähiges Verhältnis“ zu entwickeln.<sup>51</sup> Er erkennt aber auch den in einem angeblichen Kunstlicht der revitalisierten linken Faschismustheorien erscheinenden Versuch, die nationalsozialistische Vergangenheit in die bundesrepublikanische Gegenwart zu transformieren. 1984 wies Willms die Richtlinie für einen Teil der deutschen Politiker und Historiker bezüglich des Umgangs mit den zwölf Jahren deutscher Geschichte, die in Bitburg dann mehrheits- und salonfähig werden sollte.

<sup>47</sup> Willms (1982), S.137.

<sup>48</sup> Ebd., S.208.

<sup>49</sup> Ebd.

<sup>50</sup> Vgl. Hermann Lübke im Gespräch mit Claus Leggewie, „Realitätsferne und deswegen zerrütende Demokratie-Ideale“. Wie „1968“ ein Stück bundesrepublikanischer Wirklichkeit wurde. In: Frankfurter Rundschau vom 13.8.1988, S. ZB 2.

<sup>51</sup> Vgl. Lübke (1983), S.336. Zu Lübkes Vortrag vgl. den kritischen Aufsatz von Helmut Dahmer und Lutz Rosenkötter (1983/84), S.31-37, S.31: „In diesem Vortrag, dessen Autor (Lübke, J.P.) sich gegen 'die bekannte Verdrängungsthese' wendet, indem er sie zu einer (überflüssigen) 'Pseudotheorie' stempelt, bestimmt Verdrängung die Diktion.“ Lübke stelle in „anspruchsvoll-hochtrabender Diktion“, in einer „Tabu-Sprache, in der selten etwas bei seinem richtigen Namen genannt“ werden würde, verwundert fest, dass die Erinnerung an das Dritte Reich an „Aufdringlichkeit“ zugenommen habe (ebd., S.31 u. S.35).



„Die Deutschen sind identisch auch mit ihrer nationalsozialistischen Vergangenheit; sie müssen sich identifizieren mit den Opfern und den Henkern.“<sup>52</sup>  
Nationale Schuld, die im „Sinne der Politik der ‘Sieger von 1945’“, stehe und von diesen gerne gehört werde, müsse sich zum Zwecke einer „Identität“ die „Selbstbewusstsein“ schaffe, zu einem „nationalen Schicksal“ transformieren. Willms lehnt dabei expressis verbis die „Moralisierung von politischen Prozessen“ ab, da man keiner Nation die Daseinsberechtigung bestreiten und entziehen kann. Für Bernard Willms bedeutet dies eine „Politik der Vermoralisierung“, die nach dem Zweiten Weltkrieg intentional von den damaligen und neuen Gegnern<sup>53</sup> betrieben worden sei, eine „psychologische Kriegführung“, der Fortsetzung der Gegnerschaft mit anderen Mitteln, die den Deutschen eine kollektive Schuld aufbürdet und sie, so Willms, mittels einer „völkisch aufgefaßten Erbsünde“ zu den „neuen Juden“ macht.<sup>54</sup> Alexander Mitscherlich, Karl Dietrich Bracher und anderen Aufarbeitern dieses Abschnittes der deutschen Geschichte wirft Willms indirekt vor im Interesse einer „Konstellation“ für die „Sieger“ zu handeln.

---

52 Vgl. Willms (1982), S.208.

53 Ebd., S.208.

54 Ebd., S.205 f.

## 6. Die Wortmeldungen im so genannten „*Historikerstreit*“ zur Singularität des Genozids, zur Historisierung und zum Stellenwert des Nationalsozialismus in der deutschen Geschichte

### 6.1 Ernst Nolte

Nolte räumt 1985, in einem zum größten Teil auf einem Vortrag von 1980 basierenden Aufsatz, *Zwischen Geschichtslegende und Revisionismus? Das Dritte Reich im Blickwinkel des Jahres 1980*, ein, dass der Genozid „lange Zeit von vielen Deutschen“ verdrängt worden war. Die Gewalttaten des Dritten Reiches seien singular. Das Dritte Reich habe „... nach einer kaum bestrittenen Auffassung den größten und opferreichsten Krieg in der Geschichte der Menschheit begonnen und verschuldet“.<sup>1</sup>

In den Medien, der „veröffentlichten Meinung“, seien ausschließlich die Stimmen der Opfer zu vernehmen gewesen. 1980/1985 erklärt Nolte, dass das NS-System auf „groteske Weise altertümlich und revolutionär“ sei, die in den 80er Jahren veröffentlichten Studien zur Sozialpolitik im Dritten Reich machen hingegen auf eine soziale Dynamik und modernistische Kontinuitäten aufmerksam. Seine Äußerungen sind zuweilen ziemlich unpassend. Das Dritte Reich, was nicht alleinig verantwortlich für die Ermordung von 55 Millionen Menschen im Zweiten Weltkrieg ist, ist durchaus keine „Karikatur“, wie Nolte bemängelt. Er betont, bei der Aufarbeitung des Genozids sei nur die „Stimme der Opfer vernehmbar“ und konstatiert, eine Rechtfertigung sei nicht einmal versucht worden. Das NS-System weise somit eine historisch „negative Lebendigkeit“ auf. Nach dem Kriegsende sei in Deutschland vor allem eine „Katastrophen- und Anklageliteratur“ über das nationalsozialistische Regime erschienen, während in den fünfziger Jahren in der Bundesrepublik eine „Entschuldigungsliteratur“ aufgekommen sei, die aber bloß zu Einzelkorrekturen an den bestehenden geschichtswissenschaftlichen Deutungen in der Lage gewesen sei. Eine Gefahr der Mythologisierung und der Legendenbildung trage die „negative Lebendigkeit“ eines historischen Phänomens. Nolte rückt anhand einer historischen Einordnung Israel vergleichend in die Nähe mit dem italienischen Faschismus und stellt die Frage, was wäre, wenn es der PLO gelingen würde, Israel auszulöschen

<sup>1</sup> Nolte (1985b), S.14.

und sich eine palästinensische Geschichtsschreibung etablieren würde.<sup>2</sup> Ernst Nolte stellt David Irving ernsthaft mit Domenico Settembrini und mit Timothy W. Mason auf eine Stufe. Nolte macht jedoch eine entscheidende Einschränkung. Sein Verdikt über Irvings Schrift lautet, dass sie im „Gesamteindruck“ einen „mehr als fragwürdigen Eindruck“ bietet. Nicht alle Thesen Irvings seien deshalb zu falsifizieren. Nolte benutzt in seinen Thesen das von ihm 1980 rezipierte Argument Irvings, der 1943 erfolgte Luftangriff auf Hamburg dokumentiere einen Vernichtungswillen der Alliierten gegenüber der deutschen Zivilbevölkerung.

Das Aufgreifen einer These Irvings von Nolte, die besagt, dass Chaim Weizmann offiziell geäußert habe, dass „die Juden in aller Welt in diesem Krieg auf der Seite Englands“ kämpfen würden, diese These die Nolte in seinem *Zeit*-Artikel (*Die Sache auf den Kopf gestellt. Gegen den negativen Nationalismus in der Geschichtsbetrachtung*) 1986 wiederholt, wird von mir im Kapitel 6, Teil 5 besprochen.

Ausgehend von dem Pol Pot/Ieng Sang Regime bis zur russischen Revolution von 1917/18 und der Zwangskollektivierung von 1929/30 und der Beseitigung von Millionen von Kulaken, stellt Nolte „Gedanken und Projekte“ vor, die die Massentötungen des 20. Jahrhunderts begründeten. Er teilt die gesellschaftlichen Visionäre und Utopisten in zwei Hauptgruppen auf, in eine friedliche oder evolutionäre mit Fourier und Owen und eine die „Vernichtungstherapien“ als Lösung anbot, worunter er Spencer, Babeuf, Benbow und Bronterre O'Brien einreicht. Die Französische Revolution habe das Konzept der Klassenvernichtung erstmals in der Neuzeit angewandt, wenn sie auch „unvollendet“ geblieben sei. Erst in der bolschewistischen Revolution sei die babouvistisch-spenceanische Vernichtungstherapie erfolgreich gewesen.

Nolte notiert 1980/85:

„Gleichwohl wäre es eine grobe Vereinfachung, wenn man in dem Vernichtungswillen des Nationalsozialismus weiter nichts als die Reaktion auf die Vernichtungsaktionen des Bolschewismus erblicken wollte.“<sup>3</sup>

Dieser Vernichtungswillen des 20. Jahrhunderts habe auch Wurzeln in den Vernichtungslehren der Rechten, bei Autoren wie de Maistre und Barriol, sowie in der Naturphilosophie Robinsons. Auf den Biologismus, die Rassenhygiene, Eugenik und Rezeption des Darwinismus, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts sich entwickeln sollte, geht Nolte überhaupt nicht ein. Statt dessen erwähnt er bezüglich der Frage nach dem kausalen Nexus des nationalsozialistischen Massenmords die Vernichtungstherapie“ einer politisch radikalen Richtung des Malthusianismus und die „ins Preußische umgesetzte militärische Vernichtungsstrategie Napoleons“ des

<sup>2</sup> Ebd., S.17 f.

<sup>3</sup> Nolte (1985), S.29.

Ersten. Der rote Terror der russischen Revolution habe, aufgrund seiner ideologischen Zielsetzungen, „viel tieferes Entsetzen“ hervorgerufen als der weiße Terror mit den Massenerschießungen von Kriegsgefangenen. Wer die „Hitlersche Judenvernichtung“ nicht in diesem Zusammenhang sehe, verfälsche die Geschichte. Auschwitz begründe sich nicht mit dem Antisemitismus, sondern resultiere aus einer Reaktion, die aus Angst vor dem Vernichtungsvorgang der Russischen Revolution herrühre.

Der Genozid im NS-Staat weise wohl eine Singularität auf, er sei aber „eine Reaktion oder verzerrte Kopie und nicht ein erster Akt oder das Original“. Der industriell durchgeführte Massenmord im Dritten Reich, der frei von „Massenhass“ gewesen sei, macht für Nolte das Singuläre an dem Völkermord aus.

Er stellt drei Postulate auf:

- 1) Das Dritte Reich solle aus einer historischen Isolierung herausgenommen werden. Auch ein Strukturvergleich genüge nicht und es sei erforderlich, neben einer „geschichtlich-genetischen“ Untersuchung, das NS-System auf die Russische Revolution als die wichtigste Vorbedingung zu beziehen.
- 2) Das Dritte Reich dürfe nicht weiter von politischen Gruppierungen instrumentalisiert werden.
- 3) Eine Dämonisierung des NS-Systems sei nicht zu akzeptieren. Die menschliche Gesellschaft vereine Gut und Böse.<sup>4</sup>

Nolte sieht ein wichtiges Handlungs- und Triebmotiv für das NS-Regime in der *aggressiven Furcht* (Ferrero) des nationalsozialistischen Systems, in diesem Fall vor dem bolschewistischen System.<sup>5</sup>

Dabei geht es Nolte jedoch nicht um die apologetische Reinwaschung der Massenverbrechen der Nazis, sondern um ihre Deutung im europäischen Zusammenhang eines „Bürgerkriegs“, der durch die Machtübernahme der Bolschewiki 1917 ausgelöst worden sei.

Die Auslöser waren für Jürgen Habermas der Aufsatz von Ernst Nolte in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* *Vergangenheit die nicht vergehen will*,<sup>7</sup> neben Andreas Hillgrubers Siedler-Veröffentlichung *Zweierlei Untergang* kritisch in dem *Zeit*-Artikel *Eine Art Schadensabwicklung* Stellung zu beziehen. In seinem FAZ-Artikel reklamiert Nolte für

<sup>4</sup> Ebd., S.33 f.

<sup>5</sup> Vgl. Ferrero (1944), passim.

<sup>6</sup> Vgl. Nolte (1985), S.29: „Gleichwohl wäre es eine grobe Vereinfachung, wenn man in dem Vernichtungswillen des Nationalsozialismus weiter nichts als die Reaktion auf die Vernichtungsaktionen des Bolschewismus erblicken wollte.“

<sup>7</sup> Vgl. Nolte (1986a), S.39-47.

die Geschichte des Nationalsozialismus die gleiche Unbefangenheit wie sie für andere historische Phänomene bereits gelte, die das „Bedrängende“ verloren hätten. Die Ära Napoleons I. würde vergegenwärtigt, ebenso die Augusteische Klassik. Auf Hermann Lübbes Reichstagsrede von 1983 und dessen Aufsatz in der *Historischen Zeitschrift*<sup>8</sup> beruft sich Nolte, da er Lübbes Einschätzung teilt, die NS-Zeit unterliege nicht einem natürlichen „Hinschwinden“ und „Entkräftungsvorgang“, sondern würde mit zunehmendem Zeitabstand „lebendiger und kraftvoller“. Die Normalisierung der Geschichte des Nationalsozialismus widerstrebe schließlich den Intentionen von Gesinnungspazifisten und Feministen, für die das nationalsozialistische Regime noch ein eindeutiges Feindbild hergebe und die Bundesrepublik könne für einen „Weltherrschaftsanspruch“ auch nicht mehr erhalten.

Interessen seien auch im Spiel, wenn das „Nichtvergehen der Vergangenheit“ von der jüngeren Generation im Kampf gegen die Vätergeneration verwendet werde und die Verfolgten und ihre Nachfahren einen „permanenten Status des Herausgehoben- und Privilegiertseins“ einforderten. Zudem erkenne man eine Ähnlichkeit zwischen einer, so Nolte, nach dem Zweiten Weltkrieg artikulierten „Schuld der Deutschen“, mit der NS-Rede von der „Schuld der Juden“.

Das Euthanasie-Geschehen, die Tötung so genannten „lebensunwerten Lebens“ im Dritten Reich sieht Nolte, im Gegensatz zu den Ausführungen von Andreas Hillgruber in dessen umstrittenen Schrift *Zweiter Untergang* losgelöst von der „Endlösung der Judenfrage“. Noltens These ist es, dass der von NS-Deutschland durchgeführte Völkermord von den Nazis selbst als zutiefst „asiatisch“ empfunden wurde und der Archipel Gulag „ursprünglicher als Auschwitz“ - den Genozid an den europäischen Juden benennt Nolte dabei als „eine asiatische Tat“ - gewesen sei. Überlegenswert sei die Fragestellung, ob nicht der Klassenmord der Bolschewisten der „faktische Prius“ des späteren „Rassenmords“ der Nationalsozialisten war.

---

8 Vgl. Lübbe (1983); vgl. ders. (1985).

## 6.2 Andreas Hillgruber

Um den schmalen Band *Zweierlei Untergang. Die Zerschlagung des Deutschen Reiches und das Ende des europäischen Judentums* ist zwischen Habermas und Hillgruber ein Streit ausgetragen worden. Der erste Teil der Schrift mit dem Titel *Der Zusammenbruch im Osten 1944/45 als Problem der deutschen Nationalgeschichte und der europäischen Geschichte* ist eine erweiterte Fassung, die auf einem Vortrag vor der Rheinisch-Westfälischen Akademie der Wissenschaften von 1985 basiert, während der zweite Teil, *Der geschichtliche Ort der Judenvernichtung* ein Schlussvortrag ist, der auf einem wissenschaftlichen Kongress in Stuttgart im Jahre 1984 von Hillgruber gehalten und für den Band erweitert wurde.

Eine der Thesen Hillgrubers im ersten Teil des Traktats lautet, es sei ein Kriegsziel der Alliierten gewesen das Deutsche Reich zu zerschlagen und die Deutschen aus dem Osten zu vertreiben. Diese Entscheidung sei unabhängig von den NS-Verbrechen aufgestellt worden.

Die Diskontinuitäten der nationalsozialistischen Kriegsziele zu denen im Kaiserreich der Hohenzollern im Ersten Weltkrieg seien quantitativ wie qualitativ zu werten. Die preußisch-deutsche Elite, die im Dritten Reich eine Allianz mit den Nazis eingegangen sei, habe sich wiederum in ihren territorialen Zielen von der Ostraukonzeption der Nationalsozialisten grundlegend unterschieden und weder, was in den Intentionen des NS-Regimes fixiert gewesen sei, eine systematische Ausrottung der Juden noch einen *Generalplan Ost* zugunsten deutschen Lebensraumes von der Ukraine bis Kaukasien gefordert. Diese mit dem NS-System kollaborierende Führungsschicht habe sich mehr auf die Hegemoniebestrebungen eines von Deutschland geführten Mitteleuropa konzentriert, wie sie in der wilhelminischen Ära angestrebt worden seien. England galt die Beseitigung des deutschen Vormachtstrebens über Mitteleuropa, laut Hillgruber, als Voraussetzung für eine Befriedung des Kontinents und zukünftige Ausschaltung des Anspruchs einer deutschen Führungsrolle, die mit der Zerschlagung Preußens erreicht werden sollte. Hatte noch die britische Regierung unter Chamberlain dem wiedererstarkten Deutschen Reich die Führungsrolle in Mitteleuropa zugebilligt, so seien es die exaltierten Ansprüche Hitlers, der sein rassenideologisches Programm über Europa habe ausweiten wollen, gewesen, die in der Folge der ersten Kriegsjahre zu der von England gewählten Perspektive einer Zerstörung des Unruhestifters Preußen geführt hätten. Die britischen Kriegsziele orientierten sich im Jahre 1941 unter Premierminister Churchill demnach auf eine Entwaffnung, die Beseitigung des Militarismus und ökonomische Gesundung Deutschlands. Insbesondere Preußen, der bisherige Kernstaat des Deutschen Reiches, sollte nach englischem Willen zerbrochen und beseitigt werden. „Deutschland

sollte 'fett, aber impotent' gemacht werden“, schreibt Hillgruber. Churchill habe all die englischen „Vorurteile und Klischees“ der britischen Führungsschicht in Bezug auf Preußen, als einem Staat des aggressiven Militarismus, geteilt. Die polnische Exilregierung in London sei in den traditionellen Großmachtvisionen Pilsudskis befangen gewesen, die durch Expansionspläne nach Westen und Osten gekennzeichnet gewesen seien. Im Sommer 1939 habe Polen nach dem Ende der Kooperation mit NS-Deutschland schon die „Vertreibung der Deutschen, speziell aus Ostpreußen“ (S.49 f.), zugunsten eines Groß-Polen, das an drei Meere grenzen sollte (Ostsee, Schwarzes Meer und Adria), vertreten. Das Memorandum der polnischen Exilregierung Sikorski vom Dezember 1942 an Präsident Roosevelt, das Gebietsansprüche an den Ostteil Deutschlands enthielt, dient Hillgruber als Beleg hierfür. Auch die tschechoslowakische Exilregierung unter Benesch habe die Vertreibung der Sudetendeutschen politisch zum Ziel gehabt.

Die Sowjetunion habe schon aus Sicherheitserwägungen Deutschland zerstückeln wollen, um eine weitere Aggression zu verhindern und den ins Zentrum Europas vorgedrungenen Westmächten „Paroli“ bieten zu können. Hillgruber wertet dies als eine kurzfristig defensive Politik, die die Option der offensiven Konzeption offenhielt, und die Konfrontation mit dem Westen geopolitisch präjudizierte.

Andreas Hillgruber wies auf einen „neuralgischen Punkt“, den der Komplexität der Probleme der Gesamtdarstellung des Zweiten Weltkrieges und insbesondere des endgültigen Zusammenbruches der Ostfront 1944/1945 hin. „Einen solchen neuralgischen Punkt“ sei „vor einigen Jahren“ von Norbert Blüm berührt worden, „als er vor einer konsternierten, sich sogleich polarisierenden Öffentlichkeit die These“ vorgetragen habe, „dass die ungeheuerlichen Verbrechen in den Vernichtungs- und Konzentrationslagern des nationalsozialistischen Regimes weitergehen konnten, solange die deutschen Fronten hielten.“<sup>1</sup> Andreas Hillgruber meint hier wohl den Essay des damaligen Vorsitzenden der CDU-Sozialausschüsse Norbert Blüm vom 10. Juli 1978. Norbert Blüm äußerte sich aus Anlass über den Fall Filbinger und stellt die Frage, ob Filbinger schuldig sei. Er sei schuldig wie jeder Bürger; der dem NS-Staat gedient habe. Die „Pflichterfüllung“ ließ Blüm nicht gelten.

<sup>1</sup> Vgl. Hillgruber (1986a), S.18. Ebd., S.20: „Natürlich gibt es die von Blüm angesprochene strukturelle oder funktionale Problematik, daß das Halten der Fronten die Fortdauer der Verbrechen in den Konzentrationslagern ermöglichte. Wer das Geschehen dieser Wintermonate im deutschen Osten zureichend begreifen will, muß aber auch die subjektive Lagebeurteilung der jeweils Verantwortlichen berücksichtigen und das daraus hervorgehende Handeln oder Nicht-Handeln der führenden Militärs an der Ostfront.“

„Ob einer im KZ Hitler gedient hat oder an der Front, macht in meinen Augen nur einen graduellen Unterschied aus. Das KZ stand schließlich nur so lange, wie die Front hielt.“<sup>2</sup>

Als *gesinnungsethisch* wertet Hillgruber das Vorgehen der Widerstandskämpfer des 20. Juli und anderer Oppositioneller der NS-Herrschaft, während die Verteidigung der Großmachtstellung Deutschlands und vor allem primär die Inschutznahme der deutschen Ostbevölkerung und ihres jahrhundertealten Siedlungsraumes von ihm, im Sinne Max Webers, als *verantwortungsethisches* Handeln klassifiziert werden.

Die eindringlichen emotionalen Schilderungen der Untaten der Roten Armee im ersten Teil des Bandes, finden im zweiten Teil keine Fortsetzung; dort werden die Deportationen von rassistisch Verfolgten in Güterwaggons in die Todeslager nicht dargestellt. Die Empathie für die Vertriebenen und zwei Millionen Ermordeten und zu Tode gekommenen Ostdeutschen findet keinen Pendanten in dem Traktat über *das Ende des europäischen Judentums*. Hier schildert Hillgruber distanziert und ohne Affekte, sachlich den Weg im Dritten Reich zur Shoah. Er macht, wie in seinen früheren großen Studien, die Koinzidenz eines Krieges gegen die Sowjetunion mit den gleichzeitig einsetzenden Massenmorden, die als Motiv den nationalsozialistischen Rassenwahn aufzeigten, deutlich. Dabei stellte die Euthanasieaktion einen „ersten Schritt“ zur „Endlösung der Judenfrage“ in Hinsicht auf die technischen wie biologistischen Voraussetzungen für den Genozid dar, die Hillgruber unter Beachtung neuerer medizin- und zeithistorischer Forschungen darstellt.

---

<sup>2</sup> Blüm (1978), S.32: Blüm stellt die Frage ob Filbinger schuldig sei und kommt zu der Aussage: „Im anderen Fall jedoch ist er schuldig wie jeder Bürger, der gegen besseres Wissen einem Unrechtssystem dient. Ich habe die Gesänge von der treuen Pflichterfüllung nie verstanden, wenn nicht zuvor geklärt war, in wessen Dienst diese Pflicht steht. Ob einer im KZ Hitler gedient hat oder an der Front, macht in meinen Augen nur einen graduellen Unterschied aus. Das KZ stand schließlich nur so lange, wie die Front hielt.“



### 6.3 Jürgen Habermas

Habermas wendet sich im Juli 1986 in seinem Artikel: *Eine Art Schadensabwicklung Die apologetischen Tendenzen in der deutschen Zeitgeschichtsschreibung* in der Wochenschrift *Die Zeit* gegen Interpretationen in der historischen Wissenschaft, wie sie von Michael Stürmer, Andreas Hillgruber und Ernst Nolte vorgenommen werden würden. Im Sinne des, so Habermas, neokonservativen Weltbildes Joachim Ritters deute Stürmer funktional historische Abläufe. Geschichte werde hier von Stürmer zu dem Zweck instrumentalisiert, um einen nationalen Konsens zu fördern und ein „identitätsstiftendes Geschichtsbild“ herzustellen. Andreas Hillgruber führe eine „revisio-nistische Operation“ des bisherigen Geschichtsbewusstseins in seinem Band *Zweierlei Untergang* aus. Habermas missfällt die einseitige Identifizierung Hillgrubers mit dem deutschen Ostheer und die Verwendung der Weberschen Begriffe „verantwortungsethisch“ und „gesinnungsethisch“, die Hillgruber in dieser Schrift auf die Situation des letzten Kriegsjahres 1944/45 überträgt. Hillgrubers These vom „klichschehaften Preußenbild“ der westlichen Alliierten ist Habermas ein Beleg dafür, dass Hillgruber die Machtstrukturen des Reiches mit der speziellen preußischen Gesellschaftsstruktur verkennt. Zudem vernachlässige er sozialwissenschaftliche Methoden, die „Ausschreitungen“ der Roten Armee seien in osteuropäischen Ländern, wie Polen, Rumänien und Ungarn, auch zu verbuchen. Habermas bleibt hier, trotz der Schrift von Fritz K. Ringer, *Die Gelehrten. Der Untergang der deutschen Mandarine 1890-1933*, und seinem eigenem Beitrag von 1971, *Die deutschen Mandarine*, allerdings die Erklärung schuldig, was er unter „Mandarinbewusstsein“ in Bezug auf Hillgruber versteht und warum Hillgruber „in der besten Tradition der deutschen Mandarine“ steht. Die „Ideologie des Mandarinentums“, den Begriff wendet Fritz Ringer „auf die Klasse der Akademiker in Deutschland“ an - worunter vor allem Universitätsprofessoren und höhere Beamte zu verstehen sind - habe, so Ringer, bis 1933 Bestand gehabt,<sup>1</sup> während Habermas im Jahre 1971 erst mit der Studentenrevolte und den Hochschulgesetzen der siebziger Jahre - die zu der Umwandlung der Philosophischen Fakultäten in Fachbereiche führten und die in der Folgezeit die pädagogische Ausbildung mitübernahmen und die „Funktionen der Massenausbildung“ erhielten - den über hundertjährigen „Alptraum“ des Mandarinentums sich erfüllen sieht.<sup>2</sup> Einerseits betone Hillgruber emphatisch, „in der Rhetorik von Kriegsheftchen“, die „Zerschlagung des Deutschen Reiches“ und andererseits

<sup>1</sup> Vgl. Ringer (1969), S.15 f.

<sup>2</sup> Habermas (1971), S.459 ff.

registriere er „nüchtern“ das „Ende des europäischen Judentums“. „Die ‚Zerschlagung‘ verlangt einen aggressiven Gegner, ein ‚Ende‘ stellt sich gleichsam von selber ein“, notiert Habermas.

Der Einwand von Habermas, Hillgruber blende die Euthanasieaktion in seinem Buch *Zweierlei Untergang* aus und unternehme einen „scharfen Schnitt“ zwischen ihr und dem Massenmord an den europäischen Juden, ist ungerechtfertigt, war es doch Nolte der die nationalsozialistische Euthanasie in seinem FAZ-Beitrag vom Juni 1986 von dem Genozid getrennt sehen wollte, während Hillgruber auf die personellen und ideologischen Verbindungen der Massenmorde im Dritten Reich hinwies. Hillgruber macht das in seiner Erwiderung an Habermas zu Recht geltend. Hillgrubers Identifikation mit dem deutschen Ostheer in der letzten Phase des Krieges geht Habermas zu weit.

Die Etikette *neokonservativ* wird von ihm in einem pejorativen Sinne verwendet. Auch die Bezeichnung „revisionistisch“ soll die so bezeichneten Historiker moralisch treffen.

Noltes These von der Bedeutung der Kriegserklärung des Jüdischen Weltkongresses an Nazideutschland für den späteren Völkermord hält Habermas für „abenteuerlich“. Der neokonservative Revisionismus des Berliner Historikers und gelehrten Philosophen Nolte sei das Festlegen auf eine forsche Dezision zwischen Sinnstiftung und Wissenschaft. Er reduziere die Singularität der Judenvernichtung auf den bloßen technischen Vorgang des Massenmordes. Habermas lehnt eine Historisierung des Nationalsozialismus nicht ab, sie könne eine „kurzatmig pädagogisierende Vereinnahmung einer kurzschlüssig moralisierten Vergangenheit“ ablösen und er beruft sich auf die Ausführungen von Martin Broszat, dessen Überlegungen er als gewissermaßen seriös einstuft. Eine, von Hillgruber und Nolte, propagierte Indienstnahme einer revisionistischen Historie für die „Aufmöbelung“ einer nationalen Identität, habe den Hintergrund, eine entsorgte, entmoralisierte Vergangenheit abstreifen zu können.

Habermas trauert einem geschlossenem homogenen nationalen Geschichtsbild, wie es von „Regierungshistorikern“ verordnet werden würde, nicht nach. Die „vorbehaltlose“ politisch-kulturelle „Öffnung“ der Bundesrepublik gegenüber dem Westen erkennt Habermas als eine der „große[n] intellektuelle[n] Leistungen unserer Nachkriegszeit“. Habermas unterstellt Hillgruber weiter eine „Rekonstruktion der europäischen Mitte“, ohne zu erwähnen, das Hillgruber eine solche Rekonvaleszenz deutscher Machtpolitik überhaupt nicht wünschenswert hält, sondern für historisch erledigt betrachtet. Stürmers „geopolitisches Tamtam“ um die Mittellage Deutschlands möchte Habermas nicht aufwärmen. Als Antwort darauf präsentiert Habermas seinen *Verfassungspatriotismus*, er sei „der einzige Patriotismus“, der die Deutschen „nicht dem Westen entfremde“.

In der kurzen Inhaltsangabe zu Noltes Beitrag, *Zwischen Mythos und Revisionismus* nennt Habermas den Hinweis von Nolte, die Kulaken seien im Stalinismus umgekommen, verharmlosend „Vertreibung der Kulaken“ und gerät damit in den Geruch der stalinschen Apologetik. In einem weiteren Beitrag in *Der Zeit* vom 7. November 1986, *Vom öffentlichen Gebrauch der Historie. Das offizielle Selbstverständnis der Bundesrepublik bricht auf*, distanziert sich Habermas nach Einwänden, so von Joachim Fest, von dieser Formulierung. Habermas macht in diesem Artikel darauf aufmerksam, dass die Opfer des deutschen Rassenwahns oft erst Jahrzehnte nach den traumatischen Erlebnissen zu einer Erinnerungsarbeit fähig waren. Und er verweist auf die Perspektivenwahl des kollektiven Gedächtnisses, das auf der Täterseite ein anderes als auf seiten der Opfer sei. Habermas erwähnt den zweiten Frankfurter Euthanasieprozess gegen die Ärzte Aquilin Ullrich und Heinrich Bunke, der vom Januar 1986 bis zur Urteilsverkündung am 18. Mai 1987 verhandelt wurde,<sup>3</sup> und in dem ein Verteidiger ein Gutachten eines Göttinger Psychiaters, mit dem Hinweis auf dessen Abstammung von einem jüdischen Großvater, ablehnte. Die von Habermas allzu gewagte Parallele zu Alfred Dreggers Äußerung, in der dieser fordert, eine notwendig gewesene „Vergangenheitsbewältigung“ nicht zu Lasten einer Zukunftsfähigkeit der Deutschen zu missbrauchen, ist in einem anderen Kontext, als ihn Habermas benutzt, zu verstehen. Habermas geht es um eine „kollektive Mithaftung“, wie sie im Sinne von Karl Jaspers zu verstehen ist. In seiner Schrift *Die Schuldfrage* von 1946 plädiert Jaspers für eine politische Schuld im Sinne der Mithaftung jedes Staatsangehörigen für die Verbrechen im Dritten Reich.<sup>4</sup>

Es besteht auch mehr als vier Jahrzehnte nach Kriegsende in Deutschland die „Verpflichtung“ der Erinnerung und die „schwache anamnetische Kraft einer Solidarität“ für die Ermordeten des NS-Regimes, so Habermas. Auch eine Normalisierung des Verhältnisses zu Israel sei auf absehbare Zeit nicht zu erreichen. Dieser Einwand ist nicht ungerechtfertigt, denn es gibt zu denken, dass die Vereinigten Staaten, die zu keiner aus der Vergangenheit geschuldeten Solidarität verpflichtet sind, sich für die Existenz des Staates Israel verantwortlich zeigen und der keineswegs - was von Deutschen, die sich der politischen Linken zugehörig fühlen, in den siebziger Jahren in zahlreichen Tiraden behauptet wurde - ein „Brückenkopf“ der USA ist.

<sup>3</sup> Vgl. Jäckle (1988), S.147-152; vgl. Daub (1986), S.16-17.

<sup>4</sup> Vgl. Jaspers (1946), S.41; vgl. ders. (1945), S.93-105.

In seinem Beitrag, *Vom öffentlichen Gebrauch der Historie*, spricht sich Habermas gegen die „narzisstische Frage“ nach der deutschen nationalen Identität aus, die die Erinnerung an die NS-Verbrechen als marginal erscheinen lässt.

Die „neokonservativen“ Deutungen, die von einer „moralisierenden Abwehr der jüngsten Vorvergangenheit“ sprechen würden, lösen bei Habermas - neben dem Revisionismus und der Rehabilitierung intellektueller Traditionen von Carl Schmitt, Martin Heidegger, Hans Freyer und Ernst Jünger - ein Unbehagen aus. Die Neokonservativen in der Bundesrepublik seien der Meinung, mit dem Verlust von Geschichte und dem Fehlen einer „kollektiven Identität“ sei ein Schwinden der sozialen Integration verknüpft. Habermas interpretiert dies als ein Versuch eine „kompensatorische ‚Sinnstiftung‘“ für die sozial Entwurzelten zu schaffen.

Die von Nolte aufgestellte These, dass der Gulag „ursprünglicher“ sei als die nationalsozialistische „Endlösung der Judenfrage“, hält Habermas für schlichtweg „abstrus“.

Der in einem Leserbrief von Hillgruber gemachte polemische Vorwurf, Habermas Artikel sei unter dem Niveau eines historischen Proseminars, kontert Habermas, er kommt aber in der Folge, als Antwort auf die Kritik an seiner Einordnung des historischen Geschehens der Ermordung der Kulaken, um eine historische Auseinandersetzung nicht herum.

## 6.4 Die Reaktionen auf die Kontroverse zwischen Jürgen Habermas, Ernst Nolte und Andreas Hillgruber

Die Kontroversen waren, was von Autoren mit unterschiedlichen politischem Standort vermerkt wird, keineswegs nur *wissenschaftsintern*, sondern sie wurden politisch diskutiert. So ist es auch vorwiegend die *politische Bedeutung* der deutschen Geschichtswissenschaft, die den Historikerstreit kennzeichnet.<sup>1</sup>

Für Michael Wolffsohn ist das „wesentliche Ergebnis“ der Historikerkontroverse die „Intensität“, „Ernsthaftigkeit“ und „Verbissenheit“, mit der der Streit geführt wurde. Dabei erkennt Wolffsohn auch Deformationen, die sich aus dem Historikerstreit ergeben. Die konservativen Rechten in eine demokratische Gesellschaft integriert zu haben, sei die „große Errungenschaft“ der westdeutschen Demokratie. Sie sei in den Diskussionen des Historikerstreits und im Gefolge der politischen Auseinandersetzungen „gefährdet“ worden.<sup>2</sup>

---

1 Vgl. Stackelberg (1990), S.22 f.; vgl. Niethammer (1989), S.78; vgl. Evans (1991). Evans ist der Meinung, dass „Nolte und die anderen Neokonservativen“ rechtsextremes Gedankengut in Deutschland wieder „respektabel“ gemacht haben (Evans 1991, S.195). Ebd., S.197: „Aber es kann kein Zweifel daran bestehen, daß sie (die 'neokonservativen Historiker', J.P.) es einem solchen Extremismus leichter gemacht haben zu florieren ...“

2 Wolffsohn (1987), S.33.

#### 6.4.1 Die Äußerungen von Joachim Fest, Klaus Hildebrand und Michael Stürmer zum Historikerstreit

Joachim Fest und Klaus Hildebrand nahmen in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* und der *Welt* für Nolte Partei und für beide ist ein kausaler Zusammenhang zwischen den bolschewistischen und nationalsozialistischen Vernichtungsaktionen sehr wahrscheinlich. Fest und Hildebrand wählen den Vergleich, der irreführende Konklusionen beinhaltet und methodisch zweifelhaft ist. Es ist ein Faktum, dass es im 20. Jahrhundert Völkermorde und auch im bolschewistisch-stalinistischen System Massenliquidierungen gab, wenngleich sie auch mit anderen Methoden und unter anderen Motiven, die für die Opfer unerheblich sind, durchgeführt wurden. Die NS-Massenmorde blieben nicht nur auf die europäischen Glaubensjuden beschränkt, sondern sie schloß auch die rassische Herkunft mit ein und zudem wurden systematisch alle von den Nazis rassistisch Verfolgten deren man habhaft werden konnte - vom Säugling bis zum Greis - ermordet. Die „Singularität der Naziverbrechen“ werden von Fest und Hildebrand, die Nolte in seinen diesbezüglichen Aussagen von 1986 noch überbieten, bezweifelt. *Joachim Fest* macht gegen die These des singulären NS-Völkermordes geltend:

- a) Die bolschewistische politische Polizei, die Tscheka, habe im Verlauf der bolschewistischen Revolution und Machtübernahme nicht mehr eine, wie immer geartete, Schuld, sondern die „soziale Zugehörigkeit“ als Kriterium für ihr Morden in Betracht gezogen. Im Bolschewismus sei die Zugehörigkeit zu einer Klasse und im Nationalsozialismus zu einer Rasse als todeswürdig beurteilt worden.
- b) Fest weist auch darauf hin, dass der stalinistische Terror auch mit bürokratischen, administrativen Mitteln durchgeführt worden ist. Fest verwirft das Argument von der hochzivilisierten Nation in der die Massenverbrechen stattfanden.
- c) Es sei eine „Herrenvolkgesinnung“, wenn man von der These ausgehe, die NS-Verbrechen seien von einem alten Kulturvolk betrieben worden, denn das schließe implizit die Unterscheidung zwischen höher stehenden und primitiveren Völkern mit ein.<sup>3</sup>

*Hildebrand* stellt die Frage, ob das vergangene Deutschland „unmissverständlich zum Westen Europas“ zu zählen sei und verneint sie, denn sonst hätte die lang anhaltende Auseinandersetzung über den deutschen Sonderweg nicht geführt werden zu

<sup>3</sup> Vgl. Fest (1986), S.102-105.

brauchen.<sup>4</sup> In der Kontroverse von Nolte und Habermas erkennt Fest grundlegende unterschiedliche Standpunkte, die Unterscheidungen zwischen einer pessimistischen und einer optimistischen Sichtweise oder auch utopistischen, die „das Bild vom neuen Menschen“ kultivieren würde.<sup>5</sup> Alexander Solschenizyns Darstellung des *Archipel Gulag* sei unter den Intellektuellen in Westdeutschland, anders als im übrigen Westeuropa, kaum zur Kenntnis genommen worden. Im Hinblick auf die westdeutsche Öffentlichkeit ist das Gegenteil richtig, wie die hohe Auflage des *Gulag* in den siebziger Jahren in der Bundesrepublik beweist. Eugen Kogons *Der SS-Staat* erhielt nicht im entferntesten eine vergleichbare Resonanz. Den „Linksintellektuellen“ in der Bundesrepublik weist Fest eine Schuld an der Verdrängung der Massenmorde des Stalinschen Systems zu. Noch im Jahre 1986 würden die Opfer der Völkermorde des 20. Jahrhunderts „an irgendwelchen Professoren-Schreibtischen“ „selektiert“ werden. Joachim Fest muss sich die Frage gefallen lassen, ob er das Beispiel des polnischen Kielce nicht willkürlich auswählt und damit politische Intentionen verfolgt.

**Klaus Hildebrand** nennt den kritischen Artikel von Habermas vom 11. Juli 1986 in seiner Machart „tendenziös“. Hillgruber sei es in seinem Band *Zweiter Untergang* nicht um das Aufrechnen der Untaten der Russen gegen die der Deutschen gegangen. Hildebrand teilt die Meinung seines Kölner Kollegen Hillgruber bezüglich der Preußenabneigung der Engländer und der Kriegsziele der Alliierten, die unabhängig von den Vorgängen des Völkermords aufgestellt worden seien.<sup>6</sup> Der Kausalnexus tritt dabei in den Hintergrund, wer letztlich den Krieg in Europa 1939 begonnen hat. Die „Würdigung des gesinnungsethischen Widerstandes“ des deutschen Ostheeres 1944/45 erscheint Hildebrand „vor dem Hintergrund der von Hillgruber präsentierten Forschungslage legitim und notwendig“.<sup>7</sup> Der Hinweis Hildebrands darauf, es gehöre zur Aufgabe des Wissenschaftlers eine ständige Revision des Kenntnisstandes in der Wissenschaft vorzunehmen, bleibt in Bezug auf den *Historikerstreit* unpassend, konnten doch hier - zumal keine neuen Erkenntnisse aufgezeigt worden sind - die bisherigen Forschungsergebnisse nicht revidiert werden. Wissenschaft, so macht Hildebrand geltend, kenne „keine progressiven oder reaktionären Ergebnisse“ und Habermas gehe es darum „eine intellektuelle Vormachtstellung

4 Hildebrand (1986b), S.289; vgl. Hildebrand (1986a), S.84-92.

5 Fest (1986), S.111.

6 Vgl. Hildebrand (1986a), S.87.

7 Ebd., S.88.

zu behaupten“.<sup>8</sup> Hildebrand betont, der Nationalsozialismus sei „so singulär“ „wie jedes historische Phänomen“. Der NS-Genozid sei in der europäischen Geschichte singulär und „stehe doch in einer historischen Reihe“ mit den „Vorläufern und Nachfolgern dieses Genozids“. Dem Faschismusbegriff der alle faschistischen Regime zusammenfasse, mangle es, angesichts des „Judenmordes“, an der „notwendigen Tragfähigkeit“.<sup>9</sup>

Aus Gründen der Kontinuität, der Anbindung der Bonner Republik an den Westen, plädiert *Michael Stürmer* für die Suche nach einem positiven Geschichtsbild. „Technokratische Geringschätzung der Geschichte“ auf der rechten und die „progressive Erwürgung“ auf der linken politischen Seite, würden der politischen Kultur Westdeutschlands schweren Schaden zufügen, schreibt Stürmer im Jahre 1986.<sup>10</sup> Nach der nationalen Identität befinde sich „offenbar jedermann auf der Suche“.<sup>11</sup> Ein geschichtsloses Land bleibe außenpolitisch nicht berechenbar und innenpolitisch nicht stabil. Gefordert sei ein „verantwortungsvolles und verständliches Nationalbewusstsein der Deutschen“, das auch eine geschichtliche Identität beinhalten solle.<sup>12</sup> Stürmer wendet sich wohl gegen eine Geschichtsschreibung die Identität herstellen will.<sup>13</sup> Gegenüber Stürmer machte Habermas den kritischen Einwand, Stürmer wolle der Geschichtswissenschaft die Aufgabe zuteilen, Identität zu stiften und ein positives Geschichtsbild gesellschaftlich verordnen.

---

8 Hildebrand (1986b), S.291.

9 Ebd., S.288 f.

10 Stürmer (1986a), S.38; vgl. Stürmer (1986b), S.293-294; vgl. Stürmer (1986c); vgl. Stürmer (1986d), S.1200-1213.

11 Stürmer, Leserbrief an die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 16. August 1986. In: Historikerstreit (1987), S.98.

12 Stürmer (1986b), S.293.

13 Stürmer (1986a), S.36.



#### 6.4.2 Die Äußerungen von Eberhard Jäckel, Heinrich August Winkler, Hans und Wolfgang J. Mommsen und Rudolf Augstein zum Historikerstreit

*Eberhard Jäckel* bespricht in seinem *Zeit*-Artikel die Aufsätze von Ernst Nolte, Klaus Hildebrand und Joachim Fest. Statt neue wissenschaftliche Ergebnisse aufzuzeigen oder Fragen zu stellen, würden „Aussagen in Frageform vorgetragen, um anzudeuten, was nicht belegt werden kann oder soll“.<sup>14</sup> Die subtile Form der rhetorischen mehrdeutigen Aussage, die die Diskussionsbeiträge von Nolte, Fest und Hildebrand kennzeichnen, wird von Jäckel untersucht. Die drei Argumente von Fest zur These der Nicht-Einzigartigkeit des nationalsozialistischen Mordes an den Juden erscheinen Jäckel als nicht stichhaltig. Der nationalsozialistische Völkermord an den Juden sei schon deshalb einzigartig, weil in der Geschichte noch nie ein Staat „eine bestimmte Menschengruppe“ jeglichen Alters restlos getötet habe und zwar „mit allen nur möglichen staatlichen Machtmitteln“.<sup>15</sup> Fests Behauptungen seien zudem unbewiesen, so wenn er den Chef der Tscheka zitiere und daraus folgere, jeder einzelne Bourgeois, ob Mann, Frau oder Kind, sie seien alle getötet worden. Die Frage der Singularität ist für Jäckel nicht so entscheidend, denn sollte in dem Falle, wenn der nationalsozialistische Genozid nicht einzigartig wäre, die Bundesrepublik Deutschland dann keine „Wiedergutmachungszahlungen“ mehr leisten und „der Bundeskanzler sich nicht mehr in Yad Vashem verneigen“, fragt Jäckel.

„Unstreitig aber müßte eigentlich ferner sein, daß der von unserem Lande ausgegangene Völkermord bei uns ein besonderes Interesse beanspruchen darf und nicht durch unklar gedeutete Parallelen relativiert werden sollte.“<sup>16</sup>

Jäckel erklärt den NS-Massenmord an der jüdischen Bevölkerung aus dem Gedankengebäude Hitlers, der in der Sowjetunion, gerade weil er sie von Juden beherrscht sah, eine leichte Beute witterte. Der braune Diktator habe es auch verstanden, „antibolschewistische Ängste der Bourgeoisie für seine Zwecke zu mobilisieren“. Auffälligerweise wird von Jäckel in seiner kontroversen Stellungnahme die Koinzidenz zwischen Bolschewismus und der, nach der Meinung Hitlers, vermeintlichen jüdischen Beteiligung an der bolschewistischen Herrschaft angesprochen, die These Nolttes von der antibolschewistischen Reaktion des Nazisystems erhält somit eine Plausibilität.

Nach den Motiven von Nolte, Fest und Hildebrand will Jäckel, obwohl man dies dürfe, nicht fragen.

<sup>14</sup> Vgl. Jäckel (1986b), S.115-122.

<sup>15</sup> Ebd., S.118.

<sup>16</sup> Ebd., S.119.

Darauf geht *Heinrich August Winkler* ein, der der Meinung ist, dass die Redaktion der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* das Bonner Kabinett und einige deutsche Historiker „aus dem Schatten Hitlers heraustreten“ wollten. Eine deutsche Schuld für Auschwitz würde von ihnen als Möglichkeit des „Defätismus“ und der „Dekadenz“ angesehen. Diese führenden Vertreter aus Politik und Geistesleben würden sich um die Zukunftsfähigkeit der Bundesrepublik, angesichts der Erinnerung an Auschwitz, Sorgen machen. Der Zweite Weltkrieg sei „unterderhand zum europäischen Normalkrieg umstilisiert“ worden.<sup>17</sup> Der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* gehe es „bei ihrem Feldzug gegen deutsche ‘Schuldbesessenheit’ nicht um Politik“ und nicht um die historische Wahrheit. Die FAZ Journalisten Karl Friedrich Fromme, Ernst-Otto Maetzke und Günther Gillessen werden von Winkler als die Mitwirkenden an einer nationalapologetischen Kampagne zugunsten eines gestärkten deutschen „nationalen Selbstgefühls“ vorgestellt. Winkler zitiert aus einer Leitglosse Frommes, der davon spricht, die Geduld der jungen Deutschen gegenüber den Juden sei, aufgrund von „überzogenen Forderungen“, „begrenzt“. Die „Bühnenkulissen“ für Nolte waren somit bereits aufgestellt gewesen. Winkler macht zwischen Nolte auf der einen und Hillgruber und Stürmer auf der anderen Seite eine Unterscheidung, die letzten beide Historiker seien keine „Relativierer à la Nolte“. Dagegen habe Hildebrand Anteil an der Debatte um die Revision des Dritten Reiches. Winkler prangert die Indienstnahme der Geschichte an. Wer Stalin und Pol Pot heranziehe, „um Hitler zu ‘relativieren’“, betreibe „keine Geschichtswissenschaft, sondern Geschichtspolitik“.<sup>18</sup>

*Hans Mommsen* weist - im Unterschied zu Jäckel und Winkler - auf strukturalistische Voraussetzungen der nationalsozialistischen Herrschaft in seiner Entgegnung an Nolte, Fest, Hildebrand und Stürmer hin. Das Dritte Reich werde bei Nolte personalisierend mit Hitler gleichgesetzt.<sup>19</sup> Das Studienzentrum Weikersheim e.V. und die „postfaschistischen“ Publikationen im Ullstein-Verlag dienen ihm als Beispiel für einen konservativen Zuschnitt, die bereits vor Noltes umstrittenen Äußerungen veröffentlicht worden waren. Hans Mommsen gibt Fest Recht, von einer Verschwörung konservativer Historiker, im Zusammenhang mit Noltes Thesen, könne keine Rede sein und es ist für ihn evident, dass Fest mit „nationalen Ressentiments“ nichts im Sinn habe. Nolte wird von Hans Mommsen der „ideologischen Einseitigkeit“ bezichtigt, da dieser einen Kausalnexus „im Gehirn Hitlers“ konstruiere und die Mitverantwortung der militärischen und bürokratischen Elite vernachlässige und nicht dem Problem nachgehe, „warum die vielen, die an der Ausgrenzung der

<sup>17</sup> Winkler (1986), S.256.

<sup>18</sup> Ebd., S.262.

<sup>19</sup> Vgl. Hans Mommsen (1986a), S.156-173; vgl. Hans Mommsen (1986b), S.174-188.

Juden aus dem deutschen Lebensbereich, die am Anfang des 'Holocaust' stand, aktiv beteiligt waren"<sup>20</sup> - was nicht nur mit der in Deutschland verwurzelten Autoritätshörigkeit zu erklären sei. Die Konstruktion Noltes - die von der These ausgeht, Hitler habe die Idee des Genozids dem bolschewistischen Schrifttum und den bolschewistischen Morden entlehnt - beurteilt Hans Mommsen als unbefriedigend, da nicht die Frage aufgeworfen werde, „welche sozialpsychologischen, interessenpolitischen und institutionellen Faktoren es erst ermöglicht haben, dass Hitler sich zum Vollstrecker der Ressentiments nicht bloß der 'Massen', sondern nicht zuletzt der herrschenden Eliten“ gemacht habe.<sup>21</sup>

*Wolfgang J. Mommsen* macht den Hinweis, dass die Geschichte des Nationalsozialismus in der Bevölkerung lange tabuisiert und verdrängt worden ist, obwohl die geschichts- und politikwissenschaftliche Forschung in den fünfziger Jahren sich mit dem nationalsozialistischen System auseinandergesetzt und sich um eine „kritische Aufarbeitung“ „bemüht“ hat.<sup>22</sup> Das in den achtziger Jahren wieder erwachte Interesse an der deutschen Geschichte lasse sich aber auch politisch instrumentalisieren - etwa zum Zwecke der Schaffung einer Identität. In den zwei Jahrzehnten nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches sei der Nationalismus - zumal in der hybriden Form, wie er in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in Deutschland anzutreffen war - in Misskredit gekommen und damals „wäre gewiss niemand auf die Idee gekommen“, ein nationales Bewusstsein in der Bundesrepublik zu fördern oder durch Museumsprojekte die nationale Identität zu stärken. Ein Protagonist der Tendenz nach dem „Ruf nach einer neuen nationalen Identität“ sei der Historiker Thomas Nipperdey.<sup>23</sup> Michael Stürmer trete für ein einheitliches Geschichtsbild ein. Sozialhistorische Methoden in der Geschichtswissenschaft seien in der Bundesrepublik zunehmend unter Beschuss geraten und die Kritik richte sich auch gegen die These vom deutschen Sonderweg, mit dem Argument, es gebe viele Sonderwege von Nationen. Ein Erklärungsmodell für die fehlentwickelte jüngste deutsche Geschichte, das „neorankeanischen Ursprungs“ sei, suche man weiter in der deutschen Mittellage. Die relative historische Rechtfertigung Hillgrubers bei der Darstellung eines Abwehrkampfes des deutschen Ostheeres, selbst um den Preis der Fortsetzung des Mordens in den NS-Vernichtungslagern, empfindet Wolfgang Mommsen als äußerst problematisch, da sie westlichen moralischen Maßstäben zuwiderlaufe. Solche historischen Neuinterpretationen könnten die „Last der Vergangenheit“

<sup>20</sup> Hans Mommsen (1986b), S.184.

<sup>21</sup> Ebd., S.184 ff.

<sup>22</sup> Wolfgang J. Mommsen (1986), S.300-321.

<sup>23</sup> Ebd., S.303.

nicht mindern.<sup>24</sup> Die Zeremonie von Bitburg sei die konsequente Umsetzung der Forderungen derjenigen, die einen „Schlussstrich“ unter die NS-Zeit zu ziehen wünschten.

In dem ausgesprochen journalistischen Beitrag von *Rudolf Augstein* werden plakativ die Äußerungen der Hauptbeteiligten im Historikerstreit vorgestellt.<sup>25</sup> Augstein lässt die Beiträge von Nolte und Hillgruber Revue passieren und kommt dabei zu umstrittenen Urteilen. Das Hillgruber schon deshalb ein „konstitutioneller Nazi“ sein soll, weil er die These vertritt, die Zerschlagung des Dritten Reiches sei keine Antwort auf die Verbrechen dieses Systems, ist schwer nachzuvollziehen.<sup>26</sup> Für die Verfolgten des Naziregimes ergreift Augstein Partei und er richtet sein Augenmerk auf die in Deutschland wenig bekannte Tatsache, dass ungefähr eine Million Menschen „direkt mit der Vernichtung der Juden befaßt war“. Augstein stellt Hitlers Programm vor, seine Analyse unterscheidet sich von Hillgrubers Interpretation kaum. Personalisierend führt er die Vernichtungspolitik auf Hitler zurück, wenn auch das „Bündnis zwischen Wehrmacht und Hitler“ angesprochen wird, das die NS-Verbrechen möglich gemacht hat. Auschwitz war demnach keine „asiatische“, sondern „eine mitteleuropäische, eine deutsch-österreichische Tat“.<sup>27</sup>

---

<sup>24</sup> Ebd., S.316.

<sup>25</sup> Vgl. Augstein (1986), S. 196-203; vgl. Augstein (1987), S.27.

<sup>26</sup> Augstein (1986), S.198; vgl. auch Malanowski (1986), S.66-70.

<sup>27</sup> Augstein (1987), S.27.

### 6.4.3 Weitere Beiträge zum Historikerstreit

Bei dem Beitrag von Klaus Hildebrand muss man bemerken, dass diesmal die politischen Präferenzen anders als in den Jahren nach der Studentenrevolte gegeben sind. Habermas verteidigt die Werte der alten Bundesrepublik, die Verfassung, das Ende des deutschen Sonderwegs mit der Zerschlagung Preußens und die Einbindung Deutschlands in ein internationales westliches Bündnissystem. Die Reaktionen aus dem westlichen Ausland auf die Historikerkontroverse bestätigen dies. In nordamerikanischen Beiträgen wird vor allem das Junktim der Historikerkontroverse zu der Gestaltung des Besuches des US-Präsidenten in Deutschland 1985, auf dem Friedhof in Bitburg, herausgestellt.<sup>1</sup>

*Scott Sullivan* macht in seinem Artikel deutlich, dass die unter Historikern und Philosophen geführte Debatte über die Einmaligkeit von Hitlers Verbrechen eine publizistische Kontroverse über die deutsche nationale Identität ausgelöst habe.<sup>2</sup> Von den Revisionisten diskutierte Stürmer, in einer Reihe von beeindruckenden Essays, ob die jungen Deutschen eine mehr ausgeglichene Betrachtung für die Vergangenheit ihres Landes benötigen müssten.<sup>3</sup> Obwohl Fest Nolte und Hillgruber massiv verteidigte, weise Stürmer darauf hin, dass die gegenwärtige Debatte faktisch als eine Kontroverse unter zwei „philosophischen Schulen“ ausgetragen werde. Die „Optimisten“ seien für Habermas, der betone, jede Wiederholung des Holocaust könne nur verhütet werden, wenn die schlimme, grausige Lehre der Geschichte für immer aufbewahrt werde. Die „Pessimisten“ würden Noltes These zustimmen, der Hitlers Verbrechen auf die grundlegende menschliche Bösartigkeit beziehen wolle.<sup>4</sup> Politiker und Historiker der deutschen Rechten würden darüber streiten, ob die Zeit nun gekommen sei, um aus Hitlers Schatten herauszutreten. Das Land dürfe dann, so Sullivan, wieder eine ehrenvolle Rolle in Europa spielen. Mehr als die Hälfte der heute lebenden Europäer seien nach dem Fall von Berlin 1945 geboren. Die letzten Überlebenden der Holocaustgeneration sterben allmählich aus. In sehr kurzer Zeit wird die Naziära ein Teil der Geschichte sein.<sup>5</sup> Für Sullivan ist Pascal Ory, ein französischer Historiker der demonstriert hat, dass die französischen Kollaborateure radikaler und blutdürstiger als ihre deutschen Vorbilder gewesen sind. Von

1 Vgl. Erler (1987), S.116-127; vgl. Suskind (1986); vgl. Craig (1987), S.16-19; vgl. den Beitrag von Norbert Kampe (TU Berlin) (1987), S.61-80.

2 Vgl. Sullivan (1987), S.20.

3 Ebd., S.27.

4 Ebd.

5 Ebd., S.21.

den französischen radikalen Revisionisten unter den Historikern sei die Debatte entzündet worden. Robert Faurisson, Literaturprofessor an der Universität von Lyon, habe 1980 eine Serie von Artikeln und ein umstrittenes Buch geschrieben, in denen er behauptet habe, die Nazi Gaskammern hätten niemals existiert.<sup>6</sup> Sullivan ist der Ansicht, in Deutschland sei die Bitburg Visite, von Ausnahmen abgesehen, populär gewesen. War doch Kohl selbst sei der Ansicht, er selbst und die Mehrheit der heutigen Deutschen seien zu jung gewesen um mit Naziverbrechen zu tun gehabt zu haben.<sup>7</sup> Hillgrubers schmaler Band würde als ein kleines Kompendium angesehen werden, das eine Sichtweise der revisionistischen Schule der Deutschen Geschichte aufzeige und schnell der Mittelpunkt einer Kontroverse geworden sei. Hillgruber identifiziere sich darin, woraus er kein Geheimnis mache, mit den Deutschen und der deutschen Ostarmee. Laut Hillgruber sei Deutschland in der Nachkriegsgeschichte impotent geworden. Für Habermas sei dies, zusammen mit der Position Noltes, die dieser in der konservativen Zeitung FAZ revisionistisch vertreten habe, „zuviel“ gewesen und er habe die apologetische Tendenz der deutschen Geschichtswissenschaft attackiert.<sup>8</sup> Habermas betone, er habe keine Schwierigkeiten mit seiner Identität, eine Identität die er auf die Deutschen Goethe, Schiller, Marx und Hegel zurückführe. Ein neuer konservativer Dogmatismus würde, so interpretiert Sullivan Habermas, die Bewältigung der Nachkriegsgeschichte der BRD unterminieren, die in der westlichen demokratischen und pluralistischen Tradition stehe.<sup>9</sup> Fest habe behauptet, dass Habermas nur die Opfer der Verbrechen der Rechten sehe, er sei aber blind auf der Linken, gegenüber den Opfern Stalins. Nolte, Hillgruber und Stürmer seien die Führer der „revisionistischen Schule“. Der Zweite Weltkrieg und der Holocaust würden früh genug „historisiert“.<sup>10</sup> Jeder Mensch sei vergänglich. Die Ost- und Westeuropäer könnten die Last einer ewigen Schuld nicht tragen. Eine entscheidende Frage sei, worauf Habermas aufmerksam mache, wie die NS-Zeit von künftigen Generationen wahrgenommen werde. Irgendwie müssten die Geschichtsbücher das Gleichgewicht finden und demonstrieren, dass der Nationalsozialismus ein Kapitel in der langen europäischen Geschichte sei und ein Aus-

6 Ebd., S.24.

7 Ebd., S.25.

8 Ebd., S.25: „While Habermas conceded that the German past must and will be 'historicized', he accused the neorevisionists of a 'scandalous' manipulation of the facts, in the service of right-wing political ends.“

9 Ebd., S.25. S.27: „Much of the public controversy has been marred by personal animosity and intemperate language.“

10 Ebd., S.28.

bruch von menschlicher Grausamkeit, die niemals wieder geschehen darf, notiert Sullivan. Beide Sichtweisen seien wahr.

Die Zahl der Ermordeten in der Sowjetunion schließen eben auch Vergeltungsmaßnahmen im Bürgerkrieg ein - sie können gut die der SS übertreffen, vermerkt **Charles Maier** in seinem Zeitungsbeitrag. Der armenische Holocaust habe allein wahrscheinlich über eine Million Menschen das Leben gekostet; und der Historiker Richard Lukas habe die Frage gestellt, ob die Behandlung der polnischen Nichtjuden als Mitopfer der Nazis einen vergessenen Holocaust darstelle.<sup>11</sup> Kanzler Kohl habe die These diskutiert, dass die Westdeutschen hungrig auf eine brauchbare Geschichte seien, denn wer auch immer die Erinnerung liefere, gestalte Begriffe, interpretiere die Vergangenheit und gewinne damit die Zukunft.<sup>12</sup> Über Hillgrubers 1986 veröffentlichtes Buch schreibt Maier, leider stelle dies ein Vulgär-Historismus von seiner besten Seite dar. Es sei nicht die Aufgabe des Historikers sich mit einer Gruppe von widerstreitenden Personen und Interessen zu identifizieren; dabei sei es Hillgruber erlaubt für sich zu sprechen und die für seine Betrachtungen alternativen Perspektiven zu erforschen.<sup>13</sup> Nolte deute in einer beinahe ahistorischen und neurotischen Art.<sup>14</sup>

**Micha Brumlik** ist der Meinung, dass der Genozid, die Shoah, als eine in der jüngsten geschichtswissenschaftlichen bundesrepublikanischen Betrachtung gleichbedeutende Katastrophe mit der Ostvertreibung der deutschen Bevölkerung dargestellt wird, zumindest würden sie auf zwei gleichbedeutende Stufen gestellt. In Hillgrubers eigener Sprachregelung, in seinem Band *Zweiter Untergang* sei von Untergang statt Vernichtung die Rede. Nach Brumlik bedarf der Antikommunismus der Verdrängung und umgekehrt die Verdrängung einem antikommunistischen Bekenntnis. Diese nicht unumstrittene These ist allerdings leicht in Frage zu stellen, wenn man den Vergleich zwischen Stalinismus und Nationalsozialismus, wie er von Hildebrand und Fest vorgenommen wird, heranzieht, denn: Der Stalinismus hatte als Ziel zwar nicht die Ausrottung einer Rasse - aber die der sozialen Klasse. Die Ermordung der Kulaken und der rote Terror gegen den *Klassenfeind* sind ein Beleg hierfür.<sup>15</sup>

**Kurt Sontheimer** verwechselt in seinem Aufsatz zur Historikerkontroverse zuweilen Ursache und Wirkung, wenn er von „identitätssüchtigen Historikern“ spricht, die

11 Vgl. Maier (1986), S.40.

12 Ebd., S.36.

13 Ebd., S.38.

14 Ebd., S.39: „Nolte implies, in an almost neurotic and ahistorical manner. Isn't there some justification for calling a halt to further obsessive reexamination? Isn't talk about 'the guilt of the Germans', he explicitly asks, all too reminiscent of Nazi charges about 'the guilt of the Jews?'“

15 Vgl. Brumlik (1986), S.77-83.

doch bloß auch Gegenmeinungen auf vermeintliche linksideologische dogmatische Auffassungen artikulieren.<sup>16</sup> Bei seinen Ausführungen stellt sich die Frage, welcher Nationalstaat nicht zur „Vergesslichkeit“ neigt. Die Paradigmen, Massenmord an den Armeniern im türkisch-osmanischen Reich, Stalinismus, Nasserismus, Pol-Pot Regime und die Machtausübungen in südamerikanischen Militärdiktaturen zeigen dies auf. Eine „Aufarbeitung“ fand in diesen Staaten überhaupt nicht statt - hingegen wird sie, so könnte man einwenden, in Deutschland als missglückt beschworen. Das Schlagwort von der „Unfähigkeit zu trauern“ kann bei einer zukünftigen Betrachtung nicht ausschließlich für ein Land eingefordert werden, sondern es gilt schon heute ubiquitär für die gescheiterte Aufarbeitung in ehemaligen Diktaturen. Die Opfer des Stalinismus fanden bei weitem nicht die Beachtung wie jene des Nationalsozialismus. Aufarbeitung darf somit nicht ausschließlich auf eine Nation ausgerichtet sein und zu einer kollektiven Anschuldigung verkommen, die sich zudem an einem Idealtypus orientiert. Das schließt keineswegs die weitere Aufarbeitung der Ursachen und die Erinnerung an die Ermordeten des deutschen Rassenwahns aus, können sich doch die Deutschen aus der historischen Verantwortung der Folgen für diesen Teil deutscher Geschichte nicht davonmachen.

Der Leserbrief von Andreas Hillgruber<sup>17</sup> macht auch eine Perspektivenwahl aus der jeweiligen Sicht, dem gewählten Standort, deutlich. Eine Identifikation sollte, was man hier einwenden kann, nicht bloß einen einseitigen Blickwinkel einbeziehen. Zugegebenermaßen nützt die Analyse der Kriegsursachen den unschuldigen Opfern in den ehemaligen deutschen Ostgebieten nichts.

In seinem Aufsatz in der Zeitschrift *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* vom Dezember 1986 - *Jürgen Habermas, Karl-Heinz Janßen und die Aufklärung Anno 1986* - weist *Andreas Hillgruber* in seiner Philippika in Form dieses Artikels darauf hin, dass Habermas partiell seine Thesen verbiegt. Habermas ist nun aber keineswegs gegen das nordatlantische Bündnis, da er ein Alleingang Deutschlands vermeiden und es in ein supranationales Geflecht eingebunden wissen möchte. Hillgruber arbeitet dabei aber zweifelsfrei einen Widerspruch der „Linken“ heraus.

Die Verwendung von Kohlenmonoxid bei der gewissermaßen industriellen Massentötung der Aktion T4, dem technisierten Massenmord, diente als Vorbild, Hillgruber erwähnt dies ausdrücklich. Aber gegen die Euthanasieaktionen (Kindereuthanasie, Aktion T4) die in den Agglomerationen im Deutschen Reichsgebiet stattfanden, gab

<sup>16</sup> Sontheimer (1987), S.275-280.

<sup>17</sup> Vgl. Hillgruber, Leserbrief an die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 29.11.1986. In: *Historikerstreit* (1987), S.296.



es sehr wohl Widerstand, während bei dem im Osten durchgeführten Genozid, bei dem teilweise die Tötungstechniken der Euthanasieaktion - so bei der so genannten Aktion „Reinhard“ - angewendet wurden, in der deutschen Bevölkerung sich kein Widerstand regte.

Zudem sei es noch einmal gesagt, viele NSDAP-Parteigenossen hatten ihren ganz privaten persönlichen „guten Juden“, unterstützten aber andererseits die Berufsverbote gegen Deutsche israelitischen Glaubens und Abstammung, die Nürnberger Rassengesetze und das Pogrom von 1938. Propagandistisch wurde dieser Umstand selbst von Hitler, Goebbels und Göring nicht in Abrede gestellt. Was soll aber der Hillgrubersche Hinweis auf die britische Kriegszielpolitik im Zweiten Weltkrieg? Soll hier die Appeasement-Interpretation der britischen Außenpolitik geändert werden? Hillgruber notiert zudem:

„Singular‘ ist im Grunde jegliches Geschehen, so wie in jeglichem Geschehen auch Vergleichbares mit anderem Geschehen enthalten ist.“<sup>18</sup>

Passender ist wohl die Feststellung, das der Massenmord im Dritten Reich in der deutschen Geschichte singular ist. Darauf machen Andreas Hillgruber und Robert Leicht aufmerksam. Leicht schreibt: „... dass das Nazi-Regime in unserer deutschen Geschichte unerhört, also singular war.“<sup>19</sup>

Zu dem Aufsatz von *Immanuel Geiss*, ehemals Fritz Fischer Schüler, *Zum Historikerstreit* ist zu bemerken, dass Hitler den virulenten Antisemitismus bereits in Wien kennen lernte und nicht nur „die schlichte Chronologie“ seit der bolschewistischen Revolution für eine nationalsozialistische Gegenrevolution spricht.<sup>20</sup> Zudem bestand eine lange Tradition eines biologistischen Denkens, von Rassenhygiene und Eugenik in Deutschland. Wenn Geiss konstatiert, dass Hillgruber durch weitgehende Rezeption der Forschungsergebnisse von Fritz Fischer sich „außerordentlich lernfähig“<sup>21</sup> erwiesen habe, klingt dies ein wenig nach großinquisitorischer Beurteilung der Äußerungen von Historikern, die politisch andere Positionen einnehmen. Die Reaktionen von Habermas und dem Journalisten Augstein auf den 1986 veröffentlichten Band Hillgrubers müssen aber, worauf Geiss hinweist, in der Tat zu Irritationen führen. Man kann recht den Eindruck gewinnen, dass sich Immanuel Geiss politisch andienen und seine politische Einschätzung durch andere in den 70er Jahren abstreifen möchte, er ist aber inhaltlich nicht allzu weit entfernt von der Position Habermas', mit der Form der Kontroverse und ihrer öffentlichen Präsentation der Gegner von Nolte ist er nicht einverstanden. Geiss stören Form, die Art und Weise der Kritik (der „Attacken“) der Widersacher von Hillgruber und Nolte. Stürmers Analysen,

<sup>18</sup> Hillgruber (1987), S.347.

<sup>19</sup> Leicht (1987), S.364.

<sup>20</sup> Geiss (1987), S.374.

<sup>21</sup> Ebd., S.375.

um die Notwendigkeit der Findung einer deutschen „nationalen Identität“, hält Geiss keineswegs für abwegig, für die zukünftige Politik Deutschlands sei es angebracht „historisch rational über Macht und Machtpolitik“ nachzudenken.<sup>22</sup> Auschwitz dürfe von den Deutschen nie vergessen werden und solle in eine kollektive Identifizierung eingebunden werden. Geiss gab sich dabei nicht den Illusionen hin, dass die NS-Vergangenheit von einer sowjetkommunistischen Agitation 40 Jahre nach Kriegsende nicht ausgebeutet werden konnte.

---

<sup>22</sup> Ebd., S.378.

## 6.5 Die provokativen Äußerungen von Ernst Nolte (1980/86)

### 6.5.1 Die „Kriegserklärung“ der *Jewish Agency for Palestine* an Nazideutschland

Biographien, und auch Abhandlungen, wie die von Ernst Nolte, sind an den historischen Kontext ihrer Zeit gebunden und sind darüber hinaus unbemerkt „Selbstdarstellung, in der die Triebbedürfnisse, Charaktermerkmale, Züge des Selbst“ in die vom Autor verfaßte Schrift „hineinprojiziert“ werden.<sup>1</sup>

In seinem Artikel von *Between mythos and legend?*, in dem von H.W. Koch herausgegebenen Sammelband *Aspects for the Third Reich*, der auf einem gekürzten, 1980 gedruckten Aufsatz in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* beruht, erörterte Ernst Nolte die falsifizierbare Aussage des Briten David Irving, Hitler habe von der industriellen Massenvernichtung an der jüdischen Bevölkerung nichts gewusst und hält sie für völlig abwegig.<sup>2</sup> Ernst Nolte macht jedoch den Hinweis, man könne die „rechtsradikale Literatur keineswegs übergehen“. Er abstrahiert die Theorie die sich aus diesem Vorwurf gegen Weizmann ergab, mit der Begründung, Hannah Arendt habe bereits darauf hingewiesen, dass die jüdische Bevölkerung aufgrund dieser Kriegserklärung (wie sie Adolf Eichmann im Jerusalemer Prozess bei seiner Verteidigung als Begründung und Motiv für den Genozid an den Judentum anführte) von der industriellen Massenvernichtung in den Lagern verschont geblieben wäre. Die jüdischen Bevölkerung wäre interniert worden, was in Deutschland und den besetzten Gebieten zu ihrer Rettung hätte führen können.<sup>3</sup> Nolte fällt aber auf Irvings Hinweis von

1 Vgl. Mitscherlich (1980), S.67.

2 Vgl. Historikerstreit (1987), S.23 ff.; vgl. H.W. Koch (1985), S.17-38.

3 Arendt (1962), S.158: „... es sei denn, man hätte die engen Kontakte zur Geltung gebracht, die zwischen dem jüdischen Widerstand und den polnischen und russischen Partisanen bestanden ... (die) eine viel bessere Rechtfertigung darboten als Eichmanns wiederholte Behauptung, dass, 'Weizmann 1939 Deutschland den Krieg erklärt' habe. Das war reiner Unsinn. Chaim Weizmann hatte zum Schluß des letzten Zionistenkongresses kurz vor dem Ausbruch des Krieges nichts weiter gesagt, als daß der Krieg der westlichen Demokratien 'unser Krieg [ist], ihr Kampf ist unser Kampf.'“ Zur Legitimation seines Handelns, machte Eichmann den „Befehlsnotstand“ geltend, den er mit einem Kadavergehorsam hätte ausführen müssen. Auf diesen Kadavergehorsam berief sich Eichmann noch vor der Verhandlung vor dem Jerusalemer Gericht im Jahre 1960, als er zu dem Vernehmungsbeamten der israelischen Polizei Avner Less auf dessen Frage, ob er notwendigerweise die Rettung Deutschlands nur in der Vernichtung des Judentums erachtete, einräumte, er hätte nur einen Befehl auszuführen und ihn nicht zu interpretieren und zu hinterfragen gehabt. Vgl. von Lang (1982), S.144: „Less: Sie müssen dann zu der Einstellung gekommen sein, daß die Rettung des deutschen Volkes nur in der Vernichtung der Juden liege. Eichmann: Herr Hauptmann, solche Einsichten hat man überhaupt nicht gehabt, man hat sie nicht gehabt. Es wurde befohlen und infolgedessen ist es durchgeführt wor-

der *Kriegserklärung* der Juden an Hitlerdeutschland, die von der neonationalsozialistischen Literatur verbreitet wird, herein, indem er unreflektoriisch mit dem Hinweis umgeht, man müsste auch diese These zur Kenntnis nehmen und diese Möglichkeit auch allzu unkritisch übernimmt. Ja, Hitler habe „gute Gründe“ (!) gehabt, „von dem Vernichtungswillen seiner Gegner sehr viel früher überzeugt zu sein, als zu dem Zeitpunkt, wo die ersten Nachrichten über die Vorgänge in Auschwitz zur Kenntnis gelangt waren“.<sup>4</sup> Nolte macht sich sogar den „Vorwurf“, Chaim Weizmanns Erklärung von 1939, die Juden der Welt würden auf der Seite Englands „kämpfen“, diese „Äußerung 1963 nicht gekannt zu haben“.<sup>5</sup> Auch Irvings Behauptung, das Bombardement Hamburgs im Sommer 1943 sei „von einem Vernichtungswillen der Alliierten“ gegenüber deutschen Zivilisten geprägt worden, sei nicht „von vornherein abzuweisen“.<sup>6</sup>

Völkerrechtlich war eine Kriegserklärung der jüdischen Bevölkerung überhaupt nicht möglich, zudem hatten die Juden weder einen eigenen Staat, noch ein Territorium, eine Armee und weder eine Exilregierung, „... die Jewish Agency for Palestine unter dem Vorsitz von Dr. Weizmann war bestenfalls ein armseliger Ersatz“.<sup>7</sup> Denn grundsätzlich sind Subjekte des Völkerrechts nur Staaten. Dem souveränen Staat steht die völkerrechtliche Handlungsfähigkeit ausnahmslos zu.<sup>8</sup> Die Kriegführung galt als eine *Prärogative* der Staaten, die zionistische *Jewish Agency for Palestine* ge-

---

den. Bekomme ich einen Befehl, so habe ich ihn nicht zu deuten, und wenn ich einen Befehl erteile, so ist es verboten, diesen Befehl zu begründen. Ich bekomme einen Befehl und hab' zu gehorchen.“ Vgl. Hennig (1988), S.52 f.; vgl. Schoeps (1991), S.136: „Aber, so fragt man sich, warum macht er dubiose Autoren (wie Wilhelm Stäglich, Paul Rassinier und Robert Faurisson, J.P.) zitierfähig? Was bezweckt er damit?“ Vgl. Schmuhl (1991), S.125 f., S.126: „Nolte geht also von einem förmlichen Kriegszustand zwischen Juden und Deutschen seit 1939 aus. Insofern wäre der Holocaust ein nach Noltens Definition idealtypischer Genozid gewesen, eben die Tötung sämtlicher Angehöriger einer Nationalität im Kriegszustand, wenn es nicht im Zuge der Judenvernichtung zu einer Umkehrung der Zweck-Mittel-Relation gekommen wäre.“

4 Vgl. Historikerstreit (1987), S.24; vgl. Nolte (1987e), S.93 f.: „Ich bin doch der letzte, der nicht weiß (!), daß Hitlers Judenfeindschaft von 1919 datiert, daß er den Juden natürlich längst den Krieg erklärt hatte, bevor Weizmann ihn möglicherweise erklärt hat.“ Vgl. Geiss (1988), S.55 f.

5 Vgl. Historikerstreit (1987), S.24.

6 Ebd., S.24 f.

7 Vgl. Arendt (1978), S.161.

8 Vgl. Krause-Ablaß (1970); vgl. Seidel-Hohenveldern (1972); vgl. Verdross/Simma (1984), S.222 §376: „Zwar waren nur die souveränen Staaten ursprüngliche Völkerrechtssubjekte, im Laufe der Geschichte sind aber auch andere Völkerrechtssubjekte zur Erfüllung neuer Bedürfnisse des internationalen Lebens auf den Plan getreten. So wurden schon im frühen Mittelalter der Heilige Stuhl, seit 1310 der Souveräne Malteser-Ritterorden, seit dem Ende des vorigen Jahrhunderts verschiedene internationale Organisationen und in unserem Jahrhundert das Internationale Komitee vom Roten Kreuz als nichtstaatliche Völkerrechtssubjekte anerkannt. Diese Entwicklung gipfelt in der Gründung der UNO als neuer vr Persönlichkeit.“ Ebd., §377: „Die souveränen Territorialgemeinschaften nehmen in diesem Kreise eine hervorragende Stellung

gründet 1922 um die Interessen der Juden nach einer Heimstätte und einer Staatskonstituierung in Palästina zu vertreten, galt jedoch international in toto, auch nach der Balfour-Erklärung Englands, nicht als staatliches oder nichtstaatliches Völkerrechtssubjekt. Diese These, die Nolte beachtenswert findet, kann zudem schnell falsifiziert und als wenig substanzhaltig charakterisiert werden, da auch nach dem damaligen Völkerrecht und vor dem Genfer Völkerbund nur das ehemalige Patrimonium Petri, der Malteserritterorden und das Internationale Komitee vom Roten Kreuz mit Sitz in Genf als nichtstaatliche Völkerrechtssubjekte anerkannt und international akzeptiert wurden.<sup>9</sup>

Hitler ging in seinem Rassen- und politisch-sensitiven Wahn von einer viruzisten Ausbreitung der jüdischen Bevölkerung aus, die parasitär die Gastvölker befallt und beherrscht. Hitler bemerkte: „Daher ist auch der jüdische Staat - der der lebendige Organismus zur Erhaltung und Vermehrung einer Rasse sein soll - territorial vollständig unbegrenzt.“<sup>10</sup> Das Judentum galt Hitler als eine rassistische Einheit, die konspirativ Weltherrschaftspläne durchsetzen wolle und sich Staaten aneigne. So sei die „Vernegerung“ Frankreichs von Juden betrieben, um die Herrschaft dort zu usurpieren und den Staat rassistisch in seinem phäno- und genotypischen Bestand zu schwächen, um ihn dann demokratisieren oder bolschewisieren zu können.<sup>11</sup>

Die Verfolgung und Entrechtung von Deutschen israelitischen Glaubens und Abstammung begann zudem nicht erst mit dem Zweiten Weltkrieg, sondern kulminierte nach und nach in Etappen seit dem 30. Januar 1933, über das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933, den Berufsverboten jüdischer Ärzte, Zahnärzte, Rechtsanwälte und Hebammen, den Nürnberger Rassengesetzen von 1935 bis zum Novemberpogrom von 1938, der Einbeziehung jüdischer

---

ein, da ihre Ziele grundsätzlich alle Lebensverhältnisse umfassen, während die anderen Völkerrechtssubjekte nur besondere Aufgaben zu erfüllen haben.“

9 Vgl. Hans Huber (1971), S.565 ff. Ebd., S.578: „Das völkerrechtliche Kriegsrecht enthält also nur 'Spielregeln'. Es wird auch in der Zukunft dem Krieg nicht das Wesen des Rechtszwanges verliehen.“; vgl. Model/Creifelds (1972), S.785; vgl. die damals herrschende Ansicht: Ullmann, Völkerrecht; Oppenheim, Intern. Law.

10 Hitler (1944), S.331.

11 Vgl. Hitler (1944), S.704: „Dieses (das französische, J.P.) an sich immer mehr der Vernegerung anheimfallende Volk bedeutet in seiner Bindung an die Ziele der jüdischen Weltbeherrschung eine lauernde Gefahr für den Bestand der weißen Rasse Europas.“ S.357: „Juden waren und sind es, die den Neger an den Rhein bringen ...“ S.34: „Sein Endziel (des 'Juden', J.P.) in diesem Stadium aber ist der Sieg der Demokratie oder, wie er es versteht: die Herrschaft des Parlamentarismus.“ An die Stelle von „Persönlichkeit“ würde ursächlich dann die „Majorität der Dummheit, Unfähigkeit“ und der „Feigheit“ treten.

Patienten in die „Euthanasieaktionen“ und der Organisation der „Endlösung“ auf der Wannseekonferenz.<sup>12</sup>

Nolte ist es wert seine These zu nennen, nach der möglicherweise Hitler von einer subjektiv verstandenen Bedrohung durch Weizmanns „Kriegserklärung“ ausging, die ein Motiv für den Massenmord habe sein können.

Hitlers „Kriegserklärung an das Judentum“, die ein Reagieren auf Weizmann sei, stellt demgemäß eine Viktimisierung dar. Nolte übernimmt diese vermeintliche Projektion Hitlers und diese Viktimisierung.<sup>13</sup>

Der Einwand von Horst Möller, dass sich die Kritiker Noltes an dieser „Einzelheit“, der angeblichen „Kriegserklärung ‘Chaim Weizmanns’“ „festkrallen, anstatt sich der eigentlichen intellektuellen Herausforderung [Noltes] zu stellen“ soll hier insofern zurückgewiesen werden, da diese These von Ernst Nolte auch in seinen Schriften *Der europäische Bürgerkrieg* und in den *Streitpunkten* nicht verworfen wird und sie nicht exstirpiert werden soll und ihre Erörterung nicht verboten werden darf.<sup>14</sup>

12 Vgl. Reichsgesetzblatt, I, S.175; vgl. Nolte (1987c), S.120: Nolte lässt diese Argumentation nicht gelten und notiert statt dessen: „Sogar die Nürnberger Gesetze des Jahres 1935 waren, für sich isoliert betrachtet, nicht etwas völlig überraschendes und bis dahin Unvorstellbares. Soweit ihr Ziel in der Trennung zweier Völker (und nicht in der Entwürdigung einer Konfession oder einer ‘Rasse’) bestand, entsprachen sie den Grundtendenzen radikaler Nationalismen.“ Für die Reichskristallnacht gelte „ähnliches“, im „Umfang“ und den „unmittelbaren Folgen“ sei sie nicht den großen russischen Pogromen von 1881/1903 vergleichbar. Vgl. Lösener (1961), S.277: „Das erste antisemitische Gesetz war das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 ... mit seinem ‘Arierparagraphen’ gewesen ...“ Es hatte der „Partei-hetze“ gegen „Juden und Judenstämme“ bis „an die Grenze der Vierteljuden nachgegeben“. Lösener ist nicht der Meinung, die Nürnberger Gesetze seien der „Aufakt zu den eigentlichen Judenverfolgungen“ gewesen. Vgl. Henning/Kestler (1985), S.191-211. Die Nürnberger Gesetze sind nicht die ersten Maßnahmen gegen jüdische Deutsche im NS-Staat. Ebd., S.196: „Bereits im April 1933 schuf das GWBB (‘Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums’, J.P.) die Voraussetzung, jüdische Beamte zu entlassen.“ Die Hetze des Gauleiters von Franken Julius Streicher habe bewirkt, dass die rechtliche Verfolgung weiter eskalierte und ihre Wirkung nicht verfehlt worden sei. S.197: „So wurden bereits im Juli 1935 Juden wegen ‘Rassenschande’ ... verhaftet und in Konzentrationslager eingeliefert, obwohl ein Straftatbestand der Rassenschande noch nicht existierte.“ Staatsbürger deutschen oder artverwandten Blutes wurden mit den Nürnberger Rassengesetzen zu „Reichsbürgern“ promoviert. Deutsche jüdischen Glaubens behielten die abgewertete „Staatsbürgerschaft“. Vgl. Walk (1981); vgl. Broszat (1969), S.356-359; vgl. Aly/Heim (1991), S.453-471; vgl. Pätzold/Schwarz (1992).

13 Vgl. Lifton (1988), S.553-555. Ebd., S.554: „Man hat diese ‘Warnung’ (Hitlers Rede zur ‘Kriegserklärung an die Juden’, J.P.) üblicherweise als eine ‘Projektion’ von Hitlers eigenen Kriegsabsichten auf die Juden interpretiert. Das ist sicher wahr genug. Zugleich aber konstruiert und verbreitet Hitler in dieser Rede einen sehr bedeutsamen Mythos, in dem die ... designierten Opfer ... als eine regelrechte militärische Bedrohung der ‘arischen’ Nation ... und für das bevorstehende Blutbad selbst verantwortlich“ gemacht werden würden.

14 Möller (1993), S.58; vgl. Nolte (1987), S.317 u. S.509; vgl. Nolte (1993), S.396 u. S.379.

## 6.5.2 Der Gulag als ein „*Handlungsimpuls*“ für die national-sozialistischen Massenvernichtungen und der bolschewistische „*Rattenkäfig*“

Beim „Entsetzen vor dem ‘Rattenkäfig’“, kann man, der Meinung Ernst Noltes nach, eine „tiefste Wurzel des extremsten von Hitlers Handlungsimpulsen“ suchen.<sup>15</sup> Diese „genuine Erfahrung“ könne für die Vernichtung des europäischen Judentums und die Psychogenese Hitlers von Bedeutung sein, da die ‘asiatische’ Tat“ des roten Terrors im russischen Bürgerkrieg der „faktische Prius“ gewesen sei.<sup>16</sup> „War nicht der ‘Archipel Gulag’ ursprünglicher als Auschwitz?“, fragt Ernst Nolte.<sup>17</sup> Der Rattenkäfig war eine von George Orwell in seinem Roman *1984* beschriebene Foltermethode. Diese Beschreibung einer grausamen Folter sei keine Fiktion, und nicht von Orwell erdichtet worden, sondern vielmehr der antibolschewistischen Literatur über den russischen Bürgerkrieg entnommen und sie sei der ‘chinesische Tscheka’ zugeschrieben worden, so Nolte.<sup>18</sup> Hitler habe nach der Niederlage von Stalingrad diesen „Rattenkäfig“ gemeint, indem er in einer Lagebesprechung am 1.2.1943 die bevorstehenden Schrecknisse der von den Sowjets gefangenen deutschen Offiziere beschwor.<sup>19</sup> Ernst Nolte betont wohl er sei nicht, wie andere Kommentatoren dieses Vorfalles, der Ansicht, dass mit dem „Rattenkäfig“ die „Lubjanka“, sondern ein „Verfahren in der Lubjanka“ gemeint sei.<sup>20</sup> Nur erwähnt er als Quelle den 1948 verfaßten Anti-Science-fiction Roman von George Orwell

15 Vgl. Nolte (1986b), S.223-231. Auch in: Nolte (1987a), S.182; vgl. ders. (1986a), S.25: „Sind Hitlers geheimste Handlungen nicht gerade auch dadurch zu erklären, daß er den ‘Rattenkäfig’ nicht vergessen hatte?“

16 Vgl. Nolte (1986a), S.25.

17 Ebd.

18 Vgl. Nolte (1986a), S.25: „In George Orwells ‘1984’ wird beschrieben, wie der Held Winston Smith durch die Geheimpolizei des ‘Großen Bruders’ nach langen Folterungen endlich gezwungen wird, seine Verlobte zu verleugnen ... Man bringt einen Käfig vor seinen Kopf, in dem eine vor Hunger halb irrsinnig gewordenen Ratte sitzt. Der Vernehmungsbeamte droht, den Verschuß zu öffnen, und da bricht Winston Smith zusammen.“

19 Ebd.; vgl. Heiber (1962), S.128: „Mir (Hitler, J.P.) tut das darum so weh, weil das Heldentum von so vielen Soldaten von einem einzigen charakterlosen Schwächling ausgelöscht wird, - und das wird der Mann (der Führer einer Truppe, J.P.) jetzt tun. Sie müssen sich vorstellen, er kommt nach Moskau hinein, und stellen Sie sich den ‘Rattenkäfig’ vor. Da unterschreibt er alles.“ Ebd., Anm. 2: Heiber interpretiert den „Rattenkäfig“ mit der Lubjanka, dem „GPU-Gefängnis“. Vgl. Hubatsch (1963), Bd.III, 1.Halbbd., S.90-92.

20 Vgl. Nolte (1986a), S.25; vgl. Nolte (1986b), S.182: „Was mich am stärksten frappierte, war indessen die Vermutung, daß man den Beweggründen von Hitlers verwerflichsten Handlungen durch die Formel von der Vergangenheit, die nicht vergehen will, auf die Spur kommen könnte. Deshalb war mir jener Satz so wichtig ... Er (Hitler, J.P.) meinte ein Verfahren in der Lub-

(den Hitler zudem nicht gelesen haben kann), wo Orwell wohl die Auswirkungen des Nationalsozialismus und Stalinismus schilderte, als Ursprung dieser Folter allerdings das „kaiserliche China“ nannte.<sup>21</sup>

In der Situation des russischen Bürgerkriegs wurden von der bolschewistischen Roten Armee Greuelthaten begangen. Daneben gab es zweifellos einen in toto unorganisierten „Weißen Terror“. Alexander Solschenizyn schilderte in seinem Roman *Archipel GULag* die Verfolgung Andersdenkender in der Sowjetunion.<sup>22</sup> Trotzki, der Gründer der Roten Armee, führte drakonische Maßnahmen zur „Disziplinierung“ der Armeeverbände der „Roten Armee“ ein. „Die zaristischen Offiziere jagte man aus der alten Armee davon und hielt mit ihnen stellenweise erbarmungslose Ab-

---

janka, ein Verfahren von namenloser Grauenhaftigkeit, das dadurch weltbekannt wurde, daß George Orwell es zur letzten Szene seines Zukunftsromans '1984' machte.“

21 Vgl. Orwell (1948), S. 232: „Da gab es die deutschen Nazis und die russischen Kommunisten. Die Russen verfolgten Ketzerei grausamer als die Inquisition es getan hatte.“ Der Folterer O'Brien entgegnet dem „Helden“ (so wird er von Nolte genannt) Winston Smith. S.261: „Die Ratte“, sagte O'Brien, noch immer an seine unsichtbare Zuhörerschaft gewendet, „ist, obwohl ein Nagetier, doch ein Fleischfresser. (...) Sie werden von den Dingen gehört haben, die in den Armenvierteln dieser Stadt passieren. In manchen Straßen wagt eine Frau ihren Säugling nicht einmal fünf Minuten allein im Haus zu lassen. Die Ratten würden das Kind bestimmt angreifen. In ganz kurzer Zeit würden sie es bis auf die Knochen abnagen.“ S. 262: „Im kaiserlichen China war es eine übliche Strafe“, sagte O'Brien in seiner gewohnten lehrhaften Art.“

22 Vgl. Solschenizyn (1972), S.103: Solschenizyn berichtet über Foltermethoden bei Verhören in den Jahren 1921-1929 in der Sowjetunion. In Grusien wurden Häftlingen an den Händen brennende Zigaretten ausgedrückt, im Metechsker Burggefängnis „stieß man sie in der Dunkelheit in Behälter voll Unrat.“ S.108-120: „1. Methode“ Schlafunterbrechung des Häftlings, „2.“ eine konziliante Verhalten gegenüber dem zu Verhörenden, „3. Grobes Fluchen“, „4. Psychologischer Kontrast“, „5. Die Erniedrigung“, „6. Verwirrung des Häftlings“, „7.Einschüchterung“, „8. Die Lüge“, „9. Das Spekulieren auf verwandtschaftliche Gefühle“, „10. Methode Lärm“, „11. Methode Kitzeln“, „12. Zigarette ausdrücken“, „13. Methode Licht“, „14. ununterbrochenes Vorführung zum Verhör“, „15. das Gefängnis als Box“, „18. Untersuchungshäftling knien lassen“, „19. Oder ihn stehen lassen“, „20.“ Methode Durst, „21. Schlafverbot“, 23. Die Wanzenbox. „Mit nacktem Oberkörper wird der Delinquent hineingestoßen, im Nu haben die hungrigen Wanzen von ihm Besitz ergriffen, fallen gierig über ihn her, stürzen sich von der Decke auf ihn herunter.“ Solschenizyn nennt noch die Prügelmethoden, das Brechen des Rückgrats und „31. das Aufzäumen“. Vgl. Mandel (1975), S. 214: „Auf Dutzenden von Seiten gibt er (Solschenizyn, J.P.) uns eine bis in die kleinsten Einzelheiten gehende Beschreibung des Roten Terrors. Aber mit keinem Wort vermeldet er den Weißen Terror, der die Antwort der Bolschewiki voranging und sie auslöste.“ Vgl. Medwedew (1975), S.226-231; vgl. Dutschke (1975), S.274: „Die Entfaltung des 'Sozialistischen Wettbewerbs' im Jahre 1929 hatte u.a. die Funktion, die auf dem Lande durch Zwangskollektivierung teilweise total zerstörte Produktion gewissermaßen in der Industrie auszugleichen.“ Ebd., S.275: „Das Wachstum der despotischen Irrationalisierung von Partei, Staatsmaschine und Gesellschaft mußte darum notwendigerweise in der Mitte der 30er Jahre zu einer besonders vollständigen Ausschaltung der revolutionären Kader, der Erbschaft der Oktoberrevolution und ihrer emanzipativen Ziele führen.“ Nur räumt Dutschke selbst ein (vgl. S.269 f.), dass „schon zu Lenins und Trotzki's Zeiten objektive



rechnung“, eine Eliminierung von „Klassenfeinden“ galt als notwendiges Erfordernis, um die Diktatur des Proletariats zu konsolidieren.<sup>23</sup> Mit diesen Worthüllen, Sprachliturgien und Ritualen wie der Bezeichnung „Klassenfeind“, wurden missliebige Andersdenkende gebrandmarkt und von bolschewistischen Schergen beseitigt. Im Januar 1922 schreibt Georg Lukács über die Kritik von Rosa Luxemburg, an der Machtübernahme des bolschewistischen Flügels und ihrem Postulat „Freiheit ist immer die Freiheit der anders Denkenden“, dies sei eine Folge ihrer „falschen Bewertung der Gruppierung der Kräfte im aktuellen Zustand der Revolution“. Die Meinung des Revolutionärs hänge davon ab, „... ob er die Menschewiki als Feinde der Revolution, oder als eine 'Strömung' von Revolutionären“ betrachte.<sup>24</sup> Für Auschwitz kann man jedoch den bolschewistischen Terror des Bürgerkriegs und den stalinistischen Ausrottungskrieg gegen Bauern, sozial-arrivierte Klassen und Abweichler nicht verantwortlich machen. Hierfür war in Deutschland und Österreich eine lange Sozialisation eines biologistischen Denkens notwendig, das in der letzten Konsequenz und dem frühen virulenten Rassenhass gegen die israelitische Bevölkerung eine Singularität aufweist. Zudem war Hitler keineswegs nur von einem Trauma der bolschewistischen Revolution erfüllt. Die Politik im Osten nahm er wohl zur Kenntnis, doch fehlen in seinem *Mein Kampf* und dem so genannten *Zweiten Buch* Hinweise auf Polen, das er später mit seinen Parteigenossen zu einem großen Konzentrationslager umfunktionierte, fehlt in den Konzeptionen seiner Ostpolitik vor der Machtergreifung der NSDAP, völlig. Als Österreicher unterschied sich seine geopolitische Sichtweise von der der Reichsdeutschen und waren ihm Probleme des europäischen Ostens fremd.

---

Bedingungen gegeben waren und parteiliche Entscheidungen erfolgt sind, die den Sieg der Stalin-Fraktion tendenziell in sich trugen.“ Das Argument, dass der Bolschewismus und insbesondere Stalin die Schwerindustrie in der Sowjetunion aufbauen und dabei die Angehörigen der führenden Schichten eines Agrarlandes beseitigen musste, kann als Motiv für die Tötung von Gegnern für die ermordeten Opfer, wie bei jeder Mordtat, nicht von Belang sein.

23 Vgl. Trotzki (1929), S.376. Ebd., S.346: „Ich erließ einen Befehl ... 'Ich warne: Falls irgendein Truppenteil sich selbständig zurückzieht, wird als erster der Kommissar des Truppenteils, als zweiter der Kommandeur erschossen.'“, Ebd., S.354: „Man kann nicht Menschenmassen (hier Soldaten, J.P.) in den Tod führen, ohne im Arsenal des Kommandos die Todesstrafe zu haben.“

24 Vgl. Lukács (1968), S.447.

### 6.5.3 Ernst Noltes Interpretation von Kurt Tucholskys Glosse „Dänische Felder“

Ernst Nolte ist zwar nicht a priori vorzuwerfen, Antisemit zu sein, nur schrieb er in der Hamburger Wochenschrift *Die Zeit* einen weiteren Beitrag zur Apologie seines ersten FAZ-Artikels vom 6. Juni 1986, der am 31. Oktober 1986 erschien, in dem er eine neue These formulierte, die wohl nicht antisemitisch, jedoch für eine neue hermeneutische Kasuistik der NS-Zeit unbrauchbar und überflüssig war.<sup>1</sup> In seinem Artikel in der *Zeit* vom 31. Oktober 1986: *Die Sache auf den Kopf gestellt. Gegen den negativen Nationalismus in der Geschichtsbetrachtung* schreibt Nolte, dass zwar die „schändlichen Kommentare der völkischen Presse zur Ermordung Rathenaus häufig zitiert werden, nicht aber im Grunde weit schlimmere Äußerungen Kurt Tucholskys aus dem Jahre 1927“, mit denen er den Frauen und Kindern der deutschen Bildungselite „in plastischen Wendungen den Gastod“ gewünscht habe.<sup>2</sup>

Nolte ist ferner der Ansicht, die rechtsradikale Presse und Literatur habe auf einen Artikel von Kurt Tucholsky wohl schon hingewiesen, man könne ihn aber nicht übergehen, da er „relevant“ und „für das Verständnis der Zeitumstände“ eine „unentbehrliche“ Aussage sei.<sup>3</sup> Tucholsky schrieb in der *Weltbühne* in seinem Beitrag vom 26. Juli 1927, *Dänische Felder*; der für die weitere Geschichte Noltes Meinung nach weitreichende Folgen haben sollte:

„Es geschieht so viel für die Erotik. Es gibt Anreiz, ... Pornographie. Es geschieht so wenig gegen den nächsten Krieg, bei dem euch die Gedärme, so zu hoffen steht, auch in den Städten über die Stuhllehne hängen werden. Es müßte jeden Abend in den Films laufen, wie es gewesen ist, das mit dem Sterben. Möge das Gas in die Spielstuben eurer Kinder schleichen. Mögen sie langsam umsinken, die Püppchen. Ich wünsche der Frau des Kirchenrats und des Chefredakteurs und der Mutter des Bildhauers und der Schwester des Bankiers, daß sie einen bitteren qualvollen Tod finden, alle zusammen. Weil sie es so wollen, ohne es zu wollen. Weil sie faul sind. Weil sie nicht hören und nicht sehen und nicht fühlen. Wer aber sein Vaterland

1 Vgl. Nolte (1986a), S.25; vgl. Schoeps (1991), S.135.

2 Vgl. Nolte (1986b), S.184.

3 Vgl. Nolte (1987a), S.26; vgl. Nolte (1987b), S.184; vgl. Nolte (1986b), S.228: „Allerdings sollten sie (die Äußerungen Tucholskys v. 26. Juli 1927, J.P.) nicht in solcher Isolierung zitiert werden, wie es dort durchweg geschieht (in der rechtsradikalen Literatur, J.P.), und darin würde eben der angemessene Unterschied zwischen den beiden Arten der Literatur evident werden.“ Vgl. Nolte (1987a), S.142 f.. In einem Leserbrief an Daniel Dagan schreibt Ernst Nolte am 4. März 1987, S.142: „Es darf nicht darauf ankommen, wo eine Tatsachenbehauptung zu finden ist, sondern zu fragen ist einzig und allein, ob sie zutreffend und relevant ist.“ Vgl. Aretz (1973), S.106 f.; vgl. Stäglich (1979), S.87

im Stich läßt in dieser Stunde, der sei gesegnet. Er habe seine schönsten Stunden in einer dänischen Landschaft.“

In Dänemark „stampfte keine lange Schlange von Marschierenden“ und die Wege wurden nicht aufgeweicht von „ratternder, schimpfender, polternder Artillerie“. In Deutschland hingegen sei im Ersten Weltkrieg „Mord“ gewesen, „welch ein Wahnsinn! Hier war Mord: Mord, dort war Mord ein von den Schmöcken, den Generälen und den Feldpredigern besungenes Pflichtereignis. Hier durfte man nicht (in Deutschland, J.P.) - da mußte man.“<sup>4</sup> Tucholsky persifliert eine Glosse mit bitterem Sarkasmus und pointiert, dass alle, die sich nicht an einem nächsten deutschen Krieg schuldig machen würden, die Schönheit der dänischen Landschaft und ihrer Felder, die nicht blutgetränkt von einem mörderischen Stellungskrieg waren, genießen sollten. Dies ist ein Artikel von hunderten, von lyrischen Gedichten, Epigrammen und Satiren die Kurt Tucholsky unter dem Namen *Ignaz Wrobel* und unter den Pseudonymen *Peter Panther*, *Theobald Tigr*, *Kaspar Hauser* und seinem eigenen Namen in der *Weltbühne* von 1918-1933 veröffentlichte. Ernst Nolte behauptet, nicht zuletzt durch diese Satire (eine vom Umfang her eher kleinen Glosse) habe Tucholsky eine „Mitschuld am Untergang der Weimarer Republik“.<sup>5</sup>

Satire ist auch destruktiv, sie entlarvt, überzieht, verspottet Anschauungen und Personen, um richtigzustellen und das Schlechte darzustellen. „Mit zuweilen fast sadistischer Freude macht der Satiriker Jagd auf das Hässliche, mit dem Ziel es zu entlarven.“<sup>6</sup> Das tragische Pathos ist dabei durchaus ein Mittel für die Gesellschafts- und Sozialkritik. Sie „ist daher eine Kunst der indirekten Aussage, der Verschlüsselung“.<sup>6</sup> In der „satirische[n] Lyrik und Prosa Tucholskys“ will der Dichter als „Moralist“ seiner „Epoche einen Zerrspiegel vorhalten“.<sup>7</sup>

Ebenso ist die Behauptung zulässig, dass Tucholsky der deutschen Bildungselite in einer von ihr verhinderten Kriegssituation wünschte, eine idyllische, von Schlachten verschonte, unschuldige Landschaft zu genießen, denn er beschwor Gegensätze, den Antagonismus von Leben/Tod, Gastod/Dänische Felder. Den Gastod, wie ihn deutsche Soldaten des Ersten Weltkrieges starben, und die vom Krieg verschont gebliebenen „dänischen Felder“, kontrastierte Tucholsky in seiner Satire und

<sup>4</sup> Vgl. Tucholsky (Ignaz Wrobel) (1927), S.152-153.

<sup>5</sup> Vgl. den Brief Ernst Nolttes an den Herausgeber der Tageszeitung *Ha-Aretz* Gershom Schocken v. 14.7.1987. In: Nolte (1987a), S.146 f.: „Ich habe Tucholsky von Anfang an 'edle pazifistische Motive' zugeschrieben, aber ich bin trotzdem der Meinung, daß er und seinesgleichen ('Linksinstruktuellen' wohl gemerkt und keineswegs durchweg 'Juden') durch die konkrete Art und Weise, wie sie diese Motive in die Praxis umsetzten, erhebliche Mitschuld am Untergang der Weimarer Republik haben.“

<sup>6</sup> Vgl. Friedrich/Killy (1965), S.508.

<sup>7</sup> Vgl. Kunze/Oberländer (1976), S.59.

wünschte 1927 jedem, der sich nicht an einem Krieg beteilige und einem Aufruf nicht folge, die schönsten Stunden in einer dänischen Landschaft.

In einem Gespräch mit Daniel Dagan, dem Europakorrespondenten der israelischen Tageszeitung *Ha-Aretz*, ist Ernst Nolte noch am 17. April 1987 weiterhin der gleichen Meinung, da er glaubt, dass dieser Vorwurf, Tucholsky habe der „deutschen Bildungsschicht“ den Tod gewünscht, zu evaluieren und als Reaktion darauf ein „Hass, der sich gegen diese Linksintellektuellen richtete“, abzuleiten sei.<sup>8</sup> Ende 1987 notiert Ernst Nolte in seiner Entgegnung an seine Kritiker:

„Es war für mich frappierend und bedrückend zu sehen, mit welcher Selbstverständlichkeit von israelischer bzw. jüdischer Seite Tucholsky als 'Jude' in Anspruch genommen wurde, obwohl er sich doch ausdrücklich vom Judentum getrennt hatte...“<sup>9</sup>

Kurt Tucholskys „sicherlich aber hasserzeugender Wunsch, die Frauen und Kinder der deutschen Bildungsschicht möchten in dem angeblich von ihren Männern und Vätern vorbereiteten Kriege den Gastod erleiden“, sei aus seinem „radikalem Pazifismus“ hervorgegangen und sei ein „vermutlich bloß imaginärer Wunsch“. Diese Glosse sei wohl von der rechtsradikalen Literatur benutzt worden, betont Nolte, doch „ihre Existenz“ erweise sich jedoch - zu seiner eigenen „Überraschung“ - als „Faktum“. Dieses „Faktum“ hält Ernst Nolte für „relevant“, wie er an Daniel Dagan am 4. März 1987 in einem Brief notierte.<sup>10</sup> Nolte hält „... diese Äußerungen (Tucholskys in der Glosse 'Dänische Felder', J.P.) trotz der pazifistischen Intention für verwerflich“, wie er an Kulka am 8. Dezember 1986 schreibt.<sup>11</sup>

Der israelische Historiker Otto Dov Kulka, der mit Nolte in den Jahren 1985-1987 in einer regen Briefkorrespondenz stand, machte Ernst Nolte den Vorwurf, die

---

8 Vgl. Interview des Europakorrespondenten Daniel Dagan von der israelischen Zeitung *Ha-Aretz* am 27.2.1987 mit Ernst Nolte, das am 17.4.1987 in Israel in der Wochenendmagazin von *Ha-Aretz* erschien. Von Ernst Nolte bearbeitetes Tonbandprotokoll, in: Nolte (1987a), S.90-114, S.97: „In einem Wort sagt es, daß Tucholsky den Frauen und Kindern der deutschen Bildungsschicht den Gastod wünscht, weil nach seiner Meinung die deutsche Bildungsschicht Kriegsvorbereitungen trifft. Das sagt Tucholsky 1927. Ich glaube, daß eine solche Äußerung nicht einfach unter den Teppich gekehrt werden darf, sondern sie gehört ebenfalls in den Gesamtzusammenhang dessen, was damals geschehen ist, und erklärt viel von dem Haß, der sich gegen diese Linksintellektuellen richtete ...“

9 Vgl. Nolte (1987a), S.26.

10 Vgl. Nolte (1987a), S.142 f.

11 Vgl. Kulka (1987), S.10; vgl. Nolte (1987a), S.136-138; Brief Noltes an Kulka v. 8.12.1986. Ebd., S.137.

Veröffentlichung des Wortlauts seiner Briefe verhindert und sie bis zur inhaltlichen Unkenntlichkeit in Noltes Sinne, in dem Ende des Jahres 1987 publizierten Buch *Das Vergehen der Vergangenheit. Antwort an meine Kritiker im sogenannten Historikerstreit*, „paraphrasiert“ zu haben.<sup>12</sup>

In seinem an Nolte verfaßten Brief vom 16. November 1986 ist die Analogie, die Kulka Nolte vorwirft, dass „der Zusammenhang Rathenau-Tucholsky nur bei Stäglich bzw. seiner Quelle Aretz erscheint und keineswegs in der von ihnen angegebenen Weltbühne“, zu Unrecht erhoben. Nolte behauptet nicht, dass der Name Rathenau in der Satire von Tucholsky vom 26. Juli 1927 vorkommt.<sup>13</sup> Auch der Verdacht Kulkas, dass Nolte „Tucholsky dem Leser als Vertreter des Weltjudentums mit seiner Kriegserklärung an Deutschland präsentiere“ ist aus dem *Zit*-Artikel nicht zu verifizieren.<sup>14</sup> Wohl anders ist die Kritik Otto Dov Kulkas an der „Paraphrasierung“ zu beurteilen, wo Nolte einen fünfseitigen kritischen Brief auf einen „nichtssagenden halben Satz“ reduziert und das Lob des Historikers Kulka, in diesem Brief vom 16. Mai 1986 an ihn, in vollen Umfang übernahm.<sup>15</sup> Diese Verstümmelung und Zensur ist aber für die Kontroverse in toto für den Dritten nur von geringerem Interesse.

<sup>12</sup> Vgl. Kulka (1987), S.10.

<sup>13</sup> Ebd.; vgl. Brief Kulkas an Nolte vom 16.11.1986. In: Nolte (1987), S.135; vgl. Steimbach (1987), S.167: „Auch Wilhelm Stäglich verweist auf das von Nolte hervorgehobene Zitat Tucholskys, stützt sich aber auf das rechtsextremistische Pamphlet 'Hexeneinmaleins einer Lüge' von Emil Aretz und zitiert aus zweiter Hand.“

<sup>14</sup> Vgl. Kulka (1987), S.10; vgl. Nolte (1986b), S.184.

<sup>15</sup> Vgl. Kulka (1987), S.10; vgl. Nolte (1987a), S.127 f.: „Brief Kulka vom 16.5.1986“.

## 7. Aspekte eines deutschen „Sonderwegs“

### 7.1 Der deutsche Weg zu einem „Sonderbewusstsein“

Ein deutsches Nationalbewusstsein bestand, entgegen der herrschenden Auffassung, schon im 14. und 16. Jahrhundert, in der Zeit Karls IV., dessen Kanzlei sich zum kulturellen Mittelpunkt im 14. Jahrhundert entwickelte, und in der deutschen Reformation. Schon im 10. Jahrhundert existierte ein „deutsches Staatswesen“ und die „Nationsidee“ muss daher im jeweiligen historischen Kontext gesehen und beurteilt werden.<sup>1</sup>

Mit dem Niedergang des Ancien Régime und der Verteidigung der Bürgerlichen Freiheiten durch die Revolutionsregierungen in den „Koalitionskriegen“ gegen die absolutistischen Kontinentalmächte und ihre militärischen Interventionen, wurden mit den militärischen Erfolgen der Revolutionsarmeen seit 1792 die demokratischen Errungenschaften der Französischen Revolution in die von der französischen Revolutionsregierung besetzten Gebiete Deutschlands exportiert.<sup>2</sup> Jürgen Habermas gibt 1987 zu bedenken:

„Der aus der französischen Revolution hervorgegangene demokratische Nationalstaat bleibt das Modell, an dem sich alle nationalistischen Bewegungen orientieren.“<sup>3</sup> Das deutsche Nationalgefühl brach mit den Freiheitskämpfen, nach der erfolgten Okkupation Süddeutschlands und der preußischen Territorien am Ende des ersten Jahrzehnts zu Beginn des 19. Jahrhunderts aus und erreichte seinen vorläufigen Höhepunkt in den postulierten Zielen eines exaltierten Nationalgefühls der Alldeutschen Partei am Ausgang des Jahrhunderts. Napoleon muss dabei als ungewollter Förderer des deutschen Patriotismus gelten. Gruppennarzissmus und Imperialismus als Folge eines übersteigerten Nationalismus sind in ihrer kausalen Wechselbeziehung nicht nur durch die Eroberung von Kolonialdomänen eines an der Verteilung der Welt nicht berücksichtigten Deutschen Kaiserreichs zu erklären. Der Kausal-

1 Vgl. Repgen (1989), S.26 ff.; vgl. James (1993), S.67-72; vgl. Grundmann (1970), S.232 ff.

2 Vgl. Scheel (1980). Eine Gleichsetzung mit dem französischen Jakobinismus fand nicht statt, doch wurde sein wichtigstes Spezifikum, der rigorose Demokratismus, von den deutschen *Jakobinern* übernommen. Ebd., S.451: „Politisches Glaubensbekenntnis eines aufrichtigen Bayern über die Schicksale seines Vaterlandes. München, den 1. Jänner 1801“, S.127: „Freiheit, Gleichheit, Bruderliebe!“ Proklamation im Mai/Juni 1796 für die von dem Koalitionskrieg betroffenen deutschen Gebiete am Oberrhein. Vgl., S.188 u. S.231; vgl. Griewank (1973), S.105 f.; vgl. Bergeron et al. (1969), S.88 ff.; Braubach (1979), S. 20 f. u. S. 23 ff.; vgl. Forster (1981), S.38 ff.

3 Vgl. Habermas (1987c), S. ZB 3.

nexus reicht tiefer und beginnt im 19. Jahrhundert mit dem Kampf gegen die napoleonischen Besatzungstruppen.<sup>4</sup> Das so genannte Erste Deutsche Reich kannte eine einheitliche Politik und „uniforme“ Nation, im Gegensatz zu Frankreich, nicht. Das revolutionäre Frankreich verteidigte seine Errungenschaften gegen die alten feudalen Mächte in Europa offensiv mit Hilfe der Mobilisierung des Volkes. Den nationalen Notstand musste die französische Republik militärisch in den Koalitionskriegen mit Hilfe einer nationalen Verteidigungsbereitschaft bestehen.<sup>5</sup> Der Nationalismusbegriff gewann in der französischen Revolution Bedeutung, indem er neu gestaltet wurde und bis dahin nicht vorhandene Konturen erhielt.

Die *renovatio imperii*, an die Napoleon anknüpfte und die er partiell übertraf, ist nicht nur wegen der zeitlichen Distanz dieser Restaurationsforderung nicht vergleichbar mit den überhöhten, grotesk-burlesken Territorialforderungen eines italienischen Duce, der für das industrialisierte Italien die Wiederherstellung einer seit zweitausend Jahren verlorenen Hegemonialstellung im Mittelmeerraum forderte.<sup>6</sup> Die Proklamation eines *mare nostrum*, die der italienische Faschismus und seine nekrophil-kulturtechnischen Anhänger des italienischen Futurismus (der ein Wegbereiter des Faschismus war und ihn trotz seines Modernismus antizipierte)<sup>7</sup> von ihrem „Duce“ Mussolini ausriefen ließen, beziehen sich in der Epidemiologie auch hier auf eine spät konstituierende Nation und sind mithin Kompensationsforderungen gegenüber den alten kontinentalen Nationalstaaten. Napoleon I. verkörperte den europäischen

4 Vgl. Giesen (1993), S.129 u. S.169; vgl. James (1991), S.67 f.; vgl. Prignitz (1981), S.65-67. Das deutsche Bildungsbürgertum habe, nach einer anfänglichen begeisterten Übernahme von revolutionären Inhalten, nach dem revolutionären Terror und besonders der rechtsrheinischen Expansions- und Besatzungspolitik eine Wende hin zu Ablehnung, „Enttäuschung und Hass“ gegenüber Frankreich vollzogen. Nach 1920 wurde dieser Franzosenhass in Deutschland schwächer.

5 Vgl. Soboul (1962); vgl. Murret (1913), S.128 f. u. S.133: Dies ist auch laut Murret „Diraults These - der von einem ununterbrochenen Kampf Europas gegen die Errungenschaften der Französischen Revolution spricht - der die Überlegungen Sorels verwirft und zu der Überzeugung gelangt: ‚Man hat von einer ununterbrochenen, unermüdlichen und erbitterten Koalition gegen das neue Frankreich gesprochen ...‘; vgl. Salvatorelli (1960), S.172: ‚Von der Nation (als Idee) leitet sich der Nationalismus, von diesem der Imperialismus ab. (...) Es stimmt nicht, daß das Mittelalter den Begriff der Nationalität nicht gekannt hat. (...) nur kann man wohl sagen, die Nation sei eine Tochter der Französischen Revolution.“

6 Vgl. Murret (1913), S.146: „Das Empire, das Napoleon sich wohl ‚erträumt‘ hat, läßt sich mit keinem der großen Reiche der Geschichte vergleichen. Grob gesehen kann man sagen, daß er zunächst die Grenzen des karolingischen Reiches annähernd erreicht hat ... (und) danach strebte, das römische Weltreich wiederherzustellen.“

7 Vgl. F.T. Marinetti, Manifest des Futurismus (1909). In: Baumgarth (1966), S.23-29; Vgl. F.T. Marinetti, Tod dem Mondschein! Zweites Manifest des Futurismus (1916). In: Schmidt-Bergmann (1993), S.80-89; vgl. Fromm (1977), S.384-389; vgl. F.T. Marinetti, Futurismus (1932). In: Schmidt-Bergmann (1993), S.327-336, S.329 f.; vgl. Schmidt-Bergmann (1993), S.151-172.

Herrscher, seine Eroberungen zielten nicht darauf, den unterworfenen Völkern ihre absolute Souveränität zu nehmen, nur ihre fürstliche sollte durch die gezielte Übernahme oder zumindest die Modifikation des *code civil* verändert und modernisiert werden.<sup>8</sup> Seine Fremdherrschaft wurde in den besetzten und den ihrer fürstlichen territorialen Integrität beraubten Ländern, größtenteils von der Bevölkerung, insbesondere der Spaniens, als ein Joch empfunden. Dennoch waren die napoleonischen Ziele nicht von einem Raubzug gegen angeblich „rassisch-minderwertige“ geprägt. Bonaparte, der im Zeitalter der Aufklärung groß gewordene Machtpolitiker, intendierte mehr eine Ausbreitung der politisch-revolutionären Ideale und eine dynastische Machtausweitung, als das nationalen Inhalten eine Präponderanz eingeräumt worden wären.<sup>9</sup> Frankreichs natürliche Grenze war mit der Rheingrenze eingelöst. Der Aufbau eines Satellitenstaatengürtels und die Gebietseroberungen sind für den italienischen Politologen Guglielmo Ferrero aus einer *aggressiven Furcht* abzuleiten, die aus einem Legitimationsdefizit der Monarchie Napoleons I. resultieren würde.<sup>10</sup> Bei Jena und Auerstedt brach der reformierte friderizianische Staat zusammen. Kontrapunktisch zu der Okkupationspolitik des französischen Kaisertums entstand ein gesamtdeutsches, über die Staatsgrenzen der Kleinstaaten hinaus, deutsches Nationalgefühl. Seit dem Westfälischen Frieden gab es ein einheitliches deutsches Nationalgefühl nur in der Erinnerung an ein, wohl durch partikuläre Patriotismen und kleinstaatliche Herrschaftsgewalt eingeschränktes, Deutsches Reich, das außenpolitisch schon mit dem deutschen Dualismus aufgehört hatte real zu existieren.<sup>11</sup> Dem Bürgertum hatten die Ideen eines Kosmopolitismus und die Blüte der Kultur, die literarischen Erfolge eines Kant, Schiller, Herder, Humboldt und Fichte, weit über den deutschen Sprachraum die nationale Identität einer Kultur vermittelt, die nicht nur durch das Trauma der besiegten deutschen Staaten konditioniert wurde.<sup>12</sup> Fichte propagierte in der 1807/1808 erschienenen *Rede an die deutsche Nation* ein frühes

<sup>8</sup> Vgl. Sieburg (1969/71), S.201-220 u. S.213 f.

<sup>9</sup> Vgl. Andreas (1955), S.298 u. S.299: „Darin ist Napoleon immer Schüler Rousseaus geblieben, daß er Nation nie als ein naturhaftes Gewächs, sondern als politisches Gebilde auffaßte. Auch er kam vom Staate, nicht vom Volke her.“

<sup>10</sup> Vgl. Ferrero (1944), S.323: „Aggressive Furcht: das ist das Wesen der ganzen napoleonischen Politik. Wir haben gesehen, daß Napoleon niemals die Herrschaft über die Welt erstrebte ... daß er nur vorbeugende Kriege führte.“ Diese Furcht sei „die Illegitimität seiner Macht, der revolutionäre Charakter seiner Regierung“ (ebd., S.324).

<sup>11</sup> Vgl. Wagner (1948), S.208-223. Zur preußisch-österreichischen Konfliktsituation des Schlesischen Krieges: ebd. S.225 ff.; vgl. Schieder (1961), S.419 f.

<sup>12</sup> Vgl. Schieder (1964), S.357: „Alle Nationalismen der europäischen Völker haben ihren Ursprung in einem metapolitischen Bereich und sind erfüllt mit einem kräftigen Messianismus, ob es sich um religiöse Ideen vom auserwählten Volk wie in England oder um die humanitären Ideen der Französischen Revolution handelt.“



Gemeinschaftsgefühl mit einem geeinten deutschen Staat und einem geistigen-deutschen Zentrum, das als ein Heilfaktor für den verderbten Egoismus der gesamten Menschheit gelten und keineswegs nur „stereotype Feindbilder“ (Habermas) erzeugen sollte.<sup>13</sup> Wenn die Postulate der Kulturkoryphäen vom Range eines Fichte schon keine „Brücken“ darstellten für das Inferno in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, so leiteten sie die Entwicklung ein und machten die nationale Megalomanie und den Rassenwahn großer Bevölkerungsteile in Deutschland in ihrer Kontinuität erst möglich.<sup>14</sup> Preußendeutschland kann demnach, ohne diese geistigen Vorväter, für das nationalsozialistische Deutschland kein Steigbügelhalter für die hybriden kolonialen Pläne in Osteuropa sein. Schieder bescheinigt Fichte trotz seiner philosophischen Größe und der „Hypostase der Situation von 1808“ ein „Stück geistigen Unmaßes“.<sup>15</sup> Nur bedeutete der erwachende Nationalismus bis zu den „Freiheitskriegen“ noch keine von staatswegen proklamierte sittliche Gedankenhaltung, denn das napoleonische Frankreich konnte mit dem Pentarchiestaat Preußen seit dem Reichsdeputationshauptschluss 1803, mit dem das *Heilige Römische Reich Deutscher Nation* staatsrechtlich aufhörte zu existieren, zu einem Bündnis gelangen und erst die von Wilhelm aufgerufenen Volkskorps durften die nationale Eigenständigkeit mit erkämpfen.<sup>16</sup>

---

13 Vgl. Wundt (1927); vgl. Kohn (1950); vgl. Vossler (1937); vgl. Fichte (1944), S.86: „... dagegen wird der deutsche Geist neue Schichten eröffnen, und Licht und Tag einführen in ihre Abgründe, und Felsmassen von Gedanken schleudern aus deren die künftigen Zeitalter sich Wohnungen erbauen.“ Ebd., S.58: „Der Deutsche ist zuvörderst ein Stamm der Germanier überhaupt, über welche letztere hier hinreicht, die Bestimmung anzugeben, daß der im alten Asien aufbewahrten Religion zu vereinigen, und so an und aus sich selbst eine neue Zeit ... zu entwickeln.“ S.61: „Bedeutender aber, und wie ich dafürhalte, einen vollkommenen Gegensatz zwischen den Deutschen, und den übrigen Völkern germanischer Abkunft begründet, ist die zweite Veränderung, die der Sprache ... indem weit mehr die Menschen von der Sprache gebildet werden, denn die Sprache von den Menschen.“ Vgl. zu der Ansicht Habermas' bez. Hegel Fritz Fischer (1977), S.363: „Das klingt heute sehr nach der Diktion Hitlers (Fischer zitiert General Hellmut von Moltke in einer Rede vom September 1914 in der *Deutschen Gesellschaft* von 1914 wo Moltke unter anderem ausführte: „Eine günstige Weiterentwicklung der Menschheit ist nur durch Deutschland möglich.“, J.P. ). Es ist aber die Sprache des deutschen Idealismus, dessen Gedanken über die preußisch-deutsche Sendung wir schon bei Fichte und Hegel begegnen, gewiß mit Völker- und Rassenvernichtungsideen nicht zu verwechseln, aber in der Überschätzung der eigenen Kraft, in der Formulierung des deutschen Anspruchs, ja - geschichts-philosophisch begründet - des deutschen Auftrags zur Führung der Menschheit doch auch erschreckend für heutige Ohren, doch eine Brücke hin zu den, wenn auch gewiß rassistisch übersteigerten und brutalisierten Zielen Hitlers.“

14 Vgl. Fischer (1977), S.363; vgl. Ferro (1969), S.250.

15 Vgl. Schieder (1964), S.358.

16 Vgl. Giesen (1993).

## 7.2 Entwicklungslinien zu einem Verfassungsstaat in Deutschland. Nationalstaat versus Wirtschafts- und Verfassungsstaat

Diametral entgegengesetzt zu den Verhältnissen in Frankreich, wo eine gewisse Kontinuität auch nach der Restauration beibehalten worden ist, stellte sich das Deutschland der 39 Kleinstaaten dar. „Deutschland war zwar industrialisiert, nicht aber liberalisiert und demokratisiert worden.“<sup>17</sup> Die Rolle des Staates als Mentor und Motor der Industrialisierung in Deutschland und Kontinentaleuropa wurde im autoritären Preußen und dem wilhelminischen Deutschland ein nicht wegzudenkender Faktor. Preußen zeigt auf, dass es als autoritär-politischer Staat eine weitaus größere Wirtschaftsliberalität entwickelte, als das politisch-liberale Süddeutschland, wo auf wirtschaftlichem Gebiet die bürokratischen, obrigkeitstaatlichen Hemmnisse weitaus größer waren als in Preußen. Freilich waren hierbei liberalsoziale Prämissen unerlässlich, es musste der Preisverfall von technisch-industriell produzierten Produkten durch verstärkte Innovationsinvestitionen verhindert werden.<sup>18</sup> In England waren für den *take off* und die Entwicklung zum industriellen Staat, Faktoren und Indikatoren wie Virulenzzyklen und Fertilität der Bevölkerung, technischer Erfindungsreichtum, Arbeitskraftmobilität und -potential, Kapitalbildung und die Entstehung des Unternehmerstandes mitentscheidend. So war die Einrichtung des Polytechnikums (der Vorläufer der späteren Technischen Hochschule)<sup>19</sup> im süddeutschen Raum und in Preußen für die Entstehung eines örtlichen Unternehmerstandes ein bildungsmäßig-modernistisches Instrumentarium, das eine Transmitterfunktion für den technisch-industriellen Fortschritt, mittels des unternehmerisch tätigen Ingenieurs, bedeutete, ein von staatlicher Seite nicht zu unterschätzender Faktor für eine Hilfestellung zur Industrialisierung.<sup>20</sup> Dies alles waren unerlässliche Voraussetzungen für die bürgerlich-demokratische Revolution und ihre Forderung

17 Vgl. Wolfram Fischer (1961/72), S.291.

18 Vgl. Borchardt (1961), S.220 ff.

19 Vgl. Ringer (1969), S.35 f.

20 Vgl. Wolfram Fischer (1961/72), S.294: „Vor allem aber bekam hier die namenlose Mittelschicht der Ingenieure und Kaufleute zum großen Teil ihre berufliche Fortbildung.“ Vgl. Deane (1965), S.279 f.; vgl. Hintze (1970), S.139: „Die religiösen Motive aus der Zeit des Frühkapitalismus verlieren ihre Bedeutung; an ihre Stelle treten: der Glaube an den Fortschritt, der Wille zum Erfolg, ein unerschütterlicher Optimismus, ein bürgerlich-kapitalistisches Pflichtbewusstsein (das als Säkularisation ursprünglich religiös untermauerter Gefühle erscheint), aber auch skrupelloser Geschäftsgeist, bei aller Bedeutung der Person des Führers: Versachlichung des kapitalistischen Geistes, der die Ausbreitung des Systems erleichtert. Die Grundlagen bleiben in erster Linie Staat und Technik.“

nach einer Verfassung. Eine Insurrektion in Verbindung mit der „bürgerlichen Klasse“ sah der DDR-Historiker Karl Obermann, die, seiner Meinung nach, zu einem determinierten „Kampf“ um konstitutionelle Rechte führte.<sup>21</sup> Die Aufbruchphase und der Enthusiasmus der bündischen akademischen Jugend der Zeit nach den Befreiungskriegen und der Völkerschlacht bei Leipzig bis zu den metternichschen Karlsbader Beschlüssen, soll nicht geschmälert werden, nur vermochten sie keine alleinige Initialzündung zu sein, um den Fürsten Verfassungen abzurufen. Dass die parlamentarisch-konstitutionelle Monarchie und die Verfassungen von deutschen Staaten in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts nicht nur „Leistungen der Staatsregierungen aus integrationspolitischen Gründen darstellen“, ohne dass Forderungen und Reaktionen auf gesellschaftspolitischen Interessen und Interaktionsprozesse impliziert werden, während DDR-historische Abhandlungen die strategieüberlegende Maßnahmen der Meinungs- und Willensbildungen der absolutistischen Regierungen als „Konzession“ gegenüber Barrikadengewalt und Verfassungspostulaten verkennen, darauf verweist mit Recht Jürgen Kocka.<sup>22</sup> Die Verfassungsgebung kann somit als eine Prophylaxe gegen revolutionäre Umtriebe gedeutet werden. Reaktionärem Gutsbesitzer, dem eximierten Bürgertum und der hohen Staatsbürokratie gingen die über den modifizierten *Code civil*, und die auf deutsche Verhältnisse angepassten Stein-Hardenbergischen Reformen, zu weit und sie versuchten sie durch Obstruktion zu vereiteln.<sup>23</sup> Obwohl die bürgerlichen und adligen Besitzer der Latifundien auf Kosten der Bauernparzellen etwa vier Millionen Morgen Land für ihre Rittergüter im Laufe der Agrarreform nach 1807 in den preußischen Territorien dazuerhielten, konnten mittels Landentschädigungen, Bauernlegen, Erwerb von Bauerngütern, Entschädigung für die Aufhebung der „Erbuntertänigkeit“ in Ostpreußen im Tausch gegen die freie Verfügung über die Bauernliegenschaften, die Regulierungen von 1808 wohl durchgesetzt werden. Nur wurden beispielsweise die Gemeindeländereien zum größten Teil an Rittergutsbesitzer verteilt, dieser am Ende des 18. Jahrhunderts nicht mehr einheitlichen Klasse, denen die Vorteile der Agrarreformen vornehmlich in den Schoß fielen. Im Jahre 1800 waren 745 preußische Rittergüter in bürgerlicher Hand.<sup>24</sup> Nach der friderizianischen Ära, seit dem Allgemeinen Landrecht (ALR) und vor dem Stein-Hardenbergischen

21 Vgl. Obermann (1967), S.149-250.

22 Vgl. Kocka (1974), S.49-65.

23 Vgl. Bleiber (1976/80), S.71: Die „Gutsherrliche Polizei und Patrimonialgerichtsbarkeit waren unangetastet geblieben.“

24 Vgl. Martiny (1938), S.114 f.

Reformwerk, konnten auch Bürgerliche mit Genehmigung des Staates, die selten verweigert wurde, Rittergüter erwerben.<sup>25</sup>

Hierbei verwischen sich die Standesgrenzen aufgrund ökonomischer Sachzwänge derart, dass Adlige bürgerlich-handwerkliche Berufe ergriffen (wie das Beispiel Berlin und der Hansestädte zeigt) und infolge der Restriktionen des ALR und später nach dem Wiener Kongress, der ein zähes und nur sukzessives Erfüllen der Reformen nachsichzog, keine eheliche Verbindungen mit „Bürgerlichen“ eingehen durften.<sup>26</sup> Und trotz der Bauernbefreiung der Reformen von 1807 verlangten beispielsweise in Schlesien die Rittergutsbesitzer für die Beseitigung der Erbuntertänigkeit der Bauern 50 Millionen Thaler Kompensationszahlungen von seiten des Staates.<sup>27</sup> Das Scheitern der Stein-Hardenbergischen Reformen und der geplante Verfassungskonstrukt können somit nicht monokausal, ursächlich wegen einer Administration, die als Mittel der Gegenwehr die Obstruktion gegenüber den Weisungen Hardenbergs zu einer Konstitution missachtete, begründet werden. Obwohl beachtet werden muss, dass nach Hardenbergs Tod die Ministerialen eine preußische Nationalrepräsentation verhinderten. Hier ergab sich in dem bürokratischen Spitzenbeamtenamt ein Wechsel und zurückdrängen des loyalen hardenbergischen Beamtenums.

Zu den Vorreformern gehörte Rudolf von Bischofwerder, Leiter des preußischen Außenministerressorts und Johann Christoph von Wöllner, Staats- und Justizminister, mit deren Demission eine neue Reformpolitik begann und in deren Folge durch das Revirement, die Reformpartei die Richtlinien bestimmte. Ein retardierendes Moment, auf die Verwaltungsanordnungen, Erlässe, Dekrete und Reformedikte restriktiv reagierendes Beamtenamt, blieb die sozial-arriivierte, höhere Bürokratie.<sup>28</sup>

25 Vgl. Koselleck (1975b), S.168-187. Ebd., S.170: „Die Verschuldung der Rittergüter stieg im letzten Jahrhundertdrittel laufend an und die Kapitalgeber befanden sich weitgehend im Lager des Bürgertums. (...) Die Standesgrenze zwischen Adel und der kapitalkräftigen bürgerlichen Oberschicht war wirtschaftlich sozusagen osmotisch geworden.“

26 Vgl. Jürgen Bergmann (1980), S.156 f.; vgl. Martiny (1938); vgl. Gillis (1968), S.192 f.; vgl. Koselleck (1975a), S.181 f.; vgl. Hintze (1916); vgl. von Lancizolle (1846), S.478 ff.

27 Vgl. Schissler (1978), S.91 f. Seit dem Ende des 18. Jahrhunderts war es Bürgerlichen erlaubt Rittergüter bis zu einer gewissen Größe zu erwerben. Die preußische Ablösungsordnung vom 7. Juli 1821 brachte die neue Schicht des Großbauern hervor und ermöglichte den ehemaligen landesherrlichen Dömanenbauern das Ablösen der Feudalrente ohne große Landeinbuße. Vgl. Harnisch (1977), S.113.

28 Vgl. Ernst Rudolf Huber (1957); vgl. ders. (1960), S.100: „Immerhin ist es bemerkenswert, daß die Träger der späteren Reform zum großen Teil nach 1806 nicht als 'neue Männer' aufstiegen, sondern längst in staatlichen und militärischen Spitzenämtern standen.“ Vgl. Obenaus (1974), S.247: „Die Ausschaltung Hardenbergs von den Verfassungsarbeiten und dann sein Tod hatten einen Wechsel in der Ministerialverwaltung zur Folge, der eine neue Führungsgruppe in ent-

Dabei sollte man den Blickwinkel nicht verengen und erkennen, dass die Reformpolitik, im Gegensatz zur tradierten historischen Entwicklung in Europa, wie die Konstitutionalisierung der Gewaltenteilung und das Erstarken des Dritten Standes unter einem absolutistischen Ancien Régime, mit der Industrialisierung von „oben“ verordnet wurde.<sup>29</sup>

Die Zielsetzung einer preußischen Nationalrepräsentation galt als zu liberal. Fiskalische Probleme und „Finanzschwierigkeiten“<sup>30</sup> führten bei den Staatsregierungen mit monarchischer Legitimation zu Verfassungsüberlegungen, die allerdings durch die sozialpolitischen Flächenbrände der Auswirkungen der süd- und mitteleuropäischen Revolutionen, die Prämissen für konstitutionell-liberale Reformen immer mehr erschwerten.

Auch der drohende preußische Staatsbankrott von 1818 führte (kontrapunktisch das Prosperitätsjahr 1818 in England) zu einer wirtschaftspolitischen Liberalisierung.<sup>31</sup> Neben teuren Staatsanleihen, und einem an gesamtdeutschen Plänen orientierten Zollgesetz für ein in Enklaven zerrissenes Staatsgebiet von etwa 10 Millionen Menschen, trafen diese Bedingungen zu.<sup>32</sup> Der Kapitalmangel spielte dagegen wohl nur einen untergeordneten Hilus für die industrielle Entfaltung Deutschlands. So betrug die Nettoinvestitionen für den Hausbau im Gebiet des deutschen Zollvereins jährlich etwa 90 Millionen Thaler, was etwa zu 75% das Gesamtvermögen der Textilindustrie ausmachte.<sup>33</sup>

Verfassungsentwicklung und Staatskredite bildeten unmittelbar eine Compliance am Beginn des Zustandekommens der deutschen Verfassungen. Die Staatsverschuldung Württembergs in Höhe von 18 Millionen Gulden bis zum Jahre 1818 und Bayerns in der Summe von 131.700.000 Gulden bis 1831 beschleunigten die Verfassungsgesetzgebung, in der ausdrücklich keine Bedingungen und Vorbehalte mit Zustimmung zum Staatsetat seitens der verfassungsmäßigen Kammern verbunden war.<sup>34</sup>

---

scheidende Positionen brachte. Die Beamten, die Hardenberg mit der Ausarbeitung einer Verfassung beauftragt hatte, waren nicht mit denen identisch, die diese schließlich verhinderten.“

29 Vgl. Bleiber (1976/80), S.66-87; vgl. Gerschenkron (1952), S.71 f.

30 Vgl. Obermann (1967), S.247.

31 Vgl. Crouzet (1962), S.192; vgl. Gayer et al. (1953), S.111-112.

32 Vgl. Klein (1956); vgl. Treue (1970).

33 Vgl. Borchart (1961), S.218.

34 Vgl. Obenaus (1974), S.252 f., S.249: „Bezieht man auch die preußischen Verfassungsarbeiten aus den Jahren 1819 und 1820 ein, die sich ebenfalls am Vorbild der Charte und der bereits vorliegenden süddeutschen Verfassungen orientierten, so erkennt man eine mehr oder weniger einheitliche Grundrichtung in der Mehrzahl des Deutschen Bundes, die die Fragen nach den Bedingungen und Ursachen nahelegt.“

### 7.3 Die deutsche „Sonderweg“ - Debatte, ein Vorläufer des Historikerstreits

Der Deutsche Bund hielt die Erinnerung an das *Heilige Römische Reich Deutscher Nation* wach, und durch seine Existenz blieb die Forderung der deutschen unitarischen Bewegung nach einem Großdeutschland augenscheinlich. Mit der Zerschlagung des Deutschen Bundes durch preußische Truppen in den Kriegen von 1864-1866, der Besiegelung der kleindeutschen Lösung bei Königgrätz und der Gründung des bismarckschen Deutschen Reiches durch Sanktion von oben war die Lösung der deutschen Frage unabhängig von einer demokratischen Verfassungsgebung geregelt. „Ideengeschichtlich betrachtet ist das antidemokratische Denken keine Erfindung der zwanziger Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts. Deutschland hatte im Jahre 1848 den Anschluß an die liberal-demokratische Entwicklung in Europa verpaßt, und es errang seine nationale Einheit nicht unter dem Banner demokratischer und liberaler Parolen ...“<sup>35</sup>

Der deutsche Nationalstaat wurde ohne die Mitwirkung des Vielvölkerstaates Österreich von der Großmacht Preußen geschaffen. Die militärische Lösung war dabei das Mittel der Wahl zur Erlangung der deutschen Einheit, was Jacob Burckhardt die „Große deutsche Revolution“ genannt hatte.<sup>36</sup> Das preußisch-deutsche Militär sollte die Zukunft dieses neuen *Nationalstaates* garantieren und die Glorifizierung des militärischen Apparates wurde zu einem Garanten für den Bestand und, mit zunehmender industrieller Wirtschaftskraft des Reiches, auch zu einem unverzichtbaren Faktor und Antrieb für die Ausweitung der territorialen Basis. Der deutsche Dualismus wich endgültig seit Wilhelm II. einer auf Gedeih und Verderb beschworenen Allianz der beiden deutschen Staaten. Die partiell mit französischen Reparationen von fünf Milliarden Goldmark angekurbelte wirtschaftliche Entfaltung des Deutschen Reiches, und vor allem der Anschluss des „Reichslandes“ Elsass-Lothringen, trug den Keim für eine französisch-deutsche Revanche und einen kommenden europäisch-kontinentalen Krieg in sich.

Heinrich von Treitschke forderte ein mächtiges Militär als innenpolitischen Apparat und für die imperialistischen Ziele, die einen Nachholbedarf an Kolonien gegenüber den anderen europäischen Großmächten darstellten. Er wurde hier von dem Alldeutschen Verband, der seit 1894 von Heinrich Claß geleitet wurde, noch übertroffen.

<sup>35</sup> Sontheimer (1962), S.42.

<sup>36</sup> Vgl. Jacob Burckhardt, S.248: „Endlich machte die preußische Regierung und Armee die große deutsche Revolution von 1866. Dies war eine abgeschnittene Krisis ersten Ranges. Ohne dieselbe wäre in Preußen das bisherige Staatswesen mit seinen starken Wurzeln wohl noch vor-

Als Vollender der deutschen Reichseinigung galt deutschen Historikern Adolf Hitler.<sup>37</sup> Wilhelm Mommsen zitiert in seinem systemkonformen Aufsatz aus dem Jahre 1943 einen Redebeitrag Hitlers. Bismarck „habe ‘die Voraussetzungen gegeben für Großdeutschland’ und auch den Grundstein gelegt für den nationalsozialistischen Einheitsstaat“, äußerte Hitler in einem von Mommsen ausgewählten Redezitat.<sup>38</sup> Mommsen erklärt dabei ausdrücklich, dass der „kleindeutsche Staat Bismarcks“ die „Vorstufe“ für das „Großdeutsche Reich“ sei, wie einst der friderizianische Staat den „Kern für Bismarcks Reichsgründung“ gebildet habe.<sup>39</sup> Hitler gilt demnach Wilhelm Mommsen, im historischen Kontext, als Vollstrecker einer sich vollendeten Entwicklung und unter Vorbehalt, analog zu dem Verhältnis einer synkretistischen Religion zu ihrem Propheten, als der Einlöser großdeutscher Forderungen und „völkischer Messias“ Großdeutschlands.<sup>40</sup>

Wenn ein *Sonderweg* vorausgesetzt wird, so muss es zwangsläufig einen „Normalweg“ geben. Ernst Nolte weist auf den Zusammenhang dieser Existenzbedingung eines *Sonderwegs* einer Nation hin.<sup>41</sup> Dabei hinterfragt er kritisch die „These“ eines deutschen Sonderwegs. Fragwürdig ist seiner Meinung nach die Anschauung, dass es eine nationale deutsche Sonderentwicklung gebe, vor allem:

a) da bei anderen europäischen Nationen „explizit oder implizit Sonderwege“ zu beobachten waren, die nicht nur Spanien, Italien und Polen betreffen, sondern auch bei der englischen und französischen Nation aufgezeigt werden können; b) weil die parlamentarische Entwicklung zur Demokratie Englands und Frankreichs nicht

---

handen, aber eingeengt ... jetzt überwog die nationale Frage die konstitutionelle bei weitem.“ Vgl. Ritter (1954), S.21 ff.

37 Vgl. Wilhelm Mommsen (1943), S.363: „Das friderizianische Wesen bedeutet noch mehr als die geschichtliche Tatsache, das Bismarcks Staat den Kern bildete, an dem die Gründung des Großdeutschen Reiches anknüpfen konnte. (...) Und ist es nicht sinnbildlich, daß Adolf Hitler seine Regierung am Sarge Friedrichs begann und in dem großen Kriege unserer Tage mehrfach davon sprach, daß heute ein ‘friderizianisches Deutschland’ fechte?“

38 Ebd., S.356.

39 Ebd., S.363.

40 Ebd., S.358: „Er (der Deutsche Bund, J.P.) mußte deshalb - seine ganze Geschichte hat das gezeigt - die völkische Kräfte, die 1813 zunächst aufbrachen, niederhalten und bekämpfen.“ Vgl. Craemer (1938), S.658: „Auf dem Nürnberger Parteitag hat der Führer für das neue germanisch-deutsche Reich das Erbe des alten Reiches und seine Überlieferung in Anspruch genommen. Dieses Reich wird getragen ganz und allein vom Volk, es vertritt zugleich das Recht im natürlichen Lebensraum. Jene alte Spannung zwischen dem nationalen und dem imperialen Umkreis deutscher Geschichte ist aufgehoben, seitdem auf den Zusammenbruch Altösterreichs die Einheit Großdeutschlands folgte.“

41 Vgl. Nolte (1982), S.34-39; vgl. Faulenbach (1980); vgl. ders. „Deutscher Sonderweg“ (1981), S.3-21.

als Regel, sondern als Ausnahme von derselben angesehen werden müsse;

c) und es zudem „gute Gründe“ für die Annahme gebe, dass der Begriff „bürgerliche Revolution“ ein Mythos, eine „Legende“ sei, da die Bezeichnung Revolution als historischer Begriff nachträglichen Manipulationen ausgesetzt sei. So wurden die demokratischen und moralischen Werte der amerikanischen Revolution im Süden des Landes missachtet und die „Glorreiche Revolution“ in England unterscheidet sich von dem Umsturz Cromwells vier Jahrzehnte zuvor. Die Industrialisierung (Nolte nennt sie die „Industrielle Revolution“) in England ist gegenüber der ökonomischen Entwicklung auf dem Kontinent eine Sonderentwicklung gewesen. Zeitgenössische Autoren, wie Sir James Steuart, waren keineswegs der Meinung, so Nolte, dass England ein Musterstaat für Europa sei. Typisch englisch waren, nach den von Nolte zitierten Zeitzeugen, demzufolge der Pauperismus und das Freihandelssystem. Nolte erwähnt als Zeugen für die englische Sonderentwicklung noch John Stuart Mill, der die englische Entwicklung als singulär, und zwar in einem „negativen, nämlich insularen Sinne“, bezeichnete. Auch Frankreich ist, wie Ernst Nolte zutreffend erwähnt, keinen stringenten „Normalweg“ gegangen. Nicht nachzuvollziehen ist jedoch seine These von einem „Inferioritätsgefühl“ der französischen Aufklärung, das sich durch das gesamte 19. Jahrhundert fortsetze. Nolte beruft sich auf Gustave Le Bon und die französischen Enzyklopädisten, die von einem „Inferioritätsgefühl gegenüber England und Preußen“ geleitet worden seien.<sup>42</sup> Die Revolution von 1789 brachte für Frankreich zunächst gewiss eine Sonderentwicklung mit sich, nur sollte sich die Geschichte der revolutionären Umgestaltung Frankreichs hin zu einer bürgerlichen Demokratie nicht als singulär erweisen. Hierin liegt die Ungleichartigkeit zu der deutschen historischen Entwicklung seit dem 19. Jahrhundert, die in die Machtübernahme des Nationalsozialismus einmündete und vielleicht auch in einem gewissen Sinne kulminierte und in Bezug zur Entwicklung der parlamentarischen Demokratie, wie zu demokratischer Formen überhaupt, kein Vorbild für andere Nationen sein konnte.

Für Bracher sind es vor allem die Motive einer spezifisch-historischen Sichtweise die zu der Kritik an dem Begriff *Sonderweg* führen - Gegenargumente einer historischen Interpretation die behauptet, dass jede Nation einen Sonderweg aufweise und die einen *circulus vitiosus* beinhaltet.<sup>43</sup> Bracher verwendet die Bezeichnung „deutscher Sonderweg“, allerdings will er diesen Begriff konsequent auf die Jahre 1933-

42 Nolte (1982), S.34 ff.; vgl. Ringer (1969), S.81. Das deutsche „Mandarinentum“ empfand, nach Ringer, die französische Aufklärung, besonders nach 1890, als „seicht und flach“ und in ihrer Tendenz als „utilitaristisch“.

43 Vgl. Bracher (1982), S.46-53.



1945 beschränkt wissen, denn vor 1933 könne man nur von einem deutschen „Sonderbewusstsein“ sprechen. Die These vom deutschen Sonderweg ist für Michael Stürmer „wissenschaftstheoretisch ungesichert“.<sup>44</sup> Die historisch-politische und gesellschaftliche Entwicklung wird in europäischen Staaten idealisiert und ein „Sonderweg“ für Deutschland vorausgesetzt, obwohl es, worauf Nolte hinweist, viele Sonderentwicklungen in Europa gegeben hat.<sup>45</sup>

Nach Stürmers Meinung bestimmten Sachzwänge die Kriegszielpolitik des wilhelminischen Deutschland im Ersten Weltkrieg, es sei das Motiv gewesen die *Mittellage* ein für alle mal durch eine Vorherrschaft über Mitteleuropa zu beseitigen.<sup>46</sup> Die Jahre der Zwischenkriegszeit der Republik von Weimar seien von dem Offenhalten der Optionen einer möglichen West- und Ostorientierung geprägt gewesen, die, außer im wirtschaftlichen Bereich, wo eine Anlehnung an den Westen zu konstatieren war, in dieser Hinsicht unentschieden geblieben sei. Die UdSSR war zu diesem Zeitpunkt allerdings keine Großmacht und sie ist erst mit der Ostorientierung Deutschlands und dem Ausbau von Rapallo aufgewertet worden, wie ich meine. Stürmer geht sogar so weit, dass er die Rassenideologie des Dritten Reiches als ein Werkzeug für ein endgültiges Aufbrechen der Mittellage hin zum „Weltreich“ ansieht.

Klaus Hildebrand ist der Meinung, dass von einem deutschen Sonderweg ins Dritte Reich keine Rede sein könne und „dass nationale Eigenwege das Europäische Europas ausmachen“.<sup>47</sup> Wie für Stürmer, macht für ihn die geographische *Mittellage* und das Fehlen „natürlicher Grenzen“ das Fatum Deutschlands aus, das seit 1871 zu „stark“ gewesen sei „um sich in die Balance Europas einzufügen“, aber nicht mächtig genug um es zu hegemonisieren.<sup>48</sup> Es bleibt aber im Jahre 1984 für Hildebrand die Möglichkeit bestehen, ob nicht durch künftige Forschungsergebnisse, „beispielsweise durch Vergleiche mit dem stalinistischen Russland“ und dem „kambodschanischen Steinzeitkommunismus“, sich eine „Historisierung der Hitler-Zeit einstellen wird“.<sup>49</sup>

Als Vertreter der Sonderwegsthese nennt Kurt Sontheimer Ursachen, die zu einer Ablehnung dieses Begriffs und zu einer pejorativen Bewertung des Begriffs *Sonderweg* geführt haben, der von den Kritikern auch als „Sonderwegs-Ideologie“ in Verruf gebracht worden ist. Kurt Sontheimer ist der Meinung, dass in Deutschland nach

44 Vgl. Stürmer (1982a), S.40-45; vgl. Stürmer (1982b), S.70-72.

45 Vgl. Wolfgang J. Mommsen (1986), S.309.

46 Stürmer (1982a), S.41 f.

47 Hildebrand (1984), S.393.

48 Ebd., S.389-392.

49 Ebd., S.393.

drei Jahrzehnten der Historismus als Idee seit Anfang der 80er Jahre wieder an Bedeutung gewinne.<sup>50</sup> Das schließt den Vorwurf der Relativierung ein, den Sontheimer erhebt, und er ortet zwei Gruppen von deutschen Historikern und Interpreten der Zeitgeschichte, denen an solch einer Revision des Geschichtsbildes gelegen sei. Da sind einerseits renommierte Wissenschaftler wie Thomas Nipperdey auf eine Wiederbelebung eines traditionellen Historismus aus, während ein anderer kleiner Teil von Historikern, der laut Sontheimer für die deutsche Historiker-Zunft nicht repräsentativ und eher nationalkonservativ ausgerichtet sei, ihre Kritik und Infragestellung der Sonderwegsthese zum Zwecke genereller moralischer Absolution und Exkulpierung deutscher Verfehlungen in der Vergangenheit, schlussendlich zur Entlastung der Deutschen äußern. Die „historische Haftung“ für die nationalsozialistische Vergangenheit und die daraus resultierende politische Schuld soll, nach dem Willen von Teilen der deutschen Historiker, somit aufgehoben und beseitigt werden. Daneben macht Sontheimer politisch-kulturelle Strömungen in der Bundesrepublik zu Anfang der 80er Jahre aus, die sich an den Nationalbolschewismus der Weimarer Republik anlehnen und linksnationalistische und altkonservative Tendenzen in ihrem Ziel der westlichen Kulturkritik vereinigen. Diese Tendenzen seien mehr oder weniger latent in einer Tradition der Ablehnung und Kritik „an der materialistischen und kapitalistischen Zivilisation des Westens und seiner Führungsmacht USA“ zu sehen, da hierin die Aufgabe eigener nationaler Identität verstanden werden würde. Neben der Kritik an der Hinwendung Westdeutschlands zu dem *American way of life* kommt noch das neu erwachte Interesse an Preußen hinzu, die zahlreichen Publikationen zu diesem Thema und die vielbesuchte Preußenausstellung sind für Sontheimer ein Indikator für ein sich wandelndes Verständnis in der Bundesrepublik. Schon zu Beginn der 80er Jahre waren somit die späteren Streitpunkte im Historikerstreit schon vorgegeben.<sup>51</sup>

Das Ausbleiben einer erfolgreichen bürgerlichen Revolution in Deutschland und die „Langlebigkeit des Obrigkeitsstaats“<sup>52</sup> wird, so Heinrich August Winkler in seiner Reflexion zur Sonderweg-Debatte, vor dem Hintergrund der deutschen Katastrophe von 1945 interpretiert. Nach Winkler bestimmen die Reichsgründung, die eine Revolution von oben bedeutete, und die Rolle der ostelbischen Junker das Verhängnisvolle der deutschen Geschichte. Aufgrund der geographischen Lage, der Mittellage, mussten die hegemonialen Ambitionen scheitern und zudem entsprach der Sonderweg dem „Glaubensbekenntnis“ des deutschen Bürgertums.

Bernard Willms spricht dabei von einer „Konstruktion“ der „These vom deutschen

<sup>50</sup> Vgl. Sontheimer (1982), S.27-33.

<sup>51</sup> Vgl. Loewenstein (1989), S.78 f.

<sup>52</sup> Winkler (1981), S.795.

Sonderweg' die „trivial“ sei,<sup>53</sup> da sie den „politischen Interessenkonstellationen“ der „Sieger“ von 1945 entspräche, von denen die Parole ausgegeben worden sei, dass die Deutschen keine „eigentliche bürgerliche Revolution“ gehabt hatten.

„In diesem Zusammenhang wurde den Deutschen auch ein neues Geschichtsbewusstsein verordnet, zu dem folgende Konstruktion gehörte: Die Deutschen haben, im Gegensatz zu Engländern und Franzosen, keine eigentliche bürgerliche Revolution gehabt.“<sup>54</sup>

Dabei greift Willms auch hier und da zu Gemeinplätzen und Vereinfachungen wenn er die Aussage trifft, dass die Reichsgründung von 1870/71 „neben der Rivalität Englands auch die nationale Selbstbehauptung von Seiten Frankreichs und Russlands auf den Plan gerufen“ habe.<sup>55</sup> Den Begriff *Sonderweg* lehnt Willms mit dem Hinweis ab, dass nicht jeder Staat sich nach dem Vorbild der angloamerikanischen und französischen Demokratie entwickelt habe, und diese Länder seien zudem kein Maßstab schlechthin.<sup>56</sup>

Eine Kausalkette bis hin zum 30jährigen Krieg und den Auswirkungen der Religionskriege zu bilden, wie es William Shirer in seinem Buch „Aufstieg und Fall des Dritten Reiches“ darstellt, ist wenig nachvollziehbar und nicht intelligibel, nur ist deshalb die These der Ableitung des Nationalsozialismus aus der preußisch-deutschen Geschichte nicht a priori zurückzuweisen.<sup>57</sup> Die Kontinuitätsproblematik

53 Vgl. Willms (1982), S.136.

54 Willms (1984), S.4.

55 Willms (1984), S.7.

56 Vgl. von See (1987), S.343 f.: „Ob es etwas wie einen politischen 'Sonderweg' der Deutschen gegeben habe - erklärbar aus dem Fehlen einer bürgerlichen Revolution und dem Fortbestehen vorindustrieller Machteliten -, darüber ist neuerdings viel gestritten worden. Schneller einigte man sich auf den Begriff eines deutschen 'Sonderbewußtseins', von dem sich allerdings nur sagen läßt, daß es sich um ein ziemlich diffuses, schwer definierbares Ideenkonglomerat zu handeln scheint, das im Laufe der Zeiten zusammenwächst, seine volle politische Aktivität aber erst mit dem Schock des Jahres 1914 gewinnt ...“ Überinterpretiert und sicherlich nicht von treffender Prägnanz ist Hennigs Aussage, - Hennig (1988), S.68: „Die Wahl der Geschichte und insbesondere die Diskussion über den 'Nationalsozialismus in der deutschen Geschichte' (Thamer) zeigen an, daß der - modifiziert zu verstehende - Sonderweg, der 1933 als Ziel hatte, auch Mitte der 80er Jahre insoweit noch prägende Kraft hat, als er es der 'Wende' 'auferlegt', sich in spezifisch legitimatorischer Form auf die deutsche Diktatur zu beziehen und von diesem Punkt aus ihr Deutungsmuster vorzutragen.“

57 Vgl. Shirer (1961), S.88: „Er (Hitler, J.P.) wollte seine Rasse reinigen. Er wollte ein auserwähltes Volk einigen, das niemals vorher eine politische Einheit gebildet hatte. (...) Denn Hitlers Gedankengänge und Passionen - alle Verirrungen seines fieberhaft tätigen Gehirns - waren tief verwurzelt in der deutschen Vergangenheit und Gedankenwelt. Der Nationalsozialismus und das Dritte Reich waren in der Tat nur eine logische Fortsetzung deutscher Geschichte.“ Vgl. Broszat (1987). Die umfassende Kritik an Shirers Werk „Aufstieg und Fall des Dritten Reiches“ artikuliert Broszat, indem er dessen Buch folgendermaßen einordnet: ebd., S.175: „... anderswo aber verläßt ihn alle Kenntnis, die Darstellung strotzt von Unwissenheit und törichtem Re-

der deutschen Geschichte kann man allerdings nicht nur dem preußisch-deutschen Militarismus anlasten. Dennoch sind gewisse genuine Grundzüge und Parallelen des 19. Jahrhunderts in Deutschland hin zum NS-System nicht von der Hand zu weisen, sondern, um mit Hans Rothfels zu sprechen, sie stellen eine gewisse *Nachfrucht* eben dieser Zeit in Deutschland dar.<sup>58</sup> Der bis dahin exaltierte Nationalismus einer sich spät konstituierenden Nation verband sich mit dem Rassenbiologismus zu einer neuen Form einer Ideologie, des Neologismus der „Herrenrasse“ und der seit dem Ende des 19. Jahrhunderts in Deutschland bestehenden *Rassenhygiene*.<sup>59</sup> Das „aufgeartete“ Deutschland sollte dann unverhohlen als Fernziel, wie es ein Visionär, ein von den Nazis eingennommener Gründervater und von den Rechtskonservativen der Weimarer Republik beanspruchter Mentor, Moeller van den Bruck, beschrieb, „seinen politischen Anteil an der Erdherrschaft erobern“.<sup>60</sup>

Arno Klönne erwähnt somit auch zu Recht, dass die ‚Vollendung‘ dieser deutschen ‚Nationalgeschichte‘, keinen Bruch zur Nationalgeschichte darstelle.<sup>61</sup> Als Integrationsbrücke zum Nationalsozialismus und der deutschen Geschichte der letzten 200 Jahre erwiesen sich gewisse preußische Sekundärtugenden, die im NS-Staat missbraucht wurden.

Sicherlich war im deutschen Kaiserreich der Hohenzollern der Nationalsozialismus noch nicht umfassend, in Hinsicht auf einen eugenisch-rassenhygienischen, mit Schädelmaßen, „Typendiagnostik“, „Brachykephalie“, Dolichocephalie“ und biometrischer Analyse ausgestatteten Arierkult (die Germanenidee begann erst während des Ersten Weltkrieges politische Formen anzunehmen), antizipiert worden.

---

densarten. Sh. erweist sich als Fachmann für zahlreiche Vorgänge aus nationalsozialistischer Zeit, enthüllt aber zugleich eine ‚in kaum glaublichem Maße primitive Gesamtansicht deutscher Geschichte‘ (Klaus Epstein).“<sup>58</sup> Vgl. Rothfels (1953), S.370; vgl. Moeller van den Bruck (1933), S.330 f.

<sup>59</sup> Vgl. Peter Emil Becker (1988); vgl. Weingart et al. (1988).

<sup>60</sup> Vgl. Rothfels (1953), S.370: „Man kann den Nationalsozialismus trotz seiner betonten Ablehnung aller Überlieferungen eines liberalen und demokratischen Jahrhunderts sehr wohl als Nachfrucht - oder, um in der Sprache des Regimes zu reden -, als ‚entartete‘ Nachfrucht eben dieses Jahrhunderts verstehen. So wurde der nationale Egoismus, der gewiß eine Grundkraft der modernen Geschichte ist, zum Anspruch der Herrenrasse verabsolutiert.“; vgl. van den Bruck (1933), S.330 f.: „Ja so soll es sein: als neue Rasse, als ein neuer Grundsatz auf Erden, in einem Volke zu einem einheitlichen Nationalcharakter verkörpert, muß das Deutschtum sich seinen politischen Anteil an der Erdherrschaft erobern, wie es sich seinen zivilisatorischen, von Hamburg bis Saloniki, heute schon und täglich mehr und mehr erobert! Und nur in diesem Sinne wird man dann sagen können, daß die Schöpfung Bismarcks die Schöpfung Karls des Großen fortsetzt und in ein Drittes Reich hinüberleitet, wo es der Rasse und Rassigkeit dadurch zu siegen gelingt, daß sie zunächst einmal eine geschlossene Nation darstellt.“ Ebd., S.328: „Politisch jedoch sind Germanentum und Deutschtum durchaus unverbunden. Scharf scheidet sich das Römische Reich Germanischer Nation, wie es füglich heißen müßte, und das Deutsche Reich Deutscher Nation, wie dasjenige heißt, in dem wir heute leben.“

<sup>61</sup> Klönne (1984), S.45.

Das Wilhelminische Kaiserreich bevorzugte den romantisch-historisierenden Nationalismus, der das Ario- und Germanophile absorbierte. Der Staatsbürger wurde schon in der Schule für einen unkritischen exaltierten Nationalismus und für die Ablehnung von fremden Kulturen geradezu konditioniert. Die Rolle die hierbei für das Zustandekommen einer solchen „erziehenden“ Unterrichtsform die Herbartianer spielten, beruht auf der von Haeckel modifizierten Kulturstufentheorie. Diese didaktischen Theorie war im Lehrplan abgesichert. Die Kulturstufentheorie der Herbartianer ging von einer mehrphasigen psychischen Entwicklung des Kindes aus, die die kulturanthropologische Entwicklung der Menschheit widerspiegeln. Das Kulturstufenkonzept wurde auf den pädagogischen Unterricht übertragen. Ernst Haeckel, der Mitbegründer des *Deutschen Monistenbundes*, der die Deszendenztheorie Darwins und die Lehre von der natürlichen Selektion in Deutschland popularisierte (in den protestantischen Bundesländern stand seine *Natürliche Schöpfungsgeschichte* sozusagen Ende des 19. Jahrhunderts in jedem Lehrerbücherregal) stellte das „biogenetische Grundgesetz“ auf.<sup>62</sup> Ernst Haeckel der, wie Houston Steward Chamberlain ihn nennt, moderne Moses, popularisierte und entwickelte die Ideen Darwins in „sozialdarwinistischer“ Hinsicht weiter.<sup>63</sup>

62 Vgl. Peter Emil Becker (1988), S.114; vgl. Haeckel (1923); vgl. Weingart et al. (1988), S.76-78, S.90; vgl. Heinz Siegel (1950), S.90-92, S.174-178.

Am 11.1.1906 wurde der DMB unter dem Ehrenvorsitzenden Ernst Haeckel gegründet. Haeckels „unerwartet große[r] Erfolg der 1899 erstmalig erschienenen ‚Welträtsel‘“ und der ‚30 Thesen zur Organisation des Monismus‘ für den 1904 geplanten Internationalen Freidenkerkongress“ (Siegel, S.90), gab für die Gründung des *Deutschen Monistenbundes* (DMB) den unmittelbaren Anlass. Die „Ablehnung jeden Kirchentums“ hatte sich schon mit seinem „Altenburger Vortrag“ von 1892 gezeigt (ebd.). An die Stelle der christlichen Religion lässt Haeckel die „reine Vernunftlehre und -erkenntnis der monistischen Philosophie“ treten (S.91). Seine 10. These des Altenburger Vortrages „lehnt den Schöpfungsbegriff und die mystische Annahme eines persönlichen Schöpfers und eine sittliche Weltordnung und göttliche Vorsehung ab“ (ebd.). In seiner 17. These spricht er sich gegen die Unsterblichkeit der Seele aus und bezeichnet den Menschen nur als das Ergebnis der „Gehirnfunktion“ von physio- und psychologischen Gesetzen. In seiner 18. These proklamiert Haeckel den Glauben an den Determinismus der Geschichte, „da der Wille nur eine physiologische Funktion“ habe (Siegel, S.92). Gott wird als „letzte unerkennbare Ursache aller Dinge“ bezeichnet, der Monismus als ein Band und Verbindungsglied zwischen Religion und Wissenschaft gesehen. Der Bremer Pfarrer Albert Kalthoff wurde 1. Vorsitzender des DMB, der die Trennung von Staat und Kirche, wie sie Haeckel in seiner 23. und 24. These forderte, vollziehen sollte. Ebd., S.175: Haeckel knüpfte an die Überlegungen an, die „Spinoza über Substanz und Gott gemacht hat.“ Haeckel weicht aber entschieden von Spinoza ab, indem er Gott eine „Trinität von Attributen“ zuerkennt, dort wo Spinoza nur von „zwei unendlichen Eigenschaften Gottes“ spricht. Vgl. Haeckel (1919).

63 Vgl. Chamberlain (1925), S.72: „Darwins Theorie der natürlichen Züchtung ist nach kaum einem Menschenalter von allen kompetenten Naturforschern als gänzlich unzureichend erkannt worden; ... es brauchte nur der rechte Baumeister zu kommen, der mit demselben Mate-

Der Gruppennarzissmus und der Nachholbedarf eines deutschen Patriotismus und einer sich spät konstituierenden Nation ist allerdings nur teilweise verständlich und kann beispielsweise für die Erklärung der deutschen Kriegszielpolitik des Ersten Weltkriegs und der angestrebten Hegemonie über Europa nur bedingt als ein Faktor miteinbezogen werden.<sup>64</sup>

Die autokratische Struktur des Schulwesens basierte auf einem quasi militärischem Schuldrill. Nach einem strengen hierarchischen Ritual, der „Disziplin“, wurde über 250 Jahre an den deutschen Schulen unterrichtet. So ist die Sozialisation, besonders im Hinblick auf militaristische Strukturen, auch ein Aspekt des deutschen „Sonderwegs“. Dabei blieb die allgemeine Schulpflicht in Preußen von 1717, trotz der Einrichtung von mehr als 1100 Schulen, mehr oder weniger auf dem Papier dekretiert, weil es an Lehrern (die sich für die Volksschulen ausgemusterten und sich in Friedenszeiten zusätzlichen Erwerb suchenden Unteroffizieren der preußischen Söldnerarmee rekrutierten) mangelte. Die Gymnasien nahmen dagegen eine Sonderstellung wahr, dort wurde nach französisch-kulturellem Vorbild unterrichtet.<sup>65</sup> Bei der nicht vorhandenen Permeabilität des Schulwesens, besonders der Gymnasien, war es für Schüler nahezu unmöglich von der Volksschule in eine höhere Schule überzutreten. Die Volksschullehrer blieben im 19. Jahrhundert gesellschaftlich strikt von den Gymnasiallehrern getrennt, die Kosten für eine gymnasiale Schulbildung beliefen sich auf 4000 bis 8000 Mark jährlich, die materielle Basis der Volksschullehrer betrug bei einem Jahresverdienst vergleichsweise 1500 Mark.<sup>66</sup>

Die Entwicklung der Technischen Hochschulen vollzog sich im 19. Jahrhundert von den technischen Schulen über die Polytechniken. Die Universität blieb dabei keine staatlich unabhängige Institution. Hatte Wilhelm von Humboldt ursprünglich den Vorschlag gemacht, mittels Domänen die finanzielle Autonomie der preußischen Universitäten zu garantieren, so wurde dieser Plan von der preußischen Regierung verworfen und Jahrzehnte später von seiten der Universitätslehrer im klein-

---

rial ein neues Gebäude aufzuführen verstünde. (...) Moses oder Ernst Haeckel: der Unterschied ist nicht gar so groß.“ Ebd., S.68: „Virchow und seine Schule haben seit vierzig Jahren viel Unheil angestiftet, denn sie haben urbi et orbi proklamiert, die Vermengung aller Typen sei ein Menschheitsideal ...“ S.71: „... in dem Maße, als der Begriff 'Art' schwankend wurde, nahm der Begriff 'Rasse' an Bestimmtheit und an Inhalt zu. Nirgends läßt sich das besser verfolgen als in den Werken Darwins. Gleich im ersten Kapitel des 'Origin of species' wird die ungeheure Bedeutung der Rasse mit einer Fülle von Beispielen belegt und die unbedingte Notwendigkeit der geraden Abstammungslinie - der 'Reica' - hervorgehoben, solle die Natur Edles hervorbringen. Freilich hat die Welt diese Seite der Darwin'schen Lehren zunächst gar nicht beachtet.“

64 Vgl. Fritz Fischer (1979), S.534 f.; vgl. Fritz Fischer (1977), S.350 ff.; vgl. Wehler (1969), S.501.

65 Vgl. Fritz Wagner (1948), S.214, 218-220; vgl. Braubach (1974), S.171 f.

66 Vgl. Ringer (1969), S.37.

deutschen Reich auch nicht mehr als erforderlich angesehen.<sup>67</sup> Die Unabhängigkeit der Universitäten wurde nach Ansicht des loyalen deutschen Bildungsbürgertums dadurch nicht beeinträchtigt, da nach der idealistischen Auffassung die Forschung sich auf der „reinen“ Wissenschaft gründete.<sup>68</sup>

---

<sup>67</sup> Ebd., S.105 f.

<sup>68</sup> Ebd., S.106.

## 8. Prämissen und Entwicklung von Hitlers „Programm“ und die von deutschen Historikern geforderte Revision des Geschichtsbildes

Aus den weltanschaulichen Maximen des Sozialdarwinismus leitete die NS-Ideologie das Recht ab, „Minderwertige“, unheilbar Kranke und „inferiore“ Rassen auszurotten. Die Lebenskampfdoktrinen blieben für Hitler zeitlebens der entscheidende Faktor seiner Außenpolitik. Der Antisemitismus berief sich axiomatisch auf die Lebenskampf- und Rassendoktrin, die quasi ätiologisch im Sozialdarwinismus verwurzelt sind. Die Dialektik der Geschichte, die Gesetzmäßigkeit des Stärkeren in der Natur und seine Durchsetzung in derselben, schafften einen Determinismus vulgärdarwinistischer Prägung. Hitler fordert in seiner Schrift *Mein Kampf*, im 13. und 14. Kapitel,<sup>1</sup> eine Erweiterung des Lebensraumes zur Sicherung der Ernährungsbasis des deutschen Volkes. Das 14. Kapitel ist laut Eberhard Jäckel das „bedeutendste“, das alle Elemente eines außenpolitischen Konzeptes enthielt.<sup>2</sup>

In Hitlers *Zweitem Buch* wird die territoriale Expansion Deutschlands im Osten Europas und die Schaffung eines kontinental-europäischen Blocks (nach einer militärischen Niederringung Frankreichs), der als Basis für einen Endkampf um die Welt Herrschaft dienen sollte, gefordert. Ebenso wie die Kriegszielpolitik des deutschen Imperialismus zur Errichtung der kontinental-europäischen Hegemonie und der deutschen Ostraumstellung übernahm Hitler diesen vulgärdarwinistischen Monismus, der schon in der wilhelminischen Ära durch Ernst Haeckel und die Epigonen der militanten Antisemiten Graf Gobineau und Houston Stewart Chamberlain, sowie von den Rassenhygienikern Alfred Ploetz, Ernst Rüdin u.a., und den Euthanasie-Propagandisten Karl Binding und Alfred Erich Hoche antizipiert worden ist.<sup>3</sup>

1 Vgl. Hitler (1944), passim; Hitler (1928).

2 Vgl. Jäckel (1969/83), S.43.

3 Vgl. Fritz Fischer (1983), S.7, wo es da heißt: „Eine neue Sichtweise ... (der) Vorstellungen vor allem der Führungseliten in den zwei Jahrzehnten nach dem Krieg, ermöglichten es Linien der Kontinuität von Hitler zu Bismarck zu ziehen ... durch die das Preußisch-Deutsche Reich trotz aller relativen Diskontinuitäten als eine historische Einheit ... erscheint.“

Dies trifft auch eingeschränkt für Österreich zu, wo analog von der k.u.k. Monarchie über Heimwehr zur österreichischen NSDAP eine ähnliche Entwicklung stattfand, wenn auch in dem „Vielvölkerstaat“ nicht nur die Überschätzung der eigenen Möglichkeiten wie in dem Waffen strotzenden wilhelminischen Reich zu konstatieren ist, sondern auch eine überfällige Neuordnung und Selbstbestimmung der nationalen Souveränität der Völker am Ende der k.u.k. Monarchie zurückgedrängt und regrediert werden sollte. Vgl. Baader (1980b); vgl. Lilienthal (1985), S.11 f.; vgl. Bock (1986), S.132: „An erster Stelle steht das für den National-



Fritz Fischer und Marc Ferro führen Hitlers Programm, im Gegensatz zu Andreas Hillgrubers „Stufenplan“-Theorie, auf die deutschen Kriegsziele im Ersten Weltkrieg zurück, die auch nach Hans-Ulrich Wehler in sozialhistorischer Hinsicht „Verbindungslinien“ aufweisen.<sup>4</sup> „Hitlers Antisemitismus war rassistisch und national.“<sup>5</sup>

Die Novemberrevolution war in den Vorstellungen Hitlers, wie auch für die Deutschnationalen, von Juden inszeniert worden. Die Legende und der Mythos vom Dolchstoß, die die Juden beschuldigte nicht nur auf seiten der Entente gestanden und den Krieg angestiftet, sondern auch die Niederlage im Rücken der deutschen Soldaten vorbereitet zu haben, vertraten nicht nur Hitler und Ludendorff, sondern auch ein großer Teil der Nationalkonservativen.<sup>6</sup>

Da die Juden mit der Demokratie und dem Bolschewismus unweigerlich verknüpft seien, forderte Hitler ihre Entfernung. Pogrome und Ausschreitungen sollten dabei einer planmäßigen Handlung weichen, die „das Übel an der Wurzel packen und mit Stumpf und Stiel ausrotten“ sollten.<sup>7</sup>

Den „Bazillus“ und die „Rassentuberkulose“ des „jüdischen Geistes“, sowie Begriffe der Parasitologie, die „Made im faulenden Leibe“, den „ewige[n] Spaltpilz der Menschheit“ und „Völkerparasiten“ galt es unter „Giftgas“ zu setzen.<sup>8</sup>

---

sozialismus charakteristische Unternehmen, soziokulturelle Fragen in 'Biologie' zu übersetzen und mit 'biologischen' Mitteln zu 'lösen'. Nationalsozialistische 'Biologie' hieß 'Erbe' ... 'Abstammung', 'Wert' und insbesondere 'Minderwertigkeit'." Vgl. Mann (1973), S.73-93; vgl. ders. (1978), S.101-111; vgl. Rosenberg (1930), S.594; vgl. Nolte (1963), S.345-355; vgl. Schreiber (1984), S.108-111; vgl. Chamberlain (1899), S.60: „Die sinnreichste Dynamomaschine erhebt den Menschen nicht um einen Zoll über die allen Wesen gemeinsame Erdoberfläche; alles derartige bedeutet lediglich eine neue Ansammlung von Kraft in dem Kampf ums Dasein; der Mensch wird dadurch gewissermaßen ein höher potenziertes Tier.“ Vgl. Weingart et al. (1988); vgl. Binding/Hoche (1920)

4 Vgl. Fritz Fischer (1961), S.534 f.; vgl. ders. (1977), S.350 ff.; vgl. Ferro (1969), S.250: „Jahre später nahm Hitler dieses Programm (die deutschen Kriegsziele im Ersten Weltkrieg, insbesondere die der Schwerindustrie, J.P.) wieder auf: Man findet es Punkt für Punkt in seinen Reden über den Krieg und die geplante Neuordnung der Welt.“ Vgl. Wehler (1969), S.501: „Verfolgt man daher einmal ausschließlich diesen einen Entwicklungsstrang: den sozialimperialistischen Widerstand gegen den Emanzipationsprozeß der industriellen Gesellschaft in Deutschland, dann wird man vom historischen Gesichtspunkt aus bis hin zum Sozialimperialismus des Nationalsozialismus, der durch den Ausbruch nach 'Ostland' noch einmal den inneren emanzipatorischen Fortschritt aufzuhalten und von der inneren Unfreiheit abzulenken versucht hat, Verbindungslinien ziehen können.“

5 Jäckel (1969/83), S.56.

6 Vgl. Hitler (1944), S.702 f.: „So ist der Jude heute der große Hetzer zur restlosen Zerstörung Deutschlands. Wo immer wir in der Welt Angriffe gegen Deutschland lesen, sind Juden ihre Fabrikanten ...“

7 Vgl. Jäckel (1983), S.58; vgl. Jäckel (1986), S.92 f.

8 Vgl. Hitler (1944), S.772: „Hätte man zu Kriegsbeginn und während des Krieges einmal zwölf- oder fünfzehntausend dieser hebräischen Volksverderber so unter Giftgas gehalten, wie Hunderttausende unserer allerbesten deutschen Arbeiter aus allen Schichten und Berufen es im

Religion, Kultur, Demokratie und alles was „Menschen zum Höheren streben lässt“, sei den Juden nur „Mittel zum Zweck“.<sup>9</sup> Sie seien nur von Streben nach Geld und Macht“ geleitet und einem materialistischen Mammon ergeben. Dieses Konglomerat wurde beeinflusst von dem virulenten Antisemitismus des 19. Jahrhunderts.<sup>10</sup> Hitlers Antikommunismus ist verwoben mit seinem ausgeprägten Antisemitismus. Für die nationalsozialistische Ideologie waren die Eroberung der Sowjetunion und die gleichzeitig einsetzende Vernichtung des Judentums vorrangige Ziele, die den herkömmlichen Krieg durch einen Rassen- und Weltanschauungskrieg ersetzen. Die Koinzidenz der Faktoren Antisemitismus-Antikommunismus führte schon früh zu einer Disposition des totalen Gegensatzes zum sowjetischen System, einem Gegensatz, der zeitweise durch realpolitische Überlegungen - die durchaus dem „Programm“ entsprachen - die beiden Antipoden zusammenführte, trotz der Idiosynkrasie, die Hitler für den „unehrlichen Pakt“ mit Sowjetrußland empfand.<sup>11</sup> Im Jahre 1920 hatte sich Hitler expressis verbis auf das, zusammen mit Gottfried Feder und Anton Drexler verfaßte, Parteiprogramm der NSDAP gestützt und die überseeische Expansion als Option vorgesehen.<sup>12</sup> Die Entscheidung, auf Kosten

---

Felde erdulden mußten, dann wäre das Millionenopfer der Front nicht vergeblich gewesen.“ Vgl. Esser (1940), S.53: „Prophezeiungen des Führers“, ebd., S.375: „Das Judentum konnte sich als Religion, es konnte sich theoretisch nicht weiterentwickeln, weil die Weltanschauung des praktischen Bedürfnisses ihrer Natur nach borniert und in wenigen Zügen erschöpft ist.“

9 Vgl. Hitler (1944), S.332: „Nein, der Jude besitzt keine irgendwie kulturbildende Kraft, da der Idealismus, ohne den es eine wahrhafte Höherentwicklung des Menschen nicht gibt, bei ihm nicht vorhanden ist und nie vorhanden war.“ Ebd., S.331: „Daher ist das jüdische Volk bei allen scheinbaren intellektuellen Eigenschaften dennoch ohne jede wahre Kultur, besonders aber ohne jede eigene.“ Vgl. Jäckel (1983), S.58 u. S.69.

10 Dieser sollte noch in den Nürnberger Rassengesetzen und rassischen Glaubensbekenntnissen der NSDAP übertroffen werden. Der Antisemitismus Houston Steward Chamberlains und seine Rassenlehre war noch dadurch gekennzeichnet, dass er in seiner Schrift *Die Grundlagen des Neunzehnten Jahrhunderts 1. Hälfte 2. Aufl., München 1900*, behauptete, die Juden würden keinen „Augenblick die Heiligkeit der physischen Gesetze“ vergessen. Eine „Infizierung“ der Indoeuropäer mit jüdischem Blut würde von den Juden selbst als Bastardisierung angesehen. „Ginge das ein paar Jahrhunderte so fort, es gäbe dann in Europa nur noch ein einziges Volk, das der Juden, alles übrige wäre eine Herde pseudohebräischer Mestizen, und zwar ein unzweifelhaft physisch, geistig und moralisch degeneriertes Volk.“ (Ebd., S.324) Ebd., S.457: „Andererseits ist es sinnlos, einen Israeliten echter Abstammung, dem es gelungen ist, die Fesseln Esra's und Nehemia's abzuwerfen, in dessen Kopf das Gesetz Mose und in dessen Herzen die Verachtung Anderer keine Stätte mehr findet, einen 'Juden' zu nennen.“

11 Vgl. Baader (1980), S.39 ff.; vgl. Hitler (1944), S.751: „Im russischen Bolschewismus haben wir den im zwanzigsten Jahrhundert unternommenen Versuch des Judentums zu erblicken, sich die Weltherrschaft anzueignen ...“

12 Vgl. das 25 Punkte Programm der NSDAP. Gottfried Feder, Das Programm der NSDAP und seine weltanschaulichen Grundgedanken. 41.-50. Aufl., München 1931, S.19-23. Punkt 3: „Wir

Russlands eine Gebietsaneignung vorzunehmen, war - im Gegensatz zu seinem Verdikt der antisemitischen Komponente - noch nicht gefallen. Des NS-Führers außenpolitische Maxime waren „... nachgewiesenermaßen von der Vorstellung beherrscht, die wirtschaftliche Not Deutschlands erzwingen den Erwerb von Land und Boden.“<sup>13</sup> Es ist evident, dass für Hitler in den frühen zwanziger Jahren Russland als potentieller Bündnispartner in Betracht kam, allerdings unter dem Vorbehalt, dass die Konterrevolution über die Bolschewiki siegen müsse.<sup>14</sup> Später sah Hitler eine Kooperation selbst mit einem weißrussischen Russland, deren Bewohner er auch für inferior und für „Untermenschen“ hielt, nicht mehr vor. Obwohl somit Hitler seine Meinungen zu einer Bündniswürdigkeit mit Russland und damit seine Denkschemata partiell änderte, verfolgte er seine politischen Ziele mit einer „gewissen dogmatischen Grundanschauung“, denen er monoman von den zwanziger Jahren bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges folgte. Einen exakten, determinierten „Fahrplan“ besaßen Hitlers rassen- und außenpolitischen Ideen keineswegs.

In der neueren Forschung wird derzeit diskutiert, ob Hitler durch die Rezeption der zweiten Auflage des Lehrbuchs der *Menschlichen Erblchkeitslehre und Rassenhygiene* von Erwin Baur, Eugen Fischer und Fritz Lenz von 1923, das ein Klassiker der Rassenhygiene und Eugenik ist, während seiner Landsberger Festungshaft 1924 in seiner

---

fördern Land und Boden (Kolonien) zur Ernährung unseres Volkes und die Ansiedlung unseres Bevölkerungüberschusses.“ Punkt 4, S.23: „Staatsbürger kann nur sein, wer deutschen Blutes ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksichtnahme auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein.“ S.43-45 zur Rassenpolitik, S.43: „Wer im Juden nur einen 'deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens' sieht - und nicht ein artfremdes, streng abgeschlossenes Volk von ausgesprochenen Schmarotzer-Eigenschaften, kann die Unerläßlichkeit dieser Forderung nicht verstehen. Wer einen Kohlrabi, der zufällig in einem Erdbeerbeet aufgewachsen ist, für einen Erdbeerbusch erklärt oder glaubt, von ihm durch gutes Zureden Erdbeeren ernten zu können, irrt sich ... (...) In den Zeiten der hochgehenden Inflation kamen diese galizischen und polnischen Juden wie Ungeziefer in die deutschen Städte; trotz größter Wohnungsnot fanden sie bald die schönsten Wohnungen, während die Deutschen in Löchern hausen mußten.“ Vgl. Tyrell (1989), S.28-40. Tyrell hält eine Mitwirkung Feders, angesichts der Hinweise auf eine Mitautorenschaft, an dem Parteiprogramm nicht für wahrscheinlich (ebd., S.34).

13 Vgl. Hillgruber (1965), S.352 ff. und 516 ff., ebd.: S.516: „Hitlers Ostkrieg ist mit Recht 'der ungeheuerlichste Eroberungs-, und Versklavungskrieg' der Neuzeit genannt worden...“ S.517: „Die völlige Andersartigkeit dieses Krieges (des Ostkrieges, J.P.) von Ursprung und Ansatz her gegenüber dem weithin im konventionellen Rahmen verbleibenden Westkrieg, der trotz aller im Verlauf des Krieges zunehmenden Ideologisierung in der Propaganda beider Seiten und der Radikalisierung einzelner Kampfarten (etwa im Luftkrieg, später im Kampf der Widerstandsbewegungen und bei ihrer Bekämpfung) im ganzen doch als 'europäischer Normalkrieg' geführt wurde ...“ Vgl. S.518 u. S.519: „Hitlers Ostkrieg und die nationalsozialistische 'Endlösung der Judenfrage' gehören zeitlich und sachlich auf das engste zusammen ...“ Vgl. Deuerlein (1975), S.108 ff.

14 Vgl. Kuhn (1970), S.96; vgl. Sauer (1974), S.87 ff.

biologistisch-sozialdarwinistischen Anschauung beeinflusst wurde, so dass er die „Ausmerzungen“ von „unheilbar“ Kranken forderte.<sup>15</sup> Der pathologische Antisemitismus ist Hitlers Triebkraft gewesen, diese Aussage ist nahezu unumstritten. Während Hitler innenpolitisch durch den Dualismus der Partei auch an die Grenzen seiner Macht gestoßen war, er also trotz der Errichtung von administrativen Doppelinstanzen und der Parzellierung der Kompetenzen der Parteielite keineswegs eine autokratische Herrschaftsgewalt ausübte, betrachtete er Außenpolitik, Strategie und Rassenpolitik als seine Domänen.<sup>16</sup> Strukturalismus nach innen und Intentionalismus nach außen kennzeichnen das Kräftespiel im Dritten Reich. Hitler griff zwar innenpolitisch auch ein (der Euthanasieerlass macht das deutlich) die innenpolitischen Machtinstanzen blieben aber aufgesplittert, was z.B. die Teilung der Macht zwischen dem keineswegs omnipotenten, machtdynamischen und Kompetenzen für seinen Parteiorden hortenden Reichsführer SS (RFSS) und Chef der deutschen Polizei Heinrich Himmler kenntlich macht. Himmler war in seiner Funktion als RFSS nur direkt Hitler „unterstellt“, hingegen musste er als Chef der deutschen Polizei bis 1943 Weisungen von Reichsinnenminister Frick, als einer unmittelbar übergeordneten Instanz, entgegennehmen.<sup>17</sup> Auch die konträren Positionen und Rivalitäten zwischen Görings *Forschungsamt* des Reichsluftfahrtministeriums, Himmlers Sicherheitsdienst und der Abwehr der Wehrmacht unter ihrem Befehlshaber Admiral Canaris, um hier nur ein Beispiel zu nennen, machen dies deutlich. Das Forschungsamt des Reichsluftfahrtministeriums erwies sich als effizienter Horchposten mit 6000 Angestellten und Agenten in 15 Großstädten und Zuträgern in allen Hauptpostämtern. Die Beauftragten und Beamten Görings zensierten etwa täglich 9000 Auslands- und 34000 Inlandstelegramme, dechiffrierten Diplomatentelegramme und observierten NSDAP-Funktionäre und lösten Verhaftungswellen für „Schutzhaftlager“-Einweisungen aus.<sup>18</sup> Das Forschungsamt des Reichsluftfahrtministeriums war wohl das „einflussreichste“, „mächtigste“ und „reichste“ der neun Geheimdienste des „Großdeutschen Reiches“.<sup>19</sup>

15 Vgl. Müller-Hill (1991), S.142; vgl. Peter Emil Becker (1988), S.142-144; vgl. Weingart et al. (1988), S.372-375.

16 Vgl. Broszat (1969), S. 358 f.; vgl. Hildebrand (1979), S.162 f.: „Die im Zeichen der Totalitarismustheorie stehende ältere' Forschung hat durchaus angemessen und wissenschaftlich genau 'die Diskrepanz zwischen dem monolithischen Herrschaftsanspruch und dem dualistischen oder polykratischen, vom anarchischen Kompetenzwirrwarr eines 'gelenkten Chaos' bestimmten Herrschaftsstrukturen erkannt und analysiert.'“

17 Vgl. Hildebrand (1980), S.73-97, Vgl. Michalka (1978), S.490 ff.

18 Vgl. Kahn (1978), S.181.

19 Kahn (1978), S.178: „The richest, the most secret, the most Nazi, and the most inferential of the nine Agencies was the Forschungsamt. At the peak of World War II it had 6,000 em-

Die Polykratie-Theorie kann keineswegs die innerhalb des nationalsozialistischen Regimes innewohnenden Kräfte und die Interaktionen mit den rivalisierenden Machtzentren im Nationalsozialismus, hin auf eine Entscheidungsfindung, die durch Kompetenzwirren und inneres Chaos klassifiziert wird, verantwortlich machen, wenn auch eine allzu monolithische Monokratie-These, die personalistische Geschichtsinterpretation der erklärten Maxime „der Führer ist an allem schuld“, dichotom-polykratische Elemente, innerhalb der NSDAP und der Symbiose eines formal gleichgeschalteten Staates und die Machtkonstellationen beispielsweise zur Wehrmacht, verkennen kann. Hitler übte keine omnipotente Macht aus, seine Herrschaftstechnik beinhaltet mehr die Spezifika eines konzeptionierten Chaos und sie war durchaus keine rational-durchdachte „machiavellistisch“ geprägte Machtausübung gewesen.

Auch in dem „Chaos“ eine Methode einer Herrschaftstechnik erkennen zu können, vermutet Sebastian Haffner.<sup>20</sup> Peter Hüttenberger analysiert die Polykratiethorien und stellt methodische Vorüberlegungen dazu an. Bedeutsam für die Entwicklung der Polykratie seien die internen Konflikte zwischen den Herrschaftskomplexen Partei und dem Komplex SS, SD und Gestapo.<sup>21</sup> Daneben habe es noch weitere Versuche gegeben „Herrschaftsträger“ zu installieren, genannt werden sollen hier die, am Widerstand von Reichswehr und SS gescheiterte, SA und die in den Kriegsjahren durch Albert Speer in ihrem Machtanspruch beschnittene *Deutsche Arbeitsfront* (DAF).<sup>22</sup> Mit dem Eindringen der Partei in die Staatsverwaltung habe sich die Beamtenschaft, so Hüttenberger, politisch allmählich aufgelöst. Der Status- und Kompetenzverlust der Justiz und ihre Anpassungsbemühungen mache dies deutlich. Hitler sei auf mächtige Bündnispartner, wie Reichswehr, Großwirtschaft und Großagrarier, angewiesen gewesen. Hüttenberger sieht ab Mitte der 30er Jahre eine „Vierecksbeziehung“. Einerseits sei da die Aufspaltung der NS-Ideologie in Partei und SS vollzogen worden, wozu noch „zwei nichtsaturierte Organisationen, die

---

ployees, half of them party members, in its special quarters in Berlin, where raw intercepts poured in over hundreds of wires.“ Vgl. Bracher (1976), S.47. Bracher beschreibt hier als führender Totalitarismusforscher das NS-System mit der Machtkonzentration und der „Mono-Ideologie“ als Beispiel für die Topologie einer totalitären Organisation. Die Strukturierung zum SS-Staat sei von dem Kriegssystem begünstigt worden. Ebd.: „Monolithisch und pluralistisch zugleich, von einer Inflation des Führerprinzips auf allen Ebenen des politischen und sozialen Lebens überschwemmt, ist das verwirrend anmutende Diktatorsystem des Dritten Reiches ...“ Vgl. Irving (1979), S.75; zu Görings Rolle als Reichsmarschall, Beauftragter des Vierjahresplans, Luftfahrtminister, Oberbefehlshaber der Luftwaffe, preußischer Ministerpräsident, Reichsjäger- und Reichsforstmeister, Vorsitzender der Wannseekonferenz u.a.m. im Dritten Reich vgl. Kube (1986), S.149; vgl. Martens (1985), S.21-40. Vgl. Gritzbach (1938), S.76-119; zur Rolle Görings als Reichsforst- und Reichsjägermeister S.104 f.

<sup>20</sup> Vgl. Haffner (1974).

<sup>21</sup> Vgl. Hüttenberger (1976), S.428.

<sup>22</sup> Ebd.

DAF und der Reichsnährstand“, hinzugekommen seien. Andererseits habe es neben der Partei den Komplex Großwirtschaft, SS und Reichswehr gegeben.<sup>23</sup> Die Großwirtschaft hatte in diesen dynamischen Herrschaftsbeziehungen des NS-Staates bis Mitte der 30er Jahre, dem Beginn der nationalsozialistischen Autarkiepolitik und der „gelenkten Marktwirtschaft“ (Erich Preiser), ihre „Autonomie“ bewahren können. Die Autarkiepolitik, die von Görings Vierjahresplan-Behörde umgesetzt werden sollte, trug zweifellos zur Minderung der Bedeutung der Schwerindustrie gegenüber der Chemie- und Elektroindustrie bei.<sup>24</sup> Das Heer wurde zwar nicht ganz politisch ausgeschaltet, aber nach der „Blomberg-Fritsch-Krise“ an Hitler gebunden.<sup>25</sup> Der im innenpolitischen Bereich „schwache Hitler“ verstand es jedoch, wie ich meine, in einem „Führerstaat“ den Oberbefehl über die Wehrmacht zu erhalten. Görings und von Ribbentrops Bedeutung nahmen seit dem 1. September 1939 immer mehr ab. Görings „etwas zu verlieren haben“ konnte sich gegen Hitlers und Himmlers Vabanquespiel des „totalen“ Krieges nicht mehr behaupten. Der Einfluss der Nazi-Paladine mit eigenständigen Interessen, reduzierte sich denn auch, mit einer davon unabhängigen parallelen Verringerung der Mitsprache der Wehrmacht im Dritten Reich, weiter (eine zeitweilige Ausnahme ist Görings Rolle bei der Entmachtung der Wehrmacht). Jeder dieser innenpolitischen Machtzentren unterlag den Zwängen der Kriegswirtschaft und der Konzentrierung auf das Ziel des militärischen Sieges, zumal eine Opposition mit antagonistischen Positionen, seit der Gleichschaltung und dem „Verbot“ der Parteien und trotz der Widerstandsbewegungen im Deutschen Reich, seit 1940 überwiegend nur noch auf institutioneller Ebene vorhanden war.

Hitler übte mehr als nur eine *Richtlinienkompetenz* aus. Man ließ man ihn ab 1938 die deutsche Außenpolitik bestimmen.

Das rassenpolitische Element gegen den jüdischen Feind blieb nicht nur auf einen Sündenbock beschränkt, sondern wurde auf andere Völker projiziert, die Hitler (wie etwa das französische Volk) verdächtigte unter jüdischer Herrschaft und deren Direktiven zu stehen und eine Weltkonspiration gegen das „neue“ Deutschland vorzubereiten. Auch Hildebrand ist der Ansicht, dass Hitlers „Unfähigkeit sich Grenzen zu setzen“,<sup>26</sup> seine maßlosen Intentionen einer kriegerischen Expansionspolitik einen Kontrast zum sowjetischen Diktator darstellten. Der sowjetische Diktator setzte sich de facto nicht solche außenpolitischen ambitionösen Ziele und betrieb eine Strategie der realen Machtpolitik und ansatzweise eine an den Theorien des

<sup>23</sup> Ebd., S.431 f.

<sup>24</sup> Ebd., S.434.

<sup>25</sup> Ebd., S.435. S.442: „Der Zuständigkeitswirrwarr im Dritten Reich läßt sich nicht allein aus einer hypermacchiavellistischen Politik Hitlers erklären, sondern aus den permanenten Penetrationsversuchen, Differenzierungen und Kompromissen der einzelnen Herrschaftsträger.“

<sup>26</sup> Vgl. Hildebrand (1971), S.69 ff.

Marxismus-Leninismus orientierte Politik. Stalin war einerseits durch die historischen Erfahrungen der durch militärische Interventionen 1918/1920 hervorgerufenen Traumata einer „kapitalistischen Umkreisung“ gelehrt,<sup>27</sup> andererseits auch durch ehrgeizige Industrialisierungs- und Rüstungsprojekte zu einer Kooperation mit Hitlerdeutschland bereit.

Zu der Appeasement-Politik der Entente gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland, die mit dem Gewährenlassen der Annexion der Tschechoslowakei und dem Anschluss Österreichs weit über die Revision des Versailler Friedens hinausging, nimmt Arnold Sywottek diskutierend zur Auslösung des Zweiten Weltkrieges Stellung.<sup>28</sup> Er fragt weiterhin, ob nicht die polnischen Gebietsaneignungen der Sowjetunion, aufgrund der Absprache mit Deutschland im Geheimen Zusatzprotokoll des Hitler-Stalin-Paktes, nicht auch eine sowjetische Revisionspolitik gewesen seien.<sup>29</sup>

In den geschichtswissenschaftlichen Untersuchungen von Andreas Hillgruber, Axel Kuhn, Klaus Hildebrand, Joachim Fest, Eberhard Jäckel, Hugh R. Trevor-Roper, Gerd R. Ueberschär, Wolfram Wette und anderen so genannten „Intentionalisten“, oder auch als „Programmatiker“ bezeichnete Historiker, wird auf ein bereits vor 1941 - ja, schon vor der Machtüberlassung von 1933 - außenpolitisches „Programm“ Hitlers verwiesen. Außer den Wissenschaftlern die auf die Sachzwänge und pragmatischen Gründe der Führung des NS-Staates für die Entscheidung für einen Krieg mit der UdSSR hinweisen, den „Pragmatikern“, widersprechen die Theoretiker der Präventivkriegsthese, vor allem Joachim Müller,<sup>30</sup> Joachim Hoffmann, Bernd Stegemann, Hartmut Schustereit, Ernst Topitsch<sup>31</sup> und das Spektrum der rechtsextremen Autoren, der Analyse eines von Hitler stufenweise verwirklichten Programms, eines ideologischen Fahrplanes des nationalsozialistischen Diktators und sie wenden sich auch partiell gegen die Wertung des Ostkrieges als einem ersten Weltanschauungskrieg. Die Wortmeldungen der Gruppe der „Intentionalisten“ im Historikerstreit - außer Andreas Hillgruber vor allem Joachim Fest und Klaus Hildebrand (die auf der Basis der Totalitarismustheorie argumentieren) sowie Gerd Ueberschär und Wolfram Wette - waren nicht einheitlich zugunsten eines

<sup>27</sup> Vgl. Pietrow (1983), passim. Vgl. Hillgruber (1980), S.19 u. S.38.

<sup>28</sup> Vgl. Sywottek (1991), S.207-223.

<sup>29</sup> Sywottek (1991), S.212 f.

<sup>30</sup> Vgl. Joachim Müller (1983a), S.38-97; vgl. ders. (1983b), S.713-809; vgl. Förster (1983), S.1030-1078; vgl. Niedhart (1971), S.55-67.

<sup>31</sup> Vgl. Wette (1987), S.96 u. S.101 f., S.104. Wette bezeichnet Joachim Hoffmann und den Historiker Bernd Stegemann expressis verbis als „historische Außenseiter“, während der Professor für Philosophie Ernst Topitsch ein „historisierender Dilettant“ sei.

bestimmten Kausalnexus für die Shoah geprägt. Die Ursachen für die deutsche Entscheidung für den Krieg gegen die Sowjetunion sind von der eigentlichen Kontroverse in der Historikerdebatte nur am Rande berührt worden. Die Gruppe der „Strukturalisten“ innerhalb der Geschichtswissenschaftler betonte, dass die nationalsozialistischen Funktionselemente in Verwaltung von Staat und Partei, in der Justiz, im Gesundheitswesen und in der die „Deportationen“ organisierenden Reichsbahn mit der einseitigen Konstruktion von Hitlers „Stufenplan“ zugunsten einer personalistischen Schuldzuweisung entlastet werden würden. Nach dem strukturalistischen Deutungsmuster kann man die Entwicklung zum deutsch-sowjetischen Krieg nicht ursächlich auf Hitlers „Programm“ reduzieren.<sup>32</sup> Der weiter implizierte Vorwurf der Verdrängung breiter gesellschaftlicher Mitverantwortung und die erteilte Absolution für die Gesellschaft im NS-System erscheint mir allzu oberflächlich und ein Denkfehler zu sein, denn die „Programmatiker“ bestreiten nicht, dass, wenn Hitler alleine losmarschiert wäre, er zweifellos nicht weit gekommen wäre.

Gerd R. Ueberschär versucht den „Aggressionsakt“ vom 22. Juni 1941 nicht ausschließlich „als biologisches Problem der Person Hitlers zu sehen“, sondern die Kontinuität von Hitlers Ideen - die Ueberschär im Rahmen eines nationalsozialistischen „völkischen Kampfes“ sieht, der die Expansions- und Kriegsziele des Wilhelmismus durch rassenideologische Vorstellungen übertrifft und somit konsequenterweise die Wiederherstellung der Grenzen von 1914 als Zielsetzung ausgeschlossen habe - sei seit dem Ersten Weltkrieg in den „Überlegungen deutscher Führungseliten“ verankert gewesen.<sup>33</sup>

In ihrer vielbeachteten Studie beurteilt Bianka Pietrow die Rüstungsanstrengungen der stalinistischen Sowjetunion vor dem 22. Juni 1941 mehr unter dem Aspekt langfristiger, strategischer Planungen im Verlauf der sowjetischen Verteidigungsanstrengungen.<sup>34</sup> Der Defensivcharakter wird somit anhand der späten sowjetmilitärischen Maßnahmen und der volkswirtschaftlichen Mobilisierung für Verteidigungszwecke im Juni 1941 sichtbar, einem Zeitpunkt als erst die zentralwirtschaftlich gelenkten Betriebe auf eine Kriegswirtschaft umgestellt worden seien.<sup>35</sup> Um einen Überraschungsangriff der Wehrmacht abzuwehren empfahl der sowjetische Militärexperte Marschall M. N. Tuchatschewski strategisch-militärische Vorkehrungen. Pietrow betont dabei die Fehleinschätzung der sowjetischen Führung, in Bezug auf die Kriegsgefahr, die durch den deutschen Truppenaufmarsch entstanden sei. Stalin hat, so Pietrow und worauf auch Hillgruber hinweist<sup>36</sup>, Informationen über einen bevorstehenden

<sup>32</sup> Vgl. Jeismann (1986), S.3-16; vgl. Wehler (1988), S.207.

<sup>33</sup> Ueberschär (1984/91), S.15.

<sup>34</sup> Vgl. Pietrow (1983), S.248.

<sup>35</sup> Ebd., S.248-253.

<sup>36</sup> Vgl. Hillgruber (1972), S.289; vgl. Kuhn (1976), S.639-653.



Angriff und Einfall Deutschlands in die UdSSR keinen großen Glauben geschenkt, und als Urheber die Gegner NS-Deutschlands angesehen, deren Intentionen es Stalins Meinung nach gewesen seien, die Sowjetunion in einen Krieg gegen das Reich hineinzuziehen. Die Autorin sieht die sowjetische Politik unter dem zentralen Aspekt des Sicherheitsinteresses, dass die Handlungen grundlegend bestimmt habe. In ihrem Resümee bemerkt Pietrow, dass die Stalinsche Führung nicht damit gerechnet habe von Deutschland in einen Krieg verwickelt zu werden.<sup>37</sup> Wirksame präventive Maßnahmen gegen einen deutschen Angriff seien unterblieben und das Ausmaß der Bedrohung unterschätzt worden. Dabei hat, nach dieser Lesart, die UdSSR ihre Sicherheitspolitik über ihr Verhältnis zum Deutschen Reich definiert. Die von den Bolschewisten forcierte Industrialisierung machte Ende der 20er Jahre gute wirtschaftliche Beziehungen nach außen notwendig. Die Zerstörung der Nachkriegsordnung von Versailles durch die revisionistischen Mächte sollte, nach der Einschätzung der Stalinschen Führung, einen „zweiten imperialistischen Krieg“ nach sich ziehen.

---

<sup>37</sup> Pietrow (1983), S.297.

## 8.1 Die deutsche Entscheidung für den Angriff auf die Sowjetunion

### 8.1.1 Hitlers geopolitische Vorstellungen und seine Entscheidung am 31.7.1940 für den Angriff auf die Sowjetunion. Die endgültige Entscheidung Hitlers für den Ostkrieg am 18.12. 1940, Weisung 'Nr. 21'

Der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt und das Geheime Zusatzprotokoll<sup>1</sup> garantierte nach der Meinung Stalins die militärische Sicherheit vor einem Zweifrontenkrieg für die Sowjetunion (gegen Japan und Deutschland) und setzte sie in eine vorteilhafte strategische Lage, wie sie seit dem Separatfrieden von Brest-Litowsk nicht bestanden hatte.<sup>2</sup> Hitler verhalf damit der sowjetischen Führung, die vermeintliche Umklammerung (den Cordon sanitaire) durch die kapitalistischen Staaten zu umgehen und den „Sozialismus in einem Lande“ aufzubauen. Zudem verschaffte der Pakt die notwendige Rückendeckung für die militärische Konfrontation NS-Deutschlands mit den Westmächten und der Okkupation und Vernichtung der territorialen Integrität der neutralen Staaten. Die Triebkraft der Hitlerschen Außenpolitik blieb aber bis zum Zusammenbruch des Regimes der *Antisemitismus und Antikommunismus*. Nur unter dieser Genesis, diesem historischen Kontext sind *Kommissarbefehl, Endlösung der Judenfrage, Generalplan Ost* und Hitlers historischer Auftrag in seinem *Testament* zu verstehen.<sup>3</sup>

1 Vgl. Akten zur deutschen auswärtigen Politik (ADAP), Serie D, Bd. VIII, S.127 ff.

2 Vgl. Hillgruber (1980), S.18 f.; vgl. Reinhold W. Weber (1980), S.187: „Chamberlain betrachtete den geplanten Pakt mit Abneigung, er hintertrieb ihn und versuchte, ihn durch Arrangement mit Deutschland zu ersetzen. Die Sowjetunion stand ihm nicht nach und bemühte sich ihrerseits aktiv um ein Abkommen mit Berlin.“

3 Vgl. Hillgruber (1976), S.95 ff.; vgl. Jacobsen (1965), S.170: „Jede isolierte Betrachtungsweise, etwa allein unter den Gesichtspunkten der militärischen Kampfhandlungen im Osten, verkennet den unlösbaren und zugleich wechselseitigen Zusammenhang ... im besonderen dem Vernichtungsprogramm gegen bestimmte Personengruppen der russischen Bevölkerung.“ Vgl. Fritz Fischer (1979), S.51: „Ein qualitativer Sprung gegenüber dem Ersten Weltkrieg war hier durch die Ideologie des Anti-Bolschewismus und die Übersteigerung des 'Lebensraum'-Gedankens gegeben, in der Behandlung der Bevölkerung als Heloten und in Plänen einer Aussiedlung von 30 Millionen Menschen (Generalplan Ost), während der Gedanke des Rassenkampfes nur eine gesteigerte Form der schon vor dem Ersten Weltkrieg geprägten Propagandaformel vom kommenden Entscheidungskampf zwischen Slawen und Germanen war.“ Vgl. Fest (1973), S.1018; vgl. Hitlers politisches Testament. Die Bormann-Diktate vom Februar und April 1945. Hamburg 1981. Vgl. Fest (1973), S.1018: Die Nachschrift des politischen Testaments Hitlers für General Keitel: „... endete mit den bezeichneten Sätzen: '... es muß weiter das

Schon im August 1939 teilte er dem hohen Kommissar des Völkerbundes, Carl Jakob Burckhardt, in der Stadt Danzig mit, dass „alles was ich unternehme, ... gegen Russland gerichtet“ sei, und Galeazzo Ciano, dem Außenminister des verbündeten Italien, erläuterte er bereits am 13. August 1939, zehn Tage vor dem Abschluss des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages, dass aufgrund der geographischen Lage Italien die vorherrschende Macht im Mittelmeer sei. Deutschland hingegen „wird den alten Germanenweg nach Osten beschreiten, der ihm auch aus wirtschaftlichen Gründen angezeigt erscheine“.<sup>4</sup>

Vor der endgültigen militärischen Entscheidung Hitlers für den Ostkrieg, dem „Fall Barbarossa“, der Weisung Nr.21, die am 18. Dezember 1940 an die Deutsche Wehrmacht erging,<sup>5</sup> machte sich Hitler damit vertraut, Russland nach der Niederlage und der erfolgten Okkupation Frankreichs, in einem Blitzkrieg und anschließendem gewaltigen Raubzug zu unterwerfen. Formal begründete er dies am 31. Juli 1940 auf dem Berghof vor der Wehrmachtführung mit dem Argument, Englands „letzten Festlanddegen“ zu nehmen, seine „letzte Hoffnung“ zu tilgen.<sup>6</sup> „Im Zuge dieser Auseinandersetzung muss Russland erledigt werden. Frühjahr 1941.“<sup>7</sup> Die „Raumnöte des Deutschen Volkes“ stellte für Hitler den Kausalnexus dar, für den Überfall auf Sowjetrußland und die territorialen Forderungen die über eine Restitution des durch den Versailler Vertrag verstümmelten Deutschland hinausgingen.<sup>8</sup> Der umfassende Befehl, zum Ausbau der Deutschen Wehrmacht auf 180

---

Ziel sein, dem deutschen Volk Raum im Osten zu gewinnen.“ Vgl. Trevor-Roper (1965), S.188 f.; vgl. Maser (1971), S.98; vgl. Heiber (1958); vgl. Streim (1981), S.189; vgl. Jäckel (1969/83), S.102.

4 Vgl. C. J. Burckhardt (1960), S.348; vgl. ADAP, Serie D, Bd. VIII, S.45; vgl. Hitler (1944), S.742: „Wir (die Nationalsozialisten, J.P.) setzen dort an, wo man vor sechs Jahrhunderten endete. Wir stoppen den ewigen Germanenzug nach dem Süden und Westen Europas und weisen den Blick nach dem Land im Osten. Wir schließen endlich ab die Kolonial- und Handelspolitik der Vorkriegszeit und gehen über zur Bodenpolitik der Zukunft.“

5 Vgl. ADAP, Serie D, Bd. XI.1, S.750 ff., S.750: „Die Deutsche Wehrmacht muß darauf vorbereitet sein, auch vor Beendigung des Krieges gegen England Sowjetrußland in einem schnellen Feldzug niederzuwerfen.“

6 Vgl. ADAP, Serie D, Bd. X, S.305-306: „31.7.1940 Berghof 'Angenommen England tritt nicht an ...'“ Vgl. Halder (1963), S.21: (13.7.1940 Berghof, bei Berchtesgaden) „Er (Hitler, J.P.) sieht ebenso wie wir die Lösung der Frage darin, daß England noch eine Hoffnung auf Rußland hat. Er rechnet also damit, England mit Gewalt zum Frieden zwingen zu müssen. Er tut so etwas aber nicht gern. Begründung: Wenn wir England militärisch zerschlagen zerfällt das britische Weltreich. Davon hat aber Deutschland keinen Nutzen.“ Ebd., S.33 f.: 22.7.1940 „v. Etzdorf (von Etzdorf, Rittmeister der Res. V.L.R. Verbindungsmann des Auswärtigen Amtes zum OHK, J.P.): Rußland-England. Beide wollen zueinander. Russen haben Angst, sich uns gegen über zu kompromittieren, wollen keinen Krieg. Besprechungen Stalin-Gripps lassen offiziell eine erfreuliche Ablehnung Stalins gegen England erkennen.“

7 Ebd., S.306.

8 Vgl. Hitler (1944) u. (1928).

Divisionen, wurde am 10. September 1940 vom Oberkommando der Wehrmacht (OKW) ausgegeben.<sup>9</sup>

Die Defensivfunktion der Roten Armee galt der britischen Militärführung, aufgrund des hohen Materialausfalls, bei dem sowjetischen Herbstmanöver 1937 als ein nicht anzuzweifelndes Faktum.<sup>10</sup>

Das militärische Potential und die leitende Militärführung Sowjetrusslands erschienen Hitler, nach den stalinistischen Säuberungen und dem vermeintlichen Desaster der Roten Armee in Finnland, nicht effektiv und wenig schlagkräftig und der Zeitpunkt zum Angriff im Mai 1941 für die nationalsozialistische Heere äußerst günstig.<sup>11</sup> Dallin vermerkt: „Rational gesehen, war der Beschluß, die Sowjetunion anzugreifen, während der Krieg mit England noch in der Schwebe hing und das Reich beträchtliche wirtschaftliche ... Vorteile aus dem Pakt zog, eine Absurdität.“<sup>12</sup>

Am 22. Juni 1940 unterzeichneten die Vertreter der französischen Regierung (unter Pétain) das deutsch-französische Waffenstillstandsabkommen. Durch den Sieg über die französischen Waffen gelangte Hitler auf den Höhepunkt seiner Macht. Das Führerprinzip bestimmte in jenem Sommer die Richtlinien der deutschen Außenpolitik und wurde zu einem autokratischen Machtexzess, gegenüber dem diplomatischen Korps, den deutschnationalen Konservativen im Staatsapparat, sowie der Armeeführung.<sup>13</sup> Für die Zeit von Juni 1940 bis Juli 1941 war es Hitler, den man den Rahmen der deutschen Außenpolitik und die Kriegführung bestimmen ließ.<sup>14</sup> Von grundlegender Bedeutung war hierbei freilich für Hitlers Strategie, die englische Haltung gegenüber dem „Reich“. Hitler kalkulierte im Juni 1940, mit zunehmender Skepsis auch noch bis Mitte Juli 1940, mit einem Einlenken Großbritanniens.<sup>15</sup> Bei einem Separatfrieden mit Großbritannien hätte Hitler dann den Rücken frei gehabt für seine „eigentliche Aufgabe: Die Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus“.<sup>16</sup> Hinzu kamen seine pathologische Hypochondrie, und eine wie er glaubte Vorahnung seines vorzeitigen Todes, die ihn zum Handeln drängte.<sup>17</sup> Der

9 Vgl. ADAP, Serie D, Bd.X, S.306.

10 Vgl. Niedhart (1971), S.61.

11 Vgl. Philippi/Heim (1962), S.21.

12 Vgl. Dallin (1958), S.25.

13 Vgl. Hillgruber (1982a), S.41 f.

14 Ebd.

15 Vgl. Hildebrand (1971), S. 96 f.; vgl. Bullock (1960), S.601.

16 Vgl. Karl Klee (1958), S.189.

17 Vgl. Speer (1975), S.310: „Ich hatte Hitler oft davon reden hören, daß immer nur die großen Einzelnen die Geschichte entscheiden, und daß er mit seinem angeblich eisernen Nerven unersetzlich sei ... Damit hatte er schon vor dem Krieg die Notwendigkeit begründet, die Auseinandersetzung noch zu seinen Lebzeiten zu beginnen.“

Zeitfaktor trieb Hitler somit auch an, sein „Vermächtnis“ noch zu seinen Lebzeiten zu realisieren.<sup>18</sup> Für Hitler war es ab dem 19. Juli 1940 wohl eine beschlossene Sache, dass die USA Großbritannien unterstützen würde. Ein Krieg gegen die USA widersprach aber sowohl seinem ideologischen „Programm“, als auch der gegebenen strategisch-wirtschaftlichen Lage des „Reiches“. Mit einer Intervention Nordamerikas zugunsten der Alliierten rechnete Hitler frühestens, wenn überhaupt, ab 1942 auf dem europäischen Kriegsschauplatz.<sup>19</sup> Seine Überlegung war ja, wie schon oben erwähnt, von einem kontinentalen Machtblock aus die USA, wenn nicht zu seinen Lebzeiten, so doch durch nachfolgende Generationen anzugreifen und die Weltherrschaft zu erringen. Dazu benötigte Hitler in seinen Visionen die ihn leiteten, die absolute Suprematie über den europäischen Kontinent. Der Feldzug gegen die Sowjetunion gewann damit eine funktionelle Bedeutung in Hitlers „Gesamtkriegsplan“, zusammen mit der Entscheidung der Ausrottung des Judentums und der Eroberung und Versklavung der „Ost-Völker“.<sup>20</sup>

18 Vgl. Fromm (1973), S.485; vgl. Maser (1971), S.449 f.; vgl. Speer (1969), S.117: „Die Hast, mit der Hitler die Errichtung der neuen Reichskanzlei vorantrieb, hatte seinen Grund in der Sorge um seine Gesundheit. Er fürchtete ernsthaft, nicht mehr lange zu leben. Seit 1935 schon wurde seine Phantasie zunehmend von einem Magenleiden beherrscht, das er im Laufe der Zeit mit einem ganzen System von Selbstbeschränkungen zu kurieren versuchte ...“ S.120: „Seit Ende 1937, als auch Morells (Hitlers Leibarzt, J.P.) Kur unwirksam zu werden begann, nahm Hitler die alten Klagen wieder auf. Selbst wenn er Aufträge vergab und die Pläne besprach, fügte er gelegentlich hinzu: 'Ich weiß (!) nicht, wie lange ich lebe.' (...) Der Fertigstellungstermin zahlreicher Großbauten lag zwischen 1945 und 1950; Hitler rechnete also nur noch mit wenigen Lebensjahren. (...) Auch im privaten Kreis wurde es zu seiner stehenden Redeweise: 'Ich werde nicht mehr lange leben. Ich dachte immer, mir für meine Pläne Zeit lassen zu können. Ich muß sie selbst durchführen!'“

19 Vgl. Hillgruber (1965), S.192 ff.

20 Vgl. Hillgruber (1982a), S.48; vgl. Ferencz (1981). Nach dem Krieg setzte sich die *Claims Conference* für jüdische Zwangsarbeiter ein, die wie russische und polnische Kriegsgefangene, Zigeuner und Oppositionelle des NS-Staates, in deutsche Privatbetriebe verschleppt wurden und dort als Sklavenarbeiter unter Vorenthaltung ihres Lohns Verwendung fanden. Die *Claims Conference* setzte sich vor allem für die Zwangsarbeiter ein, die der jüdischen Religion noch angehörten - vgl. Goschler (1986), S.185 f. -.Die Unternehmen legitimierten ihr Vorgehen, nach dem Zweiten Weltkriegs, mit der Behauptung, die Zwangsarbeiter seien für die Rüstungsindustrie abgestellt worden, um die vom NS-Regime vorgegebenen Produktionsziele zu erfüllen, worauf die betreffenden Unternehmen keineswegs einen Einfluss gehabt hätten. Demgegenüber ist allerdings eindeutig zu verifizieren, dass deutsche Unternehmen auf ihr eigenes Drängen und ihre Anforderung den SS-Stellen gegenüber, „Sklavenarbeiter“ beschäftigten. Es kam sogar vor, dass die Unternehmen miteinander „wetteiferten, so viele KZ-Insassen zu bekommen, wie sie nur kriegen konnten.“ Die Qualifikation, des von der SS bereitgestellten „Arbeitsmaterials“, fällt das Verdikt über die weitere Existenz oder Nicht-Existenz, sprich Liquidierung der Zwangsarbeiter. Die „Vernichtung durch Arbeit“ wurde häufig nicht durch SS-Schergen, sondern durch Meister, Vorarbeiter und Repräsentanten deutscher Firmen durchgeführt. Die deutschen Industriellen argumentierten nach dem Weltkrieg, sie hätten die Zwangsarbeiter und Juden mit ihrer Arbeitsbereitstellung nur gerettet. Vgl. Dokument NI-4434 (Staatsarchiv Nürnberg): Eidesstattliche Erklärung von Rudolf Höß vom 12.3.1947, in:

Die Eroberung der Sowjetunion und einer genügend autarken Kontinentalbasis, war aber nach Hitlers Ansicht eine unerlässliche Prämisse für einen Krieg gegen Nordamerika.

---

Ferencz (1981), S.274-275; S.274: „Nach meiner Kenntnis begann die massenhafte Verwendung von KZ-Häftlingen in der deutschen Privatindustrie im Jahre 1940/41 ... Gegen Ende 1944 waren ungefähr 400.000 Konzentrationslagerhäftlinge in der privaten Rüstungsindustrie beschäftigt. ... Die Konzentrationslager haben niemals Arbeitskräfte der Industrie angeboten. Vielmehr wurden die Häftlinge nur dann in Betriebe entsandt, wenn die Betrieben um ... (sie) ... angesucht hatten.“ Vgl. Dokument NI-280 (Staatsarchiv Nürnberg), Eidesstattliche Erklärung von Anton Kaindl, abgedruckt in: Ferencz (1981), S.275-277, S.276: „Alle Betriebe, die KL-Häftlinge beschäftigten, haben deren Zuweisung bei der Amtsgruppe D beantragt ...“ Vgl. Ferencz (1981), S.234: „Die ausnahmslos permanente Leugnung aller deutschen Firmen KZ-Insassen angefordert zu haben, kann mit den überwältigenden dokumentarischen Beweisen, die das Gegenteil besagen, nicht in Einklang gebracht werden.“ SS-Hauptsturmführer Sommer, der in dem WVHA tätig war, bezeugte, vgl. Ferencz, S.144/145: „Falls eine Firma Häftlinge benötigte, schrieb sie an den Kommandanten des KZ-Lagers oder aber an das Amt D2 im Wirtschaftsverwaltungshauptamt und bat diese Häftlinge zur Verfügung zu stellen. (...) Er (der Chef des Amtes D2 Maurer, J.P.) sagte also der Firma, unter welchen Voraussetzungen Häftlinge für den Arbeitseinsatz zur Verfügung gestellt werden könnten.“ Sommer nannte die Zahl von 200 deutschen Unternehmen, die etwa 600.000 KZ-Insassen einsetzten (Ferencz, S.273). Die Liste der Firmen ist lang und reicht von VW, BMW, Daimler Benz, Siemens, AEG, Telefunken, IG-Farben, fast allen größeren deutschen Baufirmen über Flick-Industrien, Degussa, Rheinmetall bis zu Krupp, Heinkel und der Messerschmidt AG. Vgl. HöB (1947), S.138: „Sie (die Juden) mußten daher ja auch zu der Massenarbeit, zur Rüstung besonders herhalten.“ Vgl. Shirer (1961), S.864-869; vgl. Speer (1981), S.447 ff.; vgl. Langbein (1986), S.3-12; vgl. Goschler (1986), S.181: „... die weitgehende Erfolglosigkeit des Klageweges (in Deutschland, J.P.) für die Ansprüche der ehemaligen KZ-Zwangsarbeiter“ mache „deutlich, daß letztlich über die Ge-richte kein praktikabler Weg führte, um eine Kompensation zu erreichen“.

## 8.1.2 Molotows Visite in Berlin im November 1940

In neuen Interpretationen zum deutsch-sowjetischen Krieg wird eine Kriegsschuldfrage erwogen, in der die Ziele der stalinschen Sowjetunion, die Molotow der NS-Führung im Auftrage Stalins im November 1940 unterbreitete, eine entscheidende Bedeutung für die Entschlussfassung für einen Krieg erhalten. Deshalb gehe ich kurz darauf ein.

Die Forderungen Molotows vom November 1940 sahen eine Umwandlung Schwedens zu einem Teil einer neutralen Pufferzone am Rande des sowjetischen Imperiums vor. Molotow, der, wie er betonte, auf Weisung Stalins handelte, offenbarte als Prämisse für weitere Verhandlungen „weitgehende Wünsche.“ Ob Hitler-Deutschland diese erfüllen konnte oder konträre antagonistische Positionen beziehen würde, war für Stalin uninteressant, denn der nationalsozialistische Hegemonialdrang gegenüber dem militärischen Potential der Westmächte war nach seiner Meinung bereits gescheitert.<sup>1</sup> Die Sowjetunion forderte von Nazideutschland die Kontrolle der Ostseeausgänge und die Anerkennung des sowjetischen Interesses an Ungarn, Jugoslawien, Griechenland und dem westlichen Teil Polens.<sup>2</sup> Die Durchfahrt aus der Ostsee der Roten Flotte zu garantieren und die von dem sowjetischen Außenminister postulierte Interessensphäre an den Staaten des Balkans zu akzeptieren, bedeutete für Hitler-Deutschland die eigene Niederlage zu präjudizieren.<sup>3</sup> Molotows Besuch bestätigte Hitlers Entscheidung für die militärische Ostlösung deshalb nur. Ribbentrops Konzeption und die Idee eines von der Sowjetunion und Nazideutschland, sowie Japan und Italien gebildeten Kontinentalblocks gegen England, der entweder durch die Einbeziehung Russlands in den Dreimächtepakt vom 27. September 1940 (der eine Kulmination der von Ribbentrop propagierten Außenpolitik darstellte), oder zumindest der Neutralität Stalins gegenüber dem Dreimächtepakt, erreicht werden sollte, und auch eine durch diese Mächte vorbereitete

<sup>1</sup> Vgl. Hillgruber (1986a), S.57: „Molotow hatte, die Niederlage Hitler-Deutschlands bereits implizierend, diese zukünftige Konstellation einer europäischen Nachkriegsordnung erstaunlicherweise schon bei seinem Besuch in Berlin durchblicken lassen (in dem berühmten Gespräch im Bunker unter der Reichskanzlei mit Ribbentrop am 13. November 1940) ...“ Dies scheint mir jedoch eine sehr phantasievolle hermeneutische Sichtung der Quellen zu sein (vgl. ADAP), da der Vorsitzende des Rats der Volkskommissare und Außenminister der Sowjetrepubliken Molotow in seinem Gespräch gegenüber Ribbentrop nur mit einer Niederlage Hitler-Deutschlands rechnete, und keineswegs prophetische geopolitische Entwicklungen anklingen ließ.

<sup>2</sup> Vgl. Hillgruber (1979), S.58; vgl. ADAP, Serie D, Bd.XI.1., S.461.

<sup>3</sup> Vgl. Hillgruber (1979), S.59. Die Sowjetunion verstand darunter die freie Durchfahrt durch die türkische Meerenge. Vgl. Shirer (1961), S.732.

sukzessive Frontstellung gegen die USA implizierte,<sup>4</sup> wurde somit als außenpolitischer Entscheidungsfaktor von Hitler verworfen.

Ribbentrops territoriale Aspirationen und geopolitische Vorstellungen die er Molotow darlegte seien „gewiss kleinlich anmutend“, meint denn auch Klaus Hildebrand.<sup>5</sup> Der Plan von einer „Teilung der Welt“, dem zufolge Russland auf Kosten von England nach Indien expandieren sollte und dem Deutschen Reich auch die Ägide über Mittelafrika, Italien und Nordafrika zugefallen wäre, wurde Molotow von Ribbentrop in Berlin nur als Überlegung für eine weitere Zukunft unterbreitet.<sup>6</sup> Ribbentrop war dabei keineswegs der „La-Keitel“ der deutschen Außenpolitik, als der er oft in der historischen Forschung hingestellt wird. Seine dilettantische Konzeption einer deutschen Außenpolitik war mit Hitlers Anschauungen keineswegs konform abgestimmt. Hitler selbst weigerte sich auch, sein Osträumkonzept zugunsten von Plänen des deutschen diplomatischen Korps, das Visionen von einer Schaffung eines mittelfrikanischen Kolonialimperiums hatte, auf das von Eppan am 23. Juni 1940 insistierte, fallenzulassen.

### **Die Deutsche Wehrmacht und die Weisung Nr. 21**

Friedrich Hoßbach, der spätere Oberbefehlshaber der deutschen Vierten Armee, der als Protokollant einer „Führerbesprechung“ vom November 1937 noch nicht als Widerstandskämpfer bezeichnet werden kann, habe aus Sorge um das Zusammenbrechen der deutschen Ostfront nie mit dem Gedanken gespielt sich den Männern des 20. Juli anzuschließen, schreibt Hillgruber in seiner umstrittenen Schrift *Zweierteil Untergang*<sup>7</sup>

Dieses Beispiel von „verantwortungsethischen“ Handeln der Wehrmachtführung gerät bei näherer kritischer Betrachtung allerdings zu apologetisch.

Eine Opposition der Wehrmachtführung gegen die Führerweisung Nr.21, „Fall Barbarossa“, vom 18. Dezember 1940, das Datum steht für die endgültige Entscheidung Hitlers für den Angriff auf die Sowjetunion, wurde fast kaum artikuliert.

4 Vgl. Hitler (1928), S.125: „Dem alten Europa ... tritt das Amerikanertum als junges, rassisches ausgesuchtes Volk gegenüber.“

5 Vgl. Hildebrand (1971), S.69 f.

6 Ebd.; vgl. Michalka (1980), S.52 u. S.288: „Ribbentrop dagegen war bemüht, den zunehmenden deutsch-sowjetischen Antagonismus zu beseitigen. Um künftige Reibungen zwischen den Mitgliedern der von ihm angestrebten 'Weltkoalition' zu vermeiden, sollte seinen politischen Vorstellungen nach die Welt in vier große Interessenssphären aufgeteilt werden.“ Ebd., S.291: „Der Besuch Molotows in Berlin hatte eine deutliche Abkühlung der deutsch-sowjetischen Beziehungen zur Folge. Ribbentrop jedoch gab sich immer noch nicht geschlagen. In zahlreichen Gesprächen war er bemüht, Hitler von den Vorteilen der Allianz mit Moskau zu überzeugen.“

7 Vgl. Hillgruber (1986a), S.19.



„In der Wehrmachtführung wurde gegen Hitlers Entschluss zum Angriff auf Russland kaum Widerspruch laut“, nicht nur weil in der militärischen Führung Deutschlands Kritik als zersetzend, defätistisch und diffamierend empfunden wurde, sondern der „Kampf gegen den Bolschewismus“ schien zufolge „eine selbstverständliche Forderung“;<sup>8</sup> trotz der abzusehenden zweiten Front, womit der Überfall auf das sowjetische Territorium in ein Vabanquespiel einmündete. Das Offizierskorps selbst, war schon unmittelbar nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten auf Parteikurs gebracht worden. Nicht zuletzt durch die schon bald einsetzende Extensivierung der Rüstungsanstrengungen aller Waffengattungen der Reichswehr, und der Beförderungswelle für Reichswehroffiziere.<sup>9</sup> Wohl zeigte sich Widerstand innerhalb des Offizierskorps gegen die dilettantische Militärführung Hitlers und gegen die Verbrechen der Nazi Herrschaft.<sup>10</sup> Das Militär sollte an den innen- wie außenpolitischen Entscheidungen des Staates, als einer seiner wichtigsten Stützen, partizipieren und keineswegs nur militärpolitisch an der Macht teilhaben, gemäß dem Grundsatz des Chefs der Heeresleitung der Reichswehr Hans von Seeckt.

Vom November 1937 bis zum 18. Dezember 1940 waren die einflussreichsten Kritiker nationalsozialistischer Kriegszielpolitik, wie Generaloberst Ludwig Beck, entfernt worden oder verstummt bereits nach der Besetzung des Saarlandes, der Schaffung eines „Großdeutschen Reiches“ drei Jahre später, der Okkupation der „Resttschechei“ und nach dem Sieg über die europäische Großmacht Frankreich.<sup>11</sup>

8 Zipfel (1978), S.192.

9 Vgl. Klaus-Jürgen Müller (1969).

10 Ebd.; vgl. ders. (1982).

11 Vgl. Klaus-Jürgen Müller (1969); vgl. Forstmeier/Volkman (1975); vgl. Klaus-Jürgen Müller (1982). Becks Widerstand soll nicht geschmälert werden, doch war er keineswegs, wie er von einigen Historikern stilisiert wird, ein Widerstandskämpfer der ersten Stunde. Peter Hoffmann notiert in seinem Buch *Widerstand, Staatsstreich, Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler* (1969). 2. Aufl., München 1979, auf der Seite 68: „Von Staatsstreichplänen aber konnte bei Beck damals (zur Zeit der Fritsch-Affäre im Januar-Februar 1938, J.P.) keine Rede sein. (...) Beck hat das offenbar zur Zeit der Fritsch-Krise noch gar nicht verstanden.“ Hoffmann erinnert an Becks berühmte Worte „Meuterei und Revolution sind Worte, die es im Lexikon eines deutschen Offiziers nicht gibt.“ Hoffmann ist der Meinung, dass „Beck ... seine Haltung bis zum Beginn der Sudetenkrise nicht aufgegeben“ hat. Zum Hoßbach-Protokoll vermerkt Hoffmann, ebd., S.57 f.: „Aber dem Chef des Generalstabes des Heeres, Generaloberst Ludwig Beck, hat Hoßbach seine Niederschrift über den 5. November 1937 in pflichtgemäßem Ermessen zur Einsichtnahme vorgelegt und ihn auch mündlich von dem Verlauf der Besprechung berichtet. Hoßbachs Bericht hat nach seiner Erinnerung auf Beck einen niederschmetternden Eindruck gemacht. Beck tat, was in solchen Fällen seine Gewohnheit war: er griff zur Feder, um sich durch Niederschrift seiner Gedanken Klarheit zu verschaffen. Unter dem 12. November notierte er, daß in der Tat für Deutschland ein Raumproblem bestehe, und zwar unter strategischen Gesichtspunkten, und daß 'geringe Veränderungen' möglich erscheinen, etwa gewisse Revisionen des Versailler Vertrages. Es dürfe aber nicht um solcher Veränderungen

Der Zweifrontenkrieg mit der Eröffnung einer Ostfront gegen Sowjetrußland führte nicht zu einer politischen Zäsur innerhalb des Wehrmachtoffizierskorps. Mit den stalinistischen Säuberungen von 1936-1938 und dem vermeintlichen Militärdebakel zweier russischer Regimenter in Finnland knüpfte die Wehrmachtführung an die

---

willen 'die Einheitlichkeit des deutschen Volkes, des deutschen Rassekerns erneut gefährdet' werden. Im übrigen zerpfückte Beck die Begründungen und Argumente Hitlers nach sachlichen Gesichtspunkten - der Schluß, daß die deutsche Raumfrage spätestens 1943/45 gelöst werden müsse, wirke 'in seiner mangelnden Fundierung niederschmetternd.' Hoffmann erwähnt, dass Beck den „Fall Tschechei (evtl. auch Österreich)“ bei einer sich passend bietenden „Gelegenheit“ bereinigen wollte. „Nach Becks eben angedeuteter Auffassung würden diese 'Voraussetzungen' aber nicht eintreffen.“ Ders. (1983). Ludwig Beck plante weder einen Staatsstreich gegen Hitler, noch weigerte er sich „am 3. Mai 1935 und am 20. Mai 1937“ Angriffspläne auszuarbeiten. In einer Denkschrift vom 12.11.1937, zu dem von Oberst Hoßbach angefertigten Protokoll - Bezüglich des Hoßbach-Protokolls vgl. ADAP, Serie C, Bd.I., S.25 ff.: *Niederschrift über die Besprechung in der Reichskanzlei am 5. November 1937* -, kam General Beck zu dem Urteil, dass „die militärische Begründung nicht Sache des Staatsmannes und von Fachleuten nachzuprüfen“ sei. „Die militärpolitischen, finanziellen, wirtschaftlichen und seelischen Grundlagen sind überhaupt nicht behandelt. Der Schluß: spätestens 1943/45 muß die deutsche Raumfrage daher gelöst werden, wirkt in seiner mangelnden Fundierung niederschmetternd“ (ebd.). Hitlers Plan, den Beck als zu dilettantisch ansah, die Tschechoslowakei zu annektieren und „den Fall Tschechei (evtl. auch Österreich) bei sich bietender Gelegenheit zu bereinigen ... wird nicht bestritten“, so Beck. Müller weist nach, was bisher als hermeneutische Fehlinterpretation angesehen wurde, dass Beck im Dezember 1937 „operative Planvorbereitungen“ gegen, wie Beck im Mai 1938 notierte, die Tschechei vornahm, da dieser „Gefahrenherd für Deutschland auszuschalten“ sei, „notfalls auch durch eine kriegerische Lösung“. Generaloberst Beck forderte im Dezember 1935, laut Müller - vgl. Müller (1982); Rothfels (1977), S.71 -, „eine grundlegende Umstrukturierung der bisherigen Rüstungsplanung“ und eine „Offensiv-Armee“. Beck wünschte keinen Zweifrontenkrieg gegen das Deutsche Reich. Bei dem restlichen Offizierskorps konnte er sich freilich nicht durchsetzen. Die Parole des, gegenüber der Staatsführung loyalen, preußischen Offiziers Beck, lautete noch am 19.6.1938: „Für den Führer! Gegen den Krieg!“ Die unterschiedliche Interpretation von Becks Rolle für den frühen Widerstand und die Loslösung der Wehrmacht von Hitler führte zur einer Historikerkontroverse im Jahre 1982. Peter Hoffmann wirft Klaus-Jürgen Müller in seiner 1979 publizierten Neuauflage seines Buches vor, er vereinfache Becks Auffassungen und seine „polemisch-ideologische Sichtweise“ würde korrelieren mit einer „einseitige[n] Behandlung der Quellen“. Peter Hoffmann schreibt in seiner in der *Historischen Zeitschrift* (1982) erschienenen Philippika, *Generaloberst Becks militärpolitisches Denken*, gegenüber den Anschauungen des Historikers K.-J. Müller bezüglich der Rolle Ludwig Becks auf Seite 101: „Die aus Patriotismus und aus nationalem Denken hervorgehenden Antriebe, die von der genannten historiographischen Richtung verpönt und also anachronistisch behandelt werden, geraten bei der Beurteilung nach Gesichtspunkten der 'Klasse' zur Nebensächlichkeit, wodurch die historische Wirklichkeit verkürzt wird.“ Klaus-Jürgen Müller entgegnet in seinem in der *Historischen Zeitschrift* (1982) veröffentlichten Aufsatz, *Militärpolitik, nicht Militäropposition! Eine Erwiderung* und gesteht Ludwig Beck durchaus zu, dass er ein „Vertreter einer eigenständigen Militärpolitik“ gewesen sei und bezeichnet ihn „als einen prominenten Vertreter der preußisch-deutschen Militärelite in einer politisch-gesellschaftlichen Umbruchsituation“ (ebd., S.356). Der Terminus technicus *Preußen-Deutschland* sei für Peter Hoffmann ein „polemischer Ausdruck“, doch komme der Begriff z.B. in Arbeiten von Th.

Überschätzung der eigenen Kräfte, der Kriegszielpolitik von Bethmann-Hollwegs im Ersten Weltkrieg und die Verletzung der Neutralität Belgiens, an die Schaffung eines deutschen Kolonialraumes in Osteuropa und die Haushofersche Geopolitik an.

Die Presse in den kriegführenden angelsächsischen Staaten, sah die Evidenz der Revision der Hitlerschen Außenpolitik durch den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt gegeben, denn das Reich habe seine „antisowjetischen Pläne“ aufgeben müssen, da ihm auch das „britische Empire als leichte Beute erscheinen“ würde, weil es sich vor der Roten Armee fürchte.<sup>12</sup> Diese Einschätzung erfolgte ungeachtet der Intentionen Hitlers, der England als idealen Juniorpartner für seine Eroberungszüge und die kriegerische Expansionspolitik in Russland, die eine Klimax seines in die Realpolitik umgesetzten „Programms“ darstellte, ansah.<sup>13</sup>

Hitler räsonierte schon in seinem so genannten „Zweiten Buch“ für einen „Verzicht auf Überseeabenteuer und Kampf gegen Russland“, um eine notwendige Raumpolitik, als Lösung der steigenden deutschen Population, zu erreichen.<sup>14</sup> Hatte er noch in seiner politischen Frühphase mit dem Gedanken eines Paktes mit einem Nicht-Bolschewistischen Russland gespielt,<sup>15</sup> so kam Hitler in *Mein Kampf* und dem *Zweiten*

---

Schieder, A. Hillgruber, K. Hildebrand u.a. „häufig“ vor (vgl. Schieder 1961, S.411). Müller kritisiert hierbei, dass Hoffmanns „individuell-personalistischer Ansatz“ nicht unbedingt einer „historischen Interpretation“ diene und Hoffmann zudem seinen „methodischen Ansatz“ verkenne, dass seien vor allem die situative Konstellation und die historischen Rahmenbedingungen die Becks „individuelle Beurteilungs- und Handlungsmaßstäbe“ kennzeichnen und die in einen Bezugsrahmen eingefasst werden müssten (S. 362). Hoffmann nehme die „zahlreichen neueren Arbeiten, wie die von Deist, Messerschmidt u.a., nicht zur Kenntnis“. Müller notiert auf Seite 362: „Als Motiv für die deutsche Aufrüstung zeichnet H. (Peter Hoffmann, J.P.) das aus der apologetischen Literatur bekannte Bild einer furchterregenden Bedrohung des Reiches durch Frankreich und osteuropäische Staaten.“

Die Polykratiethorie hat auch im Bereich des Verhältnisses von Reichswehr/Wehrmacht bis zur Fritsch-Blomberg Krise und Partei eine gewisse Aussagekraft und lässt sich mittels Quellen der Parteiakten stützen. Hitlers propagierte „Zwei Säulen“ von NSDAP einerseits und Wehrmacht andererseits verlieren mit der Entmachtung des Oberbefehlshabers des Heeres, Werner von Fritsch, und des Oberbefehlshabers der Wehrmacht, Werner von Blomberg, und dem Kriegsbeginn an Bedeutung und sind bis 1944 keine *conditio sine qua non* mehr für einen Dualismus zwischen Armee und totalitärer Partei.

Vgl. Hillgruber, (1986a), S.19 f. Hillgruber bezieht sich auf Klaus-Jürgen Müllers Biographie und nennt dabei nicht die Beweggründe, die General Beck von einer *finis Germaniae* sprechen ließen. Hillgruber kann mit seinen zwei Sätzen seiner Textauslegung den Anschein erwecken, als ob Ludwig Beck in toto das nationalsozialistische Regime und dessen Kriegszielpolitik abgelehnt habe.

12 Vgl. Daily Worker vom 16.10.1940. In: Brügel (1973), S.252.

13 Vgl. Forndran et al. (1977); vgl. Dülffer (1981b), S.42-58.

14 Vgl. Hitler (1928).

15 Ebd., S.156 ff.

*Buch* zu dem Verdikt, dass ein „Nichtjüdisches Russland ebenfalls als künftiger Bündnispartner ungeeignet“ sei, da den Slawen die staatsbildende Kraft fehlen würde. Seine anvisierten Ziele waren vielmehr die „Gewinnung von Lebensraum“, wobei die „Gegnerschaft Frankreichs unvermeidbar (sei), dagegen nicht die Englands oder Italiens“, vermerkte Hitler.<sup>16</sup>

---

<sup>16</sup> Ebd., S.167 f.

## 8.1. Die deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen. Auslösendes Moment für den deutschen Angriff auf die Sowjetunion?

Die Wirtschaftsbeziehungen die während der Weimarer Republik, die in der NS-Terminologie „Systemzeit“<sup>1</sup> genannt worden war, zwischen Deutschland und der Union der Sowjetrepubliken bestanden hatten, wurden auch nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten fortgesetzt.

In verschiedenen zeithistorischen Untersuchungen wird die Frage erwogen, ob die im Verlauf der wirtschaftlichen Beziehungen aufkommenden Schwierigkeiten zwischen der stalinistischen Sowjetunion und dem nationalsozialistischen Deutschland, zu einer deutschen Entschlussfassung für den Krieg am 22. Juni 1941 geführt haben. Deshalb gehe ich hier kurz auf diese Problematik ein, die von einigen Autoren als ein Motiv für einen „Präventivkrieg“ dargestellt wird.

Am 12. Oktober 1925 wurde ein deutsch-sowjetisches Wirtschaftsabkommen ratifiziert. Der Warenaustausch erreichte sukzessive in den Jahren der Weimarer Republik bis zum Jahr 1931 den Höhepunkt, mit einer Ausfuhr aus Deutschland in die Sowjetunion in Höhe von 772 Millionen Reichsmark und einer Einfuhr aus der Sowjetunion in das Deutsche Reich von 550 Millionen Reichsmark. Doch bald nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten sank die Handelsbilanz zwischen den beiden Staaten in den folgenden Jahren ständig und erreichte den Tiefpunkt im Jahre 1937, mit einer Ausfuhr in die Sowjetunion in Höhe von 117 Millionen Reichsmark und einem Import aus der Sowjetunion von 65 Millionen Reichsmark. Hierbei betrug der Rohstoffanteil bei einem Aktivsaldo zugunsten des Deutschen Reiches an der Handelsbilanz 95%.<sup>2</sup>

Die Zäsur eines wirtschaftlichen Bruches mit der Sowjetunion scheute auch das NS-Regime.

Die fällige Forderung der Rückzahlungen des 200 Millionen Reichsmark-Kre-

<sup>1</sup> Vgl. Berning (1964), S.180.

<sup>2</sup> Vgl. ADAP, Serie C, Bd.1, S.742. Vgl. Dokument-Nr.610, S.729 ff. Auszüge aus einem Vortrag von Botschafter von der Schulenburg vor der Wehrmachtsakademie in Berlin am 25. November 1937, wo es da heißt: „Die zweite aus dem Weltkrieg gewonnene Erkenntnis, berichtet Schulenburg, die von der Stärke des Deutschen Volkes, hat zunächst auf die Politik der Sowjetunion geringen Einfluß ausgeübt. Deutschland war waffenlos, von Feinden umgeben und zur Systemzeit, der Sowjetunion nicht unfreundlich gesinnt. Das hat sich völlig geändert seit der Machtergreifung durch den Nationalsozialismus und seit dem Wiederaufbau unserer Wehrmacht. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Sowjetunion seitdem von starker Angst vor uns beherrscht wird.“

dits, der Veräußerung der Wechsel, war, nach Auffassung des Auswärtigen Amtes, wohl nicht zweckmäßig, „da sie einen definitiven Strich unter das für Deutschland immer noch vorteilhafte Russengeschäft bedeuten würde.“<sup>3</sup> Der Wirtschaftsvertrag von 1936-1938 sei vielmehr ein für Deutschland wichtiges sowjetisches Rohstoff-, Waren- und Verrechnungsabkommen mit Kompensationen, die gegen den Bezug von deutschen Fertigfabrikaten gewährt werden würden, notierte das Auswärtige Amt.<sup>4</sup> Die rechtliche Grundlage der Beziehungen zur Sowjetunion war immer noch der Rapallovertrag vom 16. April 1922.<sup>5</sup> In der Weimarer Republik wurden vor allem Wechselkredite zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion abgeschlossen. Diesen Modus behielt man auch seit der Machtetablierung des NS-Systems bei, indem man der Sowjetunion die Möglichkeit gab durch Kompensationslieferungen (Rohstoffe), die Wechsel für in Deutschland geordnete Waren zu bezahlen. Bei den Handels und Kreditvereinbarungen kann man eine Kontinuität von der Weimarer Republik zum NS-System konstatieren. Eine Überlegung Hjalmar Schachts, der der Sowjetunion einen Zehnjahreskredit in Höhe von 500 Millio-

<sup>3</sup> Ebd., Dokument-Nr.619, S.741 f. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Wiel, Auswärtiges Amt, über die deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen. Berlin, den 21. Februar 1938. „Die vertragliche Grundlage des Handelsverkehrs mit der Sowjetunion bildet das deutsch-russische Wirtschaftsabkommen vom 12. Oktober 1925. Neben dem normalen Warenaustausch wurde die deutsche Ausfuhr nach Russland von Anfang an dadurch gefördert, daß durch verschiedene aufeinanderfolgende Kreditaktionen der russischen Handelsvertretung in Berlin, Kredite eingeräumt wurden zur Finanzierung zusätzlicher Bestellungen in Deutschland, wofür die Handelsvertretung Wechsel zu begeben hatte die auf Reichsmark lauteten. Das letzte derartige Abkommen die 'vierte Kreditaktion Sondergeschäft 1935' wurde am 4. April 1939 abgeschlossen. (...) Der normale und der durch die Kreditaktion geförderte zusätzliche Handel mit Russland führte zu einem regen Warenaustausch der seinen Höhepunkt im Jahre 1931 erreichte. Ausfuhr nach Russland 772 Millionen, Einfuhr aus Russland 550 Millionen Reichsmark, seither zwar ständig sank, aber 1937 immer noch 117 Millionen Reichsmark Ausfuhr nach Russland und 65 Millionen dementsprechend Reichsmark Einfuhr aus Russland betrug. Die Einfuhr aus Russland bestand dabei immer größtenteils aus devisengleichen Rohstoffen ... Dabei wurde unter anderem vereinbart, daß die im Jahre 1937 fälligen Wechselverbindlichkeiten der Russen von ungefähr 27 Millionen Reichsmark durch die Erlöse aus dem Verkauf für uns besonders wichtiger Rohstoffe Manganerze, Holz, Flachs usw. bezahlt werden sollten. Der Wirtschaftsvertrag von 1937 konnte für 1938 nicht rechtzeitig erneuert werden, weil die Russen zunächst weder in Berlin noch in Moskau bevollmächtigte Vertreter für Verhandlungen zu stellen in der Lage waren.“ S.742: „Da sich bei den 1938 fällig werdenden Wechslen nur um den verhältnismäßig geringen Betrag von 5 Millionen Reichsmark handelt, schlugen wir den Russen vor die Abwicklung der 183 Millionen Reichsmark Wechselverbindlichkeiten aus der 'vierten Kreditaktion' nicht erst 1940-43 sondern schon 1938-39 vorzunehmen und zwar ebenfalls mit Waren unserer Wahl.“ Von einem neuen Wechselkredit ist im folgendem noch die Rede, dessen Genehmigung „von Herrn Generalfeldmarschall Göring“ eingeholt worden war, der auf 200 Millionen Reichsmark für zusätzliche Bezüge lautete.“

<sup>4</sup> Ebd., S.752.

<sup>5</sup> Ebd.

nen Reichsmark im Jahre 1935 bewilligen wollte, stieß auf strikte Ablehnung im Kabinett Hitler.<sup>6</sup> Der Kontrakt im Jahre 1939, der im Zusammenhang mit dem Geheimen Zusatzprotokoll für den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt abgeschlossen wurde, war vor allem eine Vereinbarung, die die Entscheidung beinhaltete, auf wirtschaftlichem Gebiet künftig zusammenzuarbeiten. Dadurch ermöglichte die Sowjetführung, Nazideutschland die Autarkiepolitik gegenüber der westlichen Hemisphäre weiter durchzuführen, und die Versorgung und Logistik der Deutschen Wehrmacht sicherzustellen.<sup>7</sup> Kurz vor dem Überfall auf Polen betrug die Importquote für Nahrungsmittel, die in das „Dritte Reich“ eingeführt wurden, 20% (Fette 50 %), für Mineralölderivate und Öl 65% und für Kautschuk, das von der IG-Farben durch das Buna-Projekt bis 1939 synthetisch in noch nicht ausreichender Menge hergestellt werden konnte,<sup>8</sup> 80%. Rohstofflieferungen für Deutschland sah auch der Vertragstext mit der Sowjetunion vor.<sup>9</sup> Sie sollte vor allem Rohstoffe

6 Vgl. Hillgruber (1972), S.290: „In der Tat stellte dieses Wirtschaftsabkommen den Beginn einer deutsch-sowjetischen Partnerschaft auf ökonomischem Gebiet dar. Es war das Ergebnis mehrmonatiger Verhandlungen, die sich an das in einem Notenwechsel zwischen Molotow und Ribbentrop vom 28. Sept. 1939 enthaltene wechselseitige Versprechen angeschlossen hatte, die Wirtschaftsbeziehungen mit allen Mitteln so auszubauen, daß sie das 'in der Vergangenheit erzielte Höchstmaß' wieder erreichten. In der Erkenntnis, daß ein Wirtschaftsbündnis mit der Sowjetunion - neben der Transitmöglichkeit für Rohstoffe aus den Ländern Ost- und Südasiens ( u.a. Kautschuk, Zinn, Sojabohnen ) - für Deutschland die Sprengung des britischen Blockaderrings bedeutete, schraubte Stalin die Bedingungen für den Abschluß eines großzügigen Wirtschaftsvertrages im Verlauf der mehrfach unterbrochenen und nach neuen Zugeständnissen Hitlers, fortgeführten Verhandlungen hoch.“

7 Vgl. Birkenfeld (1966), S.479.

8 Ebd., S.482; vgl. Giesler (1977). Zwischen Hitler und Stalins Sowjetunion habe eine „pragmatische Freundschaft“ - S. 423 - bestanden. Jedoch sei es Hitler und des Verfassers Sorge gewesen, „... in der Kriegführung und der Rüstung von Rohstoffen abhängig zu sein, deren Zufuhr die Russen jederzeit sperren konnten, so das rumänische Öl, aber auch Erze, Bauxit, Molybdän, Mangan, Chrom, auch Nickel aus Finnland.“ - Ebd., S.424 -.

9 Vgl. Borkin (1978), S.60 f. Das Öl-Hydrierungsprojekt wurde bereits in den letzten Jahren der Weimarer Republik von Seiten der I.G. konzipiert. Auch Hitlers Autarkiepläne bezogen vor allem den Ölsektor mit ein. Schon vor der Machtergreifung einigte man sich auf eine Ölsynthese, die von der IG-Farben initiiert werden sollte. Georg Thomas, ein Offizier der Wirtschaftsabteilung des Heereswaffenamtes, erstellte bereits 1928 ein Memorandum, in dem er die Verwendung und Nutzung innovativer Technologien, insbesondere die Ölsynthese und deren Produkte als Surrogate für „strategisch wichtige Rohstoffe“ forderte. Am 14.11.1933 schloß die I.G. mit den Repräsentanten des Dritten Reiches einen Kontrakt über den Ausbau der I.G. Hydrieranlagen in Leuna ab, der, bis Ende 1937, eine Kapazität von 300.000 - 350.000 Tonnen jährlich erbringen sollte. Die NS-Regierung verpflichtete sich dafür einen Garantiepreis zu zahlen und machte die Zusage, nötigenfalls die Gesamtproduktion des synthetischen Öls zu übernehmen. Divergenzen zu der herrschenden Wirtschaftspolitik der Nazis wurden vor allem von Hjalmar Schacht vertreten, der, aus Gründen des deutschen Devisenmangels, die unrentable ökonomische Komponente und notwendige staatliche Subventionierung der Syntheseprodukte ablehnte und unter dem Hinblick von Währungsaspekten und Projektkosten sein Verdikt ge-

liefern, während Deutschland durch industrielle Fertiggüter, deren Lieferung sich über einen längeren Zeitraum erstrecken würden, dies kompensieren sollte. Im Vertragstext hieß es weiter: „Die Sowjetunion wird Deutschland den Transitverkehr aus und nach den Ländern des Nahen und Fernen Ostens ermöglichen.“<sup>10</sup> Dieses Transitzugeständnis war von immenser Bedeutung für das kriegführende Deutschland. Sowjetrußland stellte für die Lieferungen kriegswichtiger Produkte, wie Kautschuk, Wolfram aus China, Sojabohnen etc., einen Transportweg zur Verfügung.<sup>11</sup>

---

gen das Autarkieprojekt fällt. Petzina vertritt die Meinung, dass der Vierjahresplan vor allem ein IG-Farbenplan gewesen sei. Der Zweite Weltkrieg hätte ohne den IG-Trust von deutscher Seite nicht geführt werden können. Die Interessengemeinschaft zwischen dem NS-Regime und den IG-Farben führte besonders in den Kriegsjahren zu einer gemeinsamen Interessenkonstellation und Zusammenarbeit. Vgl. hierzu Petzina (1968); vgl. Schoenbaum (1980), S.156; vgl. Aleff (1970), S.125.

<sup>10</sup> S. Anm. 3.

<sup>11</sup> Vgl. Thomas (1966), S.228: „Wie im Jahre 1939 schon berichtet, sollten auf Grund des deutsch-russischen Vertrages, vom 19.8.1939, sich die deutschen Lieferungen auf Kredit in den nächsten zwei Jahren auf 200 Millionen RM belaufen, davon im ersten Jahr 120 Millionen RM. Als erwünscht wurde eine deutsche Lieferung von 500 Millionen RM Waren bereits im ersten Jahr bezeichnet. Da derartige Mengen an Maschinen, Fahrzeugen, Apparaten pp. produktionsmäßig in kurzer Zeit gar nicht zu schaffen waren und da die Russen in ihrer Wunschliste auch Kriegsgerät aufgeführt hatten, trat im AA und im Reichswirtschaftsministerium von Anfang an der Wunsch hervor, den Russen möglichst viel fertiges Kriegsgerät zur Verfügung zu stellen.“ Vgl. Birkenfeld (1966), S.482; vgl. ADAP, Serie D, Bd. VIII, Dokument Nr. 162 u. 163; vgl. Petzina (1977); vgl. Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade), 7. Jg. 1940, S.239: „Die Nürnberger optischen Werke Engelhardt sollen jetzt noch einige neue Aufträge aus den Vereinigten Staaten erhalten haben. Die Lieferungen sollen über Rußland erfolgen.“ Ebd., S.241: „Die MIAG, Mühlenbau- und Industrie A.G., Braunschweig, erwarten große Aufträge aus Rußland. Kurz nach Weihnachten trafen aber die Unterhändler aus Moskau ohne Aufträge wieder ein.“ Ebd.: „Die Kochapparatefabrik Barthel hatte größere Russenaufträge, die aber nachträglich wieder annulliert worden sind, weil die russische Handelsvertretung die Abnahme der Apparate mit der Begründung ablehnte, daß zuviel Ersatzstoffe verarbeitet worden seien.“ Vgl. Birkenfeld (1966), S.483 f.



## 8.2 Die geforderte Revision des Geschichtsbildes und die Rückkehr zu einer „positiven“ historischen Normalität

Das nationalsozialistische Regime gehört zur nationalen Identität der Deutschen. Die Erfahrungen jener Jahre sind ein Teil dieser Identität. Vor ausschließlich „positiven“ Identifikationsschemata, wie beispielsweise der Revolution von 1848, und der Ausblendung der nationalsozialistischen Vergangenheit, muss gewarnt werden.

„Wenn ein Volk nicht weis, wie es zu seiner Vergangenheit steht, dann kann es leicht in der Gegenwart stolpern, dann hat es ein Identitätsproblem.“<sup>1</sup>

Bianka Pietrow weist darauf hin, dass in die „Reihe neubelebter Thesen“ die „vom deutschen Angriff auf die Sowjetunion als Präventivschlag“ gehört und für Wolfram Wette bedeutet die ehemals vor allem im rechtsradikalen Lager propagierte „Präventivkriegsthese“ eine von demokratisch-konservativen Publizisten und Historikern betriebene Reanimation des Feindbildes des „Antibolschewismus“ in den achtziger Jahren.<sup>2</sup>

Im „Windschatten“ des Historikerstreites wurde in der Kontroverse um den identitätsstiftenden Sinn eines deutschen nationalbewussten Geschichtsbildes der Versuch unternommen, den Angriff auf die Sowjetunion als Präventivschlag darzustellen. Hartmut Schustereit wärmte seine bereits 1983 antizipierten Thesen zu diesem Zweck wieder auf. Joachim Hoffmann, Viktor Suworow (Suvorov) und Ernst Topitsch vertreten diese modifizierten Präventivkriegsthesen - die ohne große wissenschaftliche Resonanz geblieben sind.<sup>3</sup>

Bereits vor diesen Veröffentlichungen wurde Anfang der 80er Jahre versucht, den Krieg gegen die stalinistische Sowjetunion als gerechten Verteidigungskrieg zu stilisieren und zu klittern.

In seinem 1982 in der Fachzeitschrift *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* (GWU) veröffentlichten Aufsatz, *Der Entschluß zum Unternehmen Barbarossa. Strategie oder Ideologie?*, zieht **Bernd Stegemann** inadäquate Analogieschlüsse, so z.B. auf Seite 211, wo er den Überfall auf Norwegen, Dänemark, Griechenland und Jugoslawien u.s.w., mit dem Raubzug gegen die Sowjetunion vergleicht.<sup>4</sup>

1 Vgl. von Weizsäcker (1986), S.73.

2 Pietrow (1988), S.117; vgl. Wette (1987a), S.96-99 u. S.114 f.

3 Vgl. Ueberschär (1987a), S.112; vgl. ders. (1987b), S.80: Ueberschärs Meinung nach ist die Präventivkriegsthese in den fünfziger Jahren bereits falsifiziert worden, sie entbehrt „jeglicher seriöser Substanz“ und sie habe außer „im rechtsradikalen Dunstkreis und unter ehemaligen Kriegsteilnehmern“ vor allem Anhänger unter „Außenstern der Historikerzunft“.

4 Vgl. Stegemann (1982), S.205-212.

Einen ideologischen Kausalnexus, der Gewinnung von Lebensraum im Osten, lässt Stegemann wohl gelten, doch reduziert er ihn zu einem sekundären, gar tertiären Faktor:

„Könnte nicht ebenso die von Hitler selbst gegebene strategische Begründung den entscheidenden Kausalfaktor für den Entschluß zum Überfall auf die Sowjetunion darstellen, während die anderen mitwirkenden Faktoren einzeln wegdenkbar sind?“<sup>5</sup>

Andreas Hillgruber nahm hierzu eindeutig Stellung und schrieb in seiner Entgegnung in dem Artikel in der *GWU*, Stegemann sei ein Apologet jenes „Hitler-Bildes“, des „machiavellistischen“ Hitlers, der skrupellos Gepflogenheiten ausgenutzt hätte um Beute zu machen, während das zweite Hitler-Bild, dass Ernst Jäckel „in seiner fundamentalen Studie über ‚Hitlers-Weltanschauung‘ scharfsinnig“ herausgearbeitet habe, die „beiden entscheidenden Ziele“ Hitlers, die Gewinnung von „Lebensraum im Osten“ und die „Ausrottung der Juden in Europa“ betone. In dieses Programm seien „konventionell-machtpolitische, rassenideologische, geostrategische und ‚wehrwirtschaftliche‘ Momente“ eingearbeitet und verwoben, die in Stegemanns Aufsatz nicht erkannt worden seien, da er den „spezifischen-komplexen Denkansatz Hitlers“ verfehle.<sup>6</sup>

Hillgruber weist darauf hin, dass nicht nur einzelne Etappen, sondern die „ganze Geschichte Hitlers und seines Reiches“, zu berücksichtigen seien. Dies sei Stegemann fremd. Zudem gebe es eine „lückenlose Beweisführung“, wie sie Stegemann sich selbst unterstelle, ohnehin nicht in der Geschichte.

So widersprach eine „Dauerlösung“, beispielsweise eine von Ribbentrop im November 1940 gegenüber Molotow unterbreitete und ihm gegenüber geäußerte „weltpolitischen Zwischenlösung“, „total Hitlers Leitvorstellungen“,<sup>7</sup> denn: am „22. Juni 1941 begann im Zeichen des Primats des rassenideologischen Vernichtungs-

<sup>5</sup> Ebd., S.211.

<sup>6</sup> Hillgruber (1982), S.215. Vgl. S.216: „Ein solch methodisch ‚schlichter‘ Ansatz (der ‚entscheidende Kausalfaktor‘ für den Angriff auf die Sowjetunion mit Fixierung eines Datums, J.P.) kann im übrigen nur angewandt werden, wenn, wie es Stegemann tut, der Vorrang sog. ‚zeitgeschichtlicher‘ Zeugnisse so überstrapaziert wird, daß faktisch nur eine einzige Quelle, das ‚Halder-Tagebuch‘, als Basis der Interpretation übrig bleibt. Ein derartiger Rigorismus führt fast zwangsläufig zu einer Einseitigkeit des ‚Forschungs‘-Ergebnisses ...“ Hillgruber ermahnt Stegemann, dass die „Diskussionsbeiträge“, sofern man sie „ernst nehmen“ wolle, „in Kenntnis der vollen Breite des verfügbaren Quellenmaterials verfaßt werden“ müssten, dies wäre bei Stegemanns Beitrag jedoch nicht der Fall. Hillgruber attestiert Stegemann „ein[en] Rückfall in frühe Stadien der Diskussion“ (ebd., S.214). Die „Unklarheiten seines Hitler-Bildes“, die Rolle die Hitler „im Rahmen des etablierten ‚Dritten Reiches‘“ einnahm, in der „Art und Weise seiner Quellenauswertung“ und „seine fragwürdige - nicht zwischen der Sicht Hitlers und historischen Rekonstruktionen differenzierenden - Situationsanalyse für die Monate Juni/Juli 1940“ (ebd., S.214 f.), seien in Stegemanns Beitrag, neben „schiefen und daher kritikwürdigen Einzelaussagen“, hervorgetreten.

<sup>7</sup> Ebd., S.222.

'Programms' Hitlers Ostkrieg singulären Charakters".<sup>8</sup> Eine Legende stellt für Hillgruber auch die Argumentation dar, Nazideutschland habe die Sowjetunion schon deshalb angreifen müssen um den Rücken frei zu haben, da England militärische Schlagkraft zurückgewonnen habe.<sup>9</sup>

In den letzten Jahren wurden Geschichtsinterpretationen publiziert, die das Problem der deutsch-sowjetischen Beziehungen, zwischen dem Hitler- und dem Stalinregime in den Jahren 1939-1941 und die deutsche Entscheidungsfindung für den Angriff auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 unter Sachzwängen sehen, die aus einer wirtschaftlich restriktiven Linie der Sowjetunion nach dem Sieg über Frankreich resultieren würde und ausgelöst worden sei.<sup>10</sup> Die Wirtschaftsbeziehungen, so behauptet beispielsweise der Historiker Schustereit in der *Vierteljahrschrift für Sozial und Wirtschaftsgeschichte* (VSWG) unter Beachtung von partiell verifizierbaren Sachgegebenheiten, hätten zum Angriff auf die Sowjetunion geführt. Der Wirtschaftsboykott der Sowjetunion gegenüber dem Deutschen Reich und die zunehmenden Rüstungsanstrengungen Sowjetrusslands, hätten die wahren Absichten des stalinistischen Systems enthüllt, und das Reich sei quasi zu einem Präventivkrieg gezwungen worden.<sup>11</sup> Der Umfang der Rohstofflieferungen, die die Sowjetunion im Rahmen des Wirtschaftsvertrages an NS-Deutschland leistete, reduzierte sich am Jahresanfang 1941 rapide. Daraus glaubt Schustereit, konkludent eine Entscheidung der Naziführung für den Krieg und den Überfall auf die Sowjetunion konstruieren zu können. Der verlorene Krieg, die Wende nach dem Niederringen Frankreichs und dem Sieg der deutschen Waffen, wird kausal durch die ausbleibenden Waren- und Rohstofflieferungen der Sowjetunion erklärt, die in eigenwilliger, hermeneutischer Interpretation der historischen Quellen, ohne hierbei die ideologischen Überlegungen Hitlers und diese spezielle Ätiologie mit einzubeziehen, als 'letzter Festlandsdegen Englands' bezeichnet wird. Ein Topos, eine Formulierung, die der „Führer“ zur Legitimation seines Vorgehens gegenüber der Wehrmachtführung verwendete.<sup>12</sup> Die Unfähigkeit zur Aufarbeitung erhält hier eine neue Dimension und es findet eine

8 Ebd.

9 Ebd.

10 So Schustereit (1983), S.50-70.

11 Vgl. Schustereit (1980), S.334-353.

12 Vgl. Schustereit (1983), S.57. Die Diskussion würde „vornehmlich von zwei Historikergruppen, den sogenannten Pragmatikern bzw. Programmatikern geführt“. Da zwischen ihnen Einigkeit bestehen würde, dass der Entschluss für den Ostfeldzug nicht „monokausal“, sondern durch vielfache Faktoren eine breite Palette von Ursachen zustande gekommen sei, müsste nur noch der Stellenwert dieser Gründe erforscht werden. Schustereit exemplifiziert, ja glaubt beweisen zu können, dass mit der Dolmetscherfrage, „der Zuweisung von Dolmetschern“, ein besonders wichtiges Problem aufgeworfen wurde. Da der Oberquartiermeister IV, der Wirt-

systematische Verdrängung der Ursachen und gewissermaßen eine Derealisierung statt. Die personalisierende Geschichtsbetrachtung, die dem „Führer“ lange Zeit die alleinige Schuld gab, wird von dieser Interpretation abgelöst.

Die Koinzidenz der Faktoren Antisemitismus-Antikommunismus und ihre Bedeutung für den NS-Staat, wird von diesen Autoren (vor allem Hartmut Schustereit und Bernd Stegemann) gering geschätzt, zu wenig beachtet, oder schlichtweg, unbewusst, nicht begriffen. Positivistisch wird hier mit einem statistischen Zahlenspiel manipuliert und eine „Wahrheit“ geschaffen, die den Überfall und das faschistische Inferno in Sowjetrußland nur als einen *Betriebsunfall* und als eine Antwort auf die perfide Stalinpolitik der Nicht-Vertrags Erfüllung gegenüber dem Deutschen Reich wertet. Der Angriff auf die Sowjetunion wird nur unter dem Aspekt der ökonomischen Notwendigkeit als pragmatische Entscheidung Hitlers von Schustereit dargestellt. Diese Geschichtsinterpretation degeneriert leicht zu einer apologetischen Rechtfertigungstheorie für den „ungeheuerlichsten Eroberungs-, Versklavungs- und Vernichtungskrieg“.<sup>13</sup> Der historische Kontext für das Ostraumkonzept und die Psychogenese Hitlers, wird hierbei nicht einbezogen.

---

schaftsorganisation Ost, keine Dolmetscher zur Verfügung stellen konnte, sollte die „schwierige Lage, ... wie ein Vertreter des Außenpolitischen Amtes der NSDAP allen Ernstes vorschlug, durch den Einsatz von Juden (!), verbessert werden. Ein groteskeres Beispiel, als der Versuch, unvorbereitete Angelegenheiten, deren Erledigung dringend geworden war, undurchdacht zu lösen, läßt sich kaum anführen.“ Zu den Ausführungen von Schustereit ist zu bemerken, dass dies kein Antagonismus oder eine Widerspruch bedeutet, denn Juden wurden auch in den Konzentrationslagern für die Rüstungsindustrie eingespannt. Als Quintessenz empfiehlt Schustereit (ebd., 1983, S.70) folgende Lösung: „Hitler hatte sich von der Sowjetunion in so starkem Maße wirtschaftlich abhängig gemacht, daß diese ihn zu Zugeständnissen bringen konnte, die er nicht hatte machen wollen.“ Die ungenügende militärisch-strategische, planerische Vorbereitung für eine Okkupation Sowjetrußlands durch Nazideutschland, die Schustereit angeblich nachzuweisen glaubt, setzt er zur Stützung seiner Behauptung ein.

13 Nolte (1963), S.436; vgl. Hillgruber (1965), S.516: „Hitlers Ostkrieg ist mit Recht der 'ungeheuerlichsten Eroberungs- Versklavungs- und Vernichtungskrieg' der Neuzeit (von Ernst Nolte, J.P.) genannt worden ...“ S.518: „Man muß, um die Konzeption Hitlers zu 'verstehen', davon ausgehen, daß die Formel vom jüdisch-bolschewistischen 'Todfeind' in seinem Munde keine hohle Phrase, sondern der Ausdruck seiner ideologisch 'mythischen' Grundüberzeugung war ...“

## 8.2.1 Die Kontroverse in den fünfziger Jahren um die deutsche Entscheidung für den Angriff auf die Sowjetunion und Philipp Fabrys Thesen von 1962

### 8.2.1.1 Der wissenschaftliche Streit Gerhard L. Weinbergs versus Hans-Günther Seraphim und Andreas Hillgruber (1953/1954)

Gerhard L. Weinberg betont in seinem Aufsatz in den *Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte* im Jahre 1953, dass mit dem Hitler-Stalin Pakt die deutschen Truppen den Rücken frei gehabt hatten, um im Westen zum Angriff übergehen zu können.<sup>1</sup> Weinberg vermerkt, dass schon im Juni 1940 die Frage der Verlegung deutscher Truppen in Richtung Osten, nach einem Sieg über Frankreich, erwogen worden sei.<sup>2</sup> Die Landungspläne in England seien dann mit den Vorbereitungen für die Umorganisation des Heeres zusammengefallen und es sei eine Rüstungsschwerpunktverlagerung von der Waffengattung des Heeres auf die Marine und Luftwaffe erforderlich gewesen.<sup>3</sup>

Hitlers Weisung an den Generalstab vom 15. Juni 1940 enthielt einen Heeresumbau auf 120 Divisionen.<sup>4</sup> Aus dem Tagebuch des Generalstabschefs des Heeres Generaloberst Franz Halder vom 13. Juli 1940 zitiert Weinberg. Halder teilt darin mit, dass Hitler die Lösung der Frage, wann England zum Frieden bereit war darin sah, dass „England noch eine Hoffnung auf Russland“ habe.<sup>5</sup> Der Einmarsch der Sowjets in Bessarabien und der Nordbukowina sei jedoch für die deutsche Führung, so Weinberg, keine große Überraschung gewesen.<sup>6</sup> Am 16.7. 1940 hatte Hitler die *Weisung Nr.16* „über die Vorbereitung einer Landungsoperation gegen England“ erlassen.

Weinberg erörtert nun anhand dieser Weisung und Hitlers Reichstagsrede vom 19. Juli 1940 die Entschlussbildung bei Hitler in jenen Tagen, die zur Entscheidung für den Krieg gegen die Sowjetunion bis zum 31. Juli 1940 geführt hatten. War Hitler in seiner Reichstagsrede noch auf die Möglichkeit eines Friedensschlusses mit England eingegangen, so sei sein Gedanke vor allem gewesen, England durch einen „vernichtenden wesen, England durch einen „vernichtenden Schlag gegen Russland

1 Vgl. Weinberg (1953), S.302.

2 Weinberg (1953), S.304.

3 Weinberg (1953), S.305.

4 Ebd.

5 Ebd.

6 Ebd.

friedensbereit zu machen“.<sup>7</sup> Hierzu zitiert Weinberg Halders Kriegstagebuch vom 22. Juli 1940. Darin bekräftigt Halder, dass Hitler bei einer Besprechung über den Bericht des Oberbefehlshabers des Heeres dargelegt habe, dass England auf Amerika und Russland hoffe und deshalb den Krieg fortsetze.<sup>8</sup> Außerdem habe Stalin mit England „kokettiert“.<sup>9</sup>

Weinberg erkennt drei Punkte mit der man die Konferenz vom 31. Juli 1940, und die Aussagen die Hitler dort gemacht hatte, charakterisieren könne. Der erste Punkt sei die Antwort auf den Krieg mit dem nicht friedensbereiten England, der Angriff auf Russland, ohne das weitere militärische und politische Gründe dafür kausal auszumachen seien. Der zweite Punkt war die von Hitler angekündigte Entscheidung über die Operation „Seelöwe“. Drittens könne man Halders Bericht entnehmen, dass ein Angriff auf die Sowjetunion im Herbst 1940 in Betracht gezogen worden sei.

Für Weinberg sind also 1953 keine programmatisch-politischen Gründe für den Aggressionsakt gegen die Sowjetunion am 22. Juni 1941 entscheidend, sondern statt dessen werden von ihm Sachzwänge einer kontinentalen deutschen Kriegführung im Sommer 1940 als ausschlaggebend beurteilt. Der Kausalnexus eines Weltanschauungskrieges mit den Zielen „Lebensraum“, der Koinzidenz der Vernichtung von Bolschewismus und dem europäischem Judentum in den Überlegungen Hitlers und die biologische und nationalsozialistische Ideologie werden von Weinberg und seinen Kritikern - so in einer Replik im Jahre 1954 von Hans-Günther Seraphim und Andreas Hillgruber - überhaupt nicht angesprochen.

„Es mag heute, im Rückblick auf die jahrelangen Kämpfe an der Ostfront, unglaublich erscheinen, daß Hitler einen Angriff auf Sowjetrußland als einen Weg zur Verkürzung des Krieges mit England erwog. Man muß aber Hitlers damalige Einschätzung der Stärke Rußlands - '50 bis 75 gute Divn.' - in Betracht ziehen.“<sup>10</sup>

Halders Eintrag vom 31. Juli 1940 über die Konferenz des OKH lautet, Hitler habe erklärt, dass „Englands Hoffnung“ Russland und Amerika sei. „Wenn Hoffnung auf Russland wegfällt, fällt Amerika weg ...“<sup>11</sup> Der sowjetische Einmarsch in Bessarabien und in die Nord-Bukowina, sowie die rumänisch-ungarischen Streitfragen haben, nach Ansicht von Weinberg, nicht den Weg der deutschen Balkanpolitik bestimmt.<sup>12</sup> Beim Besuch Molotows in Berlin im November 1940, hätten die Sowjets auch deshalb scharfe Worte über das finnische Problem gefunden, da auf der Konferenz

<sup>7</sup> Ebd., S.306 f.

<sup>8</sup> Ebd., S.307.

<sup>9</sup> Ebd., S.308.

<sup>10</sup> Ebd., S.308.

<sup>11</sup> Ebd., S.312.

<sup>12</sup> Ebd., S.317.

vom 31. Juli 1940 die Belieferung Finnlands mit Waffen und Kriegsmaterial, was gegen das Geheime Zusatzprotokoll vom 23. August 1939 verstieß, von Hitler entschieden worden war.<sup>13</sup>

„Der Kreuzzug gegen den Bolschewismus‘ diente später als Propagandamittel, um das eigene Ziel - die Errichtung einer Schreckensherrschaft unter deutschen statt russischen Kommissaren - zu verschleiern. In der Zeit vor dem 22. Juli 1941 war an den höchsten deutschen Stellen hiervon, interessanterweise, nie die Rede.“<sup>14</sup>

Hans-Günther Seraphim, der in den Jahren zuvor eine Präventivkriegsthese vertrat, und Andreas Hillgruber sprachen sich auch nicht ansatzweise für den Begriff eines Präventivschlags in einer Entgegnung auf Gerhard L. Weinberg aus. Der Aufsatz von Seraphim und Hillgruber beschäftigte sich vor allem mit methodischen Fragen, dem Stellenwert von Quellen, von Äußerungen Hitlers bei „Führerbesprechungen“ zusammen mit seinen schriftlichen Weisungen an die Wehrmacht.

Beide Autoren gingen nicht von einem dogmatisch begründeten Entschluss für den Angriff auf die Sowjetunion aus. Hierin waren sie sich mit Weinberg in ihrer Replik einig.

Die methodischen Fragen galten der Bedeutung der Quellen für die Entscheidung für den Angriff auf Sowjetrußland. Dass Hitler einen Überfall auf die Sowjetunion schon im Sommer einkalkulierte, fand die Zustimmung von Seraphim und Hillgruber in ihrem Aufsatz von 1954. Dagegen sei die These, dass Hitler bereits Ende Juli 1940 die Entscheidung zum Angriff getroffen habe nicht haltbar und es sei Weinberg auch nicht gelungen, sie zu verifizieren. Hitlers Entschluss zu dem Angriff sei vor allem eine politische und weniger eine militärische Entscheidung. Darunter verstanden die Autoren aber keineswegs eine programmatische Zielsetzung. Sie verstehen darunter das aktuelle Reagieren auf politische Entwicklungen in den Jahren 1940/41. Hitler habe nach dem 31. Juli 1940 etliche Versuche für eine Koexistenz zwischen Deutschland und der Sowjetunion unternommen um eine Konfrontation zu vermeiden und einen Kontinentalblock zu schaffen. Das unerwartete russische „Vorgehen“ in Rumänien Ende August 1940, habe Auswirkungen auf die Überlegungen für eine Kriegsvorbereitung gegen die Sowjetunion gehabt. Die Annexion Bessarabiens und der Nordbukowinas sei durchaus für die deutsche Führung überraschend erfolgt. Dennoch habe Hitler am 25./26. August 1940 einen Vermittlungs- und Schlichtungsversuch zwischen Rumänien und Ungarn unternommen. Zu jenem Zeitpunkt sei noch alles im Fluss gewesen. Hitler habe einer

<sup>13</sup> Ebd.

<sup>14</sup> Ebd., S.318.

politischen Lösung mit Russland die Präferenz zugewiesen und erst nach einem möglichen Scheitern „Gewalt gegen Russland“ eingeplant.<sup>15</sup>

Gerhard L. Weinberg machte in einem *Schlußwort* geltend, dass er in seinem Aufsatz keineswegs, wie dies Seraphim und Hillgruber darstellten, von einem „unabänderlichen Entschluss“ und einer ausschließlichen programmatischen Entscheidung Hitlers gesprochen hatte. Er widerspricht der These, dass Hitler den Angriff nur in Erwägung gezogen habe, falls die Sowjetunion seine politischen Vorschläge für einen gemeinsamen Kontinentalblock und der Erweiterung des Dreimächtepaktes ablehne.<sup>16</sup>

„Die Bedeutung der Konferenz des 31. Juli 1940 liegt darin, daß Hitler in ihr seinen Entschluß zum Angriff auf die Sowjetunion darlegte.“<sup>17</sup>

Mehr als zehn Jahre später wurde nicht mehr nur um quellenkritische Einwände gestritten. Anhand einer erweiterten Quellenbasis und einer fundierten Interpretation der Vorkriegsjahre, kam Andreas Hillgruber in seiner Habilitationsschrift von 1965 zu einer Revision seiner früheren Thesen.<sup>18</sup> Dabei bezog Hillgruber auch die programmatischen Entscheidungen des nationalsozialistischen Diktators in dessen Schriften *Mein Kampf* und das so genannte *Zweite Buch* ein.

---

15 Vgl. Seraphim/Hillgruber (1954), S.247.

16 Ebd.

17 Vgl. Schlusswort von Gerhard L. Weinberg (1954), S.251.

18 Vgl. Weinberg (1953), S.301-318; vgl. Seraphim/Hillgruber (1954), S.240-249; vgl. Weinberg (1954), S.249-254.



### 8.2.1.2 Die Thesen von Philipp W. Fabry zum Angriff auf die Sowjetunion (1962)

*Philipp W. Fabry* ließ das *Programm* Hitlers, die programmatischen Handlungen, als primäre Ursache für den Krieg gegen die Sowjetunion nicht gelten. Für Fabry war Stalin „zu klug“ um im Sommer 1940 England „offen zu unterstützen“.<sup>1</sup> Es sei für Hitler naheliegend gewesen „England in Russland zu schlagen“, da die militärische Hauptmacht Deutschlands das Heer war, und somit den potentiellen englischen Bündnispartner Sowjetunion auszuschalten.<sup>2</sup> Eine fortdauernde erfolgversprechende Hilfe der USA für England war, so analysiert Fabry Hitlers Strategie, nach dem Ausfall Russlands nicht mehr von Bedeutung.<sup>3</sup>

Diese These ist in ihrer Begründung laut Fabry schlüssig und liege schon deshalb nahe, weil sich auf dem Balkan bereits eine britisch-sowjetische Interessenkonstellation gebildet habe. Fabry zitiert ausführlich aus Halders Kriegstagebuch vom 11. Juli und 13. Juli 1940. Die *Weisung Nr.16* vom 16. Juli 1940 würde die vorherigen Aussagen Hitlers bestätigen. Ebenso sei die Rede Hitlers vor dem Reichstag am 19. Juli 1940 einzuschätzen, in der Hitler, neben dem Friedenswillen gegenüber Großbritannien, „verschwommene Vorschläge und Redensarten“ ausgesprochen habe.<sup>4</sup>

„Hitler war nicht mehr Herr über seine Entschlüsse; das große Spiel, das er im September 1939 begonnen hatte, ließ ihm keine Möglichkeit zur Umkehr mehr.“<sup>5</sup>

Hitler habe als Staatsmann versagt, da er sich unfähig erwiesen habe, einen Ausgleich mit England herbeizuführen.<sup>6</sup> Eine besondere Bedeutung komme der Besprechung vom 21. Juli 1940 zu. Aus quellenkritischen Gründen stützt sich Fabry weniger auf die Niederschrift von Halder (der an diesem Tag nicht anwesend war), sondern vielmehr auf das Protokoll von Raeder.

Die ablehnende Haltung Englands zu dem Friedensangebot Hitlers am 19. Juli 1940 habe diesen unsicher gemacht.<sup>7</sup>

„Hitler, seit dem Ende des Frankreichfeldzuges der Hybris verfallen, quittierte den Bankrott seiner Politik mit dem Mittel, das seiner Natur entsprach: Mit einem brutalen Überfall.“<sup>8</sup>

1 Vgl. Fabry (1962), S.236.

2 Ebd., S.249.

3 Ebd.

4 Ebd., S.253.

5 Ebd., S.253.

6 Ebd.

7 Ebd., S.258.

8 Ebd., S.426.

Der sowjetische Aufmarsch sei vor dem 22. Juni 1941 eine latente Bedrohung für Deutschland gewesen, wenn es sich auch in der Form um einen „Defensivaufmarsch“ gehandelt haben könnte.<sup>9</sup>

Ausschlaggebend sind für Fabry auch Geheime Dokumente aus Belgrad, die Hitler eingesehen habe.<sup>10</sup> In den Tagen nach dem 21. Juli 1940 habe Hitler auch Keitel und Jodl nach ihrer Ansicht befragt, ob es möglich sei, die Sowjetunion noch im Herbst desselben Jahres anzugreifen. Seine plötzliche Wendung nach der Besprechung vom 21. Juli 1940 sei vor allem durch den Bericht des deutschen Botschafters in Moskau verursacht worden, der am 26. Juli 1940 dem Auswärtigen Amt in Berlin zugegangen war. Darin wurde berichtet, dass der jugoslawische Botschafter bei seiner Akkreditierung mit Molotow über Balkanangelegenheiten gesprochen habe. Molotow habe dabei die Stärke der Roten Armee von über 180 Divisionen gerühmt<sup>11</sup> und betont, dass man mit einem Bruch zwischen Deutschland und der Sowjetunion rechnen müsse. Ob dieser Bericht Hitler beeinflusst habe, sei mit letzter Sicherheit nicht zu beweisen.<sup>12</sup> Für Hitler waren es, so Fabry, wohl nicht diese Gründe um mit dem Bolschewismus abzurechnen.<sup>13</sup>

Die Besprechung auf dem Berghof am 31. Juli 1940 ist für Fabry von wesentlicher Bedeutung für den „weiteren Verlauf des Krieges“.<sup>14</sup>

„Einer der Rechtfertigungsgründe der NS-Propaganda für den deutschen Angriff auf die Sowjetunion im Jahre 1941 war, daß Stalin geplant habe, Deutschland zu überfallen.“<sup>15</sup>

Die NS-Propaganda habe den deutschen Angriff auf die Sowjetunion mit dem Hinweis zu legitimieren versucht, dass Deutschland einem bereits vorbereiteten Überfall der Sowjets zuvorkommen musste. Diese Meinung habe Himmler noch 1943 in Posen und auch Hitler in seinen Tischgesprächen im Führerhauptquartier vertreten.<sup>16</sup>

Weil die Präventivkriegsthese die offizielle These der Nazis war, müsse dies nicht bedeuten, dass sie „deshalb schon falsch“ gewesen und als solche zu bewerten sei, argumentiert Fabry, eine Aussage die Nolte drei Jahrzehnte später wiederholt.<sup>17</sup>

Zu der Frage, ob der sowjetische Aufmarsch an der Demarkationslinie zum Deutschen Reich defensiven oder offensiven Charakter hatte, nimmt Fabry detailliert an-

---

9 Ebd.

10 Ebd., S.257.

11 Ebd., S.259.

12 Ebd., S.260.

13 Ebd., S.255.

14 Ebd., S.266.

15 Ebd., S.396.

16 Ebd.

17 Ebd., S.397.

hand der militärischen Aufmarschentwicklung Stellung. Im Zeitraum vom August 1939 bis Juni 1940 seien 50 Divisionen neu aufgestellt worden.<sup>18</sup> Außerdem hatte ein Gegner der Sowjetunion mit 11-12 Millionen militärisch geschulter Reservisten zu rechnen. Die deutsche Führung hat, so Fabry, nach dem Fortfall des natürlichen Puffers Polen, der der „beste Schutz für das Reich“ gewesen sei,<sup>19</sup> die militärische Entwicklung in der UdSSR aufmerksam beobachtet,<sup>20</sup> dazu wäre noch die Sorge um die Erdölfelder in Rumänien gekommen, die durch den Aufmarsch der Roten Armee 1940 gefährdet worden seien.<sup>21</sup> Zudem ging es der Sowjetunion, laut Fabry, auch darum, die Gebietsverluste aus dem Ersten Weltkrieg partiell zu revidieren.<sup>22</sup> Von den Sowjets seien noch 1941 „alle Truppenbewegungen meisterhaft“ getarnt worden.<sup>23</sup> Der Juni des Jahres 1941 habe „Klarheit über die militärischen Vorbereitungen der Sowjetarmee“<sup>24</sup> gebracht.

„Die deutsche Führung hielt es bis unmittelbar vor dem deutschen Angriffstermin für möglich, daß Stalin losschlagen könnte.“<sup>25</sup>

Der Aufmarsch von 111 von insgesamt 170 sowjetischen Infanteriedivisionen an der Grenze zu Deutschland, starke Flankensicherungen gegen Ostpreußen und die Karpathen,<sup>26</sup> machten allerdings den defensiven Charakter deutlich, den Fabry hier zu erkennen glaubt. Anders wäre dies an der so genannten „Westfront“ der Sowjetunion gewesen.<sup>27</sup> Hier reichte diese Heeresgruppe der Roten Armee im Norden bis Bialystock-Grodno-Minsk und im Süden bis zum nördlichen Pripjet, in der Form eines langgestreckten Keils dessen Aufmarschspitze der Frontbalken bei Bialystock bildete, wo sich der Großteil der russischen Panzer massierte.<sup>28</sup> Im Jahr 1940 und im Frühjahr 1941 führte die Rote Armee ständig „Verschiebungen“ durch, so das neue „Schwerpunkte“ von militärischen Konzentrationen gebildet wurden und andere wieder, außer der ständigen Bereitstellung sowjetischer Streitkräfte gegenüber Rumänien, abgebaut wurden.<sup>29</sup> Deutschland habe seit dem „Hochsommer 1940“ in der ständigen Gefahr geschwebt, von den rumänischen Erdöllieferungen

18 Ebd., S.399.

19 Ebd., S.400.

20 Ebd.

21 Ebd., S.410.

22 Ebd., S.401.

23 Ebd., S.418.

24 Ebd., S.419.

25 Ebd.

26 Ebd., S.420.

27 Ebd., S.421.

28 Ebd.

29 Ebd., S.423.

aus Ploesti abgeschnitten zu werden oder auf das „Wohlwollen“ Stalins angewiesen zu sein.<sup>30</sup> Da Stalin die Lage, die die Bindung der deutschen Kräfte in Westeuropa beinhaltete, auszunutzen verstanden habe und seine Truppen an der Ostgrenze des Deutschen Reiches aufmarschierten, sei Hitler gezwungen gewesen nach der Beendigung des „Westfeldzuges“ seine Pläne zu modifizieren.<sup>31</sup> Die historischen Ereignisse würden zudem aufzeigen, das Stalin, wie etwa im Fall Finnland, seine Truppenkonzentrationen an den Staatsgrenzen ultimativ für seine politisch-territorialen Forderungen einsetzte, schreibt Fabry.<sup>32</sup> Für Fabry bestand in dieser Zeit die größte Bedrohung für Deutschland in der „Gefährdung des Ölgebietes um Ploesti“, da hier die deutsche Kriegswirtschaft indirekt bedroht wurde und der sowjetische Aufmarsch an der Grenze zum Reich im Sommer 1941 noch nicht abgeschlossen gewesen sei.<sup>33</sup>

Der Hitler-Stalin-Pakt sollte Deutschland nicht nur den Rücken frei halten, sondern er sei auch eine Alternative zu dem ursprünglichen Plan Hitlers gewesen, die Interessen zwischen Deutschland und Großbritannien aufzuteilen und England für den Kontinent und insbesondere an mittel- und osteuropäischen Fragen zu desinteressieren.<sup>34</sup> Erst nach der Unmöglichkeit der Realisierung dieser Vision habe Hitler umgeschwenkt.

„Er schloß mit Stalin ab in der Annahme, daß dieser nicht mehr die alten weltrevolutionären, sondern nur noch nationalrussische Ziele verfolgte.“<sup>35</sup>

Hitler habe sich mit dem Pakt mit Stalins Sowjetunion aber auch hier verkalkuliert und bald eingesehen, dass der Versuch die Sowjetunion auf den Persischen Golf und Indien abzulenken, gescheitert war.<sup>36</sup> Der Besuch Molotows und die rücksichtslose Verfolgung der sowjetischen Interessen auf dem Balkan und in Finnland hätten bei dem deutschen Diktator zu der Überzeugung geführt, „dass der Krieg mit der Sowjetunion unvermeidlich“ gewesen sei.<sup>37</sup> Erst danach habe sich Hitler auf seine „alte nationalsozialistische Ideologie“ besonnen, die mit dem „Zug nach Osten“, Lebensraum und Rohstoffquellen garantiert habe. Dies sei zudem aufgrund der „starren, 'fanatischen' Mentalität des 'Führers' folgerichtig“ gewesen.<sup>38</sup> Sobald Deutschland in eine schwierige Lage gekommen wäre, hätte Stalin wohl auf Seiten der Gegner Deutschlands eingegriffen, vermutet Fabry.<sup>39</sup>

---

30 Ebd., S.424.

31 Ebd.

32 Ebd., S.423.

33 Ebd., S.426.

34 Ebd., S.427.

35 Ebd.

36 Ebd., S.428.

37 Ebd., S.428 f.

38 Ebd., S.429.

39 Ebd., S.429 f.

Diesem Zweck habe schließlich der sowjetische Aufmarsch an der „Grenze des deutschen Machtbereichs“ gegolten, um letztendlich Gebiete, „an denen Deutschland lebenswichtig interessiert war“, der Sowjetunion einzuverleiben. Die Sowjets hätten mit dem Pakt mit NS-Deutschland auf die Auslösung des Zweiten Weltkriegs gehofft.<sup>40</sup> Auch mit der zunehmenden Abhängigkeit der deutschen Kriegswirtschaft von den Rohstofflieferungen der Sowjetunion habe für sie die Möglichkeit bestanden, „massiven Druck“ auf Hitler auszuüben.<sup>41</sup>

Fabrys Thesen galten schon in den 60er Jahren als widerlegt und sie fanden seitdem nur marginal wissenschaftliches Interesse.<sup>42</sup> Aus den Akten des Oberkommandos der Wehrmacht legte Hillgruber dar, dass die UdSSR erst nach der Bedrohung durch die Wehrmacht, - die im März 1941 Truppen nach Bulgarien verlegte und im Zuge ihrer Balkanoffensive, sowjetische Truppenmassierungen am 11. April 1941 als defensiv einstuft -, ihre Verbände zum deutschen Einflussbereich hin stärkte.

---

<sup>40</sup> Ebd., S.430.

<sup>41</sup> Ebd.

<sup>42</sup> Vgl. so Pietrow (1988), S.131; Ueberschär (1987), S.109; Hillgruber (1965), S.433 ff.; Das Deutsche Reich a.a.O., Band 4, S.268 ff.; vgl. Förster (1983), S.33 ff.; vgl. Wette (1990).

## 8.2.2 Die Thesen von Joachim Hoffmann, Viktor Suworow und Günther Gillessen zur deutschen Entscheidung für den Krieg gegen die Sowjetunion (1983/88)

*Joachim Hoffmann* erwähnt in seinen Aufsätzen, die als Sammelbeiträge zusammen mit kontraproduktiv ausgerichteten Arbeiten zur Frage der Entscheidung für den Krieg gegen die Sowjetunion vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt in Freiburg i.Br. 1983 herausgegeben worden sind, dass die „Kriegsbrauchbarkeit“ der Roten Armee, ihre militärische Effizienz, von der deutschen militärischen Führung und den Demokratien des Westens nicht sehr hoch eingeschätzt worden sei.<sup>1</sup> Das lag einerseits an den Stalinischen Säuberungen der Streitkräfte der Roten Armee. Andererseits war im dritten Fünfjahresplan die Rüstungsindustrie „auf vollen Touren“ gelaufen, worauf Hoffmann hinweist.<sup>2</sup> Durch den Vertrag vom 23. August 1940 und das Geheime Zusatzprotokoll eröffnete die Sowjetunion NS-Deutschland den Weg zu Aggressionen in Europa und ging eine „imperialistische Partnerschaft“ ein.<sup>3</sup> Die Aufteilung Polens lief, so Hoffmann, im Einvernehmen beider Parteien ab und Stalins Sowjetunion habe mit den NKWD-Truppen und den Partisanenverbänden einen „weltanschaulichen Vernichtungskrieg in Osteuropa“ geführt, mit dem gegen gültiges Völker- und Menschenrecht<sup>4</sup> verstoßen worden sei, die Morde von Katyn seien hierfür auch paradigmatisch.<sup>5</sup>

Bis 1941 hatte, so Hoffmann weiter, die Sowjetunion dem rohstoffarmen Deutschland „im weitesten Umfange Wirtschaftsgüter zukommen“ lassen, um es in die Lage zu versetzen, „einen langen Abnutzungskrieg gegen die Westmächte“ zu führen.<sup>6</sup> Hoffmann benutzt den Begriff „Vernichtungskrieg“ synonym als Kennzeichen für die stalinistische Sowjetunion und das nationalsozialistische Deutschland, ohne den Begriff in seiner Schärfe zu fixieren.

„In dem Weltanschauungs- und Vernichtungskrieg in Osteuropa sind Grausamkeiten von erschreckenden Ausmaßen begangen worden - allerdings, wie man hervorheben muß, waren die beiden Kriegführenden praktisch vom ersten Tage an in gleicher Weise hieran beteiligt.“<sup>7</sup> Die Sowjetunion habe sich nach Ausbruch des Zweiten Weltkriegs materiell und personell auf eine Kriegsvorbereitung eingestellt.<sup>8</sup> Das Militärdienstalter wurde von

1 Vgl. Hoffmann (1983a), S.38 f.

2 Ebd., S.56.

3 Ebd., S.78.

4 Vgl. Hoffmann (1983b), S.783.

5 Vgl. Hoffmann (1983a), S.84.

6 Vgl. Hoffmann (1983a), S.95.

7 Hoffmann (1983b), S.780.

8 Vgl. Hoffmann (1983a), S.65.

21 auf 19 Jahre herabgesetzt und jeder Sowjetbürger hatte bis zum 50. Lebensjahr in der Reserve zu dienen.<sup>9</sup> Hoffmann sieht vor allem aber eine Dislokation der sowjetischen Streitkräfte an der vorgeschobenen Grenze zu Deutschland hin.<sup>10</sup> Die Truppen der Roten Armee hätten im Juni 1940 kurz vor der Mobilmachung gestanden. Hoffmann vermeidet den Begriff „Präventivkrieg“, doch stellt er die Behauptung auf, dass seit dem Frühjahr 1941 die sowjetischen Armeeverbände näher zur Grenze anrückten.<sup>11</sup> Bis zum Angriff der deutschen Wehrmacht sei dieses Vorziehen der Verbände der Roten Armee noch nicht abgeschlossen gewesen und im wesentlichen im Raum Bialystock und Lemberg, unmittelbar an die Gebiete unter deutscher Kontrolle angrenzend, erfolgt.<sup>12</sup> Im Lemberger Frontbogen seien drei von vier Armeen des Kiever Militärbezirks und bei Bialystock sei die Hauptmasse des „Westlichen Besonderen Militärbezirks“ konzentriert gewesen. Die Militärstrategie konnte nach Meinung von Hoffmann nur auf eine offensive Taktik aus sein und bezog nicht den Gedanken einer Verteidigung in der Tiefe des Landes mit ein.<sup>13</sup> Hoffmann schließt daraus, dass offensive Motive der stalinistischen Sowjetunion der Grund für diese Truppenkonzentrationen gewesen seien.

Hoffmann versucht dies vor allem durch zwei Quellen zu belegen. Er beruft sich auf den jugoslawischen Gesandten in Moskau, Milan Gavrilovic, der von Äußerungen des Stellvertretenden Volkskommissars des Äußeren, Andrej Vysinskij, vom 8. Februar und 13. Februar 1941 berichtete, dass die Sowjetunion nach der Eröffnung der Balkanfront durch die Briten, in den Krieg gegen Deutschland eintreten würde.<sup>14</sup> Die Sowjetunion sei von ihrem Plan schon 1940/41 in den Krieg einzutreten abgekommen, da ihre Truppen noch nicht kriegsbereit gewesen seien. Als zweiten Punkt nennt Hoffmann Stalins Rede vom 5. Mai 1941, die eine Kriegsbereitschaft der Sowjetunion für das Jahr 1942 und den Kriegswillen gegen Deutschland deutlich gemacht habe.<sup>15</sup> Abgesehen von den unterschiedlichen Interpretationen der Rede Stalins vom 5. Mai 1941 bleibt diese auch quellenkritisch umstritten, da es, so die Tübinger Historikerin Bianka Pietrow, „mindestens vier Versionen der Rede aus zweiter Hand“ gibt.<sup>16</sup> Die sowjetischen Truppenmassierungen im Raum Lemberg

9 Ebd., S.66.

10 Ebd., S.67.

11 Ebd., S.68.

12 Ebd., S.68.

13 Ebd., S.69.

14 Ebd., S.70.

15 Ebd., S.72 f.; zu Stalins Rede vgl. auch Hillgruber (1980), S.15 f.

16 Pietrow (1988), S.133 u. vgl. S.122 f.; vgl. Wette (1987), S.101 f.

hätten auf einen Angriff auf die rumänischen Ölquellen hingedeutet, schreibt Hoffmann.<sup>17</sup> Hoffmann kommt zu dem Urteil:

„Das Argument, die Sowjetunion sei durch den deutschen Überfall überrascht worden, entbehrt jeder Grundlage.“<sup>18</sup>

Die Hypothese, dass Stalin einen Angriff auf Hitler-Deutschland im Jahre 1941 plante und Hitler ihm zuvorkam stellte *Günther Gillessen* in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* zur Diskussion.<sup>19</sup> Er bezieht sich hierbei auf die Informationen des Mitglieds des ehemaligen sowjetrussischen Generalstabs Viktor Suworow in der Zeitschrift des *Royal United Services Institute* London von 1985 und 1986. Gillessen stellt wohl die Frage, ob die Verlegung von sowjetischen Truppen an die Demarkationslinie zu Deutschland schon alleine eine Angriffsabsicht beweisen würde.<sup>20</sup> Dazu bedürfe es weiterer Unternehmungen für eine militärische Offensive. Die Beseitigung von Feldbefestigungen und Stellungen an der ehemals sowjetisch-polnischen Grenze seien eine Aufhebung der verteidigungsstrategischen Maßnahmen. Die an der Grenze zur deutschen Wehrmacht aufmarschierten sowjetischen Großverbände waren, wie Gillessen meint, als offensiv zu charakterisieren. Die Angaben von Viktor Suworow seien von Joachim Hoffmann 1983 im Detail verifiziert und sogar, was die Stringenz der Begründungen angeht, übertroffen worden. Analog zu Suworow habe Hoffmann eine Offensivabsicht der stalinistischen Sowjetunion ausgemacht, die frühestens für das Jahr 1942 geplant worden sei. Demgegenüber erkennt Suworow eine Angriffsabsicht Stalins schon für das Jahr 1941. Der zahlenmäßig große Aufmarsch der sowjetischen Truppen in provisorischen Lagern habe nach dem Winter einbruch zum Angriff führen müssen. Gillessen erwähnt wohl auch Kritiker dieser jüngst von Hoffmann und Suworow aufgestellten These. Er gibt Argumente des israelischen Militärhistorikers Gabriel Gorodetsky wieder. Gorodetsky und andere westliche Militärhistoriker würden Stalins Intention darin sehen, dass er nach dem Sieg Deutschlands über Frankreich Zeit zu gewinnen versuchte. Autoren wie Gorodetsky würden, so Gillessen, auch konzedieren, dass der Flug von Rudolf Heß nach Großbritannien als Mission für einen Separatfrieden von Stalin habe missdeutet werden können. Die Anweisung der sowjetischen Führung, sich nicht von Grenzüberfällen durch deutsche Truppen provozieren zu lassen und keine militärischen Stellungen an der Grenze zu beziehen, wertet Suworow, laut Gillessens Deutung, als Täuschungsversuche. Gillessen gibt hier weiter den Hinweis, dass Suworow auch

<sup>17</sup> Vgl. Hoffmann (1983a), S.71.

<sup>18</sup> Hoffmann (1983b), S.713.

<sup>19</sup> Vgl. Gillessen (1986), S.25; vgl. ders. (1987), S.33.

<sup>20</sup> Vgl. Gillessen (1986), S.25.



die von sowjetischen Diplomaten vor dem 22. Juni 1941 dargestellte Möglichkeit eines Friedens zwischen Deutschland und England, zu einer Zeit der militärischen Eskalierung zwischen diesen beiden Staaten, als planmäßige Politik der Desinformation betrachte.

Nach Meinung Gillessens passen die von sowjetischer Seite penible Beachtung der Einhaltung der Rohstofflieferungen an NS-Deutschland, die Nichtbeachtung der Hinweise auf einen deutschen Angriff und der „massive Aufmarsch ohne Vorbereitung für eine Verteidigung in der Tiefe“ nicht zusammen und es zeichnen sich hier Diskontinuitäten auf.<sup>21</sup> Gillessen kommt zu dem Schluss, dass im Sommer 1941 „zwei Aggressoren“<sup>22</sup> aufeinander geprallt seien. Wenn er den Begriff „Präventivkrieg“ auch expressis verbis ablehnt, so verwischen sich hier die Verantwortlichkeiten und Ursachen für den deutschen Überfall.<sup>23</sup> Überfall sei ein „viel zu einfaches Wort“ für den am 22. Juni 1941 erfolgten Angriff auf die Sowjetunion, urteilt Gillessen.<sup>24</sup> Stalin hat überdies, so Gillessen, mit dem Pakt im Sommer 1939 Hitler letzten Endes den Weg zum Krieg geebnet. Nach einem langen Abnutzungskrieg zwischen den Achsen- und den Westmächten habe Stalin der Sowjetunion bei einem Kriegseintritt die kriegsentscheidende Rolle zuweisen wollen. In Anlehnung an den russischen Historiker ist Gillessen der Meinung, dass die Sowjetunion 1940 Japan zu einem „Krieg mit Amerika verlocken“<sup>25</sup> wollte.

Eine „Verharmlosung der Schuld Hitlers“ und die Störung der bundesdeutschen Entspannungspolitik mit dem Ostblock weist Gillessen als unbrauchbar zurück. Diese Argumente könnten das von Hoffmann und Suworow vorgestellte Material nicht entkräften.<sup>26</sup>

Mit den von Hoffmann und Suworow rezipierten Thesen bot sich Gillessen in seinen Zeitungsaufsätzen die Gelegenheit für eine Revision der historischen Verantwortung für den deutschen Angriff auf die Sowjetunion. Gillessen leistet einen politischen Appell, diese Belastung des deutschen Geschichtsbildes zu beenden und einen Schlussstrich zu ziehen, um den außenpolitischen Handlungsspielraum des Rechtsnachfolgers des Dritten Reiches vergrößern zu können. Gillessen notiert:

„Spätere sowjetische Führungen suchten die schweren Verluste an Leben und Zerstörungen an Gut, die er (der deutsche Angriff auf die Sowjetunion, J.P.) brachte, in eine besondere Friedensschuld der Deutschen gegenüber der Sowjetunion umzumünzen und außenpolitisch-

21 Vgl. Gillessen (1986), S.25; vgl. ders. (1987), S.33.

22 Vgl. Gillessen (1986), S.25.

23 Vgl. Gillessen (1986); ders. (1987).

24 Gillessen (1987), S.33.

25 Ebd.

26 Ebd.

propagandistisch zu operationalisieren. Die Fortsetzung fiel nicht mehr so leicht, wenn sich mehr Klarheit über die Vorgänge der Jahre 1940/41 gewinnen ließe.“<sup>27</sup>

Außer den Zeitschriftenbeiträgen von 1985 und 1986 veröffentlichte *Viktor Suworow* 1985 die Schrift *Der Eisbrecher: Hitler in Stalins Kalkül*, die 1990 bereits aufgrund der großen Nachfrage in der fünften Auflage publiziert worden ist. Darin vermerkt Suworow, dass Stalin seit den 20er Jahren in der militärischen Zusammenarbeit mit Deutschland weder „Mittel, Mühen und Zeit“ gescheut habe um die Effizienz und „Schlagkraft des deutschen Militarismus wiedererstehen zu lassen“.<sup>28</sup> Dieses von Stalin, laut Suworow, geförderte militärische Potential sollte sich gegen „ganz“ Europa, ausgenommen die Sowjetunion, richten. Suworow lässt sich zu der These hinreißen, dass Stalin zu diesem Zweck sehr viel zur Machtergreifung eines „wahnwitzigen Führers“ in Deutschland beigetragen habe. Dies sei jedoch nicht das Ende von Stalins Aktivitäten bezüglich der Begünstigung des Nationalsozialismus gewesen. „Als die Faschisten an die Macht gelangt waren, hat Stalin sie beharrlich und nachdrücklich in den Krieg gehetzt. Den Gipfel dieser Bemühungen stellt der Molotow-Ribbentrop-Pakt 1939 dar.“<sup>29</sup> Suworow notiert weiter: „Doch wenn wir uns schon voll Abscheu des tollwütigen Hundes erinnern (gemeint ist Hitler, J.P.), der sich in halb Europa festgebissen hatte, dann sollten wir auch Stalin nicht vergessen, der diesen Hund herangezogen und dann von der Kette gelassen hat.“<sup>30</sup>

Den im Titel seines Buches enthaltenen Begriff „Eisbrecher“ leitet Suworow von der sowjetkommunistischen Bezeichnung der sowjetisch-bolschewistischen Führer für Hitler ab, die den „Trommler“ der nationalsozialistischen Bewegung, noch vor seiner Machtübernahme, als „Eisbrecher der Revolution“ titulierte hätten. Hitler war demzufolge für Stalin nur ein unfreiwilliges Instrument und eine Marionette, um durch dessen „Aktionen dem Weltkommunismus den Weg“ zu bereiten. Dabei hätten die sowjetischen Führer ihre „eigene schmachvolle Rolle als Kriegshetzer vertuschen“ wollen.<sup>31</sup>

„Stalin hatte besser als Hitler begriffen, daß den Krieg nicht derjenige gewinnt, der als erster beginnt, sondern derjenige, der zuletzt in den Krieg eintritt.“<sup>32</sup>

Stalin selbst wollte demnach den bestmöglichen Zeitpunkt für den Kriegseintritt selbst bestimmen, wenn „alle Kapitalisten sich untereinander in die Haare geraten“ seien.<sup>33</sup> Eine Anklage und Aufdeckung der „Verbrechen des Nationalsozialismus“

<sup>27</sup> Gillessen (1986), S.25.

<sup>28</sup> Suworow (1989), S.12; vgl. Suworow (1985), S.50-55; vgl. ders. (1986), S.73-74.

<sup>29</sup> Suworow (Suworov) (1985b/89) S.12.

<sup>30</sup> Ebd., S.93.

<sup>31</sup> Ebd., S.12.

<sup>32</sup> Ebd., S.13.

allein sei nicht ausreichend oder statthaft, wenn nicht auch die „sowjetischen Kommunisten“ entlarvt werden würden, die die Folgen der Verbrechen der Nazis auszunutzen verstanden, ja, sie ermuntert hätten, um anschließend Nutznießer der „Resultate dieser Verbrechen“ zu sein.<sup>34</sup> Die Kommunisten hätten schon lange und sorgsam ihre Archive durchforstet, und was erhalten geblieben wäre, sei der historischen Forschung kaum zugänglich. Suworow selbst hatte die Möglichkeit, die Archive des Verteidigungsministeriums der UdSSR zu benutzen. Er betonte, dass er „ganz bewusst nur sehr wenig Material aus diesen Geheimarchiven“ heranziehen würde. Seine Hauptquellen seien öffentlich zugängliche sowjetische Buch- und Zeitschriftenpublikationen.<sup>35</sup> Ueberschär erhob gegenüber Suworow denn auch den Vorwurf, unbelegte Vermutungen ohne wissenschaftlichen Erkenntniswert aufzustellen.<sup>36</sup>

Die kommunistischen Denker Marx, Engels, Lenin, Trotzki und Stalin, sowie alle sowjetischen Marschälle des Zweiten Weltkrieges und viele Generale seien seine Hauptzeugen für die These, betont Suworow, dass die Kommunisten „durch Hitlers Hände den Krieg in Europa entfesselt und einen Überraschungsschlag gegen Hitler vorbereitet“ haben, um das am Boden liegende Europa erobern zu können.<sup>37</sup>

Suworow kritisiert die sowjetische Sicht der Festlegung des Datums des Kriegsbeginns am 22. Juni 1941, die von der „kommunistischen Propaganda“<sup>38</sup> in Umlauf gebracht worden sei. Die Dauer des mit 1418 bemessenen Tagen des „Großen Vaterländischen Krieges“ würde, nach einer kritischen Überprüfung, zusammen mit dem Datum des sowjetischen Kriegsbeginns, in sich zusammenfallen und das Angriffsdatum sei falsifizierbar. Dem Mythos vom 22. Juni 1941 könne man leicht seinen Nimbus berauben. Suworow argumentiert, dass von der stalinistischen Sowjetunion der Krieg bereits vor diesem Datum, dem 22. Juni 1941, an dem der deutschen Angriff erfolgte, begonnen worden sei. Bereits im September 1939 hatte die Sowjetunion mit der Annexion Ostpolens und 1940 mit weiteren Territorien (wie das Baltikum) eine Bevölkerung von über 24 Millionen Menschen unter ihre Herrschaft gebracht. Den Begriff „Vor-kriegsperiode“, der eine Sprachregelung der sowjetischen Historiographie ist, stellt Suworow bloß, indem er anführt, dass

33 Ebd.

34 Ebd., S.13 f.

35 Ebd., S.14.

36 Vgl. Ueberschär (1987a), S.113. Vgl. auch S.116: „Soll gar durch die Wiederbelebung eines militanten Antikommunismus eine besondere Identität (von „bestimmten rechten und konservativen Kreisen und Medien“, J.P.) gestiftet werden? Braucht man eine Umdeutung des deutschen Überfalls auf die UdSSR für den Nachweis, daß die Sowjetunion schon immer - gleichsam unveränderlich - der Hort der bösen 'asiatischen Tat' gewesen ist?“

37 Suworow (1989), S.14.

38 Ebd., S.56.

„in der ‘Vorkriegsperiode’ ... die Rote Armee in erbitterten Kämpfen Hunderttausende eigener Soldaten verloren“ habe und die territoriale Integrität von sechs Ländern missachtet worden sei.<sup>39</sup> Monokausal bewertet Suworow allerdings den Tag des Überfalls auf die Sowjetunion:

„Der 22. Juni ist ein Durchschnittsdatum in der Militärgeschichte. Es ist schlicht der Tag des Einsetzens von Kampfhandlungen seitens der Streitkräfte des einen Staates gegen die Streitkräfte eines anderen Staates im Verlauf eines Krieges, an dem beide Staaten längst beteiligt sind.“<sup>40</sup>

Suworow appelliert an seine Landsleute endlich aufzuhören sich „als unschuldige Opfer hinzustellen“.<sup>41</sup> Es müssten auch Tatsachen bedacht werden, wie etwa die, dass die Sowjetunion „dem verblutenden Polen in den Rücken“ fiel.<sup>42</sup> Der Eintritt der Sowjetunion in den Krieg beginne nicht erst am 22. Juni 1941, „sondern da, wo Stalin den Entschluss zu diesem Krieg“ gefasst habe.<sup>43</sup> Die Kausalzusammenhänge zwischen der Ausnutzung der Vorteile, die der Hitler-Stalin Pakt der Sowjetunion anfänglich einbrachte, und der Entscheidung Hitler-Deutschlands für den Krieg gegen die Sowjetunion werden von Suworow miteinander verquickt. Während Günther Gillessen noch im Jahre 1987 darauf hinwies, dass Suworow in seinen Artikeln in der britischen Zeitschrift der *Royal United Services Institute* in den Ausgaben vom Juni 1985, März und Juli 1986, den Begriff „Präventivschlag“ expressis verbis vermieden habe, da sich damit nicht zuletzt eine völkerrechtliche legitimierende Bedeutung herstellen lasse, verwendete Suworow in seiner Buchpublikation diesen Begriff. Viktor Suworow schreibt in der deutschen Übersetzung seiner Schrift *Der Eisbrecher*: „Hitler entschloß sich zu einem Präventivschlag und zerstörte damit alle Pläne.“<sup>44</sup> Als zeitgenössische Zeugen dienen neben den von Suworow interpretierten Memoiren von hohen sowjetischen Generalstabsoffizieren, auch die Gehilfen Hitlers in der deutschen Wehrmacht, Generaloberst Alfred Jodl und Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel. Suworow paraphrasiert und übernimmt unkritisch die Aussagen von Keitel bei dem Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess, in dem dieser behauptet hatte, dass Deutschland keine „Angriffsvorbereitungen“ gegen die Sowjetunion getroffen habe. Kusnezow, Admiral und Volkskommissar für die Kriegsmarine der UdSSR und ferner Mitglied des Zentralkomitees der KPdSU, habe 1941 Kriegsvorbereitungen gegen das Deutsche Reich, in Übereinstimmung mit Stalin, getroffen.<sup>45</sup>

39 Ebd., S.58.

40 Ebd., S.59.

41 Ebd., S.60.

42 Ebd.

43 Ebd.

44 Ebd., S.64.

45 Ebd., S.408.

Ferner beruft sich Suworow auf den Angehörigen des Generalstabs, Armeegeneral S.P. Iwanow, der 1974 eine Studie über die Anfangsphase des Krieges veröffentlicht hatte. Darin sei Iwanow zu dem Ergebnis gekommen, dass „Hitler einen Präventivkrieg“ führen musste.<sup>46</sup> Auch die Erinnerungen des ehemaligen Volkskommissars für das Nachrichtenwesen, I.T. Pereszypkin, benutzt Suworow zur Stützung seiner These.

Kritiker warfen Viktor Suworow vor, diese Aussagen zu verkürzen und sinnentstellend zu paraphrasieren.<sup>47</sup> Der kurz nach dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 erfolgte Luftangriff der Sowjets auf Königsberg, der Vorstoß der Roten Armee auf Tilsit in Ostpreußen, die Offensive auf die polnische Stadt Suwalki und vier Tage später auf die Erdölfelder von Ploiesti in Rumänien, zeigen, Suworow zufolge, die Gefährdung Hitler-Deutschlands durch die UdSSR auf. Die Rote Armee habe selbst in der Situation von verheerenden Verlusten von Kriegsmaterial, „noch genügend Kraft“ besessen einen Gegenschlag durchzuführen.<sup>48</sup> Der Vorstoß auf Suwalki sei lange vor dem Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges von der Roten Armee geplant worden.<sup>49</sup> Die sowjetischen Truppen wollten, so urteilt Suworow, keinen Präventivkrieg sondern einen Angriffskrieg führen, das Gerät und die Ausrüstung der sowjetischen Panzertruppen sei vor allem für mitteleuropäische Straßen geeignet gewesen und die Sowjetunion habe über zweihundert Mal mehr ausgebildete Fallschirmspringer verfügt, als weltweit alle anderen Streitkräfte zusammen.<sup>50</sup> Zudem habe Hitler-Deutschland nicht, wie die Sowjetunion, über „unerschöpfliche Menschenreserven“ verfügt und sei gezwungen gewesen, einem sowjetischen Überraschungsschlag, der vernichtend gewesen wäre, zuvorzukommen.

Suworow setzt die geplante sowjetische Angriffsoperation gegen das „Reich“ auf den 6. Juli 1941 fest, da Stalin und Schukow mit Vorliebe an einem „Sonntagmorgen“ ihre Überraschungsangriffe durchgeführt hätten. Die Einnahme von Berlin war, so Suworow, nicht das Endziel der Roten Armee, sondern der Vorstoß, der von Sowjetrußland propagierte „Befreiungsfeldzug“, sollte bis zum Atlantik vorgetrieben werden.<sup>51</sup>

Schon Joachim Hoffmann hielt in seinem Vierten Band, der vom Freiburger Militärgeschichtlichen Forschungsamt herausgegebenen *Geschichte des Zweiten Weltkriegs*, Stalins Angriffsabsicht und Planung für das Jahr 1942 auf das Reich für eva-

46 Ebd., S.409.

47 Vgl. Pietrow (1988), S.116-135.

48 Suworow (1989), S.424 f.

49 Ebd., S.426.

50 Ebd., S.427.

51 Ebd., S.430.

hüerbar und nahezu erwiesen.<sup>52</sup> Suworows Angaben bestätigte Oberst Wladimir Karpow, Chefredakteur der sowjetischen Literaturzeitschrift *Nowy* und Erster Sekretär des Schriftstellerverbandes der UdSSR, in seinem Artikel in der Zeitschrift für Truppenerziehung *Kommunist wooruscheny*. Die Rote Armee habe demnach mit Wissen des Stabschefs Georgij Schukow und des Verteidigungsministers Semjon Timoschenko einen „Präventivkrieg“ gegen das Dritte Reich geplant. Der Plan sei dem sowjetischen Diktator Stalin am 15. Mai 1941 zur Kenntnis gebracht worden, der ihn als zu risikovoll einstufte und offenbar ablehnte.

Stegemann vermerkte in seinem Beitrag *Zur Diskussion über den deutschen Angriff auf die Sowjetunion 1941* im Jahre 1987, es sei zwar weder unbestritten, dass der Feldzug von Nazideutschland als „Eroberungs- und Vernichtungskrieg“ und nicht zur „Befreiung der Völker der Sowjetunion“ geplant und geführt worden sei, noch sei Suworow auf die Frage der Reaktionen auf deutscher Seite bezüglich der Aufmarschstellungen der Sowjetarmeen überhaupt eingegangen.<sup>53</sup> Suworow könne geirrt haben, Stegemann plädiert aber für die Freiheit solche Thesen aufstellen zu dürfen. Die Äußerungen Suworows als „bedauerlich und bedenklich“ zu bezeichnen, wie sie etwa von Bianka Pietrow charakterisiert worden seien, sei eine „politische Diffamierung“.<sup>54</sup>

Auch Bianka Pietrow machte in ihrem Aufsatz in der Fachzeitschrift *Geschichte und Gesellschaft* 1988 den Einwand, dass Suworow überhaupt kein neues Material ausbreitet, sondern „selektiv“ falsch aus bisher bekannten Materialien und Memoiren zitiert<sup>55</sup> und Aussagen bis zur Unkenntlichkeit verkürzt habe.<sup>56</sup> Pietrow zitiert wie Suworow den sowjetischen Marschall Vasilenskij als einen gegenteiligen Beleg für eine unzureichende Vorbereitung von militärischen Verteidigungsmaßnahmen der Sowjetunion gegen einen Angriff des Deutschen Reiches. Die Sowjetarmee habe zwar große Anstrengungen unternommen das Verteidigungspotential „optimal zu entwickeln“, Stalin habe aber aus politischer Rücksichtnahme, um Deutschland keinen Vorwand für einen Einfall in Sowjetrußland zu geben, der Truppenführung untersagt, die Grenztruppen in Alarmbereitschaft zu versetzen.<sup>57</sup>

<sup>52</sup> Vgl. Kap. 8.2.2.

<sup>53</sup> Vgl. Stegemann (1987a), S.205-213; vgl. ders. (1987b), S.74.

<sup>54</sup> Vgl. Stegemann (1987b), S.76.

<sup>55</sup> Pietrow (1988), S.119.

<sup>56</sup> Ebd., S.118.

<sup>57</sup> Ebd., S.134 f.

### 8.3 Die Thesen von Schustereit 1988 und Topitsch 1986/90

#### 8.3.1 Die Thesen von Hartmut Schustereit zur Entscheidungsfindung für den Angriff auf die Sowjetunion

Die Theoretiker der Präventivkriegsthese, vor allem Stegemann, Schustereit, Topitsch u.a., widersprechen der Analyse des hauptsächlich vor allem von Hillgruber entwickelten so genannten „Stufenprogramms“, und auch teilweise des Weltanschauungskrieges. Schustereit nimmt in seiner Publikation *Vabanque* seine Thesen von 1983 partiell zurück.

*Hartmut Schustereit* setzt sich in seinem Buch *Vabanque (Hitlers Angriff auf die Sowjetunion 1941 als Versuch, durch den Sieg im Osten den Westen zu bezwingen. Herford 1988)* mit dem Motiven für den deutschen Entschluss zum Angriff auf die Sowjetunion auseinander, die kontrovers schon in den fünfziger Jahren im Zusammenhang von außenpolitischen Äußerungen Hitlers, in seiner Schrift *Mein Kampf*, diskutiert wurden. Mit der Habilitationsschrift von Andreas Hillgruber im Jahre 1965 wurde das Blickfeld auf den ideologischen Kausalnexus gerichtet.

In der 1988 publizierten Schrift des am Militärgeschichtlichen Forschungsamt in Freiburg im Breisgau tätigen Historikers, Hartmut Schustereit, wird das Stufenprogramm von Andreas Hillgruber, Klaus Hildebrand, Axel Kuhn u.a. in Frage gestellt, da es diametral mit der Rüstungsplanung des Dritten Reiches ab Juni 1940 kollidiere. Der Krieg gegen Großbritannien habe in Hitlers Überlegungen und Rüstungsanstrengungen vielmehr oberste Priorität besessen. In der Bewertung, die in dieser Studie Schustereits vorgenommen wird, war der Überfall auf die Sowjetunion nicht mehr als eine Etappe hin zu dem eigentlichen Ziel: der Niederringung Englands. Hitlers Kriegführung sei immer nur für den nächsten Augenblick ausgerichtet gewesen. Die Demobilisierung von 40 Divisionen nach dem Sieg über Frankreich und der Waffenmangel am Vorabend des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion beweisen, so Schustereit, dass der Oberbefehlshaber der Deutschen Wehrmacht keinen eigentlichen „Kriegsplan“ entwickelt habe. Da es keinen Kriegsplan gegeben habe, habe das nationalsozialistische Deutschland bis in das dritte Kriegsjahr hinein auch über keinen Rüstungsplan verfügt.<sup>1</sup> Die von Hitler nach dem Sieg über Frankreich

---

<sup>1</sup> Schustereit (1988), S.10; vgl. Rezension von Günther Gillessen (1988). Gillessen vermerkt: „Die Studie war ursprünglich für die Kriegsgeschichte des Instituts in Auftrag gegeben worden, aber ist dann dort nicht erschienen. Das Vorwort nennt keine Gründe. Aber seltsam ist der Vorgang, und man möchte gern Näheres darüber wissen, zumal da es sich um eine ordentlich gearbeitete Studie handelt.“

am 20. Juni 1940 verfügte Demobilisierung des Heeres sei von der Forschung bisher vernachlässigt worden. Das Heer wurde auf 120 Divisionen reduziert, wobei, worauf Schustereit auch akzessorisch hinweist, die Zahl der schweren Waffen - der Panzerdivisionen - verdoppelt und die Anzahl der motorisierten Infanteriedivisionen erhöht wurden.<sup>2</sup>

„Eine überzeugende Erklärung, aus welchem Grund Hitler die Verkleinerung der eigenen Landstreitkräfte gerade zu der Zeit befahl, in der er den Angriff gegen eine andere Landmacht gedanklich vorbereitete, ist bisher nicht gegeben worden.“<sup>3</sup>

Schustereit verwendet den Topos, dass Großbritannien „der letzte noch ungeschlagene Gegner“ war, den es zu besiegen galt.<sup>4</sup> An erster Stelle standen am 20. August 1940 die logistischen und personellen Vorbereitungen für die Invasion Englands, für das *Unternehmen Seelöwe*<sup>5</sup> Diesem Ziel sei alles andere immer untergeordnet gewesen.

„Daher lag es für ihn (Hitler, J.P.) nahe, auf andere Weise, selbst auf Umwegen, sein Ziel zu erreichen, d.h. den Sieg über Großbritannien zu erringen.“<sup>5</sup>

Hitlers Reihenfolge seines Kriegsplanes sei aus den Dringlichkeitsstufen für die Rüstungsprogramme herauszulesen. Die Rüstungsprogramme sind, so Schustereit, immer in der Reihenfolge durchgeführt worden, wie sie als kriegsentscheidend und damit als vorrangig galten.<sup>6</sup> Folgt man dieser Begründung, so war England nur deshalb nach der Niederwerfung Frankreichs im Sommer 1940 nicht zum Friedensschluss bereit, weil es Hoffnungen auf seinen vermeintlichen „Festlandsdegen“ Sowjetunion setzte. In der Überlegung Hitlers sei der „Endsieg über Großbritannien“<sup>7</sup> immer das primäre Ziel geblieben. Da Hitler ab August mit keiner Landung auf der Insel mehr gerechnet habe, sei selbst am 28. September 1940 die angeordnete Steigerung der Rüstung für das *Unternehmen Barbarossa* nicht zuungunsten einer Vorbereitung eines Angriffskrieges gegen England erfolgt. Aus den Rüstungsplänen glaubt Schustereit, eine „Prioritätenliste“<sup>8</sup> für den Krieg gegen Großbritannien zu erkennen; Marine und Luftwaffe wurden bei der Durchführung der Fertigungsprogramme zu Lasten des Heeres begünstigt.

Schustereit zweifelt, dass Hitler bereits im Juni oder Juli 1940 den Überfall auf die Sowjetunion geplant hat, denn er habe die Heeresstärke nicht reduziert, sondern mobilisiert.<sup>9</sup> Im August 1940 wurde der Ausbau des Heeres von Hitler auf 200

<sup>2</sup> Schustereit (1988), S.12 f.

<sup>3</sup> Ebd., S.20.

<sup>4</sup> Ebd., S.13.

<sup>5</sup> Ebd., S.16.

<sup>6</sup> Ebd., S.17.

<sup>7</sup> Ebd., S.18.

<sup>8</sup> Ebd., S.19.

<sup>9</sup> Ebd., S.22.



Divisionen vorgesehen (davon 180 Felddivisionen),<sup>10</sup> und die Rüstung umgesteuert, was Schustereit auch vermerkt. Seine Interpretation verweist jedoch auf die nach der Kapitulation Frankreichs durchgeführte Verminderung des Wehrmachtheeres. Die freigesetzten Wehrmachtteile wurden auch nicht aus der Wehrmacht entlassen - statt dessen in der Rüstungsindustrie eingesetzt. Schustereit verlässt zuweilen die wissenschaftlich exakte Ebene und lässt seinen Phantasien freien Lauf, ohne seine Behauptungen in ihrer Gesamtheit belegen zu können.

Mit einem Landkrieg sei „auf absehbare Zeit“ in der zweiten Jahreshälfte schon deshalb nicht gerechnet worden, weil die auf einen langen Zeitraum angesetzte Umstrukturierung der Panzertruppen rüstungstechnisch nicht zu bewältigen war. Selbst bei rationellster Ausnutzung der vorhandenen Kapazitäten habe die von Hitler in seinem Rüstungsbefehl vom 28. September 1940 geforderte Herstellung von 11.000 Panzern dreieinhalb Jahre in Anspruch genommen.<sup>11</sup>

Schustereit verstrickt sich hier in Widersprüche und stellt unzulässige Konklusionen auf.

„Wie unter solchen Umständen der Luft- (und See-)Krieg gegen Großbritannien mit Aussicht auf Erfolg weitergeführt werden sollte, blieb unklar.“<sup>12</sup>

Er wiederholt seine These ständig, dass es in den Überlegungen Hitlers für Großbritannien nur einen Ausweg und eine Hoffnung gab: Sowjetrußland. Würde dieser „Festlandsdegen“, so Schustereit, fallen, sei die Situation des Dritten Reiches aufgrund der immensen Rohstoffquellen „sehr viel günstiger“. Für Hillgruber war es jedoch unstrittig, dass Hitler als Vollzieher der nationalsozialistischen Weltanschauung die wichtigsten Rohstoffressourcen sichern wollte, um der „arischen Rasse“ zukünftig den Endkampf um die Weltherrschaft gegen die USA zu ermöglichen.

In seinem Buch nimmt Schustereit neue Einfügungen gegenüber seinen Aufsätzen aus dem Jahr 1983 vor, indem er Konzessionen an die Koinzidenz der beiden Faktoren Antisemitismus und Antikommunismus des NS-Staates macht und Hillgruber hier zustimmt.

„Mit dem Feldzug gegen die Sowjetunion bot sich Hitler gleichzeitig die Gelegenheit zur Bekämpfung des 'jüdischen Bolschewismus' als des ideologischen Hauptfeindes.“<sup>13</sup>

Freilich sei die „Vernichtung des 'jüdischen Bolschewismus'“ mit dem Sieg im Osten nur eine Etappe zur Schaffung eines wehrökonomischen Großraums für einen Entscheidungskrieg mit dem Westen.<sup>14</sup>

Schustereit nimmt seine Präventivkriegsthese partiell zurück, da die Absicht

<sup>10</sup> Ebd., S.21.

<sup>11</sup> Ebd., S.21.

<sup>12</sup> Ebd., S.44.

<sup>13</sup> Ebd., S.22.

<sup>14</sup> Ebd., S.101.

Stalins das Dritte Reich anzugreifen für die Entscheidung für den Krieg NS-Deutschlands gegen Sowjetrußland nicht ausschlaggebend gewesen sei. „Wenn diese Hypothese verifiziert werden kann, wäre Hitler objektiv einem Präventivkrieg Stalins zuvorgekommen, nicht aber subjektiv“, schreibt Schustereit.<sup>15</sup> Die Frage, ob Hitler einem Angriff der stalinistischen Sowjetunion zuvorkommen wollte, könne erst nach der Öffnung der sowjetischen Archive endgültig geklärt werden.<sup>16</sup> Schustereit leugnet jedoch das Lebensraumkonzept Hitlers als Motiv für den Krieg im Osten. Es sei aus Hitlers „Darlegungen nicht einmal ansatzweise“ herauszuinterpretieren.<sup>17</sup> In geradezu grotesker Weise verwendet Schustereit den Begriff *Lebensraum*, indem er argumentiert, dass Hitler schließlich auf „Lebensraum“ in Südtirol verzichtet habe und damit dieses Motiv für ihn nicht oberstes Primat besessen habe. „Zu den zentralen Aussagen Hitlers werden weiterhin diejenigen über den ‘Lebensraum’ gerechnet. Sie gelten als einer der Kernpunkte seiner Weltanschauung. Aber selbst hier widersprechen sich Theorie und Praxis. Mit seinem unmißverständlich propagierten Verzicht auf Südtirol, d.h. auf das Abschreiben von ‘Lebensraum’, noch dazu von Deutschen bewohnt, setzte sich Hitler heftigster Angriffe gerade der ihm politisch am nächsten Stehenden aus.“<sup>18</sup> Schustereit sieht hier den „zynischen Opportunismus“ Hitlers, der seine Prinzipien bedenkenlos und undogmatisch preisgegeben habe, um kurzfristige Vorteile zu erringen.

Man kann das von Hillgruber dargelegte „Programm“ Hitlers auch eine Vision Hitlers und des Nationalsozialismus nennen. Hitlers „Arbeitsmethode“ unterschied sich von einer rein rationalen Methodik. Großbritannien war der von Hitler gewünschte natürliche Verbündete. Quellen wie das so genannte Hoßbach-Protokoll, Gespräche mit dem Völkerbundskommissar Carl Friedrich Burckhardt und die Nachricht vom Angriff auf die Sowjetunion an den italienischen Faschistenführer belegen eine solche Option, die Schustereit gänzlich außer acht lässt und ausblendet. Zuweilen verselbständigt sich Schustereits Kritik an Hillgruber in Begriffsspalterei und Projektionen. Hartmut Schustereit verlangt für die Verifizierung von Quellen ständig neue Belege, mit dem Einwand und Hinweis, die bisher vorhandenen könnten womöglich unvollständig sein, da die Quellen der Vergangenheit nie vollständig

---

15 Ebd., S.101.

16 Ebd., S.100 f.

17 Ebd., S.109.

18 Ebd., S.117.

gesichert werden können und Zweifel an der Erfassung der Vergangenheit alles in allem immer bestehen, „... weil Vergangenheit immer nur bruchstückhaft, d.h. teilweise erfaßt werden kann“.<sup>19</sup>

Schustereits These des Vorranges eines Krieges gegen Großbritannien stützt sich monokausal auf die Äußerungen Hitlers am 31. Juli 1940 und eine Besprechung von Wehrmacht und Luftwaffe im Hauptquartier Görings am 19. Juni 1940, bei der „der Wille Hitlers hervorgehoben“<sup>20</sup> worden sei, alle vorhandenen ökonomischen Kräfte primär auf die „schnellste Stärkung der Lufrüstung“ zu konzentrieren. Er verlässt die wissenschaftliche Ebene wenn er notiert: „Überdies: Die Westmächte haben Hitler den Krieg erklärt, nicht er ihnen“,<sup>21</sup> ohne miteinzubeziehen, dass Hitler seit München sehnsüchtig eine Kriegserklärung der Westmächte erwartete. Dass es Hitler noch 1940 unterlassen hatte einen „Rüstungsplan“ zu entwickeln, war für das NS-Regime nicht untypisch, sondern Folge eines konzeptionellen Chaos, wie ich meine. Schustereit schließt aus dem Fehlen eines Rüstungsplans, dass Hitler auch keinen „Kriegsplan“ vorgesehen habe.<sup>22</sup> Hartmut Schustereit macht selbst Anleihen an die Polykratiethorie, die er nicht ignoriert, wenn er schreibt:

„Einen erheblichen Teil seines Einflusses verdankte Todt dem von Hitler praktizierten System der Machtteilung, durch das dieser Konkurrenzsituationen schuf.“<sup>23</sup>

Die „Strukturschwäche des NS-Staates“ sei aus dem Kompetenzwirrwarr der Behörden erklärbar, die seine eingeschränkte Effizienz sichtbar mache.<sup>24</sup> Es sei eine Folge des fehlenden Kriegsplans, das ein Rüstungsplan nicht entwickelt wurde.<sup>25</sup> Die deutsche Wirtschaft sei Mitte 1941 bereits überlastet und überfordert gewesen und behalf sich, da ein Rüstungsplan nicht existierte, mit der Einführung von Sonderstufen.<sup>26</sup> Die Sonderstufenfertigung dient Schustereit als Beleg für eine spontane Entscheidung Hitlers.

Erst mit dem Ministerium Speer wurden in der Endphase des Krieges alle Reserven mobilisiert.<sup>27</sup> Das Panzerfertigungsprogramm war, nach der Ansicht von Schustereit, nicht durchführbar gewesen, da die Arbeitskräfte hierfür gefehlt hätten und dagegen die Zahl der Arbeitskräfte für die Luftwaffenrüstung ausreichend hoch gewesen seien. Nur bedeutet dies keinen Widerspruch, da Schustereit selbst in seinem Buch einräumt, dass eine schlagkräftige Luftwaffe auch den Angriffskrieg

<sup>19</sup> Ebd., S.115.

<sup>20</sup> Ebd., S.13.

<sup>21</sup> Ebd., S.123.

<sup>22</sup> Ebd., S.12.

<sup>23</sup> Ebd., S.61.

<sup>24</sup> Ebd., S.27.

<sup>25</sup> Ebd., S.49.

<sup>26</sup> Ebd., S.49.

<sup>27</sup> Vgl., S.37.

gegen die Sowjetunion mitentschied und nicht ausschließlich für den Luftkrieg gegen Großbritannien gebraucht wurde.

„Diese (die Luftwaffenrüstung, J.P.) war als Vorbereitung für den Feldzug gegen die Sowjetunion allein nicht notwendig; sie ist vielmehr ein weiterer Beweis dafür, daß der in und aus der Luft geführte Kampf gegen Großbritannien selbst durch einen Krieg mit einem weiteren Gegner nicht beeinträchtigt werden sollte.“<sup>28</sup>

Man kann zu dem Urteil kommen, dass sich Hartmut Schustereit ständig wiederholt, ohne schlüssige Konklusionen für seine Behauptungen anzubieten. So konnte die Luftwaffe auch für das Unternehmen Barbarossa eingesetzt werden und blieb als strategische Waffe nicht vorrangig auf den Luftkampf gegen Großbritannien beschränkt.<sup>29</sup>

Die Belege, die Schustereit für seine Thesen anbietet, bleiben fragmentarisch und werden einseitig in tendenziöser Weise interpretiert. Auch der U-Boot Kampf diente nicht nur alleinig, wie Schustereit glauben machen will, dem Krieg gegen Großbritannien,<sup>30</sup> sondern er sollte Nazideutschland auf einem Nebenkriegsschauplatz den Rücken frei halten und militärische Kräfte der Alliierten binden und Hilfslieferungen an die Sowjetunion verhindern.

„Daneben bestand weiterhin als Aufgabe die Durchführung des U-Boot-Krieges, um die Versorgung Englands weiter zu drosseln und zu lähmen.“<sup>31</sup>

Schustereit vermerkt statistische Angaben zum Rüstungsprogramm für das Jahr 1941, in denen er einen Vergleich zwischen Gesamtbedarf und Produktionszahlen bzw. Bereitstellung von Handfeuerwaffen, leichten und schweren Waffen, wie Panzer und Artillerie und der Rohstofflage aufführt. Ferner listet er die Personal- und Materialverluste des Heeres während des „Barbarossa“-Feldzuges auf. Die Personalverluste der deutschen Wehrmacht, die Zahl der von ihr gemachten sowjetischen Gefangenen vom 22. Juni 1941 bis zum 10. Januar 1942 und die Ausfälle an leichten und schweren Infanteriewaffen und Geschützen, an gepanzerten und ungepanzerten Kraftfahrzeugen, an Panzern und Pferden werden statistisch aufgezählt. Hinweise auf sowjetische Beutewaffen macht Schustereit wohl,<sup>32</sup> die erbeutete Munition und Waffen aus dem Feldzug gegen Frankreich, auch beispielsweise tschechoslowakische Artilleriewaffen, werden bei Schustereits Ausführungen jedoch vernachlässigt. Dabei verstrickt sich Schustereit in Widersprüche. Was sich aus den Materialdarstellungen Schustereits herauslesen lässt, ist die Möglichkeit, dass Hitler mit einem langen Feldzug gegen die Sowjetunion nicht rechnete und einen schnellen Sieg kalkulierte.

<sup>28</sup> Ebd., S.29.

<sup>29</sup> Ebd., S.51.

<sup>30</sup> Ebd., S.53: „... doch mochte dies (die Fortsetzung des U-Boot-Programms, J.P.) aus der Sicht Hitlers insofern vertretbar sein, als ja auch der Rüstungsschwerpunkt der Kriegsmarine auf dem Kampf gegen Großbritannien lag.“

<sup>31</sup> Ebd., S.56.

<sup>32</sup> Ebd., S.43.

Schusterei räumt selbst ein:

„Zu einer Zentralisierung der Rüstung kam es erst, als es nach dem Fehlschlag des Unternehmens 'Barbarossa' deutlich geworden war, daß mit einem langen Krieg zu Lande, zu Wasser und in der Luft gerechnet werden mußte.“<sup>33</sup>

In seiner Beurteilung erkennt Schusterei auch einen Dilettantismus Hitlers, der „die von ihm selbst befohlenen Umsteuerungen der Schwerpunktprogramme innerhalb“ einer Gesamtrüstung durch ständig „neue Anordnungen“ durchbrochen hatte. Hitler sei somit, neben seiner Generalität, „wesentlich für die Rüstungsmisere verantwortlich“.<sup>34</sup>

Die Stringenz seiner Thesen wird durchkreuzt, wenn er ein „Programm“ Hitlers für eine Kriegsentscheidung gegen die Sowjetunion zwar nicht gelten lässt, andererseits eine Programmatik des Diktators, die vorrangig gegen Großbritannien gerichtet gewesen sei, intendiert und voraussetzt. Ein Mehrfrontenkrieg wurde von Hitler schon in *Mein Kampf* abgelehnt. Nachdem die deutsche Offensive vor Moskau im Dezember 1940 gestoppt wurde, habe sich Hitler und die Wehrmacht auf einen „lange dauernden Krieg zu Lande“<sup>35</sup> eingestellt. Bis dahin habe es weder einen „Kriegs- noch einen Gesamtrüstungsplan“ gegeben.<sup>36</sup> Die *communis opinio* der deutschen Historiker favorisiere, so Schusterei, das „Stufenprogramm-Dogma“.<sup>37</sup> In seiner Philippika gegen Andreas Hillgruber wirft Hartmut Schusterei ein, dass die Ausführungen Hillgrubers den „Charakter eines Dogmas“ besitzen würden. Schusterei gesteht der IG-Farben, innerhalb des Vierjahresplanes, dem so genannten „Krauch-Plan“, eine kriegsentscheidende Bedeutung zu.<sup>38</sup> Die Präventivkriegsthese wird von Schusterei zwar verworfen, die Entscheidung für den Angriff auf die Sowjetunion wird aber funktionalisiert, als zwangsläufige Folge der Auseinandersetzung mit Großbritannien teleologisch gedeutet. Die Leugnung der biologistischen, sozialdarwinistischen Motive und Ziele Hitler-Deutschlands und des Lebensraumkonzeptes weist der mit dem Ostkrieg verbundenen arbeitsteilig-industriell durchgeführten „Endlösung“ einen Nebenschauplatz zu - sie sind in den Überlegungen Hitlers, laut Schusterei, kein zentrales weltanschauliches Moment mehr. Der Massenmord wurde, nach dieser Deutung, somit auch nicht programmatisch geplant.

<sup>33</sup> Ebd., S.54.

<sup>34</sup> Ebd., S.54; vgl. auch S.84: „Die Hauptverantwortung für die gleich nach Feldzugsbeginn (von *Barbarossa*, J.P.) teilweise bedenklich gewordene Munitionslage lag bei Hitler. ... Diese Fehlbeurteilung (hinsichtlich der Munitionierung des Heeres, J.P.) hatten allerdings Generale mitzuverantworten.“

<sup>35</sup> Ebd., S.67.

<sup>36</sup> Ebd.

<sup>37</sup> Ebd., S.113: „Das Erklärungsmodell Hillgrubers besitzt den Charakter eines Dogmas.“

<sup>38</sup> Ebd., S.65; vgl. Borkin (1981), S.55-74.

### 8.3.2 Die Thesen von Ernst Topitsch zum deutsch-sowjetischen Krieg

Ebenfalls um eine Neuinterpretation der Entscheidung für den Krieg gegen die Sowjetunion und das deutsch-sowjetische Vorkriegsverhältnis geht es in der 1985 vorgelegten und 1990 neubearbeiteten Studie von *Ernst Topitsch: Stalins Krieg Die sowjetische Langzeitstrategie gegen den Westen als rationale Machtpolitik. Herford 1985/1990*.<sup>1</sup> Die von den leninistisch-ideologischen Triebkräften orientierte Langzeitstrategie der sowjetisch-stalinistischen Außenpolitik habe den Endsieg des Sozialismus angesteuert. Hitlers Politik und der Überfall auf die Sowjetunion erscheinen auch hier als Episode und Etappe. Stalins Intention ist es nach der Ansicht von Topitsch gewesen, den Krieg zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und den Westmächten bis zur „Erschöpfung beider Parteien in die Länge zu ziehen, während er selbst in sicherer Neutralität seine Rüstungen vorantreiben konnte“,<sup>2</sup> was schließlich dazu geführt habe, dass der „Herr im Kreml“, der „verschlagnene Georgier“, das „entscheidende Wort“ gesprochen habe. Die Vorbereitungen zur militärischen Intervention habe Stalin in sicherer Neutralität vorbereiten können. Die Überschätzung Hitlers sei dabei durch das offizielle Geschichtsbild akzentuiert worden. Dass die Sowjetunion Stalins die Achsenmächte gegen England und Frankreich in den 30er Jahren auszuspielen versuchte, stellt eine Kardinalthese des Buches dar. Die Entscheidungsgründe für den deutschen Angriff auf die Sowjetunion werden auch hier verharmlost. Dem Stufenprogramm Hitlers wird ein Stufenprogramm Lenin-Stalins gegenübergestellt. Für den Kriegsausbruch zwischen Sowjetrußland und Deutschland wird der „rote Diktator“ verantwortlich gemacht. Demnach wurde der Zweite Weltkrieg von dem leninistisch-stalinistischen System vorbereitet. Diese Konspirationsthese lässt den Kausalnexus für die kriegerische Expansionspolitik Hitler-Deutschlands und Japans unbeachtet. Laut Ernst Topitsch waren diese Mächte nur Werkzeuge des „verschlagnen Georgiers“.

<sup>1</sup> Vgl. Pietrow (1988), S.117: „Zunächst versuchte sich der Grazer Philosoph Ernst Topitsch mit seinem Buch 'Stalins Krieg' zum Erstaunen mancher Leser als Militärexperte, doch vertrat er ebenso obsoletere wie abenteuerliche Positionen, die keinen Zweifel daran lassen, daß sich Topitsch um Forschungsergebnisse nicht schert.“ Sein Buch liefere allerdings jenen „Schützenhilfe“, die Hitler vor allem als Opfer sowjetischer Politik gewertet haben (ebd., S.117 f.). Vgl. Stegemann (1987), S.76: „Bei der Diskussion meldete sich auch Ernst Topitsch zu Wort, der eine noch weiterreichende These als Suworow aufgestellt hat.“ Topitsch habe vielmehr versucht, „als Nichthistoriker bekannte Fakten und Aussagen in einem neuen Sinnzusammenhang zu sehen“. Vgl. Wette (1987), S.104: Topitsch sei schon „in den siebziger Jahren als vehementer ideologischer Gegner der Friedens- und Konfliktforschung“ hervorgetreten.

<sup>2</sup> Topitsch (1985/90), S.74.

Von Ernst Topitsch werden längst bekannte Quellen zu einem Aufguss für diese These eingesetzt.<sup>3</sup> Stalin habe deshalb schon früh eine Langzeitstrategie unter Einbeziehung des nationalsozialistischen Deutschland entwickelt, die er planmäßig und stufenweise verwirklicht habe.<sup>4</sup> In diesem Punkt stimmt er mit Schustereit überein. Topitsch setzt sich mit Hillgrubers „Stufenprogramm“ Theorie nicht ausdrücklich in Form einer Replik auseinander, er umgeht die Darstellung seiner divergierenden Anschauungen gegenüber Hillgruber.

Über die Kriegsziele des nationalsozialistischen Deutschland im September 1939 urteilt Topitsch:

„Von einem politisch-strategischen Gesamtkonzept für einen ‘großen’ europäischen oder gar für einen Weltkrieg war keine Spur.“<sup>5</sup>

Wenn Topitsch auch kein Stufenprogramm-Konzept Hitlers zu erkennen glaubt, so stimmt er doch den „Programmatikern“ zu, dass der Angriff auf die Sowjetunion durch „zwei Gedanken“ vorbereitet wurde, die sich „leitmotivartig“ durch Hitlers Weltanschauung ziehen. Diese beiden Motive, die Eroberung von Lebensraum im Osten und die „Unterwerfung und Versklavung des ‘slawischen Untermenschen’ und die Vernichtung des ‘jüdischen Bolschewismus’“,<sup>6</sup> konzidiert Topitsch. Sie seien „immer wenigstens untergründig präsent“ gewesen. Topitsch argumentiert aber letztendlich pragmatisch, wenn er behauptet, dass diese zwei Motive aus „taktischen Gründen zurückgestellt“ und von anderen „Erwägungen überdeckt“ worden seien.<sup>7</sup> Den Entschluss zum Angriff auf Sowjetrußland sieht er primär als einen Sachzwang Hitlers an, der durch den Molotow Besuch im November 1940 mitausgelöst worden sei.<sup>8</sup> Topitsch übernimmt die Deutung Fabrys und Schustereits, die anführen, dass mit der Demobilisierung nach dem Sieg über Frankreich begonnen worden sei und die Hinweise auf die Weisungen und häufig wechselnden Dringlichkeitsstufen für die „Kriegswirtschaft und Rüstungsindustrie“ betonen.<sup>9</sup> Es sei dadurch ein „Wirrwarr“ entstanden, das aus der Unentschiedenheit und Ratlosigkeit des deutschen Diktators angesichts einer „überlegenen Weltkoalition“ resultiere. Die Erwägung einer Entscheidung für den Angriff auf die Sowjetunion sieht er jedoch grundlegend anders, sie sei nämlich schon „bald nach dem Sieg in Frankreich“ gefallen.<sup>9</sup>

3 Ebd., S.81 f.

4 Vgl., S.81 f.: „Durch eine solche Dosierung der Hilfe wollte Stalin das Hitlerreich auf die jeweils gewünschte Weise als Werkzeug gegen seine eigentlichen Gegner - die Westmächte - einsetzen, gleichzeitig aber jede direkte Konfrontation mit diesen vermeiden.“

5 Ebd., S.79.

6 Ebd., S.123 f.

7 Ebd., S.124.

8 So auch Ernst Nolte, der in seiner Schrift „*Streitpunkte*“ auf die Thesen von Ernst Topitsch eingeht - vgl. Nolte (1993), S.270-272.

9 Topitsch (1985/90), S.129.

Hitler habe auch aus militärtechnischen Gründen nicht schon im Herbst 1940 seine Aggression gegen die Sowjetunion eröffnet. Die Motive Lebensraum und „Kampf gegen den jüdischen Bolschewismus“ hatten sich, laut Topitsch, mit einer „unmittelbaren Zwangslage“ verbunden. Denn Topitsch interpretiert die Situation des Reiches 1940/41 so, dass Hitler neben dem weiteren Kriegswillen Englands und dem Eintritt Amerikas in den Krieg, seit dem Scheitern der Gespräche über den Beitritt der Sowjetunion in den Dreierpakt im November 1940, vom „Gutdünken Moskaus“<sup>10</sup> abhängig sein konnte. Konsequenterweise musste Hitler, nach diesem Denkmuster zufolge, einen blockadefesten europäischen Großraum schaffen, während Stalin Deutschland angreifen musste, bevor die westlichen Alliierten den Kontinent betraten und ihm den leninistisch-stalinistischen Plan eines bolschewistischen Sturmes bis an den Atlantik verdarben.<sup>11</sup>

Suworows Behauptung, dass Stalin einen Offensivkrieg gegen Deutschland geplant habe wird von Topitsch als Verifizierung für seine Theorie verwendet. Das Trauma der russisch bolschewistischen Revolution und ihre Ausbreitung und ihr Übergreifen bis zum Atlantik kultiviert Topitsch. Der „Georgier“ versuchte, laut Ernst Topitsch, das schon von Lenin erdachte Konzept einer tiefgreifenden Zerrüttung des kapitalistischen Systems zu verwirklichen und die ähnlich wie im Ersten Weltkrieg erfolgten revolutionären Auswirkungen und Umstürze zu wiederholen. Topitsch greift dieses Trauma einer russischen Bedrohung des mitteleuropäischen Deutschland auf. Die Expansionspolitik eines „Imperialismus der Zarenzeit“ habe sich mit „weltrevolutionären Impulsen“ des bolschewistischen Regimes verbunden und durch sie sei eine „Initialzündung“ für den Krieg zwischen den West- und Achsenmächten ausgelöst worden. Sein antikommunistischer Monismus, der ausschließlich Stalin die Schuld für den Zweiten Weltkrieg zuschiebt, bestimmen Topitschs Thesen. So sei ebenso der „linksliberale, freimaurerische Internationalismus“ und die daraus resultierende „harte Japanpolitik“ eines Franklin D. Roosevelt für den Angriff auf Pearl Harbour verantwortlich.<sup>12</sup> Hitler sei nur in Stalins Falle getappt, er sei völlig auf die Niederwerfung Polens fixiert gewesen und habe sich zum Werkzeug Stalins machen lassen.

Wenn die stalinistische Sowjetunion auch den Krieg zwischen den Achsen- und den westlichen Demokratien wünschte (siehe Hitler-Stalin Pakt) und einen Kriegsausbruch nicht verhindern wollte, so konnte selbst der mit umfassenden Vollmachten ausgestattete omnipotente Diktator Stalin nicht sämtliche Entscheidungsprozesse

9 Ebd., S.130.

10 Ebd.

11 Ebd.

12 Ebd., S.218, vgl. S.227: „Roosevelt war völlig in seinem linksliberalen, freimaurerischen Internationalismus befangen“.



dieser Staaten beeinflussen und eine ihm genehme Situation gleichsam wie ein Marionettenspieler beherrschen und konstruieren. Philipp Fabrys Argument von der Erpressbarkeit der deutschen Kriegswirtschaft durch die sowjetischen Rohstofflieferungen, die von den Sowjets als politisches Instrument angeblich eingesetzt worden waren, findet in der Schrift von Topitsch Eingang.<sup>13</sup>

Der Ordinarius für Philosophie ist augenscheinlich kein militärwissenschaftlicher Experte, die von ihm herausgestellte mangelnde militärische Effektivität der Roten Armee bei ihrem Überfall auf Finnland betraf zudem nur einige wenige Regimenter. Der gelehrte Altphilologe Ernst Topitsch, der 1946 eine Dissertation über Thukydides verfaßt hatte,<sup>14</sup> wählt für seine Untersuchungen über die Kriegsschuldfrage für den deutsch-sowjetischen Krieg eine allzu objektivierende Sichtweise, die sich an die Deutung und das Geschichtsbild des griechischen Historikers Thukydides, und dessen Beschreibung und Begründungszusammenhänge des Krieges zwischen Athen und Sparta, anlehnt. Die Betrachtungsweise Thukydides, eines der ersten Geschichtsdenker, über die Kriegsursachen des Peloponnesischen Krieges ist neben den vordergründigen auslösenden Momenten der Streitigkeiten um die Städte Kerkyra und Poteidaia, vor allem, als entscheidenden Faktor für den Krieg, in der Furcht Spartas vor dem zunehmenden Machtzuwachs der Athener begründet.<sup>15</sup>

Thukydides hat mit seiner historischen Darstellung des *Peloponnesischen Krieges* „das Paradigma einer Geschichtsschreibung geliefert, die sich nicht mit der Konstatierung historischer Fakten und der Referierung vorgeschobener Ideologien bescheidet, sondern dahinter das Wechselspiel der Macht als Grundlage allen politischen Handelns zu entziffern sucht“.<sup>16</sup> Nicht das Streben nach Macht, sondern statt dessen „Furcht vor Machtverlust“ war die Kriegsursache, sie hat „die politisch-militärische Eskalation in Gang gesetzt“.<sup>17</sup>

13 Ebd., S.81: „So konnten die Engpässe der deutschen Kriegswirtschaft auf dem Rohstoffsektor (mit sowjetischen Rohstofflieferungen, J.P.) weitgehend behoben werden, doch das hieß zugleich, daß Deutschland vom Wohlwollen Moskaus abhängig geworden war.“

14 Vgl. Topitsch (1946).

15 Vgl. Thukydides (1966). Zur Kriegsursache bemerkt Thukydides, S.57 (Erstes Buch, 23, 5/6): „Weshalb sie ihn (den Vertrag, J.P.) brachen, die Anschuldigungen und Streitpunkte habe ich zuerst behandelt, damit nicht einmal jemand fragt, woher denn ein so gewaltiger Krieg unter den Hellenen ausbrach. Den letzten und wahren Grund, von dem man freilich am wenigsten sprach, sehe ich im Machtzuwachs der Athener, der den Spartanern Furcht einflößte und sie zum Krieg zwang.“ Vgl. Topitsch (1990), S.11 f. u. S.235: „Doch glaube ich meinen Lehrern von Thukydides bis Max Weber genug zu verdanken, um in historisch-politischen Fragen mitreden zu können.“

16 Münkler (1991), S.12.

17 Münkler (1987/92), S.82.

„Die Logik der Macht, die angesichts des wachsenden Einflusses der Gegner den Präventivkrieg dem Frieden vorzuziehen nahelegt ... sie ist jenseits aller Anlässe die eigentliche Ursache des Krieges.“<sup>18</sup>

Thukydides zeigt in seinem Werk „Handlungsalternativen“ auf, in denen historische „Möglichkeitsstrukturen“ erkennbar werden, die wiederum ihrerseits nicht singulär sondern erneut „abrufbar“ und „wiederholbar“<sup>19</sup> sind und, so Koselleck, „als beispielhaft gelten dürfen für alle späteren Analysen von Kriegsausbrüchen“.<sup>20</sup> Die Aufdeckung der Machtlogik hat Thukydides Werk zum „Lehrbuch der Politik und den von ihm beschriebenen Krieg“, zwar nicht zur Mutter aller Schlachten, so doch „zum Krieg aller Kriege werden lassen“.<sup>21</sup>

Das grundsätzlich Neue der NS-Politik, die sich an die Kriegszielpolitik im Ersten Weltkrieg anlehnt und sie doch quantitativ und qualitativ übertrifft, ist die Maßlosigkeit jenseits aller machtpsychologischen Erwägungen. Der Machterhalt alleine war keine Konstante der Hitlerschen Politik, sie war nicht auf Sicherung des einmal Erreichten eingestellt, vielmehr wurde sie bestimmt von der stetigen Steigerung maßloser Machtansprüche.

Inwieweit spielte die Furcht vor einem Kriegseintritt der Großmacht UdSSR eine Rolle, damit Hitler seine nach 1918 erklärte Maxime der Vermeidung eines Zweifrontenkrieges teilweise (nach dem Sieg über Frankreich drohte auf dem Kontinent keine zweite Front) aufgab? Die Aussicht leichte Beute zu machen, das Lebensraumkonzept und eine neue Weltordnung zu verwirklichen, war wohl das leitende Motiv Hitlers, als Entscheidungsträger des NS-Staates. Goebbels rechnete mit einem kurzen Feldzug von vier Monaten, einer Fortsetzung der Serie von Blitzkriegen, gegen die Sowjetunion.<sup>22</sup> Die Entscheidungsfindung für den Angriff auf die Sowjetunion resultierte aus einem Gemengelage von Ursachen, die auch - was den Zeitpunkt des „Überfalls“ auf die Sowjetunion betrifft - von strategischen Überlegungen mitbestimmt worden sind.

Topitsch und Nolte legen die Lehre der Thukydidischen Geschichtsschreibung allzu teleologisch aus, wenn sie die Furcht vor einem Machtverlust und einer angeblichen Bedrohung gegenüber anderen Ursachen für den nationalsozialistischen Krieg gegen Sowjetrußland - vor allem das „Programm“ Hitlers - präferieren.<sup>23</sup>

18 Münkler (1991), S.13.

19 Koselleck (1989), S.671: „... Thukydides entwickelte ein diachrones Prozeßmodell, das die einmalige Machtsteigerung der Athener als historischen Kriegsgrund einsichtig machte.“

20 Münkler (1987/92), S.84.

21 Münkler (1991), S.13.

22 Vgl. Tagebucheintrag vom 16.6.1941. Fröhlich (1987), S.694 f.

23 Nolte ist wie Topitsch der Meinung, dass Hitler den „endgültigen Entschluß zum Angriff gegen die Sowjetunion“ „erst unmittelbar nach dem Besuch Molotows“ gefasst habe - vgl. Nolte (1993), S.78 -. Abgesehen von dem Plan Lebensraum im Osten zu erobern, sieht Nolte auch Sachzwänge für die „Entscheidung zum Angriff auf die Sowjetunion“, „denn keine in einem

Für Topitsch ist es eindeutig, dass seit dem Molotow Besuch im November 1940 quasi ein Präventivschlag Deutschlands zu erwarten gewesen sei. Die Konfrontation zwischen den beiden Antipoden war demnach unausweichlich und der Angriff auf die Sowjetunion lässt sich aus einer aggressiven Furcht NS-Deutschlands herleiten. Der Staatsbesuch Molotows im November 1940 in Berlin hat für Topitsch einen überragenden Stellenwert, er war das Schlüsselereignis, das den Weltkrieg erst herbeiführte und das nationalsozialistische Deutschland den militärischen und ökonomischen Pressionen Stalins aussetzte.<sup>24</sup> Die Interessenkonstellation Stalins habe darauf gezielt, klammheimlich die sowjetischen aggressiven territorialen Ziele in Polen zu verwirklichen, während andererseits Deutschland das „Odium des Aggressors zu tragen“ gehabt habe, schreibt Topitsch.<sup>25</sup>

---

Krieg auf Leben und Tod befindliche Großmacht kann es akzeptieren, daß sich an ihrer Flanke eine andere Großmacht befindet, von der ein Eingreifen auf der Seite des Gegners befürchtet werden kann“ - vgl. Nolte (1993), S.79 - und „unter einem dritten Gesichtspunkt“ sei der nationalsozialistische Krieg gegen die Sowjetunion auch ein „Präventivkrieg“ gewesen. Denn schließlich habe die deutsche Armee „ein in Angriffsstellung befindliches Heer“ überrascht. Ebd., S.80: „Aber es ist nicht von vornherein ausgeschlossen, daß dieser Krieg unter einem dritten Gesichtspunkt gleichwohl 'auch' - wie man hervorheben sollte - ein Präventivkrieg war ...“ Ebd.: „Sicher ist, daß die deutschen Armeen ihre großen Anfangserfolge zum guten Teil deshalb errangen, weil sie ein in Angriffsstellung befindliches Heer überraschten, und daß die Aussage, sie hätten 'mit faktisch gewaltig überlegener Macht' die Grenzen überschritten, der Korrektur bedarf.“ Vgl. auch S.269

24 Topitsch (1985/90), S.215: „Hitler stand nun vor der Alternative, sich völlig auszuliefern oder sich zur Wehr zu setzen.“

25 Ebd., S.214 u. vgl. S.225: „So läßt sich der Zweite Weltkrieg - recht eigentlich 'Stalins Krieg' - in den Zusammenhang einer umfassenden Langzeitstrategie einordnen, die sich schwerpunktmäßig gegen die Westmächte als die eigentlichen Bastionen des 'Kapitalismus' und 'Imperialismus' richtet.“

## 8.4 Die von Erich Helmdach, Max Klüver und Adolf von Thadden vertretene Ansicht eines nationalsozialistischen Präventivkrieges gegen die Sowjetunion 1941

Die Autoren Erich Helmdach, Max Klüver und Adolf von Thadden können direkt dem Spektrum der „rechtsradikalen Gruppierungen“ zugeordnet, oder zumindest deren Nähe zugerechnet werden.<sup>1</sup>

*Erich Helmdach* stellte 1983 die Behauptung auf, dass es auf deutscher Seite nach dem Polenfeldzug keinen Plan für einen neuen Ostkrieg gegeben habe.<sup>2</sup> Dagegen seien Stalins Pläne, auf lange Sicht gesehen, keineswegs friedlicher Absicht gewesen. Im Jahre 1940 hätten auf deutscher Seite folglich Überlegungen entstehen müssen, wie man „weiteren sowjetischen expansiven Absichten defensiv entgegenzutreten könnte und wie sie notfalls offensiv auszuschalten“ seien.<sup>3</sup> Helmdach gesteht wohl ein, dass Hitler als „Zielvorstellung“ einen „großen Eroberungskrieg im Osten ... mit der Absicht, Russland aufzuteilen und zu einem Kolonialreich zu machen“, anstrebte.<sup>4</sup> Er notiert aber, dass es bei Berücksichtigung aller Momente schwer gefallen sei, eine klare Linie bei Hitler herauszufinden. Sie könne weder in seiner „Gesamtpolitik“, noch in einem „Programm“ oder „Konzept“ nachgewiesen werden. „Ein langfristiger Plan für einen Krieg gegen die Sowjetunion ist nicht zu beweisen“, so Helmdach.<sup>5</sup> Nicht das „Ostprogramm“ stehe an erster Stelle, sondern statt dessen habe die Kriegslage von 1940 zu einer „kurzfristigen Planung und Vorbereitung“ für das Unternehmen Barbarossa geführt.<sup>6</sup> Seit dem 31. Juli 1940 habe Hitler das „Thema ‘Ostkrieg’ gegenüber dem OKH überhaupt nicht mehr erwähnt“.<sup>7</sup> Die „Okkupationsziele“ der Sowjetunion seien mit den Forderungen Molotows im November 1940 deutlich geworden.<sup>8</sup> Die „Untaten und Verbrechen“ aus den 12 Jahren der NS-Herrschaft haben, worauf Helmdach hinweist, ihr historisches und moralisches Gewicht,<sup>9</sup> sie dürften aber nicht für politische Zwecke benutzt werden ohne Vergleiche kontemplativ heranzuziehen. Die „Mitschuld“

1 Vgl. Ueberschär (1987a), S.109; vgl. Wette (1987), S.96: Wette bezeichnet Helmdach und Klüver als „schreibende Kriegsveteranen“.

2 Vgl. Helmdach (1983), S.27; vgl. Albisser (1987), S.120-123.

3 Helmdach (1983), S.27.

4 Ebd., S.29.

5 S.29.

6 Ebd.

7 S.21.

8 S.61.

9 S.96.

der anderen“ könne nicht übergangen werden und müsse ein Forschungsgegenstand bleiben. Helmdachs Forderung nach einer historischen komparativen Analyse lässt sich belegen:

„An der Schuld, die nicht nur bei der Entstehung, sondern auch im Verlauf des Ostkriegs den Deutschen zuviel, soll nicht vorbeigeredet werden.“<sup>10</sup>

Helmdach behauptet jedoch noch 1983, nachdem zahlreiche Untersuchungen zum Thema der Beteiligung der Wehrmacht an deutschen Kriegsverbrechen während des Zweiten Weltkrieges vorliegen, dass die Wehrmachtangehörigen von den Kriegsverbrechen nichts gewusst haben.

*Max Klüver* bezeichnet in seinem Buch *Präventivschlag 1941* den Historiker Andreas Hillgruber als Kopf einer „etablierten Forschung“ und Geschichtsschreibung, die Hitler ein außenpolitisches Programm zuschreibe und zudiktieren. Der „hervorragendste Programmologe“, der die Ausrottung des europäischen Judentums im unmittelbaren Zusammenhang mit der Gewinnung von Lebensraum sehe, sei Hillgruber. Nach Klüver ist das „politische Testament“ Hitlers von 1945 ein Beleg dafür, dass Hitlers Entschluss für den Angriff auf die Sowjetunion, den er dort den „schwersten ... dieses Krieges“ nennt, nicht die Folge eines Programmes gewesen sein kann. Klüver erwähnt jedoch nicht andere Passagen des „Testaments“, wo Hitler den Kampf gegen Bolschewismus und Judentum als Kulmination seiner politischen Ziele ansieht.

Klüver beruft sich auf die Aussage Hermann Görings im Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher. Göring hatte vor dem Gericht bestritten, dass die Frage der Aneignung sowjetischer Gebiete vor dem Krieg erörtert worden sei. Klüver zitiert Göring, der behauptet hatte, dass von einem Ziel der Lebensraumeroberung in der Führung des Dritten Reiches keine Rede gewesen sei.<sup>11</sup> Die Visite Molotows in Berlin im November 1940 habe, so Göring, in Hitler ein Gefühl der sowjetischen Bedrohung erweckt. Informationen über Aufmarschvorbereitungen der Roten Armee hatten, wie Göring behauptet hatte, Hitler misstrauisch gemacht und ihn veranlasst, einen Präventivschlag zu erwägen.<sup>12</sup> Klüver fällt hier als Historiker auf die Nürnberger Verteidigungsstrategie Görings herein, der gegenüber Albert Speer offen aussprach, dass „Sinn und Chance dieses Prozesses ausschließlich in der Bildung einer positiven Legende zu sehen“ seien. Die Intention von Göring war es,

<sup>10</sup> S.99.

<sup>11</sup> Vgl. Klüver (1981), S.15. Ebd., S.303 f.: „Selbst wenn nicht mehr geleugnet werden kann, daß der deutsche Angriff vom 22. Juni 1941 eine Präventivmaßnahme war, bleibt die immer wieder in vorwurfsvollem Ton - auch von höchster Stelle - erhobene, überstrapazierte Behauptung vom deutschen 'Überfall', die das deutsche Verhalten als besonders verwerflich darstellen solle.“

<sup>12</sup> Ebd., S.296.

„diesen Prozess zum Anfang eines mythischen Bildes der Ära Hitler zu machen“.<sup>13</sup> Max Klüver übernimmt die Aussagen die Göring im Nürnberger Prozess 1945/46 gemacht hat und behauptet, dass sie „Hitlers Ausführungen in seinem Testament stützen“ würden.<sup>14</sup>

Klüver kritisiert Hillgruber, da dieser „Kolonialraum und Siedlungsraum“ gleichsetze. Neuer Lebensraum im Osten sei ein von der etablierten Geschichtswissenschaft zugewiesenes Ziel für die Deutsche Politik am Anfang des 20. Jahrhunderts. Das Deutsche Reich habe aber für eine derartige Kolonisierung überhaupt nicht die notwendige Population aufgewiesen, um solche Gebiete in der Sowjetunion besiedeln zu können.<sup>15</sup> Eine Ostraumsiedlung, die Klüver zudem verwirft, ohne auf den Generalplan Ost und die Visionen von Alfred Rosenberg einzugehen, sei kein Ziel deutscher Politik gewesen, im Gegensatz zu der angestrebten Weltvormachtstellung.<sup>16</sup>

Klüver bezeichnet den Angriff auf die Sowjetunion als einen Präventivkrieg, der die Bezeichnung „objektiv“ verdiene.<sup>17</sup> Stalins Rede vom 5. Mai 1941,<sup>18</sup> das Vorgehen der Sowjetunion im Baltikum, in Bessarabien und der Bukowina,<sup>19</sup> die Forderungen Molotows im Herbst 1940, die Interessen des Deutschen Reiches an den rumänischen Ölfeldern, die zu einer deutsch-italienischen Garantie für Rumänien geführt habe, sowie die für NS-Deutschland kriegswichtige Frage der Versorgung mit finnischem Nickel hätten schon aus „Staatsräson“-Gründen zu einem natürlichen Gegensatz zwischen den Nichtangriffsvertragspartnern Deutschland und der Sowjetunion geführt.<sup>20</sup> Ein Weltanschauungskrieg gegen den Bolschewismus sei kein Be-

---

13 Speer (1969), S.513: „Er (Göring, J.P.) sprach ohne Scheu aus, daß Sinn und Chance dieses Prozesses ausschließlich in der Bildung einer positiven Legende zu sehen seien. Ich empfand es nicht nur als unehrlich, das deutsche Volk in dieser Weise zu belügen; ich fand es gefährlich, ihm dadurch den Übergang in die Zukunft zu erschweren.“ Vgl. ders., Spandauer Tagebücher. 4. Aufl., Frankfurt am Main, Berlin, Wien 1975, S.103: „Er (Göring, J.P.) hatte seine ganze Überredungskraft dafür eingesetzt, diesen Prozeß zum Anfang eines mythischen Bildes der Ära Hitler zu machen. Manchmal war er sogar soweit gegangen, von uns (den Mitangeklagten, vor dem IMT, J.P.) zu fordern, als Märtyrer für das Weiterleben der nationalsozialistischen Idee freiwillig zu sterben.“ Vgl. Bychowski (1992), S.146: „Am Schluß dieses einzigartigen Dokuments (gemeint ist Hitlers politisches Testament, J.P.) tritt das Wesen der persönlichen und politischen Paranoia Hitlers hervor; seine Nachfolger sind 'zur peinlichen Einhaltung der Rassengesetze und zum unbarmherzigen Widerstand gegen den Weltvergifter aller Völker, das internationale Judentum' verpflichtet.“

14 Klüver (1981), S.297.

15 Ebd., S.14.

16 Ebd.

17 Ebd., S.297.

18 Ebd., S.300-303.

19 Ebd., S.307.

20 Ebd., S.309 f.

standteil von Hitlers Überlegungen gewesen. Klüver bestreitet auch, dass Hitler programmatisch die Vernichtung des Judentums einbezogen hatte.<sup>21</sup> Der ehemalige Vorsitzende der NPD, *Adolf von Thadden*, bezog in einem Artikel der rechtsextremistischen Wochenzeitschrift *Nation und Europa* Stellung. Adolf von Thadden behauptet dort, dass ein Krieg um Lebensraum im Osten und die Vernichtung des europäischen Judentums und des Bolschewismus nicht a priori in Hitlers Intention gelegen habe. Thadden bezieht sich auf die Arbeiten von Viktor Suworow und Joachim Hoffmann und leitet daran die Konklusion ab, dass ein Krieg zwischen der Sowjetunion und Deutschland unvermeidlich gewesen sei. Stalin habe in seiner Rede am 5. Mai 1941 vor der sowjetischen Militärakademie auf einen bevorstehenden Angriff der Roten Armee gegenüber Deutschland hingewiesen.<sup>22</sup> Für den Laien Adolf von Thadden ist es in seinem politischen Aufsatz evident, dass Sachzwänge Hitler zum Angriff auf die Sowjetunion nötigten. Gerd Ueberschär und Wolfram Wette werden als „Vertreter der Überfalltheorie“ genannt, gemeint ist dabei der Überfall NS-Deutschlands auf die Sowjetunion, die nicht haltbar sei. Ausgelöst durch Mussolinis Angriff auf Griechenland sei Hitler in militärischen Zugzwang gekommen, um ein Eingreifen Englands auf dem Balkan und damit eine neue Frontstellung zu vermeiden. Wegen der Abhängigkeit des Deutschen Reiches von sowjetischen Getreide-, Öl- und Rohstofflieferungen und einer drohenden Annexion der rumänischen Ölfelder durch die Sowjets habe Hitler handeln müssen. Schließlich habe ihm Stalin jederzeit „den Gashahn abdrehen können“.<sup>23</sup> Adolf von Thadden schließt sich dem Urteil Klüvers an, dass Hitler keinen Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion, mit dem Ziel von Lebensraumgewinnung und der Vernichtung des europäischen Judentums in Verbindung mit der Beseitigung des Bolschewismus, führen wollte.<sup>24</sup> Thadden fügt aber eine neue Variante hinzu: Hitler habe zwar kein Motiv für einen Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion gehabt, die Vorgänge hinter der Front kennzeichnet er aber als verbrecherisch. Nicht die deutsche Wehrmacht trage dafür die Verantwortung, sondern nur die Einsatzgruppen. Untersuchungen von Andreas Hillgruber, Alfred Streim, Christian Streit u.a. über die Beteiligung der deutschen Wehrmacht an der Ausführung des „Kommissarbefehls“, an der Exekution von Zivilisten in den besetzten Gebieten aus rassistischen und politischen Gründen, sowie die Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener, bezieht Thadden nicht mit ein und lässt diese vollkommen unbeachtet. Die deutsche Wehrmacht sei völlig unbefleckt aus dem Krieg gegen die Sowjetunion hervor-

<sup>21</sup> Ebd., S.307.

<sup>22</sup> Vgl. von Thadden (1987), S.32 f.

<sup>23</sup> Ebd., S.34.

<sup>24</sup> Ebd.

gegangen. Kritik an der militärischen Tradition der Bundeswehr bezeichnet Thadden als „skandalöse Bewertung“. Der „Ostkrieg“ sei ein „in den damals schon allgemein gebräuchlichen Formen des Überfalles geführter Präventivschlag“ gewesen, urteilt Thadden.<sup>25</sup>

---

<sup>25</sup> Ebd., S.37.



## 9. Schlussbemerkung

Ernst Nolte betont in seinen Artikeln und Schriften, dass der Nationalsozialismus keineswegs aus der deutschen Geschichte verstanden werden könne, er verwirft historische Kontinuitäten in der deutschen Geschichte für den Nationalsozialismus.<sup>1</sup> In seinen Büchern der *Tetralogie zur Geschichte der modernen Ideologien* weist Ernst Nolte immer wieder darauf hin, „dass ‘die deutsche Geschichte’ ein zu enger Rahmen für eine adäquate Interpretation des Nationalsozialismus“ sei „und man den Begriff des ‘europäischen Bürgerkriegs 1917-1945’ zugrunde legen“ müsse.<sup>2</sup> Dem Nationalsozialismus ist, aus diesem Blickwinkel einer Ursachenforschung heraus, konsequenterweise „insoweit ein gewisses historisches Recht zuzuschreiben, als er sich dem umfassenden Anspruch der Sowjetunion mit großer, wenn auch vermutlich weit überschießender Energie widersetze“.<sup>3</sup> Es kann die Möglichkeit in Betracht gezogen werden, dass Nolte projektive Externalisierungen verwendet, wenn er beispielsweise die Frage aufwirft, „ob Hitlers Krieg wirklich ein ‘deutscher Krieg’ war“.<sup>4</sup> Dass der deutsche *Endsieg* dabei langfristig den Untergang des nationalen Deutschtums zugunsten eines Ariogermanentums bedeutet hätte, ist kaum zu bestreiten. Hitlers Krieg wurde allerdings, wie ich meine, von den Deutschen geführt. Gegenüber Nolte wird der Vorwurf erhoben, dass er die deutschen NS-Verbrechen relativiere. Der Begriff „Relativierung“ sollte, so Nolte, treffender durch die Bezeichnung „Relationierung“ ersetzt werden, sie bleibt aber nur eine begriffliche Haarspalterei, da es ihm nicht gelingt, mit dieser Wortwahl den in der Vernichtungsmethode singulären NS-Völkermord - der systematisch die Massentötungen von Frauen, Männern, Kindern und Greisen beinhaltete - als historische Normalität darzustellen.<sup>5</sup> Italien, Frankreich und Polen betrieben, laut Nolte, im 20. Jahrhundert alle eine „Vernichtungspolitik“. Nolte verwendet den Begriff „Genozid“ und „Vernichtungspolitik“ auch in seinem 1993 veröffentlichten Buch *Streitpunkte* inflationistisch.<sup>6</sup> Dietrich Beyrau bemängelte schon an Noltes 1987 publizierter Schrift, *Der europäische Bürgerkrieg 1917-1945*, dass der Autor bei der Erörterung von europäischen Genoziden hierbei „ein Maß an begrifflicher Unschärfe und Unkenntnis der

1 Vgl. Nolte (1993), S.416.

2 Ebd., S.10.

3 Ebd., S.19.

4 Ebd., S.48.

5 Ebd., S.36.

6 Ebd., S.63 f.

Fakten erkennen“ lasse.<sup>7</sup> Apodiktisch wird es auch von Nolte 1993 so dargestellt, dass im 20. Jahrhundert in Europa, in Polen, Frankreich und dem faschistischen Italien, „eine sehr brutale Vernichtungs-, d.h. Assimilationspolitik“ praktiziert worden sei.<sup>8</sup> Nolte, der „Meister des Worts“, wie ihn Horst Möller nennt, der nicht erst „über die Problematik historischer Begriffsbildung“ aufgeklärt werden müsse, lässt hier eine Begriffsverwirrung zu, die intendiert ist.<sup>9</sup> Mit entsprechendem Eifer stellt Nolte die Ergebnisse seiner Interpretation der Ursachen vor, die in den Massenmorden des bolschewistischen Systems den „faktischen Prius“ für den NS-Völkermord zu erkennen glaubt.<sup>10</sup>

Einerseits gebe es „gute Gründe“ die „nationalsozialistische ‘Judenvernichtung’ als den größten und schrecklichsten Massenmord der Weltgeschichte zu bezeichnen“,<sup>11</sup> und es sei hierbei ein „schmerzloser Tod intendiert“ worden, worin sich gerade „etwas Präzedenzloses und vielleicht ein ‘absolut Böses’, zeige.<sup>12</sup> Andererseits sei der Transport von Millionen Menschen mit Eisenbahnzügen in die Einöde, die der Stalinismus zu verantworten hatte, und ihr dortiger „langsamer Hungertod“ oder das „noch qualvollere Überleben“, eine Handlung die zwar „nicht weniger ‘industriell’, gewesen sei, „aber viel größere Leiden“, als sie im nationalsozialistischen Völkermord zu verzeichnen seien, „billigend in Kauf“ genommen habe.<sup>13</sup> Der Idee nach „sollte die ‘Judenvernichtung’, eine „schmerzfreie Operation“ sein, hierin sieht Nolte, in dem Buch *Streitpunkte*, das „Unverwechselbare“.<sup>14</sup> Genozide seien keineswegs präzedenzlos. Der von den Nationalsozialisten durchgeführte Genozid ist, laut seinem Credo, denn auch eingebettet in eine anthropologisch begründete Ursache,<sup>15</sup> die darin nicht nur eine Gegenreaktion, „Gegenbilder zu den früheren Unta-

7 Vgl. Beyrau (1991), S.113. S.114: „Der wahllose Umgang mit dem Begriff Genozid, unter dem hier Pogrome, Deportationen, Ausweisungen, Vertreibungen, das kontrollierte Verhungernlassen z.B. sowjetischer Soldaten in deutschen Kriegsgefangenenlagern oder der Bauern in der Ukraine, und zuletzt die Folgen des technisierten Krieges gefaßt werden, verwischt die Grenzen zur systematischen Vernichtung von Juden, Russen, Polen, Zigeunern und Geisteskranken.“

8 Nolte (1993), S.66.

9 Vgl. Möller (1993), S.69: „Es hieße also Eulen nach Athen tragen - einen Meister des Worts, einen glänzenden Schriftsteller wie Nolte über die Problematik historischer Begriffsbildung aufklären zu wollen.“

10 Nolte (1993), S.417.

11 Ebd., S.299.

12 Ebd., S.399.

13 Ebd.

14 Ebd., S.400.

15 Ebd., S.398.

ten des Bolschewismus, verstehen will“<sup>16</sup> (ohne die bolschewistischen Vorläufer sei der nationalsozialistische Massenmord allerdings nicht denkbar), sondern auch die Geschichte selbst verantwortlich für den Völkermord macht.

„Entweder ist die Geschichte selbst mit ihren Kriegen, ihren Grausamkeiten und Vernichtungsaktionen in sich das 'absolute Böse', oder die Vernichtung eines Volkes durch ein anderes Volk ist nur ein besonders hervorstechender Teil des geschichtlich 'Normalen.'“<sup>17</sup>

Dies kommt einer Leugnung jeglicher Verantwortung für den von einem deutschen Staat durchgeführten Völkermord gleich, einer Entlastung der eigenen nationalen Geschichte.

---

16 Ebd., S.417.

17 Ebd., S.398.

## 10. Quellen- und Literaturverzeichnis

- Adam, Uwe Dietrich (1978): Anmerkungen zu methodologischen Fragen in den Sozialwissenschaften: Das Beispiel Faschismus und Totalitarismus. In: Manfred Funke (Hg.), *Totalitarismus. Ein Studien-Reader zur Herrschaftsanalyse moderner Diktaturen*. Düsseldorf 1978 (= Bonner Schriften zur Politik und Zeitgeschichte 14).
- Adorno, Theodor Wiesengrund (1977a): *Gesammelte Schriften. Band 10: Kulturkritik und Gesellschaft. 2. Eingriffe. Stichworte. Anhang*. Hrsg. von Rolf Tiedemann. Frankfurt am Main.
- Adorno, Theodor Wiesengrund (1977b): Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit (1959). In: ders. (1977a), S.555-572.
- Adorno, Theodor Wiesengrund (1977c): Erziehung nach Auschwitz (1966). In: ders. (1977a), S.674-690.
- Adorno, Theodor Wiesengrund (1977d): Auf die Frage: „Was ist deutsch“ (1965). In: ders. (1977a), S.691-701.
- Akten zur deutschen auswärtigen Politik (ADAP) 1918-1945. Aus dem Archiv des Deutschen Auswärtigen Amtes, Serie C (1933-1937). Bde. 1-6. Göttingen 1971-81.
- Akten zur deutschen auswärtigen Politik (ADAP) 1918-1945. Aus dem Archiv des Deutschen Auswärtigen Amtes, Serie D (1937-1941) Bde. 1-13. Baden-Baden 1950-70.
- Akten zur deutschen auswärtigen Politik (ADAP) 1918-1945. Aus dem Archiv des Deutschen Auswärtigen Amtes, Serie E (1941-1945), Bde. 1-8. Göttingen 1969-79.
- Albisser, Jörg (1987): Ein anderer Historikerstreit. Turbulenzen im Militärgeschichtlichen Forschungsamt (Freiburg/Br.). In: *Criticon* 100/101 (1987) 120-123.
- Albrecht, D. (1975): Zum Begriff des Totalitarismus. In: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 26 (1975) 135-168.
- Albrecht, Günther (1975): Nicht-reaktive Messung und Anwendung historischer Methoden. In: Jürgen van Koolwijk und Maria Wisken-Mayser (Hg.), *Techniken der empirischen Sozialforschung. Bd. 2: Untersuchungsformen*. München, Wien 1975, S.9-81.
- Aleff, Eberhard (Hg.) (1970a): *Das Dritte Reich*. 8. Aufl., Hannover 1978.
- Aleff, Eberhard (1970b): Mobilmachung. Justiz - im Namen des Volkes? In: ders. (Hg.) (1970a), S.88-90.
- Alexander, Leo (1948a): War crimes. Their social-psychological aspects. In: *The American Journal of Psychiatry* 105 (1948) 170-177.
- Alexander, Leo (1948b): Sociopsychologic structure of SS. Psychiatric report of Nurnberg trials for war crimes. In: *Archives of Neurology and Psychiatry* 59 (1948) 622-634.
- Alexander, Leo (1949): Medical science under dictatorship. In: *The New England Journal of Medicine* 241 (1949) 39-47.
- Alter, Peter und G.Hufnagel, E.Schwelim et al. (Hg.) (1989): *Grundriß der Geschichte. Band 2. Neuzeit seit 1789*. Stuttgart (Ernst Klett Schulbuchverlag).
- Aly, Götz (1984): Der Mord an behinderten Hamburger Kindern zwischen 1939 und 1945. In: Ebbinghaus et al. (Hg.) (1984), S.147-155.
- Aly, Götz (Hg.) (1989a): *Aktion T4. 1939-1945. Die „Euthanasie“-Zentrale in der Tiergartenstraße 4*. 2. Aufl., Berlin 1989 (= Stätten der Geschichte Berlins, Band 26).

- Aly, Götz (1989b): Die „Aktion Brandt“ - Bombenkrieg, Bettenbedarf und „Euthanasie“. In: ders. (1989a), S.168-178.
- Aly, Götz und Susanne Heim (1991): Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung. Frankfurt am Main 1993 (= Fischer Taschenbuch Geschichte, 11268).
- Ammon, Herbert (1990): Antifaschismus im Wandel? Historisch-kritische Anmerkungen zur Aktualität eines Begriffs. In: Backes et al. (Hg.) (1990), S.568-594.
- Andreas, Willy (1955): Napoleon und die Erhebung der Völker. In: Sieburg (Hg.) (1971), S.295-317.
- Annas, George J. und Michael A. Grodin (Hg.) (1992): The Nazi Doctors and the Nuremberg Code. Human rights in human experimentation. New York, Oxford.
- Anweiler, Oskar (1956): Die neuere osteuropäische Geschichte im Unterricht. In: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 7 (1956) 384-403.
- Arbeitsgemeinschaft von Geschichtslehrern an Mittel- und Realschulen (Hg.) in Verbindung mit Arno Koselleck. Bearbeitet von H.H. Deißler u. F. Großarth (1964): Vom Spätmittelalter bis zur Gegenwart. Band 3/4. Frankfurt am Main u.a.
- Arendt, Hannah (1951a): Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Band 1: Antisemitismus. Frankfurt am Main 1975 (= Ullstein Buch, Nr.3181).
- Arendt, Hannah (1951b): Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Band 3: Totale Herrschaft. Frankfurt am Main 1975 (= Ullstein Buch, Nr.3183).
- Arendt, Hannah (1962): Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen. Reinbek bei Hamburg 1978 (=rororo Sachbuch 7117).
- Arendt, Hannah (1964): Was heißt persönliche Verantwortung unter einer Diktatur? In: dies., Nach Auschwitz. Essays & Kommentare 1. Hrsg. v. Eike Geisel und Klaus Bittermann. Aus dem Amerikanischen übersetzt von Eike Geisel. Berlin 1989, S.81-97.
- Aretz, Emil (1973): Hexeneinmaleins einer Lüge. Pähl.
- Arndt, Hans-Joachim (1980): Die Befreiten als Besiegte. Deutsche Identität nach zwei Weltkriegen. In: Anton Peisl, Armin Mohler (Hg.), Die Deutsche Neurose. Über die beschädigte Identität der Deutschen. Berlin 1980.
- Arndt, Ino und Heinz Boberach (1991): Deutsches Reich. In: Benz (Hg.) (1991a), S.23-65.
- Aubin, Hermann (1956): Die Deutschen in der Geschichte des Ostens. In: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 7 (1956) 512-545.
- Augstein, Rudolf (1985): Bitte kein Bit. In: *Der Spiegel* 39, H.18 (1985) 18.
- Augstein, Rudolf (1986): Die neue Auschwitz-Lüge. In: Historikerstreit (1987), S.196-203.
- Augstein, Rudolf (1987): Spiegel Essay. Wie man Auschwitz „historisiert“. In: *Der Spiegel* 41, H.31 (1987) 26-27.
- Baader, Gerhard und Ulrich Schultz (Hg.) (1980a): Medizin und Nationalsozialismus. Tabuisierte Vergangenheit - Ungebrochene Tradition? Berlin (West) (= Dokumentation des Gesundheitstages Berlin 1980, Band 1).
- Baader, Gerhard (1980b): Zur Ideologie des Sozialdarwinismus. In: Baader/Schultz (Hg.) (1980), S.39-51.
- Baader, Gerhard (1980c): Die „Euthanasie“ im Dritten Reich. In: Baader/Schultz (Hg.) (1980), S.95-101.
- Baader, Gerhard (1986): Medizinische Menschenversuche im Nationalsozialismus. In: Helmchen/Winau (Hg.) (1986), S.41-82.
- Baader, Gerhard (1988a): Das Humanexperiment in den Konzentrationslagern. Konzept und Durchführung. In: Osnowski (Hg.) (1988), S.48-69.

- Baader, Gerhard (1988b): Rassenhygiene und Eugenik - Vorbedingungen für die Vernichtungsstrategien gegen sogenannte „Minderwertige“ im Nationalsozialismus. In: *Deutsches Ärzteblatt* 85 (1988) 1175-1178 (Ausgabe C).
- Baader, Gerhard (1989): Menschenversuche in Konzentrationslagern. Medizin im Nationalsozialismus XI. In: *Deutsches Ärzteblatt* 86 (1989) 861-866 (Ausgabe A).
- Backes, Uwe und Eckhard Jesse, Rainer Zitelmann (Hg.) (1990a): Die Schatten der Vergangenheit. Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus. Frankfurt am Main.
- Backes, Uwe und Eckhard Jesse, Rainer Zitelmann (1990b): Was heißt: „Historisierung“ des Nationalsozialismus? In: dies. (Hg.) (1990a), S.25-57.
- Bahr, Frank und Adalbert Banschaf, Valentin Gözl, Leonhard Rumpf (1989): Grundkurse Geschichte Band 3. Darmstadt 1989 (Winklers Verlag, Gebrüder Grimm Darmstadt).
- Baldwin, Peter (Ed.) (1990): Reworking the past. Hitler, the Holocaust and the historian's debate. Boston.
- Bauer, Ida Maria und Otto Heinrich Müller (1959): Der Mensch im Wandel der Zeiten. Geschichtsbuch für die deutsche Schule. Ausgabe A für Hessen. 5. und 6. Schuljahr. Braunschweig.
- Bauer, Yehuda (1990): Antisemitismus und Krieg. In: Frei/Kling (Hg.) (1990), S.146-162.
- Baumgarth, Christa (1966): Geschichte des Futurismus. Reinbek bei Hamburg (= rowolts deutsche enzyklopädie).
- Becker, H.M. und B. Deermann, A. Voelske et al. (Hg.) (1963): Neueste Zeit von 1917 bis heute. Mit Längs- und Querschnitten durch die Geschichte und mit Quellenanhang. Hannover (= Geschichtliches Unterrichtswerk für Mittlere Schulen. Band 5).
- Becker, Peter Emil (1988): Zur Geschichte der Rassenhygiene - Wege ins Dritte Reich. Stuttgart, New York.
- Becker-von Rose, Petra und Sophinette Becker, Bernd Laufs (1985): Einblicke in die Medizin während des Nationalsozialismus - Beispiele aus der Heidelberger Universität. In: Buselmeier et al. (Hg.) (1985), S.315-335.
- Benoist, Allain de (1980): In aller Freundschaft. Kritisches über die Deutschen. In: *Criticon* 60/61 (1980) 199-202.
- Benz, Wigbert (1986): Der Rußlandfeldzug des Dritten Reiches: Ursachen, Ziele, Wirkungen. Zur Bewältigung eines Völkermords unter Berücksichtigung des Geschichtsunterrichts. 2. Aufl., Frankfurt am Main 1988.
- Benz, Wigbert (1988): Zur Rezeption des „Unternehmens Barbarossa“ in Geschichtsbüchern: Fakten und Tendenzen. In: *Internationale Schulbuchforschung* 10, H.4 (1988) 379-391.
- Benz, Wolfgang (1986): Von der Feststellungsklage zum Vergleich. Der Frankfurter Lehrprozeß. In Sachen Wollheim gegen I.G.-Farben. In: *Dachauer Hefte* 2 (1986) 142-147.
- Benz, Wolfgang (1987): Die Abwehr der Vergangenheit. Ein Problem nur für Historiker und Moralisten? In: Diner (Hg.) (1987a), S.17-33.
- Benz, Wolfgang (Hg.) (1991a): Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus. München 1991 (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte. Herausgegeben vom Institut für Zeitgeschichte, Band 33).
- Benz, Wolfgang (1991b): Die Dimension des Völkermords. Einleitung. In: ders. (Hg.) (1991a), S.1-20.

- Benz, Wolfgang und Barbara Distel (Hg.) (1986): Dachauer Hefte. Heft 2: Sklavenarbeit im KZ. München 1993 (= Dachauer Hefte. Studien und Dokumente zur Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager) (= dtv, 4607).
- Bergeron, Louis und Francois Furet, Reinhart Koselleck (Hg.) (1969): Das Zeitalter der europäischen Revolution 1780-1848. Frankfurt am Main.
- Berghahn, Volker (1980): Die Fischerkontroverse - 15 Jahre danach. In: *Geschichte und Gesellschaft*. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft 6 (1980) 403-419.
- Bergmann, Jürgen (1973): Das Zunftwesen nach der Einführung der Gewerbefreiheit. In: Vogel (Hg.) (1980), S.150-165.
- Bergmann, U. und R.Dutschke, W.Lefèvre, B.Rabehl (Hg.) (1968): Rebellion der Studenten oder Die neue Opposition. Eine Analyse. Reinbek.
- Berning, Cornelia (1964): Vom 'Abstammungsnachweis' zum 'Zuchtwart'. Vokabular des Nationalsozialismus. Mit einem Vorwort von Werner Betz. Berlin (West).
- Berufsprestige: Ärzte unangefochten an der Spitze. In: *Münchener Medizinische Wochenschrift* 135, H.51/52 (1993) 50.
- Besymenski, Lew (1982): Der Tod des Adolf Hitler. Die Endphase des Zweiten Weltkriegs aus sowjetischer Sicht. München, Berlin 1990 (= Ullstein-Buch; Nr. 33120).
- Beyrau, Dietrich (1988): Archipel Gulag und Auschwitz - Eine Auseinandersetzung mit Ernst Noltes Buch „Der europäische Bürgerkrieg 1917-1945“. In: Donat/Wieland (Hg.) (1991), S.104-118.
- Binding, Karl und Alfred Hoche (1920): Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens. Ihr Maß und ihre Form. Leipzig 1920.
- Birkenfeld, Wolfgang (1966): Stalin als Wirtschaftspartner Hitlers (1939-1941). In: *Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* 53 (1966) 477-523.
- Blasius, Dirk (1988): Der 'Historikerstreit' und die historische Erforschung des „Euthanasie“-Geschehens. In: *Sozialpsychiatrische Informationen* 18, H.2 (1988) 2-6.
- Blasius, Dirk (1990): Das Ende der Humanität. Psychiatrie und Krankenmord in der NS-Zeit. In: Pehle (Hg.) (1990), S.47-70.
- Blasius, Dirk (1991): Psychiatrie und Krankenmord in der NS-Zeit. Probleme der historischen Urteilsbildung. In: Seidel/Werner (1991), S.126-138.
- Bleiber, Helmut (1976/80): Staat und bürgerliche Umwälzung in Preußen. Zum Charakter des Staates in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. In: Vogel (Hg.) (1980), S.66-87.
- Blome, Kurt (1942): Arzt im Kampf. Erlebnisse und Gedanken. Leipzig.
- Blüm, Norbert (1978): Die Zeit der Schuldlosen ist Utopie. CDU-MdB Norbert Blüm über den Fall Filbinger. In: *Der Spiegel* 32, H.28 (1978) 32-33.
- Blumenthal, Alfred (Hg.) bearbeitet v. Harry Iben (1951): Welt und Leben. Eine Sachkunde für Volksschulen. Geschichte. Dortmund.
- Bock, Gisela (1986): Zwangssterilisation im Nationalsozialismus. Studien zur Rassenpolitik und Frauenpolitik. Opladen (= Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, Band 48).
- Böckenförde, Ernst-Wolfgang (Hg.) (1985): Staatsrecht und Staatsrechtslehre im Dritten Reich. Heidelberg (= Recht, Justiz, Zeitgeschehen, Band 41).
- Bockhacker, Werner (1941): Die Arbeits- und Leistungsmedizin H.1/2 (1941) (= Schriftenreihe für Arbeits- und Leistungsmedizin).
- Bodensieck, Heinrich (1980): Das Wiedervereinigungsgebot im westdeutschen Geschichtsunterricht. Karl Dietrich Erdmann zum 70. Geburtstag. In: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 31 (1980) 205-231.
- Boehlich, Walter (1965): Der Berliner Antisemitismusstreit. Frankfurt am Main 1965.

- Böhme, Helmut (Hg.) (1972): Probleme der Reichsgründungszeit 1848-1879. 2. Aufl., Köln 1972 (= Neue Wissenschaftliche Bibliothek 26. Geschichte).
- Böll, Heinrich (1962): Sind wir schuldig? In: *Tribüne* 1, H.4 (1962) 345-350.
- Bogusz, Józef (1981): Der Einfluß des Nürnberger Ärzteprozesses auf die Begriffsbildung bei Experimenten an Menschen. In: Hamburger Institut für Sozialforschung (Hg.) (1987), Bd. 2, S.15-24.
- Bogusz, Józef (1987): Ein Vierteljahrhundert „Przeglad Lekarski - Oswiecim“ In: Hamburger Institut für Sozialforschung (Hg.) (1987), Bd. 1, S.9-12.
- Bonwetsch, G. und H. Herzfeld, E. Dittrich-Gallmeister et al. (Hg.) (1965): Kletts Geschichtliches Unterrichtswerk. Grundriß der Geschichte. Für die Oberstufe der höheren Schulen. Ausgabe A. Band 4. 10. Aufl., Stuttgart 1965.
- Borchardt, Knut (1961): Zur Frage des Kapitalmangels in der ersten Hälfte des 19.Jahrhunderts in Deutschland. In: Braun et al. (Hg.) (1972), S.216-236.
- Borcherding, Karl (1965): Wege und Ziele politischer Bildung in Deutschland. Eine Materialsammlung zur Entwicklung der politischen Bildung in den Schulen 1871-1965. München.
- Borkin, Joseph (with an Introduction by Thurman Arnold) (1943): Germany's master plan. The story of industrial offensive. London, New York.
- Borkin, Joseph (1978): Die unheilige Allianz der I.G. Farben. Eine Interessengemeinschaft im Dritten Reich. 3. Aufl., Frankfurt am Main, New York 1981.
- Bormann, Felix von (1956): Medizinische Versuche am Menschen. In: *Nation und Europa* 6, H.7 (1956) 63-72.
- Borowsky, Peter (1980): Deutschland 1970-1976. 4. Aufl., Hannover 1983 (= Edition Zeitgeschehen).
- Borowsky, Peter (1983): Deutschland 1963-1969. Hannover (= Edition Zeitgeschehen).
- Bracher, Karl Dietrich (1960): Stufen der Machtergreifung. Band 1 Frankfurt am Main 1974 (= Ullstein Buch Nr. 2992) In: Karl Dietrich Bracher, Gerhard Schulz, Wolfgang Sauer, Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland. Frankfurt am Main 1974.
- Bracher, Karl Dietrich (1976): Zeitgeschichtliche Kontroversen. Um Faschismus, Totalitarismus, Demokratie. München.
- Bracher, Karl Dietrich (1982a): Zeit der Ideologien. Eine Geschichte des politischen Denkens im 20.Jahrhundert. Stuttgart.
- Bracher, Karl Dietrich (1982b): Referat. In: Deutscher Sonderweg (1982), S.46-53.
- Bracher, Karl Dietrich (1986): Leserbrief an die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 6. September 1986. In: Historikerstreit (1987), S.113-114.
- Bracher, Karl Dietrich (1987): Identitätsfrage und Spannungsdanken in der neueren Deutschlanddiskussion. In: *Politik und Kultur* H.2 (1987) 19-35.
- Bracher, Karl Dietrich und Leo Valiani (Hg.): Faschismus und Nationalsozialismus. Berlin 1991 (= Schriften des Italienisch-Deutschen Historischen Instituts in Trient, Band 1).
- Bracher, Karl Dietrich und Manfred Funke, Hans-Adolf Jacobsen (Hg.) (1992): Deutschland 1933-1945. Neue Studien zur nationalsozialistischen Herrschaft. 2. Aufl., Düsseldorf 1993 (= Bonner Schriften zur Politik und Zeitgeschichte, Band 123).
- Brack, Harro und Günter Grünke (Hg.) (1984): Unser Weg in die Gegenwart. 3. Aufl., Bamberg 1988 (C.C. Buchners Verlag; zum lernmittelfreien Gebrauch an Gymnasien in Bayern zugelassen).
- Braubach, Max (1974a): Vom Westfälischen Frieden bis zur Französischen Revolution. 3. Aufl., München 1978 (= Gebhardt. Handbuch der deutschen Geschichte, Band 10).



- Braubach, Max (1974b): Von der Französischen Revolution bis zum Wiener Kongreß. 3. Aufl., München 1979 (= Gebhardt. Handbuch der deutschen Geschichte, Band 14).
- Braun, Rudolf und Wolfram Fischer, Helmut Großkreutz und Heinrich Volkmann (Hg.) (1972): Industrielle Revolution. Wirtschaftliche Aspekte. Köln (= Neue Wissenschaftliche Bibliothek Band 50. Geschichte).
- Bredow, Wilfried von (1983): Geschichte als Element der deutschen Identität. In: Wiedenfeld (Hg.) (1983) 102-118.
- Bromberger, Barbara und Hans Mausbach (1987): Feinde des Lebens. NS-Verbrechen an Kindern. Köln.
- Bromberger, Barbara und Hans Mausbach, Klaus-Dieter Thomann (1990a): Medizin, Faschismus und Widerstand. Drei Beiträge. 2. Aufl., Frankfurt am Main 1990.
- Bromberger, Barbara und Hans Mausbach (1990b): Ärzte im Widerstand. In: Bromberger et al. (Hg.) (1990a), S.263-340.
- Bromberger, Barbara und Hans Mausbach (1990c): Die Tätigkeit von Ärzten in der SS und in Konzentrationslagern. In: Bromberger et al. (Hg.) (1990a), S.186-262.
- Broszat, Martin (1969): Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung. 9. Aufl., München 1981 (= dtv 4009).
- Broszat, Martin (1985): Plädoyer für eine Historisierung des Nationalsozialismus. In: *Merkur* 39 (1985) 373-385.
- Broszat, Martin (1986): Wo sich die Geister scheiden. Die Beschwörung der Geschichte taugt nicht als nationaler Religionsersatz. In: *Historikerstreit* (1987), S.189-195.
- Broszat, Martin (1987): Nach Hitler. Der Umgang mit unserer Geschichte. Beiträge von Martin Broszat. Hrsg. von Hermann Graml und Klaus-Dietmar Henke. 2. Aufl., München 1987.
- Broszat, Martin (1988): Was heißt Historisierung des Nationalsozialismus? In: *Historische Zeitschrift* 247 (1988) 1-14.
- Broszat, Martin und Saul Friedländer (1988): Um die „Historisierung des Nationalsozialismus“. Ein Briefwechsel. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 36 (1988) 339-372.
- Broszat, Martin und Elke Fröhlich (1987): Alltag und Widerstand. Bayern im Nationalsozialismus. München.
- Browning, Christopher R. (1992): Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die „Endlösung“ in Polen. Deutsch von Jürgen Peter Krause. Reinbek bei Hamburg 1996 (= rororo 1690).
- Bruck, Arthur Moeller van den (1933): Das Ewige Reich. Hrsg. von Hans Schwarz. Band 1. Die politischen Kräfte. Breslau.
- Brücks, Andrea (1988): Zwangssterilisation gegen „Ballastexistenzen“. In: Projektgruppe (Hg.) (1988), S.103-108.
- Brügel, J.W. (Hg.) (1973): Stalin und Hitler. Pakt gegen Europa. Wien.
- Brumlik, Micha (1986): Neuer Staatsmythos Ostfront. Die neueste Entwicklung der Geschichtswissenschaft in der BRD. In: *Historikerstreit* (1987), S.77-83.
- Buchheim, Karl (1953): Erbe des Abendlandes. Lehrbuch der Geschichte für höhere Schulen. Oberstufe. Teil IV. Die Neuzeit 2. Halbband. Düsseldorf (Pädagogischer Verlag Schwann).
- Büchner, Georg: Sämtliche Werke. Hrsg. von Paul Stapf. Wiesbaden o.J.
- Büchner, Georg (1993): Georg Büchner an „Hund“ und „Kater“. Unbekannte Briefe des Exils. Hrsg. von Erika Gillmann, Thomas Michael Mayer, Reinhard Papst und Dieter Wolf. Marburg (= Philipps-Universität Marburg, Forschungsstelle Georg Büchner. Georg Büchner Gesellschaft Marburg).
- Bullock, Alan (1960): Hitler. Eine Studie über Tyrannei. Düsseldorf.

- Bullock, Alan (1991): Hitler und Stalin. Parallele Leben. Aus dem Englischen von Karl Heinz Siber und Helmut Ettinger. Berlin.
- Bumke, Joachim (1986): Höfische Kultur. Literatur und Gesellschaft im hohen Mittelalter. 2 Bände. 3. Aufl., München 1986 (= dtv, 4424).
- Burckhardt, Carl Jakob (1960): Meine Danziger Mission 1937-1939. München 1960, S.348.
- Burckhardt, Jacob (1905): Weltgeschichtliche Betrachtungen. Mit einer Einleitung und textkritischem Anhang von Rudolf Stadelmann. O.O und o.J.
- Buselmeier, Karin und Dietrich Harth, Christian Jansen (Hg.) (1985): Auch eine Geschichte der Universität Heidelberg. Heidelberg.
- Bychowski, Gustav (1992): Adolf Hitler. In: *Luzifer-Amor* 5, H.9 (1992) 90-148.
- Cartier, Raymond (1971): Mächte und Männer unserer Zeit. München.
- Chamberlain, Houston Stewart (1899): Die Grundlagen des Neunzehnten Jahrhunderts. Band 1. 2. Aufl., München 1900.
- Chamberlain, Houston Stewart (1925): Rasse und Persönlichkeit. Aufsätze von Houston Stewart Chamberlain. München.
- Conrad, Hermann (1965): Das Allgemeine Landrecht von 1794 als Grundgesetz des friderizianischen Staates. Berlin.
- Conti, Leonardo (1940): Volksgesundheit als Kriegswaffe. Sechs Jahre Hauptamt für Volksgesundheit der NSDAP. In: *Deutsches Ärzteblatt* 70 (1940) 291-292.
- Conze, Werner und Jürgen Kocka (Hg.) (1983): Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert. Stuttgart.
- Craemer, Rudolf (1938): Zur Vollendung des Großdeutschen Reiches. In: *Volk und Reich* Politische Monatshefte 14, H.10 (1938) 655 ff.
- Craig, Gordon A. (1987): The War of the German Historians. In: *The New York Review of Books* v. 15.1.1987, S.16-19.
- Crouzet, Francois (1962): Die Kapitalbildung in Großbritannien während der industriellen Revolution. In: Braun et al. (Hg.) (1972), S.165-215.
- Dahmer, Helmut (1979): „Holocaust“ und die Amnesie. In: Hans Martin Lohmann (Hg.) (1984), Psychoanalyse und Nationalsozialismus. Beiträge zur Bearbeitung eines unbewältigten Traumas. Frankfurt am Main 1984, S.24-30.
- Dahmer, Helmut und Lutz Rosenkötter (1983): Jasager und Weißwäscher. In: Lohmann (Hg.) (1984), S.31-37. Auch in: *Psyche* 37 (1983), S.1146-1153.
- Dahmer, Helmut (1990): Derealisation und Wiederholung. In: *Psyche* 44 (1990) 133-143.
- Dahrendorf, Ralf (1965): Gesellschaft und Demokratie in Deutschland. München.
- Dahrendorf, Ralf (1990): „Die Sache mit der Nation“. In: *Merkur* 44 (1990) 834-857.
- Dahrendorf, Ralf und Gina Thomas (Hg.) (1990): The unsolved past: a debate in German history; a conference sponsored by the Wheatland Foundation. London.
- Dann, Otto (1991): Begriffe und Typen des Nationalen in der frühen Neuzeit. In: Giesen (Hg.) (1991), S.56-73.
- Darwin, Charles (1959): Die Entstehung der Arten durch natürliche Zuchtwahl oder Die Erhaltung der begünstigten Rassen im Kampfe ums Dasein. Nach der Übersetzung von J.V.Carus und der letzten englischen Ausgabe bearbeitet von Heinrich Schmidt. 9. Aufl., Stuttgart 1959.
- Darwin, Charles (1964): Der Ausdruck der Gefühle bei Mensch und Tier. Düsseldorf.
- Daub, Ute (1986a): „Aus Liebe und Mitleid“. Ute Daub vom voraussichtlich letzten NS-Euthanasieprozess. In: *Pflasterstrand* 4 (1986) 16-17.

- Daub, Ute (1986b): Der Frankfurter „Euthanasie“-Prozeß. In: *Kritische Justiz* 19 (1986) 435-442.
- Deane, Phyllis (1965): Die Rolle des Staates. In: Braun et al. (Hg.) (1972), S.272-304.
- Degkwitz, Rudolf (1960): „Masseneuthanasie“ im Dritten Reich. In: *Ärztliche Mitteilungen* 45 (1960) 2382-2383.
- Deißler, H.H. und F.Großarth (bearbeitet) (1964): Vom Spätmittelalter bis zur Gegenwart. Band 3/4. Hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft von Geschichtslehrern an Mittel- und Realschulen in Verbindung mit Arno Koselleck. Frankfurt am Main u.a.
- Deißler, H. und H.Krieger (Hg.) (1971): Grundzüge der Geschichte. Band 4. 6. Aufl., Frankfurt am Main 1977 (Moritz-Diesterweg Verlag; für die Sek. I an Gymnasien).
- Despoix, Philippe und Barbara Hahn (1989): Von außen gesehen. In: Philippe Despoix (Hg.), *Der deutsche Historikerstreit aus mitteleuropäischer Sicht*. Hamburg 1989, S.5-8.
- Deuerlein, Ernst (Hg.) (1975): *Der Aufstieg der NSDAP in Augenzeugenberichten*. 2. Aufl., München 1976.
- Deutsch, Karl W. (1986): Sind politische Entscheidungen Experimente mit Menschen? In: Helmchen/Winaw (Hg.) (1986), S.280-291.
- Deutscher Sonderweg - Mythos oder Realität? München, Wien 1982 (= Kolloquien des Instituts für Zeitgeschichte).
- Diner, Dan (Hg.) (1987a): *Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit*. Frankfurt am Main 1987.
- Diner, Dan (1987b): Einleitung des Herausgebers. In: ders. (1987a), S.7-16.
- Diner, Dan (1987c): Zwischen Aporie und Apologie. Über Grenzen der Historisierbarkeit des Nationalsozialismus. In: ders. (1987a), S.62-73.
- Diner, Dan (1987d): Negative Symbiose. Deutsche und Juden nach Auschwitz. In: ders. (1987a), S.185-197.
- Diner, Dan (1987e): Zurück zur Nation? In: *Civis* H.1 (1987) 47-50.
- Diner, Dan (1990): Perspektivenwahl und Geschichtserfahrung. Bedarf es einer besonderen Historik des Nationalsozialismus? In: Pehle (Hg.) (1990), S.94-113.
- Diwald, Hellmut (1978): *Geschichte der Deutschen*. Berlin.
- Diwald, Hellmut (1989): *Geschichte macht Mut*. Erlangen.
- Doeleke, Werner (1975): Alfred Ploetz (1860-1940). Sozialdarwinist und Gesellschaftsbiologe. Med. Diss. Frankfurt am Main.
- Dörner, Klaus (1967): Nationalsozialismus und Lebensvernichtung. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 15 (1967) 121-152.
- Dörner, Klaus (1975): *Diagnosen der Psychiatrie*. Frankfurt am Main, New York.
- Dörner, Klaus (Hg.) (1980a): *Der Krieg gegen die psychisch Kranken*. Rehbürg-Loccum.
- Dörner, Klaus (verfaßt u. zusammengestellt) (1980b): *Der Krieg gegen die psychisch Kranken*. 2. Aufl., Frankfurt am Main, Bonn 1989.
- Dörner, Klaus (Hg.) (1986a): *Gestern minderwertig - Heute gleichwertig? Folgen der Gütersloher Resolution*. Bd. 1: Dokumentation und Zwischenbilanz der wegen seelischer, geistiger und sozialer Behinderung Zwangssterilisierten oder ermordeten Bürger und ihrer Familien als Unrechtsoffer und NS-Verfolgte. Gütersloh 1986.
- Dörner, Klaus (Hg.) (1986b): *Gestern minderwertig - Heute gleichwertig? Folgen der Gütersloher Resolution*. Bd. 2: Zwangssterilisierung, das 1. NS-Massenvernichtungsinstrument, im Bundestag - Stand Juli 1986. Gütersloh 1986.
- Dörner, Klaus (1986c): Psychiatrisch Verfolgte der NS-Zeit. Wie können die Ärzte den Überlebenden noch helfen? In: *Deutsches Ärzteblatt* 83 (1986) 2587-2590 (Ausgabe C).

- Dörner, Klaus (1987): Euthanasie gestern - Sterbehilfe heute? In: *Deutsches Ärzteblatt* 84 (1987) 2020-2024 (Ausgabe C).
- Dörner, Klaus (1989): Anstaltsalltag in der Psychiatrie und NS-Euthanasie. In: *Deutsches Ärzteblatt* 86 (1989) 476-480 (Ausgabe C).
- Dörner, Klaus (1989): Nationalsozialismus und Lebensvernichtung. In: ders. (1980b), S.74-111.
- Dörner, Klaus (1991): Psychiatrie und soziale Frage. Plädoyer für eine erweiterte Psychiatrie-Geschichtsschreibung. In: Frei (Hg.) (1991), S.287-294.
- Domarus, Max (Hg.) (1963): Hitler. Reden und Proklamationen 1932-1945. Würzburg.
- Donat, Helmut und Lothar Wieland (Hg.) (1991): „Auschwitz erst möglich gemacht?“. Überlegungen zur jüngsten Geschichtsbewältigung. Bremen.
- Donat, Helmut und Diether Koch, Martin Rohkrämer (1991): Bibliographie zum „Historikerstreit“. In: Donat/Wieland (Hg.) (1991), S.150-214.
- Dorn, Walter L. (1958): Die Debatte über die amerikanische Besatzungspolitik für Deutschland (1944-45). In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 6 (1958) 60-77.
- Dregger, Alfred (1986): Der Friede ist das Werk der Gerechtigkeit. Rede zum Volkstrauertag 1986. In: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, Nr. 140, 18.11.1986, S.1169-1172.
- Dubiel, Helmut (1987): 4. Neokonservatismus. In: Iring Fetscher und Herfried Münkler (Hg.), Pipers Handbuch der politischen Ideen. Band 5. München, Zürich 1987, S.475-479.
- Dülffer, Jost (1981a): Grundbedingungen der nationalsozialistischen Außenpolitik. In: L.Haupts und G.Mölich (Hrsg.), Strukturelemente des Nationalsozialismus. Köln 1981.
- Dülffer, Jost (1981b): Politik zum Kriege. Das Deutsche Reich und die Mächte auf dem Weg in den Zweiten Weltkrieg. In: *Neue Politische Literatur* 26 (1981) 42-58.
- Dutschke, Rudi (1975): Der Kommunismus, die despotische Verfremdung desselben in der UdSSR und der Weg der DDR zum Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953. In: Dutschke/Wilke (Hg.) (1975), S.261-304.
- Dutschke, Rudi (1980): Mein langer Marsch. Reden, Schriften und Tagebücher aus zwanzig Jahren. Hrsg. v. Gretchen Dutschke-Klotz, Helmut Gollwitzer und Jürgen Miermeister. Reinbek bei Hamburg.
- Dutschke, Rudi und Manfred Wilke (Hg.). Unter Mitarbeit von Reinhard Crusius (1975): Die Sowjetunion, Solschenizyn und die westliche Linke. Reinbek bei Hamburg (rororo aktuell, 680).
- Ebbinghaus, Angelika und Heidrun Kaupen-Haas, Karl Heinz Roth (Hg.) (1984): Heilen und Vernichten im Mustergau Hamburg. Bevölkerungs- und Gesundheitspolitik im Dritten Reich. Hamburg.
- Ebbinghaus, Angelika und Michael Hepp, Karl Heinz Roth (1987): Dokumentation. Die Ärztin Herta Oberheuser und die kriegschirurgischen Experimente im Frauenkonzentrationslager Ravensbrück. In: Angelika Ebbinghaus (Hg.), Opfer und Täterinnen. Frauenbiographien des Nationalsozialismus. Nördlingen 1987, S.250-273 (= Schriften der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, Band 2).
- Ebeling, Hans (1952): Deutsche Geschichte. Hrsg. v. geschichtspädagogischen Forschungskreis Braunschweig. Ausgabe A. 5. Band. Braunschweig u.a.
- Eckstaedt, Anita (1989): Nationalsozialismus in der „zweiten Generation“. Psychoanalyse von Hörigkeitsverhältnissen. Frankfurt am Main.

- Ehmke, Horst (1979): Was ist des Deutschen Vaterland? In: Jürgen Habermas (Hg.), Stichwort zur „Geistigen Situation“ der Zeit. Band 1: Nation und Republik. Frankfurt am Main 1979, S.51-76.
- Ehrhardt, Helmut (1965): Euthanasie und Vernichtung „lebensunwerten“ Lebens. Mit einem Vorwort von Hans Hoff. Stuttgart (= Forum der Psychiatrie, Nr.11).
- Eisler, Kurt R. (1976): Todestrieb, Ambivalenz, Narzißmus. Aus dem Amerikanischen von Elke vom Scheidt und Karl-Heinz Schütz. Frankfurt am Main 1992 (= Geist und Psyche).
- Ellsäßer, Michael (1983): Medizin ohne Menschlichkeit. Ärzte im Nationalsozialismus. In: *Tribüne* 22, H.86 (1983) 139-147.
- Ender, Wolfram (1984): Konservative und rechtsliberale Deuter des Nationalsozialismus 1930-1945. Eine historisch-politische Kritik. Frankfurt am Main.
- „Endlösung im Abseits“. In: *Der Spiegel* 33, H.3 (1979), S.133-134.
- Erdheim, Mario (1982): Die gesellschaftliche Produktion von Unbewußtheit. Eine Einführung in den ethno-psychoanalytischen Prozeß. Frankfurt am Main 1988 (= Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft 9465).
- Erikson, Erik H. (1956): Das Problem der Identität. In: *Psyche* 10 (1956) 125-187. Auch in: Erikson (1966a), S.123-212.
- Erikson, Erik H. (1966a): Identität und Lebenszyklus. Frankfurt am Main.
- Erikson, Erik H. (1966b): Wachstum und Krisen der gesunden Persönlichkeit. In: ders. (1966a), S.55-122.
- Erler, Gerno (1987): Ohne Rücksicht auf Verluste. Der deutsche „Historikerstreit“ im Spiegel des Auslands. In: ders. et al. (1987), S.116-127.
- Erler, Gerno und Rolf-Dieter Müller, Ulrich Rose, Thomas Schnabel, Gerd R. Ueberschär, Wolfram Wette (1987): Geschichtswende? Entsorgungsversuche zur Deutschen Geschichte. Mit einem Vorwort von Walter Dirks. Freiburg.
- Ernst, Tilman (1979): Holocaust und politische Bildung. Ausgewählte Ergebnisse einer repräsentativen empirischen Untersuchung. In: *Tribüne* 18, H.70 (1979) 64-81.
- Eschenhagen, Wieland (Hg.) (1988): Die neue deutsche Ideologie. Einsprüche gegen die Entsorgung der Vergangenheit. Darmstadt.
- Esser, Hermann (1940): Die jüdische Weltpest. München.
- (Eugenische Tagung): Eine eugenische Tagung des Preußischen Landesgesundheitsrates. In: *Deutsches Ärzteblatt* 61 (1932) 302-303.
- Evans, Richard (1991): Im Schatten Hitlers? Historikerstreit und Vergangenheitsbewältigung in der Bundesrepublik. Aus dem Englischen von Jürgen Blasius. Frankfurt am Main (= Edition Suhrkamp; 1637 = N.F., Band 637).
- Fabry, Philipp W. (1962): Der Hitler-Stalin-Pakt 1939-1941. Ein Beitrag zur Methode sowjetischer Außenpolitik. Darmstadt.
- Faulenbach, Bernd (1980): Ideologie des deutschen Weges. Die deutsche Geschichte in der Historiographie zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus. München.
- Faulenbach, Bernd (1981): „Deutscher Sonderweg“. Zur Geschichte und Problematik einer zentralen Kategorie des deutschen geschichtlichen Bewußtseins. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* Beilage zur Wochenzeitung das Parlament B 33 (1981) 3-21.
- Feder, Gottfried (1924): Das Programm der NSDAP und seine weltanschaulichen Grundgedanken. 41.-50. Aufl., München 1931.
- Federn, Ernst (1985): Weitere Bemerkungen zum Problemkreis 'Psychoanalyse und Politik'. In: *Psyche* 39 (1985) 367-374.

- Feidel-Mertz, Hildegard (1991): Sisyphos im Exil - Die verdrängte Pädagogik 1933-1945. In: Wolfgang Keim (Hg.): Pädagogen und Pädagogik im Nationalsozialismus. Ein unerledigtes Problem der Erziehungswissenschaft. Frankfurt am Main 1991, S.161-241.
- Fejkiel, Wladyslaw (1959): Ethisch-Rechtliche Grenzen bei Experimenten in der Medizin - und der Fall Prof. Clauberg. In: *Hefte von Auschwitz* 2 (1959) 33-50.
- Ferber, Christian von (1956): Die Entwicklung des Lehrkörpers der deutschen Universitäten und Hochschulen 1864-1954. Göttingen.
- Ferencz, Benjamin B. (1981): Lohn des Grauens. Die verweigerte Entschädigung an die jüdischen Zwangsarbeiter. Frankfurt am Main, New York.
- „Fernsehen: Nachwirkungen von 'Holocaust'“. In: *Der Spiegel* 33, H.19 (1979) 202-205.
- Ferrero, Guglielmo (1944): Macht. Einleitung von Paul Schmitt. Bern (= Mensch und Gesellschaft, 3).
- Ferro, Marc (1969): Der große Krieg 1914-1918. Aus dem Französischen von Michael Jeismann. Frankfurt am Main 1988.
- Fest, Joachim C. (1963): Das Gesicht des Dritten Reiches. Profile einer totalitären Herrschaft. München.
- Fest, Joachim C. (1973): Hitler. Eine Biographie. 4. Aufl., Frankfurt am Main, Berlin, Wien 1973.
- Fest, Joachim (1986): Die geschuldete Erinnerung. Zur Kontroverse über die Unvergleichbarkeit der nationalsozialistischen Massenverbrechen. In: *Historikerstreit* (1987), S.100-112.
- Fetscher, Iring (1962): Faschismus und Nationalsozialismus. Zur Kritik des sowjet-marxistischen Faschismusbegriffs. In: *PVS* 3 (1962) 42-63.
- Fetscher, Iring (1982): In memoriam Alexander Mitscherlich. In: *Psyche* 36 (1982) 1067-1070.
- Fetscher, Iring (1983): Alexander Mitscherlich - zur Pathologie der bundesdeutschen Gesellschaft. In: *Psyche* 37 (1983) 298-310.
- Fetscher, Iring (Hg.) (1983): Neokonservatismus und 'Neue Rechte'. München.
- Fetscher, Rolf (1983): Selbst und Identität. In: *Psyche* 37 (1983) 385-411.
- Fichte, Johann Gottlieb (1808): Rede an die deutsche Nation. Leipzig 1944.
- Fischer, Eugen (1913): Die Rehobother Bastards und das Bastardisierungsproblem beim Menschen. Anthropologische und ethnographische Studien am Rehobother Bastardvolk in Deutsch-Südwestafrika. Jena.
- Fischer, Eugen (1938): Neue Rehobother Bastardstudien. I. Antlitzveränderungen verschiedener Altersstufen bei Bastarden. In: *Zeitschrift für Morphologie und Anthropologie Erb- und Rassenbiologie* 37 (1938).
- Fischer, Eugen (1943): Neue Rehobother Bastardstudien. II. Fortführung und Ergänzungen der Sippentafeln. In: *Zeitschrift für Morphologie und Anthropologie Erb- und Rassenbiologie* 42 (1943) 1-33.
- Fischer, Eugen und Gerhard Kittel (1943): Das antike Weltjudentum. Tatsachen, Texte, Bilder. Hamburg.
- Fischer, Fritz (1961): Der Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18. 2. Aufl., Königstein/Ts. 1979 (= Athenäum/ Droste Taschenbücher 7203).
- Fischer, Fritz (1977): Der Erste Weltkrieg und das deutsche Geschichtsbild. Beiträge zur Bewältigung eines historischen Tabus. Aufsätze und Vorträge aus drei Jahrzehnten. Düsseldorf.
- Fischer, Fritz (1979): Der Stellenwert des Ersten Weltkriegs in der Kontinuitätsproblematik der Deutschen Geschichte. In: *Historische Zeitschrift* 229 (1979) 25-53.

- Fischer, Fritz (1983): Juli 1914: Wir sind nicht hineingeschlittert. Das Staatsgeheimnis um die Riezler-Tagebücher. Eine Streitschrift. Reinbek bei Hamburg (= rororo aktuell 5126).
- Fischer, Wolfram (1961/72): Das Verhältnis von Staat und Wirtschaft in Deutschland am Beginn der Industrialisierung. In: Braun et al. (Hg.) (1972), S.287-304.
- Flesch-Thebesius, Max (1964): Johann Wolfgang Goethe Universität Frankfurt am Main. Überblick über ihre Entstehung, ihre Entwicklung und vorgesehenen Planungen. Hrsg. im Auftrage des Magistrats der Stadt Frankfurt am Main und des Rektorats der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main. Frankfurt am Main.
- Fleischer, Helmut (1990): Eine historisierende Betrachtung unseres Zeitalters. Zur Notwendigkeit einer epochenübergreifenden Betrachtung von Weltkrieg, Sowjetrevolution und Faschismus. In: Uwe Backes et al. (Hg.) (1990), S.58-82.
- Forndran, E. und F. Golczewski, D. Riesenberger (Hg.) (1977): Innen- und Außenpolitik unter nationalsozialistischer Bedrohung. Determinanten internationaler Beziehungen in historischen Fallstudien. Opladen.
- Forster, Georg (1981): Im Anblick des großen Rates. Schriften zur Revolution. Hrsg. von Ralph Rainer Wuthenow. Darmstadt und Neuwied.
- Förster, Jürgen (1983): Die Sicherung des „Lebensraumes“. In: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. Band 4: Der Angriff auf die Sowjetunion. Hrsg. v. Militärgeschichtlichen Forschungsamt. Stuttgart, S.1030-1078.
- Forstmeier, Friedrich und Hans-Erich Volkmann (Hg.) (1975): Wirtschaft und Rüstung am Vorabend des Zweiten Weltkriegs. Düsseldorf.
- Fraenkel, Ernst und Karl Dietrich Bracher (Hg.) (1957): Staat und Politik. Frankfurt am Main 1970.
- Frank, Hugo (1926): Arbeitsausschuß Deutscher Verbände. In: *Die Weltbühne* 22, H.33 (1926) 243-251.
- Franke, Karl-Heinrich (1942): Gesundheit ist Pflicht. In: *Volk und Gesundheit* H.2 (1942) 27-29.
- Franz, Detlev und Sebastian Reinfeldt (1989): Ein flüchtiger Zettel über die ungebrochene Rassengeschichte. Im Mainzer Universitätsinstitut für Anthropologie findet eine kritische Aufarbeitung der Vergangenheit nicht statt. In: *Frankfurter Rundschau* v. 14.11.1989, S.11.
- Franz, Victor (1943): Ernst Haeckel. Sein Leben, Denken und Wirken. Eine Schriftenfolge für seine zahlreichen Freunde und Anhänger. Band 1. Jena, Leipzig.
- Freeden, Herbert (1987): Um die Singularität von Auschwitz. Die Exkulpierungsversuche deutscher Historiker. In: *Tribüne* 26, H.102 (1987) 119-124.
- Frei, Norbert und Hermann Kling (Hg.) unter Mitarbeit von Margit Brandt (1990): Der nationalsozialistische Krieg. Frankfurt am Main, New York.
- Frei, Norbert (Hg.) (1991): Medizin und Gesundheitspolitik in der NS-Zeit. München (= Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Sondernummer).
- Freiwald, Helmut (1973a): Das Deutschlandproblem in Geschichtsbüchern. In: ders. et al. (1973b), S.117-162.
- Freiwald, Helmut und Gebhard Moldenhauer, Dieter Hoof, Hans-Joachim Fischer (1973b): Das Deutschlandproblem in Schulbüchern der Bundesrepublik. Düsseldorf (= Studien zur Sozialwissenschaft Band 13).
- Freud, Sigmund (1912/13): Totem und Tabu. Frankfurt am Main. Studienausgabe Bd. 9, S.295-444.
- Freud, Sigmund (1921): Massenpsychologie und Ich-Analyse. Frankfurt am Main. Studienausgabe Bd. 9, S.65-134.

- Frey, Hans-Peter u. Karl Hausser (1987): Identität. Entwicklungen psychologischer und soziologischer Forschung. Stuttgart (= Der Mensch als soziales und personales Wesen, Band 7).
- Friedländer, Saul (1987): Überlegungen zur Historisierung des Nationalsozialismus. In: Diner (Hg.) (1987), S.34-50.
- Friedlander, Henry (1989): Jüdische Anstaltspatienten im NS-Deutschland. In: Götz Aly (Hg.) (1989a), S.34-44.
- Friedrich, Carl Joachim (1957): Totalitäre Diktatur. Stuttgart.
- Friedrich, Wolf-Hartmut und Walther Killy (Hg.) (1965): Literatur II. Frankfurt am Main.
- Fröhlich, Elke (Hg.) (1987): Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente. Teil 1. Band 4. München.
- Fromm, Erich (1973): Anatomie der menschlichen Destruktivität. Reinbek bei Hamburg 1977 (=rororo Sachbuch 7052). Auch in: ders., Gesamtausgabe. Hrsg. v. Rainer Funk. Band 7: Aggressionstheorie. Stuttgart 1980.
- Fromm, Erich (1941): Die Furcht vor der Freiheit. 4. Aufl., München 1994.
- Füllberg-Stolberg, Claus (1981): Die Darstellung der UdSSR nach 1945 in Geschichtsbüchern der Bundesrepublik Deutschland. Eine empirische Inhaltsanalyse. Göttingen, Zürich.
- Fürstenau, Justus (1969): Entnazifizierung. Ein Kapitel deutscher Nachkriegspolitik. Neuwied, Berlin 1969.
- Funke, Manfred (Hg.) (1976): Hitler, Deutschland und die Mächte. Materialien zur Außenpolitik des Dritten Reiches. Düsseldorf.
- Gall, Lothar (1984): Die Bundesrepublik in der Kontinuität der deutschen Geschichte. In: *Historische Zeitschrift* 239 (1984) 603-613.
- Ganssmüller, Christian (1987): Die Erbgesundheitspolitik des Dritten Reiches. Planung, Durchführung und Durchsetzung. Köln.
- Gause, Fritz (1953a): Vertreibung und Zwangsumsiedlung als historisches Problem. In: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 4 (1953) 65-78.
- Gause, Fritz (1953b): In: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 4 (1953) 129-139.
- Gayer, A.D. und W.W. Rostow, A.J. Schwartz (1953): The growth and fluctuation of the British economy 1790-1850. An historical, statistical and theoretical study of Britains economic development. 2 Bände. Oxford.
- Geiss, Imanuel (1972): Die Fischer-Kontroverse. In: Studien über Geschichte und Geschichtswissenschaft. Frankfurt am Main.
- Geiss, Imanuel (1987): Zum Historiker-Streit. In: Historikerstreit (1987), S.373-380.
- Geiss, Imanuel (1988): Die Habermas-Kontroverse. Ein deutscher Streit. Berlin.
- Gerhardt, Kurt (1938): Zur Frage Brachykephalie und Schädelform. In: *Zeitschrift für Morphologie und Anthropologie. Erb- und Rassenbiologie* 37 (1938) 309-340.
- Gerschenkron, Alexander (1952): Wirtschaftliche Rückständigkeit in historischer Perspektive. In: Braun et al. (Hg.) (1972), S.59-78.
- Giesen, Bernhard (Hg.) (1991): Nationale und kulturelle Identität. Studien zur Entwicklung des kollektiven Bewußtseins in der Neuzeit. Frankfurt am Main (= suhrkamp taschenbuch wissenschaft, 940).
- Giesen, Bernhard (1993): Die Intellektuellen und die Nation. Eine deutsche Achsenzeit. Frankfurt am Main (= suhrkamp taschenbuch wissenschaft, 1070).
- Giesler, Hermann (1977): Ein anderer Hitler. Bericht seines Architekten. 2. Aufl., Leoni.



- Gillessen, Günther (1986): Der Krieg der Diktatoren. Wollte Stalin im Sommer 1941 das Deutsche Reich angreifen? In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 20.8.1986, S.25.
- Gillessen, Günther (1987): Der Krieg der Diktatoren. Ein erstes Resümee der Debatte über Hitlers Angriff im Osten. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 25.2.1987, S.33.
- Gillessen, Günther (1988): Planung immer nur für den nächsten Augenblick. Hitlers Kriegsziele - ein neuer Beitrag. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 21.9.1988.
- Gillis, John R. (1968): Aristokratien und Bürokratie im Preußen des 19.Jahrhunderts. In: Vogel (Hg.) (1980), S.188-206.
- Gillmann, Erika und Thomas Michael Mayer, Reinhard Papst, Dieter Wolf (Hg.) (1993): Georg Büchner an „Hund“ und „Kater“. Unbekannte Briefe des Exils. Marburg (= Philipps-Universität Marburg, Forschungsstelle Georg Büchner. Georg Büchner Gesellschaft Marburg. Der Magistrat der Stadt Butzbach).
- Giordano, Ralph (1987): Die zweite Schuld oder Von der Last Deutscher zu sein. Hamburg.
- Glaser, Hermann (1979a): Ein Gegenchronologe am Werk. Hellmut Diwalds Geschichtsklitterung. In: *Tribüne* 18, H.71 (1979) 92-101.
- Glaser, Hermann (1979b): Unsere Geschichte mit dem Trivialen. Gedanken nach Holocaust. In: *Tribüne* 18, H.72 (1979) 22-45.
- Glaser, Hermann (1979c): Politische Bildungsarbeit nach Holocaust. Von der Notwendigkeit emotionaler Aufklärung über den Nationalsozialismus. In: *Tribüne* 18, H.70 (1979) 44-54.
- Glaser, Hermann (1987): Totschweigen, Entlasten, Umschulden. Die „Bewältigung der Vergangenheit“ im Nachkriegsdeutschland. In: *Tribüne* 26, H.103 (1987) 117-124.
- Glötz, Peter (1993): In Deutschland mutiert der Kern oder: Abschied von der Bonner Republik. Die jungkonservative Wende und die drohenden Veränderungen im Parteiensystem. In: *Frankfurter Rundschau* v. 9.10.1993, S. ZB 2.
- Glötz, Peter (1994): Die Bewaffnung mit Identität. Eine Analyse des deutschen Normalisierungs-Nationalismus am Beispiel Hans-Jürgen Syberbergs. In: *Frankfurter Rundschau* v. 22.1.1994, S. ZB 2.
- Gobineau, Arthur Graf von (1853): Die Ungleichheit der Menschenrassen. Übersetzt von R.Kempf. Berlin 1935.
- Goldhagen, Daniel (1996): Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust. Aus dem Amerikanischen von Klaus Kochmann. 3. Aufl., Berlin 1996.
- Gorondowski, Stanislaw (1986): Bericht über Mauthausen. In: *Dachauer Hefte* H.2 (1986) 123-132.
- Goschler, Constantin (1986): Streit um Almosen. Die Entschädigung der KZ-Zwangsarbeiter durch die deutsche Nachkriegsindustrie. In: *Dachauer Hefte* H.2 (1986) 175-194.
- Graessner, Sepp (1982): Leistungsmedizin im Nationalsozialismus. In: Evangelische Akademie Bad Boll, Medizin im Nationalsozialismus. Tagung vom 30. April bis 2. Mai 1982 in Bad Boll. S.189-199.
- Graf, Hendrik (1991): „Betrifft: Überführung von Kranken“. Kranken- und Irrenpflege in der Zeit des Nationalsozialismus. In: Seidel/Werner (1991), S.86-109.
- Graff, K.H. und H.Broermann, J.Kunz, M.Ziemer, R.Steinacker (Hg.) (1954): Geschichte unserer Zeit. Geschichte für Real- und Mittelschulen. Düsseldorf.
- Graml, Hermann (1992): Rassismus und Lebensraum. Völkermord im Zweiten Weltkrieg. In: Bracher (Hg.) (1992), S.440-451.

- Gramsci, Antonio (1967): Philosophie der Praxis. Eine Auswahl. Hrsg. und übersetzt von Christian Riechers mit einem Vorwort von Wolfgang Abendroth. Frankfurt am Main.
- Greiffenhagen, Martin (1972a): Der Totalitarismusbegriff in der Regimelehre. In: Greiffenhagen et al. (1972b), S.23-59.
- Greiffenhagen, Martin und Reinhard Kühnl, Johann Baptist Müller (1972b): Totalitarismus. Zur Problematik eines politischen Begriffs. München.
- Greiffenhagen, Martin und Sylvia (1979): Ein schwieriges Vaterland. Zur politischen Kultur Deutschlands. Frankfurt am Main.
- Griewank, Karl (1955/69): Der neuzeitliche Revolutionsbegriff. Entstehung und Geschichte. Aus dem Nachlaß herausgegeben von Ingeborg Horn-Staiger. Mit einem Nachwort von Hermann Heimpel. Frankfurt am Main 1973 (= suhrkamp taschenbuch, 52).
- Griewank, Karl (1972): Die Französische Revolution 1789-1799. 5. Aufl., Köln, Wien 1973 (= Böhlau-Studien-Bücher. Grundlagen des Studiums).
- Gritzsch, Erich (1938): Hermann Göring. Werk und Mensch. München.
- Grode, Walter (1987): Die „Sonderbehandlung 14f13“ in den Konzentrationslagern des Dritten Reiches. Ein Beitrag zur Dynamik faschistischer Vernichtungspolitik. Frankfurt am Main (= Europäische Hochschulschriften, Reihe 21: Politische Wissenschaften, Band 100).
- Groeben, Norbert (1990): Wie war es möglich? Zur psychologischen Erklärbarkeit von Menschenversuchen im „Dritten Reich“. In: Hohendorf/Magull-Seltenreich, S.203-228.
- Grosser, Alfred (1977): Geschichte Deutschlands seit 1945. Eine Bilanz. 5. Aufl., München 1977 (= dtv 1007).
- Gruchmann, Lothar (1988): Justiz im Dritten Reich 1933-1940: Anpassung und Unterwerfung in der Ära Gürtner. München, Oldenburg (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Band 28).
- (Grüne): Die Grünen (Hg.) (1986): Wider die Entsorgung der deutschen Geschichte. Streitschrift gegen die geplanten historischen Museen in Berlin (W) und Bonn. Bonn. Grundlagen einer deutschen Opposition. In: *Der Ruf* 1, H.8 (1946) 1-2.
- Guardini, Romano (1952): Verantwortung. Gedanken zur jüdischen Frage. Eine Universitätsrede. In: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 3 (1952) 449-461.
- Günther, Hans F.K. (1927): Der Nordische Gedanke unter den Deutschen. 2. Aufl., München, Berlin 1927.
- Günther, Maria (1982): Die Institutionalisierung der Rassenhygiene an den deutschen Hochschulen vor 1933. Med. Diss. Mainz.
- Gütt, Arthur und Ernst Rüdiger, Falk Ruttke (1934): Zur Verhütung erbkranken Nachwuchses. Gesetz und Erläuterungen. 2. Aufl., München 1936.
- Haasis, Helmut G. (1984): Spuren der Besiegten. Band 2: Von den Erhebungen gegen den Absolutismus bis zu den republikanischen Freischärlern 1848/49. Reinbek.
- Habermas, Jürgen (1971): „Die deutschen Mandarine“. In: ders. (1981/91), S.458-468.
- Habermas, Jürgen (1974): Können komplexe Gesellschaften eine vernünftige Identität ausbilden? Rede aus Anlaß der Verleihung des Hegel-Preises. In: Jürgen Habermas und Dieter Heinrich, Zwei Reden. Aus Anlaß der Verleihung des Hegel-Preises 1973 der Stadt Stuttgart an Jürgen Habermas am 19. Januar 1974. Frankfurt am Main.
- Habermas, Jürgen (Hg.) (1979): Stichwort zur „Geistigen Situation“ der Zeit. Band 1: Nation und Republik. Frankfurt am Main.

- Habermas, Jürgen (1981/91): Philosophisch-politische Profile. Erweiterte Ausgabe. 2. Aufl., Frankfurt am Main 1991 (= suhrkamp taschenbuch wissenschaft, 659).
- Habermas, Jürgen (1986a): Eine Art Schadensabwicklung. Die apologetischen Tendenzen in der deutschen Zeitgeschichtsschreibung. In: Historikerstreit (1987), S.62-76.
- Habermas, Jürgen (1986b): Vom öffentlichen Gebrauch der Historie. Das offizielle Selbstverständnis der Bundesrepublik bricht auf. In: Historikerstreit (1987), S.243-255.
- Habermas, Jürgen (1986c): Leserbrief an die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 11. August 1986. In: Historikerstreit (1987), S.95-97.
- Habermas, Jürgen (1987a): Eine Art Schadensabwicklung. Kleine Politische Schriften VI. Frankfurt am Main (= suhrkamp taschenbuch wissenschaft, 1453).
- Habermas, Jürgen (1987b): Geschichtsbewußtsein und posttraditionale Identität. Die Westorientierung der Bundesrepublik. In: ders. (1987a), S.161-179.
- Habermas, Jürgen (1987c): Verpflichtende Melancholie. Geschichtsbewußtsein und posttraditionale Identität. Zur Westorientierung der Bundesrepublik. In: *Frankfurter Rundschau* v. 16.5.1987, S. ZB 3.
- Habermas, Jürgen (1989): Grenzen des Neohistorismus. Interview mit J.M. Ferry. In: ders. (1990a), S.149-156.
- Habermas, Jürgen (1990a): Die nachholende Revolution. Kleine Politische Schriften VII. Frankfurt am Main 1990 (= edition suhrkamp. Neue Folge Band 633).
- Habermas, Jürgen (1990b): Nachholende Revolution und linker Revisionsbedarf. Was heißt Sozialismus heute? In: ders. (1990a), S.179-204.
- Habermas, Jürgen (1990c): Nochmals: Zur Identität der Deutschen. Ein einzig Volk von aufgebrachtten Wirtschaftsbürgern? In: ders. (1990a), S.205-224.
- Habermas, Jürgen (1993): „Das deutsche Sonderbewußtsein regeneriert sich von Stunde zu Stunde“. Ein Gespräch mit Jürgen Habermas über Rechtsphilosophie, Öffentlichkeit und das „Neue Deutschland“. In: *Frankfurter Rundschau* v. 12.6.1993, S. ZB 3.
- Hachez-Ulma, E. (1934): Biologischer Arzt und Sport. In: *Volks-Gesundheits-Wacht*. Zeitschrift des Sachverständigenbeirates für Volksgesundheit bei der Reichsleitung der N.S.D.A.P. München. H.11 (1934) 4-6.
- Haeckel, Ernst (1879): Natürliche Schöpfungsgeschichte. Gemeinverständliche wissenschaftliche Vorträge über die Entwicklungslehre. Erster Theil: Allgemeine Entwicklungs-Lehre. (Transformismus und Darwinismus).
- Zweiter Theil: Allgemeine Stammes-Geschichte. (Phylogenie und Anthropogenie). 10. Aufl., Berlin 1902.
- Haeckel, Ernst (1899): Die Welträthsel. Gemeinverständliche Studien über Monistische Philosophie von Ernst Haeckel. Mit einem Nachwort: Das Glaubensbekenntnis der Reinen Vernunft. Bonn 1903.
- Haeckel, Ernst (1906): Monismus und Naturgesetz. Brackwede (= Flugschriften des deutschen Monistenbundes).
- Haeckel, Ernst (1909): Charles Darwin als Anthropologe. Separat-Abdruck aus „Neue Weltanschauung“ 1909, S.366-377.
- Hänel, Wolfgang (1984): Hermann Rauschnings „Gespräche mit Hitler“ - Eine Geschichtsfälschung. Ingolstadt (= Veröffentlichung der Zeitgeschichtlichen Forschungsstätte Ingolstadt, 7.Bd. ).
- Hafner, Karl Heinz und Rolf Winau (1974): „Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens“. Eine Untersuchung zu der Schrift von Karl Binding und Alfred Hoche. In: *Medizinhistorisches Journal* 9 (1974) 227-254.
- Hagener, Caesar (1963): Geschichte unserer Welt. Band 3. Von 1890 bis zur Gegenwart. Braunschweig (Westermann-Verlag).

- Halder, Generaloberst (1963): Kriegstagebuch. Tägliche Aufzeichnungen des Chefs des Generalstabes des Heeres 1939-1942. Band 2: Von der geplanten Landung in England bis zum Beginn des Ostfeldzuges. Bearbeitet v. Hans-Adolf Jacobsen, Stuttgart.
- Hamburger Institut für Sozialforschung (Hg.) (1987): Die Auschwitz Hefte. Texte der polnischen Zeitschrift "Przeład Lekarski" über historische, psychologische und medizinische Aspekte des Lebens und Sterbens in Auschwitz. Aus dem Polnischen übersetzt von Jochen August. Textredaktion: Jochen August. Band 1-2. Weinheim, Basel.
- Hammerstein, Notker (1989): Die Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main. Von der Stiftungsuniversität zur staatlichen Hochschule. Band 1: 1914 bis 1950. Frankfurt am Main.
- Hardtwig, Wolfgang (1990): Geschichtskultur und Wissenschaft. München (= dtv 4539).
- Harnisch, Hartmut (1977): Die kapitalistische Agrarreform. Ihre Bedeutung für die Herausbildung des inneren Marktes und die industrielle Revolution in den östlichen Provinzen Preußens in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. In: Vogel (Hg.) (1980), S.111-131.
- (Hauptkriegsverbrecher): Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem internationalen Militärgerichtshof. Band 1-42, Nürnberg 1947-1949.
- Heiber, Helmut (1958): Der Generalplan Ost. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* (1958) 281-325.
- Heiber, Helmut (Hg.) (1962): Hitlers Lagebesprechungen. Die Protokollfragmente seiner militärischen Konferenzen 1942-1945. Stuttgart.
- Heinemann, Gustav (1977): Es gibt schwierige Vaterländer. Reden und Aufsätze 1919-1969. Hrsg. v. H. Lindemann. Frankfurt am Main.
- Heinrich, Otto und Reinhard Schantz (1968): Deutsche Geschichte im europäischen Zusammenhang. 4. Aufl., Frankfurt am Main.
- Heinrich, Werner Lothar (1980): Richard Walther Darré und der Hegehofgedanke. Med.dent. Diss. Mainz.
- Helmchen, Hanfried und Rolf Winau (Hg.) (1986): Versuche mit Menschen in Medizin, Humanwissenschaft und Politik. Berlin, New York.
- Helmdach, Erich (1983): Überfall? Der sowjetisch-deutsche Aufmarsch 1941. 7. Aufl., Berg am See 1983.
- Hennig, Eike (1988): Zum Historikerstreit. Was heißt und zu welchem Ende studiert man Faschismus? Frankfurt am Main.
- Henning, Kai und Josef Kestler (1985): Die Rechtsstellung der Juden. In: Böckenförde (Hg.) (1985), S.191-211.
- Herbert, Ulrich (1985): Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländereinsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches. Berlin u.a.
- Herbert, Ulrich (1986): Von Auschwitz nach Essen. Die Geschichte des KZ-Außenlagers Humboldtstraße. In: *Dadauer Hefte* 2 (1986) 13-34.
- Herbert, Ulrich (1987): Arbeit und Vernichtung. Ökonomisches Interesse und Primat der „Weltanschauung“. In: Diner (Hg.) (1987a), S.198-236.
- Hertz, Friedrich (1925): Rasse und Kultur. Eine kritische Untersuchung der Rassen-theorien. 3. Aufl., Leipzig 1925.
- Herzka, H.S. und A. von Schumacher, S. Tyrangiel (1989): Die Kinder der Verfolgten. Die Nachkommen der Naziopfer und Flüchtlingskinder heute. Göttingen (= Beiheft zur Praxis der Kinderpsychologie und Kinderpsychiatrie, Nr.29).
- Hess, Arnold (1961): Vernichtung lebensunwerten Lebens. In: *Ärztliche Mitteilungen/Deutsches Ärzteblatt* 46 (1961) 1057-1058.

- Hilberg, Raul (1964): Die Vernichtung der europäischen Juden. Die Gesamtgeschichte des Holocaust. Berlin 1982.
- Hilberg, Raul (1987): Sonderzüge nach Auschwitz. Übersetzt von Gisela Schleicher. Geringfügig veränderte Fassung der deutschen Erstausgabe. Frankfurt am Main, Berlin (= Ullstein-Buch, Nr.33085).
- Hildebrand, Klaus (1971): Deutsche Außenpolitik 1933-1945. Kalkül oder Dogma? Stuttgart.
- Hildebrand, Klaus (1979): Das Dritte Reich. 2. Aufl., München 1980 (= Oldenbourg-Grundriß der Geschichte, Band 17).
- Hildebrand, Klaus (1980): Monokratie oder Polykratie? Hitlers Herrschaft und das Dritte Reich. In: Gerhard Hirschfeld und Lothar Kettenacker.(Hg.), Der 'Führerstaat': Mythos und Realität. Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches. The 'Führer State': Myth and Reality. Studies on the Structure and Politik of the Third Reich. Stuttgart 1980 (Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London, Band 8).
- Hildebrand, Klaus (1984): Deutscher Sonderweg und „Drittes Reich“. Betrachtungen über ein Grundproblem der deutschen und europäischen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert. In: Michalka (Hg.) (1984), S.386-394.
- Hildebrand, Klaus (1986a): Das Zeitalter der Tyrannen. Geschichte und Politik: Die Verwalter der Aufklärung, das Risiko der Wissenschaft und die Geborgenheit der Weltanschauung. Eine Entgegnung auf Jürgen Habermas. In: Historikerstreit (1987), S.84-92.
- Hildebrand, Klaus (1986b): Wer dem Abgrund enttrinnen will, muß ihn aufs genaueste ausloten. Ist die neue deutsche Geschichtsschreibung revisionistisch? In: Historikerstreit (1987), S.281-292.
- Hildebrand, Klaus (Hg.) (1987): Wem gehört die deutsche Geschichte? Deutschlands Weg vom alten Europa in die europäische Moderne. Symposium. Köln (= Veröffentlichungen der Hanns Martin Schleyer-Stiftung).
- Hillgruber, Andreas (1965): Hitlers Strategie, Politik und Kriegführung. Frankfurt am Main.
- Hillgruber, Andreas (1972): Der Zweite Weltkrieg. In: Dietrich Geyer (Hg.), Sowjetunion, Außenpolitik 1917-1955. Osteuropa Handbuch. Köln, Wien 1972, S.232-311.
- Hillgruber, Andreas (1976): Die „Endlösung“ und das deutsche Ostimperium als Kernstück des rassenideologischen Programms des Nationalsozialismus. In: Funke (Hg.) (1976), S.94-114.
- Hillgruber, Andreas (1977): Deutsche Großmacht- und Weltpolitik im 19. und 20. Jahrhundert. Düsseldorf.
- Hillgruber, Andreas (1979): Sowjetische Außenpolitik im Zweiten Weltkrieg. Königstein/Ts.
- Hillgruber, Andreas (1980): Der Hitler-Stalin-Pakt und die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges. In: Hillgruber/Hildebrand (1980), S.7-34.
- Hillgruber, Andreas (1981): Imperialismus und Rassendoktrin als Kernstück der NS-Ideologie. In: Leo Haupts, Georg Mölich (Hg.), Strukturelemente des Nationalsozialismus. Köln 1981, S.11-36 (= Geschichte in Köln, Sonderheft 1).
- Hillgruber, Andreas (1982a): Der Zweite Weltkrieg, Kriegsziele und Strategie der großen Mächte. 2. Aufl., Stuttgart 1983.
- Hillgruber, Andreas (1982b): Noch einmal: Hitlers Wendung gegen die Sowjetunion 1940. In: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 33 (1982) 214-226.

- Hillgruber, Andreas (1986a): Zweierlei Untergang. Die Zerschlagung des Deutschen Reiches und das Ende des europäischen Judentums. 2. Aufl., Eppstein/Ts. 1986.
- Hillgruber, Andreas (1986b): Für die Forschung gibt es kein Frageverbot. In: Historikerstreit (1987), S.232-242.
- Hillgruber, Andreas (1986c): Jürgen Habermas, Karl-Heinz Janßen und die Aufklärung Anno 1986. In: Historikerstreit (1987), S.331-351.
- Hillgruber, Andreas (1988): Politische Geschichte in moderner Sicht. In: ders., Die Zerstörung Europas. Beiträge zur Weltkriegsepoche 1914 bis 1915. 2. Aufl., Frankfurt am Main 1988, S.14-31.
- Hillgruber, Andreas und Klaus Hildebrand (1980): Kalkül zwischen Macht und Ideologie. Der Hitler-Stalin-Pakt: Parallelen bis heute? Zürich (= Texte + [und] Thesen; 125: Sachgebiet Politik).
- Hintze, Otto (1916): Die Hohenzollern und ihr Werk. 8. Aufl., Berlin 1916.
- Hintze, Otto (1970): Feudalismus-Kapitalismus. Hrsg. von Gerhard Oestreich. Göttingen 1970 (= Kleine Vandenhoeck-Reihe, 313 S).
- Hirsch, Kurt (1989): Rechts von der Nation. Personen, Organisationen, Parteien seit 1945. Ein Lexikon. München.
- Historikerstreit (1987): „Historikerstreit“. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung. 5. Aufl., München, Zürich 1987 (= Serie Piper, Band 816).
- Hitler, Adolf (1944): Mein Kampf (1925/27). 1027.-1031. Aufl., München, Wien 1944.
- Hitler, Adolf (1928): Hitlers Zweites Buch. Ein Dokument aus dem Jahre 1928. Hrsg. v. Gerhard L. Weinberg. Stuttgart 1961.
- Hoche, Alfred Erich (1934): Jahresringe. Innenansicht eines Menschenlebens. München 1950.
- Hoche, Alfred Erich (1935): Aus der Werkstatt. München.
- Höß, Rudolf (1947): Kommandant in Auschwitz. Autobiographische Aufzeichnungen. Hrsg. von Martin Broszat. 4. Aufl., München 1978 (= dtv 2908).
- Hofer, Walter (Hg.) (1957): Der Nationalsozialismus. Dokumente 1933-1945. Frankfurt am Main 1982 (= Fischer Taschenbuch 6084).
- Hofmann, Hilmar (Hg.) (1987): Gegen den Versuch, Vergangenheit zu verbiegen. Eine Diskussion um politische Kultur aus Anlaß der Frankfurter Römerberggespräche 1986. Frankfurt am Main.
- Hoffmann, Geza von (1916): Krieg und Rassenhygiene. Die bevölkerungspolitischen Aufgaben nach dem Kriege. München.
- Hoffmann, Joachim (1983a): Die Sowjetunion bis zum Vorabend des deutschen Angriffs. In: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hg.), Band 4: Der Angriff auf die Sowjetunion. Stuttgart 1983, S.38-97.
- Hoffmann, Joachim (1983b): Die Kriegführung aus der Sicht der Sowjetunion. In: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hg.), Band 4: Der Angriff auf die Sowjetunion. Stuttgart 1983, S.713-809.
- Hoffmann, Peter (1969): „Widerstand, Staatsstreich, Attentat“. Der Kampf der Opposition gegen Hitler. 2. Aufl., München 1979.
- Hoffmann, Peter (1982): „Generaloberst Becks militärpolitisches Denken“. In: *Historische Zeitschrift* 234 (1982) 101-121.
- Hoffmann, Waldemar und Rudolf Brückner (Hg.) (1956): Einst und Jetzt. Geschichtsdarstellung vom Altertum bis zur Gegenwart. Frankfurt am Main (Moritz-Diesterweg Verlag).

- Hohendorf, Gerrit und Achim Magull-Seltenreich (Hg.) (1990): Von der Heilkunde zur Massentötung. Medizin im Nationalsozialismus. Heidelberg.
- Hohmann, Joachim S. (1986): „Sein Tod bedeutet Erlösung für ihn ...“. Der nationalsozialistischen „Euthanasie“ fielen Zehntausende zum Opfer. In: *Tribüne* 25, H.99 (1986) 95-114.
- Homann, Ursula (1987): Ein Ende ist noch nicht abzusehen. Historikerstreit: Chronologie - Fragen und Probleme. In: *Tribüne* 26, H.102 (1987) 103-124.
- Honolka, Harro (1987): Schwarzrotgrün. Die Bundesrepublik auf der Suche nach ihrer Identität. München.
- Hubatsch, Walter (Hg.) (1963): Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht (Wehrmachtführungsstab). Band 1: 1. Januar 1943 - 31. Dezember 1943. Erster Halbband. Frankfurt am Main.
- Huber, Ernst Rudolf (1957): Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789. Band 1: Reform und Restauration 1789-1830. Stuttgart.
- Huber, Ernst Rudolf (1960): Der Kampf um Einheit und Freiheit 1830-1850. Band 2. Stuttgart.
- Huber, Hans (1971): Rechtstheorie. Verfassungsrecht. Völkerrecht. Ausgewählte Aufsätze 1950-1970. Hrsg. von Kurt Eichenberger, Richard Bäuml und Jörg P. Müller. Bern.
- Hüttenberger, Peter (1976): Nationalsozialistische Polykratie. In: *Geschichte und Gesellschaft* 2 (1976) 417-447.
- Huster, Ernst-Ulrich und Gerhard Kraiker et al. (Autorenkollektiv) (1972): Determinanten der westdeutschen Restauration 1945-1949. Frankfurt am Main.
- Irving, David (1979): Hitlers Weg zum Krieg. München, Berlin.
- Jäckel, Eberhard (1969): Hitlers Weltanschauung. Entwurf einer Herrschaft. 2. Aufl., Stuttgart 1983.
- Jäckel, Eberhard (1986a): Hitlers Herrschaft. Stuttgart.
- Jäckel, Eberhard (1986b): Die elende Praxis der Untersteller. Das Einmalige der nationalsozialistischen Verbrechen läßt sich nicht leugnen. In: Historikerstreit (1987), S.115-122.
- Jäckel, Eberhard (1987): Die Deutschen und ihre Geschichte. In: ders. (1989), S.77-92.
- Jäckel, Eberhard (1989): Umgang mit Vergangenheit. Beiträge zur Geschichte. Hrsg. von Andreas Gestrich, Axel Kuhn und Johannes Voigt. Stuttgart.
- Jäckle, Renate (1988): Die Ärzte und die Politik: 1930 bis heute. München (= Beck'sche Reihe 361).
- Jacobsen, Hans-Adolf (1965): Kommissarbefehl und Massenexekutionen sowjetischer Kriegsgefangener. In: Martin Broszat, Hans-Adolf Jacobsen, Helmut Krausnick (Hg.), Konzentrationslager, Kommissarbefehl, Judenverfolgung. Olten, Freiburg i.Br. 1965, S.163-279 (= Walter-Dokumente Drittes Reich) (= Anatomie des SS-Staates, Band 2).
- James, Harold (1991): Deutsche Identität 1770-1990. Aus dem Englischen von Wolfriedrich Müller. Frankfurt am Main, New York.
- James, Harold (1993): Vom Historikerstreit zum Historikerschweigen. Die Wiedergeburt des Nationalstaates. Aus dem Englischen von Klaus Kochmann. Berlin (= Corso bei Siedler).
- Jaroszewski, Zdzislaw (Red.) (1994): Die Ermordung der Geisteskranken in Polen 1939-1945. Sammelarbeit. Gütersloh.
- Jaspers, Karl (1945): Erneuerung der Universität. In: ders., Erneuerung der Universität. Reden und Schriften 1945/46. Mit einem Nachwort von Renato de Rosa: Politische

- Akzente im Leben eines Philosophen. Karl Jaspers in Heidelberg 1901-1946. Heidelberg 1986, S.93-105 (= Lambert Schneider taschenbücher).
- Jaspers, Karl (1946): Die Schuldfrage. Zur politischen Haftung Deutschlands. München, Zürich 1987 (= Serie Piper, Band 698).
- Jaspers, Karl (1964): Wohin treibt die Bundesrepublik. Tatsachen - Gefahren - Chancen. 10. Aufl., München 1988.
- Jeismann, Karl-Ernst (1986): „Identität“ statt „Emanzipation“. Zum Geschichtsbewußtsein in der Bundesrepublik. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B20/21 (1986) 3-16.
- Jeschek, Hans-Heinrich (1978): Lehrbuch des Strafrechts. Allgemeiner Teil. 3. Aufl., Berlin 1978.
- Jochheim, K.A. (1948): Zur Frage der Wiedereinsetzung der Erbgesundheitsgerichte. In: *Hamburger Ärzteblatt* 1 (1948) 121-125.
- Josephus, Flavius: De bello Judaico. Der Jüdische Krieg. Griechisch und Deutsch. Hrsg. und eingeleitet von Otto Michel und Otto Bauernfeind. München 1962.
- Jost, Adolf (1895): Das Recht auf den Tod. Sociale Studie. Göttingen.
- Kahn, David (1978): Hitler's Spies. Germany Military Intelligence in World War II. London, Sydney u.a.
- Kaiser, Eugen (Hg.) (1968): Grundzüge der Geschichte. Von 1890 bis zur Gegenwart. Mittelstufe an Gymnasien. Band 4. Frankfurt am Main u.a. (Moritz-Diesterweg Verlag).
- Kaltenbrunner, Gerd-Klaus (1986): Angst vor einem Raubtier, das absolut tot ist. Streit um die deutsche Geschichte: Eine Antwort an den Politologen Kurt Sontheimer. In: *Rheinischer Merkur/Christ und Welt* v. 12.12.1986, S.19.
- Kampe, Norbert (1987): Normalizing the Holocaust? The Recent 'Historians' Debate in the Federal Republic of Germany. In: *Holocaust and Genocide Studies* 2 (1987) 61-80.
- Kantorowicz, Hermann (1967): Gutachten zur Kriegsschuldfrage 1914. Aus dem Nachlaß herausgegeben und eingeleitet von Imanuel Geiss. Mit einem Geleitwort von Gustav W. Heinemann. Frankfurt am Main.
- Kästner, Harald (1979): Zur Behandlung des Nationalsozialismus im Unterricht. In: *Tribüne* 18, H.71 (1979) 36-42.
- Kater, Hermann (Hg.) (1968): Politiker und Ärzte. 600 Kurzbiographien und Porträts. 3. Aufl., Hameln.
- Kater, Michael H. (1979): Hitlerjugend und Schule im Dritten Reich. In: *Historische Zeitschrift* 228 (1979) 572-623.
- Kater, Michael H. (1987): Medizin und Mediziner im Dritten Reich. Eine Bestandsaufnahme. In: *Historische Zeitschrift* 244 (1987) 299-352.
- Kater, Michael H. (1989): Doctors under Hitler. Chapel Hill, London.
- Kepinski, Antoni (1970): Das sogenannte KZ-Syndrom. Versuch einer Synthese. In: Hamburger Institut für Sozialforschung (1987), Bd. 1, S.7-13.
- Kernberg, Otto F. (1975): Borderline-Störungen und pathologischer Narzißmus. Übersetzt von Hermann Schultz. 5. Aufl., Frankfurt am Main 1990.
- Kershaw, Ian (1988): Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick. Aus dem Englischen von Jürgen Peter Krause. Reinbek bei Hamburg.
- Kirchner, Bettine (1986): Alfred Erich Hoche (1865-1943). Versuch einer Analyse seiner Psychiatrischen Krankheitslehre. Med. Diss. Freiburg.
- Klausmeier, Friedrich (1952): Zur Methodik des Geschichtsunterrichts. In: *Gedichte in Wissenschaft und Unterricht* 3 (1952) 548-557.



- Klee, Ernst (1983): „Euthanasie“ im NS-Staat. Die „Vernichtung lebensunwerten Lebens“. Frankfurt am Main 1985 (= Fischer Taschenbücher 4326).
- Klee, Ernst (Hg.) (1985): Dokumente zur „Euthanasie“. Frankfurt am Main (= Fischer Taschenbücher 4327).
- Klee, Ernst (1986): Was sie taten - was sie wurden. Ärzte, Juristen und andere Beteiligte am Kranken- oder Judenmord. Frankfurt am Main (= Fischer Taschenbücher 4364).
- Klee, Ernst (1989): Von der „T4“ zur Judenvernichtung. Die „Aktion Reinhard“ in den Vernichtungslagern Belzec, Sobibor und Treblinka. In: Aly (Hg.) (1989a), S.147-152.
- Klee, Karl (1958): Das Unternehmen „Seelöwe“. Göttingen.
- Kleßmann, Christoph und Falk Pingel (Hg.) (1980): Gegner des Nationalsozialismus. Wissenschaftler und Widerstandskämpfer auf der Suche nach historischer Wirklichkeit. Frankfurt am Main, New York.
- Kleßmann, Christoph (1987): Geschichtsbewußtsein nach 1945: Ein neuer Anfang? In: Weidenfeld (Hg.) (1987), S.111-135.
- Klein, Ernst (1956): Preußens 30-Millionen-Anleihe in London vom 31. März 1818. In: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 4 (1956) 568-586.
- Klüver, Max (1981): Präventivschlag 1941. Zur Vorgeschichte des Rußland-Feldzuges. 2. Aufl., Leoni am Starnberger See.
- Klönne, Arno (1984): Zurück zur Nation? Kontroversen zu deutschen Fragen. Köln.
- Klodzinski, Stanislaw (1989): Die „Aktion 14 f 13“. Der Transport von 575 Häftlingen von Auschwitz in das „Sanatorium Dresden“. In: Aly (Hg.) (1989a), S.136-146.
- Kluxen-Pyta, Donata (1990): Verfassungspatriotismus und nationale Identität. In: *Zeitschrift für Politik* 37, H.2 (1990) 117-133.
- Koch, Friedrich (1947): Zum Nürnberger Ärzteprozeß. In: *Südwestdeutsches Ärzteblatt* 2, H.1 (1947) 10-11. Auch in: *Bayerisches Ärzteblatt* 2 (1947) 4-5.
- Koch, Hans Joachim W. (1973): Der Sozialdarwinismus. Seine Genese und sein Einfluß auf das imperialistische Denken. München.
- Kocka, Jürgen (1974): Preußischer Staat und Modernisierung im Vormärz. Marxistisch-leninistische Interpretationen und ihre Probleme. In: Vogel (Hg.) (1980), S.49-65.
- Kogon, Eugen (1946): Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager. München 1974.
- Kogon, Eugen und Hermann Langbein, Adalbert Rückerl (Hg.) (1983): Nationalsozialistische Massentötungen durch Giftgas. Eine Dokumentation. Frankfurt am Main.
- Kohn, Hans (1950): Die Idee des Nationalismus. Ursprung und Geschichte bis zur Französischen Revolution. Übersetzt von Günther Nast-Kolb. Heidelberg.
- Körner, Hermann (1952): Die Aufgabe des Geschichtsunterrichts in der Oberstufe. In: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 3 (1952) 157-168.
- Konferenz der Kultusminister (Hg.) (1956): „Ostkunde an Schulen und Hochschulen. Empfehlungen der Konferenz der Kultusminister 13.Dezember 1956“.
- Kopelew, Lew (1979): Und schuf mir einen Götzen. Lehrjahre eines Kommunisten. Aus dem Russischen von Hedy Pross-Weerth und Heinz-Dieter Mendel. 2. Aufl., München 1981.
- Korte, Karl Rudolf (1987): Erinnerungsspuren: Das neue Gesellschaftsbewußtsein. In: Weidenfeldt (Hg.) (1987), S.65-79.
- Koselleck, Reinhart (1975a): Preußen zwischen Reform und Revolution. Allgemeines Landrecht, Verwaltung und soziale Bewegung von 1791 bis 1848. 2. Aufl., Stuttgart 1975.
- Koselleck, Reinhart (1975b): Adel und eximiertes Bürgertum. Die höheren Stände in Preußen um 1800. In: Vogel (Hg.) (1980), S.168-187.

- Koselleck, Reinhart (1989): Sprachwandel und Ereignisgeschichte. In: *Markur* 43 (1989) 657-673.
- Kosiek, Rolf (1987): Historikerstreit und Geschichtsrevision. Tübingen.
- Kowalsky, Werner (1962): Vorgeschichte und Entstehung des Bundes der Gerechten. Berlin (Ost).
- Kowalsky, Wolfgang (1990): Die Vergangenheit als Crux der Linken. Zur Auseinandersetzung um „antifaschistische“ Strategien und die „nationale Frage“. In: Backes et al. (Hg.) (1990), S.595-613.
- (Krankheit): Die deutsche Krankheit. In: *Der Ruf* 2, H.16 (1947) 1-2.
- Kranz, Heinrich Wilhelm (1939): Zur Entwicklung der rassenhygienischen Institute an unseren Hochschulen. In: *Ziel und Weg* H.9 (1939) 286-290.
- Krause-Ablaß, Wolf-Dietrich (1970): Intertemporales Völkerrecht. Der zeitliche Anwendungsbereich von Völkerrechtsnormen. Hamburg.
- Krausnick, Helmut und Hans-Heinrich Wilhelm (1981): Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938-1942. Stuttgart.
- Krüger, Heinz-Hermann (1987): Jugend und Jugendopposition im Dritten Reich. In: Kurt-Ingo Flessau, Elke Nyssen, Günter Pätzold (Hg.), Erziehung im Nationalsozialismus: „... und sie werden nicht mehr frei ihr ganzes Leben!“. Köln, Wien 1987, S.9-22.
- Kube, Alfred (1986): Pour le mérite und Hakenkreuz. Hermann Göring im Dritten Reich. München.
- Kuhn, Axel (1970): Hitlers außenpolitisches Programm, Entstehung und Entwicklung 1919-1939. Stuttgart (= Stuttgarter Beiträge zur Geschichte und Politik, Band 5).
- Kuhn, Axel (1976): Das nationalsozialistische Deutschland und die Sowjetunion. In: Funke (Hg.) (1976), S.639-653.
- Kühnl, Reinhard (1972): Zur politischen Funktion der Totalitarismustheorien in der BRD. In: Greiffenhagen et al. (Hg.) (1972), S.7-21.
- Kühnl, Reinhard (1979a): Faschismustheorien. Texte zur Faschismuskonferenz 2. Ein Leitfaden. Reinbek bei Hamburg.
- Kühnl, Reinhard (1979b): Faschismus - phänomenologisch (E. Nolte). In: ders. (1979a), S.133-151.
- Kulka, Otto Dov (1987): Der Umgang des Historikers Ernst Nolte mit Briefen aus Israel. In: *Frankfurter Rundschau* v. 10.11.1987, S.10.
- Kultusministerkonferenz (1962): Empfehlungen zur Gestaltung der Lehrbücher für den Unterricht in neuester Geschichte und Zeitgeschichte. Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 5.7.1962. Nr. IV 490/490 Abs.5, S.1-2.
- Kunze, Karl und Heinz Oberländer (1976): Grundwissen Deutsche Literatur. Stuttgart.
- Landeswohlfahrtsverband Hessen (Hg.) (1985): Mensch - achte den Menschen. Frühe Texte über die Euthanasieverbrechen der Nationalsozialisten in Hessen. Gedenkstätten für die Opfer. Eine Dokumentation des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen. Kassel.
- Lang, Jochen von (1982): Das Eichmann Protokoll. Tonbandaufzeichnungen der israelischen Verhöre. Mit 66 faksimilierten Dokumenten. Nachwort von Avner W. Less. Mitarbeit Claus Sibyll. Berlin.
- Langbein, Hermann (Hg.) (1965): Der Auschwitz-Prozeß. Eine Dokumentation in zwei Bänden. Frankfurt am Main.
- Langbein, Hermann (1980): Menschen in Auschwitz. Frankfurt am Main.
- Langbein, Hermann (1986): Arbeit im KZ-System. In: *Dadauer Hefte* H.2 (1986) 3-12.

- Lauermann, Manfred (1991): Bernard Willms (7.7.1931-27.2.1991). In: *Criticon* 124 (1991) 71-72.
- Leibbrand, Werner (Hg.) (1946a): Um die Menschenrechte der Geisteskranken. Nürnberg.
- Leibbrand, Werner (1946b): Einleitung. Der Irrenarzt und die jüngste Vergangenheit. In: ders. (1946a), S.3-6.
- Leibbrand, Werner (1946c): Voraussetzungen und Folgen der sogenannten „Euthanasie“. In: ders. (1946a), S.10-17.
- Leibfried, Stephan und Florian Tennstedt (1980): Berufsverbote und Sozialpolitik 1933. Die Auswirkungen der nationalsozialistischen Machtergreifung auf die Krankenkassenverwaltung und die Kassenärzte. Analyse, Materialien zu Angriff und Selbsthilfe, Erinnerungen. 3. Aufl., Bremen 1981 (= Arbeitspapiere des Forschungsschwerpunktes Reproduktionsrisiken, soziale Bewegungen und Sozialpolitik der Universität Bremen, Nr.2).
- Leipert, Matthias und Rudolf Styrnal, Winfried Schwarzer (Hg.) (1987): Verlegt nach unbekannt. Sterilisation und Euthanasie in Galkhausen 1933-1945. 2. Aufl., Köln 1987 (= Rheinprovinz. Dokumente und Darstellungen zur Geschichte der rheinischen Provinzialverwaltung und des Landschaftsverbandes Rheinland, 1).
- Leipert, Matthias (1991): „Euthanasie“ und „Widerstand“ von Ärzten in der Rheinprovinz 1939-1945. In: Seidel/Werner (1991), S.110-124.
- Lemberg, Eugen (1956): Thesen für ein Gutachten: Der deutsche Osten im Unterricht und Erziehung. In: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 7 (1956) 259-266.
- Lenk, Kurt (1990): Neokonservative Positionen im „Historikerstreit“ oder wie Täter zu Opfern werden. In: Donat/Wieland (Hg.) (1991), S.57-65.
- Lenz, Fritz (1924): Erblichkeitslehre und Rassenhygiene (Eugenik). In: Josef Halban und Ludwig Seitz (Hg.). Biologie und Pathologie des Weibes. Ein Handbuch der Frauenheilkunde und Geburtshilfe. Band 1. Berlin, Wien, S.803-868.
- Lenz, Fritz (1941): Über Wege und Irrwege rassenkundlicher Untersuchungen. In: *Zeitschrift für Morphologie und Anthropologie, Erb- und Rassenbiologie* 39 (1941) 385-413.
- Lenz, Fritz (1943): Noch einmal die Irrwege bei rassenkundlichen Untersuchungen. In: *Zeitschrift für Morphologie und Anthropologie, Erb- und Rassenbiologie* 15 (1943) 185-187.
- Lenz, Fritz (1944): Eugen Fischers Lebenswerk. In: *Münchener Medizinische Wochenschrift* 91 (1944) 389-390.
- Lifton, Robert Jay (1986): Ärzte im Dritten Reich. Stuttgart 1988.
- Lifton, Robert Jay (1989): Ärzte im Dritten Reich. Alexander Mitscherlich zum 80. Geburtstag. Mit einer Einführung von Dieter Ohlmeier und einer Begrüßung von Peter Kutter. Frankfurt am Main (= Materialien aus dem Sigmund-Freud-Institut Frankfurt, 8).
- Lifton, Robert Jay und Eric Markusen (1992): Die Psychologie des Völkermordes. Atomkrieg und Holocaust. Aus dem Amerikanischen von Hans Günter Holl. Stuttgart.
- Lilge, Herbert (Hg.) (1967): Deutschland 1945-1963. 19. Aufl., Hannover 1983 (= Edition Zeitgeschehen).
- Lilienthal, Georg (1985): Der „Lebensborn e.V.“ Ein Instrument nationalsozialistischer Rassenpolitik. Stuttgart (= Forschungen zur neueren Medizin- und Biologiegeschichte, Band 1).

- Loewenstein, Bedrich (1989): Zum Streit um den deutschen Sonderweg. In: Despoix (Hg.) (1989) 73-82.
- Lohmann, Hans-Martin (Hg.) (1984): Psychoanalyse und Nationalsozialismus. Beiträge zur Bearbeitung eines unbewältigten Traumas. Frankfurt am Main (= Fischer Taschenbuch 6780).
- Lohmann, Hans-Martin und Lutz Rosenkötter (1982): Psychoanalyse in Hitlerdeutschland. Wie war es wirklich? In: Lohmann (Hg.) (1984), S.54-77. Auch in: *Psyche* 36 (1982) 961-988.
- Lösener, Bernhard (1961): Als Rassereferent im Reichsministerium des Innern. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 9 (1961) 264-313.
- Lübbe, Hermann (1983a): Abschlußvortrag. Der Nationalsozialismus im politischen Bewußtsein der Gegenwart. In: M. Broszat, U. Dübber, W. Hefen et al. (Hg.), Deutschlands Weg in die Diktatur. Internationale Konferenz zur nationalsozialistischen Machtübernahme. Berlin 1983, S.329-349.
- Lübbe, Hermann (1983b): Der Nationalsozialismus im Deutschen Nachkriegsbewußtsein. In: *Historische Zeitschrift* 236 (1983) 579-599.
- Lübbe, Hermann (1987): Historisches Bewußtsein heute. In: Weidenfeldt (Hg.) (1987), S.139-154.
- Lübbe, Hermann (1988): Hermann Lübbe im Gespräch mit Claus Leggewie. „Realitätsferne und deswegen zerrüttende Demokratie-Ideale“. Wie „1968“ ein Stück bundesrepublikanischer Wirklichkeit wurde. In: *Frankfurter Rundschau* v. 13.8.1988, S. ZB 2.
- Lübbe, Hermann (1990): Philosophie. Eine Kolumne. Sind die Toten des totalitären Massenterrors der Herrschaft „konventioneller Moral“ zum Opfer gefallen? In: *Merkur* 44 (1990) 492-496.
- Lübbe, Hermann (1993): Terror. Über die ideologische Rationalität des Völkermords. In: Nipperdey et al. (Hg.) (1993), S.304-311.
- Lukács, Georg (1968): Geschichte und Klassenbewußtsein. Studien über marxistische Dialektik. Neuwied, Berlin 1968.
- Maier, Charles S. (1986): Immoral equivalence. Revising the nazi part for the Kohl era. In: *The New Republic* 195 (1986) 36-41.
- Maier, Charles S. (1992): Die Gegenwart der Vergangenheit. Geschichte und die nationale Identität der Deutschen. Aus dem Englischen von Udo Rennert. Frankfurt am Main, New York.
- Malanowski, Wolfgang (1986): „Vergangenheit, die nicht vergehen will“. In: *Der Spiegel* 39, H.36 (1986) 66-70.
- Mandel, Ernest (1975): „Archipel GULag“ oder die unbewältigte Vergangenheit des Stalinismus. In: Dutschke/Wilke (Hg.) (1975), S.211-226.
- Mann, Gunter (1970): Rassenhygiene-Sozialdarwinismus. In: ders., (Hg.) (1973), S.73-93.
- Mann, Gunter (Hg.) (1973): Biologismus im 19. Jahrhundert. Vorträge eines Symposiums vom 30. bis 31. Oktober 1970 in Frankfurt am Main. Stuttgart (= Studien zur Medizingeschichte des neunzehnten Jahrhunderts, Band 5).
- Mann, Gunter (1978): Neue Wissenschaft im Rezeptionsbereich des Darwinismus: Eugenik-Rassenhygiene. In: *Berichte zur Wissenschaftsgeschichte* 1 (1978) 101-111.
- Mann, Gunter (1988): Biologismus - Vorstufen und Elemente einer Medizin im Nationalsozialismus. In: *Deutsches Ärzteblatt* 85 (1988) 726-731 (Ausgabe C).
- Mann, Reinhard (1980): Was wissen wir vom Widerstand? Datenqualität, Dunkelfeld und Forschungsartefakte. In: Christoph Kleßmann, Falk Pingel (Hg.), Gegner des Na-

- tionalsozialismus. Wissenschaftler und Widerstandskämpfer auf der Suche nach historischer Wirklichkeit. Frankfurt am Main, New York 1980, S.35-54.
- Marquard, Odo und Karl-Heinz Stierle (Hg.) (1979): Identität. München.
- Martens, Stefan (1985): Hermann Göring. „Erster Paladin des Führers“ und „Zweiter Mann im Reich“. Paderborn.
- Martiny, Friedrich (1938): Die Adelsfrage in Preußen vor 1806 als politisches und soziales Problem. Stuttgart.
- Maser, Werner (1971): Adolf Hitler. Legende - Mythos - Wirklichkeit. Köln.
- Mattausch, Rudolf (1956): Die Ostkunde im Unterricht der Mittelstufe der Höheren Schule. In: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 7 (1956) 24-41.
- Mayer, Thomas Michael (1993): Über den Alltag und die Parteiungen des Exils. Anlässlich von Büchners Briefen an Braubach und Geilfus. In: Gillmann et al. (Hg.) (1993), S.41-146.
- Medwedew, Roy (1975): Wo blieb die eine Million verhafteter Kommunisten? Archipel GULag II. In: Dutschke/Wilke (Hg.) (1975), S.226-232.
- Meier, Christian (1987) Vierzig Jahre nach Auschwitz. Deutsche Geschichtserinnerung heute. 2. Aufl., München 1990.
- Meinecke, Friedrich (1908): Werke. Band 5: Weltbürgertum und Nationalstaat. Studien zur Genesis des deutschen Nationalstaats (1908). Hrsg. und eingeleitet von Hans Herzfeld. 2. Aufl., München, Wien 1969.
- Meinecke, Friedrich (1946): Die Deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen. 2. Aufl., Wiesbaden.
- Mellanby, Kenneth (1947): Medical experiments on human beings in concentration camps in Nazi Germany. In: *British Medical Journal* 1947, Vol. 1, 148-150.
- Meltzer, Ewald (1925): Das Problem der Abkürzung „lebensunwerten“ Lebens. Halle.
- Menzel, Ulrich (1991): Das Ende der „Dritten Welt“ und das Scheitern der großen Theorien. Zur Soziologie einer Disziplin in auch selbstkritischer Absicht. In: *Politische Vierteljahresschrift* 32 (1991) 4-33.
- Messerschmid, Felix (1979): Nachüberlegungen zu Holocaust. In: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 30 (1979) 175-178.
- Michalka, Wolfgang (1978): Vom Antikominternpakt zum euroasiatischen Kontinentalblock. In: ders. (Hg.), Nationalsozialistische Außenpolitik. Darmstadt 1978.
- Michalka, Wolfgang (1980): Ribbentrop und die Deutsche Weltpolitik 1933-1940. Außenpolitische Konzeptionen und Entscheidungsprozesse im Dritten Reich. München.
- Michalka, Wolfgang (Hg.) (1984): Die nationalsozialistische Machtergreifung. Paderborn, München, Wien, Zürich (= UTB 1329).
- Mickel, Wolfgang W. (Hg.) (1988): Lern- und Arbeitsbuch für Geschichte in der gymnasialen Oberstufe. Band 1: Geschichte, Politik und Gesellschaft. 2. Aufl., Frankfurt am Main 1988 (Cornelsen-Verlag).
- Minssen, Friedrich (1947): Wandlungen des Nationalismus. Versuch einer historischen Analyse. In: *Der Ruf* 2, H.16 (1947) 5-6.
- Minssen, Friedrich (Hrsg., im Auftrag des Instituts für Sozialforschung an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main) (1965): Laufende Mitteilungen zum Stand der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland H.1 1965.
- Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR (Hg.): Teheran, Jalta, Potsdam. Konferenzdokumente der Sowjetunion. Band 2. Die Krim(Jalta)konferenz 1945. Hrsg. vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR. Köln 1986.
- Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR (Hg.): Teheran, Jalta, Potsdam. Konferenzdokumente der Sowjetunion. Band 3. Die Potsdamer (Berliner) Kon-

- ferenz 1945. Hrsg. vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR. Köln 1986.
- „Mir werde ja net wirklich rechts“. In: *Der Spiegel* 40, H.47 (1986) 17-24.
- Mitscherlich, Alexander (1945): Geschichtsschreibung und Psychoanalyse. Bemerkungen zum Nürnberger Prozeß. In: *Psyche* 36 (1982) 1082-1093. Auch in: ders. (1983b), S.66-77.
- Mitscherlich, Alexander (1963): Auf dem Weg zur vaterlosen Gesellschaft. Ideen zur Sozialpsychologie. 15. Aufl., München 1984 (= Serie Piper, Band 45). Auch in: ders., Gesammelte Schriften III. Sozialpsychologie 1. Hrsg. v. Helga Haase. Frankfurt am Main 1983, S.7-370.
- Mitscherlich, Alexander (1980): Ein Leben für die Psychoanalyse. Anmerkungen zu meiner Zeit. Frankfurt am Main 1984 (= Suhrkamp Taschenbuch 1010).
- Mitscherlich, Alexander (1983a): Gesammelte Schriften VI. Politisch-publizistische Aufsätze 1. Hrsg. von Herbert Wiegandt. Frankfurt am Main 1983.
- Mitscherlich, Alexander (1983b): Gesammelte Schriften VII. Politisch-publizistische Aufsätze 2. Hrsg. von Herbert Wiegandt. Frankfurt am Main 1983.
- Mitscherlich, Alexander und Fred Mielke (Hg.) (1960): Medizin ohne Menschlichkeit. Dokumente des Nürnberger Ärzteprozesses. [Mit einem neuen Vorwort von Alexander Mitscherlich]. Frankfurt am Main 1978 (= Fischer Taschenbuch 2003).
- Mitscherlich, Alexander und Margarete Mitscherlich (1967): Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens. 15. Aufl., München 1983 (= Serie Piper, Band 168). Auch in: Alexander Mitscherlich, Gesammelte Schriften IV. Sozialpsychologie 2. Hrsg. von Helga Haase. Frankfurt am Main 1983, S.7-352.
- Mitscherlich, Margarete (1979): Die Notwendigkeit zu trauern. In: *Psyche* 33 (1979) 981-990. Auch in: Lohmann (Hg.) (1984), S.15-23.
- Mitscherlich, Margarete (1983): Das Unverständnis der Bevölkerung gegenüber den Opfern. Die Unfähigkeit zu trauern. In: Evangelische Akademie Bad Boll (Hg.): Das Vermächtnis der Opfer des Nationalsozialismus. Tagung vom 18 bis 20.Mai 1984 in Bad Boll. Bad Boll 1984, S.113-115 (= Protokolldienst 32/84).
- Mitscherlich, Margarete (1987): Erinnerungsarbeit. Zur Psychoanalyse der Unfähigkeit zu trauern. Mit einem Nachwort zur Taschenbuchausgabe. Frankfurt am Main 1993 (= Fischer Taschenbuch, 11617).
- Mitscherlich, Margarete (1993a): Trauerfähigkeit der Deutschen - Illusion oder Hoffnung? In: dies., (1987), S.13-35.
- Mitscherlich, Margarete (1993b): Nachwort zur Taschenbuchausgabe. In: dies., (1987), S.16-18.
- Mitscherlich, Margarete (1995): Die Unfähigkeit zu trauern - heute. In: Christa Rohde-Dachser (Hg.), Über Liebe und Krieg. Psychoanalytische Zeitdiagnosen. Göttingen 1995, S.17-39 (= Sammlung Vandenhoeck).
- Model, Otto und Carl Creifelds (1961): Staatsbürgertaschenbuch. 11. Aufl., München 1972.
- Möller, Horst (1986): Es kann nicht sein, was nicht sein darf. Plädoyer für die Versachlichung der Kontroverse über die Zeitgeschichte. In: *Historikerstreit* (1987), S.322-330.
- Möller, Horst (1993): Ernst Nolte und das „liberale System“. In: Nipperdey et al. (Hg.) (1993), S.57-72.
- Möding, N. und A. von Plato (1986): Siegenadeln, Jugendkarrieren in BDM und HJ. In: Deutscher Werkbund (Hg.), Schock und Schöpfung. Jugendästhetik im 20. Jahrhundert. Darmstadt, Neuwied 1986, S.292-301.

- Moldenhauer, Gebhard (1973): Das Deutschlandproblem in Sozialkundebüchern. In: Freiwald et al. (Hg.), S.27-116.
- Mohler, Armin (1990): Das Ende des Historikerstreits. In: *Criticon* 122 (1990) 285-288.
- Moll, Albert (1902): Ärztliche Ethik. Die Pflichten des Arztes in allen Beziehungen seiner Tätigkeit. Stuttgart.
- Mommsen, Hans (1961): Sozialgeschichte. In: Hans-Ulrich Wehler (Hg.), *Moderne deutsche Sozialgeschichte*. 3. Aufl., Köln, Berlin 1970, S.27-34.
- Mommsen, Hans (1986a): Suche nach der „verlorenen Geschichte“? Bemerkungen zum historischen Selbstverständnis der Bundesrepublik. In: „Historikerstreit“ (1987), S.156-173.
- Mommsen, Hans (1986b): Neues Geschichtsbewußtsein und Relativierung des Nationalsozialismus. In: „Historikerstreit“ (1987), S.174-188.
- Mommsen, Hans (1986c): Zum Projekt eines Deutschen Historischen Museums in WestBerlin. In: *Geschichtsdidaktik. Probleme, Projekte, Perspektiven* 11 (1986) 310-328.
- Mommsen, Hans (1987): Aufarbeitung und Verdrängung. Das Dritte Reich im westdeutschen Geschichtsbewußtsein. In: Diner (Hg.) (1987a), S.74-88.
- Mommsen, Hans (1988): Das Ressentiment als Wissenschaft. Anmerkungen zu Ernst Noltes „Der europäische Bürgerkrieg 1917-1945. Nationalsozialismus und Bolschewismus“. In: *Geschichte und Gesellschaft* 14 (1988) 495-512.
- Mommsen, Wilhelm (1943): Bismarcks kleindeutscher Staat und das Großdeutsche Reich. In: Böhme (Hg.) (1972), S.355-368.
- Mommsen, Wolfgang J. (1981): Die Deutschen auf der Suche nach nationaler Identität. In: *EG-Magazin* (1981) 10.
- Mommsen, Wolfgang J. (1983): Wandlungen der nationalen Identität. In: Weidenfeld (Hg.) (1983).
- Mommsen, Wolfgang J. (1986): Weder Leugnen noch Vergessen befreit von der Vergangenheit. Die Harmonisierung des Geschichtsbildes gefährdet die Freiheit. In: „Historikerstreit“ (1987), S.300-321.
- Mommsen, Wolfgang J. (1988): Die Deutschen und ihre Nation. Geschichtsschreibung und politisches Bewußtsein in der Bundesrepublik. In: ders., *Nation und Geschichte. Über die Deutschen und die deutsche Frage*. München, Zürich 1990, S.119-143.
- Moser, Tilman (1992): Die Unfähigkeit zu trauern - eine taugliche Diagnose? In: *Psyche* 46 (1992) 5-26.
- Mosse, George L. (1993): Die Nationalisierung der Massen. Politische Symbolik und Massenbewegungen von den Befreiungskriegen bis zum Dritten Reich. Aus dem Englischen von Otto Weith. Frankfurt am Main, New York (= Reihe Campus, Band 1075).
- Müller, Ingo (Hg.) (1995): Der Nürnberger Prozeß. Die Anklagereden des Hauptanklagevertreters der Vereinigten Staaten von Amerika Robert H. Jackson. Hrsg. und mit einem Beitrag „Nürnberg und die deutschen Juristen“ von Ingo Müller. Weinheim.
- Müller, Joachim (1983a): Die Sowjetunion bis zum Vorabend des deutschen Angriffs. In: *Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hg.), Deutsche Militärgeschichte in sechs Bänden 1648-1939, Band 4*. Stuttgart 1983, S.38-97.
- Müller, Joachim (1983b): Die Kriegführung aus der Sicht der Sowjetunion. In: *Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hg.) (1983), S.713-809*.
- Müller, Klaus-Jürgen (1969): Das Heer und Hitler. Armee und nationalsozialistisches Regime 1933-1940. Stuttgart (= Beiträge zur Militär- und Kriegsgeschichte, Band 10).

- Müller, Klaus-Jürgen (1980): General Ludwig Beck. Studien und Dokumente zur politisch-militärischen Vorstellungswelt und Tätigkeit des Generalstabschefs des deutschen Heeres. Boppard am Rhein.
- Müller, Klaus-Jürgen (1982): „Militärpolitik, nicht Militäropposition! Eine Erwiderung“. In: *Historische Zeitschrift* 235 (1982) 355-371.
- Müller, Klaus-Jürgen (1987): Armee und Drittes Reich: 1933-1939. Darstellung und Dokumentation. Unter Mitarbeit von Ernst Willi Hausen. 2. Aufl., Paderborn 1989.
- Müller, Rolf-Dieter (1987): Geschichtswende? Gedanken zu den Ursachen, Dimensionen und Folgen des „Historikerstreits“. In: Erler et al. (1987), S.128-147.
- Müller, Rolf-Dieter (1991): Hitlers Ostkrieg und die deutsche Siedlungspolitik. Die Zusammenarbeit von Wehrmacht, Wirtschaft und SS. Frankfurt am Main (= Fischer-Taschenbücher. Geschichte, 10573).
- Müller-Braunschweig, Hans (1985): „Führer befiehlt ...“. Zu Hitlers Wirkung im Deutschland der dreißiger Jahre. In: *Psyche* 39 (1985) 301-329.
- Müller-Hill, Benno (1984): Tödliche Wissenschaft. Die Aussonderung von Juden, Zigeunern und Geisteskranken 1933-1945. Reinbek bei Hamburg (= rororo 5349).
- Müller-Hill, Benno (1991): Selektion. Die Wissenschaft von der biologischen Auslese des Menschen. In: Frei (Hg.) (1991), S.137-155.
- Münkler, Herfried (1991): Analytiken der Macht: Nietzsche, Machiavelli, Thukydides. In: Michael Th. Greven (Hg.), Macht in der Demokratie. Denkanstöße zur Wiederbelebung einer klassischen Frage in der zeitgenössischen Politischen Theorie. Baden-Baden 1991, S.9-44.
- Münkler, Herfried (1992a): Was ist Nationale Identität? Unveröffentlichtes Vortragstyposkript.
- Münkler, Herfried (1992b): Gewalt und Ordnung. Das Bild des Krieges im politischen Denken. Frankfurt am Main (= Fischer-Taschenbücher-Wissenschaft, 10424).
- Münkler, Herfried (1987/92): Die Weisheit der Regierenden. In: ders., (1992b), S.80-91.
- Münkler, Herfried und Wolfgang Storch (1988): Siegfrieden. Politik mit einem deutschen Mythos. Berlin (= Rotbuch, 330).
- Murret, Pierre (1913): Zur Außenpolitik Napoleons. In: Sieburg (Hg.), S.113-156.
- Neuhaus, Rolf (1986): Arbeitskämpfe, Ärztestreiks, Sozialreformer. Sozialpolitische Konfliktregelung 1900 bis 1914. Berlin (= Schriften der Gesellschaft für Sozialen Fortschritt e.V., Band 22).
- Neumann, Micha (1992): Das Trauma des Holocaust - Die Opfer und ihre Kinder. In: Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz (Hg.) (1992), S.35-46.
- Niederland, William G. (1980): Folgen der Verfolgung: Das Überlebenden-Syndrom, Seelenmord. Frankfurt am Main (= Edition Suhrkamp).
- Niederland, William G. (1981): The Survivor Syndrom: Further Observations and Dimensions. In: *Journal of the American Psychoanalytic Association* 29, 1981, Vol. 2, 413-425.
- Niedhammer, Lutz (1986): „Normalisierung“ im Westen. Erinnerungsspuren in die 50er Jahre. In: Diner (Hg.) (1987a), S.153-184.
- Niedhart, Gottfried (1971): Der Bündniswert der Sowjetunion im Urteil Großbritanniens 1936-1939. In: *Militärgeschichtliche Mitteilungen* 2 (1971) 55-67.
- Nietzsche, Friedrich (1969): Werke III. Hrsg. v. Karl Schlechta. Frankfurt am Main, Berlin, Wien 1976 (= Ullstein Buch Nr. 2909).
- Nipperdey, Thomas (1979): Kann Geschichte objektiv sein? In: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 30 (1979) 329-342.



- Nipperdey, Thomas (1986): Unter der Herrschaft des Verdachts. Wissenschaftliche Aussagen dürfen nicht an ihrer politischen Funktion gemessen werden. In: *Historikerstreit* (1987), S.215-219.
- Nipperdey, Thomas und Anselm Doering-Manteuffel, Hans-Ulrich Thamer (Hg.) (1993): *Weltbürgerkrieg der Ideologien. Antworten an Ernst Nolte. Festschrift zum 70. Geburtstag.* Frankfurt am Main, Berlin.
- Nolte, Ernst (1963): *Der Faschismus in seiner Epoche. Die Action française. Der italienische Faschismus. Der Nationalsozialismus.* München.
- Nolte, Ernst (1966): *Die faschistischen Bewegungen. Die Krise des liberalen Systems und die Entwicklung der Faschismen.* 4. Aufl., München 1973 (= dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. Hrsg. von Martin Broszat und Helmut Heiber, Band 4).
- Nolte, Ernst (1968): *Die Krise des liberalen Systems und der Aufstieg der faschistischen Bewegungen.* München.
- Nolte, Ernst (1982): Referat. In: *Deutscher Sonderweg - Mythos oder Realität?* München, Wien 1982 (= Kolloquien des Instituts für Zeitgeschichte), S.34-39.
- Nolte, Ernst (1984): *Europäische Revolutionen des 20. Jahrhunderts. Die nationalsozialistische Machtergreifung im historischen Zusammenhang.* In: Michalka (Hg.) (1984), S.395-410.
- Nolte, Ernst (1985a): *Between Myth and Revisionism?* In: H.W. Koch, (ed.) *Aspects of the Third Reich.* London 1985, S.17-38.
- Nolte, Ernst (1985b): *Zwischen Geschichtslegende und Revisionismus? Das Dritte Reich im Blickwinkel des Jahres 1980.* In: *Historikerstreit* (1987), S.13-35.
- Nolte, Ernst (1986a): *Vergangenheit, die nicht vergehen will. Eine Rede, die geschrieben, aber nicht gehalten werden konnte.* In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 6.6.1986, S.25. Auch in: Nolte (1987a), S.171-179 auch in: *Historikerstreit* (1987), S.39-47.
- Nolte, Ernst (1986b): *Die Sache auf den Kopf gestellt. Gegen den negativen Nationalismus in der Geschichtsbetrachtung.* In: *Die Zeit* v. 31.10.1986. Auch in: Nolte (1987a), S.179-187 auch in: *Historikerstreit* (1987), S.223-231.
- Nolte, Ernst (1987a): *Das Vergehen der Vergangenheit. Antwort an meine Kritiker im sogenannten Historikerstreit.* Berlin, Frankfurt am Main.
- Nolte, Ernst (1987b): *Interview in Koteret Rashit vom 23. April 1983.* In: ders. (1987a), S.115-118.
- Nolte, Ernst (1987c): *Antwort auf den Artikel von Dr. Walther Gross (Ha-Aretz vom 7. Juli 1987).* In: ders. (1987a), S.119-124.
- Noltes, Ernst (1987d): *Brief an den Herausgeber der Tageszeitung „Ha-Aretz“ Gershom Schocken vom 14.7.1987.* In: ders. (1987a), S.146-147.
- Nolte, Ernst (1987e): *„Interview mit Ha-Aretz vom 17. April 1987“.* Interview des Europa-Korrespondenten Daniel Dagan von der israelischen Zeitung Ha-Aretz am 27.2.1987 mit Ernst Nolte, das am 17.4.1987 in Israel in der Wochenendmagazin von *Ha-Aretz* abgedruckt wurde. Von Ernst Nolte bearbeitetes Tonbandprotokoll. In: ders. (1987a), S.90-115.
- Nolte, Ernst (1987f): *„Bemerkungen zu dem zweiten ZEIT-Artikel von Jürgen Habermas“.* Beitrag in der Zeitschrift *„Nuovi Argomenti“* H.21 v. Januar-März 1987, S.128-129. In: ders. (1987a), S.78-81.
- Nolte, Ernst (1987g): *Wissenschaftliches Ethos und Historisierung.* In: ders. (1987a), S.161-169.
- Nolte, Ernst (1987h): *Der europäische Bürgerkrieg 1917-1945. Nationalsozialismus und Bolschewismus.* Frankfurt am Main.

- Nolte, Ernst (1989): Das Vor-Urteil als „strenge Wissenschaft“. Zu den Rezensionen von Hans Mommsen und Wolfgang Schieder. In: *Geschichte und Gesellschaft* 15 (1989) 537-551.
- Nolte, Ernst (1990a): Abschließende Reflexionen über den sogenannten Historikerstreit. In: Backes et al. (Hg.) (1990), S.83-10.
- Nolte, Ernst (1990b): Nietzsche und der Nietzscheanismus. Frankfurt am Main, Berlin 1990.
- Nolte, Ernst (1993): Streitpunkte. Heutige und künftige Kontroversen um den Nationalsozialismus. 2. Aufl., Berlin 1994.
- Nowak, Kurt (1978): „Euthanasie“ und Sterilisierung im „Dritten Reich“. Die Konfrontation der evangelischen und katholischen Kirche mit dem „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ und der „Euthanasie“-Aktion. Göttingen (= Arbeiten zur Geschichte des Kirchenkampfes, Ergänzungsreihe, Band 12).
- Obenaus, Herbert (1974): Finanzkrise und Verfassungsgebung. Zu den sozialen Bedingungen des frühen deutschen Konstitutionalismus. In: Vogel (Hg.) (1980), S.244-265.
- Obermann, Karl (1967): Deutschland von 1815 bis 1848. In: H.J. Bartmuss et al. (Hrsg.), Deutsche Geschichte in 3 Bänden. Bd. 2, Berlin (Ost) 1967, S.149-250.
- Obermann, Karl (Hg.) (1970): Flugblätter der Revolution. Eine Flugblattsammlung zur Geschichte der Revolution von 1848/49 in Deutschland. München 1972 (= dtv Wissenschaftliche Reihe, 4111).
- Ohlmeier, Dieter (1993): Tabu, Identität und Spaltung. Die Deutschen und der Golfkrieg. In: Plänklers (Hg.) (1993a), S.43-50.
- Orwell, George (1948): Neunzehnhundertvierundachtzig (Nineteen Eighty-Four). 22. Aufl., Zürich 1974.
- Osnowski, Rainer (Hg.) (1988): Menschenversuche: Wahnsinn und Wirklichkeit. Köln.
- Otto, Karl A. (1980): Vom Ostermarsch zur APO. Geschichte der Außerparlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik 1960-1970. Frankfurt, New York.
- Ottwalt, Ernst (1932): Deutschland erwache! Geschichte des Nationalsozialismus. Berlin 1978.
- Pätzold, Kurt (1990): Antikommunismus und Antibolschewismus als Instrumente der Kriegsvorbereitung und Kriegszielpolitik. In: Frei/Kling (Hg.), S.122-136.
- Pehle, Walter H. (Hg.) (1990): Der historische Ort des Nationalsozialismus. Annäherungen. Frankfurt am Main (= Fischer Taschenbücher 4445).
- Pelzer, Karlheinz (1970): Geschichte für die Hauptschule. Arbeitsbuch für das 8. und 9. Schuljahr. 2. Aufl., Donauwörth 1970.
- Peter, Jürgen (1994a): Die Berichterstattung der Deutschen Ärztekommision zum Nürnberger Ärzteprozeß. In: Meinel/Voswinkel (Hg.), S.252-264.
- Peter, Jürgen (1994b): Der Nürnberger Ärzteprozeß im Spiegel seiner Aufarbeitung anhand der drei Dokumentensammlungen von Alexander Mitscherlich und Fred Mielke. 2. Aufl., Münster 1998.
- Peter, Jürgen (1995): Der Historikerstreit und die Suche nach einer nationalen Identität der achtziger Jahre. Frankfurt am Main (= Europäische Hochschulschriften, Reihe 31: Politikwissenschaft, Band 288).
- Peter, Jürgen (1998): Die Reaktion Viktor von Weizsäckers auf den Nürnberger Ärzteprozeß. Vortrag auf dem internationalen Kongreß der International Physicians for the Prevention of Nuclear War (IPPNW) *Medizin und Gewissen* am 25.10.1996 in Nürnberg. In: Stephan Kolb und Horst Seithe (Hg.): *Medizin und Gewissen*. 50 Jahre nach dem Nürnberger Ärzteprozeß. Umfassende Kongressdokumentation. CD-ROM. Berlin 1998.

- Peter, Jürgen (2001): Unmittelbare Reaktionen auf den Prozess. In: Angelika Ebbinghaus und Klaus Dörner (Hg.): Vernichten und Heilen. Der Nürnberger Ärzteprozess und seine Folgen. Berlin 2001.
- Petry, Ludwig (1953): Der deutsche Osten und die gesamtdeutsche Verantwortung. In: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 4 (1953) 713-723.
- Petzina, Dieter (1968): Autarkiepolitik im Dritten Reich. Der nationalsozialistische Vierjahresplan. Stuttgart.
- Petzina, Dieter (1977): Die deutsche Wirtschaft in der Zwischenkriegszeit. Wiesbaden.
- Pätzold Kurt und Erika Schwarz (1992): Tagesordnung: Judenmord. Die Wannsee-Konferenz am 20.Januar 1942. Eine Dokumentation zur Organisation der „Endlösung“. Berlin.
- Peukert, Detlev (1982): Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde. Anpassung, Ausmerze und Aufbegehren unter dem Nationalsozialismus. Köln.
- Peukert, Detlev J.K. (1987): Alltag und Barbarei. Zur Normalität des Dritten Reiches. In: Diner (Hg.) (1987a), S.51-61.
- Pfetsch, Frank R. (1985): Neugründung der Universität nach 1945? In: Buselmeier et al. (Hg.) (1985), S.365-380.
- Philippi, Alfred und Ferdinand Heim (Hg.) (1962): Der Feldzug gegen Sowjetrußland 1941-1945. Stuttgart.
- Pietrow, Bianca (1983): Stalinismus, Sicherheit, Offensive. Das „Dritte Reich“ in der Konzeption der sowjetischen Außenpolitik. Melsungen.
- Pietrow, Bianca (1988): Deutschland im Juni 1941 - ein Opfer sowjetischer Aggression? Zur Kontroverse über die Präventivkriegsthese. In: *Geschichte und Gesellschaft* 14 (1988) 116-135.
- Plänklers, Tomas (Hg.) (1993a): Die Angst vor der Freiheit. Beiträge zur Psychoanalyse des Krieges. Tübingen.
- Plänklers, Tomas (1993b): Ein Volk - ein Unbewußtes? Gruppenpsychologisches zum (Golf-)Krieg. In: ders. (Hg.) (1993a), S.101-115.
- Platen-Hallermund, Alice (1948): Die Tötung Geisteskranker in Deutschland. Aus der deutschen Ärztekommision beim amerikanischen Militärgericht. Mit einem Vorwort der Autorin und einem Geleitwort von Klaus Dörner. 2. Aufl., Bonn 1993.
- Plessner, Helmuth (1935): Die verspätete Nation. Über die politische Verführbarkeit des bürgerlichen Geistes. Stuttgart 1959.
- „Die Polen sind Teil des Abendlandes“. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Alfred Dregger über Ostpolitik und Vertriebene. In: *Der Spiegel* 39, H.6 (1985) 95-98.
- Pommerin, Rainer (1979): „Sterilisierung der Rheinlandbastarde“. Das Schicksal einer farbigen deutschen Minderheit 1918-1937. Düsseldorf.
- Prignitz, Christoph (1981): Vaterlandsliebe und Freiheit. Deutscher Patriotismus von 1750-1850. Wiesbaden.
- Projektgruppe für die vergessenen Opfer des NS-Regimes in Hamburg e.V. (Hg.) (1988): Verachtet - verfolgt - vernichtet - zu den „vergessenen“ Opfern des NS-Regimes. 2. Aufl., Hamburg 1988.
- Protokolle der Deutschen Bundesversammlung vom Jahre 1834. Sitzung 1 bis 44. Frankfurt am Main 1834.
- Puhle, Hans-Jürgen (1987): Die neue Ruhelosigkeit: Michael Stürmers nationalpolitischer Revisionismus. In: *Geschichte und Gesellschaft* 13 (1987) 382-399.
- Pye, Lucian W. and Sidney Vrba (1965): Political Culture and Political Development. New York.

- Raddatz, Fritz J. (1987): Die Lebenslüge der Deutschen. Ralph Giordanos radikale Undbeirrbarkeit löst einen Schock aus: die Scham, Deutscher zu sein. In: *Die Zeit*, Nr.46 v. 6.11.1987, S.17-18.
- Recker, Marie-Luise (1985): Nationalsozialistische Sozialpolitik im Zweiten Weltkrieg. München 1985 (= Studien zur Zeitgeschichte, Band 29).
- Recker, Marie-Luise (1992): Vom Revisionismus zur Großmachtstellung. Deutsche Außenpolitik 1933 bis 1939. In: Bracher et al. (Hg.) (1992), S.315-330.
- Reeg, Peter (1988): Medizin im Nationalsozialismus. Deine Ehre ist Leistung... Auslese und Ausmerze durch Arbeits- und Leistungs-Medizin im Nationalsozialismus. In: *Deutsches Ärzteblatt* 85 (1988) 3652-3659 (Ausgabe B).
- Reese, Hartmut (1984): Protagonisten der „nationalen Identität“: die Nationalrevolutionäre. In: *Frankfurter Hefte* 39, H.6 (1984) 13-20.
- Reichsministerium des Innern (Hg.) (1933): Reichsgesetzblatt Teil I, Jahrgang 1933, Berlin.
- Reifenrath, Roderich (1988): Ein Blick am Getümmel vorbei. Wehlers Auseinandersetzung mit Nolte, Hillgruber, Hildebrand und Stürmer. In: *Frankfurter Rundschau* v. 6.2.1988, S.ZB 4.
- Reppen, Konrad (1987): Das Böse braucht keine Vergleiche zu scheuen. Noch einmal: Waren die Greuelthaten der Nazis einzigartig? Der „Historikerstreit“ und ein Wort zum - vorläufigen - Resümee. In: *Rheinischer Merkur/Christ und Welt* v. 2. Oktober 1987, S.17-18.
- Reppen, Konrad (1989): Deutschland als Teil Europas in seiner Geschichte. Verfassung, Recht und Staat. In: Edition Deutschland Archiv. Berlin 1989.
- Rexin, Manfred (1967): Die Jahre 1945-1949. In: Herbert Lilge (Hg.), Deutschland 1945-1963. 19. Aufl., Hannover 1983, S.3-67 (= Edition Zeitgeschehen).
- Richter, Horst-Eberhard (1992): Erinnerungsarbeit und Zukunftserwartung der Deutschen. In: Erinnern für die Zukunft. Haus der Wannsee-Konferenz 20. Januar 1942 - 20. Januar 1992. Ansprachen und Vorträge zur Eröffnung der Gedenkstätte. Hrsg. von der Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz. Redaktion Gerhard Schoenberger. Berlin 1992, S.47-54.
- Riegel, Klaus-Georg (1990): Die innerparteilichen Säuberungskonzeptionen von Hitler und Stalin. Ein Vergleich. In: Backes et al. (Hg.) (1990), S.136-168.
- Rieß, Volker (1995): Die Anfänge der Vernichtung „lebensunwerten Lebens“ in den Reichsgauen Danzig-Westpreußen und Wartheland 1939/40. Frankfurt am Main u.a.
- Ringer, Fritz K. (1969): Die Gelehrten. Der Niedergang der deutschen Mandarine 1890-1933. Aus dem Englischen übersetzt von Klaus Laermann. München 1987 (= dtv/Klett, 4469).
- Ringer, Fritz K. (1980): Bildung, Wissenschaft und Gesellschaft in Deutschland. In: *Geschichte und Gesellschaft*. 6 (1980) 5-35.
- Ritter, Gerhard (1954): Das Problem des Militarismus in Deutschland. In: *Historische Zeitschrift* (1954) 21 ff.
- Rohde-Dachser, Christa (1977): Das Borderline-Syndrom. Geleitwort von Raymond Battegay. 4. Aufl., Bern, Stuttgart, Toronto 1991.
- Rohde-Dachser, Christa (Hg.) (1995): Über Liebe und Krieg. Psychoanalytische Zeitdiagnosen. Göttingen, Zürich.
- Rohlfes, Joachim (1979): Anmerkungen zum KMK-Beschluß 'Die Deutsche Frage im Unterricht'. In: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 30 (1979) 357-361.
- Rohrmoser, Günter (1983): Die deutsche Identität - geistige Wende in Bonn? Memmingen (= Arbeitskreise für Geistig-Ethische Erneuerung).

- Rohrmoser, Günter (1984): Identität der Deutschen - heute: zur Aktualität der nationalen Frage (Vortrag gehalten auf Einladung der Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft e.V. in Hamburg) Hamburg.
- Rose, Ulrich (1987): Geschichte zur Schau gestellt in Vitrinen: Die Diskussion um zwei Museen und ein Mahnmal. In: Erler et al. (1987), S.35-61.
- Rosen, Klaus-Henning (1987): Bewältigung der Nazizeit durch Lüge - Identitätssuche und „revisionistische Geschichtsschreibung“. In: Donat/Wieland (Hg.) (1991), S.66-82.
- Rosenberg, Alfred (1930): Der Mythos des 20. Jahrhunderts. Eine Wertung der seelisch-geistigen Gestaltenkämpfe unserer Zeit. 9. Aufl., München 1943.
- Rosenkötter, Lutz (1979): Schatten der Zeitgeschichte auf psychoanalytischen Behandlungen. In: Lohmann (Hg.) (1984), S.237-249. Auch in: *Psyche* 33 (1979) 1024-1038.
- Rosenkötter, Lutz (1995): Die Idealbildung in der Generationenfolge. In: Martin S. Bergmann, Milton E. Jucovy und Judith S. Kestenberg (Hg.), Kinder der Opfer. Kinder der Täter. Aus dem Amerikanischen von Elisabeth Vorspohl. Frankfurt am Main 1995, S.209-216.
- Ross, Werner (1987): Die deutsche Erbsünde. In: *Rheinischer Merkur/ Christ und Welt* v. 6.2.1987, S.20.
- Roth, Karl Heinz (1984): Großhungern und Gehorchen. Das Universitätskrankenhaus Eppendorf. In: Ebbinghaus et al. (Hg.) (1984).
- Roth, Karl Heinz (1986): Psychosomatische Medizin und „Euthanasie“: Der Fall Viktor von Weizsäcker. In: 1999, Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 1, H.1 (1986) 65-99.
- Roth, Karl Heinz (1993): Intelligenz und Sozialpolitik im „Dritten Reich“. Eine methodisch-historische Studie am Beispiel des Arbeitswissenschaftlichen Instituts der deutschen Arbeitsfront. München.
- Rothfels, Hans (1953): Zur Krise des Nationalstaats. In: Böhme (Hg.) (1972), S.369-383.
- Rothfels, Hans (1977): Deutsche Opposition gegen Hitler. Eine Würdigung. Hrsg. und eingeleitet von Hermann Graml. Frankfurt am Main 1977 (= Fischer Taschenbuch 1989).
- Rothmaler, Christiane (1989): Zwangssterilisation nach dem „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“. In: *Deutsches Ärzteblatt* 86 (1989) 123-126 (Ausgabe C).
- Rückerl, Adalbert (Hg.) (1977): NS-Vernichtungslager im Spiegel deutscher Strafprozesse. München (= dtv 2904).
- Rumpf, Helmut (1986): Vergangenheitsbewältigung und Nationalbewußtsein. In: *Critiön* 93 (1986) 17-22.
- Rusconi, Gian Enrico (1987): Italien und der deutsche „Historikerstreit“. In: Diner (Hg.) (1987), S.102-119.
- Saathoff, Günter (1991): Vom Umgang der Bundesrepublik mit den Zwangssterilisierten des Nationalsozialismus. In: Fachschaft Medizin der Philipp-Universität Marburg (Hg.), „Bis endlich der langersehnte Umschwung kam ...“. Von der Verantwortung der Medizin unter dem Nationalsozialismus. Marburg 1991, S.36-47.
- Salvatorelli, Luigi (1960): Napoleon und Europa. In: Sieburg (Hg.) (1971), S.171-200.
- Sauer, Wolfgang (1962): Das Problem des deutschen Nationalstaates. In: Böhme (Hg.) (1972), S.448-480.
- Sauer, Wolfgang (1974): Die Mobilmachung der Gewalt. In: Karl Dietrich Bracher, Gerhard Schulz, Wolfgang Sauer. Die nationalsozialistische Machtergreifung. Köln und Opladen 1974.
- Scheel, Heinrich (1980): Jakobinische Flugschriften aus dem deutschen Süden Ende des 18. Jahrhunderts. Eingeleitet und hrsg. von Heinrich Scheel. Vaduz/Liechtenstein (=

- Akademie der Wissenschaften der DDR. Schriften des Zentralinstituts für Geschichte, Band 14).
- Scheffler, Wolfgang (1992): Die Wannsee-Konferenz und ihre historische Bedeutung. In: Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz (Hg.) (1992), S.17-34.
- Schelsky, Helmut (1957): Die skeptische Generation. Eine Soziologie der deutschen Jugend. Mit einem Vorwort zur Taschenbuchausgabe 1975. Düsseldorf, Köln 1975 (= Ullstein Buch, Nr. 3184).
- Schelsky, Helmut (1975): Die Arbeit tun die anderen. Klassenkampf und Priesterherrschaft der Intellektuellen. München 1977.
- Schieder, Theodor (1961): Der Nationalstaat in Verteidigung und Angriff. In: Böhme (Hg.) (1972), S.402-430.
- Schieder, Theodor (1964): Das Jahr 1813 und das heutige Europa. In: Sieburg (Hg.) (1971), S.344-358.
- Schilling, Heinz (1991): Nationale Identität und Konfession in der europäischen Neuzeit. In: Giesen (Hg.) (1991), S.192-252.
- Schissler, Hanna (1978): Agrarreformen und politischer Wandel in Preußen. In: Vogel (Hg.) (1980), S.88-110.
- Schmid, Carlo (1958): Die deutschen Bildungsschichten und die Politik. In: ders., Politik muß menschlich sein. Politische Essays. Bern, München 1980, S.80-102.
- Schmidt, Friedrich und Wally Schmelzer (1949): Das neue Gesicht der Welt. Vom Wiener Kongreß bis in die Gegenwart. Berlin (= Wege der Völker).
- Schmidt, Gerhard (1965): Selektion in der Heilanstalt 1939-1945. Geleitwort von Karl Jaspers. Frankfurt am Main 1983.
- Schmidt, Gerold (1976): Identität. Gebrauch und Geschichte eines modernen Begriffs. In: *Muttersprache* 86 (1976) 333-354.
- Schmidt-Bergmann, Hansgeorg (1993): Futurismus. Geschichte, Ästhetik, Dokumente. Reinbek bei Hamburg (= rowohlt's enzyklopädie. Hrsg. von Burghard König).
- Schmuhl, Hans-Walter (1987): Rassenhygiene, Nationalsozialismus, Euthanasie. Von der Verhütung zur Vernichtung 'lebensunwerten Lebens' 1890-1945. Göttingen (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, 75).
- Schmuhl, Hans-Walter (1991): Der Holocaust - Ein transzendentaler Vernichtungsprozeß? Kritische Anmerkungen zu Ernst Noltes Interpretation des Mordes an den Juden im Zweiten Weltkrieg. In: Donat/Wieland (Hg.) (1991), S.119-133.
- Schnabel, Thomas (1987): Geschichte und Wende. Vom heutigen Gebrauch der Vergangenheit bei konservativen Politikern und Publizisten. In: Erler et al. (1987), S.9-34.
- Schneider, Helmuth (1974): Wirtschaft und Politik. Untersuchungen zur Geschichte der späten römischen Republik. Erlangen.
- Schoenbaum, David (1966): Die braune Revolution. Eine Sozialgeschichte des Dritten Reiches. Mit einem Nachwort von Hans Mommsen. München 1980.
- Schönhuber, Franz (1989): Trotz allem Deutschland. 2. Aufl., München, Wien 1989.
- Schoeps, Julius H. (1988): Treitschke redivivus? Ernst Nolte und die Juden. In: Donat/Wieland (Hg.) (1991), S.134-139.
- Schrade, Peter und Hans-Joachim Stark (1988): Geschichte in der Gegenwart. Lehr- und Arbeitsbuch für Geschichte und Gemeinschaftskunde/Sozialkunde in der Gymnasialen Oberstufe. Bad Homburg v.d. Höhe 1988 (Verlag Dr.Max Gehlen).
- Schreiber, Gerhard (1984a): Hitler. Interpretationen 1923-1983. Ergebnisse, Methoden und Probleme der Forschung. Darmstadt.
- Schreiber, Gerhard (1984b): Zur Perzeption des Unternehmens Barbarossa in der deutschen Presse. In: Ueberschär/Wette (1984), S.27-42.

- Schrenck-Notzing, Caspar von (1989): Die endlose Geschichte eines (Historiker-) Streits. Nach der „Einmischung und Schlichtung“ R. v. Weizsäckers. In: *Criticon* 111 (1989) 21-24.
- Schüddekopf, Otto-Ernst (1972): Nationalbolschewismus in Deutschland 1918-1933. Frankfurt am Main.
- Schultz, Ulrich (1980): Soziale und biographische Bedingungen medizinischen Verbrechens. In: Baader/Schultz (Hg.) (1980), S.184-201.
- Schultz-Gerstein, Christian (1982): Wer hat Angst vor neo-nazis? Spiegel-Essay. In: *Der Spiegel* 36, H.20 (1982) 70-71.
- Schulze, Hagen (1986): Fragen die wir stellen müssen. Keine historische Haftung ohne nationale Identität. In: Historikertreit (1987), S.143-149.
- Schulze, Hagen (1987): Die „Deutsche Katastrophe“ erklären. Von Nutzen und Nachteil historischer Erklärungsmodelle. In: Dan Diner (Hg.) (1987), S.89-101.
- Schulze, Winfried (1974): Soziologie und Geschichtswissenschaft. Einführung in die Probleme der Kooperation beider Wissenschaften. München.
- Schulze, Winfried (1989): Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945. München 1993 (= dtv, 4597).
- Schustereit, Hartmut (1980): Die Mineralöllieferungen der Sowjetunion an das Deutsche Reich 1940/41. In: *Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* 67 (1980) 334-353.
- Schustereit, Hartmut (1983): Planung und Aufbau der Wirtschaftsorganisation Ost vor dem Rußlandfeldzug-Unternehmen „Barbarossa“ 1940/41. In: *Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* 70, H.1 (1983) 50-70.
- Schustereit, Hartmut (1988): Vabanque. Hitlers Angriff auf die Sowjetunion 1941 als Versuch, durch den Sieg im Osten den Westen zu bezwingen. Herford.
- Schwarz, Hans-Peter (1981): Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949-1957. Band 2: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. von Karl Dietrich Bracher et al. Stuttgart, Wiesbaden.
- Schwidetzky, Ilse (1943): Über Wege rassenkundlicher Untersuchungen. Entgegnung an F.Lenz. In: *Zeitschrift für Morphologie und Anthropologie, Erb- und Rassenbiologie* 15 (1943) 178-184.
- See, Klaus von (1987): Kulturkritik und Germanenforschung zwischen den Weltkriegen. In: *Historische Zeitschrift* 245 (1987) 343-362.
- Segall, Jakob: Die beruflichen und sozialen Verhältnisse der Juden. Berlin 1912.
- Sehn, Jan (1959): Carl Claubergs verbrecherische Unfruchtbarmachungs-Versuche an Häftlings-Frauen in den Nazi-Konzentrationslagern. In: *Heft von Auschwitz* 2 (1959) 3-32.
- Seidel, Ralf (1988): Ethische Orientierungsversuche der Medizin nach den Nürnberger Ärzteprozessen. In: *Sozialpsychiatrische Informationen* 18, H.2 (1988) 7-10.
- Seidel, Ralf und Wolfgang Franz Werner (1991): Psychiatrie im Abgrund. Spurensuche und Standortbestimmung nach den NS-Psychiatrie-Verbrechen. Hrsg. von der Archivberatungsstelle Rheinland. Köln 1991 (= Rheinprovinz. Dokumente und Darstellungen zur Geschichte der rheinischen Provinzialverwaltung und des Landschaftsverbandes Rheinland, 6).
- Seidel-Hohenveldern, Ignaz (1972): Völkerrecht. 6. Aufl., Köln u.a. 1987.
- Seidler, Eduard (1986): Alfred Erich Hoche (1865-1943) Versuch einer Standortbestimmung. In: *Freiburger Universitätsblätter* 25 (1986) 65-75.
- Seidler, Horst und Andreas Rett (1982): Das Reichssippenamt entscheidet. Rassenbiologie im Nationalsozialismus. Wien, München.

- Senfft, Heinrich (1988): Rezension von Ernst Nolte: Das Vergehen der Vergangenheit - Antwort an meine Kritiker im sogenannten Historikerstreit. Frankfurt am Main 1987. In: *1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts* 3, H.2 (1988) 135-137.
- Senfft, Heinrich (1989): Kein Abschied von Hitler. Ein Blick hinter die Fassaden des „Historikerstreits“. Hrsg. von der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts. Hamburg.
- Senfft, Heinrich (1991): Einführung: Der Kampf geht weiter. In: Donat/Wieland (Hg.) (1991), S.16-22.
- Seraphim, Hans-Günther und Andreas Hillgruber (1954): Hitlers Entschluß zum Angriff auf Rußland. (Eine Entgegnung). In: *Vierteljahrschrift für Zeitgeschichte* 2 (1954) 240-249.
- Shirer, William Lawrence (1961): Aufstieg und Fall des Dritten Reiches. Köln.
- Sieburg, Heinz-Otto (Hg.) (1971): Napoleon und Europa. Köln (= Neue Wissenschaftliche Bibliothek 44. Geschichte).
- Sieburg, Heinz-Otto (1969/71): Die Auswirkungen des napoleonischen Herrschaftssystems auf die Verfassungsentwicklung in Deutschland. In: ders. (1971), S.201-220.
- Siegel, Heinz (1950): Religion im Monismus. Historisch-kritische Untersuchung ihrer Stellung im modernen Monismus (Deutscher-Monistenbund). Diss. phil. Münster.
- Siegel, Tilla (1989): Leistung und Lohn in der nationalsozialistischen „Ordnung der Arbeit“. Opladen (= Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, Band 57).
- Soboul, Albert (1962): Französische Revolution und Volksbewegung: die Sansculotten. Die Sektionen von Paris im Jahre II. Hrsg. von Walter Markov. Nördlingen 1978 (= edition suhrkamp, 960).
- Sochatzky, Klaus (1980): Parole rechts! Jugend wohin? Neofaschismus im Schülerurteil. Eine empirische Studie. 3. Aufl., Frankfurt am Main 1981.
- (Sonderbewußtsein): „Das deutsche Sonderbewußtsein regeneriert sich von Stunde zu Stunde“. Ein Gespräch mit Jürgen Habermas über Rechtsphilosophie, Öffentlichkeit und das „Neue Deutschland“. In: *Frankfurter Rundschau* v. 12.6.1993, S. ZB 3.
- Sohn-Rethel, Alfred (1973): Ökonomie und Klassenstruktur des deutschen Faschismus. Aufzeichnungen und Analysen. Hrsg. und eingeleitet von J.Agnoli, B.Blanke und N. Kadritzke. Frankfurt am Main.
- Solschenizyn, Alexander (1972): Der Archipel Gulag. 1918-1956. Versuch einer künstlerischen Bewältigung. 29. Aufl., Bern 1974.
- Sommer, Erich F. (1973): Das Memorandum. München, Berlin.
- Sontheimer, Kurt (1962): Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933. 4. Aufl., München 1962.
- Sontheimer, Kurt (1982): Referat. In: *Deutscher Sonderweg* (1982), S.27-33.
- Sontheimer, Kurt (1986): Maskenbildner schminken eine neue Identität. In: *Historikerstreit* (1987), S.275-280.
- (Sopade): Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands , 7. Jg. 1940. Reprint. Frankfurt am Main 1980.
- Speer, Albert (1969): Erinnerungen. Frankfurt am Main, Berlin.
- Speer, Albert (1975): Spandauer Tagebücher. Frankfurt am Main, Berlin, Wien.
- Speer, Albert (1981): Der Sklavenstaat. Stuttgart.
- Spendel, Günter (1984): Rechtsbeugung durch Rechtsprechung. Sechs strafrechtliche Studien. Berlin, New York.



- Spengler, Oswald (1923a): Der Untergang des Abendlandes. Umriss einer Morphologie der Weltgeschichte. Band 1: Gestalt und Wirklichkeit. 3. Aufl., München 1975.
- Spengler, Oswald (1923b): Der Untergang des Abendlandes. Umriss einer Morphologie der Weltgeschichte. Band 2: Welthistorische Perspektiven. Mit einem Nachwort von Anton Mirko Koktanek. 3. Aufl., München 1976.
- Spira, Leopold (1982): „Feindbild 'Jud'“. 100 Jahre politischer Antisemitismus in Österreich. Wien.
- Spree, Reinhard (1981): Soziale Ungleichheit vor Krankheit und Tod. Zur Sozialgeschichte des Gesundheitsbereichs im Deutschen Kaiserreich. Göttingen.
- Stackelberg, Roderich von (1990): Geschichtswissenschaft und Politik: ein Blick zurück auf den Historikerstreit. Vortrag gehalten am 29. Mai 1990 in der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe. Karlsruhe (= Vorträge, Badische Landesbibliothek, 27).
- Stäglich, Wilhelm (1979): Der Auschwitz-Mythos. Legende oder Wirklichkeit? Eine kritische Bestandsaufnahme. Tübingen.
- Stahle, Egon (1934): Blut und Rasse. Neue Forschungsergebnisse! In: *Volks-Gesundheits-Wacht*. Zeitschrift des Sachverständigenbeirates für Volksgesundheit bei der Reichsleitung der N.S.D.A.P. H.7 (1934) 4-6.
- Statistics (1946): Statistics in the British Zone. In: *British Medical Journal* 1946, Vol. 1, 916.
- Statistisches Jahrbuch 1992 für die Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. vom Statistischen Bundesamt. Wiesbaden 1992.
- Stegemann, Bernd (1982): Der Entschluß zum Unternehmen Barbarossa. Strategie oder Ideologie? In: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 33 (1982) 205-212.
- Stegemann, Bernd (1987): Geschichte und Politik. Zur Diskussion über den deutschen Angriff auf die Sowjetunion 1941. In: *Beiträge zur Konfliktforschung* 17, H.1 (1987) 73-97.
- Steinbach, Peter (1985): „Revisionisten“ melden sich zu Wort. Widerstände bei der Aufarbeitung der Geschichte des Nationalsozialismus. In: *Tribüne* 24, H.96 (1985) 119-125.
- Steinbach, Peter (1987): Der „Historikerstreit“ - Ein verräterisches Ereignis. In: *PVS - Literatur* 28 (1987) 159-169.
- Steinberg, Jonathan (1992): Deutsche, Italiener und Juden. Der italienische Widerstand gegen den Holocaust. Aus dem Englischen von Ilse Strasmann. 2. Aufl., Göttingen 1993.
- Sternberger, Dolf (1984): Drei Wurzeln der Politik. Frankfurt am Main.
- Sternberger, Dolf (1980): Herrschaft und Vereinbarung. Frankfurt am Main.
- Sternberger, Dolf (1982): Verfassungspatriotismus. Frankfurt am Main.
- Sternberger, Dolf (1987): Unzusammenhängende Notizen über Geschichte. In: *Merkur* 41 (1987) 715-748.
- Stier-Somlo, Fritz (1919): Die Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919. Ein systematischer Überblick. Bonn.
- Stolleis, Michael (1974): Gemeinwohlformeln im nationalsozialistischen Recht. Berlin (= Münchener Universitätschriften, Juristische Fakultät) (= Abhandlungen zur rechtswissenschaftlichen Grundlagenforschung, Band 15).
- Strauß, Franz Josef (1987): „Wer die Deutschen kriminalisieren will, der fälscht Geschichte“. Interview von Manfred Schell und Peter Schmalz mit Franz Josef Strauß. In: *Die Welt* v. 19.1.1987.
- Strauß, Franz Josef (1989): Die Erinnerungen. 2. Aufl., Berlin 1989.

- Streim, Alfred (1981): Die Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener im „Fall Barbarossa“. Eine Dokumentation. Unter Berücksichtigung der Unterlagen deutscher Strafverfolgungsbehörden und der Materialien der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung von NS-Verbrechen. Heidelberg, Karlsruhe 1981 (= Motive, Texte, Materialien, Band 13).
- Streisand, Joachim (1954): Bismarck und die deutsche Einigungsbewegung des 19. Jahrhunderts in der westdeutschen Geschichtsschreibung. In: Helmut Böhme (Hg.), Probleme der Reichsgründungszeit 1848-1879. 2. Aufl., Köln 1972, S. 384-401.
- Streit, Christian: Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941-1945. Stuttgart 1978.
- Struck, Hanna (1987): Brauchen wir Staatssymbole? Die Deutschen und ihre „nationale Identität“. In: *Tribüne* 26, H.103 (1987) 20-26.
- Stürmer, Michael (Hg.) (1978): Bismarck und die preußisch-deutsche Politik. 3. Aufl., München 1978.
- Stürmer, Michael (1982a): Referat. In: Deutscher Sonderweg - Mythos oder Realität? München, Wien 1982, S.40-45 (= Kolloquien des Instituts für Zeitgeschichte).
- Stürmer, Michael (1982b): Redebeitrag. In: Deutscher Sonderweg (1982), Diskussion, S.70-72.
- Stürmer, Michael (1983): Kein Eigentum der Deutschen: die deutsche Frage. In: Wiedenfeldt (Hg.) (1983), S.83-101.
- Stürmer, Michael (1984): Braucht die Republik eine Mitte? Ratlose Bildungspolitik. Kassel.
- Stürmer, Michael (1986a): Geschichte in geschichtslosem Land. In: Historikerstreit (1987), S.36-38.
- Stürmer, Michael (1986b): Was Geschichte wiegt. In: Historikerstreit (1987), S.293-294.
- Stürmer, Michael (1986c): Dissonanzen des Fortschritts. Essays über Geschichte und Politik in Deutschland. München.
- Stürmer, Michael (1986d): Die Suche nach der verlorenen Erinnerung. In: *Das Parlament* 20/21 (1986) 1200-1213.
- Stürmer, Michael (1988): Solange Europas Mitte umstritten bleibt. Verantwortung für Deutschland: eine Klammer besonderer Art. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 16.6.1988, S.8.
- Sullivan, Scott (1987): Ghosts of the Nazis. Germany is racked by a new debate over war guilt. France braces for the Barbie trial. In: *Newsweek* v. 20.4.1987, S.20-25.
- Suskind, Martin (1986): „History cannot be shrugged off“. In: *The New York Times* v. 2.11.1986.
- Suworow (Suvorov), Viktor (1985a): Who was planning to attack whom in June 1941. Hitler or Stalin? In: *Rusi. Journal of the Royal United Services Institute for Defence Studies* 1985, Vol. 130, S.50-55.
- Suworow, Viktor (1985b): Der Eisbrecher. Hitler in Stalins Kalkül. 4. Aufl., Stuttgart 1989.
- Suworow, Viktor (1986): Yes, Stalin was planning to attack Hitler in June 1941. In: *Rusi. Journal of the Royal United Services Institute for Defence Studies* 1986, Vol. 131, S.73-74.
- Syring, Enrico (1990): Intentionalisten und Strukturalisten. Von einem noch immer ausstehenden Dialog. In: Backes et al. (Hg.) (1990), S.169-194.
- Sywottek, Arnold (1973): Die Fischer-Kontroverse. Ein Beitrag zur Entwicklung des politisch-historischen Bewußtseins in der Bundesrepublik. In: Imanuel Geiss, Bernd-

- Jürgen Wendt (Hg.), Deutschland in der Weltpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts. Düsseldorf 1973, S.19-49.
- Sywottek, Arnold (1984): Die sowjetische Kriegszielpolitik im Zweiten Weltkrieg 1941-1945. Zum Stand der historisch-politischen Analyse und Diskussion. In: Ueberschär/Wette (Hg.) (1991) S.207-223.
- Tapp, Alfred (1976): Hanau im Vormärz und in der Revolution von 1848-1849. Ein Beitrag zur Geschichte des Kurfürstentums Hessen. Hanau 1976 (= Hanauer Geschichtblätter. Veröffentlichungen des Hanauer Geschichtsvereins, Band 26).
- Tarn, Thomas (1933): Der russische Außenhandel. In: *Die Weltbühne* v. 7.März 1933, S.355-357.
- Taylor, Telford (1992): Die Nürnberger Prozesse. Hintergründe, Analysen und Erkenntnisse aus heutiger Sicht. Aus dem Amerikanischen von Michael Schmidt. 2. Aufl., München 1994.
- Tenbrock, R.H. (Hg.) (1966): Europa und die Welt. Das 20. Jahrhundert. Zeiten und Menschen. Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn, Hannover.
- Thadden, Adolf von (1987): Der Rußlandfeldzug - Überfall oder Präventivschlag? In: *Nation und Europa* 37, H.3 (1987) S.32-37.
- Thamer, Hans-Ulrich (1986): Verführung und Gewalt. Deutschland 1933-1945. Berlin.
- Thom, Achim (1991): Kriegsoffer der Psychiatrie. Das Beispiel der Heil- und Pflegeanstalten Sachsens. In: Frei (1991), S.201-216.
- Thom, Achim und Horst Spaar (Hg.) (1993): Medizin im Faschismus. Symposium über das Schicksal der Medizin in der Zeit des Faschismus in Deutschland 1933-1945. Protokoll. Berlin 1983.
- Thom, Achim und Samuel Mitja Rapoport (1989): Das Schicksal der Medizin im Faschismus. Auftrag und Verpflichtung zur Bewahrung von Humanismus und Frieden. Internationales wissenschaftliches Symposium europäischer Sektionen der IPPNW 17.-20. November 1988, Erfurt/Weimar DDR, Neckarsulm, München 1989.
- Thomae, H. (1978): Persönlichkeit. Eine psychodynamische Interpretation. 6. Aufl., Bonn 1981.
- Thomas, Georg (1966): Geschichte der deutschen Wehr- und Rüstungswirtschaft (1918-1943/45). Hrsg. von Wolfgang Birkenfeld. Boppard am Rhein.
- Thukydides (1966): Der Peloponnesische Krieg. Auswahl. Übersetzt und herausgegeben von Helmuth Vretska. Stuttgart 1990.
- Tölle, Rainer (1985): Psychiatrie. 7. Aufl. Berlin 1985.
- Topitsch, Ernst (1946): Mensch und Geschichte bei Thukydides. Diss. phil. Wien 1946.
- Topitsch, Ernst (1985/90): Stalins Krieg. Die sowjetische Langzeitstrategie gegen den Westen als rationale Machtpolitik (1985/90). Herford 1990.
- Treue, Wilhelm (1970): Gesellschaft, Wirtschaft und Technik Deutschlands im 19. Jahrhundert. 3. Aufl., München 1978 (= Gebhardt. Handbuch der deutschen Geschichte, Band 17).
- Trotzki, Leo (1929): Mein Leben. Versuch einer Autobiographie. Frankfurt am Main 1974 (= Fischer Taschenbuch, 6258).
- Tucholsky, Kurt (Ignaz Wrobel) (1927): Dänische Felder. In: *Die Weltbühne* 23, H.30 (1927) 152-153 (Vollständiger Nachdruck der Jahrgänge 1918-1933. Königstein/Ts. 1978).
- Tyrell, Albrecht (1989): Gottfried Feder - Der gescheiterte Programmatiker. In: Ronald Smelser, Rainer Zitelmann (Hg.), Die braune Elite. 22 biographische Skizzen. Darmstadt 1989, S.28-40.

- Ueberschär, Gerd R. (1987a): „Historikerstreit“ und „Präventivkriegsthese“. Zu den Rechtfertigungsversuchen des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion 1941. In: *Trübüne* 26, H.103 (1987) 108-116.
- Ueberschär, Gerd R. (1987b): Deutsche Zeitgeschichte in Hitlers Schatten. Ein Überblick zum „Historikerstreit“ über die Ursprünge und Vergleichbarkeit der NS-Verbrechen. In: Gerno Erler et al. (1987), S.62-85.
- Ueberschär, Gerd R. (1984): Hitlers Entschluß zum „Lebensraum“-Krieg im Osten. Programmatisches Ziel oder militärstrategisches Kalkül? In: Ueberschär/Wette (Hg.) (1984), S.13-43.
- Ueberschär, Gerd R. und Wolfram Wette (Hg.) (1984): Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion „Unternehmen Barbarossa“ 1941. Frankfurt am Main 1991.
- Ueberschär, Gerd R. (1998): Hitlers Überfall auf die Sowjetunion 1941 und Stalins Absichten. Die Bewertung in der deutschen Geschichtsschreibung und die neuere „Präventivkriegsthese“. In: Gerd R. Ueberschär und Lew Bezymenskij (Hg.) (1998), S.48-69.
- Ueberschär, Gerd R. und Lev A. Bezymenskij (Hg.) (1998): Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion 1941. Die Kontroverse um die Präventivkriegsthese. Darmstadt.
- Uhe, Ernst (1972): Der Nationalsozialismus in den deutschen Schulbüchern. Eine vergleichende Inhaltsanalyse von Schulgeschichtsbüchern aus der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Bern, Frankfurt am Main (= Europäische Hochschulschriften, Reihe 11: Pädagogik, Band 12).
- Ullrich, Volker (1989): Der Schlichter als Provokateur - Imanuel Geiss und der „Historikerstreit“. In: Donat/Wieland (Hg.) (1991), S.140-149.
- Veblen, Thorstein (1915): Imperial Germany and the Industrial Revolution. New York.
- Verdross, Alfred und Bruno Simma (1984): Universelles Völkerrecht. 3. Aufl., Berlin 1984.
- Verschuer, Otmar von (1937): Erbpathologie. Ein Lehrbuch für Ärzte und Medizinstudierende. 2. Aufl., Dresden und Leipzig 1937.
- Virchow, Rudolf (1852): Die Not im Spessart. Eine medizinisch-geographisch-historische Skizze. Hildesheim 1968 (= Aus den Verhandlungen der physikalisch-medizinischen Gesellschaft in Würzburg, Band III).
- Vogel, Barbara (Hg.) (1980): Preußische Reformen 1807-1820. Königstein/Ts. (= Neue Wissenschaftliche Bibliothek 96, Geschichte).
- Volkov, Shulamit: Soziale Ursachen des Erfolgs in der Wissenschaft. Juden im Kaiserreich. In: *Historische Zeitschrift* 245 (1987) 315-342.
- Vorländer, Herwart (1987): Generationenbewegung in der „Oral History“. In: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 38 (1987) 587-596.
- Wagner, Fritz (1948): Europa im Zeitalter des Absolutismus 1648-1789. 2. Aufl., München 1959 (= Weltgeschichte in Einzeldarstellungen).
- Walk, Joseph (Hg.) (1981): Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat. Eine Sammlung der gesetzlichen Maßnahmen und Richtlinien. Heidelberg, Karlsruhe.
- Wasser, Bruno (1993): Himmlers Raumplanung im Osten. Der Generalplan Ost in Polen 1940-1944. Mit einem Vorwort von Czeslaw Madajczyk. Basel, Berlin, Boston.
- Weber, Matthias M. (1993): Ernst Rüdin. Eine kritische Biographie. Berlin, Heidelberg, New York.
- Weber, Max (1895): Der Nationalstaat und die Volkswirtschaftspolitik. (Akademische Antrittsrede). In: ders., *Gesammelte Politische Schriften*. Hrsg. von Johannes Winkelmann. Mit einem Geleitwort von Theodor Heuss. 2. Aufl., Tübingen 1958, S.1-25.

- Weber, Reinhold W. (1980): Die Entstehungsgeschichte des Hitler-Stalin-Paktes 1939. Frankfurt am Main, Bern.
- Weber-Kellermann, Ingeborg (1974): Die deutsche Familie. Versuch einer Sozialgeschichte. Frankfurt am Main.
- Wedemeier, Klaus (1987): Brüderlichkeit nach Auschwitz? Zum Verhältnis von Juden und Christen in Deutschland. In: Donat/Wieland (Hg.) (1991), S.83-93.
- Wehler, Hans-Ulrich (1969): Bismarck und der Imperialismus. 3. Aufl., Köln 1972.
- Wehler, Hans-Ulrich (Hg.) (1970): Moderne deutsche Sozialgeschichte. 3. Aufl., Köln, Berlin.
- Wehler, Hans-Ulrich (1988a): Entsorgung der deutschen Vergangenheit? Ein polemischer Essay zum „Historikerstreit“. München.
- Wehler, Hans-Ulrich (1988b): Kampf um die kulturelle Hegemonie? Hans-Ulrich Wehler im Gespräch mit Rainer Erd über Ziel und Folgen des Historikerstreits. In: *Frankfurter Rundschau* v. 11.2.1988, S.7.
- Wehler, Hans-Ulrich (1993): „Durch und durch doktrinär“. Hans-Ulrich Wehler über die immergleichen Thesen des NS-Deuters Ernst Nolte. In: *Der Spiegel* 37 (1993) 81-87.
- Wehler, Hans-Ulrich (1994): Die Kontinuität der Unbelehrbarkeit. Ernst Noltes Nationalsozialismus - nur Reaktion auf den Bolschewismus? In: Hans-Martin Lohmann (Hg.), Extremismus der Mitte. Vom rechten Verständnis deutscher Nation. Frankfurt am Main (= Fischer Taschenbuch, 12534).
- Weidenfeld, Werner (Hg.) (1983): Die Identität der Deutschen. München, Wien.
- Weidenfeld, Werner (Hg.) (1987): Geschichtsbewußtsein der Deutschen. Materialien zur Spurensuche der Nation. Köln.
- Weinberg, Gerhard L. (1953): Der deutsche Entschluß zum Angriff auf die Sowjetunion. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 1 (1953) 301-318.
- Weinberg, Gerhard L. (1954): Schlußwort von Gerhard L. Weinberg. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 2 (1954) 249-254.
- Weingart, Peter und Jürgen Kroll, Kurt Bayertz (1988): Rasse, Blut und Gene - Geschichte der Eugenik und Rassenhygiene in Deutschland. Frankfurt am Main.
- Weizsäcker, Richard von (1978): Woher wir kommen - wohin wir gehen. Perspektiven für die politische Entwicklung. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 33 (1978) 3-11.
- Weizsäcker, Richard von (1985a): Zum 40. Jahrestag der Beendigung des Krieges in Europa und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Ansprache am 8.Mai 1985 in der Gedenkstunde im Plenarsaal des Deutschen Bundestages. Hrsg. v. Bundespräsidialamt. Bonn.
- Weizsäcker, Richard von (1985b): Die Aufgaben der Deutschen. Zum Amtsantritt. In: ders. (1986), S.13-37.
- Weizsäcker, Richard von (1985c): Geschichte, Politik und Nation. Ansprache auf dem Weltkongreß der Historiker in Stuttgart am 25. August 1985. In: ders. (1986), S.83-87.
- Weizsäcker, Richard von (1985d): Die Deutschen und ihre Identität. Vortrag auf dem 21. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Düsseldorf am 8. Juni 1985. In: ders. (1986), S.69-82.
- Weizsäcker, Richard von (1986): Die Deutschen und ihre Identität. Kiel.
- Weizsäcker, Richard von (1988): Nachdenken über Geschichte. Ansprache des Bundespräsidenten zur Eröffnung des 37. Historikertages in Bamberg. Bulletin Nr.131. Bonn, den 14. Oktober 1988. Hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, S.1185-1188.

- Welzer, Harald (Hg.): Nationalsozialismus und Moderne. Tübingen 1993 (= Tübinger Beiträge zu Philosophie und Gesellschaftskritik, Band 5).
- Wendt, Bernd-Jürgen (1990): Durch das „strategische Fenster“ in den Zweiten Weltkrieg. Die Motive Hitlers. In: Backes et al. (Hg.) (1990), S.344-374.
- Weniger, Erich (1950): Die Angst vor der politischen Geschichte. In: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 1 (1950) 169-173.
- Wette, Wolfram (1987a): Über die Wiederbelebung des Antibolschewismus mit historischen Mitteln. Oder: Was steckt hinter der Präventivkriegsthese? In: Erler et al. (1987), S.86-115.
- Wette, Wolfram (1987b): „Unternehmen Barbarossa“: Die verdrängte Last von 1941. In: Donat/Wieland (Hg.) (1991), S.94-103.
- Weyand, Armin (1984): „Heimat: eine Entfernung.“ Ein Gespräch mit Edgar Reitz. Über den Hunsrück, seine verlassene Heimat, die Faschismus-Darstellung und den Farbwechsel. In: *Frankfurter Rundschau* v. 20.10.1984, S. ZB 3.
- Widmann, Peter (1994): Die Selbstenthaftung der Linken. Deutscher Antizionismus und Antisemitismus nach 1968. In: *Tribüne* 33, H.129 (1994) 111-127.
- Wieland, Günther (1983): Der Beitrag der DDR zur völkerrechtsgemäßen Ahndung der in der Nazizeit unter dem Deckmantel der Medizin verübten Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. In: Thom/Spaar (Hg.), S.308-359.
- Wieland, Lothar (1991): Geschichtsrevisionismus und Kontinuitätsproblem der deutschen Geschichte. In: Donat/Wieland (Hg.) (1991), S.38-56.
- Wilhelm, Hans-Heinrich (1974): Zwei Legenden aus dem Dritten Reich. Die Prognosen der Abteilung Fremde Heere Ost 1942-1945. Hat Felix Kersten das Niederländische Volk gerettet? Quellenkritische Studien von Hans-Heinrich Wilhelm und Louis de Jong. Stuttgart.
- Wilhelm, Hans-Heinrich (1981): Die Einsatzgruppe A der Sicherheitspolizei und des SD 1941/1942. Eine exemplarische Studie. Stuttgart (= Krausnick/Wilhelm, Teil 2).
- Wilhelm, Hans-Heinrich (1990): Offene Fragen der Holocaust-Forschung. Das Beispiel des Baltikums. In: Backes et al. (Hg.) (1990), S.403-425.
- Willms, Bernard (1982): Die Deutsche Nation. Köln-Löwenich.
- Willms, Bernard (1984): Nation - heute. Die Idee des Bismarckschen Reiches und dessen Aktualität. Hamburg.
- Willms, Bernard (1986): Identität und Widerstand. Reden aus dem deutschen Elend. Tübingen.
- Winkler, Heinrich August (1981): Der deutsche Sonderweg: Eine Nachlese. In: *Merkur* 35 (1981) 793-804.
- Winkler, Heinrich August (1986): Auf ewig in Hitlers Schatten? Zum Streit über das Geschichtsbild der Deutschen. In: *Historikerstreit* (1987), S.256-263.
- Wippermann, Wolfgang (1991): Europäischer Faschismus im Vergleich: 1922-1982. 3. Aufl., Frankfurt am Main (= Edition Suhrkamp; 1245 = N.F., Band 245: Neue historische Bibliothek).
- Wippermann, Wolfgang (1992): War der italienische Faschismus rassistisch? Anmerkungen zur Kritik an der Verwendung eines allgemeinen Faschismusbegriffes. In: Werner Röhr (Hg.), *Faschismus und Rassismus. Kontroversen um Ideologie und Opfer*. Arbeitsgruppe Faschismusforschung, Berlin 1992, S.108-122.
- Wippermann, Wolfgang (1995): *Faschismustheorien. Zum Stand der gegenwärtigen Diskussion*. 6. Aufl., Darmstadt 1995.
- Wippermann, Wolfgang (1997): *Wessen Schuld? Vom Historikerstreit zur Goldhagenkontroverse*. Berlin.

- Wirsing, Sybille (1986): Die unerlöste Nation. Deutsche Geschichte im Museum. Nachtrag zu einer Berliner Tagung im Reichstagsgebäude. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 11.10.1986, S.27.
- Wistrich, Robert (1987): Wer war wer im Dritten Reich. Ein biographisches Lexikon. Frankfurt am Main.
- Wolff, Frank und Eberhard Windaus (1977): Studentenbewegung 1967-69. Frankfurt am Main.
- Wolffsohn, Michael (1987): Deutscher Patriotismus nach Auschwitz? Die Frage nach dem Lebenswerten bietet den richtigen Ansatz. In: *Beiträge zur Konfliktforschung* 17, H.4 (1987) 21-36.
- Wolffsohn, Michael (1990): Das Bild als Gefahren- und Informationsquelle. Von der „Judensau“ über den „Nathan“ zum „Stürmer“ und zu Nachmann. In: Uwe Backes et al. (Hg.), S.522-542.
- Wolgast, Eike (1986): Die Universität Heidelberg 1386-1986. Berlin.
- Wolgast, Eike (1990): Die Universität Heidelberg im Dritten Reich. In: Hohendorf/Magull-Seltenreich, S.167-182.
- Wuttke-Groneberg, Walter (1980a): Von Heidelberg nach Dachau. In: Baader/Schultz (Hg.), S.113-138.
- Wuttke-Groneberg, Walter (1980b): Die „Euthanasie“ im Dritten Reich. In: Baader/Schultz (Hg.), S.95-101.
- Wuttke-Groneberg, Walter (1980c): Medizin im Nationalsozialismus. Ein Arbeitsbuch. Tübingen 1980.
- Wuttke-Groneberg, Walter (1982): Leistung, Vernichtung, Verwertung. Überlegungen zur Struktur der Nationalsozialistischen Medizin. In: Projektgruppe „Volk und Gesundheit“ (Hg.), Heilen und Vernichten im Nationalsozialismus. Tübingen 1982, S.3-59.
- Wuttke, Walter (1987): Heilen und Vernichten. Ärzte und Medizin im Nationalsozialismus. In: Leipert et al. (Hg.), S.12-21.
- Zimbardo, Philip G. unter beratender Mitarbeit von Floyd L. Ruch (1974): Lehrbuch der Psychologie. Eine Einführung für Studenten der Psychologie, Medizin und Pädagogik. Bearbeitet und hrsg. von Wilhelm F. Angermeier, Johannes C. Brengelmann, Th. J. Thiekötter. 3. Aufl., Berlin, Heidelberg, New York 1978.
- Zitate. „Alfred Dregger auf dem Politischen Aschermittwoch“ 1982 in Frankfurt am Main. In: *Der Spiegel* 36, H.9 (1982) 17.
- Zipfel, Friedrich (1971): Krieg und Zusammenbruch. In: Aleff (Hg.), S.177-240.
- Zitelmann, Rainer (1987): Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs. 2. Aufl., Stuttgart 1989.
- Zitelmann, Rainer (1993): „Gerechtigkeit“ als Anliegen des Historikers. Zum Selbstverständnis Ernst Noltes. In: Nipperdey et al. (Hg.) (1993), S.513-525.
- Zutt, Jürg (1946): Über den seelischen Gesundheitszustand der Berliner Bevölkerung in den vergangenen Jahren und heute. In: *Ärztliche Wochenschrift* 1 (1946) 248-250.